Politische Vorgeschichte des Großen Krieges

Von

Graf Ernst zu Reventlow

From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

HMod.
R 451 6 p

Politische Vorgeschichte des Großen Krieges

Von

Graf Ernst Reventlow

17683/
12.12.22

Zweite Auflage
(4. und 5. Tausend)

Berlin 1919 / Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Kochstraße 68—71

Alle Rechte aus dem Gesetze vom 19. Juni 1901
sowie das Übersetzungsrecht sind vorbehalten.

Vorwort.

Während der Kriegsjahre ist eine Anzahl von Kriegsvorgeschichten entstanden. Sie haben teils versucht, sich umfassend mit den tiefer liegenden Ursachen und den unmittelbaren Anlässen des Großen Krieges zu beschäftigen, teils sind es Einzelabhandlungen über bestimmte Gebiete der Vorkriegsgeschichte, wie hauptsächlich die belgische Frage, die Schuld Rußlands am Kriege, oder aber Untersuchungen, die sich mit den diplomatischen Verhandlungen von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers bis zum tatsächlichen Kriegsausbruche beschäftigen. Einen besonderen Platz in der Vorkriegsgeschichtsliteratur nehmen Sammelwerke ein, an denen eine Reihe von Autoren gearbeitet hat. Schließlich sind auch die verleumderischen Anklageschriften aus der Feder hochverräterischer Deutscher zu erwähnen, welche während des Krieges in der Schweiz erschienen sind und nicht der Klarstellung und Forschung dienen, sondern der politischen Verhetzung, mit dem Endziele der Revolutionierung des Deutschen Reiches. Die Vorkriegsliteratur des Auslandes, des feindlichen und des neutralen, ist im Laufe der Kriegsjahre so enorm angewachsen, daß eine synoptische Durchsicht, Bewertung und Verwertung zur Zeit noch ein Ding der Unmöglichkeit bedeutet.

In allen wesentlichen Punkten haben sich die Grundzüge meiner Schrift: „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914“ als richtig bestätigt, und mit deshalb übernehme ich nunmehr das Wagnis einer politischen Vorkriegsgeschichte. Die kommenden Jahre mögen und werden noch manche Ergänzung, auch manche Änderung als notwendig erscheinen lassen. Die Grundanschauung aber wird richtig bleiben, sowohl was die tieferen Ursachen des Krieges als die Entwicklung der Anlässe bis zum Ausbruche betrifft. Dasselbe wird von den Anlässen selbst gelten. Die Großbritannische Politik steht überall führend da, bald im Vordergrunde, bald im Hintergrunde. Ebenso wie Großbritannien während des Krieges, jedenfalls während der ersten vier Jahre, der Kraftmittelpunkt und die Leitung aller Feinde des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten gewesen ist, so war es seit dem Jahre 1904 der intellektuelle, zielbewußte Urheber und Organisator der wachsenden Kriegsgefahr und schließlich des Krieges selbst.

Im deutschen Volke haben sich während der Kriegsjahre die Ansichten dauernd und wachsend mit der Frage der „Kriegsschuld“ beschäftigt und sind dabei zu den merkwürdigsten Wandlungen und neuerdings zu den unrichtigsten und unheilvollsten Ergebnissen gelangt. Dem hamletischen Zuge im deutschen Charakter gemäß hat die Selbstanalyse einen breiten Raum in dieser Gedankenarbeit eingenommen, vielfach aufrichtig, manchmal im Dienste politischer Taktik oder geliebter Vorurteile. Zu einem anderen wesentlichen Teile ist es dem Fehlen oder der Mangelhaftigkeit einer entsprechenden Aufklärung durch die Deutsche Regierung zuzuschreiben, daß so viele Deutsche sich heute die Frage stellen oder sie in den Grenzen der Möglichkeit laut erörtern, ob nicht das Deutsche Reich selbst und bewußt schuld am Ausbruche des Krieges sei. Die Tatsache, daß in keinem anderen Lande der Welt derartiges möglich wäre, entbindet nicht von der Notwendigkeit, diese deutsche Eigentümlichkeit als eine überaus nachteilige politische Erscheinung in Rechnung zu stellen und zu versuchen, sie zum Verschwinden zu bringen oder abzuschwächen. Dazu bildet die Grundbedingung, daß der Verfasser einer solchen Darstellung selbst vorurteilslos und vollständig von der sachlichen Richtigkeit seiner Auffassung überzeugt ist.

An der Beurteilung der Ursachen und Anlässe des Krieges kann und darf sich selbstverständlich nichts ändern, weil inzwischen der Krieg verlorengegangen ist, weil die Monarchie in Deutschland gestürzt wurde und weil sich unter den Vertretern des neuen Regimes die Neigung geltend macht, der damaligen Monarchie, Diplomatie und Generalität eine tatsächliche Schuld am Kriege, ja den Willen zum Ausbruche dieses Krieges zuzuschieben, damit das neue Regime durch die Feinde günstiger beurteilt werde. Man hat geradezu gesucht, wie die Veröffentlichung des derzeitigen bayerischen Machthabers Eisner zeigte, Schuldbeweise gegen die Monarchen und Regierungen in Deutschland im Jahre 1914 den Feinden zu unterbreiten. Schon politisch richten derartige Ziele und Mittel sich selbst, und werden sie im Vorworte dieser geschichtlich-politischen Arbeit überhaupt erwähnt, so geschieht das lediglich, um sie zu kennzeichnen und als Skandalosum zu registrieren. Man muß auch offen aussprechen, wie groß der Schaden einer Auffassung sein mußte und bleibt: das Deutsche Reich sei in der Tat absichtlich in den großen Krieg hineingegangen. Wäre es wahr, so würde schon während des Krieges auch in Deutschland niemand daran haben zweifeln können; die Arbeit unserer Feinde würde dieses Ziel sehr leicht und schnell erreicht haben. Tatsächlich ist es ihnen trotz aller ihrer geschickten Anstrengungen nicht gelungen und trotz der Ungeschicklichkeit auf der deutschen Seite. In vielen Fällen haben unanfechtbare Dokumente dargelegt, daß es sich um Lügen handelte. Man braucht nur an die

Enthüllungen des Prozesses gegen Suchomlinow zu erinnern. Solche Ereignisse mußten selbst denen in Deutschland, welche aus irgendeinem Grunde an die Schuld des Kaisers und seiner Regierung glaubten, äußerste Vorsicht im Urteile und zumal in dessen öffentlicher Vertretung anraten. Das gleiche gilt für die Untersuchung der tiefer liegenden Ursachen des Krieges, also abgesehen von den unmittelbaren Anlässen. Die tieferliegenden Ursachen bilden den Inhalt der vorliegenden Schrift.

Der Verfasser hat, von solchen Erwägungen geleitet, den Versuch gemacht, den Ursprung des Krieges aus den Geschehnissen und Willensströmungen der Vorkriegszeit abzuleiten. Die Untersuchung steht damit unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkte, nämlich in der Frage, wo die zum Kriege führenden Kräfte sich in der politischen Geschichte zeigen, wie sie sich entwickelt haben und wie schließlich die große Katastrophe zustande gekommen ist. Es handelt sich also nicht um eine einfache geschichtliche Darstellung der Zeit vor dem Kriege, etwa wie sie in der angezogenen Schrift „Deutschlands auswärtige Politik" versucht worden ist, sondern es handelt sich um die Bloßlegung der Fäden, die zum Kriegsausbruch geführt und sich in dessen Ausbruch als Ergebnis vereinigt haben. Auch derartige Untersuchungen sind während des Kriegsverlaufes angestellt worden. Sie haben meistens den Charakter einer Verteidigung der deutschen Schuldlosigkeit am Kriege und bezweckten, gegen die feindlichen Beschuldigungen Stellung zu nehmen, das Deutsche Reich habe den Krieg gewollt und von langer Hand her gerüstet, um bei passendem Anlaß loszuschlagen. Es hat eine Zeit gegeben, wo auch derartige Abhandlungen zweckvoll und nötig waren, obgleich ihr Nutzen zweifelhaft gewesen ist.

Diese Untersuchung verfolgt nicht den Zweck der Verteidigung der damaligen deutschen Regierung und der sonst leitenden und einflußreichen Persönlichkeiten, noch will sie anderseits angreifen und beschuldigen, sondern sie will ermitteln, was sich auf der Grundlage des zur Verfügung stehenden Materials über die Ursachen und den Anlaß des Krieges ermitteln läßt. Dabei ist selbstverständlich, daß manches Urteil vielleicht im Laufe der Zeit wird geändert werden müssen, denn alle Vorgänge und Fragen, die mit Ursachen und Anlässen des Krieges zu tun haben, stehen noch im politischen Meinungsstreite und werden es noch lange tun, und selbst eine ganz objektive Geschichtschreibung gibt es nicht.

Die Trennung der Ursachen und der Anlässe des Krieges ist vollständig nicht möglich, weil sie bis zu einem gewissen Grade jeden Falles innerlich miteinander zusammenhängen. Wären die letzten Anlässe nicht eingetreten, unter ihnen in erster Linie die Ermordung Franz Ferdinands, so würde, falls nicht gerade damals ein anderer gleich wirksamer Anlaß

gewissermaßen an die Stelle getreten wäre, der Weltkrieg im August 1914 nicht ausgebrochen sein. Wären umgekehrt die tieferen Ursachen des Weltkrieges nicht vorhanden gewesen, so würde die Ermordung des Thronfolgers nicht Anlaß zum Weltbrande haben werden können. Die Anlässe, das ist im Begriffe enthalten, liegen auf der Oberfläche, die Ursachen im Inneren der Vorgänge. Die Anlässe in ihrer Eigenschaft als Ereignisse können als zufällig angesehen werden, aber nicht immer. In ihrer Eigenschaft als Anlässe hängen sie direkt mit den Ursachen zusammen, weil sie, wenn auch auf Umwegen, eine von deren Wirkungen bilden. Aus diesem Grunde hat der Verfasser für wichtig gehalten, den Zusammenhang zwischen Anlaß und Ursache des Weltkrieges durch den Inhalt und durch die Anordnung des Textes sichtbar zu betonen. Das häufig gebrauchte Bild vom Funken, der in das offene Pulverfaß fällt, ist nicht zutreffend, denn der Funke ist an und für sich ebenso zufällig wie das Pulverfaß und sein Inhalt und die Tatsache, daß es gerade offen steht. Die Ermordung des Erzherzogs läßt sich mit diesem Funken nicht vergleichen, denn die Tat selbst erwuchs in jahrelanger Entwicklung aus der Lage und aus den Verhältnissen, die zum Kriege geführt haben, jedenfalls, was einen breiten Streifen des Kausalnetzes anlangt.

Dieses Buch geht deshalb von der Ermordung Franz Ferdinands aus und untersucht die Ursachen dieser Tat, deren äußerer Anlaß in der Reise Franz Ferdinands nach Sarajewo lag. Die Ursachen der Mordtat führen auf die Balkanpolitik zurück, und diese, welche im zweiten Abschnitte behandelt wird, hat ihre Wurzeln in der Europapolitik der großen Mächte. Die letztere wird im dritten Abschnitt untersucht, immer im Hinblick auf die Frage nach der Ursache des Krieges. So langt der Leser mit dem Schlusse wieder an dem Ereignisse an, von dem er zu Beginn ausgegangen war, an der Mordtat zu Sarajewo.

Die Untersuchung der tiefer liegenden Ursachen und der unmittelbaren Anlässe mußte getrennt werden, weil der Umfang des Buches sonst zu groß geworden wäre. Es ist deshalb die Teilung vorgenommen worden: politische Vorgeschichte des Krieges, von der Bildung der Entente Cordiale bis zur Ermordung Franz Ferdinands, — diplomatische Vorgeschichte des Krieges, von der Ermordung bis zum Ausbruche des Weltkrieges. Die letztere wird bald erscheinen. Sie kann nur auf Grund der politischen Vorgeschichte aufgebaut und verstanden werden.

In der unmittelbaren Vorgeschichte der Ermordung tritt die britische Hand nur indirekt hervor und ist nur indirekt nachzuweisen; in der Übersicht der Balkanpolitik steht der britische Drahtzieher deutlich erkennbar und überall nachweisbar da, in der europäischen Politik seit 1904 vollends übernimmt der Brite von Jahr zu Jahr mit größerer Unbeschränktheit

die Führung und die Beherrschung der Lage. Diese Führung ging darauf hinaus, das Deutsche Reich, sei es durch Druck und Drohung, sei es durch Krieg, daran zu hindern, sich auf seiner Bahn friedlich und legitim weiter zu entwickeln.

Die von der Deutschen Regierung während des Krieges veröffentlichten Berichte belgischer Gesandter aus Berlin, Paris und London an ihre Regierung bilden eine unschätzbare Kontrolle. Für die Verfasser dieser Berichte, soweit letztere der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind, ist es seit dem Jahre 1906 eine ausgemachte Sache, daß die großbritannische Politik auf die Einkreisung des Deutschen Reiches hinarbeitet, mit dessen Demütigung oder kriegerischer Niederwerfung als Endziel. Die Berichte sind auch sonst ein Dokument ersten Ranges, aber für die Ermittlung der Ursache des Weltkrieges ist gerade diese Seite von überragender Bedeutung. Ich habe deshalb versucht, die Ansichten der belgischen Gesandten zur Geltung zu bringen, wo immer es am Platze erschien. Möge das gleichzeitig dazu dienen, das Studium dieser diplomatischen Berichte im deutschen Volke allgemeiner zu machen.

Von welcher Seite man auch immer versucht, die Spuren der Urheberschaft des Weltkrieges aufzunehmen: sie führen stets nach London. Dort war das Programm aufgestellt worden, das Deutsche Reich durch eine große, möglichst allumfassende politisch offensive Koalition niederzuhalten und zu diesem Zwecke nach Möglichkeit zu isolieren. Gelang die Isolierung vollständig, so war das der Beginn eines Prozesses, den Bismarck bisweilen durch das französische Sprichwort: „Avilir, puis démolir", bezeichnet hat. Es ist dem Verfasser seit Herausgabe der 3. Auflage seines Buches „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914" verschiedentlich vorgeworfen worden, er habe seine Ansicht über die Politik und die Rolle Englands gegenüber der ersten, vor dem Kriege erschienenen Auflage geändert, denn damals habe er der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Großbritannien den Krieg nicht wolle. Der Verfasser ist diesen Vorwürfen entgegengetreten, am ausführlichsten in der Einführung zur 9. Auflage. Hier sei nur kurz das Folgende gesagt: König Eduard von England, ebenso wie die mit ihm und nach seinem Tode leitenden Staatsmänner zogen gewiß vor, ihr Ziel Deutschland gegenüber ohne Krieg zu erreichen. Krieg ist stets ein ungeheures Wagnis, und selbst, wenn mit Bestimmtheit angenommen wird, daß er siegreich verlaufe, so bleibt es immer ungleich billiger und deshalb vorzuziehen, wenn man das Ziel ohne ihn erreichen kann. Man hatte in London also ohne Unterlaß diese zwei Wege im Auge, sobald sich eine politische Streitfrage mit Deutschland aufwarf. Das Aufwerfen der Streitfragen als solcher ging aber jedesmal von London aus, und jedesmal auch war man

dort gleich zum Kriege bereit und ließ die Verbündeten und Freunde stets vorsorglich um diese Bereitschaft und die britische Kriegsentschlossenheit wissen. Auf der einen Seite stand also friedliche Einwirkung in Gestalt der Klimax: Werbung, Druck, Kriegsdrohung, auf der anderen: die Führung des Koalitionskrieges mit dem Ziele, ein für allemal dem Deutschen Reiche das Rückgrat zu brechen. Das war die Ansicht des Verfassers auch schon vor dem Kriege, jedoch hielt er für möglich, daß wenigstens vor der Hand der Frieden erhalten bleiben könne, und wünschte dieses auch, einmal, weil das Risiko jedes Krieges ein so ungeheures ist, ferner, weil das Deutsche Reich den Krieg nicht brauchte, sondern mit jedem Jahre an Stärke und Wohlstand gewann. Bis zu einem gewissen Grade maß der Verfasser damals vor dem Kriege auch den englisch-deutschen Verhandlungen über Mittel-Afrika und die Bagdadbahnfragen eine friedenverlängernde Wirkung bei, wennschon ihre gefährliche Seite nicht zu verkennen war. Nach Ausbruch des Krieges und im Laufe der Kriegsjahre haben sich dann aber so viele Tatsachen enthüllt, daß sich an der Rolle der britischen Politik als Urheberin und Grundanstifterin des Krieges, mochte er nun 1914 oder später geführt werden, kein Zweifel mehr hegen ließ. Die schweren, einer späteren Nachwelt wohl unbegreiflich erscheinenden Fehler der deutschen Diplomatie während der letzten Wochen vor dem Kriege werden dadurch leider nicht berührt, sondern bestehen in ihrem ganzen Umfange und mit einem Gewichte fort, welches nur wachsen kann, je mehr Zeit seit dem Augenblicke ihres Begehens verfließt.

Charlottenburg, Januar 1919.

Graf E. Reventlow.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort III

Die Ursachen und Gründe des Mordes von Sarajewo 1–38

Scheidung zwischen Ursache und Anlaß. — Die Persönlichkeit Franz Ferdinands, seine Tätigkeit für die Wehrkraft. Wie er die südslawische Frage beurteilte. — Der serbische Charakter und die serbische Politik. Ihr Zusammenhang mit der europäischen Politik. — Serbien und die bosnische Krisis. — Die Haltung Iswolskis in der bosnischen Krisis. — Die Annexion Lebensfrage für Österreich-Ungarn. — Das Deutsche Reich handelte richtig. — Die serbische Propaganda; die Narodna Odbrana, die anderen Vereine und ihre Tätigkeiten. — Die Steigerung des serbischen Selbstgefühls durch den Balkankrieg; das russisch-serbische Einverständnis. — Die tschechische Propaganda; Dr. Kramarsch und seine Tätigkeit, seine Bedeutung für die Vorbereitung des Großen Krieges. — Die allslawische Bewegung und Propaganda. — Der Mord von Sarajewo und das internationale Freimaurertum; Angaben über die Hochgradfreimaurerei, ihr Wesen und ihre Ziele. — Franz Ferdinand war der Feind. — Die Aussagen der Mörder im Prozesse, das freimaurerische Motiv. Die Haltung der Großoriente nach dem Morde.

Die Balkanpolitik vor dem Kriege.

Die Annexionsperiode 38–63

Österreich-Ungarn und Bosnien, Geschichtlich-Politisches. — Die mazedonische Frage, die Balkanmächte und die Türkei, die Haltung der Großmächte hierzu. — Großbritannien und Österreich-Ungarn vor und nach der Annexion. Iswolskis Mißerfolg. — Die Umkehr der russischen Politik vom fernen nach dem nahen Osten. — Die deutsche Orientpolitik, Deutschland und die Türkei, der Gegensatz zu Großbritannien, das Verhältnis zu Rußland. — Die Schwierigkeiten deutscher Balkanpolitik und ihre Versäumnisse. — Die Bagdadbahn, das Potsdamer Abkommen. — Die Mächte und die Balkanvölker, die deutsche und österreichische Unkenntnis. — Die englische Schwenkung nach der türkischen Revolution.

Seite

Der Weg zum Frieden von Bukarest 63–99

Die Anfänge des Balkanbundes. — Die serbische Bewegung im Rahmen der großen Politik. — Die Schwierigkeiten der jungen Türkei. — Italiens Balkanpolitik und Adriapolitik. — Die albanischen Aufstände, die Unruhen in Arabien, der britische Hintermann. — Der Tripoliskrieg und seine geheimen Ursachen, daneben die Dreibundpolitik. — Ausbruch des Balkankrieges, der fertige Balkanbund und seine Macher. Die Haltung der Großmächte dazu. Der verfrühte Ausbruch des Balkankrieges. — Die deutsche Verkennung der Tatsachen. — Die erste europäische Krisis. Österreichs Lage und Unentschlossenheit. — Serbischer Vormarsch nach der albanischen Küste, Österreichs Protest, Zusammenbruch des Balkanbundes. — Das selbständige Albanien, die Londoner Verhandlungen. — Der zweite Balkankrieg, Bulgariens Niederbruch, der Friede von Bukarest. — Der deutsche Reichskanzler und seine Politik, die falsche Einschätzung der britischen Rolle.

Die europäische Politik.

Das unbequeme Neugebilde 100–129

Die Schaffung des Deutschen Reiches mußte die Neigung zu Koalitionen hervorrufen. — Beginn der eigentlichen Kriegsvorgeschichte durch die französisch-britische Verständigung. — Überblick der damaligen Lage, die Unzuverlässigkeit Italiens, die englische Eifersucht. Die deutsch-englischen Annäherungsversuche um die Jahrhundertwende. Die Trennung. — War die damalige deutsche Politik unrichtig? Das Deutsche Reich brauchte freie Hand und Selbständigkeit; Bülow, Hammann, Holstein. — Der Beginn deutscher Flottenpolitik, ihre Wirkung auf Großbritannien.

Bülows Marokkopolitik 117–129

Bülow erreicht den Zweck nicht. Der Grundfehler; die Stimmen der belgischen Gesandten aus der Marokkoperiode. — Bülows Verteidigung seiner Politik. — Ein starker Mann mit schwachem Mut und Willen.

Der Dreiverband 130–139

Der Ursprung der russisch-englischen Annäherung. — Ein schwerer Schlag für Deutschland. — Der Inhalt des Abkommens von 1907. — Die Marokkopolitik in Verbindung mit dem Werden des Dreiverbandes.

„Weltpolitik", Einkreisung in Europa und Übersee 139–153

Die Schwierigkeiten für deutsche Weltpolitik und ihr Wesen. — Das Problem der Selbstversorgung, Caprivis Politik. — Weltpolitik und Einkreisung. — Hätte Deutschland die russisch-englische Annäherung verhindern können? — Der Erfolg der britischen Politik in der Sammlung der großen Mächte. — Großbritannien und die kleinen Mächte. — Die Trennung Schwedens und Norwegens. Das Abkommen mit Spanien, das japanisch-französische, das amerikanisch-japanische Abkommen. — Großbritanniens Politik zwischen Japan und Amerika.—

Seite

Allgemeiner Blick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen; die deutsche Verkennung und die britische Kenntnis der amerikanischen Seele. Die amerikanisch-britische Solidarität.

Belgien und die Ententepolitik 153–180

Der Gedanke britischer Festlandhilfe, die britischen Pläne 1906. — Holland und der Deutsche Kaiser. — Das Nordseeabkommen und das Ostseeabkommen. — Belgien als neutrale Macht, die internationalen Verträge. — Die Aufzeichnungen des belgischen Generalstabschefs, der belgische Neutralitätsbruch im Frieden. — Die Entwicklung bis 1912. — Baron Greindls Auffassung. — Die britische Generalstabsarbeit. Belgiens Militärpolitik. — Belgien und die Frage seiner Unverletzlichkeit. Die Garantie als Vorwand für Großbritannien. — Großbritannien wollte angreifen, nicht verteidigen.

Holland und Belgien in der britischen Einkreisungspolitik . . 180–193

Die Vlissinger Frage von 1911, das Recht Hollands, die Politik Hollands. — Die Vlissinger Frage im Rahmen der britischen Europapolitik. — Deutschland und Belgien, die deutsche Unkenntnis. — Belgien als strategisches Glied zwischen Frankreich und Großbritannien.

Das Ende der Ära Bülow 193–216

Deutsch-englische Verständigungspropaganda. — Der Ursprung der britischen Feindschaft. König Eduard im belgischen Urteil. Englands Hand überall. — Der Dreibund war nicht offensiv. — Das Marokkoabkommen 1909, Bülow und Aehrenthal. — Die Überschätzung des bosnischen Erfolges, seine unrichtige Anwendung. — Bülows Rücktritt, seine Leistung, die Flottenpolitik. — Die Freihändler und die Flottenpolitik. — Konnte Deutschland auf Schutz zur See verzichten? Bülows Politik der freien Hand, seine Stellung England gegenüber.

Der letzte Kurs 216–351

Bethmann Hollweg. Der erste Irrtum des Kanzlers. — Ein Engländer über Deutschland. — Die Friedlichkeit der deutschen Politik. — Baron Greindl über König Eduard. — Das Programm Bethmann Hollwegs und des neuen Staatssekretärs, ihre Stellung gegen die Flottenpolitik. — Das Potsdamer Abkommen, seine Überschätzung. — Der eigentliche Zweck der Aktion, die Mißverständnisse. — Großbritanniens Kriegspolitik. — Die deutsch-französischen Verhandlungen. — Die Enthüllungen des Hauptmanns Faber. Lord Roberts' Eingeständnis. Die Kriegsgefahr 1911. — Der Mißerfolg der deutschen Marokkoagitation. — „Der Blitz in der Nacht". — Der Mangel deutscher Erkenntnis der Lage. — Die Sendung Lord Haldanes, ihre Vorgeschichte, ihr Ursprung. — Die Verhandlungen zwischen Bethmann und Haldane. — Die Verstümmelung der deutschen Flottenvorlage ohne britische Gegenleistung. — Der Kaiser und Haldane. — Der deutsche Neutralitätsvorschlag, sein Verlauf, sein Scheitern. — Der Schätzungsfehler Bethmanns. — Die deutsch-englischen Kolonialverhandlungen. „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg". — Jagows Entgleisung. — England kokettiert. — Bethmanns festes Vertrauen auf Verständigung. — Der Briefwechsel zwischen Grey und Cambon, seine Bedeutung, seine Grundlagen. —

Seite

Die militärischen Konventionen zu Lande und zur See zwischen den Westmächten; Italiens Doppelrolle. Die italienische Weigerung 1913. — Die deutsche Militärmission in Konstantinopel, Rußlands Verstimmung, Englands Parteinahme. — Die Zusammenkunft und die Irreführung von Baltischport. Deutschland und Japan, Überblick. — Japan will 1913/14 Abkommen mit Deutschland, Bethmann will nicht; die Frage von Kiautschou. — Deutschlands verfehlte Japanpolitik. Die Rüstungen des Dreiverbandes. Die Kriegsstimmung in Frankreich 1913 und 1914; französische Rüstungen, Rachsucht und Selbstvertrauen; die französisch-russische Militär- und Flottenpolitik. — Die Kriegsstimmung in Rußland, Rußlands Ziele, Professor Mitrofanoffs Brief, die russischen Kriegsparteien. König Georg in Paris, Bündnisbestrebungen; das russisch-englische Flottenabkommen, Greys Angriffspolitik. Kaiser Wilhelm in der Politik, eine Charakterskizze. — Die verlogene englische Propaganda in der Welt gegen Deutschland; die Täuschung der deutschen öffentlichen Meinung. — Die englisch-amerikanische Vereinigung und Einigkeit. Auch hier täuschten sich die deutschen Leiter. Die wachsende Spannung. Englands Rechnung während der Verständigungspolitik. — „Die brennende Frage von Elsaß-Lothringen". — Die wachsende Koalition und Deutschlands Isolierung. Deshalb hätte die deutsche Politik stark sein müssen; sie war schwach. — Deutschland war auf Krieg nicht vorbereitet, am wenigsten diplomatisch und politisch. — Die Unterlegenheit der deutschen Diplomaten. — Die Stimmung in Deutschland. — Lord Northcliffes Arbeit. — Deutschland zum Tode verurteilt. — In Deutschland trieb niemand zum Kriege. — Die Stellung des Verfassers. — Die Sozialdemokratie. — Die Verpflegungsfrage. — Man sah nicht, wie die andern sich zum Kriege fertig machten.

Personen- und Sachverzeichnis 352–354

Die Ursachen und Gründe des Mordes in Sarajewo.

„Am 28. Juni 1914 wurden Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin zu Sarajewo von Emissären der großserbischen Bewegung durch Pistolenschüsse ermordet. Wenige Wochen darauf stand die Welt in Flammen. . . . Die politischen Leiter Großbritanniens haben unter zielbewußter Entflammung und Benutzung des französischen Rachegeistes, ferner unter Umwendung der russischen Expansionsfront aus dem fernen nach dem nahen Osten den europäischen Krieg auf Räder gesetzt und ihm den Stoß auf schiefer Ebene gegeben. Deshalb gab es nach Sarajewo kein Halten mehr."

Diese Sätze*) wurden im Herbst 1915 von mir geschrieben als eine allgemeine Charakteristik der großen Zusammenhänge zwischen den Anlässen zum Weltkriege und seinen eigentlichen wirkenden Ursachen. Auch bis heute hat sich diese Bezeichnung der Zusammenhänge als richtig und stichhaltig bewährt inmitten der Fülle von Streitfragen und Kombinationen, welche sich um die große Hauptfrage gruppieren: wie ist es zum Weltkriege gekommen? — —

Wendet man sich nunmehr der eigentlichen Vorgeschichte des Krieges zu, so ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit, auch den am meisten hervorstechenden Anlaß, die Ermordung des Erzherzogs, nicht allein mit der aggressiven Politik der von England geführten europäischen Mächtegruppe gegen Deutschland in die richtige ursächliche Verbindung zu bringen; auch diese wird nachzuweisen sein. Vielmehr erhebt sich vorher bedeutend und eindringlich die Frage, was dieser Mord politisch bedeutete, wo seine Wurzeln zu suchen sind; wie es möglich war, daß das Verbrechen zweier fanatischer serbischer Jünglinge den Weltkrieg hervorrufen konnte, wie es kam, daß der Mord, gleich nachdem er begangen worden war, bei allen Kennern der Verhältnisse schwere Sorgen für die Zukunft des europäischen Festlandes erregt hat.

Der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand war eine Persönlichkeit, an der schon zu ihren Lebzeiten viel herumgeraten wurde. Das pflegt das Schicksal der meisten Thronfolger zu sein, aber hier kam die

*) Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. Von Graf Ernst Reventlow. 10. Aufl. Berlin 1918, E. S. Mittler & Sohn, S. 477.

ungemeine Verschlossenheit Franz Ferdinands und die Geschlossenheit seines kraftvollen Wesens dazu. Nur über eines bestand allgemeine Übereinstimmung: der Thronfolger sei ein sehr ernst zu nehmender, arbeitsamer und befähigter Mann von starkem Charakter und ausgesprochen eigenem Willen. Heute stellt sich uns sein Bild ungefähr folgendermaßen dar:

Franz Ferdinand war von dem Gedanken ganz erfüllt, aus Österreich-Ungarn eine geschlossene, gesunde staatliche Einheit und nach außenhin eine aktionsfähige Großmacht zu machen, dem Habsburger Reiche wieder eine große Stellung in der Welt zu schaffen. Der Thronfolger war nicht, wie damals erzählt wurde, feindlich oder freundlich gegen die eine oder die andere der Nationalitäten der Doppelmonarchie gesinnt. Er betrachtete jede von ihnen nur als Glied des Ganzen und im Hinblick auf dieses. Er selbst fühlte „schwarzgelb" und wie der künftige Herrscher eines mächtigen, einheitlich geleiteten und einheitlich wollenden Österreich-Ungarns.

In dem Maße, wie der Kaiser älter wurde, trat der Thronfolger in den Vordergrund, zunächst auf dem militärischen Gebiete, dann auch politisch. Im Jahre 1913 wurde er vom Kaiser Franz Joseph zum Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht ernannt, und er widmete sich dieser Aufgabe mit außerordentlichem Eifer und Verständnis und mit der ihm eigenen Ausdauer. Von Franz Ferdinand stammt das auf Italien gemünzte Wort: „Unsere besten und sichersten Verbündeten sind Heer und Flotte." In dieser klaren Erkenntnis hat der Thronfolger ungefähr anderthalb Jahrzehnte hindurch in dem Maße, wie seine Stellung ihm Einfluß gestattete, darauf hingewirkt, das bekannte Wort eines österreichischen Kriegsministers zuschanden zu machen: „Die Armee verdorrt." In der Armee und ebenso in der Marine stand er in höchstem Ansehen wegen seines Verständnisses und Eifers, vor allem wegen seines zielbewußten Ernstes.

Franz Ferdinand hat zu den Fürsten gehört, die wirklich arbeiten können und wollen, und so riß er alle mit sich, die sich in seinem Einflußbereiche befanden. Nach der Mordtat schrieb das erste militärische Organ Österreichs: „Franz Ferdinand, auf den die Armee mit wachsender Inbrunst zu sehen gewöhnt wurde, er, der mit eiserner Faust die Wehrmacht mit seinem Geiste, mit seinem Willen erfüllt, sie zu einem Abbild seines gewaltigen Wesens gemacht hat, Franz Ferdinand ist tot." — So dachte die Armee über ihn und wahrscheinlich mit Recht.

Der Thronfolger wandte auch seine besondere Aufmerksamkeit und Sorge der vernachlässigten Marine zu und kämpfte den schweren Kampf, sie zu heben und eine den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft ent-

sprechende Flotte zu schaffen. Franz Ferdinand ging in seiner Zielsetzung für die österreichisch-ungarische Seemacht weit. Er wollte aus ihr eine der hohen See und der Offensive fähige Streitkraft machen. Dabei war sein Gedanke nicht allein auf das Adriatische Meer, sondern auch allgemein auf die österreichisch-ungarische Seegeltung in Verbindung mit Überseehandel, Weltwirtschaft und vielleicht auch kolonialen Plänen gerichtet. Franz Ferdinands unermüdlicher Initiative war es zuzuschreiben, daß man vom Bau von Küstenpanzerschiffen zu wirklichen Schlachtschiffen überging, und daß die Flotte, soweit ihre Bestände es gestatteten, kriegsmäßige Übungen großen Stiles regelmäßig vornahm.

Es scheint besonders auch nach schriftlichen Ausführungen, die ohne Widerspruch dem Thronfolger öffentlich zugeschrieben worden sind, daß er eine Flotte für Österreich-Ungarn für notwendig hielt, welche derjenigen Italiens gewachsen, womöglich überlegen wäre. Er ging dabei von der militärischen Erwägung aus, daß man in einem Kriege mit Italien die Adria beherrschen müsse, um eine Armee in Oberitalien zu landen. Daß der Thronfolger Angriffsabsichten gegen Italien gehabt habe, ist gleichwohl aus militärischen und politischen Gründen, welche nahe genug liegen, sehr unwahrscheinlich. Er mißtraute aber Italien und erblickte in ihm den Feind der Zukunft. Ebensowenig ist anzunehmen, daß Franz Ferdinand, wie verbreitet wurde, den Gedanken gehegt habe, Krieg gegen Italien zu führen, um die weltliche Macht des Papstes wieder herzustellen. Er war überzeugter Katholik, aber schwerlich geneigt, die Politik der Doppelmonarchie in den Dienst des alten Machtgedankens des Papsttums zu stellen und gar auf die Gewißheit eines Weltkrieges hin.

Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche ist dem Thronfolger wahrscheinlich Sache der Überzeugung gewesen. Sein Streben für ein mächtiges Österreich-Ungarn tat diesem Gedanken keinen Eintrag, ebenso wie ein solches innerlich gesundes, nach außen wehrkräftiges und politisch aktionsfähiges Österreich-Ungarn dem Deutschen Reiche als Bundesgenosse nur erwünscht sein konnte und kann. Der Thronfolger scheint die deutschen Verhältnisse mit großer Aufmerksamkeit studiert zu haben, militärisch ebenso wie politisch, wie er überhaupt immer und überall nur an die eigene Vorbereitung auf seine Herrscherzeit dachte. Über Art und Richtung seiner Neigungen und Abneigungen ist nichts bekannt geworden. —

Einem solchen Manne konnte die Größe der südslawischen Gefahr für Österreich-Ungarn nicht entgehen. Die Doppelmonarchie gerade in dieser Richtung zu stärken und vorzubereiten, erschien ihm als Schicksalsfrage. Während der Balkankriege der Jahre 1912 und 1913 hat Franz Ferdinand wohl zu der Partei in Österreich-Ungarn gehört, welche die südslawische Gefahr und ihren Hauptexponenten Serbien jedenfalls

in gewissen Augenblicken mit dem Schwerte beseitigen wollte. In diesem Sinne war der Thronfolger ein Gegner der Politik des Grafen Aehrenthal, die er auch Italien gegenüber zu nachgiebig fand.

Von der Krisis gegen Ende des Jahres 1912 berichtete der belgische Gesandte zu Berlin, Baron Beyens, die Episode: „Wenn auch die Reise des Erzherzog-Thronfolgers von Österreich nach Deutschland unter dem Vorwande einer Jagdeinladung des Kaisers erfolgte, so hatte sie doch in diesem Jahre wegen des Balkankrieges und des Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine besondere Bedeutung. Der Erzherzog hat in Berlin erklärt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie an der Grenze der Zugeständnisse angelangt sei, die sie ihrem Nachbar machen könne. Der Kaiser und seine Ratgeber haben es trotzdem an Ratschlägen zur Mäßigung nicht fehlen lassen, die Wilhelm II., als er seinen Gast zur Bahn brachte, in der ihm eigentümlichen familiären Ausdrucksweise in die Worte zusammenfaßte: »Vor allem keine Dummheiten!«“ Diese Geschichte ist deutscherseits nicht dementiert worden und hat manche innere wie äußere Wahrscheinlichkeit für sich; freilich ist sie insofern ohne Abschluß, als die Antwort oder die innere Stellungnahme des Erzherzogs nicht bekannt ist.

Die österreichisch-ungarische Kriegspartei war schon seit der Bosnischen Annexionskrisis der Überzeugung, daß man mit Serbien je eher, desto besser „kurzen Prozeß machen“ müsse. Ob der Erzherzog-Thronfolger sich diesen Gedankengang zu eigen gemacht habe, steht nicht fest; es ist wohl zu bezweifeln, da ihm die großen politischen Fragen, die mit dem österreichisch-serbischen Verhältnisse zusammenhingen, jedenfalls klar gewesen sind, in erster Linie auch die Stellungnahme Italiens. In Österreich ist nachher behauptet worden, der Thronfolger habe auch Serbien gegenüber eine Politik der Verständigung, jedenfalls der Versöhnlichkeit gewünscht. Sicherlich war er nicht der Gewaltmensch, wie ihn die serbische Propaganda schilderte, sondern verlor nie den großen politischen Zusammenhang aus den Augen. Verständigungsmöglichkeit mit Serbien stand, so prekär sie schon vorher war, seit dem Beginn des ersten Balkankrieges außer Betracht.

Man darf annehmen, daß Franz Ferdinand angesichts seiner klaren und entschlossenen Stellungnahme zur großserbischen Frage sich nicht immer im Einverständnis mit der Politik des Deutschen Reiches befunden haben kann; um so weniger vielleicht, als die österreichischen Militärs die Schwierigkeiten einer Niederwerfung Serbiens wohl stark unterschätzten, noch stärker sogar, als deutsche Staatsmänner sich über den Stand der russischen Rüstungen und die Ziele und Verbindungen der britischen und russischen Politik mit den Balkanfragen täuschten. Das gleiche gilt

auch von der Einschätzung und Beurteilung der Balkanverhältnisse im Deutschen Reiche. Schwer und unbegreiflich hat sich die deutsche Staatsmannschaft und Diplomatie im Jahre 1912 über militärische Kraft und Schlagfertigkeit der Balkanmächte, auch, übrigens nach der umgekehrten Richtung, der Türkei getäuscht.*) Die Annahme liegt nahe, daß ähnliche Irrtümer über die Natur und die Stärke sowie den Umfang der großserbischen Bewegung bei den leitenden Stellen des Deutschen Reiches bestanden haben. In der deutschen Öffentlichkeit war diese eigentümliche „Bewegung" überhaupt wenig, jedenfalls nur oberflächlich bekannt.

Der großserbische Gedanke bedeutete an und für sich nur die in diesem Kriege so häufige und so viel erörterte Erscheinung: des Willens zur gewaltsamen Durchführung und Verwirklichung des Prinzips der Nationalität, des nationalen Gedankens. Die Notwendigkeit gerade der Gewaltsamkeit lag besonders kraß in der politischen Gebietseinteilung auf der Balkanhalbinsel begründet. Nicht nur die aus dem Eroberungszuge der in Europa eingedrungenen Türken noch verbliebenen Grenzen griffen weit über die der balkanischen Nationalitäten über, sondern, was gerade die Serben anlangt, so hatten sie Volksgenossen außerdem im bulgarischen Gebiete, im ungarischen, in Bosnien und Dalmatien.

Ein Bulgare, St. Tchilinghinoff (Le pays de la Morawa), läßt sich über den serbischen Volkscharakter folgendermaßen aus: „Der Serbe ist vor allem romantischer Natur. Er läßt sich durch den Gedanken an die Tat leiten, ohne an die möglichen Konsequenzen zu denken. Für ihn steht weniger in erster Linie, etwas zu erhalten, als vielmehr seinen Willen zum Ziel sichtbar zu betätigen. Aus diesem Grunde haben die Serben den Kult der Persönlichkeit auf die Spitze getrieben. Persönliche Akte, Leistungen, Erfolge oder Mißerfolge — das ist der Mittelpunkt ihres Interesses. Dieser Charakterzug besteht noch heute."

Diese Schilderung ist einseitig, aber nicht unrichtig. Dazu kommt ein glühender, leidenschaftlicher Nationalgeist, ein unbedingtes Gefühl volksgenössischer Zusammengehörigkeit, höchstgespanntes Selbstgefühl, Energie, Tapferkeit, Opfermut und politische Veranlagung. Der politische Geist durchdrang das ganze Volk zugleich mit dem Stolze auf die serbische Vergangenheit und einer traumsicheren Zuversicht für die Zukunft des serbischen Volkes. Vieles im serbischen Volkscharakter erinnert an den der Franzosen, besonders die vom nationalen Standpunkte ganz egozentrische Anschauung aller Dinge und ein romantischer Nationalegoismus, der keine Hemmungen und Rücksichten kennt, sobald er einmal entfesselt ist.

Dieses Volk sah sich durch die Wechselfälle seiner Geschichte auf ein

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914, S. 447 ff.

kleines, zu kleines eigenes Gebiet beschränkt. Es war rings von Landgrenzen umgeben, der Zugang zum Meere fehlte. Serbien bedurfte einer Verbindung mit der Küste, also dem Adriatischen Meere. Sein Drang dahin war keine Phrase und Maske wie für Rußland, sondern ein Gebot wirtschaftlicher und damit nationaler Notwendigkeit. Demgegenüber war es mit gleichem „Rechte" und gleicher Notwendigkeit der österreichisch-ungarische Standpunkt, Serbien nicht ans Meer zu lassen. Man soll sich nicht scheuen, die durchweg festzustellende Tatsache einfach anzuerkennen, daß die Begriffe von Recht und Unrecht meist für Kriegsursachen wie für die Kriege selbst nicht am Platze sind. Ausnahmen gibt es, aber wenige.

Die Serben brauchten Anlehnung und Rückhalt. Sie haben sie bald bei Österreich-Ungarn, bald bei Rußland und dem Slawentum gesucht. Seit dem blutigen Ende des letzten Obrenowitsch und der Thronbesteigung Peter Karageorgewitschs war die Entscheidung endgültig nach der slawischen Seite gefallen.*) Von da an, also mit dem Jahre 1903, entwickelt sich der serbisch-österreichisch-ungarische Gegensatz, mit Pausen, aber durchaus geradlinig, und zwar auf dem Boden des serbischen oder, wie der übliche Ausdruck lautet, des großserbischen Gedankens, daneben durch die zunehmende Notwendigkeit des Zugangs zum Meere, um nicht Serbien wirtschaftlich auf Gnade und Ungnade an Österreich-Ungarn preisgeben zu lassen und das innere Wachstum nach außen zur Geltung bringen zu können.

Bosnien und die Herzegowina waren durch die Entscheidung des Berliner Kongresses der Doppelmonarchie als „Okkupationsgebiet" mit unbegrenzter Zeitdauer zugesprochen worden, während das Türkische Reich staatsrechtlich Besitzer der Gebiete geblieben war; eine Form, aber solche Formen sind nie ganz leer, sondern bilden bald Klötze am Bein, bald Angriffsflächen.

Die serbische Nation glaubte bis 1908 diese Form, mit welcher Graf Julius Andrassy seine Nachfolger belastet hatte, zu ihren Gunsten in einem geeigneten Augenblicke benutzen und gebrauchen zu können. Man war der Ansicht, daß Bosnien mit der Türkei gar zu lose verknüpft sei und daß Österreich-Ungarn weder die innere noch die äußere Kraft oder auch den Entschluß haben werde, die Okkupationsgebiete dauernd an sich zu fesseln, auch daß die anderen europäischen Großmächte gegen jeden Versuch ihr Veto einlegen würden.

Um so größeres Zutrauen hatten die Serben zu sich selbst und zum Russischen Reiche, dem Antagonisten Österreich-Ungarns, dem Schützer

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914, S. 345 ff.

und Mehrer der slawischen Nationen. Gleichzeitig rechnete Serbien von Jahr zu Jahr mehr mit dem Zerfall des Türkischen Reiches, jedenfalls mit Zunahme seiner Schwäche. Dazu kam seit dem Russisch-Japanischen Kriege, daß das im fernen Osten geschlagene Rußland sich in den Jahren 1905/07 mit Großbritannien, dem alten Feinde und dem intellektuellen Urheber der russischen Niederlagen zu Lande und zu Wasser, verständigte. Rußlands politische Front wandte sich vom fernen Osten ab, dem nahen Osten zu, unter britischen Auspizien. Die Leiter des Russischen und des Britischen Reiches wurden sich einig in einer gegen den europäischen Bestand des Türkischen Reiches gerichteten Politik; eine geschichtliche und politische Tatsache von hoher Bedeutung.

Die berühmte Zusammenkunft der Herrscher Großbritanniens und Rußlands zu Reval 1908 bezeichnete, wie schon hier kurz bemerkt werden muß, den Entschluß der beiden Mächte, die Türkei im geeigneten Augenblick aus Europa zu vertreiben. Gleichzeitig lag in diesem Zusammenschluß der Entschluß zur Ausschaltung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel. Dadurch sollte besonders die deutsche Orientpolitik und deren Zukunft getroffen werden. Es handelte sich um einen weitausschauenden Plan. Als drittes Moment kam hinzu, daß das in Reval auch beschlossene sogenannte Reformprogramm für die Gebiete der Europäischen Türkei, besonders für Mazedonien, die Auflösung und Revolution auf die Füße stellen und der Pforte alle Autorität nehmen mußte. Diese russisch-britische Politik betrachtete die Schwächung, womöglich den Zerfall der Europäischen Türkei also nicht als eigentlichen Zweck, sondern als Mittel der Einkreisung und Abschnürung des Deutschen Reiches. Wurde dies Ziel erreicht, so würde man sich untereinander über die Türkei schon irgendwie einig werden.

Der Zusammenhang der bosnischen Serben mit dem Königreiche Serbien und umgekehrt war bereits damals ein intimer, und die nationalen Bestrebungen waren ausgemachte Sache. Die jammervollen inneren Verhältnisse Österreichs trugen das ihre bei, um das serbische Selbstgefühl und die Verachtung gegen die nachbarliche Großmacht zu steigern. In diesen Zustand leidenschaftlicher und zuversichtlicher Erwartung fiel wie eine Bombe die österreichisch-ungarische Erklärung der Annexion der bisherigen Okkupationsgebiete Bosnien und Herzegowina. Es folgte die sogenannte Annexionskrisis, welche blitzartig zeigte, daß es den Ententemächten unter der großbritannischen Führung nicht um türkische und balkanische Zustände zu tun gewesen war, sondern um das Deutsche Reich und um entscheidende Schwächung Österreich-Ungarns, nachdem es König Eduard vorher nicht gelungen war, Kaiser Franz Joseph vom Bündnisse mit dem Deutschen Reiche abzuziehen.

Es ist eine Tatsache*) daß die sogenannte Bosnische Krisis von dem Dreiverbande in erster Linie als Versuch zur Einschüchterung der Mittelmächte gedacht worden war und daß weder Frankreich noch Rußland zum Kriege bereit waren, daß außerdem Iswolski, der russische Minister des Auswärtigen, politisch und diplomatisch nicht in der Lage war, direkte ernste Einwendungen gegen die Annexionserklärung zu erheben, da er selbst dem österreichisch-ungarischen Außenminister Aehrenthal vorher die Zustimmung Rußlands zu einem solchen Akte in Aussicht gestellt hatte.

Beiläufig sei bemerkt, daß über diesen Punkt vielfach gestritten worden ist. Man hat gefragt, wie es denn unter solchen Umständen möglich gewesen sei, daß Iswolski überhaupt es zur Annexion habe kommen lassen, oder aber, wenn Rußland und seine Bundesgenossen derart dagegen waren, wie sie es nachher öffentlich bekundeten, warum sie sich von der Annexion überraschen ließen, und umgekehrt, wenn Rußland wußte, daß Aehrenthal annektieren wollte und Iswolski nichts dagegen hatte, sondern nur die zugestandene und von beiden Mittelmächten auch vertretene Forderung erhob, Rußland die türkischen Meerengen freizugeben, warum man dann sich nicht nachher vielleicht nach einem Scheinwiderspruche mit der Sache einverstanden erklärte. Nun ist der Widerspruch, welchen Rußland erhob, zu einem Teile Scheinwiderspruch gewesen. Erhoben wurde er in erster Linie, um das Slawentum in Rußland und auf der Balkanhalbinsel zu beruhigen, ferner weil, wie gesagt, Rußland nicht imstande gewesen wäre, Krieg zu führen, drittens, weil die französische Politik damals die Erhaltung des Friedens wünschte, sich außerdem von der Pflege guter Beziehungen zu Österreich-Ungarn Vorteile für die Zukunft versprach. Wie schließlich Iswolski zur Ansicht gelangt ist, London werde der Öffnung der Meerengen für die russische Kriegsflotte zustimmen, das entzieht sich der Kenntnis.

Die Frage, ob Aehrenthal dem russischen Staatsmanne über seine Annexionsabsicht etwas gesagt habe, und zutreffendenfalls, was er gesagt habe, ist wohl dahin zu beantworten, daß Aehrenthal allerdings seine Annexionsabsicht oder die Notwendigkeit einer Annexion für Österreich-Ungarn Iswolski gegenüber ausgesprochen, aber beiläufig, und nichts über den Zeitpunkt der Ausführung von sich gegeben hat. Dieselbe Methode hat der österreichisch-ungarische Minister der deutschen Regierung oder ihrem Vertreter, Herrn v. Schoen, gegenüber befolgt. Aehrenthal wollte freie Hand haben und sich weder durch Bundesgenossen noch durch Gegner einer Bindung aussetzen. Der Anschein der Überraschung war der russischen Staatsmannschaft vor der slavischen Öffentlichkeit empfindlich, und eine

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914, S. 357 ff.

aus dieser Empfindlichkeit hervorgehende Verstimmung trat von da an in der Politik Iswolskis gegen Aehrenthal bisweilen hervor. Er mußte sich sagen, daß die Überraschung ihn gegenüber den Balkanvölkern, besonders den Serben, bloßstellte, und daß man sich auch in dieser Richtung besser hätte vorbereiten können, wenn die Absicht des Freiherrn v. Aehrenthal auch der Zeit nach ungefähr bekannt gewesen und ernst genommen worden wäre.

Für Serbien war die Annexion ein Donnerschlag, für Österreich-Ungarn eine notwendige und vorausschauende Schutzmaßnahme. Der serbische Nationalismus und das Fortschreiten der revolutionären Bewegung in der Türkei, die antitürkische Politik Großbritanniens und Rußlands und ihre Ausschaltung Österreich-Ungarns aus dem Einflusse auf die Balkanhalbinsel — das alles machte notwendig, wenigstens die Okkupationsgebiete nunmehr fest und auch formell unauflöslich der Monarchie anzugliedern. Denkt man sich den Fall, Österreich-Ungarn habe auf die Okkupationsgebiete verzichtet oder verzichten müssen, so hätte das auch den Verzicht auf Großmachtstellung und auf Zusammenhalt der Monarchie bedeutet. Die serbische Bewegung hätte dann ebenso auch Dalmatien und die slawischen Teile von Ungarn ergriffen und die — nachher zu erwähnende — tschechische Bewegung hätte von der andern Seite auf Auflösung und Zertrümmerung des Reiches gewirkt. Dazu wären die italienischen Bestrebungen gekommen, nicht nur nach Albanien, sondern auch nach Triest hin, und die übrigen Ziele, welche Italien sieben Jahre später als Kriegsziele und als Notwendigkeiten seines heiligen Egoismus der Welt verkündete.

Während des Großen Krieges ist in Deutschland rückschauend die Frage aufgeworfen worden, ob es denn wirklich richtig gewesen war, daß das Deutsche Reich sich in der Annexionsfrage unbedingt auf die Seite des Bundesgenossen gestellt hat. Dieser Schritt war politisch für das Deutsche Reich entscheidend im Bereich aller Balkan- und Orientfragen. Das Deutsche Reich trat damit aus seiner Zurückhaltung offen und grundsätzlich heraus und legte somit seine Haltung auch für manche späteren Fragen und Krisen auf der Balkanhalbinsel fest. Gleichwohl muß man auch heute jene Bülowsche Politik als richtig ansehen. Oder aber der damalige Deutsche Reichskanzler hätte mit Rußland gegen Österreich-Ungarn Politik treiben müssen, eine Politik, die letzten Endes auf Teilung und Vernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie hinauslaufen mußte. Will man eine solche Perspektive nachträglich ins Auge fassen, so war sie politisch für das Deutsche Reich vom Gesichtspunkte der Balkan- und Orientpolitik vielleicht denkbar, jedoch nicht mehr in den Jahren 1907 und 1908, nachdem Rußland und England im Einverständnisse miteinander den Großen

Krieg oder, wenn es ging, die entscheidende Demütigung auf friedlichem Wege gegen das Deutsche Reich vorbereiteten und gewissermaßen als Nebenprodukt dieser Politik auch die Auflösung Österreich-Ungarns beschlossen hatten. Vorher wäre eine deutsch-russische Politik denkbar gewesen, ähnlich vielleicht wie die ungefähr hundert Jahre vor der Bosnischen Krisis von Napoleon und Alexander I. geplante große Teilung des Ostens und Südostens.

In erster Linie mußte die Bejahung der Frage stehen: ob die Annexion und ihr politisches wie diplomatisches Gelingen eine Lebensfrage für Österreich-Ungarn war oder nicht. Es wäre unpolitisch und töricht gewesen, Österreich-Ungarn dafür bestrafen zu wollen, daß es diese seine Politik auf eigene Hand begonnen hatte und den Bundesgenossen nun auf einmal vor eine große Entscheidung stellte.

Serbien mußte schließlich nachgeben und versprach die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit dem vergangenen Oktober eingenommen hatte, aufzugeben, und es verpflichtete sich, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik Österreich-Ungarn gegenüber zu ändern und künftighin mit diesem auf einem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Schwerlich ist jemals eine größere Unwahrheit der Absicht diplomatisch notifiziert worden. Das gesamte serbische Volk war außer sich vor Bitterkeit und Entrüstung über das Entgehen der großen Gelegenheit. Auch die serbische Forderung eines „Korridors" nach dem Adriatischen Meere war gescheitert. Sie mußte, wie gesagt, als eine serbische Lebensfrage insofern anerkannt werden, als Serbien ohne eine solche Verbindung zum Absatze seiner Erzeugnisse wirtschaftlich auf Österreich-Ungarn angewiesen war. Was dies übrigens betrifft, hat die Doppelmonarchie Serbien gegenüber ebensowenig nach der Bosnischen Krisis wie vorher eine kluge und großzügige Politik getrieben, sondern ist auch, ohne kleinliche Reizungen zu scheuen, immer offen darauf ausgegangen, Serbien durch Wirtschaftspolitik klein zu machen und klein zu halten. Das war einer der merkwürdigen hier freilich nicht entscheidenden Fehler, welche Graf Aehrenthal begangen hat, wie er den entgegengesetzten Fehler, nämlich den übergroßer Nachgiebigkeit, Italien gegenüber machte.

Kein Serbe betrachtete die bosnische Angelegenheit als abgeschlossen, und Serbien rüstete. In der Annexionskrisis und ihrem Ergebnisse ist die Ursache dafür zu erblicken, daß knapp vier Jahre später der so oft geplante und versuchte und immer wieder gescheiterte Bund der Balkanmächte zustande kam, und zwar unter englisch-russischem Patronate. Inzwischen benutzte Serbien die Zeit aber nicht allein zu dieser Politik, auch nicht allein zu militärischen Rüstungen, sondern auch zur festen Organi-

sierung der großserbischen Bewegung in allen Ländern und Gebieten der Balkanhalbinsel, wo Serben wohnten. Diese bildet ein Kapitel, das für den Anlaß zum Weltkriege von hoher Bedeutung ist und weit über die Grenzen der Balkanhalbinsel hinausgreift; es kommen in dieser großserbischen Bewegung verschiedene treibende Momente zur Geltung, welche auf den ersten Anblick wenig zueinander zu passen scheinen: die serbische bzw. großserbische Nationalpropaganda, das internationale Freimaurertum und die aggressive Politik der großen englisch geleiteten Koalition gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn.

* * *

Unmittelbare Folge der Annexionskrisis war die Entstehung der 1914 soviel genannten Organisation „Narodna Odbrana", zu deutsch: „Wehr des Volkes".

Diese Vereinigung ging aus einem sogenannten Komitee hervor, welches vorher gegründet worden war, um Bosnien zu revolutionieren. Gründer der „Narodna Odbrana" waren Generale, ehemalige Minister, Beamte, kurz, Angehörige der politisch führenden Schichten Serbiens. Die Organisation war nach außenhin ein privater Verein, stand aber in Abhängigkeit und unter Führung der serbischen Regierung. Diese hatte in der erwähnten Note „gute Nachbarschaft" versprochen. Im Gegensatz hierzu waren das serbische Volk und seine Regierung der Auffassung, daß man nun erst recht mit allen Kräften und Mitteln versuchen müsse, den großen Schlag gegen Österreich-Ungarn vorzubereiten. In den Aussagen der Angeklagten und Zeugen im Prozesse nach der Ermordung des Thronfolgers wird mehrfach der Gedanke ausgesprochen, daß zur Zeit der Annexion die großserbische Organisation, also die Verbindung mit den Serben des Königreichs und denen in Österreich-Ungarn, nicht genügend ausgebildet, man überhaupt nicht vorbereitet gewesen sei. Das dürfte den Tatsachen entsprechen, man glaubte eben in Serbien nicht, daß Österreich-Ungarn in jenem Augenblick die Annexion vollziehen werde.

Die serbische Stimmung und der hauptsächlich in Bosnien verkörperte nationale Gedanke der gewaltsamen Ausdehnung und des Kampfes mit allen Mitteln gegen Österreich-Ungarn wird durch die folgenden Verse gut veranschaulicht. Das Gedicht wurde am 18. August 1910, dem Geburtstage Franz Josephs, zwei Monate nach dem Mordversuche eines serbischen Studenten Zerajitsch gegen den bosnischen Landeschef, veröffentlicht. Zerajitsch hatte sein Ziel nicht erreicht und beging unmittelbar nach dem Attentat Selbstmord. Er wurde wie ein Nationalheld gefeiert, „heute am 18. August vielleicht mehr als jemals". Das Gedicht schloß sich an:

Bosnien lebt, noch ist es nicht tot,
Umsonst hat er seinen Leib begraben;
Noch sprüht es Feuer, das gefesselte Opfer,
Noch ist's nicht Zeit, das Grablied zu singen.

Mit Satans Hand scharrtet ihr auf ihn die Grube,
Aber der lebende Tote will nicht in die Gruft;
Kaiser, hörtest Du? im Blitzen des Revolvers
Sausen die bleiernen Kugeln gegen deinen Thron!
Das sind nicht Sklaven, das ist herrliche Freiheit,
Die aus der kühnen Hand des Unterjochten leuchtet!
Was zittert so dieses schreckliche Golgatha?
Petrus zog das Schwert, Christus zu schirmen.
Seine Hand sank, aber aus dem Blute
Werden tausend tapfre Hände sich erheben;
Dieser Schuß war nur der erste Bote
Der glorreichen Ostern nach Golgathas Qualen.

Der Mörder Zerajitsch wird also mit Petrus verglichen, der das Schwert zog, um Christus zu schützen; unter Christus wird Bosnien verstanden.

Im Herbst desselben Jahres und ebenso in den folgenden Jahren versicherte die serbische Presse fortgesetzt, daß der Tag der Rache an Österreich-Ungarn kommen müsse und daß die serbischen Rüstungen diesem Zwecke dienten. 1911 schrieb die „Politika": „Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina ist ein für allemal die Möglichkeit einer Freundschaft zwischen Serbien und Österreich-Ungarn zerstört worden." —

Im serbischen Volke aber und auch unter den Serben Bosniens und der anderen österreichisch-ungarischen Gebiete wandte man das stärkere Agitationsmittel an, nämlich die Behauptung, daß Österreich-Ungarn einen Vernichtungskrieg gegen das Königreich Serbien vorbereite. Gegen diesen müsse man sich rüsten, und um so nötiger sei der straffste Zusammenhalt des gesamten Serbentums. Dieses müsse den österreichisch-ungarischen Feind in unaufhörlicher Arbeit so viel schwächen und schädigen wie nur möglich und sich über alles, was bei ihm vorgehe, sorgfältig unterrichten.

So waren alle Gedanken und alle Kräfte des Serbentums auf dieses Endziel: den Tag der Rache und damit der Wiedervereinigung, gerichtet und gesammelt. Dieser Tag würde zugleich der Geburtstag Großserbiens sein, der Vormacht auf der Balkanhalbinsel mit einer Verbindung nach dem Adriatischen Meere, vielleicht auch nach der Ägäis.

Diese nationale und völkische Hochspannung war um so größer, als sie durch den wütenden Haß gegen Österreich-Ungarn ihr Gepräge erhielt. Österreich-Ungarn war für das Serbentum das wurmstichige, morsche Alte, das Serbentum galt ihm als das junge, kräftige, mit elementarer Gewalt über alle Hindernisse zur Vereinigung strebende Neue. Im Früh-

jahr 1912 schrieb „Tugorinski Glasnik“: „In Österreich-Ungarn herrscht Zerfall nach allen Seiten. Was jenseits der Donau und der Save geschieht, das ist nicht mehr eine deutsche, magyarische, böhmische oder kroatische Krise, — das ist eine allgemeine österreichische Krise, eine Krise der Dynastie selbst. Wir Serben können mit Befriedigung einer solchen Entwicklung der Dinge in Österreich zusehen.“

In der Tat boten die Verhältnisse in Österreich-Ungarn ein Bild, das die Feinde der Mittelmächte mit Befriedigung, das Deutsche Reich mit Besorgnis erfüllen mußte.

Einer der Hauptbahnbrecher für den großen Tag der Rache sollte der genannte Propagandaverein, die „Narodna Odbrana“, sein. Die „Narodna Odbrana“ durchdrang und organisierte politisch das ganze Serbentum, sie bildete den Kraftmittelpunkt und das Sammelbecken des gesamten serbischen Vereinswesens. Dieses aber war sehr durchgebildet, vielgestaltig und völlig politisiert.

Zufolge dem am 25. Juli 1914 vom österreichischen Außenminister Grafen Berchtold an die europäischen Hauptmächte erlassenen Memoire besaß die „Narodna Odbrana“ in dem kleinen Lande 400 Ausschüsse. Sie stand außerdem in engster Verbindung mit dem „Schützenbunde“, dem „Sokolbunde“, dem „Reiterverein“, dem „Jägerbunde“, der „Kulturliga“ und zahlreichen anderen Vereinen. Alle verfolgten bei verschiedener Äußerlichkeit das gleiche Ziel. Harmlose, zeitverschlingende und auf Erhöhung der individuellen Selbstzufriedenheit gerichtete Vereinsmeierei gab es in Serbien nicht. In allen diesen Vereinigungen flammte derselbe Geist. Er erhielt Richtung und Nahrung von der „Narodna Odbrana“, deren treibende Kräfte von den Spitzen des Heeres, der politischen und Beamtenwelt und von Gelehrten gestellt wurden.

So stellte sie in der Tat das serbische Volk selbst dar, und schon deshalb war die Bedeutung dieses Vereins eine so große und bleibt es für die Vorgeschichte des Krieges. Der Präsident des Sokolbundes erklärte im Frühjahr 1914, ohne das Turnen überhaupt zu erwähnen: das Ziel sei „die Vorbereitung zum Kampfe gegen den gefährlichen, herzlosen, lüsternen, lästigen und gefräßigen Feind im Norden, der Millionen serbischer Brüder Freiheit und Recht nimmt und sie in Sklaverei und Ketten hält“. Dieses Motiv zieht sich durch alle Äußerungen hindurch, und sie gipfeln häufig im Preisen des Mordes und der Mörder der österreichischen Unterdrücker.

Die Tätigkeit des gesamten Vereinskomplexes beschränkte sich auch nicht auf das Königreich Serbien, sondern erstreckte sich überallhin zu den österreichisch-ungarischen Serben. Agitatorische Vorträge, Verbreitung von Druckschriften, Zusammenkünfte und Besprechungen unter allen möglichen Masken waren die gewöhnlichen Mittel. Umgekehrt kamen

österreichisch-ungarische Serben nach dem Königreiche, festigten die Verbindung und wurden als Märtyrer gefeiert. Geheime Organisationen verbanden die österreichisch-ungarischen Serben mit denjenigen des Königreichs.

Zu dieser national- und vereinspolitischen Tätigkeit der „Narodna Odbrana" kam noch diejenige militärischer Vorbereitung auf den Krieg der Rache und Befreiung durch angestrengte Rüstungen.

Die planmäßige Aufwiegelung und Organisierung aller serbischen Bevölkerungsteile in den österreichisch-ungarischen Gebieten gehört in die gleiche Kategorie. Sie erstreckte sich hauptsächlich auf die heranwachsende Jugend als die Trägerin der Tat, während die älteren Generationen, auch die Frauen, verständnisvolle und verschwiegene Hilfe leisteten, um die Verbindung mit dem Königreich Serbien durch die von dort kommenden Emissäre zu vermitteln und sicherzustellen. Die Schulen spielten durch das Verhältnis der Lehrer und Schüler eine besondere Rolle und waren gerade auch in Bosnien intellektuelle Mittelpunkte.

Die Emissäre Serbiens in den betreffenden österreichisch-ungarischen Gebieten aber hatten noch eine besondere Aufgabe rein militärischer Natur. Es handelte sich um Vorbereitung für den sogenannten Bandenkrieg oder die Tätigkeit der Komitatschi, wie sie auf der Balkanhalbinsel besonders beliebt war und geübt wurde. Sie wurden — es sei nur an Mazedonien erinnert — von denjenigen Nationalitäten auf dem damals türkischen Gebiete geführt, welche dort territoriale Ansprüche erhoben, weil größere oder geringere Teile ihrer Volksgenossen auf dem mazedonischen Boden wohnten.

Die Ausübung solcher Bandentätigkeit war wegen des kräftigen österreichischen Regiments in Bosnien nicht möglich. Im Augenblick eines Krieges oder womöglich schon während der vorhergehenden Spannungsperiode aber sollte der Bandenkrieg in Bosnien einsetzen, und dazu mußte im Frieden alles organisiert und vorbereitet sein. Im gegebenen Augenblick, auch das ist festgestellt worden, sollten die Emissäre und ihre Helfer an Ort und Stelle alles tun, um den Aufmarsch und überhaupt die Bewegungen österreichischer Truppen in Bosnien zu stören, wichtige Brücken zu sprengen, Eisenbahnen und Bahnhöfe unbrauchbar zu machen. Durch gleichzeitige Paniken und Revolten sollte die Mobilmachung überhaupt verzögert und verwirrt werden.

Die Emissäre des Königreichs Serbien standen in dieser Beziehung unter Leitung des serbischen Generalstabs, und ihre vorbereitende Tätigkeit wurde in möglicher Verschwiegenheit betrieben. Sie bestand hauptsächlich in einer genauen Orientierung über die Landes- und Verkehrsverhältnisse und in der Anwerbung von Vertrauenspersonen in den südslawischen

Gebieten Österreich-Ungarns. Eisenbahnbeamte, Arbeiter, außerdem intelligente und unruhige Elemente wurden besonders gewünscht. Das Attentat wurde als ehrenvolle Pflicht im Königreich wie in den österreichisch-ungarischen Gebieten gepredigt, und die Attentäter verherrlichte man als Nationalhelden. Die Banden, welche die „Narodna Odbrana“ im Königreiche organisierte, wurden militärisch ausgebildet und erhielten im besonderen Unterricht im Werfen von Bomben, im Schießen, im Minenlegen, im Sprengen von Eisenbahnen, Tunnels, Brücken und im Zerstören von Telegraphenleitungen.

Wie im Jahre 1914 bekannt geworden ist, wurden ungefähr hundert serbische Zeitungen und Zeitschriften von der Grenze der Doppelmonarchie ferngehalten, weil ihr Inhalt zu Revolution und Mord aufforderte.

Schon bei den vor 1914 ausgeführten Attentaten gegen hohe österreichisch-ungarische Beamte wurde festgestellt, daß diese Mordunternehmen ihren Ursprung in Belgrad hatten und daß die Bomben und andere Waffen im serbischen Spandau Kragujewatz angefertigt worden waren. Übrigens wurde schon im Jahre 1912 nach einem mißglückten Attentat in Agram ermittelt, daß der Führer des Komplottes, sein Name war Hercongia, damals ein Attentat gegen den österreichisch-ungarischen Thronfolger im Auge hatte. In einem anderen Hochverratsprozeß sagten drei Zeugen aus, daß ein gewisser Luka Aljinovisz ihnen erklärt habe, daß er von der „Narodna Odbrana“ und von einer geheimen Studentenvereinigung eine erhebliche Summe bekommen habe, um einen Anschlag gegen den Erzherzog-Thronfolger vorzubereiten.

Eine vom Zentralausschuß der „Narodna Odbrana“ herausgegebene Schrift vom Jahre 1911 enthält in der Einleitung die bemerkenswerte Andeutung, daß ihr weiterer Inhalt keine erschöpfende Wiedergabe der Arbeit der „Narodna Odbrana“ bilde, „da dies aus mehrfachen Gründen der Fall weder sein darf noch sein kann“. Weiter werden dann die vorher angedeuteten Gesichtspunkte ausgeführt mit besonderer Betonung der Notwendigkeit, die Verbindung mit „unseren nahen und ferneren Brüdern jenseits der Grenze unter unseren übrigen Freunden in der Welt“ aufrechtzuerhalten. Diese letzten Worte verdienen ganz besondere Aufmerksamkeit und beanspruchen eine Bedeutung, die später dargelegt wird.

Die Schrift des Ausschusses der „Narodna Odbrana“ enthält außerdem die folgenden Sätze: „Indem wir auf dem Standpunkte stehen, daß durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina das Vordringen gegen unsere Länder vom Norden her klar zutage getreten ist, erachtet die »Narodna Odbrana« und nennt dem Volke Österreich als unseren ersten und größten Feind.“ Gegen Österreich sei der Kampf bis zur Aus-

rottung Gebot. Dem Volke müsse gesagt werden: „die Befreiung unserer unterworfenen serbischen Gebiete und deren Vereinigung mit Serbien ist für unseren Herrn, unseren Kaufmann, unseren Bauer notwendig wegen der fundamentalsten Bedürfnisse der Kultur, des Handels, wegen des Brotes und des Raumes. In dieser Erkenntnis wird das Volk mit größerer Opferwilligkeit bei der nationalen Arbeit zugreifen. Unserem Volke muß gesagt werden, daß die Freiheit Bosniens für dasselbe notwendig ist, nicht nur aus Mitleid mit den dort selbst leidenden Brüdern, sondern wegen des Handels und der Verbindung mit dem Meere."

Am Tage der Ermordung des Thronfolgers enthielt das serbische Amtsblatt einen Aufruf der „Narodna Odbrana", welcher ausführte, daß Kossovo nur zum Teil gerächt worden sei, und mit den Sätzen schloß: „Serben und Serbinnen! Millionen unserer Brüder, Slowenen, Kroaten und Serben außerhalb unserer Grenzen, schauen heute auf uns, die Kinder des Königreiches, und ihre Brust wölbt die Freude und die Hoffnung, indem sie unsere heutige majestätische Manifestation für die nationale Sache betrachten. Dem Mutigen hilft Gott! Vorwärts alle! Es ruft uns derjenige Teil unserer geheiligten Aufgabe, der noch unverwirklicht geblieben ist."

Es ist also alles in allem nicht zuviel gesagt damit, daß die „Narodna Odbrana" und das ganze mit ihr verbundene Vereinswesen tatsächlich die serbische Nation von der Regierung bis zum Arbeiter zusammenfaßte und mit höchster Energie durchdrang, auch einen Zusammenhang lebendigster und straffster Art mit den in Österreich-Ungarn wohnenden Serben hergestellt hatte.

Daß Österreich-Ungarn diesen von rücksichtslosem überlegten und zielbewußten Angriffsgeiste durchdrungenen Organisationen nicht gleichgültig gegenüberstehen konnte, ist selbstverständlich. Ja, man mußte in ihr eine Gefahr, eine Lebensgefahr erblicken. Die landläufige Redensart vom großen Österreich-Ungarn, dem das kleine Serbien doch keine Furcht machen konnte, war entweder unaufrichtig oder gedankenlos. Die zerfahrenen Verhältnisse in Österreich-Ungarn, die dem österreichisch-ungarischen Staatswesen unbedingt feindliche Solidarität der Südslawen und der Tschechen waren bedrohliche Momente erster Ordnung.

Am Gedächtnistage der Annexion, am 8. Oktober 1913, schrieb das serbische Blatt „Piemont": „Das Volk legt das Gelübde ab, Rache zu üben, um durch einen heroischen Schritt zur Freiheit zu gelangen. Dieser Tag hat die bereits eingeschlafene Energie geweckt, und der wiederbelebte Held wird eines Tages die Freiheit suchen. Heute, wo serbische Gräber die alten serbischen Länder zieren, wo die serbische Kavallerie die Schlachtfelder

von Mazedonien und Altserbien betreten hat, wendet sich das serbische Volk, nachdem es seine Aufgabe im Süden beendet hat, der entgegengesetzten Seite zu, wo das Stöhnen und Weinen des serbischen Bruders gehört wird, wo der Galgen zu Hause ist. Serbische Soldaten, die heute in Duschans mit jenen Albaniern kämpfen, die der Staat gegen uns aufwiegelte, welcher uns Bosnien und Herzegowina nahm, legen heute das Gelübde ab, daß sie gegen die »zweite Türkei« ebenso vorgehen werden, wie sie mit Gottes Hilfe gegen die Balkan-Türkei vorgegangen sind. Sie legen dieses Gelübde ab und hoffen, daß der Tag der Rache naht. Eine Türkei verschwand. Der gute serbische Gott wird geben, daß auch die zweite Türkei verschwinde."

Damals war das serbische Selbstgefühl durch die großen Erfolge während der beiden Balkankriege in höchstem Maße gesteigert worden. Serbien hatte einen gewaltigen Gebietszuwachs teils auf Kosten der Europäischen Türkei, teils auf Kosten Bulgariens erhalten. Der Zugang zum Meere durch Albanien war durch den Widerstand Österreich-Ungarns den Serben aber wiederum verwehrt worden. Das selbständige Albanien, jener traurige Notbehelf, war gemacht worden. Die Westmächte und Rußland hatten von Österreich-Ungarn vergeblich das Zugeständnis verlangt, für Serbien eine Bahnlinie durch Bosnien bis zum Meere zu bewilligen. Es wurde den Serben lediglich eine solche Verbindung durch Albanien zugestanden. Die Serben hatten während der Balkankriege ihre eigene hohe militärische Leistungsfähigkeit erproben und feststellen können. Von der Europäischen Türkei war wenig mehr übrig, Bulgarien lag am Boden, Griechenland war verbündet, Rumänien war, wennschon nicht äußerlich, vom Dreibunde abgeschwenkt und unter englisch-russischem Einflusse. Serbien wußte sich der Unterstützung, jedenfalls auch der ungeteilten Sympathie des Dreiverbandes sicher.

Die serbischen Staatsmänner, denen man übrigens große Fähigkeiten, Zielbewußtsein und Gewandtheit nicht absprechen kann, und die serbische Generalität sind zweifelsohne, jedenfalls seit dem Annexionsjahre, über die Ziele des Dreiverbandes laufend unterrichtet gewesen. Ein russischer Diplomat von hoher Tüchtigkeit, der bekannte Herr v. Hartwig, saß als Gesandter in Belgrad und war seinerseits in die Tätigkeit und in die Ziele der „Narodna Odbrana" vollständig eingeweiht. Jedem Serben aber leuchtete die allgemeine Tatsache und Wahrheit ein, daß Rußland die serbische Kraft brauchen konnte, daß ein auch starkes Serbien Rußland nie unbequem oder gar gefährlich werden konnte, wie z. B. ein starkes Bulgarien. Das Serbien von 1913 war eine Macht geworden, welche als Feind wie als Freund steigende Bedeutung beanspruchen konnte.

Die russische Politik, wie an dieser Stelle nur kurz und vorgreifend bemerkt werden mag, bereitete seit 1908 von Großbritannien geführt und mit Frankreich zielbewußt den Augenblick vor, wo man die beiden Mittelmächte vor die Alternative des Krieges oder aber der Demütigung ohne Schwertstreich stellen würde. Um das Jahr 1913 herrschte in Rußland der Geist, den der Duma-Abgeordnete der damaligen äußersten Rechten Purischkewitsch mit seinem bekannten Worte bezeichnete: der Flickmonarchie (Österreich-Ungarn) müsse demnächst ein Ende gemacht werden.

In Deutschland ist später manchmal gesprochen worden, als ob Serbien sich eigentlich von Rußland habe umgarnen lassen, Serbien sei durch den großen slawischen Bruder gewissermaßen mißbraucht und schließlich ins Unglück hineingerissen worden. Diese Auffassung ist sachlich nicht zu rechtfertigen. Die Ziele und das Interesse Rußlands und Serbiens waren in der Tat teils die gleichen, teils gleich gerichtet. Das Gelingen oder Mißlingen hing einzig davon ab, ob der militärische Erfolg in einem Kriege errungen wurde oder nicht. Die Überzeugung, daß dieses der Fall sein würde, war in Rußland ebenso aufrichtig und vollständig vorhanden wie in Serbien, wie in Großbritannien und in Frankreich.

Den eigentlichen Hemmschuh der Koalitionspolitik jener Jahre seit 1909 bildeten die Unfertigkeit der russischen und der französischen Rüstungen und politische Faktoren, die später zur Erörterung gelangen. Wir werden verfolgen können, wie die Tonart des Dreiverbandes mit jedem Jahre und im Maße der Förderung der Rüstungen jener beiden Festlandgroßmächte immer einheitlicher, fester und herausfordernder wurde. In Belgrad waren diese Motive und Gründe bekannt, und so haben die Nasenstüber, welche Serbien jedenfalls in der Öffentlichkeit gelegentlich durch den Vierverband erhielt, sein Vertrauen zu dessen Freundschaft nicht berührt. Im Gegenteil glaubten die Serben, nur um so energischer arbeiten und vorbereiten zu sollen und fühlten sich außerdem in der Rolle des Antreibers der großen Mächte, was Serbien auch tatsächlich bis zu einem gewissen Grade gewesen ist.

Es ist unmöglich, in diesen Zusammenhängen die Verknüpfung der serbischen Politik und ihrer Ziele mit der neuslawischen, insbesondere mit der tschechischen Bewegung, nicht zu erwähnen. 1910, also ein Jahr nach der Bosnischen Annexion, gelangte auf der panslawistischen Konferenz zu Petersburg eine Entschließung zur Annahme, in der gesagt wurde: „Bosnien und die Herzegowina sind bosnische Erde, welche in den Kreis der staatlichen Interessen des serbischen Volksstammes als eines selbständigen nationalen Ganzen gehört.“ Diese Entschließung wurde unter dem Vorsitze des tschechischen Führers Dr. Kramarsch formuliert und angenommen, ja

auch veröffentlicht.*) Damit betonte die tschechische Nation, denn sie war tatsächlich durch Dr. Kramarsch verkörpert, daß sie auf dem Boden der großserbischen, auf Zertrümmerung Österreich-Ungarns gerichteten Idee stehe und daß die österreichisch-ungarische Provinz Bosnien und Herzegowina „in den Kreis der staatlichen Interessen des serbischen Volksstammes als eines selbständigen nationalen Ganzen fällt". Also ein Hauptbestandteil des österreichisch-ungarischen Staates, das Tschechentum, erklärte einen anderen wesentlichen Teil des österreichisch-ungarischen Staatsgebietes, Bosnien und die Herzegowina, als Eigentum des serbischen Staates.

Wie die Serben von außen, so wollten die Tschechen von innen die Doppelmonarchie zertrümmern, und so war notwendigerweise ihr besonderer Haß gegen Franz Ferdinand gerichtet, dessen starke Hand und festen Willen man fürchtete. Die tschechische Propaganda ist aber erheblich älter. In meiner Schrift: „Deutschlands auswärtige Politik" (Seite 36) ist eines Vorganges im Jahre 1892 zu Nancy Erwähnung getan. Da erschienen zur Feier des französisch-russischen Zusammenschlusses außer dem Großfürsten Konstantin von Rußland tschechische Turner. Sie sangen unter allgemeiner wütender Begeisterung: „Und gäbe es so viele Deutsche wie Teufel in der Hölle, Rußland ist mit uns. Ist jemand gegen uns, Frankreich schmettert ihn zu Boden."

Bekannt ist das aus den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts stammende Wort von Palacki: „wir waren vor Österreich und werden auch nach Österreich sein". Wichtl schreibt*), daß Kramarsch dieses Wort im Jahre 1912 auf dem großen Sokolkongreß zitiert habe. Man kann von der tschechischen Politik und Bewegung seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre nur unter fortwährender Bezugnahme auf Dr. Kramarsch sprechen. Dieser außerordentliche Mann ist nun zwar nicht, wie Wichtl meint, „Anstifter des Weltkrieges" gewesen, aber seine Tätigkeit und Wirkung vom Ende der 90er Jahre bis zum Kriege war eine so bedeutende, daß weder eine jetzige noch eine spätere Geschichtschreibung an ihr vorübergehen kann. Der tschechische Haß gegen das Deutschtum in Österreich, gegen eine deutsche Abstempelung Österreich-Ungarns, war seit längst im Tschechentume lebendig. Daß der Haß sich immer mehr zur Geltung bringen konnte und in immer energischerer Tätigkeit neue Wege und Mittel suchte, führt sich in der Hauptsache auf zwei innere Gründe zurück: die mangelhafte Politik des deutschen Elementes in Österreich und die infolgedessen zurückgehende Geltung des Deutschtums und auf der anderen Seite den Aufschwung des Tschechen-

*) „Kramarsch, der wahre Anstifter des Weltkrieges." Von Dr. Friedrich Wichtl, Mitglied des österreichischen Reichsrates. München 1918, J. F. Lehmann.

tums durch zielbewußte Politisierung, wirtschaftliche Stärkung, wachsende Bevölkerungsvermehrung, vor allem die unbedingt geschlossene, durch zielbewußten Willen geführte nationale Einigkeit.

Das Ziel des tschechischen Nationalismus war und ist ein selbständiges, auch unabhängiges tschechisches Reich, sei es losgelöst von Österreich, oder aber dergestalt, daß das Tschechentum in Österreich und das Slawentum in Österreich-Ungarn herrschen.

In Bausch und Bogen bezeichnete Dr. Kramarsch den tschechischen Standpunkt mit den Worten: „Was ist die schwarzgelbe Fahne? Ein Anachronismus und nichts anderes. Sie war eine Fahne vor 1867. Heute haben wir kein Reich, heute haben wir nur Königreiche und Länder. Neben der Farbe der Dynastie kenne ich nur eine Farbe, das ist die Farbe des Königreichs Böhmen, weil wir vor allen und einzig und allein böhmische Patrioten sind." —

Das wurde in einer Rede gesagt, welche die Haltung der Tschechen, besonders ihrer Führer, zu der Bosnischen Annexion rechtfertigen sollte! Bemerkenswerterweise wurden die Tschechenführer von der österreichisch-ungarischen Regierung mit außerordentlicher Nachsicht behandelt, und Dr. Kramarsch sogar mit hoher Achtung, obgleich er sich in der bosnischen Angelegenheit vollkommen auf die Seite der Serben gestellt hatte.

Ein anderer Tschechenführer, der Abgeordnete Klofatsch, begab sich inmitten der schärfsten Spannungsperiode, während der Bosnischen Krisis, nach Belgrad, um dort die Stimmung gegen Österreich-Ungarn zu verschärfen und zu erregen. In derselben Zeit begab sich Kramarsch nach Rußland zum neuslawischen Kongreß, wo die serbisch-bosnische Sache in unbedingt serbischem oder „neuslawischem" Sinne behandelt wurde. Das Gewicht des Dr. Kramarsch in Wien war aber so groß, daß Aehrenthal und die anderen damaligen Minister es Kramarsch hoch anrechneten, daß er in den Delegationen keinen Protest gegen die Annexion einlegte.

Kramarsch in erster Linie, schon seiner hervorragenden politischen Fähigkeiten wegen, außer ihm Masaryk, Dürig, Klofatsch usw., waren keine Eingänger, sondern die tschechische Nation und deren Vertrauenskörperschaft, der Nationalrat in Prag, standen hinter ihnen. Dadurch gewinnt gerade vom Gesichtspunkte der Vorgeschichte des Krieges, die Tätigkeit dieser Männer, vor allem die des Dr. Kramarsch, eine so hohe Wichtigkeit. Während des Krieges wurde Kramarsch wegen Hochverrats in Anklagezustand versetzt und zum Tode verurteilt. Man wagte aber österreichischerseits nicht, das Urteil zu vollstrecken, und nach dem Regierungsantritte Kaiser Karls wurde der Hochverräter überhaupt begnadigt. Vor dem Kriege hat man in Österreich sein Wirken sehr harmlos und rücksichtsvoll be-

urteilt, jedenfalls behandelt. Gleichwohl war sie stets eine zielbewußt hochverräterische.

In erster Linie durch die geschickte und energische Tätigkeit des Dr. Kramarsch ist die „tschechische Frage" ein so bedeutendes Moment in den Berechnungen des Dreiverbandes und der Vereinigten Staaten geworden. Er entfaltete besonders in London und Paris eine rege Wirksamkeit, um dort die Wünsche und Bestrebungen des Tschechentums bekannt zu machen und zu begründen. Die große Werbekraft dieses Themas lag aber in der Beweisführung, daß die Feinde der Mittelmächte im Tschechentum sich den Hebel herstellen könnten, um das österreichisch-ungarische Staatswesen aus den Angeln zu heben und Österreich-Ungarn als bundesgenössischen Machtfaktor des Deutschen Reiches auszuschalten.

In Rußland, wo man den Angelegenheiten der Doppelmonarchie und der Balkanhalbinsel in jeder Hinsicht nahe stand, kostete es keine Mühe die Zusammenhänge zu verstehen. Wie der Kramarsch-Prozeß, übrigens eine Quelle der politischen Geschichte ersten Ranges, u. a. ergibt, forderte schon vor der Annexion Tscharykow, damals Gehilfe Ssasonows im Ministerium des Auswärtigen zu Petersburg, später Botschafter zu Konstantinopel, Kramarsch schriftlich auf: „an der Slawisierung Österreichs zu arbeiten und zu verhindern, daß Bosnien in eine solche Lage versetzt würde, in der es dem Slawentum Österreichs und Ungarns nicht nützlich sein könnte". Kramarsch kann man als den Gründer des sogenannten Neuslawismus ansprechen, den zu organisieren und zu kräftigen er auf jede Weise bestrebt war, und zwar ohne ein Hehl daraus zu machen.

Merkwürdigerweise — man kann diesen Ausdruck nur immer wieder anwenden — erregte auch diese Tätigkeit bei den jeweilig leitenden Persönlichkeiten in Wien keinen Anstoß, begegnete vielmehr großer Nachsicht. In den Delegationen warf man Kramarsch sogar überlegen vor, daß sein Neuslawismus nur auf Kulturzielen aufgebaut sei und des politischen Elements entbehre. In der damaligen österreichischen Literatur, so in dem wertvollen Buche Th. v. Sosnoskys,*) findet man das Urteil, Kramarsch sei überspannt, ein Utopist. Dieser begabte Böhme hat in der Tat mit Genie verstanden zu täuschen und, was er tat, als harmlos und politisch unpraktisch erscheinen zu lassen. Seine Tätigkeit im Auslande ist ebenfalls bei den Mittelmächten als unschädliche Ausgeburt eines phantastischen Hirns angesehen und ignoriert worden.

Weder in der Bosnischen Krisis noch in seiner zielbewußt vorbereitenden Propaganda war Dr. Kramarsch Phantast. Er und seine Gesinnungsgenossen hofften und wollten, wie auch die Tätigkeit des

*) „Die Politik im Habsburger Reiche" von Theodor v. Sosnosky, Berlin 1913. Allgem. Verein für deutsche Literatur.

Abgeordneten Klofatsch in Belgrad zeigt, den Krieg während der Annexionskrisis. Erst in ihrem Verlaufe mußten sie sich sagen, daß Rußland nicht gerüstet sei und ebenso Frankreich damals eine ausgesprochene Friedenspolitik betrieb.

In Petersburg, London und Paris erfreuten sich Kramarsch und die anderen Führer des tschechischen Nationalismus höchsten Ansehens. Besonders Kramarsch hatte den Regierungen und der politischen Intelligenz der Westmächte im Laufe der ersten anderthalb Jahrzehnte des neuen Jahrhunderts einen ganz neuen Ausblick eröffnet und ihnen die Wege gewiesen, um diese dann zu erweitern und auszubauen im Sinne ihrer Ziele.

Die Tschechen, so lehrten Kramarsch und seine Helfer, seien ein schmählich unterdrücktes Volk. Einst sei ein selbständiges Reich gewesen und habe in Freiheit und Frieden seiner hohen Kultur und Zivilisation gelebt; dann seien die Deutschen gekommen, hätten einen Augenblick der Schwäche benutzt, um die Tschechen zu unterdrücken, ihnen ihr Gebiet zu beeinträchtigen, ihnen Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu nehmen.

Mit dieser Geschichtsfälschung hatten die Westmächte den Boden, auf welchem sie das Recht der Einmischung in die mitteleuropäischen Verhältnisse nach ihrer, besonders nach der englischen, Gewohnheit öffentlich begründen konnten. Selbstverständlich waren ihnen die Existenz und das Verhältnis des Tschechentums in Österreich vorher bekannt gewesen, aber die eigentlichen Grundlagen und Einzelheiten und die Richtung der öffentlichen Kritik und der unöffentlichen politischen Arbeit gaben ihnen Kramarsch und Genossen. Sie durchdrangen die Presse und sonstige politische Literatur der Entente und riefen neue Organe ins Leben, sie standen in enger, dauernder Verbindung mit dem politischen Schriftstellertum in Großbritannien und Frankreich.

Kramarsch ging von dem Gesichtspunkte aus, daß die tschechische Frage nicht eine solche innerpolitischer Natur Österreich-Ungarns, sondern eine europäische Frage sei. Um das durchzusetzen, verfolgte die Richtung Kramarsch zwei Wege: die tschechische Frage mit der allslawischen Bewegung unauflöslich zu verbinden und sie außerdem in den Rahmen der britisch geleiteten Einkreisungspolitik einzufügen.

Die Tätigkeit des Dr. Kramarsch auf den slawischen Kongressen, welche in den Jahren vor dem Weltkriege einander zahlreich folgten, wurde schon berührt. An ihnen nahmen nicht nur slawische Vertreter teil, sondern in steigendem Maße auch hervorragende Vertreter Großbritanniens und Frankreichs. 1912 fand in Prag der große Sokolkongreß statt und wurde aus der ganzen Welt von slawischen Abordnungen beschickt, nicht zum wenigsten auch aus den Vereinigten Staaten, wo

Millionen von Tschechen im Laufe der Jahrzehnte sich angesammelt und ihr nationales Volkstum sich rein bewahrt hatten.

Auf jenem Prager Tage war die russische Regierung vertreten, russische Generale, englische und französische Persönlichkeiten von Bedeutung. Kramarsch hielt die Rede des Tages, und ein russischer Berichterstatter kommentierte sie nachher in seinem Blatte: „Wenn die Sokolen ein fertiges Militär sind, dann sind die Tschechen auch fertige Staatsbürger; wenn den Sokolen heute nur mehr die Waffe fehlt, so fehlt den Tschechen nur noch das selbständige Staatswesen."

Die Sokolorganisation durchdrang das ganze europäische Slawentum und war ein mächtiges Mittel zur Einigung und der Einheitlichkeit. Auch die Sokolvereine arbeiteten auf den Krieg hin und bestanden, wie gezeigt wurde, ebenfalls in Serbien, wo sie in engem organischen Zusammenhange mit der „Narodna Odbrana" standen.

Der Präsident des Sokolvereins zu Kragujewatz sagte im Januar 1914 in einer Ansprache: „Es ist euch bekannt, daß das Sokolwesen im Kampfe gegen den Germanismus entstanden, eine rein slawische Institution ist, welche das Ziel verfolgt, alle slawischen Brüder zu vereinigen, zu begeistern und durch Kultur und (!) Gewalt (!) für den Kampf gegen den Feind des Slawentums vorzubereiten." Im Jahresbericht des Verwaltungsausschusses findet sich folgender Passus: „Noch ein großer Teil unseres Volkes erduldet die Leiden des gekreuzigten Christus; wir haben noch unsere Brüder jenseits der Drina (in Bosnien) zu besuchen; wir haben noch die Stadt Sarajewo und das Vermächtnis des heiligen Sava (Schutzpatron der Serben) aufzusuchen" usw.

Das Sokoltum ging unter der Firma des Turnvereins und besaß nicht die öffentlich-politische Freiheit der „Narodna Odbrana"; man erfreute sich noch nicht der Möglichkeit, im täglichen Leben mit Bombe und Revolver arbeiten zu können. Darauf zielt auch jene Bemerkung des russischen Berichterstatters. Um so aggressiver war der Geist, der im Sokoltum bestand und gepflegt wurde, der Geist der Kampfvorbereitung gegen alles Deutsche, konkret ausgedrückt der Geist einer Politik, die auf Zertrümmerung Österreich-Ungarns und in weiterer Folge des dann isolierten und geographisch nach Osten bloßgestellten Deutschen Reiches gerichtet war.

Die russischen Staatsmänner konnten sich kein besseres Werkzeug, keinen wirksameren Bahnbrecher russischer Machtpolitik wünschen, zumal seitdem nach 1905 die russische Ausdehnung im fernen Osten durch den japanischen Sieg unmöglich geworden war und nach der Verständigung Großbritanniens und Rußlands sich das russische Interesse dem Orient und der Balkanhalbinsel wieder zuwandte mit dem Ziel, die Mittelmächte

dort auszuschalten. Zur Ausschaltung aber bedurfte man der Machtmittel, und am Ende einer solchen Gedankenreihe stand der Krieg.

Die allslawische Bewegung in ihrer modernen Form des Neuslawismus war ebenso wie das Sokolwesen derart organisiert und aufgemacht, daß keine Regierung sich damit zu identifizieren brauchte. In Petersburg stand man bisweilen sogar in tatsächlichem Gegensatze zu diesen slawischen Propaganden und deren Methoden, so z. B. während der Annexionskrisis und ersten Zeit der Amtstätigkeit Ssasonows zur Zeit des Potsdamer Abkommens mit dem Deutschen Reiche; aber niemals verkannte man das Mittel und die Waffe, welche diese Organisationen immer bedeuteten.

Besonders wertvoll dabei blieb die Tatsache, daß der geistige Mittelpunkt und der fortwährende Antrieb weniger in Rußland lagen als in Böhmen. So war es in der Tat nicht einmal ganz ein Vorwand, wenn russischerseits erklärt wurde, und zwar auf österreichisch-ungarische Vorhaltungen, daß die allslawische Bewegung in ihren verschiedenen Formen keineswegs ein Werkzeug russischer Eroberungssucht sein solle und auch nicht aus diesem Gedanken hervorgegangen sei. Der allslawische Gedanke ist alt und das russische Streben nach Konstantinopel noch älter, aber die Feststellung ist keine Übertreibung, daß der Neuslawismus seinen ursprünglichen Mittelpunkt im Tschechentum hatte, denn da saßen die stärksten organisatorischen Begabungen, hauptsächlich auch die größten Triebkräfte. Auch hatte der Neuslawismus direkt nichts mit den allslawisch-russischen Eroberungsplänen zu tun.

Es liegt auf der Hand, von wie großer moralischer Wirkung auf das übrige Slawentum es sein mußte, wenn mitten im österreichisch-ungarischen Staatengebilde eine Nationalität mit revolutionärer Energie und klarem Zielbewußtsein die Zertrümmerung eben dieses Staatengebildes predigte, die Möglichkeit als ganz sicher hinstellte und — das war vielleicht mit die Hauptsache an der öffentlichen Wirkung — ihr Wesen ungehindert durch die österreichisch-ungarische Regierung treiben konnte. Der Eindruck war auch in Deutschland nicht von der Hand zu weisen, daß man in Wien sich vor der tschechischen Bewegung fürchte und auch zu schwach sei, gegen sie einzuschreiten. Das Programm des Dr. Kramarsch und seiner Genossen konnte theoretisch wenigstens jedem Russen und jeder andern slawischen Nationalität gefallen: Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller slawischen Nationalitäten unter russischem Schutz. Die Tschechen beanspruchten Gebietserweiterung auch auf Kosten des Deutschen Reiches, so z. B. die Grafschaft Glatz.

In London und Paris rechnete man seit der Herstellung des freundschaftlichen Einvernehmens dieser beiden Mächte mit dem Kriege gegen

das Deutsche Reich und stellte die Politik darauf ein, diesen Krieg vorzubereiten, sei es, um ihn zu führen, sei es, um durch die Vorbereitung allein Demütigung und in weiterer Folge den Zerfall und die Trennung der beiden Mittelmächte zu erreichen.

Unter diesem Gesichtspunkte mußte ihnen die tschechische Propaganda und das aus ihr sich ergebende politische Problem erscheinen. Klar war ohne weiteres, daß man Österreich-Ungarn um so mehr schwächen würde, je nachdrücklicher man die tschechische Bewegung von außen stärkte, ihr Hoffnung gab und sie in ihrer Arbeit unterstützte und förderte. Das Tschechentum in Österreich empfand es für seinen innerpolitischen Kampf dort überaus nützlich, daß das angelsächsische und französische Ausland seine Sympathien auch öffentlich in Presse und Parlament zum Ausdruck brachte.

Wirkungen nach innen, zumal auf die jeweils amtierenden österreichischen Staatsmänner, blieben um so weniger aus, als diese in Österreich sowohl wie in Ungarn vielfach Grund zu haben glaubten, bei den Ententemächten Sympathien zu erwerben und sie sich zu erhalten. Besonders Graf Aehrenthal war nicht frei von der Belastung durch eine solche Politik.

Die Westmächte hielten durch die tschechische Bewegung sozusagen zwei Eisen im Feuer: innere Schwächung des gesamten österreichisch-ungarischen Organismus, mit deren Zunahme sie rechneten, möglicherweise auch mit der Zeit bestimmenden slawischen Einfluß auf die innere und äußere Politik der Doppelmonarchie und damit ihre Abkehr vom Deutschen Reiche, ferner, und das war ganz besonders die Aussicht, welche Kramarsch, Masaryk usw. stellten, sollte Österreich-Ungarn durch die tschechische Bewegung unfähig gemacht werden, Krieg zu führen. Auf dem allslawischen Kongreß 1910 wurde in einer Festschrift u. a. gesagt: die politische Einheit werde sich im Kriege nicht bloß durch Sympathien, sondern tatsächlich bewähren, indem sich die Slawen an die Seite der Slawen stellen würden gegen die Nichtslawen.

Die gerichtliche Untersuchung gegen Kramarsch hat ein erdrückendes Material ergeben nicht nur dafür, daß er Hochverräter war, sondern daß er seine außerordentlichen Fähigkeiten für die Herbeiführung eines großen europäischen Krieges unausgesetzt betätigte. Kramarsch und seine Vertrauensmänner standen mit dem britischen Foreign Office, mit Poincaré, Delcassé, Pichon usw. und mit den russischen Staatsmännern in Verbindung. Er bekämpfte Staatsmänner wie Ssasonow, die ihm zu lau waren und sich gelegentlich dem allslawischen und neuslawischen Druck zu entziehen versuchten. Die Einwirkung der tschechischen Führer auf die russische Politik scheint außerordentlich stark, vielleicht entscheidend gewesen zu sein.

Sehr merkwürdig sind die folgenden Ergebnisse der Untersuchung gegen Kramarsch:

Im Frühjahr 1914 schrieb in Kramarschs russischem Organ „Nowoje Zeno" sein tätiger und befähigter Freund Brantschaninow, ein früherer Diplomat, er sei im März von Grey und Poincaré empfangen worden, Großbritannien sei bereit, an der Seite Rußlands und Frankreichs zu kämpfen. Der Krieg bedeute für England einen erwünschten Ausweg aus seinen inneren Schwierigkeiten. — Daran knüpft er die weitere Mitteilung: „Die Engländer wüßten, daß sie am Großen Kriege teilnehmen würden, aber mit der ihnen eigenen Heuchelei sprächen sie darüber nur im freundschaftlichen Verkehr, damit niemand es erfahre, nicht so wie naive Leute vom Schlage des Herrn Ssasonow, der wünsche, daß man ihm alles gleich mit Brief und Siegel entgegenbringe. Und ist es nicht seltsam auszudenken, daß Europa lediglich wegen der Irischen Frage in sechs bis acht Wochen einem Weltkrieg entgegengeht."

Hier zeigt sich wieder eine höchst auffallende Erscheinung, nämlich die Voraussage des Weltkriegs für den Sommer 1914. Als Anfang August 1914 Großbritannien in den Krieg eintrat, schrieben große englische Blätter, u. a. die „Morning Post", der Krieg sei ein Ausweg aus der Irischen Frage. Es ist möglich, daß sie in der Tat eine gewisse Rolle gespielt hat, aber nicht annähernd die ausschlaggebende. Sie bildete vielmehr höchstens ein innerpolitisches Werbemittel von Mund zu Mund für den Krieg.

Brantschaninow hat an eine ausschlaggebende Bedeutung der Irischen Frage natürlich auch nicht geglaubt. Daß er aber im Frühjahr 1914 mit solcher Bestimmtheit auf die sichere Beteiligung Großbritanniens am Kriege, der in einigen Monaten ausbrechen werde, hinweisen konnte, nachdem er eben von Grey und vom französischen Präsidenten empfangen worden war, ist von erheblichem Interesse. Das gilt um so mehr, als Brantschaninow dabei den Kernpunkt trifft, wenn er andeutet, daß der Engländer mit der ihm eigenen Heuchelei sich nach außen und formal nicht festzulegen wünscht, dabei aber politisch vollkommen fest ist. Erst unmittelbar vor Ausbruch des Krieges wird dieses Thema in den diplomatischen Noten, soweit sie veröffentlicht — und nicht gefälscht — sind, wieder angeschlagen. Wie später zur Erörterung kommen wird, war die Bekundung dieser englischen Entschließung maßgebend für das Verhalten Rußlands.

Die rege und geschickte Werbetätigkeit der führenden Tschechen ist in hohem Grade mit maßgebend bei den Ententemächten für deren Einschätzung der österreichisch-ungarischen Macht gewesen. Das gleiche galt

für Italien. In Rom war man sogar ausweislich der veröffentlichten diplomatischen Noten überzeugt, daß ein Krieg gegen Österreich-Ungarn nur einen schnellen und ziemlich gefahrlosen Spaziergang der italienischen Truppen nach Wien bedeuten würde. In diesem Sinne hatte sogar der italienische Militärattaché zu Wien nach Rom berichtet, und der spätere Generalstabschef Graf Cadorna teilte diese Ansicht. Sie ist ganz wesentlich unter dem Eindruck der tschechischen Propaganda entstanden. Den Tschechen, an der Spitze Dr. Kramarsch, Klofatsch, Masaryk usw., lag alles daran, Italien in den geplanten Weltkrieg mithineinzuziehen.

Die Tschechen mögen auch selbst geglaubt haben, daß durch eine offene Erhebung ihrer Nation und durch Weigerung der Waffenfolge der tschechischen Truppen das Schicksal Österreich-Ungarns schnell entschieden sein würde. Dabei rechnete man als Vorbedingung mit Bestimmtheit darauf, daß die Mittelmächte, wenn nicht gleich, doch bald die Unterlegenen sein, sich jedenfalls in großer Not befinden würden. Ebenso wie Frankreich, Großbritannien und Rußland, so waren die Tschechen völlig überzeugt von der Übermacht der Entente und ihrer erdrückenden Wucht.

Man sieht, daß in dieser beiderseitigen Propaganda von entgegengesetzten Seiten ausgegangen und zum Teil eine sophistische politische Dialektik betrieben wurde: die Tschechen stellten die Schwäche Österreich-Ungarns und ihre, der Tschechen, eigene Bedeutung als Sprengmittel in der Monarchie als maßgebend dar, um den Großmächten baldigen Entschluß zum Kriege oder zu entscheidendem Druck als erfolgsicher anzupreisen. Die Großmächte ihrerseits gaben den Tschechen ein zuversichtliches Bild von ihrer ungeheuren Macht und schilderten ihnen auf Grund dieser Voraussetzung die Zukunft eines unabhängigen Tschechenreiches als sicher und in verlockenden Farben.

Es kommt im Zusammenhange dieser Überlegungen nicht auf eine Untersuchung an, wo die stärkere Übertreibung bestanden habe und worin sie begründet gewesen sei. Die Hauptsache bleibt, daß die tschechische Propaganda die Vorbereitung des Krieges auf alle Weise und mit großer Energie betrieb und den Krieg je schneller, desto lieber herbeiwünschte. Das hat sich auch besonders nachher gezeigt, als der Krieg schon begonnen hatte, und ebenfalls nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers. Kramarsch erklärte nach der Ermordung des Thronfolgers, sie sei lediglich eine Folge der inneren Politik Österreich-Ungarns gewesen, und nichts konnte bezeichnender sein, als die rückhaltlose Energie, mit der Kramarsch nach der Mordtat für die Serben Partei nahm, sich also in offenen Gegensatz zum österreichisch-ungarischen Staate stellte, gerade in einem Augenblick, wo dessen Leitern klar war und sein mußte, daß

durch die Ermordung des Thronfolgers für Österreich-Ungarn die Frage seines Lebens und seines Schicksals sich aufzurollen begonnen hatte. Auch darin zeigt sich, wie groß die Zuversicht der Tschechen auf die Macht der Entente war.

Viel ist darüber gestritten worden, ob die Ermordung des Thronfolgers mit Wissen Rußlands geschehen sei oder nicht. Ein genauer Nachweis läßt sich nicht führen, aber eine annähernde Gewißheit dafür scheint vorhanden zu sein. Die serbische Politik arbeitete in engstem Zusammenhange mit Rußland, sei es mit der betreffenden Persönlichkeit der Regierung, sei es mit panslawistischen Führern, die entweder in der Regierung saßen oder von Einfluß auf sie waren, sei es mit den Großfürsten und Generalen.

Der Gesandte v. Hartwig hat sich oft genug im Gegensatz zum russischen Minister des Auswärtigen, Ssasonow, befunden, und zwar so lange, bis Ssasonow schließlich und immer ausnahmsloser dem Druck der Panslawisten und der Großfürstenpartei nachzugeben begann. Hartwig war der Vertrauensmann des Slawentums auf dem Balkan und ohne Zweifel auch der Tschechen und der Bevollmächtigte der russischen Panslawisten und der Großfürstenpartei. Er war insbesondere der Vormund der serbischen Politik, und die „Narodna Odbrana" mit ihren Plänen und Arbeitsmethoden stand ihm ebenso nahe wie der serbischen Regierung. In der „Narodna Odbrana" war die Ermordung des Erzherzogs schon seit Jahren erörtert und geplant worden, und man erwog ständig von Fall zu Fall die Gelegenheit, mit den Wegen und Mitteln, um sie auszunutzen.

Diese Erwägungen haben aber nicht nur innerhalb der „Narodna Odbrana" stattgefunden, nicht nur in dem das ganze Slawentum einschließlich des russischen durchdringenden Sokolbunde, sondern auch in der serbischen Regierung. So hat man zweifellos in Rußland den Plan gekannt und aller Wahrscheinlichkeit nach unterstützt, vielleicht auch, weil man ungern gesehen hätte, wenn der Erzherzog-Thronfolger, zur Regierung gelangt, nicht einen Konflikt mit Serbien gesucht hätte, sondern im Gegenteil bestrebt gewesen wäre, in ein erträgliches Verhältnis zum serbischen Nachbarstaate zu gelangen. Es ist, wie eingangs gesagt, in Österreich-Ungarn nach der Ermordung häufig die Auffassung vertreten worden, daß Franz Ferdinand nicht der Mann der Gewalt war, als den man ihn verschrieen, und wahrscheinlich vorgezogen haben würde, einen solchen Weg Serbien gegenüber zu wählen, zum mindesten versuchsweise.

Das slawisch-russische Interesse an der Beseitigung des Erzherzog-Thronfolgers war mithin, auch von dieser Seite betrachtet, vorhanden.

Für die Beurteilung des Mordes kommt es im übrigen darauf an, daß seine intellektuellen Urheber den Plan von langer Hand her gefaßt hatten

und ihn bald auf diese, bald auf jene Weise durchzuführen versucht haben. Ob die ausführenden Mörder sich Princip, Zabrinowitsch oder sonst irgendwie nannten, ist dabei ganz unerheblich. Der Tod des Thronfolgers sollte nicht nur den starken Mann beseitigen, dem man zutraute, daß er die österreichisch-ungarischen Krankheiten zu heilen imstande sein werde, sondern man erhoffte von dem Ereignis die Katastrophe zunächst auf der Balkanhalbinsel, und das weitere überließ man den großen Freunden im Westen und im Osten. Zu allem diesen kommt aber noch ein Moment, welches bereits gestreift wurde: das internationale Freimaurertum und dessen Interesse an der Beseitigung Franz Ferdinands.

* * *

Geheimrat Kohler schreibt in der Einleitung zu der Schrift: „Der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo": „Wir wissen, daß die Hauptvereinigung, in der sich die destruktiven Kräfte sammelten, die „Narodna Odbrana", nicht nur Freimaurer enthielt, sondern daß ihre Häupter Freimaurer waren; und der geistige Urheber des ganzen Verbrechens, Tankositsch, wird uns als Freimaurer geschildert, daneben ein Kasimirowitsch, der sich vielfach in der Loge von Paris herumgetrieben hat; und ebenso war Ciganowitsch, der den Verbrechern Geld, Bomben und Pistolen gab, ein Freimaurer, ebenso einige der jugendlichen Verbrecher selbst, wenn sie es auch zunächst ableugneten."

Diese Auffassung ist richtig, und zwar in viel größerem Umfange als hier zum Ausdruck gebracht wird. Der Oberst Tankositsch war nicht nur vermutlich, sondern tatsächlich Freimaurer. Allgemein ist in der angelsächsischen und lateinischen und der von ihnen abgeleiteten slawischen Freimauerei deren allen sichtbarer Teil und der den meisten unsichtbare zu unterscheiden. Der sichtbare pflegt, wenn nicht harmlos, so doch derart zu sein, daß seine Prüfung und Untersuchung keine Nachteile für das angestrebte Ziel hervorrufen kann. Alle Nachforschungen und Untersuchungen haben mit einem hohen Maße von Sicherheit ergeben, daß die „Narodna Odbrana" mit dem gesamten serbischen Vereinswesen eine Erscheinungsform des serbischen und des internationalen Freimaurertums gewesen ist.

In diesem Zusammenhange ist an den vorher angeführten Satz aus der Schrift des Zentralausschusses der „Narodna Odbrana" zu erinnern: „Zu den Hauptaufgaben der »Narodna Odbrana« gehört die Aufrechterhaltung der Verbindung mit unseren nahen und ferneren Brüdern jenseits der Grenze und unseren übrigen Freunden in der Welt." Schon diese Andeutung wäre nicht leicht zu erklären, außerdem ganz überflüssig,

wenn sie nicht auf den Zusammenhang des Freimaurertums hinweisen sollte. Die Wendung „in der Welt" ist hier besonders bezeichnend. —

Im Jahre 1908 war das serbische Freimaurertum in seiner engen Verbindung mit den italienischen und französischen Freimaurern so weit an Bedeutung gestiegen, daß man in Belgrad eine eigene Loge gründete. Fünf Jahre später wurde diese Loge zu einem „Höchsten Rat der Dreiunddreißig des schottischen Ritus" erhoben. Der dreiunddreißigste Grad ist der höchste der geheimen Hochgrade der schottischen Freimaurerei. Diese vertritt am ausgeprägtesten die antikirchliche und antimonarchische Richtung im Freimaurertum, mit dem Ziele einer internationalen, von Monarchie und Kirche völlig befreiten Organisation von demokratischen Republiken in der Welt. Den Aufgaben und Pflichten des dreiunddreißigsten Grades entspricht der im französischen Freimaurertum entstandene und ausgebildete Kadosch-Grad. Seine Inhaber sollen, wie eine der größten freimaurerischen Autoritäten sagt, sich folgendermaßen betätigen: „Wo immer eine Nation für die Erringung oder Wiedererringung ihrer Freiheit kämpft, wo immer der Menschengeist seine Unabhängigkeit proklamiert und das Volk seine unveräußerlichen Rechte geltend macht, dorthin müssen sich unsere wärmsten Sympathien wenden."

Einer der Eide des dreiunddreißigsten Grades enthält die folgenden Sätze: „Unter die Füße trete ich die königliche Krone, nicht als Symbol einer besonderen Regierungsform, sondern als Sinnbild frecher und unverantwortlicher Macht, welches auch ihr Name, ihre Form, ihre Manifestation sein möge. Ich hasse den Despotismus in allen seinen Formen und ich erkläre, daß die Basis des Menschenrechtes für mich die Souveränität des Volkes ist. Unter die Füße trete ich die päpstliche Tiara, nicht als Symbol eines Glaubens, einer Religion oder einer besonderen Kirche, sondern als Sinnbild des Ehrgeizes, des Betruges, welche den Menschen durch Furcht und Aberglauben knechten wie durch Unwissenheit regieren und die treuen Bundesgenossen des Despotismus sind. Ich werde allerorten die religiöse Unduldsamkeit, den geistigen Despotismus befehden und mit Einsatz aller meiner Kräfte an der Befreiung des menschlichen Gewissens durch wissenschaftlichen Unterricht und die Manifestationen der Vernunft arbeiten."

Im Zusammenhange hiermit sei an dieser Stelle nur angedeutet, daß durchweg alle maßgebenden Persönlichkeiten, führenden Minister und zum Teil auch die Herrscher in den die Mittelmächte bekämpfenden Ländern Freimaurer des dreiunddreißigsten Grades sind bzw. waren. Das sogenannte schottische Hochgradfreimaurertum hat nach wie vor seine geistigen Mittelpunkte im Angelsachsentum, also in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Von hier ausstrahlend, arbeitet es mit seinen

Vertretern überall sonst auf dem Erdballe international, also auf die Nationen und Nationalitäten einwirkend immer im Sinne jener Gesichtspunkte des angeführten Teiles der Eidesformel. Seine Internationalität ist also eine vollständige, seine Beweglichkeit eine verhältnismäßig unbegrenzte, mit der Maßgabe, daß, wie gesagt, der Mittelpunkt dieser ganzen Arbeit und Bewegung im vereinigten Angelsachsentum liegt. Es arbeitet also, wenn man alles andere abstreift, im Sinne der Weltherrschaft des Angelsachsentums und des durch dieses geleiteten Weltkapitalismus. Die innere und äußere Struktur des Angelsachsentums paßt zu den wahren Idealen des Hochgradfreimaurertums, und dieses ist ja auch aus ihm hervorgegangen.

So gewinnt der Eintritt der serbischen Loge in den höchsten Rat der Dreiunddreißiger und in die sogenannte Kadoschkette eine politische Bedeutung, welche weit über das damalige großserbische Nationalziel hinausgeht. Diese internationale Verbindung besagte, daß Serbien in seinem Kampfe gegen die österreichisch-ungarische Monarchie die Großoriente von Frankreich und Italien, außerdem die Hochgradverbände des höchsten Rates der Dreiunddreißiger und die Kadoschkette für sich habe. Anders ausgedrückt bedeutete es, daß der Dreiverband mit seinen sämtlichen Vasallen und Anhängern, außerdem die Vereinigten Staaten von Amerika Serbiens Ziele billigten, auf das wärmste mit ihnen sympathisierten und entschlossen waren, sie — ungeachtet der Methoden und Mittel — zu fördern, soweit es von Fall zu Fall im Hinblick auf die Erfordernisse und Hindernisse der praktischen Politik möglich erschien.

Wie H. Gruber (Der deutsche Katholizismus im Weltkriege) berichtet, hat die serbische Loge schon gleich nach ihrer Begründung zugunsten der großserbischen Agitation durch Rundschreiben an ausländische Großlogen die Beihilfe der Freimaurerei der ganzen Welt auf das eindringlichste erbeten. Der Großmeister des italienischen Großorients, Ettore Ferrari, Inhaber des dreiunddreißigsten Grades, erließ kurz nach der Annexion Bosniens ein Rundschreiben an die italienischen Logen, in dem es hieß: „denn gemäß unserer innersten Überzeugung kann sich einzig und allein mittels der Zusammenfassung der verschiedenen Volksstämme in freien und unabhängigen Staaten nach nationalen Gesichtspunkten . . . . . das große Vaterland des Menschengeschlechts (die freimaurerische Weltrepublik) bilden. Aus diesem Grunde haben wir, als wir sahen, wie einige Balkanvölker durch einen unvorhergesehenen räuberischen Akt von ihrem natürlichen Zentrum (Serbien) gewaltsam losgerissen und zwangsweise dem Kaiserreiche (Österreich-Ungarn) angegliedert wurden, welches noch immer große patriotische italienische Gebiete festhält, eine zwar stille, aber nichtsdestoweniger rührige und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet.

Die Frucht dieser Tätigkeit war der Schrei des Schmerzes und der Entrüstung, der sich über diese Verletzung des Nationalitätsprinzips in unseren Logen erhob."

Deutlicher können die Zusammenhänge kaum zum Ausdruck gebracht werden. Es handelte sich weder für die französische, noch die italienische, noch für die angelsächsisch geleitete Freimaurerei um die schönen Augen Serbiens, noch um das Nationalitätsprinzip als solches. Dieses wurde, und das ist auch während der ganzen Dauer des Krieges geschehen, als Kulisse gebraucht, um die beiden Mittelmächte zu bedrängen und zu zersetzen, weil deren Wesen den freimaurerisch geleiteten und stark beeinflußten Staaten, Nationalitäten und finanziellen Kraftmittelpunkten der Erde nicht paßt und um so peinlicher wirkt, je stärker und geschlossener Monarchie und Kirche in den beiden Mittelmächten dastehen.

Die jungtürkische Revolution ist durch Jahrzehnte in erster Linie freimaurerisch vorbereitet worden; man hoffte, durch sie die Türkei zu zersetzen, dem Dreiverband dienstbar zu machen und damit die Mittelmächte schwer zu treffen. Man glaubte so fest an den Erfolg in diesem Sinne, daß mit der Revolution die britische Türkeipolitik von heute auf morgen sich in ihr Gegenteil verkehrte und, wenn letzten Endes auch nur zum Schein, türkenfreundlich wurde. Das Unternehmen schlug fehl aus Gründen, die außerhalb des Gegenstandes dieses Abschnittes liegen. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß auch während des Krieges die gleichen Einflüsse im alten Sinne in der Türkei weiter arbeiteten und es auch fernerhin tun werden.

In Rumänien gewann die Freimaurerei immer mehr den herrschenden Einfluß und hatte ihn nach dem Tode des Königs Karol vollkommen inne. Der frühere Ministerpräsident Bratianu ist Hochgradfreimaurer, ebenso Take Jonescu u. a. m. Das gleiche gilt von dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, dem serbischen Pasitsch.

Anderseits ist zu berücksichtigen, daß das Freimaurertum in den genannten Großmächten, den beiden lateinischen und den beiden angelsächsischen, nicht nur eine bedeutende, sondern die leitende Rolle spielt, da auch dort die maßgebenden Persönlichkeiten die genannten höchsten Grade bekleiden und untereinander in engstem Zusammenhange stehen, dieselben Ziele, dieselben Grundsätze haben, in völliger Einmütigkeit leben und ihre Politik unter den mannigfachsten Formen und Gestalten treiben. König Eduard von England war Inhaber des 33. Grades.

So wußte und fühlte Serbien einen derart starken Rückhalt hinter sich bei seinen „Freunden in der Welt", daß das unerschütterliche serbische Selbstvertrauen als wohl verständlich erscheint. Es wurde nie einen Augenblick beeinträchtigt, sondern durch den Mißerfolg im Bestreben, an das

Meer zu gelangen, nur bestärkt. Man wußte sich eins mit den Großmächten. Die Serben, was kaum ausdrücklich betont zu werden braucht, kannten auch das Ziel der Großmächte, als diese unter ihren Fittichen den Balkanbund entstehen ließen. Der serbische Kampfruf: „Die erste Türkei ist erledigt, jetzt kommt die zweite Türkei an die Reihe!" war im Grunde auch die Parole der Großmächte, nur daß diese geneigt waren, es der Opportunität zu überlassen, ob sie gegen die „zweite Türkei" mit den Waffen vorgehen oder nach dem französischen Worte verfahren würden: „avilir, puis démolir". —

Franz Ferdinand, der österreichisch-ungarische Thronfolger, war der Feind. Man haßte ihn und fürchtete ihn und hielt seit der Annexion seine Beseitigung für notwendig. Die Aussagen der Attentäter von Sarajewo sind in diesem Punkte nicht ohne Interesse. Zabrinowitsch sagte: „Wir haben alle gelesen, daß der Thronfolger in der Nähe von Wien Manöver abhalten ließ, um zu sehen, wie er einen Krieg mit Rußland durchführen könnte. Bei dieser Gelegenheit degradierte er 200 Offiziere. Dann kam das Manöver in Bosnien. Da sahen wir, daß er ein Mann der Tat und daß er gerüstet sei. Einige unterschätzten ihn freilich."

Auf den Hinweis des Präsidenten: Österreich-Ungarn sei groß und mächtig, sagte der Angeklagte: „Sie täuschen sich sehr in bezug auf Serbien. Es ist auch stark. Sie glaubten, Serbien in acht Tagen zu bezwingen, und jetzt sind schon zwei Monate verflossen. Gott weiß, wie lange das noch dauern wird. In Österreich liegt die ganze Macht auf Bajonetten. Wir haben gelesen, daß einige Dampfschiffsgesellschaften Militärpflichtige der Monarchie nach Amerika beförderten, und zwar in nur einem Jahre fünfhunderttausend. Der Kaiser soll bei dieser Nachricht in Tränen ausgebrochen sein."

Diese Äußerungen zeigen charakteristisch die politische Erziehung der „Narodna Odbrana": Serbien ist stark, Österreich-Ungarn schwach, der Thronfolger ist ein starker Mann, also muß er beseitigt werden!

Princip, der Mörder des Thronfolgers und seiner Gemahlin, erklärte: „Es ist mir gar nicht leid, ich habe ein Übel aus dem Wege geräumt. Er ist ein Germane und ein Feind der Südslawen." Der Präsident fragte nachher: „Haben Sie ihn für einen fähigen Mann gehalten?" Princip antwortete: „. . . ich hielt ihn für einen Mann der Arbeit, der als künftiger Herrscher bestimmte Ideen und Reformen durchgeführt hätte, die uns im Wege standen." —

Ganz besonders diese Antwort zeigt, wie unzutreffend die bisweilen in Deutschland geäußerte Ansicht ist, der Mord von Sarajewo sei eine sinnlose Tat unreifer Burschen, „ein Gymnasiastenstreich" gewesen. Zabrinowitsch, Princip und alle die mehr oder minder jugendlichen Attentäter

Serbiens waren nicht unreif, sie wußten genau, was sie taten und wozu die Tat dienen sollte.

Die Denkweise der serbischen Staatsmänner war in etwas anderen Wendungen ganz die gleiche: ein festes, durchdachtes politisches Programm. Der bosnische Serbe, der Angeklagte Grabez, sagte: „Das las ich, der Thronfolger werde hier Manöver abhalten. Das empörte mich, daß er in unserem Lande militärische Übungen abhalten wollte, wie er etwa Serbien überfallen könnte, und ich entschloß mich, ihn auf jeden Fall aus dem Wege zu räumen." Der Präsident: „Warum denn gerade ihn?" Grabez: „Weil er überhaupt der böse Geist der Slawen war, ein entschlossener Mann und ein Gegner der großen Ideen des Südslawentums. Ein solcher Mensch durfte nicht weiterleben, ein solcher Mensch mußte vernichtet werden." — Derselbe Angeklagte bekannte, er sei von seinem Vater, einem Popen, religiös unterrichtet worden: „Als ich unter die jungen Leute kam, ließ ich die Gefühlsreligion fahren und nahm eine nationale Religion an."

Es handelte sich also nicht im mindesten um, wie man zu sagen pflegt, überspannte Ideen einzelner unreifer oder erblich belasteter Jünglinge, sondern um wohlgeschulte und begeisterte Nationalisten, um Exponenten der großserbischen Idee, die, in ihr lebend, den Begriff des Verbrechens nicht kannten, noch anerkannten, sobald Österreich-Ungarn in Betracht kam. Damit waren sie keine Ausnahme, sondern das ganze serbische Volk war vom gleichen Geiste durchdrungen und wurde unausgesetzt in ihm erzogen, von innen und durch die „Freunde in der Welt".

Durch die Gerichtsverhandlungen von Sarajewo zieht sich neben diesem rein nationalen und nationalistischen Moment das freimaurerische.

Zabrinowitsch erklärt: der Katholizismus des Thronfolgers sei ein Nebengrund für seine Ermordung gewesen; also doch ein Grund! Derselbe Angeklagte gibt zu, freimaurerische Schriften gelesen zu haben, bejaht, was bemerkenswert ist, nach anfänglichem, verlegenem Zögern, daß zwei andere Freimaurer seien. Darauf sagt der Präsident: „Daraus folgt, daß auch Sie Freimaurer sind. Nur ein Freimaurer wird wieder einem Freimaurer sagen, daß er Freimaurer sei." — Zabrinowitsch antwortet: „Bitte, mich um das nicht zu fragen; ich werde darauf nicht antworten." Der Präsident sagte, das Schweigen bedeute Bejahung, und Zabrinowitsch erwiderte nichts mehr. — Im späteren Verhör gibt er es offen zu und macht dann die sehr bemerkenswerte Aussage: „Die Freimaurerei steht mit dem Attentat insofern in Verbindung, als ich dadurch in meinem Vorsatz bestärkt wurde. In der Freimaurerei ist es erlaubt, zu töten. — Tschiganowitsch sagte mir, die Freimaurer hätten Franz Ferdinand schon vor einem Jahre zum Tode verurteilt." —

Princip erzählt das gleiche, gerät in Verlegenheit über die Frage, ob er Freimaurer sei, erklärte, er wolle nicht darauf antworten, und verneint sie dann. Er war also, wie auch aus anderen seiner Antworten hervorging, Freimaurer, kannte auch andere Genossen in ihrer Eigenschaft als Freimaurer.

Das freimaurerische Todesurteil gegen den Thronfolger ist, wie Gruber berichtet, noch in ganz anderen Zusammenhängen einwandfrei bestätigt worden. Der Gemahlin des Thronfolgers sei schon im September 1912 die folgende Warnung zugegangen: „Vielleicht wird man eines Tages über folgende Äußerung Klarheit schaffen, welche ein hochgestellter Freimaurer in der Schweiz hinsichtlich des Erzherzog-Thronfolgers tat: Er macht einen guten Eindruck. Schade, daß er verurteilt ist. Er wird auf den Stufen des Throns sterben." — Der Direktor eines der größten und einflußreichsten liberalen, freimaurerisch-freidenkerischen Tagesblätter Europas habe geäußert, der Erzherzog-Thronfolger werde nie den Thron besteigen. — Im selben Jahre 1912 trat, woran Gruber in diesem Zusammenhange erinnert, die serbische Loge als „Höchster Rat der 30 °° in den Weltverband der schottischen Hochgradlogen ein".

Natürlich war es nicht die Eigenschaft des Thronfolgers als überzeugter Katholik an sich, die ihn zum Todfeinde der Freimaurer machte, sondern seine Eigenschaft als machtvolle zukünftige Stütze der katholischen Kirche, in der jene Freimaurerei den Feind erblickt, mit dem Paktieren ausgeschlossen ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Franz Ferdinand, wäre er am Leben geblieben und Kaiser geworden, gerade als katholischer Fürst Bedeutung erlangt haben würde.

Das Freimaurertum erblickte in einem kraftvoll und zielbewußt repräsentierten österreichisch-ungarischen Katholizismus eine Gewähr für den Zusammenhang Österreich-Ungarns als Staatswesen und als Macht sowie eine Stütze der katholischen Kirche, deren Vernichtung das Freimaurertum auf seine Fahnen geschrieben hat. Wenn die Attentäter von Sarajewo äußerten, der Katholizismus des Thronfolgers sei ein Nebengrund für den Vorsatz, ihn zu ermorden, gewesen, so erklärt sich das leicht aus der Tatsache, daß die Serben griechisch-katholisch sind und den rein antikatholischen freimaurerischen Standpunkt in seinen Wurzeln und Zielen nicht verstehen konnten. Die Verbrämung der maurerischen Ziele und Grundsätze mit denen der Nationalitäten auch in ihren Äußerungen eines wilden Nationalismus war und ist typisch und wird geschickt durchgeführt.

Dem Freimaurertum ist die Nation, zumal deren Geschlossenheit, ein antipathischer Begriff und etwas, das überwunden und beseitigt werden muß. Es zog aber die tatsächlichen Verhältnisse nüchtern in Betracht

und kam zu dem Schluß, daß es durch Eintreten für ein Recht der Nationalitäten die Widerstände in Gestalt von Monarchie und Kirche aus dem Wege schaffen werde. Das stimmt genau überein mit den Friedensbedingungen und Zielen, welche britische Minister, und ganz besonders der amerikanische Präsident Wilson, während des Krieges entwickelt haben. Das Recht der kleinen Nationen und Nationalitäten auf uneingeschränkte Unabhängigkeit, das Recht der Völker, zu bestimmen, von wem und wie sie regiert werden wollen, das sind Ziele, die, wenn unter angelsächsisch-lateinischen Auspizien verwirklicht, das Deutsche Reich ebenso wie Österreich-Ungarn auflösen und vernichten und damit den einzigen wirklichen Monarchien der Welt und gleichzeitig der katholischen Kirche den vernichtenden Schlag versetzen würden.

Über die Tätigkeit des Freimaurertums während des Krieges wird in der Geschichte des Großen Krieges zu sprechen sein. Hier kommt es auf die wichtige Feststellung an, daß das Freimaurertum, wie es in der von England geführten Koalition und in den Vereinigten Staaten vertreten war, die Vernichtung der Mittelmächte als starker, unabhängiger Reiche bewußt vorbereitete und anstrebte. Dieses Freimaurertum betont sonst den Grundsatz und das Ideal des ewigen Friedens und des brüderlichen Zusammenlebens der Völker. Gleichwohl hat es bewußt seinen ungeheuren Einfluß aufgeboten, um diesen Krieg hervorzurufen und eine Solidarität möglichst vieler großer und kleiner Mächte gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn zusammen zu bringen. Besonders in Rußland hat das angelsächsische Freimaurertum seit dem russisch-britischen Abkommen von 1907 mit größter Emsigkeit gearbeitet, zum großen Mißfallen zahlreicher deutschfreundlicher und kirchlichgesinnter Russen. Der Zweck jener freimaurerischen Überschwemmung war Stimmungsmache gegen die Mittelmächte. Es ist kein Zufall, daß im gleichen Jahre 1907 die Loge in Belgrad gegründet wurde.

Am stärksten, auch am lautesten hat sich das italienische Freimaurertum, der Großorient von Italien, hervorgetan und ist dabei in seiner Kriegslust und Siegeszuversicht nicht immer vorsichtig gewesen. Unmittelbar nach dem Morde von Sarajewo trat ein Ausschuß des italienischen Freimaurertums zusammen, und zwar zur Beratung der kritischen Weltlage. Man ist sich in diesem Rate darüber einig gewesen, hat es „vorausgewußt", daß die Revolverschüsse von Sarajewo das Signal zum Weltkriege gegeben hätten. Der italienische Großmeister, der genannte Ettore Ferrari, erließ gleich nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien ein Rundschreiben an die italienischen Logen, in dem er sagte: Eine tragische Stunde sei hereingebrochen und werde Europa (!) in den furchtbarsten Konflikt stürzen, der bisher dagewesen sei. Die Ordensregierung

werde mit allen Mitteln dahin arbeiten, daß die Aktion aller Großoriente sich einträchtig und im Einklang mit den allgemein angenommenen Grundsätzen der Freimaurerei vollziehe, um so die menschliche Zivilisation vor der Geißel zu bewahren, welche sie bedroht, oder um doch wenigstens die Folgen des über sie hereinbrechenden Unheils zu mildern.

Der italienische Großorient ist es gewesen, welcher im Verein mit England und Frankreich und deren Freimaurerei durch die Energie seiner Agitation und durch die Größe seines Machteinflusses knapp ein Jahr später den Eintritt Italiens in den Krieg und den Verrat an seinen Bundesgenossen erreicht hat. Dieser Krieg entsprach eben den „allgemein angenommenen Prinzipien der Freimaurerei". Indem die gesamten Großoriente aufforderten, überall das Schwert gegen die Mittelmächte zu ziehen, betrachteten sie den Angriffskrieg als notwendig, um „so die menschliche Zivilisation vor der Geißel zu bewahren, welche sie bedroht, oder um doch wenigstens die Folgen des über sie hereinbrechenden Unheils zu mildern". Dem Könige von Italien wurde mit der Revolution und mit dem Umsturze seines Thrones gedroht, wenn er nicht nachgäbe. Viktor Emanuel war nicht der Mann, der Ehre und Treue über den Thron gestellt hätte.

Ein Staatswesen, eine Nation, welche „militaristischer" gewesen wäre als die serbische, läßt sich schwer denken, jedenfalls in dem Sinne gerade jenes Pseudo-Militarismus, welcher von der angelsächsisch geleiteten Welt dem Deutschen Reiche im Widerspruche zur Wahrheit vorgehalten worden ist; freilich fehlte in Serbien eine wirkliche Monarchie, und die hervorragendsten serbischen Staatsmänner waren und sind Freimaurer der höchsten Grade.

Der Erzherzog Franz Ferdinand kannte die Verhältnisse und kannte seine Feinde. Ob jene Warnungen und Drohungen an ihn gelangt sind, ist unbekannt. Ist es aber der Fall gewesen, so hätte eine Änderung seines Verhaltens weder in seinem Charakter noch im Bereiche seiner Pflichten und der politischen Zweckmäßigkeit gelegen. Franz Ferdinand erfüllte das, was er als seine Pflicht betrachtete, mit dem ihm eigenen tatkräftigen und schweren Ernste. Er kannte Österreich-Ungarn mit allen in der Doppelmonarchie und den Nationalitäten liegenden Gefahren für ein Weiterbestehen des Ganzen genau und erkannte auch die Punkte, an denen eingesetzt werden mußte, wenn eine Heilung möglich sein sollte: die Wehrkraft zu Wasser und zu Lande war mit allen Mitteln zu fördern, denn wie seine erwähnte Äußerung lautete, sind Heer und Flotte die besten Verbündeten. Er zögerte auch nicht, soweit seine damalige Machtbefugnis gestattete, im Heere und in der Flotte den inneren Zusammenhang, also die Einheitlichkeit, zu stärken, unbekümmert um das Widerstreben

einzelner Nationalitäten; gerade die Wehrkraft sah er als Element der Einigung und Einigkeit der Nationalitäten an.

Dem Thronfolger war selbstverständlich, daß das annektierte Gebiet, Bosnien und die Herzegowina, nicht nur formal, sondern auch tatsächlich angegliedert wurde. Die großserbische Agitation erkannte er, wie sie es auch war, als eine Lebensgefahr für den Bestand der Doppelmonarchie, und dementsprechend versuchte er auch die Mittel zur Anwendung zu bringen. In der katholischen Kirche erblickte der Erzherzog nicht nur einen religiös-politischen Einigungspunkt der Völker Österreich-Ungarns, nicht nur eine Stütze der Autorität des Herrschers, sondern vor allem auch war sie für ihn ein Hort rein religiöser Natur und ein Wall gegen die Glaubenslosigkeit der Massen, welche ihrerseits nicht die Mutter der vom Freimaurertum öffentlich verkündeten hehren Ideale ist, sondern des abstrakten und konkreten Materialismus, der Autoritätslosigkeit und der innerlichen Verflachung.

Anfangs wurde gesagt, Franz Ferdinand sei weder österreichisch noch ungarisch, sondern „schwarzgelb" gewesen. Ein starkes, straff genug zusammengefaßtes Österreich-Ungarn war sein Ziel. Aus all diesen Gründen wurde seine Ermordung beschlossen und mußte er sterben.

Wie die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers dann in ihren weiteren Folgen zum Kriege führte, wird später dargelegt werden. Der Zweck dieser hiermit abschließenden Untersuchung war der Nachweis, daß die Anlässe zur Ermordung nicht zufälliger Art gewesen sind, sondern auf den breiten Grund der politischen Verhältnisse führen. Diese Verhältnisse und die bewegenden Kräfte in ihnen wollen wir von der Balkanhalbinsel ausgehend verfolgen, um so ein Bild des Ganzen zu erlangen, das erlaubt, die Ursprünge des Krieges und die Urheberschaft nach Möglichkeit klarzustellen.

Die Balkanpolitik vor dem Kriege.

Die Annexionsperiode.

Österreich-Ungarns Balkanpolitik, von ihren gelegentlichen Schwankungen abgesehen, stand unter zwei Hauptgesichtspunkten: Zurückdämmung südslawischer Einwirkung, sei es selbständig, sei es von Rußland aus auf die Monarchie und ihre Interessen; zweitens Erhaltung und Befestigung der österreichisch-ungarischen Stellung am Adriatischen Meere. Dazu kam der Hinblick auf einen zweiten wirtschaftlichen Austritt an der Küste, nämlich zum Ägäischen Meere.

Da die österreichisch-ungarische Küstenstellung sich mit der südslawischen Frage eng berührt und teils überdeckt, so sei sie, obgleich in zweiter Linie genannt, vorweggenommen.

Die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Österreich-Ungarn war für das Österreich-Ungarn, wie es sich nach dem Kriege von 1866 entwickeln mußte, nämlich auf der Balkanhalbinsel nach Süden, eine Lebensnotwendigkeit. Darüber waren sich Andrassy und Bismarck ebenso einig wie die übrigen Mächte, welche auf dem Berliner Kongreß die damalige Forderung Österreich-Ungarns vertraten. Ob man freilich die Bedeutung dieser Angliederung damals in Wien ganz ermessen hat, muß bezweifelt werden, denn sonst würde Graf Andrassy sich damals nicht aus Rücksicht auf das Prestige der Türkei und im Hinblick auf andere unbedeutende Bedenken lediglich mit dem Rechte zeitlich unbegrenzter Okkupation und Verwaltung begnügt haben.

Die formelle Annexion Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908 veränderte den Gebietsstand nicht, wohl dagegen den politischen. Wenn auf österreichisch-ungarischer und auch deutscher Seite im Laufe der folgenden Jahre bisweilen behauptet worden ist, die Annexion habe in Wirklichkeit überhaupt nichts geändert, so ist das unrichtig; auch bestehen keinerlei Zweckmäßigkeitsgründe, es zu verschleiern. Den Gebietsstand auf der Balkanhalbinsel zu wahren, hat Österreich-Ungarn häufig als festen Bestandteil seiner Balkanpolitik erklärt, sich in ungezählten Vereinbarungen und Abmachungen dazu verpflichtet und ist auch danach verfahren. Den politischen und wirtschaftlichen Status nicht zu ändern oder dessen Nichtänderung zu einem Dogma zu machen, hätte tatsächlich eine Enthaltung bedeutet, welche lediglich von den anderen Mächten auf und außerhalb der Balkanhalbinsel benutzt worden wäre, den Status umzugestalten.

Eine solche Änderung würde mit unausweichlicher Sicherheit eingetreten sein, wenn die Annexion nicht vollzogen worden wäre, und zwar durch die Momente der türkischen Revolution, der großserbischen Bewegung und des italienischen Expansionsstrebens auf der Westseite der Balkanhalbinsel. Der durch den Berliner Vertrag (1878) Österreich-Ungarn ohne zeitliche Einschränkung zugebilligte tatsächliche Besitz Bosniens und der Herzegowina wäre in Frage gestellt und auf die Dauer nur durch Krieg aufrecht zu erhalten gewesen, wenn Österreich-Ungarn 1908 nicht in Gestalt der Annexion den formellen Besitztitel aus eigenem Entschluß hinzugefügt hätte. Der Zustand, in dessen Rahmen Österreich-Ungarn das Recht der zeitlich unbegrenzten Okkupation erhalten hatte, war nicht mehr da, und dieser Veränderung mußte Österreich-Ungarn Rechnung tragen, damit das ihm im Berliner Vertrag zugesprochene Recht auch

tatsächlich erhalten blieb. So bedeutete eigentlich dieser Akt der Wiener Politik ein Mittel zur Weitererhaltung des Friedens.

Graf Aehrenthal, der Nachfolger des Grafen Goluchowski, begriff das Wesen der Aufgaben Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel und zeigte dies Verständnis schon kurz nach seinem Amtsantritt, indem er im Frühjahr 1908, auf dem Boden des Berliner Vertrages stehend, den Bau einer Bahn ankündigte, welche von der bosnischen Grenze durch den Sandschak Nowibasar hindurchgehen und in weiterer Folge die wirtschaftliche Verbindung Österreich-Ungarns mit dem Hafen Saloniki auf direktem Wege erreichen sollte. Dieser Plan, der, wie gesagt, sogar dem Buchstaben nach in vollem Einklang mit dem Berliner Vertrag stand, erregte äußersten Unwillen in Serbien, in Rußland, England, Frankreich und Italien. Man erblickte darin einen ersten Schritt Österreich-Ungarns, um seinen wirtschaftspolitischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel auszudehnen und dem Wachsen des serbischen Einflusses entgegenzutreten.

Bis dahin war zwischen Österreich-Ungarn und Rußland eine teils ausdrückliche, teils stillschweigende Abmachung, daß auf der Balkanhalbinsel die Dinge so bleiben, jedenfalls nicht ohne gegenseitige Rücksprache geändert werden dürften. Diesen Zustand hatte Rußland selbst schon seit dem Jahre 1906 durch sein neues Einverständnis mit Großbritannien, das sich auch auf den Balkan erstreckte, untergraben und brachte ihn im Frühjahr 1908 völlig zu Fall. Im übrigen hatte Aehrenthal auch keinerlei Anlaß, das Bahnprojekt durch vorzeitige Mitteilung an Rußland unmöglich zu machen. Die Politik des Ministers hat wahrscheinlich lediglich das wirtschaftspolitische Ziel gehabt und nicht an eine Gebietsausdehnung im Anschluß daran gedacht. Die Zustimmung der Pforte war eingeholt worden. Gebietsausdehnung hätte sich nur durch Krieg erreichen lassen; eine solche bildete keine Lebensfrage für Österreich-Ungarn, wäre auch vom Deutschen Reiche schwerlich als eine solche des Bundesgenossen anerkannt worden.

Diese Mächte, welche im Großen Kriege dann sämtlich die Feinde der beiden Mittelmächte geworden sind, beschlossen unter britischer Führung als wirtschaftlichen und politischen Gegenzug eine Donau-Adria-Bahn, von einem Punkte der adriatischen Küste bis zur Donau, also quer über die Balkanhalbinsel hinüber, zu bauen.

Bei beiden Plänen ist es geblieben. Die Dinge auf der Balkanhalbinsel aber waren in Bewegung gekommen. Österreich-Ungarn mußte mehr und mehr erkennen, daß die großbritannische Politik durch die russische Niederlage in Ostasien das slawistische Machtausbreitungsbedürfnis und das Interesse der russischen Staatsmänner um so mehr nach dem nahen Osten gelenkt hatte. Das russisch-britische Einvernehmen fand in Reval im

Sommer 1908 einen so prägnanten Ausdruck, daß man sich auch in Berlin nicht mehr im unklaren bleiben konnte.

England und Rußland nahmen damit die mazedonische Frage selbst in die Hand, nachdem schon vorher auf ihren Betrieb italienische Gendarmerie für Mazedonien vorgesehen war. Deutlicher hätte die antiösterreichische Spitze dieser Politik nicht geschärft und gezeigt werden können, aber in der Form war eine Bekämpfung gerade hier für die Mittelmächte schwierig, denn die Entente und Rußland konnten sagen und taten es wohl auch, daß es den Mittelmächten doch besonders angenehm sein müsse und von der englisch-russischen Loyalität zeuge, wenn die Dreibundmacht Italien zu dieser Aufgabe in Mazedonien ausersehen sei und so großes Vertrauen bei der Entente genösse. So hätten beide Mächtegruppen allen Anlaß, die italienische Mitwirkung mit besonderer Befriedigung zu begrüßen.

Österreich-Ungarn befand sich mit seiner Balkanpolitik auch aus dem folgenden Grunde in einer schwierigen und durch die Natur der Dinge beengten Lage. Man war in Wien und mußte es nach Möglichkeit sein für Erhaltung und Stärkung des Türkischen Reiches, schon aus dem naheliegenden Grunde, daß jede Schwächung der Türkei eine Stärkung des russischen Einflusses und der russischen Stärke im Orient und auf der Balkanhalbinsel mit Notwendigkeit ergab. Die slawischen Balkanmächte standen in tiefem, schroffem Gegensatze zur Türkei. Das Endziel ihrer Politik war Gebietsvergrößerung auf Kosten der Türkei.

Zugleich klagten die Balkanmächte, und zu einem sehr erheblichen Teile mit Recht, über die Unzulänglichkeiten der türkischen Herrschaft in den Gebieten, wo eben Bulgaren, Serben und Griechen wohnten. Fortgesetzte Mißhandlungen, Erpressungen, Greuel, Unordnung und Mißwirtschaft, dazu albanische Einfälle hatten in der Tat kaum erträgliche Zustände hervorgerufen, die freilich durch die Bandenkriegstätigkeit der Balkanmächte nicht besser wurden. Die Beschwerden der Balkanmächte bei den Großmächten und ihre Bitte, bei der Pforte auf Reformen und deren Durchführung zu dringen, hatten also an und für sich Berechtigung und konnten auf allgemeine Billigung insofern Anspruch machen. Die Kehrseite war, daß die Balkanmächte alle Beschwerden und Reformen nur als Einleitung zu späterer Einverleibung der Gebiete dachten, daß Rußland, England und Frankreich diese balkanischen Wünsche politisch der Pforte gegenüber ausbeuteten, um ihren Einfluß dort auf Kosten der türkischen Selbständigkeit zu erhöhen und auf Schwächung des Türkischen Reiches hinzuarbeiten. So wurde die schon erwähnte immer stärkere internationale Einmischung der Ententemächte in Mazedonien zu einer auch die Mittelmächte beunruhigenden Tatsache.

Die Pforte versprach seit Jahrzehnten Reformen, ohne sie durchzuführen. Der Sultan Abd ul Hamid spielte mit Glanz sein altes Spiel, die Großmächte und die Balkanstaaten gegeneinander auszuwerten, so daß sie sich schließlich das Gleichgewicht hielten, die Pforte verhältnismäßig unangefochten dazwischen blieb und die Reformen nicht ausgeführt wurden. Ob Abd ul Hamid die Mittel zu Gebote standen und ob er seiner Stellung wegen überhaupt hätte wagen können, wirkliche Reformen eintreten zu lassen, ist eine Frage für sich. Österreich-Ungarn mußte grundsätzlich natürlich das Verlangen nach türkischen Reformen billigen, konnte aber im Druck auf Konstantinopel lange nicht so weit gehen wie die Ententemächte, weil es dadurch gegen seine eigenen Lebensinteressen gearbeitet haben würde. Stützte aber die Wiener Politik die Hohe Pforte in diesen Fragen, so rief das unmittelbar den Gegensatz und den Unwillen der Balkanmächte hervor und schuf der österreichisch-ungarischen Politik Schwierigkeiten und Gefahren.

Die Ententemächte, hauptsächlich Rußland, befanden sich in einer weit günstigeren Lage. Rußland als Großmacht sowohl wie als Verkörperung des Slawentums war die Autorität und die Hoffnung der Balkanmächte. — Das galt auch für Bulgarien, ungeachtet mancher russisch-bulgarischen Gegensätze, welche vorher durch die Herrscherfragen hervorgerufen worden waren. Rußland ebenso wie die Balkanmächte ohne Ausnahme und einschließlich Griechenlands stimmten in einer Politik der Schwächung und Zerrüttung des Türkischen Reiches vollständig überein und hatten darin Großbritannien und Frankreich an ihrer Seite. Darin lag die große Stärke dieser Stellung, nachdem es in den Jahren 1906/07 zur russisch-britischen Verständigung gekommen war.

Hier sei nur hervorgehoben, daß sie im Zeichen der britisch geleiteten Einkreisung der Mittelmächte stand und sonst überhaupt nicht hätte zustande kommen, noch weniger sich hätte halten können. In jenem Abkommen von 1907 gab Großbritannien in Persien und in Mittelasien so wesentlich auf Kosten des eigenen dem russischen Interesse nach, wie es sonst nie und nirgends britischen Gepflogenheiten entsprochen hat.

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina hatte zum Erstaunen von Wien ganz besonders in Großbritannien große und lärmende Entrüstung zur Folge. In Österreich-Ungarn war man durch längere Überlieferung freundlicher Beziehungen der Ansicht geworden, daß eine gewisse Freundschaft zwischen Österreich-Ungarn und Großbritannien bestehe und eine aufrichtige, beiderseitige Sympathie. Man schmeichelte sich, besonders nachdem die deutsch-britischen Spannungen und Reibungen seit den 90er Jahren begonnen hatten, daß Österreich-Ungarn, als zwischen diesen beiden Mächten stehend, mit der einen verbündet und befreundet, mit der andern be-

freundet, eine vorteilhafte Sonderstellung innehalte. Freiherr v. Aehrenthal hatte 1907 einer ähnlichen Auffassung Ausdruck gegeben, als er vor den Delegationen erklärte, daß ein Konflikt des Deutschen Reiches in der Nordsee oder in der Ostsee mit einer andern Macht die Bundespflichten Österreich-Ungarns nicht berühren würde. Der Minister versprach sich hiervon eine besonders gute Aufnahme in London; unmittelbaren Anlaß zu seiner befremdlichen Erklärung bildeten tschechische Vorwürfe und Angriffe gegen das Bündnisverhältnis Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche.

Auch in England war es Brauch, freundliche Gesinnung Österreich-Ungarn gegenüber zu betonen. König Eduard von England pflegte seit seiner Thronbesteigung mit besonderer Sorgfalt die Beziehungen zu Kaiser Franz Joseph. Seine Besuche erregten ebensoviel Wohlgefallen in Österreich-Ungarn wie in Frankreich und Rußland. Ihr Zweck war die Entfernung Österreich-Ungarns vom Deutschen Reiche. Einzelheiten zuverlässiger Art über diese Versuche des Königs sind nicht bekannt geworden. Allerhand wird erzählt, und es gehört keine Prophetengabe dazu, den Hauptpunkt zu vermuten. In dem Zusammenhange, der uns hier beschäftigt, kommt es auf die Feststellung an, daß für die Versuche des Königs, auch der britischen Regierung, die Balkanprobleme den Ausgangspunkt gebildet haben und die Balkanlage unter Einbeziehung der gesamten türkischen Fragen die Grundlage zum Anschluß Österreich-Ungarns an die Mächte der Entente bilden sollte. Von da aus hätte sich alles andere mit unausweichlicher Notwendigkeit von selbst ergeben.

Kaiser Franz Joseph war zu nüchtern und zu erfahren, um auf diese Anerbieten einzugehen, welche den Anfang vom Ende des österreichisch-ungarischen Staatswesens gebildet und Österreich-Ungarn des mächtigen deutschen Rückhaltes beraubt haben würden. Österreich-Ungarn hätte sich vielmehr der Balkan- und Orientpolitik der Entente unterordnen müssen, wäre damit um seine eigene Balkanpolitik und um seine Unabhängigkeit in Europa überhaupt gekommen und von einem gewissen Punkte der Entwicklung an der Zertrümmerung von innen und außen durch das Slawentum preisgegeben gewesen.

Gerade diese Zusammenhänge sind in der Annexionsperiode in Deutschland selten durchschaut und wenig beachtet worden. Man erzählte sich anstatt dessen allerhand mehr oder minder romantische Geschichten: König Eduard habe an den Kaiser die peremptorische Aufforderung gerichtet, das Bündnis mit Deutschland aufzugeben, auch den Deutschen Kaiser zu bewegen, seinen Flottenbau einzustellen. Und ebenso feierlich habe Kaiser Franz Joseph dieses Angebot des Versuchers zurückgewiesen. Das sei ein überaus uneigennütziger Akt gewesen, denn man habe Öster-

reich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel einen außerordentlich hohen Preis für seinen Abfall vom Bündnisse versprochen. Die Jahre vor dem Kriege und vor allem der Verlauf des Krieges selbst haben auf die balkanischen und slawischen Strömungen und Fragen so viel Licht geworfen, daß von diesen sentimentalen Historien nichts übrig bleibt, zumal da außerdem zweifelsfrei ist, daß für einen so klaren Staatsmann wie den alten Kaiser es gar nicht in Betracht kommen konnte, von der Seite des Bundesgenossen fort den Sprung in den Abgrund zu tun und aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu begehen.

Als die Annexion ausgesprochen wurde, waren die Revaler Beschlüsse zwischen den britischen und russischen Monarchen und deren Ministern schon gefaßt worden, und ihr Inhalt war bekannt. Wir haben gesehen, daß sie die Ausschaltung der Mittelmächte aus der Balkanpolitik bezweckten und sich gegen den Bestand des Türkischen Reiches richteten. Auch der englischen Politik war somit die Annexion ein Strich durch das Konzept, denn im Plan der Ententemächte war auch der Gedanke enthalten, daß in weiterer Folge die großserbische Bewegung und deren Ausdehnung in Bosnien als ein legitimes Recht der serbischen Nation zu billigen und zum mindesten nicht zu hindern sei.

Großbritannien würde aber auch in einem früheren Stadium die Annexion gemißbilligt haben, weil die wennschon rein formelle Abänderung des Berliner Vertrages von Österreich-Ungarn vorgenommen worden war, ohne die britische Regierung zu fragen. Es war immer ein beliebter und oft einträglicher Brauch in London, jede Vertragsänderung oder Aufhebung eines nicht mehr haltbaren Vertrages ohne eine europäische Konferenz möglichst unter britischem Vorsitz als ein Verbrechen gegen die Kultur und Zivilisation, gegen Treu und Glauben zu proklamieren. So war es auch 1870/71, als Rußland die Aufhebung des Artikels der Konvention von 1856 über das Schwarze Meer einseitig erklärte und nachher mit Bismarcks Hilfe durchsetzte. Auch abgesehen hiervon paßte Großbritannien die Annexion nicht, weil sie, wie schon vorher angedeutet wurde, die Küsten- und Seestellung Österreich-Ungarns am Adriatischen Meer befestigte und zu einer nicht mehr provisorischen Tatsache machte.

Die britische Regierung mochte, weitblickend, wie man an der Themse in solchen Dingen ist, schon daran denken, daß im Falle eines großen Krieges österreichische Kriegshäfen gleichzeitig deutscher Seekriegführung dienen könnten. Es ist im übrigen alter britischer Grundsatz, sich gegenüber solchen Fragen und Forderungen anderer Mächte immer negativ zu verhalten, vorausgesetzt, daß sie nicht unmittelbar oder mittelbar britische Vasallen sind. Man wußte hier, daß im Falle eines großen Krieges, der

von der Balkanhalbinsel seinen Ursprung nähme, Italien, sei es offen, sei es versteckt, gegen Österreich-Ungarn sein würde. Deshalb war jede Stärkung Österreich-Ungarns zur See unerwünscht.

Das britische Entrüstungsgeschrei über die Annexion war viel lauter und bitterer als das russische, während man in Frankreich von Anfang an beschwichtigte. Dieses unerwartete Verhältnis erklärt sich einfach aus den schon mitgeteilten Tatsachen. Der russische Minister Iswolski hatte sich mit der Annexion Aehrenthal gegenüber im voraus einverstanden erklärt für den Fall, daß die Mittelmächte sich in der Dardanellenfrage für Rußland verwendeten. Diese Zusicherung war gegeben worden, und man hat sie in Berlin und Wien auch gehalten. Die Annexion kam früher, als Iswolski gedacht hatte, und er sah sich zu einem sogenannten Entrüstungsrummel vor der Öffentlichkeit gezwungen. Seine Lage war aus dem Grunde eine besonders unbehagliche, weil die Vertreter des Slawentums in Rußland, auf dem Balkan und in Österreich-Ungarn selbst ihm bitter vorwarfen, er habe die großen slawischen Interessen, also hier den großserbischen Gedanken, zum Gegenstande eines politischen Tauschhandels gemacht. Sei das schon unwürdig und unrichtig, so komme noch hinzu, daß Iswolski den Preis, nämlich die Öffnung der Dardanellen, nicht erhalten habe. Daß dem so war, hatte lediglich seinen Ursprung in London. Dort soll man gesagt haben, der Augenblick, um in der Dardanellenfrage vorzugehen, sei noch nicht gekommen, im übrigen stehe man natürlich den russischen Wünschen freundlich gegenüber.

So war Iswolskis Mißerfolg ein doppelter ebenso wie der österreichische Erfolg, denn in jenem Augenblick hätte Österreich-Ungarns Stellung der Türkei gegenüber, die ohnehin schwierig war, durch Öffnung der Dardanellen für Rußland auf das erheblichste erschwert werden können. Für Großbritannien war die Aufwerfung und Entwicklung der Frage ebenfalls ausschließlich unangenehm. Die Annexion bedeutete letzten Endes einen Erfolg der Mittelmächte, und ein Anschneiden der Dardanellenfrage, ja ihre Erörterung allein war geeignet, das mit so großer Mühe hergestellte gute Verhältnis zwischen London und Petersburg zu beeinträchtigen. Die Erregung des balkanischen Slawentums war an sich unerwünscht, aber gut auszunutzen, und auch deshalb hielt man in Großbritannien für notwendig, soviel Lärm zu machen wie möglich. Wahrscheinlich hoffte man wenigstens zuerst, in Wien und Berlin einschüchternd zu wirken, aber dort war ebenso bekannt wie in London, daß Rußland weit entfernt von militärischer Bereitschaft war und, wie Iswolski sogar öffentlich erklärte, nicht daran dachte, einen Krieg um der Annexionsfrage willen zu führen. Auch Frankreich war militärisch nicht bereit und hatte alles Interesse, besonders aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen,

daß die Ruhe auf der Balkanhalbinsel und in der Türkei nicht gestört würde, und vollends, daß kein großer Krieg ausbräche.

Österreich-Ungarns Balkanstellung nach der Annexion stand also auf dem Boden eines diplomatischen und politischen Erfolges. Freilich war dieser Erfolg schon aus den Gründen, die im ersten Abschnitte dargelegt worden sind, nicht ungemischt, und seine Früchte waren es noch weniger. Daran waren zumal die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns ursächlich beteiligt und in gewissem Sinne die Tatsache, daß Österreich-Ungarn nach Lage aller Verhältnisse jenen Erfolg ohne stärkste Betonung der deutschen Hilfsbereitschaft nicht erreicht hätte und nicht erreichen konnte.

Vom Ende der 90er Jahre bis 1905, als Rußland seine großen Ziele in Ostasien verfolgte und dazu alle seine Kräfte vereinigte, war eine Pause eingetreten. Die beiden Rivalen hatten sich geeinigt, auf der Balkanhalbinsel im gegenseitigen Einverständnis vorzugehen und keine auf Änderung des Status zielende Politik dort zu treiben. Dieser Zustand hörte mit der russischen Niederlage im fernen Osten auf. Die britische Politik ersah den Augenblick, um zugleich mit der schon besprochenen Verständigung die russische Ausdehnungspolitik der Balkanhalbinsel und dem Orient zuzuwenden, mithin den unmittelbaren Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich herzustellen. An seiner Verschärfung zu arbeiten, war eine der Hauptaufgaben, welche sich die britische Politik gesetzt hatte. Auch in diesem Lichte ist das Mißfallen der Entente am Aehrenthalschen Bahnplan und an der Annexion zu beurteilen. Hier tritt der große europäische Gedanke der britischen Politik hervor, der Gedanke der Einkreisung und Isolierung des Deutschen Reiches, wenn es ging, nach Abtrennung Österreichs, wenn nicht, mit ihm zusammen.

Die Enthaltsamkeit und Loyalität der beiden Mittelmächte gegenüber den russischen Verlegenheiten in Europa während des Russisch-Japanischen Krieges wurde also nicht belohnt, kehrte sich vielmehr gegen sie in einem Maße, wie es seit den Zeiten nach dem Berliner Kongresse nicht erhört worden war. Damals befand sich Österreich-Ungarn aber nicht derart in der Defensive. Alles in allem genommen, hatte es außerdem Großbritannien auf seiner Seite. Die Türkei war ein starker Gegner, der slawische Gedanke auf dem Balkan hatte nicht die Bedeutung wie um 1910, wofür ein indirektes Beispiel war, daß das lateinische Rumänien mit seinem von König Karol geführten Heere die Unfähigkeit der russischen Führer wieder gut machen mußte. Die nachherige Entwicklung des Balkanslawentums ging gleichwohl aus der politischen Lage hervor, wie sie durch den Türkenkrieg und dessen Abschluß, den Berliner Kongreß, damals geschaffen worden ist.

Das Deutsche Reich stand zur Zeit der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers schon mitten in der Orientpolitik, wunderte sich darüber, daß es mitten darin stand, und zögerte zu begreifen, daß dieser neue Zustand eine Notwendigkeit geworden war. Es ist merkwürdig, wie lange — man hat noch im Jahre 1913 die Wendung gehört — das alte Bismarcksche Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers und der Balkanhalbinsel für viele Deutsche als ein Gipfel aktueller realpolitischer Weisheit galt. Gewiß wäre es ungemein wünschenswert gewesen, daß jener Standpunkt Bismarcks sich hätte halten lassen. Seine Gültigkeit verschwand infolge zweier Momente, einmal durch die deutsche Orientpolitik seit 1890 und dann durch die immer stärker werdende russisch geführte slawische Drohung gegen Südosteuropa und Österreich-Ungarn.

Bismarck hatte, wie bekannt ist, kein Interesse daran, Rußland von einer Besitznahme Konstantinopels abzuhalten, ja noch mehr, er vertritt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" die Auffassung, daß ein leitender österreichischer Staatsmann ebenfalls die Russen ruhig nach Konstantinopel gehen lassen und Kompensationsforderungen erst erheben solle, wenn Rußland begonnen hätte, seinen Plan durchzuführen. Es ist schwer zu sagen, ob Bismarck diesen Standpunkt auch angesichts des immer stärkeren Wachsens des russischen Kolosses und des Erstarkens des Slawentums auf dem Balkan aufrechterhalten haben würde. Als der große deutsche Staatsmann im Amte war, verfügte er — abgesehen vom Dreibunde — durch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland freilich über eine gewaltige Macht und Autorität auf dem Festlande und konnte England ebensowohl draußen halten wie in arge Festlandverlegenheiten bringen. Ebenso hatte er durch den gleichen Vertrag Österreich-Ungarn in der Hand und konnte dessen Balkanpolitik gegen die russische regulieren und umgekehrt diese.

Bismarck sah die Türkei nicht als erhaltenswert an und betrachtete ihr Sein oder Nichtsein lediglich als eine Frage des politischen Schachspieles und als einen Gegenstand, den man zu Kompensationen im einen oder im anderen Sinne gut brauchen könne, der außerdem dazu diene, Rußland und Großbritannien in Reibung miteinander zu bringen. 1870/71 war Bismarck der Ansicht, daß die russische Forderung nach Befreiung der Bestimmungen des Vertrages von 1856 über das Schwarze Meer reichlich bescheiden sei: er wäre ganz damit einverstanden, daß die türkischen Meerengen schrankenlos geöffnet würden.

Ebenfalls in diesem Punkte ist es müßige Spekulation, darüber argumentieren zu wollen, ob Bismarck auch nachher so gedacht haben würde. Tatsache ist, daß der neue deutsche Regierungskurs gerade im Hinblick auf die Türkei ein ganz anderer war: man wollte nun dort etwas, man

wollte eine aktive Orientwirtschaftspolitik in großem Maßstabe anbahnen und brauchte dafür Boden und Halt. Daraus ergab sich ein lebendiges deutsches Interesse für Erhaltung und wenn möglich für Stärkung des Türkischen Reiches nach außen und Konsolidierung im Innern. Weiter ergab sich die Notwendigkeit einer deutschen Politik, auch die Balkandinge nicht wie früher als mehr oder minder gleichgültig, sondern unter dem Gesichtswinkel der neuen deutschen Orientpolitik zu betrachten. Die Balkanhalbinsel durfte weder politisch noch wirtschaftlich zu einem Hindernis für die deutschen Orientbestrebungen werden, sondern man mußte trachten, sie zu einer Brücke nach Konstantinopel zu machen. Hieraus folgte die Notwendigkeit eines wachsenden deutschen Interesses an Österreich-Ungarns Balkanpolitik, insofern nämlich diese die Zustände auf der Balkanhalbinsel in dem einen oder anderen Sinne beeinflußte.

An Erhaltung und Stärkung des Türkischen Reiches hatten beide Großmächte ein direktes Interesse, während in der Politik den einzelnen Balkanstaaten gegenüber Unterschiede hervortraten. Das Deutsche Reich hielt sich hier freilich nach Möglichkeit zurück und blieb, um den Bismarckschen Ausdruck anzuwenden, in der Hinterhand. Zum erstenmal in der Bosnischen Frage sah die deutsche Politik sich genötigt, ihre Karte auszuspielen, und zwar gleich den stärksten Trumpf. Das galt nicht der Balkanfrage als solcher, sondern der Lebensfrage des österreichisch-ungarischen Bundesgenossen; immerhin kam es auf dasselbe heraus.

Die Verhältnisse ließen sich immer unbehaglicher an. Das Deutsche Reich war weit von der Balkanhalbinsel entfernt, sie war ihm zu Lande nur durch Österreich-Ungarn zugänglich. Auch darin lag von vornherein eine Schwierigkeit, nämlich die Unmöglichkeit direkter Einflußnahme und die Notwendigkeit, die deutsche Balkanpolitik immer sozusagen durch das österreichisch-ungarische Medium zu betrachten und zu behandeln. Österreich-Ungarns Politik war häufig nicht geneigt, diese deutsche unbequeme und unbehagliche Lage entsprechend zu würdigen und zu berücksichtigen. Für das Deutsche Reich der nachbismarckischen Zeit war der Balkanzustand am angenehmsten während der Jahre 1897 bis 1906, als Rußland und Österreich-Ungarn sich über den Balkan geeinigt hatten. Dieser Zustand war nur möglich, solange Rußland im fernen Osten gebunden war, auch sich im Gegensatz zu Großbritannien befand.

Über die Ziele der deutschen Orientpolitik ist, wie es in Deutschland üblich war, Vieles und Phantastisches geredet worden, insbesondere über den Plan der Bagdadbahn und die Ergebnisse, welche dieser Bau angeblich erreichen sollte. Als der Große Krieg begann, waren 25 Jahre seit dem Beginn des Bahnplanes verflossen und dieser noch lange nicht ausgeführt. Aber schon in den 90er Jahren stand in der Phantasie vieler Deutschen

fest, daß Kleinasien und Mesopotamien mit deutschen Auswanderern erfüllt werden sollten, daß man in Mesopotamien eine Deutschland versorgende Baumwollenkultur zugleich mit ungeheuren Kornmengen erstehen lassen wolle, daß man am Persischen Golf einen Kriegshafen haben werde und durch die Bagdadbahn ebensowohl Indien wie Ägypten den Briten entreißen könne.

Diese alten Geschichten sollen hier erwähnt sein, weil sie einen wesentlichen deutschen Fehler bezeichnen, aus dem unsere späteren Feinde gleich damals und bis zur Gegenwart großen Nutzen gezogen haben. Es waren alles Utopien, aber ihre Betonung wurde von Großbritannien wie von Rußland ernst genommen und taktisch ausgiebig verwertet.

In der Regierungszeit des Fürsten Bülow pflegte es Grundsatz der deutschen Politik zu sein, nach Möglichkeit die Stellungnahme und das Interesse des Türkischen Reiches zu vertreten. Immer war das nicht möglich, z. B. ausgeschlossen, wenn es sich um die Forderung der Ententemächte und Rußlands nach Reformen, sei es in Armenien oder in Mazedonien oder in Albanien, handelte, oder aber, wie 1897, um die Absicht der genannten Mächte, den Türken die Insel Kreta wegzunehmen. In solchen Fällen pflegte die deutsche Regierung bei der Pforte auf Bereitwilligkeit der Einführung von Reformen zu wirken, beteiligte sich aber nicht an einem Druck oder an Demonstrationen, welche ausgeübt wurden oder werden sollten.

Sobald Fürst Bülow ins Amt gekommen war und seinen Vorgänger, Herrn v. Marschall, abgelöst hatte, ließ er das deutsche Panzerschiff zurückrufen, welches mit denen der anderen Nationen vor der Insel Kreta als Demonstration lag. Bülow gebrauchte damals das bekannte Bild, daß es das richtigste sei, wenn das Deutsche Reich sich an dieser Übung des europäischen Konzertes nicht beteilige. Man versuchte deutscherseits den Grundsatz durchzuführen, immer so weit auf seiten der Türkei zu stehen, wie keine Reibungen mit anderen Großmächten dadurch hervorgerufen würden, welche als das größere Übel erscheinen müßten. Alles läßt darauf schließen, daß gerade Fürst Bülow dem Gedanken einer starken Aktivität deutscher Orientpolitik kühl gegenüberstand und sich nur so weit drängen ließ, wie, seinerseits beurteilt, ohne wesentliches Risiko möglich war.

Die deutsche Orientpolitik trat im Laufe der Jahre immer mehr in das Zeichen der Bagdadbahn und damit der deutschen Finanzgruppen, welche diesen Plan ausführten und propagierten. Man versuchte wiederholt, ja andauernd, mit Großbritannien, Frankreich und Rußland zu einem Einvernehmen und womöglich zu einer gewissen Solidarität in geldlicher Hinsicht zu gelangen, weil sonst die Aussichten, den Bau der Bahn durch-

zuführen, gering wurden. Vor den Balkankriegen scheiterten alle diese Bemühungen Großbritannien und Frankreich gegenüber, während das Potsdamer Abkommen mit Rußland die russischen Widerstände beseitigte, jedenfalls zu beseitigen versprach.

Eine türkische, deutsch geleitete Bahn durch Kleinasien, Mesopotamien bis zum Persischen Golf war für Großbritannien finanziell, hauptsächlich aber politisch ein rotes Tuch. Die britischen Botschafter in Berlin und die britischen Minister in London haben wiederholt der deutschen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Durchführung des deutschen Bagdadbahnprojektes als gegen großbritannisches Lebensinteresse gerichtet ansehen müßten. Die Türkei sei dann in deutscher Hand, Indien und Ägypten würden, so führte die britische und französische Presse häufig aus, durch Vollendung der Bahnpläne bedroht sein, und die Küsten des Persischen Golfes vollends gehörten zum britischen Interessengebiete, ebenso der südliche Teil Persiens. Dazu kam, daß Großbritannien einen großen und wachsenden Einfluß des Deutschen Reiches in Konstantinopel unter allen Umständen für schädlich und als etwas ansah, das unbedingt verhindert werden müsse.

Es war, besonders nach 1907, praktisch-politisch schwer denkbar, von Großbritannien aus gesehen, daß Rußland so für Großbritannien ein gefährlicher Nachbar und Nebenbuhler in Konstantinopel werden könne, einen einzigen Fall ausgenommen: eine Verständigung Deutschlands und Rußlands über Konstantinopel. Eine solche schloß sich nach Lage der Dinge aus, eine deutsch-russische Verständigung über eine bedingte Öffnung der Meerengen hätte aber im Bereiche der Möglichkeit gelegen. Die Möglichkeit wäre im selben Maße gewachsen, wie der deutsche Einfluß in Konstantinopel unter Voraussetzung einer auf gegenseitiger Verständigung beruhenden Politik Rußlands ebenso wie des Deutschen Reiches.

Das deutsche Bestreben, die Türkei zu stärken, lag ebenso im Interesse des Deutschen Reiches wie in dem des Türkischen. Jede mit Konstantinopel verbundene Bahnlinie stärkte den inneren Zusammenhang des Osmanischen Reiches und damit die herrschende und regierende Zentralgewalt zu Konstantinopel. Mit jedem neuen Schienenstrange mußte die Möglichkeit, aufständische Bewegungen niederzuschlagen, wachsen und gleichermaßen das wirtschaftliche Leben in jeder denkbaren Beziehung. Die Produktion des Landes, der Absatz seiner Erzeugnisse und der der Industrie würden sich heben und damit der Wohlstand. Um so leichter würden wirkliche innere Reformen, besonders auf dem Gebiete der Verwaltung, durchführbar sein, und alles in allem könnte auf die Dauer eine allgemeine Hebung auch des staatlichen Geld-

wesens kaum ausbleiben. Das aber würde eine Minderung, wennschon eine allmähliche, der internationalen Abhängigkeit des Türkischen Reiches bedeuten, und eine solche wünschten weder Großbritannien noch Rußland noch Frankreich; im Gegenteil!

Deutschlands Orientpolitik war von „macchiavellistischen“ Plänen weit entfernt. Man dachte nicht daran, den Ententeeinfluß aus dem Orient verdrängen oder gar Ägypten und Indien gefährden zu wollen, oder schließlich die Türkei gleichsam deutsch auszufüllen. Wenn vereinzelte Phantasten und Dilettanten, als die erste Schiene der Bagdadbahn lag, schrieben: nun werde England für Ägypten und Indien zittern, oder die Türkei werde nunmehr den deutschen Bevölkerungsüberschuß aufnehmen, so waren das Jules Vernesche Ideen und Bilder, deren öffentliche Äußerung freilich ungünstig genug gewirkt hat; nicht weil man sie in Großbritannien ernst genommen hätte, sondern weil man sie zur Hetze gegen den deutschen Einfluß und gegen die Ausbreitung der deutschen Ausfuhr gut gebrauchen konnte. Deutschland wollte lediglich offene Tür.

In Berlin war man sich der Widerstände und Machenschaften der späteren Feinde bewußt, gab sich aber der Hoffnung hin: mit der Zeit würden die Gegner, werde im besonderen Großbritannien die Friedlichkeit und Harmlosigkeit des Deutschen Reiches und seiner Bestrebungen erkennen und demgemäß ihre Politik modifizieren. Ein deutscher Staatsmann sagte dem Verfasser um das Jahr 1909 am Schlusse einer Unterredung: Schließlich müssen sie (die gegnerischen Mächte) einsehen, wie harmlos wir sind! Das Britentum dachte nicht entfernt an ein solches Damaskus, ebensowenig wie seine Leiter, politischen und militärischen Fachleute an eine „deutsche Gefahr“ im Orient glaubten, solange die britische Seeherrschaft bestände. Der wirtschaftliche deutsche Wettbewerb war es und die Stärkung der Türkei, welche man fürchtete. Außerdem empfanden das britische Volk und seine Leiter diese deutsche Politik friedlichen Wettbewerbs im Orient als eine Anmaßung, denn vorher war er nicht dagewesen, und nachher war Großbritannien um seine Zustimmung nicht gefragt worden. Dazu kam die Äußerung des Deutschen Kaisers auf seiner Reise nach Jerusalem, daß die 300 Millionen Muselmanen ihn immer als ihren Freund betrachten könnten, ein Wort, das großes Aufsehen in der muselmanischen Welt Afrikas, Arabiens und Asiens erregte.

Nach britischer Theorie nicht nur, sondern auch nach britischem Wunsche sollte die gesamte Asiatische Türkei, abgesehen vom armenischen Norden, das „Glacis“ Indiens bilden, in Wahrheit aber nicht zum Schutze Indiens, sondern um von Indien aus Kraft und Handel weiter auszustrahlen und die Handelswege zu beherrschen. Wo Großbritannien es durchsetzen und dann erhalten kann, macht es den von ihm beherrschten Seehandelsweg

zum alleinigen oder herrschenden. Konkurrenzwege über Land hindert es, solange irgend möglich und auf jede Weise. Sind sie aber vorhanden oder ist ihre Herstellung nicht zu verhindern, noch auch dauernd zu verzögern, so betrachtet die britische Staatskunst und Macht es ohne weiteres als ihre Aufgabe, solche Landverbindungen in eigene Gewalt, sei es direkt, sei es indirekt, zu bringen.

Man sieht, daß im Falle der Bagdadbahn eine ganze Anzahl sehr bedeutender Momente zusammenkam, welche britischen Widerstand gegen dieses Unternehmen von vornherein als sicher erscheinen ließen. Im Deutschen Reiche war man sich dessen, besonders während des letzten Jahrzehntes des vergangenen Jahrhunderts, wohl nicht klar bewußt geworden. Man hatte mit Recht das Gefühl einer in jeder Hinsicht legitimen und friedlichen Politik.

In Europa gab es für das neue als industrielle und handeltreibende Macht zwischen den anderen europäischen Mächten entstandene und trotz ihnen wirtschaftlich wachsende Deutsche Reich keine andere Möglichkeit ausgreifender wirtschaftlicher Betätigung auf dem Festlande. Der einzige Weg ins Freie war die Balkanhalbinsel, der Weg führte in den Orient. Der Seeweg dahin berührte nur jene Zukunftsmärkte, würde nach Fertigstellung der Bahnen sehr an Bedeutung gewinnen, war und blieb aber von Großbritannien abhängig. Die Landverbindung: Balkanhalbinsel—Konstantinopel konnte von der Seemacht unabhängig, ja Monopol der Mittelmächte werden. Das bildete gleichzeitig für die deutsche Politik und Wirtschaftspolitik den Verbindungspunkt mit den gesamten Fragen der Balkanhalbinsel, den Machtfragen und den rein wirtschaftlichen.

Man hat später, besonders auch während des Großen Krieges, die nachbismarckische deutsche Orientpolitik als einen Fehler bezeichnet, auch als eine der tieferliegenden Ursachen des Großen Krieges. Diese Auffassung ist nicht als an und für sich berechtigt anzusehen, selbst wenn zugegeben wäre, daß der Weltkrieg einen wesentlichen Teil seiner Ursachen in der deutschen Orientpolitik hätte. Für das Deutsche Reich bedeutete jeder Versuch, sich weltwirtschaftspolitisch zu betätigen, ein Risiko, oft eine Unmöglichkeit und eine Kriegsgefahr, die sich über kurz oder lang als solche erweisen konnte.

Eine nach dem Orient gerichtete, auf ein freundschaftliches Verhältnis zum Türkischen Reiche gegründete Wirtschaftspolitik bot Aussichten und hätte selbst dann als lohnend von vornherein angesehen werden können, wenn deutsche Staatsmänner z. B. die Möglichkeit einer späteren Schwenkung gegen Kompensationen für den Fall ins Auge gefaßt hätten, daß die Widerstände und Gefahren sich dort als zu bedeutend erwiesen hätten.

Deutsch-türkische Beziehungen und Orientpolitik waren kein Ding an sich. Sie begegneten auf ihrer Bahn Rußland ebensowohl wie Großbritannien. Diese beiden Mächte standen bis 1905/06 selbst in scharfem, altüberliefertem Gegensatz zueinander, dessen Hauptpunkt Konstantinopel war. Erinnern wir uns beiläufig der Bemerkung des Zaren an Bismarck auf die Nachricht von der bevorstehenden Reise Kaiser Wilhelms zum Sultan: „Et Constantinople?" Bismarck beruhigte den Zaren.

Es ist gesagt worden, die deutsche Balkan- und Orientpolitik habe den großen Fehler begangen, sich Rußland auf der einen, England auf der anderen Seite zum geschworenen Gegner zu machen, anstatt Anschluß entweder an Rußland oder an England zu suchen. Die Folge dieses Fehlers sei der Zusammenschluß der beiden alten Gegner wider alles Erwarten gewesen.

Später lassen sich in jedem Falle und immer unzählige Hypothesen aufstellen: was gewesen sein würde, wenn dieses oder jenes geschehen oder nicht geschehen wäre. In der Politik verhält es sich sehr oft wie in der Strategie: man kann und muß zunächst einen in allen denkbaren Konsequenzen durchdachten Operationsplan und ein klares Ziel hinstellen, aber die Ausführung gestattet in den wenigsten Fällen die Beibehaltung des ursprünglichen Planes, denn die Situation ändert sich unberechenbar nach dem Vorgehen und den Maßnahmen des Gegners. In der auswärtigen Politik tritt dieses Moment noch stärker hervor, weil es sich um viel größere Zeiträume handelt und um ein politisches, diplomatisches und wirtschaftliches Spiel und Gegenspiel von nicht nur zwei Parteien, sondern von einer großen Anzahl.

Wie erwähnt wurde, haben die beiden Mittelmächte für ihr uneigennütziges Verhalten gegenüber Rußland während des Russisch-Japanischen Krieges keinen Dank gehabt. Damals hätten sie es in der Hand gehabt, die russische Gefahr in Osteuropa, die slawische Flut auf der Balkanhalbinsel und den russischen Druck auf die Türkei wesentlich zu mindern und zurückzudämmen. Das geschah nicht, und nachher folgte gleich die russische Frontwendung unter Antrieb und Leitung Großbritanniens nach dem nahen Osten gegen die Balkanhalbinsel und damit gegen die Mittelmächte.

In jener für Rußland kritischen Periode hätte das Deutsche Reich ein vorteilhaftes Zusammengehen mit der russischen Politik in Orientfragen herbeiführen können, möglicherweise auch vorher; nachher — trotz dem Potsdamer Abkommen — nicht mehr. Nachher stand der Dreiverband trotz gelegentlicher geringer Unstimmigkeiten fest und unverbrüchlich zusammen. Vorher mußte jedes deutsch-russische Zusammengehen ein antienglisches sein, wie es sich vor dem russisch-japanischen

Kriege im fernen Osten anbahnte. Jeder russisch-deutsche Zusammenschluß für gemeinsame Orientpolitik hätte aber zur Voraussetzung gehabt, daß entweder Rußland auf eine antitürkische Politik vom Kaukasus, vom Schwarzen Meere und vom Balkan her verzichtete oder aber, daß das Deutsche Reich seine türkenfreundliche Politik aufgab. Beides stand praktisch außer Betracht.

Übrig blieb als dritte Möglichkeit nur noch, daß das Deutsche Reich und Rußland in engste Verbindung miteinander getreten wären, um den ganzen Osten und Südosten unter sich aufzuteilen und auch Österreich-Ungarn dabei als corpus vile zu behandeln, ein Plan der groß und gewagt, aber vielleicht möglich gewesen wäre, jedoch das Deutsche Reich geographisch und strategisch vielleicht in ungünstigerer Lage gelassen hätte als Rußland. Im übrigen sollen dieses nur Andeutungen über Gedanken sein, die man sich in den Anfängen der neuen deutschen Orientpolitik vielleicht hätte machen können.

Ein Anschluß Deutschlands an England im Orient wäre ohne gleichen Zusammenschluß auch auf allen andern Gebieten und nach allen Seiten hin nicht denkbar gewesen. Das aber bedeutete deutsche Vasallenschaft und in noch höherem Maße als die französische seit 1904. Ein solcher Zusammenschluß hätte auch sofort einen schroffen Gegensatz gegen Rußland mit sich gebracht und die deutsche, unter der Autorität Englands stehende Politik völlig gebunden, ferner, wie an anderer Stelle dargelegt werden wird, die Entwicklung einer deutschen Seemacht unmöglich gemacht und die deutsche Landmacht unter ungeheurer Frontverlängerung nach zwei Seiten gebunden.

Man hat berichtet, daß Lord Salisbury im Jahre 1895 Kaiser Wilhelm die Teilung der Türkei vorgeschlagen und Ablehnung erfahren hätte. Die Ablehnung könnte man nur als richtig bezeichnen. Das Deutsche Reich hatte keine Mittel, um gegebenenfalls seinen Teil am Türkischen Reiche, z. B. Anatolien, sich wirklich anzugliedern und als Eigentum zu sichern, es wäre dort bei England zur Miete gewesen, denn Großbritannien beherrschte den Seeweg ebensowohl wie die Dardanellen und den Bosporus. Der Landweg bis Konstantinopel aber wäre ebenfalls nicht in der deutschen Machtsphäre, sondern durchaus unsicher gewesen.

Das Deutsche Reich hat sich von eigentlicher Balkanpolitik bis zu den Balkankriegen 1912/13 ferngehalten; man hatte das Bündnis mit Rumänien und glaubte damit genug zu besitzen, verharrte außerdem in der schon skizzierten Anschauung, daß man die Balkanpolitik nach Möglichkeit Österreich-Ungarn überlassen müsse. Mit Griechenland wurden wachsende gute Beziehungen unterhalten.

Großbritannien wollte die Auflösung des Türkischen Reiches und

arbeitete von Fall zu Fall darauf hin. Die Vertreibung der Türken aus Europa wurde mit Christentum und Kultur gerechtfertigt. Die außereuropäische Türkei würde von selbst zerfallen, und da war dann alles vorbereitet. Frankreich war in den Balkanstaaten und in der Türkei hauptsächlich finanziell sehr stark interessiert. Insofern wäre also sein Platz, rein am Interesse gemessen, an der Seite des Deutschen Reiches gewesen, während es sich tatsächlich dem Bundesgenossen und dem Ententegenossen anschloß.

Für den Fall einer Aufteilung der Türkei gingen die französischen Wünsche in erster Linie auf Syrien, das man dann möglichst weit nach Norden auszudehnen gedachte. Syrien und im besonderen das Libanongebiet war schon seit vielen Jahren durch französischen Einfluß planmäßig durchdrungen worden. Im übrigen war die französische Politik im Orient nicht führend und auch nicht selbständig. Sie war abhängig ebensowohl von Rußland wie von Großbritannien. Dagegen war der Einfluß Frankreichs auf der Balkanhalbinsel ein starker, und zwar bei allen dortigen Nationen, da die französische Kultur und Bildung ebenso wie die französische Sprache sich besonderer Beliebtheit erfreuten. Dazu kamen geldliche Abhängigkeiten, französische Waffenlieferungen usw.

So stellte sich alles in allem die Politik der Mächte auf der Balkanhalbinsel und im Orient als eine Anzahl von unüberbrückbaren Gegensätzen dar, deren jeder geeignet war, als Anlaß zu einem großen Daseinskriege benutzt zu werden. So erklärt sich das Bestreben der Mächte, von einem Provisorium zum andern zu arbeiten und eine Politik des Liegenlassens oder der Verschiebung, wo nur immer möglich, zu treiben. Das hörte erst auf, als Rußland und Großbritannien und damit auch Frankreich in den Fragen der Balkanhalbinsel und des Orients einig zusammenstanden und ihnen allen das große Ziel der Isolierung und Erniedrigung der Mittelmächte oder des Koalitionskrieges gemeinsam war. Hier unterschieden sich die Bestrebungen der Mittelmächte von denen der Entente auch grundsätzlich, denn die ersten waren ausgesprochen friedlich und entbehrten auch politisch durchaus der Aggressivität.

Das Potsdamer Abkommen (1911) schien einen Augenblick die Lage ganz umkehren zu sollen, aber es war Schein und von der deutschen Seite eine Selbsttäuschung. Man maß in Berlin dem Potsdamer Abkommen eine hohe Bedeutung bei.*) Das Deutsche Reich anerkannte besondere russische Interessen in Persien und verpflichtete sich, nördlich einer gewissen Linie nicht um Erlaubnis zur Anlage von Verkehrseinrichtungen bei der persischen Regierung einzukommen. Rußland verpflichtete sich, nach An-

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik S. 391.

lage seines geplanten persischen Eisenbahnnetzes eine Querverbindung durch eine Linie nach der Bagdadbahn herzustellen.

Der damalige deutsche Staatssekretär, Herr v. Kiderlen-Waechter, dachte freilich über diese Verpflichtung sehr geringschätzig, wie überhaupt über den russischen Bahnplan. Für wichtig hielt er die Versicherung der russischen Regierung: sie werde den Bau der Bagdadbahn nicht zu hemmen versuchen. Damit war etwas Tatsächliches gewonnen, auch für die Türkei. Der Deutsche Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, ging in seiner Einschätzung des Abkommens viel weiter und erklärte im Dezember 1910 im Reichstage, er möchte als Resultat des Besuches des russischen Ministers bezeichnen: „daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß Deutschland und Rußland ein gleichmäßiges Interesse an Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient haben und daher keinerlei Politik unterstützen werden — von welcher Seite sie auch kommen könnte —, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet wäre." Außerdem seien „da und dort scheinbare Mißverständnisse beseitigt und das alte vertrauensvolle Verhältnis zwischen uns und Rußland bestätigt und bekräftigt." Das russische Regierungsorgan erklärte nachher: nicht alles, was in Potsdam vereinbart worden sei, habe Ausdruck im Abkommen gefunden.

Hier kommt es auf die Frage an, welche Bedeutung das Potsdamer Abkommen für die deutsche Balkan- und Orientpolitik gehabt habe, haben sollte und haben konnte. Der Bau der Bagdadbahn brauchte in Rußland kein Bedenken zu erregen, sofern sich an die Hauptstrecke kein deutsch geleitetes Eisenbahnnetz in Nordkleinasien und Armenien anschloß, und hier hatte man die Türkei verpflichtet, ohne russische Genehmigung nichts zu tun und nichts zu gestatten. Anderseits war das deutsche Zugeständnis hinsichtlich Persiens für Rußland sehr nützlich. Schließlich wußte man in Petersburg genau Bescheid darüber, wie die britische Regierung über die Bagdadbahn dachte und daß sie im Verein mit Frankreich dem Deutschen Reiche gegenüber ihre Ziele durchsetzen werde.

Wenige Monate nachher, im März des Jahres 1911, folgte auch schon eine Änderung der Verträge über die Bagdadbahn. Der wichtigste Teil dieser Änderung war die Abtrennung des Süd- und Schlußstückes der Bahn von dem deutsch geleiteten Unternehmen, nämlich des Stückes von Bagdad bis zum Persischen Golfe. Der Bau und die spätere Verwaltung dieses Schlußteiles wurde nach dem neuen Vertrage einer neu zu errichtenden Gesellschaft übertragen, an der Deutschland an Kapital und

Einfluß nicht mehr führend, sondern nur im selben Maße beteiligt sein sollte wie andere sich beteiligende nichtottomanische Nationen. Damit hatte England seinen langerstrebten Zweck erreicht: keinen deutsch geleiteten Schienenstrang an den Persischen Golf gelangen zu lassen, dagegen sich selbst vom Persischen Golfe aus einen bis Bagdad reichenden Einfallsweg nach Mesopotamien hinein vorzubereiten und die südlichen Bezirke nahe dem Persischen Golfe, so Koweit und Mohammera, noch sicherer als bisher unter britischem Einflusse festzuhalten.

Es war also kein deutscher Erfolg, sondern die Folge eines deutschen Verzichtes, als Grey im März 1911 erklärte, nunmehr werde Großbritannien dem Ausbau der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen. Zieht man in Betracht, daß das Potsdamer Abkommen mündlich im Dezember 1910 festgelegt worden war und im August 1911 unterzeichnet wurde, so ist klar, daß in Sachen der Bagdadbahn russischerseits kein Zugeständnis an das Deutsche Reich gegeben wurde, das den Ententemächten nachteilig oder unangenehm war. Man hatte sich vorher vielmehr über alles zwischen Petersburg, London und Paris verständigt.

Das schriftliche Abkommen enthielt nichts von den bedeutenden allgemeinen Gesichtspunkten, welche Bethmann Hollweg im Dezember 1911 im Reichstage verkünden zu sollen glaubte, ohne eine tatsächliche Grundlage dafür zu haben. Freilich wurde in der russischen Presse erklärt, das Abkommen enthalte nicht alles, was zu Potsdam abgemacht worden sei, aber bei dieser geheimnisvollen und unverbindlichen Andeutung blieb es. Wichtig für die Balkanpolitik des Deutschen Reiches war dagegen die öffentliche Feststellung des Deutschen Reichskanzlers: „Deutschland und Rußland hätten ein gleichmäßiges Interesse an Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient und würden keine Politik unterstützen — von welcher Seite sie auch immer kommen könnte —, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet wäre." Diese Erklärung oder eine sinngemäß gleiche ist von russischen Staatsmännern nicht abgegeben worden. Man schwieg dort vielmehr, nahm aber die Äußerungen Herrn v. Bethmann Hollwegs mit Wohlgefallen entgegen.

Im Jahre 1908 stempelte Österreich-Ungarn die Frage der Annexion als eine österreichisch-ungarische Lebensfrage, die sie auch war. Das Deutsche Reich begriff, daß es sich hier nicht auf den Rahmen des vor zwanzig Jahren festgelegten Bündnisvertrages beschränken dürfe, sondern ohne Einschränkung die Lebensfrage und Sache des Bundesgenossen zu der seinigen machen müsse. Wenn wir auch heute noch diese deutsche Stellungnahme billigen müssen, so erhebt sich zugleich die Frage, ob die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und im Türkischen Reiche sich

zu dem Punkte hätten entwickeln müssen, daß die Annexion notwendig wurde, wenn das Deutsche Reich sich auch vorher in den Angelegenheiten der Balkanhalbinsel so zurückhaltend gezeigt hätte.

Die deutsche Politik betrachtete insbesondere die Balkanangelegenheiten nur durch die österreichisch-ungarische Brille und glaubte den Standpunkt vertreten zu können, daß die Politik und Gruppierung der Balkanmächte nur von indirektem Interesse für das Deutsche Reich sei. Hier müsse man nicht nur Österreich-Ungarn als direkt beteiligter Nachbarmacht an der Balkanhalbinsel den Vortritt lassen, sondern auch die österreichisch-ungarische Politik auf der Balkanhalbinsel als für die deutsche wesentlich maßgebend ansehen. Das konnte richtig sein, solange der Grundsatz galt oder gelten sollte: die Balkansachen gingen das Deutsche Reich eigentlich nichts an, man sei aber bedauerlicherweise infolge des Bündnisses mit Österreich-Ungarn genötigt, sich gelegentlich damit zu beschäftigen.

Schon die deutsche Türkeipolitik seit 1890 machte diesen Standpunkt zu einem veralteten und politisch unrichtigen, auch wenn man ganz dahingestellt sein ließ, ob sie an sich richtig wäre oder nicht. Selbst abfällige Beurteiler in dieser Hinsicht müssen zugeben, daß, weil die neue deutsche Türkeipolitik einmal da war und konsequent weiter getrieben wurde, auch die Balkanpolitik für das Deutsche Reich in ein ganz anderes Licht treten mußte wie vorher. Wahrscheinlich hätte das die Schwierigkeiten der deutschen Orientpolitik zunächst erhöht, denn das Interesse des Türkischen Reiches und das der Balkanstaaten waren entgegengesetzt Diese Komplikation hätte in den Kauf genommen werden müssen, und das wäre sachgemäßer, wahrscheinlich auf die Dauer auch vorteilhafter gewesen als die deutsche Ablehnung, sich mit den Balkanmächten und ihrer Politik einzulassen und näher zu beschäftigen. Vor Überraschungen wie 1908 und 1912 wäre man dann geschützt gewesen. Der Einwand, daß das Deutsche Reich ja nicht Nachbarmacht sei, war nicht stichhaltig. Auch Großbritannien war nicht Nachbarmacht und nahm doch führenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel.

Vielleicht hätte z. B. Serbien dann, in der vorherigen Gewißheit, daß das Deutsche Reich in der Annexionsfrage tatsächlich eintreten würde, für unzweckmäßig gehalten, die Bosnische Krisis auf die Spitze zu treiben. Anderseits hätte eine genaue Kenntnis der serbischen Verhältnisse und Wünsche und ein aktives politisches deutsches Interesse in Belgrad möglicherweise die Feindseligkeit der Spannung zwischen Serbien und Österreich-Ungarn mindern und gleichzeitig in Belgrad Einfluß gewinnen können. Aber daran dachte man in Berlin nicht, betrachtete vielmehr die Balkanstaaten als unangenehme kleine Kreaturen, mit denen man

möglichst wenig zu tun haben müsse, die auch gerade für das Deutsche Reich unbeachtlich seien.

Es liegt dem Verfasser fern, eine rückschauende Konjektural-Politik treiben zu wollen, aber man kann sich doch des Gedankens schwer erwehren, daß das Versäumen einer sorgfältigen deutschen Balkanpolitik ein schwerer Fehler gewesen sei und unseren späteren Feinden gerade leicht gemacht hat, in dieser Ecke den Großen Krieg vorzubereiten und eine für die Mittelmächte höchst gefährliche Angriffstellung zu schaffen. Als daran nichts mehr zu ändern war, während des zweiten Balkankrieges, ließ der Deutsche Reichskanzler den Reichstag wehmütige Klagen darüber hören und begründete mit der neuen Balkanlage die große Militärforderung. Jene Lage ist in hervorragendem Maße auf die Negativität in der deutschen Balkanpolitik zurückzuführen.

Gerade eine Vorkriegsgeschichte muß hierauf hinweisen, denn ganz wesentlich am Anlaß zum Kriege, teils auch an seinen tiefer liegenden Ursachen bleibt die Tatsache beteiligt, daß die Balkanmächte Serbien und Bulgarien dem Deutschen Reiche mit Mißtrauen gegenüberstanden. Dazu kam die unglaubliche Unkenntnis und unrichtige Einschätzung der Stärke der Balkanstaaten, besonders auch Serbiens. Diese Unkenntnis war sogar in Österreich-Ungarn zu finden.

Am besten sind vielleicht die englischen Agenten über die wirklichen Kräfteverhältnisse auf der Balkanhalbinsel unterrichtet gewesen. Jedenfalls hat man diesen Eindruck aus der Politik Großbritanniens auf der Balkanhalbinsel während der zweiten Hälfte des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts. England stand in den mannigfachsten Formen hinter Serbien schon in der Annexionskrisis. Diese Formen waren: das Balkankomitee, geleitet von den beiden Brüdern Buxton, die Freimaurerei, die englischen Zeitungsmänner, andere Agenten und Reisende beiderlei Geschlechts auf der Balkanhalbinsel, ferner, wennschon mit Vorsicht, die britischen Gesandtschaften, die Konsulate und indirekt das Londoner Kabinett.

Es ist viel darüber gesprochen worden, wie es denn eigentlich denkbar gewesen sei, daß in der Annexionskrisis Rußland Serbien zum Kriege getrieben habe, ohne selbst zum Kriege bereit zu sein. In der Tat hat das offizielle Rußland damals keineswegs zum Kriege getrieben; Iswolski erklärte während der Krisis öffentlich, Rußland sei nicht in der Lage, sie zu einer Kriegsfrage zu machen. Die Panslawisten aber mit ihrem Anhang befanden sich mit ihrer Agitation im Gegensatz zu Iswolski und in voller Übereinstimmung mit Großbritannien und dem Motto: die Balkanhalbinsel den Balkanvölkern! Man glaubte in London die Dinge auf die Spitze treiben zu sollen. Der Zweck war, das Slawentum auf

der Balkanhalbinsel zusammenzuschließen und seinen Gegensatz einerseits gegen Österreich-Ungarn, anderseits gegen die Türkei zu schärfen. Dazu gehörte in erster Linie eine Annäherung und Versöhnung Bulgariens und Serbiens.

Zar Ferdinand erklärte am 22. September 1908 die Unabhängigkeit Bulgariens. Einen Tag nachher sprach Kaiser Franz Joseph die Annexion Bosniens und der Herzegowina aus. Ein Zusammenhang dieser beiden Erklärungen und das Einverständnis über die beiden Akte zwischen Wien und Sofia ist geleugnet worden, dürfte aber außer Frage stehen; u. a. kündigte der österreichisch-ungarische Botschafter zu Paris auch die bulgarische Unabhängigkeitserklärung der französischen Regierung an.

Wie immer war die englische Regierung vorher über diese Absicht unterrichtet und verkündete sie öffentlich, um die Pforte zu warnen. Hier setzt wieder der große weltpolitische Zusammenhang ein: Großbritannien hatte die Türkei bekämpft und auf ihre Auflösung hingewirkt; so lange Abdul Hamid seine unbeschränkte Herrschaft ausübte. Die Freundschaft des Sultans mit dem Deutschen Reiche, insbesondere mit dem Deutschen Kaiser, erklärt diese englische Politik ohne weiteres. Die jungtürkische Bewegung war seit Jahrzehnten im Gange gewesen und hatte ihre Stütze vorwiegend in Paris und London gehabt, war von dort auch immer tatkräftig unterstützt worden. Nun war das Jungtürkentum durch die Revolution ans Ruder gelangt, und in London dachte man, die Stunde Großbritanniens im Orient sei gekommen.

Im britischen Parlament und in der Presse begrüßte man das jungtürkische Regiment mit Wohlwollen und Hoffnungen, natürlich wie immer im Interesse der Menschheit und der Kultur und für das Wohlergehen des Türkischen Reiches, das ja bekanntlich Großbritannien immer besonders am Herzen gelegen habe. Jenes Manöver der englischen Politik war in seiner Art glänzend. Es zeigt, wie vollkommen unabhängig die britischen Staatsmänner von jedem Doktrinarismus sind und sich nicht nur nicht scheuen, sondern es ganz natürlich finden, heute die entgegengesetzte Politik gegen gestern zu treiben, wenn veränderte Umstände es notwendig oder vorteilhaft erscheinen lassen.

Man glaubte in London, daß die türkisch-deutsche Verbindung nunmehr leicht zu brechen sei, weil die Freundschaft in der Hauptsache auf den zwei Augen Abdul Hamids gestanden habe. Dazu kam die große Rolle, die das Freimaurertum in der Vorbereitung der jungtürkischen Revolution gespielt hatte. Man hoffte, daß auch die Phrase von Demokratie und Fortschritt im Gegensatz zum rückständigen Deutschland die neue Türkei auf die Seite Großbritanniens treiben und dort halten würde. In Konstantinopel war durch britische Agenten und Geheim-

arbeit seit Jahren mit der bekannten britischen Geschicklichkeit und allen Mitteln gearbeitet worden.

Zunächst trat tatsächlich ein entschiedener Umschwung im britischen Sinne ein, der sich auch in öffentlichen Kundgebungen zu Konstantinopel und in der Presse ausdrückte. Das Revaler Programm Großbritanniens und Rußlands, soweit es die Liquidation der Europäischen Türkei einleiten sollte, verschwand vorläufig aus dem britisch-russischen Programm. Mit liebevoller Sorgfalt betreute jetzt Großbritannien den Bestand der Europäischen Türkei, und gleichfalls Rußland nahm diese ihm ebensowenig stehende Maske vor.

Hiernach ist verständlich, weshalb die jungtürkische Regierung die Warnung aus London erhielt, daß die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens demnächst stattfinden werde. Als dann die Unabhängigkeitserklärung erfolgt war, teilte die britische Regierung der bulgarischen mit, sie könne die bulgarische Unabhängigkeit nicht anerkennen, bevor sie nicht die Ansichten der beteiligten Mächte, besonders der türkischen Regierung, gehört habe. Zugleich verlangten England und Rußland wegen der sogenannten Verletzung des Berliner Vertrages durch Österreich-Ungarn und Bulgarien die Berufung einer internationalen Konferenz. Wie wir gesehen haben, schädigte die Annexion Bosniens und der Herzegowina die Türkei nicht, klärte im Gegenteil ihre Verhältnisse und gab ihr den Sandschak Nowibasar ohne ihr Zutun und ganz unerwarteterweise wieder in die Hand, unter vollständigem, unbedingtem Verzicht Österreich-Ungarns darauf.

Wie gesagt, es war begreiflich, wenn die Jungtürken aus der Annexion politisch das Mögliche zu machen versuchten. Sachlich unerklärlich aber war die Empörung und Entrüstung in Konstantinopel und in anderen türkischen Städten über Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich. Sofort setzte eine umfangreiche wohlorganisierte und sogar anhaltende Boykottierung österreichisch-ungarischer, teils auch deutscher Waren in der Türkei ein, zumal in den türkischen Hafenstädten, und nahm einen Umfang an, der für Österreich-Ungarn höchst empfindlich wurde, außerdem beiderseits die Stimmung in einem Grade änderte und verschärfte, daß sie Beunruhigung erregen mußte.

Die gesamte britische Presse trat mit allen ihr zu Gebote stehenden Tönen der Entrüstung hetzend auf die Seite der Türkei und gegen die Mittelmächte, denn nur diesen sei das Verbrechen der bosnischen Annexion zu danken. Heute kann nicht zweifelhaft sein, was auch damals mit Sicherheit vermutet wurde, daß die tiefe Beunruhigung nach der Annexion auf der Balkanhalbinsel nur durch Großbritannien hervorgerufen und auf der Höhe gehalten wurde.

Gleichermaßen beherrschte das Interesse die englisch-russische Politik,

Bulgarien in Gegensatz zu den Mittelmächten zu bringen. Deswegen legte der russische Außenminister Iswolski der bulgarischen Regierung nahe, sie möge gegen die bosnische Annexion protestieren, dann werde man eher geneigt sein, Bulgariens Unabhängigkeit anzuerkennen. König Ferdinand und seine Berater ließen sich hierauf nicht ein, weil sie den Endzweck des Manövers erkannten. Sie bestanden auf der Anerkennung der Unabhängigkeit und setzten das bulgarische Heer in Bereitschaft. Sofort wandte sich die englische Hetze in und außerhalb der Öffentlichkeit gegen Bulgarien.

Der Londoner Plan ist damals gewesen, alle Balkanmächte gegen Österreich-Ungarn und gegen Deutschland zusammenzufassen, so daß dann die gesamten Balkanstaaten einschließlich der Türkei gegen die Annexion protestiert hätten. Von London aus wurde das Schlagwort ausgegeben, die ruchlose Politik der Mittelmächte stelle eine furchtbare Drohung gegen die Freiheit der Balkanstaaten und der Türkei dar. Über die damaligen Vorgänge in Serbien ist bereits gesprochen worden, auch sie standen ebenso wie die in Montenegro im Zeichen englischer Propaganda und englischen Goldes. Das englische Gold hat in der slawischen Bewegung eine bedeutende Rolle gespielt, seitdem sie der englischen Politik als dienlich erschien.

Bulgarien blieb fest, hielt seinen unbedingten Gegensatz gegen die Türkei aufrecht und verlangte Anerkennung seiner Unabhängigkeit, war auch zum Kriege bereit, besonders erregt durch die Vorgänge in Mazedonien. Iswolski verlangte damals eine bulgarische Erklärung des Verzichtes auf Mazedonien, damit er den Balkanbund der Türkei zustande brächte. Ein merkwürdiger Zustand; das kleine Bulgarien wäre, wenn es zum Kriege gekommen, damals vernichtet worden. Es kam nicht zum Kriege auf der Balkanhalbinsel, weil die Großmächte des Dreiverbandes eine einheitliche Balkanfront gegen Österreich-Ungarn brauchten und ihnen die nach der türkischen Seite kriegsbereite Haltung Bulgariens einen Strich durch die Rechnung machte. Der genannte bulgarische Autor berichtet, daß Iswolski auf die Nachricht von der bulgarischen Erregung ärgerlich gesagt habe: „Bei euch kann es keine öffentliche Meinung geben, ihr müßt gemeinsam mit Serbien gegenüber der Verletzung des Berliner Vertrages durch die österreichische Annexion handeln."

Die englisch-russischen Pläne, wie sie vorstehend skizziert worden sind, können also nicht als Kombination bezeichnet werden, sondern sind eine geschichtliche Tatsache von größter Bedeutung, auch für die Beurteilung der Ursachen des Weltkrieges und zur Kennzeichnung der Faktoren, die ihn wollten und vorbereiteten. Ebensogut wie 1914 konnte damals auf der Balkanhalbinsel ein Krieg ausbrechen und ebensogut wie 1914 konnte

der Weltkrieg die Folge sein. Trotzdem wurde die Gefährlichkeit der Situation und ihrer Entwicklung gerade durch Großbritannien in führender Rolle geschürt.

Auch die russische Staatsmannschaft gehörte zu den Geführten und im besonderen Iswolski ganz gegen seinen Willen. Nehmen wir an, es wäre damals gelungen, die Balkanmächte mit der Türkei oder auch ohne sie in eine einheitliche Front gegen Österreich-Ungarn zu bringen, so würde der Doppelmonarchie unter Umständen nur übrig geblieben sein Unterwerfung mit einem nicht wieder einzubringenden Verluste an Stellung, Ansehen und Einfluß oder der Krieg. Die tatsächliche Lösung der bosnischen Frage ohne Weltkrieg war nur möglich, weil die einheitliche Balkanfront sich nicht herstellen ließ. Sonst wäre trotz Rußlands und Frankreichs Abneigung gegen Krieg das britische Streben nach Krieg damals erfüllt worden.

Die bosnische Krisis und ihre balkanische Geschichte stellt die den Weltkrieg organisierende und auf ihn zustrebende Tätigkeit der Politik Großbritanniens in helles Licht.

Der Weg zum Frieden von Bukarest.

Inzwischen fand die neue Umwälzung in der Türkei statt, und die türkische Regierung zeigte sich geneigt, mit Bulgarien zu einem Einvernehmen zu gelangen; sie forderte eine hohe Geldsumme. Diese war der bulgarischen Regierung zu hoch, und so kam es nach einigem Hin und Her zu der berühmten Vereinbarung mit Rußland, daß die russische Regierung an Bulgarien ein Darlehen in Höhe der von Bulgarien der Türkei bewilligten Summe unter sehr günstigen Bedingungen gab. Darüber hinaus erklärte sich Rußland bereit, dem Türkischen Reiche einen dem Überschusse der türkischen Forderung über das bulgarische Angebot entsprechenden Betrag an alten Schulden der Türkei an Rußland zu erlassen. Diese sehr geschickte Lösung, welche unmittelbar für Bulgarien außerordentlich vorteilhaft war, änderte mit einem Schlage die Balkanlage, wenn die Änderung auch für die englischen Kriegsgelüste zu spät kam. Bulgarien aber sah sich unter Verlust seiner bisherigen unabhängigen Stellung in die Reihe der übrigen Balkanmächte unter englisch-russischer Vormundschaft eingegliedert und in Gegensatz zu den Mittelmächten gedrängt. Das bulgarisch-türkische Einvernehmen trat nunmehr von selbst ein, zugleich war es bis auf weiteres mit den bulgarischen Plänen für Mazedonien zu Ende.

In England vornehmlich, auch in Rußland war man mit dieser Wendung der Dinge sehr zufrieden. Iswolski erklärte im Winter 1908 in

der Duma, daß Rußland den sämtlichen Balkanstaaten mit dem gleichen mütterlichen Interesse gegenüberstehe und Bulgarien nicht davon ausnehme, obgleich die bulgarische Regierung und der König seinerzeit die Unabhängigkeit gegen den russischen Rat erklärt hätten. Die künftige russische Haltung werde davon abhängen, wie Bulgarien sich betrage und ob es treu und fest mit den übrigen Balkanmächten zusammenhalten wolle. Rußlands Plan sei die „Verwirklichung einer Vereinigung der Balkanstaaten mit der Türkei, zur Verteidigung von deren politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit". Das war das Bekenntnis zum Balkanbunde unter Einschluß der Türkei. Nichts Erwünschteres hätte sich für Rußland und Großbritannien ereignen können als die Verwirklichung dieses Planes. Man hätte dann die Mittelmächte in eine schlimme Lage gebracht, und die Türkei, nicht allein die europäische, sondern die ganze im Sinne des Begriffes in der Hand gehabt.

Wie die Dinge sich nun wirklich entwickelten, war schließlich keiner der in Betracht kommenden Balkanstaaten zufrieden. Bulgarien freilich hatte seine Unabhängigkeit bestätigt erhalten und das Finanzgeschäft gemacht, fühlte sich aber in seiner neuen beengten politischen Lage wenig wohl. Serbien und Montenegro tobten und verlangten nicht nur Bosniens, sondern auch Bulgariens wegen Kompensationen. Auch Rumänien sprach von Kompensationen, während sich in weiterer Folge die Insel Kreta wieder als Konfliktspunkt zwischen Griechenland und der Türkei geltend machte.

Die Türkei wandte sich allmählich wieder den Mittelmächten zu, und hier hat die deutsche Politik, welche wohl hauptsächlich auf dem Ansehen und der Geschicklichkeit des damaligen deutschen Botschafters in Konstantinopel, Freiherrn v. Marschalls, ruhte, Anspruch auf hohe Anerkennung. Sie befand sich nach dem Platzgreifen des jungtürkischen Regimentes in höchst schwieriger Lage, dank der britischen Arbeit und zunächst auch schon des Systemwechsels in der Türkei.

Abdul Hamid war im türkischen Reiche verhaßt gewesen und vom türkischen Standpunkte mit Recht. Es war natürlich, daß sich jedenfalls zunächst nach seinem Sturze die politische Abneigung auf seinen Freund, das Deutsche Reich und den Deutschen Kaiser, übertrug. Nachher, als die Jungtürken zu regieren anfingen im Innern und nach außen, machten sie auf Schritt und Tritt die Erfahrung, daß das Deutsche Reich in der Betonung einer auf Stärkung der Türkei gerichteten Politik aufrichtig war und das natürliche Interesse der beiden Mächte ebenso kennzeichnete wie betätigte, während die Dreiverbandmächte das entgegengesetzte Interesse hatten und tatsächlich vertraten, dagegen als Taktik höchst vorteilhaft fanden, eine türkeifreundliche Politik zu betonen und

vorzuspiegeln, so lange, bis man das Türkische Reich isoliert und in der Gewalt hätte.

In Konstantinopel konnten sich Komitee und Regierung auf die Dauer ebensowenig hierüber im unklaren bleiben wie über die Gefahr, die in einem Zusammenschlusse der Balkanmächte auch ohne die Türkei für diese läge. Man begriff, daß die Eingliederung Bulgariens in den Balkanbund unter Führung Großbritanniens und Rußlands zwar Bulgarien von kriegerischen Schritten gegen die Türkei abgewandt habe, daß aber die Gesamtgefahr von Norden viel größer für die Zukunft geworden war.

Die serbische Bewegung und ihre Unterstützung durch die genannten Großmächte mußte sich, abgesehen von Österreich-Ungarn, gegen die Türkei richten. Der Gedanke, daß Serbien Anspruch auf „Kompensationen" zu erheben habe, weil Österreich-Ungarn die Annexion Bosniens und der Herzegowina ausgesprochen, also lediglich den auf dem Balkan bestehenden Zustand erhalten hatte, — dieser Gedanke konnte nicht in Belgrad entstanden und noch weniger zu einer derart tiefgehenden Bewegung geworden sein. Rußland, vor allem England standen dahinter, das blieb auch den Jungtürken nach der Ernüchterung von der ersten Begeisterung über die neue Freundschaft mit Großbritannien nicht verborgen. Die ganze Welt sollte sich mit einem Male für Kompensationen an Serbien erwärmen, sich gleichzeitig mit Entrüstung gegen die beiden Mittelmächte und mit ahnungsvollem Schrecken vor germanischer Drohung auf der Balkanhalbinsel erfüllen, alles weil der Ausspruch der Annexion den seit einem Menschenalter auf der Balkanhalbinsel bestehenden, vertragsrechtlich der Zeit nach unbegrenzten Zustand auch formell festlegte.

Ferner konnte es der Aufmerksamkeit auch der Jungtürken nicht entgehen, daß jede Kompensation für Serbien auf der Balkanhalbinsel auf Kosten des Türkischen Reiches gehen müsse. Das blieb auch dann bestehen, als die Großmächte einen sogenannten Korridor für Serbien nach dem Adriatischen Meere abgelehnt hatten. Man wußte, daß für Österreich-Ungarn die Korridorfrage Kriegsfrage war. Schaltete man sie für die Zukunft aus, so blieb aber nur in Albanien, Mazedonien und im Sandschak Nowibasar Kompensationsmöglichkeit für Serbien übrig. Befürworteten England, Frankreich und Rußland mithin solche Kompensationen in den Jahren nach der Annexion, so bekundeten diese Mächte damit, daß ihre eigentliche Politik nach wie vor auf die Zertrümmerung der Europäischen Türkei ausging.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß man auch in Wien sich über diese Dinge klar war, wenn auch wahrscheinlich die führende Rolle Englands

dort nicht so anerkannt wurde, wie es den Dingen entsprochen hätte. Die österreichisch-ungarische Presse jener Zeit erörterte verschiedentlich den Gedanken eines Bündnisses mit dem Türkischen Reiche, und auch in Deutschland ist er in den Jahren von 1910 bis zum Balkankriege erwogen worden. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter war gegen ein Bündnis, der Botschafter in Konstantinopel, Freiherr v. Marschall, war dafür.

Es ist nicht möglich, zu sagen, wie sich die Dinge politisch gestaltet haben würden, wenn es zu einem solchen Bündnis vor den Balkankriegen gekommen wäre. Italien würde aus dem Dreibunde ausgeschieden sein. Man mag das heute nach den Erfahrungen des Großen Krieges als gleichgültig oder erwünscht ansehen. In Wirklichkeit wären damals doch wohl in Ansehung der gesamten Zusammenhänge die Nachteile überwiegend gewesen. Außerdem hätte das Deutsche Reich mit einem deutsch-türkischen Bündnisse die Verpflichtung übernehmen müssen, für die Türkei zu kämpfen, falls es sich um einen Angriff auf ihren europäischen Besitz gehandelt hätte. Dieser Angriff in irgendeiner Form stand seit dem Jahre 1909 ununterbrochen am Horizont. Als er schließlich kam, 1912 im ersten Balkankriege, zeigte sich, daß die Kraft des Türkischen Reiches nicht annähernd ausreichte, um diesen Besitz zu schützen. Ob anderseits die politische Tragweite der Schließung eines deutsch-türkischen Bündnisses groß genug gewesen wäre, um den Ausbruch des Balkankrieges zu verhindern, war damals zweifelhaft und muß auch heute der rückschauenden Betrachtung so erscheinen.

Einstweilen erkannte die jungtürkische Leitung des Osmanischen Reiches, daß in erster Linie möglichste Stärkung militärischer Kraft und Bereitschaft nötig sei. Man griff hierzu wieder auf deutsche Hilfe zurück. Die Notwendigkeit für Erhöhung der kriegerischen Stärke von damals lag auf der Hand, und es zeigte nur die Mala fides der Mächte des Dreiverbandes, wenn sie nunmehr öffentlich verbreiteten, die junge Türkei sei vom deutschen Militarismus und deutscher Unterdrückungssucht angesteckt worden. Die Mächte und ihre Agenten, die das in die Welt setzten, kannten den Zustand der Türkei im Innern ebenso genau wie die eigene Politik, welche sie gegen den Bestand des Türkischen Reiches trieben.

Die junge Türkei befand sich im Zustande der Verteidigung, der Notwehr nach außen und innen. Sobald Großbritannien sah, daß sie daraus die Konsequenzen zog und sich an das Deutsche Reich in wiedererwachtem Vertrauen um Hilfe wandte, ließ die Londoner Politik auch die Scheinfreundschaft fallen, und der Chor der britischen und in britischem Solde stehenden Presse belehrte die Welt darüber, daß das jungtürkische Regiment leider — es wäre im Interesse der Kultur, der Menschlichkeit und des Weltfriedens sonst so schön gewesen — von den Pfaden einer

freiheitlichen und für die Türkei heilsamen Politik abgewichen sei. Niemand könne das mehr bedauern als Großbritannien und seine Bundesgenossen, aber dieses Bedauern vermöge nicht zu hindern, daß man sich mit aller Sorgfalt und gegebenenfalls auch Energie der unterdrückten Völker in der Europäischen Türkei annähme.

Die Türken sollten bald am eigenen Leibe empfinden, was unter diesem britischen Interesse für Menschlichkeit und Weltfrieden zu verstehen sei. Bereits im Jahre 1909 begannen schwere Aufstände in Albanien, sie wiederholten sich im Jahre 1910, 1911, dann im Frühjahr 1912, wie vorweg genommen sein mag. Dazu brachen allerorten im Türkischen Reiche „Unruhen" aus. Im türkischen Armenien fand das gleiche statt und ebenfalls im Yemen und Kurdistan. In Mazedonien tobte der Bandenkrieg, von den Großmächten geduldet. Dazu rüsteten die Balkanmächte mit allen Kräften, und in Konstantinopel selbst setzten einmal über das andre umstürzlerische Bewegungen ein. Die Türkei sollte mürbe gemacht werden, womöglich zum Zerfall oder zunächst zu einer neuen großen Umwälzung getrieben werden. Über diesem ganzen Komplexe von Unruhen und hinter ihm stand Großbritannien mit Geld und Waffen und aufreizender Propaganda.

Immer muß wiederholt werden, daß diese Politik ständig und kaltblütig mit dem Risiko des Ausbruches eines Weltkrieges arbeitete und als andere Möglichkeit lediglich die Unterwerfung der Mittelmächte unter die Ergebnisse britisch-russischer Balkan- und Orientpolitik kannte, wie sie auch sein mochte. Wenn über die Rolle Großbritanniens im letzten Jahrzehnte vor dem Großen Kriege nichts weiter bekannt wäre als seine Balkan- und Orientpolitik, so müßte es als Anstifter des Weltkrieges bezeichnet werden.

Zum Verständnis der weiteren Vorgänge auf der Balkanhalbinsel ist nötig, einen Blick auf die italienische Politik jener Periode zu richten. Sie wird schon dadurch gekennzeichnet, daß in dem Streite über Einberufung einer europäischen Konferenz, welche über die Annexionsfrage und Kompensationen an die Balkanstaaten entscheiden sollte, Italien sich auf die Seite des Dreiverbandes und in schroffen Gegensatz zu den beiden Mittelmächten stellte. Baron Aehrenthal ließ sich auf diesen Plan nicht ein, sondern erklärte sich grundsätzlich zu einer Konferenz nur unter der Bedingung bereit, daß die Annexion kein Gegenstand der Erörterung sein dürfe und der Abschluß der Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei vorangegangen sein müsse.*)

Das Deutsche Reich schloß sich diesem Standpunkt an und betrieb

*) Vgl. a. a. O. S. 365.

dabei die später auch verwirklichte Art der Lösung durch Verständigung Österreich-Ungarns einzeln mit den verschiedenen Mächten und ohne Zusammentritt einer europäischen Konferenz. Italien also trat dem englisch-russischen Konferenzvorschlag bei, der, wie man in Rom wohl wußte und auch wollte, auf eine Demütigung Österreich-Ungarns hinaus sollte und damit auch auf eine solche des Deutschen Reiches.

Nach dem Ausspruch der Annexion verlangte die öffentliche Meinung Italiens Kompensationen und berief sich auf den Artikel 7 des Dreibundvertrages, demzufolge jede Änderung des bestehenden territorialen Zustandes auf der Balkanhalbinsel Italien das Recht auf Kompensationen gäbe. Die italienische Regierung mußte öffentlich zugestehen, daß die Anwendung dieses Dreibundartikels für die Tatsache der Annexion nicht in Betracht komme, sondern nur für den Fall, daß Österreich-Ungarn Gebietserweiterungen auf der Balkanhalbinsel vorzunehmen versuchte. Hier zeigte sich, daß die Rückgabe des Sandschaks Nowibasar, wenn nicht vollkommen, so doch zu einem wesentlichen Teile in das Gebiet der Aehrenthalschen Italienpolitik fiel. Will man sich auf deren Standpunkt stellen, so war die Maßnahme richtig überlegt, denn die italienische Regierung sah sich zum Zugeständnisse genötigt, daß die Rückgabe des Sandschaks einen Beweis für den Mangel einer österreichisch-ungarischen Expansionspolitik auf der Balkanhalbinsel bilde.

Was für Verhandlungen damals zwischen Italien und den beiden Mittelmächten sich abgespielt haben, ist nicht bekannt geworden. Das Deutsche Reich, kann man mit einiger Sicherheit sagen, war vermittelnd tätig, um Italien am Dreibunde zu halten. Wahrscheinlich ist auf diese Tätigkeit auch zurückzuführen, daß Baron Aehrenthal schließlich auf ein Recht Österreich-Ungarns aus dem Berliner Vertrage verzichtete: das Recht der Seepolizei an der montenegrinischen Küste. Auf italienischen Druck war der Verzicht nicht zurückzuführen; das wird jedenfalls von österreichisch-ungarischer Seite entschieden und anscheinend beweiskräftig betont. Die Folge des Verzichtes war, daß der montenegrinische Hafen von Antivari sofort als Kriegshafen ausgebaut und im Jahre 1911 mit Feierlichkeit eingeweiht wurde.

Während der Annexionskrisis und kurz nach ihr fanden in Italien einheitlich geleitete Demonstrationen gegen Österreich-Ungarn und für Serbien und Montenegro statt. Auch das gehörte zu der großen Aktion Großbritanniens gegen das Türkische Reich und die Mittelmächte. Der österreichisch-ungarische Botschafter wurde in Rom beschimpft, und in Belgrad demonstrierte die italienische Kolonie vor dem Schlosse König Peters und erklärte, daß Italien und Serbien für den kommenden Kampf zusammenstehen würden. Der König von Serbien dankte, gab der Hoff-

nung Ausdruck, daß die gerechte Sache nicht untergehen werde, und ließ das serbische und italienische Volk hochleben.

Im Oktober 1909 fand eine Begegnung des russischen Zaren mit dem König von Italien zu Racconigi statt. Zar Nicolaus hatte, um nicht österreichischen Boden berühren zu müssen, einen großen Umweg gemacht und so in einer kaum zu überbietenden Weise die gegensätzliche, ja feindselige Bedeutung der Zusammenkunft mit Victor Emanuel gegenüber dessen Dreibundgenossen vor der Welt betont. Die beiden Monarchen waren von ihren Ministern begleitet, und die Vermutung kann heute als Gewißheit bezeichnet werden, daß Italien sich damals schon ganz im Vertrauen des Dreiverbandes befand.*) Italien erhielt auch die definitive russische Zustimmung, bei gegebener Gelegenheit Tripolis zu besetzen und bei Eintreten weiterer Verwicklungen in der Europäischen Türkei in Albanien Fuß zu fassen.

Das waren Dinge der Zukunft, wenn schon einer nahen. Bis sie eintraten, konnte man, so war die Überlegung des Dreiverbandes, ohne Schaden alles Interesse an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes auf der Balkanhalbinsel öffentlich versichern, wie es im Frühjahr 1910 als gemeinsames Ziel der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung tatsächlich versichert wurde. Außerdem wollte man der „Förderung des Wohles der Balkanstaaten und der neuen Entwicklung in der Türkei die Kräfte widmen". Die Feststellung, daß Rußland diese Erklärung abgegeben habe, weil es mit seinen Rüstungen noch nicht weit genug fortgeschritten war,**) ist heute noch richtig, verdient aber dahin ergänzt zu werden, daß die gesamte Lage für den Dreiverband und seine Balkanschützlinge noch nicht reif war. Inwiefern, das ist nach dem Gesagten ohne weiteres ersichtlich. Die großen von England geleiteten politischen und diplomatischen Operationen konnten nicht so schnell zu genügender Wirkung kommen.

Durch seine Intimität mit Montenegro, seine Freundschaft mit Serbien und die Zustimmung der Großmächte des Dreiverbandes, schließlich durch seine geographische Nähe hatte Italien die beste und ausgiebig benutzte Gelegenheit, um seinen Einfluß in Südalbanien auf dem Wege der sogenannten friedlichen Durchdringung zu fördern. Man ist hier mit ebensoviel Ausdauer wie Geschicklichkeit vorgegangen, natürlich in stetem Gegensatz und Rivalität zu Österreich-Ungarn. In welcher Weise sich diese gegenseitigen Bestrebungen verwirklichten und arbeiteten, ist heute ohne wesentliches Interesse. Hier kommt in erster Linie der

*) Vgl. a. a. O. S. 389.

**) Vgl. a. a. O. S. 361 ff.

leitende Hauptgesichtspunkt in Betracht: die Stellung Italiens und diejenige Österreich-Ungarns am Adriatischen Meere. Sie verkörperte sich für Italien im Hafen von Valona an der südalbanischen Küste. Österreich-Ungarn befand sich auch insofern in der Verteidigungsstellung, und seine Politik, den Gebietszustand des Türkischen Reiches auch an der Adriatischen Küste aufrecht zu erhalten, entsprach den tatsächlichen Verhältnissen und Interessen der Doppelmonarchie.

Italien in Valona —, das bedeutete für Österreich-Ungarn eine Erweiterung der italienischen Machtstellung am Adriatischen Meere, die als unerträglich gelten mußte. Valona mit seiner Bucht und seinem ausgezeichneten, geschützten Hafen liegt der Hacke des italienischen Stiefels gegenüber und bezeichnet die engste Stelle und den Ausgang des Adriatischen Meeres in die freie Fläche des Mittelländischen. Italien wußte, und das haben die italienischen Staatsmänner stets erkannt und betätigt, daß ein isolierter Küstenpunkt an sich selten genügt, und deshalb wurde die friedliche Durchdringung ganz Südalbaniens mit allen Mitteln betrieben. Wichtiger Nebenzweck war Erregung der albanischen Bevölkerung gegen Österreich-Ungarn und gegen die türkische Regierung. Man hatte sich so eine ausgezeichnete Möglichkeit geschaffen, um immer, wenn es nützlich erschien, Unruhen in Albanien und bis nach Mazedonien hinein zu erregen oder zu stärken. Vom Norden her füllte Montenegro, der Schwiegervater, dieselbe Rolle mit ebensoviel Energie wie Geschicklichkeit aus.

In Österreich-Ungarn kannte man an den leitenden Stellen diese Gefahren genau und war sich über das Arbeiten der italienischen Politik klar. Die Lage war in jeder Beziehung schwierig für die Doppelmonarchie, denn sie stellte sie schließlich immer vor die Alternative, ob man den Dreibund preisgeben und unter solchen Umständen einen großen Krieg riskieren wollte oder nicht. Aehrenthal trieb, wie gesagt wurde, konsequent eine Politik der Nachgiebigkeit und Duldsamkeit gegen Italien. Ob er immer die richtigen Mittel gewählt hat, kann bezweifelt werden, aber daß im ganzen genommen diese Politik zweckmäßig war, scheint auch jetzt zum mindesten wahrscheinlich.

Man braucht nur die Gegenfrage zu stellen, welche Folgen eine österreichisch-ungarische Italien-Politik ohne Rücksicht auf die Bundesgenossenschaft gezeitigt haben würde. Seitdem die Balkanfrage und die Balkanlage immer mehr zu einer Drohung für Österreich-Ungarn geworden waren und Italien Verbindung und Stütze für seine Zukunftspläne beim Dreiverbande gefunden hatte, wurde die italienische Sprache gegen Österreich immer deutlicher. Die Regierung zwar hielt sich zurück. Die Minister erklärten in beiläufigem, zu nichts verpflichtendem Tone, daß Italien nach

wie vor beim Dreibunde bleiben werde. Die Bevölkerung aber und die Öffentlichkeit überhaupt ließen sich um so mehr in Bekundungen ihrer Gefühle und Zukunftspläne gehen. Die Zusammenkunft von Racconigi wurde in der italienischen Öffentlichkeit verstanden und mit größter Begeisterung begrüßt. Kurz darauf hielt der Kommandeur eines Armeekorps in Norditalien, General Asinari, eine Rede; er verhieß unter Beschimpfungen gegen Österreich-Ungarn und den Kaiser Franz Joseph den „unerlösten Gebieten" Befreiung und rief zum Kriege auf.

Unzählige Demonstrationen gleichen Geistes lösten einander ab. Es war merkwürdig, daß gerade um jene Zeit in Italien und auch in einem großen Teile der österreichischen Presse jene zu Beginn dieser Schrift erwähnte Version ernsthaft erörtert wurde, daß der Erzherzog-Thronfolger einen Krieg gegen Italien vorbereite und erklärt habe, die weltliche Macht des Papstes müsse wiederhergestellt und das kirchenschänderische Italien bestraft werden. Auch im Deutschen Reiche wurde diese Erzählung verbreitet, und in der englischen Presse las man ähnliche Andeutungen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich um eine der Erscheinungen freimaurerischer Tätigkeit handelte; denn gerade jene österreichische Presse stand ihren politischen Grundsätzen nach auf dem Boden des Freimaurertums, war insbesondere antikatholisch und gegen Stärkung der österreichisch-ungarischen Wehrkraft. Diese Propaganda gegen den Thronfolger stärkte die politische und diplomatische Stellung Italiens auch innerhalb des Dreibundes und setzte anderseits die aus ganz anderen Motiven und Überlegungen hervorgehende nachsichtige Italienpolitik Aehrenthals in ein unverdientes Licht. Nur eine ausgesprochen auf den Krieg, und zwar auf einen Weltkrieg, bewußt zusteuernde österreichisch-ungarische Politik hätte anders verfahren können. Es war auch ein Irrtum, anzunehmen, daß eine Politik der Drohung gegen Italien einen Erfolg im Sinne der österreichisch-ungarischen Interessen gehabt haben würde. Die leitenden italienischen Staatsmänner kannten die Gunst der damaligen Lage Italiens zwischen den beiden großen europäischen Gruppen.

Wir haben gesehen, daß die albanischen Bewegungen jener Jahre ebensowenig von der italienischen wie von der britischen Politik getrennt werden können. Italien war gewissermaßen der Kommissar Großbritanniens in Albanien. Die Geldunterstützungen an die aufständigen Albaner freilich kamen ebensowenig aus dem italienischen Portemonnaie wie aus dem montenegrinischen, sondern aus dem britischen. Das Wesen der albanischen Aufstände, welche beinahe Jahr für Jahr am Bestande des Türkischen Reiches rüttelten, war gleichartig.

Abdul Hamid war sich darüber klar, daß er die Albaner, so paradox es klingt, brauche, um überhaupt die Herrschaft der Türkei in Europa aufrechtzuerhalten. Die Albaner, besonders die mohammedanischen, standen in ihrer Art, die freilich sonderbar genug war, zum Türkischen Reiche und zu dessen mohammedanischem Oberhaupte. Sie bildeten auf dem mazedonischen Kampfplatze erbitterte Gegner der christlichen Balkanvölker und der christlichen Bewohner des mazedonischen Gebietes, eigneten sich mithin für die Politik des listenreichen Sultans, sie bei jeder Gelegenheit bald in diesem, bald in jenem Sinne politisch und kriegerisch auszuspielen. Der entscheidende Punkt lag aber in der Tatsache, daß die Albaner ganz besonders unter dem korrupten Regimente Abdul Hamids unbesieglich waren, teils militärisch, teils auch, weil er in Konstantinopel hervorragende Albaner als Halt und Stütze zu verwenden gewohnt war und sie brauchte und seine albanische Leibgarde eine besonders geehrte und wichtige Stellung einnahm.

Die mohammedanischen Albaner beanspruchten damals und vorher Unabhängigkeit, aber unter der Suzeränität des türkischen Sultans. Sie lehnten jede christliche und europäische Oberhoheit ab und wollten so und unter gewissen anderen Bedingungen beim Türkischen Reiche bleiben, während nicht nur von Italien und Montenegro, sondern auch von Griechenland und Serbien bei jeder Gelegenheit versucht wurde, Einfluß auf die Albaner zu gewinnen.

Hielt man diese eigentümlichen Zustände mit den Gesamtverhältnissen der Balkanhalbinsel und des Türkischen Reiches zusammen, so ergab sich eine besonders für die Pforte sehr komplizierte Lage. Abdul Hamid betrachtete das albanische Problem jedenfalls in der Praxis als unlösbar und behandelte es nur opportunistisch von seinem Standpunkte aus. Bald ließ er gegen die Albaner kämpfen, bald ließ er ihre Führer bestechen oder verlieh ihnen neue Rechte und Privilegien oder zog geborene Albaner zu sich nach Konstantinopel, um ihnen dort hohe Würden in Ämtern und Stellungen zu verleihen. Auf diese Weise war es dem Sultan gelungen, den bestehenden Zustand hinzuhalten, einen Zustand freilich, der an sich eben so unersprießlich wie gefährlich für die Türkei nach innen und nach außen war.

Nun kam mit dem Jahre 1908 das jungtürkische Regiment und damit ein neuer Grundsatz, nämlich der einer doktrinär aufgefaßten und betätigten nationalen Zusammenraffung der Völker der Türkei. Sie alle sollten ohne Unterschied des Stammes, der Rasse und des Religionsbekenntnisses nur als Osmanen unter türkischer Regierung behandelt werden und sich als solche fühlen. Die Jungtürken machten den Fehler der meisten aus einer Revolution hervorgegangenen Regierungen, daß

sie mehr „regieren“ wollten, als die gegebenen Verhältnisse und ihre eigene Kraft gestatteten. Man entschloß sich in Konstantinopel, in den albanischen Fragen durchgreifend vorzugehen, und wurde dabei von den besten Absichten geleitet. Die albanische Leibgarde Abdul Hamids wurde aufgelöst, die in Konstantinopel einflußreichen Albaner verschwanden; man beschloß außerdem, den Albanern den Gebrauch der türkischen Schrift obligatorisch zu machen und vor allem ihre Entwaffnung durchzuführen. Mit einer vollständigen Entwaffnung glaubten die Türken ein für allemal Albaneraufstände unmöglich zu machen und so das albanische Problem überhaupt zu lösen. Der Albaner ist nun gerade von seinen Waffen unzertrennlich und sieht sie als das Symbol und Attribut des Mannes an. Ein Mann ohne Waffen, vor allem ein Albaner ohne Waffen, ist für ihn undenkbar und bei seiner ausschließlich kämpfenden und jagenden Lebensweise auch tatsächlich eine Unmöglichkeit.

Die Folge dieses jungtürkischen Experimentes war im Jahre 1909 bereits ein albanischer Aufstand. Er wurde niedergeschlagen, aber nur, um 1910 wieder auszubrechen. Man schlug ihn wieder nieder, und zwar mit bedeutendem Kraftaufwande, und versuchte nun die albanische Bevölkerung zu entwaffnen. Der Versuch gelang nicht, um so weniger, als durch italienische und englische Vermittlung den Albanern fortwährend neue Waffen und Munition geliefert wurden. Massen von Albanern flohen nach Montenegro und nach Griechenland, die christlichen Albaner schlossen sich der Bewegung an, und die Lage begann, besonders im Frühjahr 1911, sich bedrohlich für die Türkei zu gestalten.

Die Albaner erließen durch ihre Führer und Komitees Proklamationen in der Presse der Entente und Italiens, in welcher sie die Unabhängigkeit Albaniens forderten. Zugleich setzte von London aus, unterstützt durch die andern Mächte der Gruppe, eine heftige Propaganda der Presse gegen die Türkei ein. Montenegro wurde der Brennpunkt der politischen Streitfrage im Sinne der gesamteuropäischen Lage. Dieses kleine Land war in seiner Armut völlig außerstande, aus eigenen Mitteln die massenhaft über seine Grenzen getretenen, und zwar hinübergerufenen Albaner zu beherbergen und zu nähren und außerdem die kämpfenden Albaner mit Waffen, Munition und Nahrung zu unterstützen, wie es geschah. Wenn die englische und gesinnungsverwandte Presse über das arme Montenegro jammerte, welches bedroht sei, so war das ein durchsichtiger Vorwand.

Man mochte über die Methoden der Türkei denken, wie man wollte, sie für unpraktisch halten oder nicht, — es hieß auf den Untergang des Reiches arbeiten, wenn jene Großmächte die Partei der Albaner nahmen, die gleichen Großmächte, welche Abdul Hamid ebenso wie der jungen Türkei stets zur Pflicht gemacht hatten, durch Unterwerfung der Albaner

Ruhe in der Europäischen Türkei zu schaffen und Reformen in Mazedonien zu ermöglichen. Die türkischen Truppen unter dem General Torgut Pascha waren erfolgreich, da erklärte die russische Regierung der jungtürkischen: es sei Gefahr, daß bei weiterem Vorrücken der türkischen Truppen ein Konflikt mit Montenegro eintreten werde. Rußland werde einem solchen Zwischenfall gegenüber nicht gleichgültig bleiben können.

Rußland trat also hinter Montenegro wie während der Annexionskrisis England und Rußland hinter Serbien. Die Türkei mußte nachgeben, nachdem es eine Zeitlang den Anschein gehabt hatte, als ob aus dem Albaneraufstand eine schwere europäische Krisis werden sollte. Man versuchte, die Albaner durch eine Reise des Sultans nach Albanien und durch große Geldsummen zu beruhigen, aber auch das dauerte nur bis zur ersten Hälfte des Jahres 1912.

Die Aufstände seit dem Jahre 1909 hatten auch die übrigen Balkanstaaten, Serbien, Bulgarien, außerdem Griechenland, mit wachsender Zuversicht erfüllt, daß es in den Absichten Großbritanniens und Rußlands liege, über kurz oder lang mit der Türkei in Europa aufräumen zu lassen. Die große englische Presse versicherte einmal über das andre, daß die jungtürkische Regierung, so traurig es auch angesichts der britischen Sympathien sei, ihre Unfähigkeit bewiesen habe, die unhaltbaren Zustände in den Grenzen des Ottomanischen Reiches zu beseitigen und Reformen einzuführen. Die Lage sei sehr gefährlich, aber die Mächte, welche der Türkei wohlwollten, seien entschlossen, wenn es nötig sei, sich entscheidend einzumischen. Daneben, und das war das Kennzeichnende der eigentlichen Lage und Absichten, erging sich die gesamte Presse des Dreiverbandes in heftigen und systematischen Angriffen gegen die Mittelmächte, welche eigentlich an allem, auch an den Zuständen, schuld seien. Insbesondere habe sich die junge Türkei der deutschen Reaktion und dem deutschen Militarismus in die Arme geworfen. Deutschland sinne Unheil und wolle die Türkei militärisch stärken, damit sie gegen die freien Balkanvölker vorginge und die Ruhe auf der Balkanhalbinsel wieder störe. Der ganze riesige britische Agitationsapparat in der ganzen Welt wurde in Bewegung gesetzt, um diese Auffassung zu verbreiten.

Die Politik der beiden Mittelmächte gegenüber den Albaneraufständen war, wie sie nicht anders sein kann, nämlich konsequent auf Beruhigung und Vermittlung gerichtet. Ihr Interesse war vor allem, daß ein europäischer Konflikt und deshalb auch ein Balkankonflikt vermieden werde. Im Jahre 1911 warnte der neue österreichisch-ungarische Außenminister, Graf Berchtold, die Pforte und riet ihr zu einer psychologisch richtigen und vorsichtigeren Behandlung der Albaner. Die beiden Mittelmächte erblickten mit Recht in der Ansammlung flüchtiger Albaner auf monte-

negrinischem Boden eine Gefahr und erhoben in diesem Sinne so lange Vorstellungen in Cetinje, bis sie wenigstens einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten.

Nichts Nachteiligeres konnte es, selbst wenn er lokalisiert geblieben wäre, für das deutsche Orientinteresse geben als einen Balkanbrand. Gerade 1911 bereitete sich, wie schon in diesem Zusammenhange bemerkt werden muß, durch vertragswidriges Vorgehen Frankreichs ein Akutwerden der Marokkofrage vor. Die deutsche Regierung war bereits im Frühjahr der Auffassung, daß sie nicht werde gleichgültig bleiben können. Um so wichtiger mußte ihr das Fernhalten und die Vermeidung von Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel sein. Außerdem konnten solche nur zum Schaden der Türkei ausschlagen und zum Schaden der friedlichen Ziele des Deutschen Reiches im Orient. Um so charakteristischer war die von der britischen Presse unisono ausgehende Behauptung: die deutsche Politik wolle die europäische Aufmerksamkeit von ihren Expansionsplänen im mohammedanischen Marokko ablenken und sorge deshalb dafür, daß die Albanerunruhen in Fluß blieben. Die mohammedanische Welt sähe einmal wieder, was die sogenannte deutsche Freundschaft in Wirklichkeit sei.

Großbritannien und Rußland wußten gut genug, als sie das Deutsche Reich als Erreger einer Balkankriegsgefahr verschrieen, daß das Gegenteil der Wirklichkeit entsprach. Gerade diese beiden Mächte hatten es unmittelbar in der Hand, die Ruhe auf der Balkanhalbinsel zu erhalten und die Europäische Türkei vor gefährlichen Erschütterungen zu bewahren. Ein Wort aus London und aus Petersburg hätte genügt, um Montenegro und Italien aus der albanischen Bewegung auszuschalten, den Albanern die Zufuhr von Kriegsmaterial und Nahrungsmitteln zu entziehen und sie zu veranlassen, sich mit den Jungtürken zu verständigen.

Die Albaneraufstände werden hier nicht um ihrer selbst willen so ausführlich behandelt, sondern weil sie Erscheinungsformen der britischen Einkreisungs- und Kriegspolitik gegen die Mittelmächte sind. Jede Schwächung der Türkei trug zur Stärkung des Gewichtes der Entente auf der Balkanhalbinsel und der Balkanmächte selbst bei, schwächte die Stellung der Mittelmächte, gefährdete sie und die Friedlichkeit ihrer Zukunft. Ein wesentlicher Teil dieser Ententepolitik war die Bindung Italiens an sie und damit seine Entfernung vom Dreibunde.

Während die englische Politik in der Europäischen Türkei so arbeitete, schürte sie den erwähnten arabischen Aufstand im Yemen und untergrub auch sonst unter den arabischen Stämmen das Ansehen der türkischen Regierung. So wurde deren Lage immer schwieriger, und der Kampf, den das Jungtürkentum im Innern des Reiches führen mußte, nahm

immer mehr alle vorhandenen Kräfte in Anspruch. Die Fehler des jungtürkischen Regimentes lagen auf der Hand, und wir haben sie nicht unerwähnt gelassen. Sie wären aber ohne schwere Nachwirkungen geblieben und bald andern Methoden gewichen, wenn England und Rußland auch nur im mindesten gewünscht hätten, daß Ruhe im Türkischen Reiche einträte. So ist es unrichtig, wenn behauptet wurde und wird, das jungtürkische Regiment habe jene unglücklichen Krisen und Konflikte mit allen ihren Folgen selbst verschuldet. Die jungtürkischen Machthaber haben verschiedentlich schwer in den Mitteln geirrt, und die richtigen Mittel waren sicherlich nicht leicht zu finden und noch schwerer anzuwenden. Das Ziel aber war ein im Sinne der Türkei positives, und deshalb verteidigte sie sich gegen die angelsächsisch geleitete Politik des Dreiverbandes.

Dieser seinem wirklichen Wesen nach sehr geschickt vor der Öffentlichkeit verschleierte Kampf konnte von der britischen und russischen Politik um so erfolgreicher geführt werden, je mehr man die Türkei auf allen Seiten, von innen und von außen, in Unruhe und Not brachte. Dann waren auch die Mittelmächte immer weniger in der Lage, dem Türkischen Reiche zu helfen oder sich als Rückhalt erkennbar und wirksam dahinter zu stellen. Die Mittelmächte konnten für offensichtliche Fehler der jungen Türkei nicht eintreten und, wie erwähnt wurde, sah sich der österreichisch-ungarische Außenminister, Graf Berchtold, im Laufe des Albaneraufstandes von 1912 gezwungen, eine Mahnung an die jungtürkische Regierung zu richten. Sie blieb nicht unbeachtet, erregte aber Verstimmung und Empfindlichkeit in Konstantinopel: gerade die Mittelmächte hätten doch keine Ursache, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen.

Es bleibt vorläufig die Frage, ob man damals in Berlin über die eigentliche Richtung und das Ziel der britischen Politik auf der Balkanhalbinsel und im allgemeinen wirklich unterrichtet gewesen ist oder nicht. Vergegenwärtigt man sich die damalige und spätere Haltung des Deutschen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gerade Großbritannien gegenüber, so erscheint es beinahe ausgeschlossen. Seit dem Jahre 1909 war Bethmann Hollweg am Ruder, seine gesamte Politik, auch soweit sie den Orient und die Balkanhalbinsel betraf, hatte den Gedanken der Verständigung mit Großbritannien zum Angelpunkte, und der Reichskanzler hat der britischen Politik bis zum 4. August 1914 steigend vertraut, wie er selbst wiederholt öffentlich betonte.

Im Herbst des Jahres 1911 brach Italien den Tripolis-Krieg vom Zaune.*) In Berlin war man ganz überrascht und keineswegs auf diesen Seitensprung des Verbündeten, Italiens, vorbereitet. Man nahm

*) Vgl. a. a. O. S. 412.

das Ereignis mit einer Oberflächlichkeit, die dem rückschauenden Blick heute merkwürdig erscheinen muß. Die Ansicht herrschte vor, daß Italien aus Großmannssucht den ihm gelegen erscheinenden Augenblick benutzt habe, um, auch auf seiner günstigen wirtschaftlichen Lage fußend, durch eine überseeische imperialistische Unternehmung dem nationalen Ehrgeiz Nahrung zu geben.

Das Deutsche Reiche wurde durch den sonst in nichts begründeten Angriffskrieg des italienischen Bundesgenossen gegen den türkischen Freund in eine höchst unangenehme Lage gebracht. Diese Lage war um so unbehaglicher, als das Türkische Reich im Innern und nach außen ohnehin mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und ein Balkanbrand mit allgemeinem Angriff gegen die Europäische Türkei ebenso wie gefährliche Vermehrung der armenischen und arabischen Verlegenheiten stets zu befürchten stand. Der Bundesgenosse des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns benutzte diesen Augenblick, um der Türkei in ihr tripolitanisches Gebiet einzufallen und sich an ihre Stelle zu setzen. Die Noten, welche damals zwischen Konstantinopel, Berlin und Wien gewechselt worden sind, kennen wir nicht. Ihr Leitmotiv dürfte auf der einen Seite der türkische Hilferuf gewesen sein, auf der andern die bedauernde Feststellung: man würde so gern etwas tun, sei aber leider nur bis zu einem sehr geringen Grade in der Lage.

Die großbritannische und französische Presse brachte den Entschluß Italiens, den Tripolis-Krieg zu führen, höchst geschickt in Verbindung mit der deutsch-französischen Marokko-Angelegenheit vom Sommer 1911. Nur diese von Deutschland hervorgerufene Krisis, nur der deutsche Anspruch auf Marokko habe Italien veranlaßt, nach Tripolis zu gehen. Man deutete an, daß die italienische Expedition natürlich sehr bedauerlich sei, wie jeder Krieg, aber man könne sie unter den gegebenen Verhältnissen den Italienern nicht verdenken. Wie aber, so fragte man weiter, könne das Deutsche Reich jetzt noch die Aufrichtigkeit seiner Türkei-Politik beweisen, insbesondere ihres oft betonten Grundsatzes, daß das Deutsche Reich ein großes und tätiges Interesse an der Erhaltung des Gebietsstandes der Türkei nähme.

Es verdient festgehalten zu werden, daß in der öffentlichen Meinung in Deutschland diese Auffassung einen merkwürdig starken Anklang fand. Alle Kreise und Parteien, welche die deutsche Marokko-Politik des Jahres 1911 nicht billigten, mit dem Gedanken oder mit dessen Ausführung unzufrieden waren, nahmen die englisch-französische Legende auf: Italien sei durch die deutsche Marokko-Politik nach Tripolis getrieben worden und habe diese deutschen Schritte zur Rechtfertigung seines Raubzuges benutzt. Eben die deutsche Politik trage allein die Schuld, daß sie sich nun-

mehr in einer denkbar schwierigen und unvorteilhaften Lage zwischen dem Bundesgenossen und dem Freunde befinde. Um es vorweg zu nehmen, so hat die damalige deutsche Diplomatie es dann geschickt verstanden, sich in jener wahrhaft schwierigen und peinlichen Lage zu bewegen und sich schließlich im Rahmen der gegebenen Verhältnisse leidlich aus der Affäre zu ziehen. Daß diese Lage aber unerwartet eintreten konnte, ist allerdings eine Tatsache, die der deutschen Politik nicht eben zum Ruhme gereicht.

Von seiten Frankreichs hat Italien die Zustimmung für ein Tripolis-Unternehmen in gelegenem Augenblick zuerst um die Jahrhundertwende erhalten, von Großbritannien wahrscheinlich ungefähr um die gleiche Zeit, von Rußland gelegentlich der Zusammenkunft von Racconigi. Der Zeitpunkt in der Ausführung des Unternehmens ist wahrscheinlich den italienischen Staatsmännern von London angegeben worden. Großbritannien und Italien hatten seit länger als einem halben Jahrzehnt in der Balkanpolitik in engem Einverständnisse zusammen gearbeitet mit dem Ziele der Zerrüttung des Türkischen Reiches und des Reifmachens der Balkanlage für die Zertrümmerung der Europäischen Türkei. Großbritannien unterstützte die albanische Politik Italiens und Montenegros, und man wußte in Rom, wozu diese albanische Politik nicht nur für die Balkanverhältnisse, sondern im Rahmen der europäischen Einkreisungspolitik der Mittelmächte dienen sollte.

Großbritannien hatte, ohne daß es unter dem Gesichtspunkte des Schutzes eigner oder französischer legitimer Interessen nötig, noch auch solchen dienlich gewesen wäre, aus dem deutschen Marokko-Anspruch eine Frage von Krieg und Frieden gemacht und eine Monate dauernde europäische Krisis hervorgerufen. Sie war noch in vollem Gange, als die Italiener in Tripolis landeten. Der Zeitpunkt des italienischen Vorgehens war also in London genau überlegt, nämlich der Augenblick gewählt worden, wo die deutsche Politik gebunden war.

Was für geheime Verhandlungen hier noch gespielt haben, das zu entschleiern muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Fest steht die anfängliche Absicht Italiens, den Krieg auf die Europäische Türkei zu übertragen. Das zeigt wieder den Zusammenhang des Tripolis-Unternehmens mit dem großen, von London aus geleiteten Plan, dem Türkischen Reiche eine seiner Grundlagen nach der anderen zu zertrümmern und die Einkreisung der Mittelmächte so zu vervollständigen. Der Tripolis-Krieg und sein durch den Namen bezeichnetes Ziel an sich bedurften dieser Übertragung der Kriegshandlung auf das Festland nicht. Eine solche war überflüssig und bedeutete nur Zersplitterung der italienischen Kräfte. Im Rahmen aber der antitürkischen englisch geleiteten Einkreisungspolitik

gewinnen jene italienischen Versuche eine ebenso wirkliche wie interessante Bedeutung. Daß das Unternehmen vorher mit der Entente abgemacht worden war, zeigte sich auch darin, daß Ende des Jahres 1911 sich Großbritannien den tripolitanischen Hafen von Sollum und Frankreich die Oase von Dschanet nahmen.

In dieselbe Periode fiel ein Versuch des russischen Botschafters zu Konstantinopel, Tscharykow, die türkischen Meerengen für russische Kriegsschiffe zu öffnen. Es war das wahrscheinlich ein Versuch dieses Diplomaten auf eigene Hand, welcher vorher den Gedanken vertreten hatte, einen Balkanbund einschließlich der Türkei zusammenzubringen. Tscharykow versuchte, seinen Meerengenplan in Konstantinopel bei der Pforte selbständig durchzusetzen. Der britische Botschafter jedoch bekam Wind von der Sache, die französische Diplomatie wurde von London her unterrichtet und ließ in höchster Erregung in Petersburg wissen, daß man Tscharykow sofort von seinem Posten ablösen und den Meerengenplan begraben müsse, sonst wäre der Zusammenhalt des Dreiverbandes bedroht. Tscharykow wurde daraufhin in der Tat abgelöst, und die Geschichte verlief ohne weitere Folgen. Sie ist aber noch heute von Interesse als Beweis, wie wenige Jahre vor dem Großen Kriege Großbritannien und Rußland einander in der Meerengenfrage noch schroff gegenüberstanden.

Der Verlauf des Tripolitanischen Krieges war schleppend, und der militärische Erfolg der Italiener gestaltete sich nicht so, wie man gehofft und erwartet hatte, vielmehr wurde die Kriegführung immer schwieriger, je tiefer man in das Land einzudringen versuchte. Außerdem besetzte Italien zwölf Inseln im Ägäischen Meere.

Der Plan der britischen Politik war im großen vollkommen gelungen: Man hatte Italien jetzt nach zwei Seiten festgelegt und sich verpflichtet. Großbritannien und Frankreich beherrschten die Fläche des Mittelmeeres und seine Küsten, Tripolitanien war auf der einen Seite vom britischen Ägypten, auf der anderen vom französischen Tunis eingerahmt. Die Verbindung zwischen der italienischen Halbinsel und seiner neuen Kolonie war und blieb ausschließlich vom guten Willen Großbritanniens abhängig, ebenso wie Italien seinen Tripolis-Krieg nur mit britisch-französischer Erlaubnis hatte führen können.

Vom deutschen Standpunkte lag für alle, die nicht in die inneren Zusammenhänge eingeweiht waren und nicht wußten, daß das Tripolis-Unternehmen nur ein Glied im großen britischen Plane war, der Gedanke sehr nahe, daß Italien später als Besitzerin von Tripolis, also als überseeische Mittelmeermacht, leicht in Reibungen mit Frankreich gelangen, hauptsächlich aber, daß es in der Folge von Albanien abgezogen werden würde. In Österreich-Ungarn ließen sich damals Stimmen in der Öffent-

lichkeit hören: Man müsse den Augenblick benutzen, um Italien zu einem formellen Verzicht auf Albanien als sogenanntes Interessengebiet zu verpflichten und widrigenfalls die Zustimmung für das tripolitanische Unternehmen verweigern. Die österreichisch-ungarische Regierung hat diesen Anregungen nicht Folge gegeben und, wie man heute sagen kann, mit gutem Grunde. Sie hätte die Forderung oder den Protest nur erheben können, wenn sie auf die Entfesselung eines Konfliktes hingesteuert hätte oder jedenfalls zu einem solchen in jedem Sinne bereit gewesen wäre. Man wird außerdem wohl in Wien gewußt haben, wie tief Italiens Interesse an Albanien bereits verankert war und daß es die Protektion Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands voll besaß. Die Beunruhigung in Österreich-Ungarn über den Tripolis-Krieg war allgemein und tief begründet. Man konnte nicht übersehen, denn die Anzeichen mehrten sich von Tag zu Tag, daß der italienische Angriff den Balkanmächten einen mächtigen Antrieb gab, um ihrerseits entscheidend gegen die Europäische Türkei vorzugehen.

Nacheinander ließ die britische Politik Serbien, Montenegro und schließlich Italien gewissermaßen als Stoßtrupps gegen die Türkei vorgehen, immer genau in Übereinstimmung mit der Gesamtheit des Planes und jedesmal unter geschickter Verschleierung des eigentlichen Wesens des Unternehmens. Dabei ließ man sich in London keine mögliche politische Nebeneinnahme entgehen. Den Italienern wurde gesagt, und zwar in der englischen wie in der französischen Presse: Die Stärke des türkischen Widerstandes führe sich im wesentlichen darauf zurück, daß der deutsche Bundesgenosse Italiens alles getan habe, um durch seine Militärinstruktoren die türkische Wehrkraft zu stärken. Der mohammedanischen Welt aber sagte man: Durch das Deutsche Reich seien dem Türkischen Reiche Bosnien und die Herzegowina verloren gegangen, jetzt gehe ihm Tripolitanien verloren, und Marokko sei von Kaiser Wilhelm, dem angeblichen Freunde aller Bekenner des Islams, auf dem Wege eines Tausches vertragswidrig an Frankreich überlassen worden.

Das italienische Selbstgefühl war besonders in der ersten Zeit durch den tripolitanischen Erfolg und durch die vielfach gute militärische Leistung der italienischen Wehrkraft zu Lande und zur See hochgeschwellt. Man dachte weniger denn je an einen Verzicht auf die alten albanischen Pläne und ebensowenig an einen solchen auf Trient und Triest. Man fühlte sich zwischen den beiden Mächtegruppen stärker als zuvor und glaubte, die Stellung des sogenannten Züngleins an der Wage gerade dieses Mal besonders gut ausgenutzt zu haben.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die italienische Raubpolitik geschickt gearbeitet hat. Nur ist das Bild nicht richtig, daß Italien

sich damals eigentlich zwischen den beiden Mächtegruppen befunden hätte. In Wirklichkeit hat es politisch, obgleich es nicht dazu gezwungen war, vollkommen auf den Schultern Großbritanniens gestanden. Nur aus diesem Grunde konnten so scharfe Meinungsverschiedenheiten ohne Folgen bleiben, wie sie 1912 zwischen Frankreich und Italien zeitweise Platz griffen.

Wie groß der Wert war, welchen das Deutsche Reich darauf legte, Italien am Dreibunde zu halten, geht daraus hervor, daß der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu Beginn des Jahres 1912 in Rom die vorzeitige Erneuerung des Dreibundverhältnisses betrieb, die dann auch zu Ende des gleichen Jahres stattfand. Die Grundlage dieser Überlegungen dürfte in erster Linie die später zu erörternde neue Mittelmeerlage ergeben haben. Möglicherweise hat man in Berlin auch die Erwägung angestellt, Italien werde in dem durch seinen Erfolg gehobenen Selbstbewußtsein zum Kriege gegen Österreich-Ungarn treiben, teils auch getrieben werden, wenn vor der terminmäßigen Erneuerung des Dreibundvertrages noch mehrere Jahre verflossen seien und die dreibundfeindlichen Strömungen in Italien und außerhalb Zeit hätten, zu arbeiten. Das ist eine Möglichkeit; wie gesagt, Tatsache bleibt, daß das Deutsche Reich schon seit Jahren bis 1912 die italienische Bündniszugehörigkeit in erster Linie unter dem Gesichtspunkte der Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu halten versuchte.

Im Herbst des Jahres 1912 brach der Balkankrieg aus, nachdem kurz vorher bekanntgeworden war, daß ein Bund der Balkanmächte zustande gekommen sei. Wie es möglich gewesen ist, daß der Bund zustande kam, ergibt sich aus den vorhergehenden Ausführungen dieses Abschnittes. Die Geschichte des Balkanbundes kann nur aus den seit der Annexionskrisis verflossenen Jahren verstanden werden. Den Punkt, an welchem bis dahin alle Bemühungen gescheitert waren, bildeten die serbisch-bulgarischen Gegensätze. Solange diese bestanden, konnte die einheitliche Balkanfront nicht hergestellt werden. Die Großmächte wollten diese Front aber unter allen Umständen herstellen und begriffen, daß es dazu nötig sei, vor allem Bulgarien wieder in die englisch-russische Führung zu bringen. Das geschah, wie dargelegt, in höchst geschickter Weise während der Annexionskrisis, indem Rußland zusammen mit England Bulgarien veranlaßte, zunächst mit der Türkei sich zu verständigen, und dann die bulgarische Zahlung übernahm. Damit hatte man Bulgarien im Schlepptau, und als nachher England und Rußland ihre antitürkische Politik betrieben, machte Bulgarien mit Freuden die Schwenkung mit, den Blick auf Mazedonien gerichtet.

In Serbien begriff man die neue Wendung der Dinge und arbeitete

mit aller Kraft auf die Verständigung mit dem alten Feinde Bulgarien hin. Der russische Gesandte v. Hartwig war wohl führend in dieser Periode der Annäherung. Außerdem sind der frühere und spätere Ministerpräsident Pasitsch — dieser war seit Jahrzehnten der Vorfechter, auch überhaupt der Vater des Balkanbundgedankens — und der derzeitige Ministerpräsident Milowanowitsch zu erwähnen, auf der bulgarischen Seite hauptsächlich der Ministerpräsident Geschow und Dr. Danew. Die Ziele Serbiens und demgemäß die serbische Politik waren weniger einfach als die Bulgariens. Serbien wollte zwar ebenfalls sein Gebiet auf Kosten der Europäischen Türkei vergrößern, aber auch eines Teiles von ihr, an dessen Zugehörigkeit Österreich-Ungarn das größte Interesse hatte, nämlich des albanischen Gebietes. Daraus ergab sich für ein serbisch-bulgarisches Zusammengehen eine doppelseitige Verpflichtung: beide Mächte wollten zusammen gegen die Türkei vorgehen, und gleichzeitig sollte Bulgarien für gewisse Fälle sich verpflichten, auch gegen Österreich-Ungarn zu kämpfen, wenn dieses nämlich Serbien angriffe. Man darf annehmen, daß der Begriff des „Angriffs" zutreffendenfalls nur nach der jeweiligen politischen und militärischen Zweckmäßigkeit ausgelegt worden wäre.*)

Die Frage, ob Griechenland sich aus eigener Initiative an den serbisch-bulgarischen Bund angeschlossen hat oder ob auf Bulgariens Einladung oder auf Anregung der Großmächte einschließlich der Vereinigten Staaten, ist noch nicht einwandfrei klargestellt. In Deutschland herrschte auch in amtlichen Kreisen, jedenfalls als die Balkanmächte eben vorm Losschlagen waren, die Ansicht, daß zwischen Griechenland und der Türkei noch ein Einvernehmen möglich und wahrscheinlich sei. Die griechische Regierung hat sich übrigens, wie zur Charakterisierung des Verhältnisses bemerkt werden muß, nicht darauf eingelassen, Vereinbarungen mit den beiden Balkanmächten einzugehen, die sich gegen Österreich-Ungarn richten konnten. Für Griechenland handelte es sich zunächst um die Insel Kreta und dann um Teile der Europäischen Türkei.

Im Sommer und Herbst 1912 war die allgemeine Lage gekennzeichnet durch den Krieg Italiens gegen die Türkei, durch den neuen schweren Albaner-Aufstand, durch den armenischen und den arabischen Aufstand, außerdem durch ein innertürkisches Ereignis ganz anderer Art, nämlich durch einen Kabinettswechsel in Konstantinopel, welcher den alten Kiamil-Pascha, einen überzeugten und erprobten Freund Großbritanniens und seiner Politik, ans Ruder brachte.

Der damalige bulgarische Ministerpräsident Geschow hat sich selbst dahin geäußert, man hätte im Herbst losschlagen müssen, weil eben damals

*) Vgl. a. a. O. S. 445.

der Italienische Krieg noch im Gange war und man diesen Augenblick größter, von allen Seiten auf die Türkei einstürmender Verlegenheiten und Schwierigkeiten nicht vorübergehen lassen durfte. In Belgrad und in Cetinje dachte man ebenso.

Für Italien bedeutete der Ausbruch des Balkankrieges geradezu eine Erlösung, denn der tripolitanische wurde immer verlustreicher und kostspieliger, sein Ende wurde immer weniger absehbar. Als dann der Balkankrieg kam, mußte die Türkei sich unbedingt entlasten und schloß mit Italien den Frieden von Ouchy. Sonst hätte Italien einen solchen Friedensvertrag noch lange nicht, vielleicht nie erhalten.

Anders war es in England und Rußland. Hier hatte man den Balkanbund nicht um der Balkanmächte willen mit allen Mitteln gefördert, nicht um deren Wünsche nach Gebietserweiterungen zu befriedigen. Den beiden Großmächten sollten ihrer Absicht nach die vereinigten Balkanmächte lediglich dienen, um die Einkreisung der Mittelmächte zu fördern, die ihnen befreundete Türkei zu zerschlagen und von ihnen abzusprengen und ihnen selbst eine neue gefährliche Front nach der Balkanhalbinsel hin zu schaffen. Lückenlose Einigkeit der Balkanmächte brauchte man hierzu und hatte sie erreicht. Den Zeitpunkt zum Losschlagen aber wollte man selbst bestimmen.

Es heißt, daß der Balkanbund und insbesondere seine Grundlage, der bulgarisch-serbische Vertrag, auf Veranlassung der beiden Großmächte für eine Zeit von acht Jahren geschlossen worden war. Daß diese Annahme richtig ist, hat viel Wahrscheinliches für sich. Dafür spricht schon, daß Großbritannien und Rußland, ebenso wie Frankreich, sich darüber klar waren, daß jeder Balkankrieg zum Weltkriege werden könne und wahrscheinlich, wenn schon indirekt, werden würde.

Die Beendigung der großen russischen Rüstungen aber war erst für das Jahr 1916 vorgesehen. Daß die russischen Staatsmänner mit Absicht einen Krieg für einen früher liegenden Zeitpunkt geplant hätten, ist recht unwahrscheinlich. Einen zeitgenössischen Beitrag zu dieser Frage liefert eine Bemerkung des damaligen belgischen Gesandten in Berlin, Baron Beyens, vom 24. Oktober 1912: er spricht darin von der Undisziplin iertheit der Panslawisten, insbesondere der russischen Vertreter im Auslande, und meint: „sie werden ohne Zweifel heimlich ihr Land zu einer Intervention in dem Balkankonflikt aufhetzen. Die Politik Herrn Sasonows ist um so verständlicher, als die gegenwärtigen Ereignisse Rußland mitten in der Reorganisation seiner militärischen Kräfte überrascht haben, und ein Zusammenbruch oder auch nur Mißerfolg in Europa für Rußland ganz anders verderblich sein würde als in Ostasien." Auch der belgische Gesandte war der Auffassung, daß Rußland von dem Ausbruch des Balkan-

krieges überrascht worden sei. Für Herrn v. Hartwig aber ist der Krieg sicherlich keine Überraschung gewesen.

Den Großmächten paßte der Zeitpunkt des Kriegsausbruches auch aus einem anderen Grunde nicht. Wie erwähnt, war Kiamil-Pascha in Konstantinopel wieder am Ruder, und von seiner Tätigkeit oder Untätigkeit versprach man sich in London und Petersburg viel. Der Name Kiamil bedeutete englischen Kurs der türkischen Politik, starkes Wachsen des britischen Einflusses in Konstantinopel und Nachlassen der militärischen Rüstungen des Türkischen Reiches, überhaupt seiner Politik eigner Stärkung. So war den Staatsmännern in London das Losschlagen der Balkanmächte gerade in dem Augenblicke auch aus diesem Grunde unerwünscht. Dazu kam, daß auch sie sich wahrscheinlich in der Bemessung der militärischen Stärke der Balkanmächte einerseits, der Türkei anderseits damals irrten. Man hielt die Türkei militärisch für stärker, vor allem für schlagbereiter, als sie war.

Aus diesen Gründen versuchten die Regierungen des Dreiverbandes in sonderbarem Vereine mit den Mittelmächten den Ausbruch des Balkankrieges zu hindern, sobald sie aus den Rüstungen Bulgariens, Serbiens und Montenegros die Gewißheit gewonnen hatten, daß der Bund losschlagen wolle. Die Mächte beschritten dazu zwei Wege. Sie richteten sich an Bulgarien und versprachen ihm, sich für die Verwirklichung der Reformen in Mazedonien durch die Pforte verbindlich zu machen, wenn die Balkanmächte die türkische Integrität und die Hoheitsrechte des Sultans nicht verletzten. Der Pforte erklärten die Mächte, daß sie selbst die mazedonischen Reformen nunmehr in die Hand nehmen und dabei den Gebietsstand des Türkischen Reiches erhalten würden. Die Türkei erklärte sich bereit, ihrerseits die Reformen sofort vorzunehmen. Wenige Tage darauf richtete Bulgarien eine Reformforderung an die Pforte und verlangte, daß auch die Balkanmächte sich an der Durchführung zu beteiligen hätten. Außerdem verlangte die bulgarische Note Zurückziehung des türkischen Mobilmachungsbefehles. Wenige Tage vorher hatte Montenegro bereits losgeschlagen. Die Türkei antwortete nicht auf die bulgarische Note, und nunmehr schlugen auch die drei anderen Mächte los und setzten als Motto über ihren Raubzug: „Kampf des Kreuzes gegen den Halbmond."

Die Ansicht, daß der Zeitpunkt des Krieges vom Dreiverbande abgemacht worden sei, kann nicht mehr aufrechterhalten werden; das geht auch aus den vorstehenden Bemerkungen einwandfrei hervor. Der Zeitpunkt des Krieges war viel zu früh, und man fürchtete, die Türkei werde siegen. Dazu kam der Mangel an Bereitschaft in Petersburg für einen europäischen Krieg. Es scheint, daß zwischen London und Petersburg eine Zeitlang gewisse Mißstimmung Platz ge-

griffen hat, denn man machte es der russischen Regierung zum Vorwurf, daß sie nicht die Balkanstaaten zurückgehalten habe. Dimo Körtschef, Mitglied der bulgarischen Sobranje, schrieb 1917: „Iswolski erklärte unserem Gesandten in Paris: Die Mobilisation durfte nicht geschehen, die Diplomatie ist für jetzt gegen den Krieg. — Ssasonow war in London und sagte bei einem Zusammentreffen mit unserem Vertreter verwirrt und erregt, daß er uns und nicht die Türkei für den Provokator halte. Der russische Kaiser selbst warnte Danew, der Augenblick sei für einen Zusammenstoß mit der Türkei schlecht gewählt. Wenn dieses der bulgarischen Regierung nicht mitgeteilt wird, so bedaure ich das sehr. Ihr dürft unsere Hilfe nicht mehr erwarten. Macht alles auf eure Gefahr."

Aus diesen Gründen ergab sich das Programm des Dreiverbandes: Der Krieg müsse unter allen Umständen lokalisiert werden, und keine der Parteien dürfe Gebietsgewinn erhalten. Dieses Programm wurde, wennschon aus ganz anderen Gründen, in Berlin und Wien gutgeheißen. Hier entsprach es lediglich dem alten Standpunkte der deutschen und österreichisch-ungarischen Politik, den Gebietsstand auf der Balkanhalbinsel zu erhalten, noch im Potsdamer Abkommen hatte sich der Deutsche Reichskanzler ausdrücklich hierauf festgelegt.

Anfang Dezember 1912 sagte der Reichskanzler im Reichstage: „Als wir den Kampf als unvermeidlich ansahen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, ihn zu lokalisieren." Der damalige Staatssekretär des Äußern, Herr v. Kiderlen-Waechter, war überzeugt, daß man die kämpfenden Mächte in der Hand behalten werde, und äußerte wiederholt: sie würden schon bald selbst einsehen, daß ihr Kampf ihnen nur Geld kosten und keinen Nutzen bringen werde. So könne der Balkankrieg nicht lange dauern und werde mit einem Zustande allgemeiner Schwächung auf der Balkanhalbinsel enden. Der deutsche Staatssekretär ließ halbamtlich schreiben: die Mächte seien sich in der Lokalisierung des Brandes einig und in der Erhaltung des Status auf der Balkanhalbinsel. Wenn die kriegführenden Parteien glaubten genug gekämpft zu haben, so sei die Brandstätte zu säubern und der alte Zustand wiederherzustellen.

Die Verschiedenheit des Standpunktes der Großmächte bei diesem äußerlich ganz gleichen Programm ist klar: die Mittelmächte wollten ehrlich den Zustand erhalten, weil sie darin eine Gewähr für die Bewahrung des europäischen Friedens erblickten und weil ihre Politik tatsächlich auf Stärkung und Erhaltung des Türkischen Reiches gerichtet war.

Die Mächte des Dreiverbandes proklamierten die Aufrechterhaltung des vor dem Kriege bestehenden Gebietszustandes, weil sie einen Sieg der türkischen Waffen fürchteten und eine Schwächung der Balkanmächte und Auseinanderfallen des so mühsam geschaffenen Balkanbundes. Die

Regierung des Deutschen Reiches hat von dieser grundsätzlichen Verschiedenheit nichts gewußt und begrüßte mit Genugtuung die Übereinstimmung der beiden Mächtegruppen. Besonders die Tatsache, daß gerade Deutschland und der Präsident der Französischen Republik an erster Stelle für ein gemeinsames Programm zur Erhaltung des Status auf dem Balkan eintraten, erregte damals Aufsehen in der europäischen Öffentlichkeit. Schien es doch beinahe so, als ob der Balkankrieg die beiden Mächtegruppen zu lockern imstande sei.

Freilich wurde schon bald dieser Eindruck dadurch verwischt, daß der französische Präsident den Vorschlag machte, die Mächte sollen ihr „absolutes Desinteressement auf der Balkanhalbinsel erklären". Der Vorschlag sollte den Anschein haben, als ob er unparteiisch sei. In Wirklichkeit richtete er sich zunächst gegen Österreich-Ungarn und dann gegen Deutschland. Die Balkanmächte blieben, wenn man auch mit ihnen wegen ihres zu frühen Losschlagens unzufrieden war, die Schützlinge und Beauftragten des Dreiverbandes, und je mehr man sah, daß sie militärisch der Türkei weit überlegen waren, desto zuversichtlicher konnte man vom Standpunkt des Dreiverbandes das Desinteressement verlangen. Österreich-Ungarn dagegen konnte sich nicht desinteressieren, wo lebenswichtige und lebensgefährliche Fragen für die Monarchie in jedem Augenblicke akut zu werden drohten.

In Wien und Berlin lehnte man den Vorschlag ab. Auch Italien konnte sich nicht damit einverstanden erklären im Hinblick auf seine albanischen Pläne und deren mögliche Störung durch Vordringen und eine Festsetzung der Serben am Adriatischen Meere. Die Weigerung Österreich-Ungarns, den Entwicklungen auf der Balkanhalbinsel unter allen Umständen gleichgültig zuzusehen, wurde von den Balkanmächten und dem Dreiverbande sofort ausgenutzt, um eine Hetzpropaganda gegen die Doppelmonarchie mit der Behauptung zu eröffnen, Österreich-Ungarn wolle die Gelegenheit des Balkanbrandes benutzen, um angriffsweise gegen Serbien vorzugehen.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel zeigte bald die erdrückende Überlegenheit der Balkanmächte über die Türkei und ließ als zweifellos erscheinen, daß deren europäischer Zusammenbruch unvermeidlich sei. So zerbrach das Programm von der Erhaltung des Status auf dem Balkan ohne weiteres. Die Mächte des Dreiverbandes begrüßten diese Wendung der Dinge mit ungeteilter Genugtuung. Sie sahen, daß ihre anfänglichen Besorgnisse wegen des Kräfteverhältnisses unbegründet gewesen waren, und überlegten nur noch, wie man das gegenseitige Machtverhältnis nach dem Kriege unter den Balkanmächten am zweckmäßigsten regeln könne.

Die Bulgaren gingen in der Richtung auf Konstantinopel vor, und es schien eine Zeitlang, als ob sie dieses Ziel erreichen würden. Das erregte Unruhe in Petersburg und begünstigte die schon vorher vorhandene russische Neigung, Serbien zur Vormacht zu machen. Ein großes Serbien konnte Rußland unter allen Umständen gebrauchen, ein großes Bulgarien war unerwünscht und konnte gefährlich werden. Das serbische siegreiche Vordringen in Mazedonien, besonders aber in Albanien, erregte größte Beunruhigung in Österreich-Ungarn. Im November 1912 erreichte diese Krisis ihren Höhepunkt. Der Erzherzog-Thronfolger fuhr nach Berlin, und damals fiel jene Äußerung des Deutschen Kaisers am Bahnhofe zum Abschied an den Thronfolger: „Vor allem keine Dummheiten." Der Mitteiler dieser Geschichte, der damalige belgische Gesandte, Baron Beyens, schreibt hierzu außerdem: „. . . . so hatte die Reise doch in diesem Jahre wegen des Balkankrieges und des Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine besondere Bedeutung. Der Erzherzog hat in Berlin erklärt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie an der Grenze der Zugeständnisse angelangt sei, die sie ihrem Nachbarn machen könne. Der Kaiser und seine Ratgeber haben es trotzdem an Ratschlägen zur Mäßigung nicht fehlen lassen."

Österreich-Ungarn befand sich in höchst unangenehmer Lage. Der Zusammenbruch der europäischen Türkei, zumal die glänzenden serbischen Waffenerfolge hatten vollständige Überraschung in Wien hervorgerufen. So warf sich die Frage auf, was man zu tun habe, ob man verantworten könne, angesichts einer derartigen Machtvermehrung Serbiens, hauptsächlich angesichts des serbischen Vordringens nach dem Adriatischen Meer, untätig zu bleiben. Die Meinungen in Österreich-Ungarn waren geteilt, und die Regierung des Deutschen Reiches war, wie gesagt, für die Erhaltung des Friedens. Die sogenannte „Kriegspartei" in Österreich-Ungarn hielt dafür, der Augenblick sei gekommen, die Balkanfrage, im besonderen die serbische, endgültig zur Erledigung zu bringen, es koste, was es wolle. Der Thronfolger soll dieser Ansicht gewesen sein, aber der alte Kaiser wollte die Erhaltung des Friedens. Die deutsche Haltung begründete sich, abgesehen von ihrem grundsätzlich friedlichen Standpunkte, wohl hauptsächlich in den folgenden Gesichtspunkten: der Reichskanzler und der Staatssekretär standen ihrer allgemeinen Politik nach ganz im Zeichen des Strebens nach einer Verständigung mit Großbritannien. Dieser Gedanke beherrschte die amtliche Politik des Deutschen Reiches in allen Fragen, in äußeren und inneren, ihm ordnete sie alles unter. Im Hinblick auf ihn beurteilte Herr v. Bethmann Hollweg jede politische Aktion und richtete danach seine Stellung zu ihr ein. Großbritannien wollte damals den allgemeinen europäischen Krieg lieber noch nicht, Rußlands Rüstungen

waren noch nicht fertig, diejenigen Frankreichs ebenfalls nicht. Es war vom Standpunkte der britischen Politik ferner günstiger, die Balkanverhältnisse, wie sie sich nun während des Krieges entwickelt hatten, ausreifen zu lassen. Für das britische Interesse konnte in der obwaltenden Lage ein österreichisch-ungarisches Eingreifen gegen Serbien nur ungünstig wirken. Man dachte in London ernstlich daran, daß die Türkei vollständig aus Europa verschwinden, und daß Konstantinopel mit den türkischen Meerengen internationalisiert werden solle. Auch der deutsche Staatssekretär, Herr v. Kiderlen-Waechter, der um die Jahreswende 1912/13 starb, vertrat die gleiche Auffassung, äußerte auch, daß man deutscherseits nichts dagegen zu haben brauche, wenn dann Brussa in Kleinasien die türkische Hauptstadt würde.

Die britischen Staatsmänner sahen im November 1912 voraus, daß bei Fortführung des Krieges ohne österreichisch-ungarische Einmischung die Lage Österreich-Ungarns und damit des Deutschen Reiches nach dem Kriege schwieriger geworden sein, und daß die dann entstandene Lage in Albanien auf alle Fälle den Vorteil haben würde, Italien dem Dreibunde noch gründlicher zu entfremden. Man mochte in London auch mit der Hoffnung rechnen, daß eine Bestärkung der deutschen Warnungen zur Mäßigung in Wien vielleicht eine Verstimmung zwischen den beiden Mittelmächten herbeiführen könne. Die spätere Entwicklung der bulgarischen Frage im Sinne intimerer Beziehungen zu den Mittelmächten konnte man in London nicht voraussehen. Genau wußten die britischen Staatsmänner aber, und sie haben das in jenen Jahren mit Geschicklichkeit ausgenutzt, wie ausschließlich, ja man darf sagen, wie inbrünstig die damaligen Leiter der deutschen Politik jede Gelegenheit benutzten, welche London ihnen gab zu „gemeinsamer Arbeit für die Erhaltung des Friedens". Das war der Köder, welcher auf Herrn v. Bethmann Hollweg nie die Wirkung verfehlte und ihn hinderte, die Dinge zu erkennen, wie sie waren.

Die Balkanmächte waren durch die passive Haltung Österreich-Ungarns überrascht. Sie hatten ihre Verträge auf ein österreichisch-ungarisches Eingreifen eingerichtet. Die bulgarische und die serbische Regierung hatten gegen Beginn des Jahres 1912 ihren Bündnisvertrag geschlossen. Dieser war anfangs defensiver Natur gewesen, wurde aber nachher in ein Schutz- und Trutzbündnis umgewandelt. Es enthielt einen Teilungsplan Mazedoniens nach siegreichem Kriege und sicherte den Serben einen Teil Albaniens mit Hafen und Küste. Für Meinungsverschiedenheiten über einen Teil Mazedoniens, die sogenannte strittige Zone, wollte man die Entscheidung des russischen Zaren anrufen. Der Vertrag mit der ihm beigefügten Militärkonvention enthielt die

wichtige Bestimmung: Bulgarien habe den Serben mit 200000 Mann beizustehen, falls Österreich-Ungarn den serbischen Vormarsch durch den Sandschak Nowibasar und in Albanien hindern sollte. Man war in Belgrad und Sofia überzeugt, daß Österreich-Ungarn einen serbischen Marsch durch den Sandschak Nowibasar und die Eroberung dieses Gebietes nicht zulassen werde. Der Sandschak, dessen wichtige Lage gekennzeichnet worden ist, trennte Serbien und Montenegro voneinander. Geriet er in serbische Hand, so erhielten die beiden Balkanmächte eine gemeinsame Grenze, außerdem wurde Serbien auf einer größeren Strecke als bisher Nachbarmacht des bosnischen Gebietes. Die Gefahr dieses Zustandes lag auf der Hand. Hinzu kam die Eigenschaft des Sandschaks als serbische Brücke nach Albanien und dem Adriatischen Meere, mit oder ohne Benutzung Montenegros.

Die serbischen Truppen nahmen ihren Weg sofort planmäßig durch den Sandschak, ohne von Österreich-Ungarn gehindert zu werden. Die Presse drohte und war in sich uneinig, aber die Regierung tat nichts. Die Balkanmächte hatten übrigens auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß österreichisch-ungarische Truppen sofort mit Beginn des Krieges das Sandschakgebiet besetzen würden. Für diesen Fall war man in Rußland wie in Serbien, wie es heißt, entschlossen, keinen Kriegsgrund daraus zu machen. Nur im Falle serbischen Einmarsches und einer nachherigen österreichischen Aktion dagegen, mithin eines österreichisch-ungarischen Kampfes gegen Serbien, wäre — nach jenem Programme — Rußland nicht ruhig geblieben. Aber Österreich-Ungarn rührte sich nicht, die Serben und Montenegriner besetzten den Sandschak und setzten ihren Vormarsch siegreich fort.

Ob die Untätigkeit Österreich-Ungarns aus einem klarüberlegten Plane hervorging oder aus der subjektiven Unmöglichkeit, zu einem einheitlichen Entschlusse zu gelangen, darüber ist seiner Zeit viel gestritten worden. Heute wird man annehmen dürfen, daß ein großer politischer Plan in Wien nicht vorhanden gewesen ist, sondern eine Anzahl entgegengesetzter Pläne. Manche anderen Anzeichen, so die Angelegenheit des Konsuls Prohaska und des österreichischen Dampfers „Skodra“ u. a. m. vermehrten den Eindruck, daß die Wiener Regierung — oder Teile von ihr — wohl gelegentlich glaubte, einen Anlaß zu Feindseligkeiten gegen Serbien benutzen zu müssen, und die öffentliche Meinung alarmierte, dann aber wieder schwankend wurde und den letzten Schritt nicht tat.

Der serbische Vormarsch nach der albanischen Küste führte zur Mobilisierung zweier österreichisch-ungarischer Armeen, und man sah die Krisis als sehr ernst an. In diesem Augenblicke ließ Serbien die bulgarische Regierung wissen, daß der Augenblick zur vertragsmäßigen Hilfeleistung

mit 200000 Mann gekommen sei. Mittlerweile hatte sich die militärische Lage der Bulgaren vor den türkischen Verteidigungsstellungen Konstantinopels, der berühmten Tschataldscha-Linie, ungünstig gestaltet. Bulgarien hatte seine Kraft überschätzt und eben dort schon starke serbische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Als die Serben dann ihre Truppen selbst brauchten und sie aus den bulgarischen Stellungen herauszogen, wurde die Lage der bulgarischen Armeen noch ungünstiger, außerdem richtete die Cholera Verwüstungen in ihren Reihen an. Hätte Österreich-Ungarn in jenem Augenblicke gegen Serbien eingegriffen, so wäre der Balkanbund zusammengebrochen. So entstand eine Lage sehr peinlicher Art, nicht nur für die Balkanmächte, sondern auch für die Mächte des Dreiverbandes. Sie konnten nicht wünschen, daß der Balkankrieg mit einem österreichisch-ungarischen Siege über Serbien ausginge.

Aus allem ergab sich für die Balkanmächte und für den Dreiverband das dringende Bedürfnis, Österreich-Ungarn an einem Vorgehen gegen Serbien zu hindern. Dazu blieb nur übrig, beschwichtigend zu wirken, außerdem Serbien zum Nachgeben zu bringen. Der damalige bulgarische Ministerpräsident, Dr. Danew, fuhr nach Budapest, wo Kaiser Franz Joseph weilte und alle maßgebenden Persönlichkeiten vereint waren, um letzte, anscheinend entscheidende Entschlüsse gegen Serbien zu fassen. Es gelang dem bulgarischen Staatsmann, seinen Zweck zu erreichen. Er bot Österreich-Ungarn an, Serbien von seiner Hafenforderung abzubringen, wenn Österreich-Ungarn im übrigen keinen Kriegsgrund aus dem serbischen Einfall auf albanisches Gebiet machte. In Budapest ließ man sich umstimmen, und so zog die Kriegskrisis vorüber, Serbien gab nach. Diese gelungene Aktion der Balkanpolitiker im Verein mit den Regierungen des Dreiverbandes hatte also erstrebt und erreicht, daß Österreich-Ungarn eine überaus kritische Lage der beiden Balkanmächte nicht ausnutzte, um der serbischen Gefahr für weitere Zukunft ein Ende zu machen. Wieweit vorher die Entschlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung und des Kaisers tatsächlich gediehen sein mögen, steht dahin.

Dieser Vorgang wurde aber gleichzeitig zum Sprengmittel für den Balkanbund. — Bulgarien sah voraus, daß Serbien für seinen Verzicht auf albanische Küste Kompensationen in Mazedonien verlangen werde. So versuchte die bulgarische Regierung, nunmehr in politisches Einverständnis mit Österreich-Ungarn, außerdem auch mit Rumänien zu gelangen, um auf Kosten Serbiens die Balkanhalbinsel aufzuteilen. Um Rückendeckung und zutreffendenfalls Ersatz für ein Fehlschlagen dieses Planes zu erhalten, arbeitete die bulgarische Staatsmannschaft ebenfalls in Petersburg, um dort mit Rumänien und Rußland zusammen den Balkan umzugestalten, und zwar im Gegensatz zu Wien. Die Doppel-

aktion schlug aber fehl, da man in Serbien von ihr Kenntnis erhielt und sie in Petersburg verriet. Dort erregte das Verhalten Bulgariens den Zorn des Zaren und seiner Regierung in hohem Maße, und nun begann sich das Blatt gänzlich zu wenden. Hiermit ist vorgegriffen worden, um die damalige komplizierte bulgarische Politik kurz und einheitlich darzustellen.

Nach der österreichisch-ungarisch-serbischen Krisis kam es zu Verhandlungen zwischen dem Balkanbunde und der Türkei. Der türkische Großwesir hatte wiederholt versucht, eine Vermittlung der Großmächte zu erreichen, und wendete sich, als das erfolglos blieb, an den König von Bulgarien. Dieser hielt wegen der erwähnten Verhältnisse in seinem Heere die Gelegenheit für benutzenswert. Anfang Dezember 1912 wurde ein Waffenstillstand zwischen den Mächten des Balkanbundes und dem Türkischen Reiche geschlossen. Die Verhandlungen fanden in London statt, wo gleichzeitig die Vereinigung der Botschafter der Großmächte tagte. Die Botschafter der Mächte bzw. diese selbst knüpften ihre Verhandlungen gleich an den wichtigsten Punkt an, nämlich die albanische Frage. Das selbständige Albanien wurde beschlossen.

Ein selbständiges Albanien hielt man in Wien für den einzigen Ausweg ohne Krieg. Italien nahm den Gedanken auf und vertrat ihn mit dem stillschweigenden Vorbehalt, in Südalbanien die sogenannte friedliche Durchdringung energisch fortzusetzen. Als nachher der Fürst von Albanien da war, zeigte sich, daß die ihm beigegebenen italienischen und englischen Offiziere in diesem, einer wirklichen Selbständigkeit Albaniens entgegengesetzten Sinne arbeiteten, um durch Unhaltbarmachen seiner Stellung die albanische Frage weiter unter noch günstigeren Umständen akut werden zu lassen. Großbritannien und Frankreich traten für das selbständige Albanien aus naheliegenden Gründen ebenfalls ein. Sie kannten die von ihnen gewollte Lebensunfähigkeit des albanischen Gebildes und sahen voraus, daß es nur dazu dienen konnte, den österreichisch-italienischen Gegensatz zu vertiefen und ebenfalls einen italienisch-deutschen Gegensatz zu schaffen, auch weil der Fürst von Albanien ein deutscher Fürst war. In London war man der Ansicht, daß der Balkankrieg vorläufig seinen Zweck erfüllt habe, denn er hatte die Macht und Stellung des Türkischen Reiches in Europa vernichtet. Daß in einem späteren Weltkriege Albanien kein Bollwerk sein werde, war ohne weiteres klar. Vor der Hand galt es, die Rüstungen fortzusetzen, die neugeschaffene Lage auszunutzen und politisch zu befestigen und in erster Linie für die Trennung Italiens vom Dreibunde weiter zu sorgen. Ein wichtiges Moment war für die Staatsmänner an der Themse, das Deutsche Reich in die Sicherheit einzuwiegen, daß die britische Politik vertrauens-

voll und offen mit der deutschen Regierung arbeite und aufrichtig den Frieden wolle.

Die deutsche Reichspolitik trat für die Schaffung des selbständigen Albaniens ein, weil sie darin ein Mittel erblickte, um einen Bruch zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu verhüten, weil man in Wien auf dieser „Lösung" bestand, weil Großbritannien einverstanden war, und weil man sich in Berlin wohl eine weitere Gnadenfrist für die Erhaltung des Weltfriedens versprach, vielleicht auch noch optimistischer in diesem Punkte dachte.

Während der Londoner Verhandlungen entwickelte sich eine zweite Krisis gefährlicher Art durch die montenegrinische von den Serben unterstützte Belagerung der albanischen Stadt Skutari. Der belgische Gesandte in Berlin schrieb darüber Anfang April 1913:*) „Vom europäischen Gesichtspunkt aus ist der Zwischenfall von Skutari ohne Zweifel der ernsteste seit Eröffnung der Feindseligkeiten auf dem Balkan." Der König von Montenegro könne, ohne Revolution zu riskieren und die Krone zu verlieren, den österreichisch-ungarischen Forderungen nicht nachgeben, „ohne die Hilfe der Serben kann er aber die Belagerung von Skutari nicht fortsetzen. Nun sind aber die Anmaßung und die Verachtung, mit denen diese die Beschwerden des Wiener Kabinetts entgegennehmen, nur durch die Unterstützung zu verstehen, die sie in Petersburg zu finden glauben. Der Einmarsch österreichischer Truppen in das Gebiet eines Balkanstaates — und dabei würde es sich um serbisches eher wie um montenegrinisches Gebiet handeln, weil die militärischen Operationen in Serbien leichter wären als in Montenegro — würde eine Intervention Rußlands hervorrufen und vielleicht einen allgemeinen Krieg entfesseln." In der Tat stand Rußland hinter Serbien, denn es handelte sich ja nicht allein um Skutari, sondern um die Entfernung der serbischen Truppen aus ganz Albanien. Es kam zu Beginn des Jahres 1913 zu einem oberflächlichen Ausgleiche zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, indem man den Prinzen Hohenlohe mit einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs nach Petersburg zum Zaren entsandte. Darauf wurde beschlossen, daß die österreichisch-ungarischen Truppen, die an den Grenzen zusammengezogen waren, zurückgenommen würden. Daß hierunter aber nur eine rein äußerliche „Entspannung" zu verstehen sei, zeigte absichtlich eine amtliche russische Erklärung im Anschluß an die Sendung des Prinzen Hohenlohe: Österreich-Ungarn habe versichert, daß es keine Angriffsabsichten gegen Rußland hege. Der russische Partherpfeil bedeutete die unentwegte Fortsetzung des haßerfüllten diplomatischen

*) Belgische Aktenstücke S. 120, Nr. 103.

Feldzuges und der allslawischen Propaganda gegen Österreich-Ungarn. Die serbischen Truppen aber wurden nicht aus Albanien entfernt, und ihr Verbleiben führte im Herbst des Jahres 1913 zu einer neuen Krisis, über die noch gesprochen werden wird. Skutari wurde von den Montenegrinern im Einverständnisse mit den Verteidigern unter dem Albaner Essad Pascha genommen, bald darauf wieder geräumt, weil nunmehr Österreich-Ungarn und Italien mit sofortigem Eingreifen drohten. Jene Ereignisse brauchen nicht näher erörtert zu werden. Nur ist immer festzuhalten, daß die italienisch-österreichisch-ungarische Einigkeit jener Zeit in Albanien ungefähr auf denselben Füßen stand, wie s. Z. diejenige Preußens und Österreichs in Schleswig-Holstein, und daß von britischer Seite alles geschah, um neue Zwietrachtskeime zwischen den beiden Mächten zu säen.

Nach monatelangen Verhandlungen kam man schließlich in London Ende Mai 1913 zu einem vorläufigen Frieden. Übrig blieb die Teilung des eroberten Gebiets unter die Balkanmächte. Hier hatte sich Rumänien schon lange mit der Forderung einer Kompensation von Bulgarien gemeldet, und zwar verlangte man ein Stück der bulgarischen Dobrudscha. Die Tatsache, daß vor allem Rußland hier führend auf Rumäniens Seite stand, zeigte, daß Bulgarien die Gunst Rußlands verloren hatte und die Petersburger Diplomatie den Augenblick gekommen glaubte, um Rumänien von den Mittelmächten zu trennen. Bulgarien hatte dem rumänischen Verlangen widersprochen und sah sich plötzlich auf der Petersburger Botschaftervereinigung — diese war zusammengetreten, um sich mit den Ansprüchen Rumäniens zu befassen — allen Großmächten gegenüber.

Um dieselbe Zeit trat auch Serbien mit Griechenland gegen Bulgarien auf und verlangte Revision des alten Teilungsvertrages, einmal, weil Serbien auf die albanische Küste habe verzichten müssen, dann, weil Bulgarien auch in Mazedonien den Serben nicht die vereinbarte militärische Hilfe gestellt habe. Die Serben hätten dagegen, besonders vor Adrianopel, den Bulgaren mehr Hilfe geleistet, als sie gebraucht hätten. Griechenland verlangte die Anerkennung Salonikis als griechischen Besitzes, außerdem die Gebiete von Drama, Serres und Kavalla. Die Lage spitzte sich schnell zu. Rußland sah dieser Entwicklung mit Besorgnis zu, weniges konnte der Politik Rußlands und ebenso Großbritanniens unerwünschter sein als eine endgültige Sprengung des so mühsam erreichten Balkanbundes und gar ein Krieg unter den Balkanmächten. Der russische Zar als vertragsmäßiger Schiedsrichter zwischen diesen Mächten versuchte noch, den Streit zu hindern, und erklärte in Depeschen an den Zaren Ferdinand und an König Peter, er werde einem Kriege zwischen den Verbündeten nicht untätig zusehen. Der Staat, welcher den Kampf begönne, wäre der slawischen Sache dafür verantwortlich; „ich

behalte mir volle Freiheit vor für die Haltung, welche Rußland dem Ausgange eines so verbrecherischen Kampfes gegenüber einnehmen würde".

Der Kampf brach trotzdem aus. Bulgarien nahm ihn auf gegen Serbien, Montenegro und Griechenland, außerdem gegen Rumänien, welches mobilisiert hatte und bereit war, sein Heer über die bulgarische Grenze gegen Sofia zu schieben. Erklären läßt sich dieser bulgarische Entschluß nur aus der Selbsttäuschung des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Danew, daß Rußland eine Niederlage Bulgariens nicht zulassen werde. In Petersburg war man aber durch die erwähnten Versuche der bulgarischen Politik, mit Wien gegen Petersburg und mit Petersburg gegen Wien, mit Serbien gegen Rumänien und mit Rumänien gegen Serbien Abkommen abzuschließen, schwer gereizt gegen Bulgarien, besonders den Zaren Ferdinand, und ließ den Dingen ihren Lauf. Rumänien verfügte gegenüber den anderen Balkanmächten über ein völlig ungeschwächtes und frisches Heer und war im gleichen Augenblick Herr der Lage auf der Balkanhalbinsel. Es kann nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Verbindung Rumäniens mit Rußland bereits damals eine intimere war, als man in Deutschland und Österreich-Ungarn annahm. Die Politik des Dreiverbandes war klug und zielbewußt darauf gerichtet, Rumänien Vorteile aus der Lage ziehen zu lassen und den Eindruck dort hervorzurufen und zu befestigen, daß ein rumänischer Anschluß an England, Rußland und Frankreich, die Herren der Balkanhalbinsel, viel vorteilhafter sei als ein solcher an die Mittelmächte. Zu Beginn des Balkankrieges schon war dem König Carol die russische Feldmarschallwürde übertragen worden, und die russische Regierung hatte während des Krieges wiederholt Bulgarien bedeutet, rumänischen Kompensationsansprüchen nicht ablehnend gegenüber zu stehen.

Der Kampf war kurz und nahm den Verlauf, den er nehmen mußte. Bulgarien sah sich bald in hoffnungsloser Lage und bat in Bukarest um Waffenstillstand. Es kam zu den Verhandlungen der Balkanmächte in Bukarest unter Leitung des rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu. Das Ergebnis war der Friedensvertrag von Bukarest, der im August 1913 unterzeichnet wurde. Bulgarien mußte an Rumänien, an Serbien und an Griechenland große Gebietsabtretungen machen und behielt ungefähr sein altes Gebiet, Serbien verdoppelte seinen Umfang, Griechenland vermehrte ihn um 60 v. H. Rumänien erhielt die Dobrudscha. Außerdem verlor Bulgarien das seinerzeit eroberte Adrianopel mit Umgegend. Die Türken hatten es sich kühn und entschlossen, den Streit der Verbündeten benutzend, wiedergenommen. Ein verzweifelter bulgarischer Appell an Rußland kam zu spät, jedoch zeigte sich in Rußland doch Neigung zu einer Revision des Bukarester Vertrages. Österreich-Ungarn war

ebenfalls dafür, das Deutsche Reich war dagegen, und sein Eintreten hatte im besonderen bewirkt, daß Bulgarien zu Griechenlands Gunsten auch auf Kawalla und Serres verzichten mußte.

So war auf der Balkanhalbinsel mit einem Male eine ganz neue politische Lage und Machtverteilung entstanden. Sie war für die europäische Politik von hoher Bedeutung. Die Vormacht auf der Balkanhalbinsel war Rumänien geworden, ohne einen Schwertstreich zu tun, nur durch geschickte Ausnutzung der Lage bei beiden Gruppen der Großmächte und am Balkan. Serbien, riesig vergrößert, an Selbstbewußtsein entsprechend gewachsen, in alter Wut und Rachsucht gegen Österreich-Ungarn, „die zweite Türkei", war weit entfernt, sich mit dem Errungenen zu begnügen, sondern richtete seine Augen auf das von den serbischen Truppen noch immer nicht geräumte Albanien und auf Bosnien. Der Sandschak Nowibasar war serbisch geworden, die österreichisch-ungarischen Grenzen waren bedrohter denn je. Bulgarien war von seiner Höhe herabgestürzt und befand sich ohnmächtig zwischen seinen drei Feinden und der Türkei.

Bulgarien hatte aufgehört, ein Gegengewicht gegen Serbien zu bilden, die russische Gnade war ihm entzogen worden. Durch Revision des Friedensvertrages Bulgarien zu stärken und seine Wiederaufrichtung zu beschleunigen, war mithin ein begreifliches, ein notwendiges Bestreben der österreichisch-ungarischen Politik. Das scheinbar gleichgerichtete russische Bestreben entsprang einem entgegengesetzten Motive: nämlich Bulgarien nicht durch zu schlechte Behandlung dem Slawentum zu entfremden und in das Lager der Mittelmächte zu treiben. Die österreichisch-ungarische Revisionspolitik anderseits richtete sich gegen Rumänien und Serbien und war geeignet, die rumänische Mißstimmung wegen Behandlung der ungarländischen Rumänen zu erhöhen und Rumänien der Entente zu nähern. Das Deutsche Reich entfernte sich weit von dieser Politik seines Bundesgenossen. Es war gegen die Revision des Bukarester Vertrages und setzte sich mit besonderem Nachdrucke für Rumänien und für Griechenland ein. Zumal für Griechenland verwandte sich der Deutsche Kaiser, damit es Kawalla und Serres erhalte, was auch geschah. Im August 1913 schickte König Carol von Rumänien dem Deutschen Kaiser die berühmte Depesche: Dank ihm sei der Bukarester Frieden ein definitiver geworden! Der die deutsche Politik leitende Gedanke ist wohl gewesen, die beiden nicht slawischen Balkanmächte Rumänien und Griechenland so dem Deutschen Reiche zu verbünden und durch diese Gruppierung eine neue Gewichtsverteilung auf der Balkanhalbinsel zu organisieren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß König Konstantin von Griechenland persönlich geneigt und entschlossen war, die Politik seines Landes im Sinne der Mittelmächte zu orientieren. Er sprach sich bei einem da-

maligen Besuche in Berlin dahin aus, daß die griechischen Siege der deutschen Ausbildung zuzuschreiben seien, und erregte damit starkes Mißfallen in London und Paris, sah sich auch gezwungen, seine Äußerungen, wenn nicht zurückzunehmen, so doch dem Sinne nach umzuwerfen, und mußte sich gefallen lassen, daß sein Ministerpräsident Venizelos ihn öffentlich desavouierte. Schon damals trat die tatsächliche Abhängigkeit Griechenlands von den sogenannten Schutzmächten Frankreich und Großbritannien öffentlich in die Erscheinung. Der Verlauf des Großen Krieges hat dieses Verhältnis dann bestätigt. Griechenland war nicht imstande, eine unabhängige Politik zu treiben. Die deutsche Politik hoffte, durch ihr Verhalten Rumänien vom Abschwenken zum Dreiverbande noch abhalten zu können, außerdem die rumänische Mißstimmung Österreich-Ungarn gegenüber tunlichst auszugleichen. Gegen Bulgarien war man in Berlin von Mißtrauen durchdrungen und hielt noch wenig von dem österreichischen Gedanken, Bulgarien für die Mittelmächte zu gewinnen. Erst allmählich setzte, während der letzten zwölf Monate vor dem Kriege, der Umschwung in Deutschland ein.

Österreich-Ungarn zog es angesichts dieser Lage der Dinge vor, auf seine Forderung einer Revision des Bukarester Vertrages zu verzichten. Gleichwohl glaubte niemand recht an eine nunmehrige Stabilität der Balkanverhältnisse. Die Werbung des Dreiverbandes gegenüber Rumänien wurde immer zuversichtlicher und öffentlicher fortgesetzt, und man konnte kaum daran Zweifel hegen, daß die rumänische Stimmung überwiegend für Anschluß an den Dreiverband war und nicht ohne bestimmenden Einfluß auf die politische Haltung des Landes bleiben würde.

Der Deutsche Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg begründete am 7. April 1913 die große deutsche Wehrvorlage und wies dazu in erster Linie auf das Ergebnis der Balkankämpfe hin; das war also noch vor Beginn des zweiten Balkankrieges. Der Kanzler sagte nach einer allgemeinen Redewendung über künftige Friedensarbeit auf der Balkanhalbinsel: „Trotzdem bleibt eins unzweifelhaft: sollte es einmal zu einer europäischen Konflagration kommen, die Slawen und Germanen einander gegenüberstellt, so bedeutet es für die Germanen einen Nachteil, daß eine Stelle im System der Gegengewichte, welche bisher von der europäischen Türkei eingenommen wurde, jetzt zum Teil von südslawischen Staaten besetzt ist. Die Verschiebung der gegenwärtigen politischen Situation auf dem Festlande hat sich seit längerer Zeit vorbereitet. Jetzt, wo sie in einem unerwartet großen Umfange eingetreten ist, würden wir gewissenlos handeln, wenn wir nicht die Konsequenzen daraus ziehen wollten." Bethmann Hollweg fügte nachträglich hinzu, für unvermeidlich halte er den Zusammenstoß zwischen Germanentum und Slawentum nicht, mit

der russischen Regierung stehe man gut, direkte Interessengegensätze seien nicht vorhanden, die panslawistischen Strömungen seien gefährlich; „durch die akute Belebung der Rasseninstinkte erhalten die durch den Balkankrieg eingetretenen Verschiebungen der militärpolitischen Situation eine erhöhte Bedeutung. Wir sind gezwungen, sie in Rechnung zu stellen, wenn wir an die Zukunft denken".

Der Deutsche Kanzler begründete also die neue große Forderung mit der Notwendigkeit für das Deutsche Reich, einem germanisch-slawischen Konflikte gewachsen zu sein. Damals im Frühjahr 1913 erblickte er eine einheitliche Balkanfront, die sich direkt gegen die Türkei, auch Österreich-Ungarn, indirekt gegen das Deutsche Reich richte und richten werde. Es war und blieb richtig: die bisher durch die europäische Türkei ausgefüllten Gebiete verstärkten nunmehr die slawische Front und Macht. Die Lage Österreich-Ungarns erschien bedrohter denn je. Aus diesen Überlegungen und im Banne der unrichtigen Vorstellung: Slawentum gegen Germanentum, erklärt sich auch die Politik Bethmann Hollwegs, Rumänien und Griechenland an das Deutsche Reich anzuschließen. Ob er nach dem Frieden von Bukarest glaubte, dieses Ziel erreicht zu haben, steht dahin.

In derselben Rede sprach der Kanzler vom wachsenden Angriffsgeiste in Frankreich und dem Einfluß der Balkanereignisse auf die französische Kriegsstimmung. Der Kanzler sah nicht, daß Großbritannien inspirierend und führend hinter den beiden großen Festlandmächten und hinter der gesamten Balkanpolitik gestanden hatte und stand. Hätte Bethmann Hollweg diese Erkenntnis gehabt, so würde er wahrscheinlich oder möglicherweise seine antibulgarische Griechenlandpolitik nicht gemacht haben, denn Griechenland war abhängig von der großbritannischen Seemacht.

Für Großbritannien hatten die Vertreter der Deutschen Regierung während jener ganzen Periode nur Worte des Vertrauens und des Dankes. So sagte der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Jagow, eine der letzten Erklärungen seines Vorgängers im Reichstage habe sich auf unsere Beziehungen zu England bezogen: „Herr v. Kiderlen hob damals hervor, daß während der ganzen letzten Krisis unsere Beziehungen zu England besonders vertrauensvolle gewesen seien. Er wies auf die guten Dienste hin, die die offnen, von vollem Vertrauen getragenen Aussprachen zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krisis der Verständigung aller Mächte geleistet haben, und sprach die Erwartung aus, daß sie dieses auch weiter tun würden. Es gereicht mir zur besonderen Genugtuung, bei dem ersten Anlasse, der sich mir bietet, an dieser Stelle das Wort zu ergreifen, um feststellen zu können, daß diese Erwartung sich voll und ganz erfüllt hat."

Bethmann Hollweg sagte in seiner Rede vom April: „Europa wird

dem englischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Dank wissen für die außergewöhnliche Hingebung und den Geist der Versöhnlichkeit, womit er die Londoner Botschafterbesprechungen geleitet und immer wieder Gegensätze zu beseitigen verstanden hat."

Aus London kam kein einziges Mal auf diese und andere deutsche Werbungen Widerhall von seiten der Regierung. Die großbritannische Presse schürte mehr denn je den Haß gegen die Mittelmächte und nahm besonders auch das deutsche Verhalten in der Balkanpolitik zum Anlasse. Der belgische Gesandte in Berlin aber schrieb ein Jahr später im April des Jahres 1914:*) „Die Deutschen sind überzeugt, daß England niemals zu den Waffen greifen wird, um Frankreich zur Wiedereroberung der verlorenen Provinzen zu verhelfen."

Das gesamte balkanische Intrigenspiel seit der Annexionskrisis, ja seit dem Regierungsantritt König Eduards von England zeigt stets die führende Hand und das zielsichere Auge Großbritanniens. Man sieht immer wieder durch den Schleier der Manöver, Vorwände und Phrasen, wie die britische Politik von langer Hand, in der Form immer sich den jeweiligen Umständen anpassend und alle Gelegenheiten in den Dienst jenes Gedankens stellend, den großen Plan verfolgte: die Mittelmächte von der Türkei zu trennen und diese von ihnen, um die erstere nachher zu vernichten, eine Balkanfront gegen Österreich-Ungarn zu schaffen, den Geist des ausdehnungslustigen Slawentums mit Zuversicht zu erfüllen und in Bewegung zu setzen, Italien und Rumänien den Mittelmächten zu entfremden, die islamische Welt mit Mißtrauen gegen das Deutsche Reich zu erfüllen und dessen Orientpolitik unmöglich zu machen und schließlich die militärische Überlegenheit der die Mittelmächte umgebenden feindlich gesinnten Mächte erdrückend zu gestalten. Gewiß hat man damals, als nicht amtlich beteiligter Gegenwartszuschauer, diese Zusammenhänge nicht so vollständig sehen und verfolgen können. Insbesondere ist die britische Rolle in der Vorbereitung des Balkankrieges erst nach diesem öffentlich bekannt geworden. Daß die leitenden Staatsmänner, Botschafter und Gesandten des Deutschen Reiches aber die Verhältnisse derart verkennen konnten, wie es tatsächlich und erwiesenermaßen der Fall war, das kann der deutsche Schilderer der Vorgeschichte des Großen Krieges nur mit Befremden und mit Bedauern immer wieder feststellen. Der damalige Reichskanzler und seine Gehilfen waren durch den Wunsch einer sogenannten Verständigung mit Großbritannien hypnotisiert und außerstande, durch die Oberfläche der Vorgänge hindurchzublicken und die Tatsachen richtig zu werten.

*) Belgische Aktenstücke S. 132, Nr. 113.

Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel seit dem Jahre 1906 können nicht für sich betrachtet werden, denn sie sind nicht auf dem Balkan entstanden, sondern in London, in Petersburg und Paris. Sie gliedern sich ein in die großen Zusammenhänge der gegen Deutschland gerichteten Europa-Politik Großbritanniens. Sie bilden einen der stärksten Trümpfe in diesem großen Spiele der britischen Staatsmänner. Auf ihrem Boden ist die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand erwachsen, ferner die schwache Stelle für Österreich-Ungarn und für den Dreibund geschaffen worden, schließlich auch die kampflustige Zuversicht des mächtig erstarkten Serbiens.

Für die Beurteilung der Vorgeschichte des Krieges ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge als solche zu sehen und im Auge zu behalten. Entscheidend für die Beurteilung aber ist das Erkennen der britischen Regie. Weil die deutschen Staatsmänner so weit von dieser Erkenntnis entfernt gewesen sind, und zwar bis zum 4. August 1914, mußte an diesem Tage der Deutsche Reichskanzler dem Berliner Vertreter des britischen Todfeindes erklären, seine ganze Politik sei wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Die Politik der Mächte auf der Balkanhalbinsel ergab deshalb ein so verwickeltes Spiel, weil die Vertretung der Balkan- und Orientinteressen jeder einzelnen der Großmächte sich mit ihrer allgemeinen Europa-Politik und Weltpolitik verflochten, weil dazu die Politik und die Bestrebungen der Balkanmächte selbst und des Türkischen Reiches hinzukamen. Einige Jahre vor dem Großen Kriege schrieb ein Engländer ein Buch und nannte es „die große Selbsttäuschung". Diese Überschrift müßte jeder Schilderung der deutschen Balkanpolitik gegeben werden. Und aus der Reihe von Täuschungen hebt sich die eine besonders hervor: die deutsche Täuschung über Großbritannien, über das Wesen und über die Ziele seiner Politik. Wir werden dieser Überschrift aber leider eine noch viel weiter reichende Bedeutung geben müssen, sie nämlich über die ganze Periode der Amtsführung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg setzen müssen. So führen die Betrachtungen der Balkanpolitik auf das wesentlich breitere Feld der Gesamtpolitik in Europa und in der Welt. Die Balkanverhältnisse münden hier aus, und es ist nunmehr die Frage, an welchem Zeitpunkte die Vorkriegsgeschichte als beginnend anzunehmen sei, nachdem sich auf der Balkanhalbinsel ein bestimmter Zeitpunkt unschwer finden ließ. Aber, wie gesagt, die neue politische Balkangeschichte steht auf der Europa-Politik der Großmächte und in erster Linie auf der großbritannischen Politik.

Die europäische Politik.

Das unbequeme Neugebilde.

Auf der Balkanhalbinsel war es der kranke Mann, welcher ein Zentrum politischer Gefahren und Intrigen, alles in allem der Kriegsgefahr, bildete. In der Mitte Europas war es kein kranker, sondern ein zu kräftiger und zu schnell erstarkender Mann: das neue Deutsche Reich. Die Ursache des Weltkrieges ist die Schöpfung des neuen Deutschen Reiches. Die politische Geschichtschreibung in Großbritannien und Frankreich setzt den Punkt früher, nämlich in die Periode, als die realpolitischen Voraussetzungen für die Erstehung des Deutschen Reiches geschaffen wurden.

Einige Jahre vor dem Kriege begann die französische Regierung mit der Herausgabe einer Sammlung diplomatischer Dokumente unter dem Titel: „Die Ursprünge des Krieges von 1870/71". In dem Bericht der Parlamentskommission an den Minister des Auswärtigen — der Bericht ist dem ersten Bande vorgeheftet — findet sich der Satz: „Es wird allgemein anerkannt, daß man die Ursprünge des Krieges von 1870 in die Zeit der Angelegenheit der dänischen Herzogtümer legen muß". Der Bericht führt weiter aus, daß nach gründlicher Prüfung man weiter zurückgreifen müsse als 1870, um die Krisis zu verstehen, „welche Europa zur Vernichtung der Verträge des Wiener und des Westfälischen Friedens geführt hat". So beginnt die Dokumentensammlung mit dem Ende des Jahres 1863. Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Gedankengang richtig ist. Damals tat Bismarck die entscheidenden und unerläßlichen Schritte, um die Vorherrschaft Preußens in Deutschland zu begründen und zu erreichen. Ohne diese war wiederum das Deutsche Reich nicht möglich. Das sind für den Deutschen selbstverständliche Wahrheiten. Es ist vollkommen logisch, wenn die Franzosen sagen, daß diese bedauerlichen Ereignisse die Friedensverträge des Wiener Friedens und des Westfälischen Friedens vernichtet hätten. Hierin liegt enthalten, daß das neue Deutsche Reich vom französischen Standpunkte als ein ganz unerträgliches Ereignis angesehen wurde; ganz abgesehen von der Wegnahme Elsaß-Lothringens und dem Rachebedürfnis. Seit Jahrhunderten war das Streben Frankreichs darauf gerichtet, denjenigen Zustand herbeizuführen, welchen der Westfälische Friede schuf: ein zerstückeltes Deutschland, kein Reich, sondern einen geographischen Begriff und ein Objekt für die Eroberungslust und Aussaugebedürfnisse der Nachbarmächte. Der Westfälische Friede verwirklichte diesen Zustand in idealer Weise. Der Wiener Friede war den Westmächten besonders deshalb sympathisch, weil er sich dank ihren

Bemühungen, man möchte sagen, mit prophetischem Blicke gegen die Erstarkung Preußens richtete. Mit Bismarcks Amtsführung kam dann die neue Wendung und Periode.

Großbritannien war 1870/71 mit der Gründung des Deutschen Reiches wenig zufrieden, aber machtlos und machte gelegentlich gute Miene zu Bismarcks bösem Spiel. Die Presse schrieb während der Verhandlungen Bismarcks mit Favre begeisterte Artikel der Freude darüber, daß nun anstelle des unruhigen und streitsüchtigen Frankreichs das neue Deutsche Reich als Frieden erhaltende Macht in der Mitte Europas träte.

Um die Jahreswende 1870/71 erschien in der „Times" ein Aufsatz, dessen Schlußwendungen gerade heute von Interesse sind:

„Ich glaube, daß Bismarck vom Elsaß und ebenso von Lothringen sich so viel nehmen wird, als ihm beliebt, daß dies um so besser für ihn, um so besser für uns, um so besser für die ganze Welt, außer Frankreich, und mit der Zeit auch für dieses selbst sein wird. Vermittels ruhiger grandioser Maßregeln verfolgt Herr a. Bismarck mit seinen eminenten Fähigkeiten einen einzigen Zweck: die Wohlfahrt Deutschlands, die Wohlfahrt der ganzen Welt. Möge das großherzige, friedliebende, aufgeklärte und ernsthafte deutsche Volk sich denn zur Einheit gestalten, möge Germania die Königin des Festlandes werden, statt des leichtsinnigen, ehrgeizigen, streitsüchtigen und viel zu reizbaren Frankreich."

Diese Befriedigung hat nicht lange gedauert, war allerdings auch nicht echt; ein unentschiedener Ausgang des Kampfes wäre britischer Wunsch gewesen. Seit über 20 Jahren findet man in der politischen Presse Großbritanniens und Frankreichs bittere Vorwürfe gegen die damalige Politik Großbritanniens. Sie hätte niemals zulassen sollen, daß Bismarck im Jahre 1864 gegen Schleswig-Holstein vorging. Das sei der große und grundlegende Fehler der britischen Politik gewesen und die Wurzel aller späteren Übel.

Der frühere Reichskanzler Fürst Bülow erzählt von einem ausländischen Staatsmanne, der daran erinnerte, wie bequem und einfach die europäische Politik gewesen sei, als das Deutsche Reich nicht bestand, sondern an seiner Stelle ein bequemes, willenloses und teilbares Objekt. Nachher sei ein großer fester Block an die Stelle getreten und ein wehrkräftiges Reich hervorgegangen aus dem Sieg über diejenigen Mächte, die ihm sein Werden hatten unmöglich machen wollen.

Die Unbehaglichkeit war dauernd vorhanden, nahm zu und stellte sich auf der englischen Seite ebenfalls ein. Sie wuchs, als das neue Reich zeigte, daß es leben konnte, als nach der Einführung der Bismarckschen Zollgesetzgebung vom Ende der 70er Jahre der wirtschaftliche Wohlstand

sich einzustellen begann, als die Vermehrung der Bevölkerung immer stärker wurde und die früher so bedeutende Auswanderung sich auf ein unbedeutendes Maß zurückführte. Die Stärke des Deutschen Reiches als Landmacht wuchs damit und ebenso seine wirtschaftliche Kraft zur Ausfuhr. Damit begann die deutsche Industrie Wettbewerberin der großbritannischen zu werden. Zugleich erholte sich Frankreich von den Folgen des Krieges mit erstaunlicher Schnelligkeit. Rußland hatte das Werden des Deutschen Reiches ungern gesehen, jedenfalls was die russische Staatsmannschaft jener Zeit, an erster Stelle den Fürsten Gortschakow, betraf. Annäherung Frankreichs und Rußlands lag in der Natur der Verhältnisse und sie erfolgte definitiv gegen Ende der Bismarckschen Amtszeit, nachdem der große Kanzler vorher das Bündnis mit Österreich-Ungarn und dann den Dreibund geschlossen hatte.

Es ist bekannt und oft gesagt worden, und später auch von Bismarck selbst, daß seine Hauptsorge auf dem Gebiete der europäischen Koalitionsbildung lag. So hat er sich selbst ausgedrückt in seiner viel zitierten Antwort auf die beschwichtigend sein sollende Anrede des Grafen Schuwalow, daß der Kanzler unter dem Albdrucke der Koalitionen leide. Bismarck antwortete: „notwendigerweise"! In diesem einzigen Worte liegt die Einschätzung des durch die Errichtung des Deutschen Reiches neu geschaffenen Zustandes in Europa enthalten, nämlich der Gedanke, daß das Deutsche Reich für die europäischen Mächte kein Gegenstand der Freude und des Behagens sei, sondern das Gegenteil davon. In der Besorgnis vor Koalitionen lag auch die Besorgnis vor Kriegsgefahr und Krieg enthalten. Bismarck war überzeugt, daß das Vorhandensein einer sich überlegen fühlenden europäischen Koalition ohne weiteres den Krieg bedeuten würde. Und deshalb maß er in seiner genialen Erkenntnis für die Einfachheit der grundlegenden Dinge stets entscheidenden Wert dem Elemente der Wehrkraft bei, der eigenen und derjenigen von Bundesgenossen. Das war die Grundlage. Von ihr aus aber arbeitete seine Staatskunst auf Trennung von Mächten, welche mögliche Gegner des Deutschen Reiches waren, und auf Vereinigung anderer Mächte mit dem Deutschen Reiche und um dasselbe.

Bekannt ist, daß Bismarck und ebenso Moltke der Auffassung waren, daß das Deutsche Reich noch einmal um sein Leben zu kämpfen haben würde. Beide Männer sagten, daß dieser Kampf ein Kampf bis aufs Letzte militärisch und wirtschaftlich sein werde. Bismarck insbesondere hat geäußert, daß Frankreich in dem Augenblick gegen das Deutsche Reich Krieg führen würde, wo die leitenden französischen Kreise der Überzeugung wären, Elsaß-Lothringen wiedererobern zu können. Kriegsgefahr war stets vorhanden, und durch die mannigfaltigsten Kriegskrisen

wurde das junge Reich unter wechselnden politischen europäischen Konstellationen hindurchgeführt.

Es wäre also nicht richtig, den Beginn der eigentlichen Vorgeschichte des Großen Krieges früher zu datieren, als die Gruppierung derjenigen Mächte, jedenfalls in Umrissen, vorhanden war, denen das Deutsche Reich sich im Jahre 1914 gegenübergestellt sah. Nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung läßt sich ein sozusagen absoluter Abschnitt im Werden der geschichtlichen Ereignisse nicht finden, ja auch nicht denken. Alles hängt nach dem Kausalgesetz miteinander zusammen und ist in ungeheurer, teils übersehbarer, teils unübersehbarer Fülle örtlich und zeitlich miteinander verknüpft, voneinander abhängig und in ständiger Bewegung. Mithin muß die Schilderung der Vorgeschichte des Großen Krieges sich gleichsam eine künstliche Nullinie suchen und auf ihr beginnen.

Diese Linie ergibt sich zwangloser und natürlicher als alle anderen Zeitpunkte, welche man für den Beginn der Vorgeschichte wählen könnte.

Die Verständigung Großbritanniens mit Frankreich, das Entstehen der Entente cordiale, ausgedrückt durch das sogenannte Marokko-Abkommen, zeigte der Welt den Beginn der neuen Epoche in der europäischen Politik. Der eigentliche Wendepunkt liegt noch etwas weiter zurück. Die Verständigung Großbritanniens und Frankreichs, der beiden alten Erbfeinde seit mehreren hundert Jahren, der beiden Mächte, welche noch im Jahre 1898 auf dem diplomatischen Verkehrsfuße des Ultimatums und der Drohung mit maritimer Mobilmachung miteinander gestanden hatten, war durch einen Schiedsgerichtsvertrag im Jahre 1903 formal eingeleitet worden, und dieser durch den Besuch König Eduards von England in Paris und des Präsidenten der französischen Republik in London im Jahre 1902.

Die Annäherung hatte lange in der Luft gelegen. Englisches Wohlwollen für Frankreich machte sich schon in den siebziger Jahren bemerkbar, mußte freilich oft aussetzen. Bismarck hatte den französischen Ehrgeiz auf eine ausgreifende Kolonialpolitik gewandt, und dadurch waren in Afrika und Asien französisch-britische Reibungsflächen entstanden, welche von Zeit zu Zeit zu Spannungen und Krisen zwischen den beiden Westmächten führten. Als Anfang der neunziger Jahre der damalige deutsche Reichskanzler v. Caprivi nach dem Verfallenlassen des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages seine Politik unter englische Vormundschaft gegeben hatte, wurden auch von Engländern große und schöne Worte bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich gesprochen, mit deutlichen Anspielungen, daß man mit den Deutschen Schulter an Schulter gegen Frankreich und Rußland stehen werde. Der deutschen Seite war es ernst mit solchen Reden, und man glaubte auch an die englischen Worte.

Tatsächlich ist aber seit 1870 trotz aller Kolonialstreitigkeiten mit Frankreich, Großbritannien stets darauf bedacht gewesen, Frankreich auf dem Festlande zu stärken, und auch in den Tagen schönster Freundschaft mit dem Deutschen Reiche sah man das Wachsen der deutschen Macht mit aller Mißgunst. Umgekehrt bestand das gleiche Verhältnis. Frankreich war in jedem Augenblick schwerer Mißstimmungen gegen Großbritannien bereit, alles das zu begraben, sofern es sich um einen Koalitionskrieg gegen Deutschland handeln könnte. So war es gelegentlich der Krüger-Depesche und auch später. So war die Stimmung auch in den vermeintlichen Annäherungsperioden zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche — die Annäherungen gingen ausnahmlos von der deutschen Seite aus —, sei es, ob man mit Frankreich Kolonialpolitik gegen Großbritannien trieb oder in Ostasien gegen Japan und England zusammenarbeitete, oder gesellschaftlich in Berlin, in Kiel oder in Norwegen mit Annäherungsgedanken spielte oder aber ernsthaft auf ihre Verwirklichung hoffte. Kurz nach der Jahrhundertwende schrieb der erste politische Journalist Frankreichs, André Tardieu, in dem damals der Regierung sehr nahestehenden „Le Temps": Frankreich könne sich bereit finden lassen, mit dem Deutschen Reiche diplomatisches Kleingeld auszutauschen und die eine große trennende Frage zurückzustellen. Diese Frage bleibe immer. Als Ende der neunziger Jahre der russische Zar seine Einladungen zur Beschickung der ersten Haager Konferenz behufs Abrüstung ergehen ließ, stellte sich die französische Regierungspresse auf den Standpunkt, daß vorher der Frankfurter Friede revidiert werden müsse, sonst sei Frankreich für Abrüstungsgespräche nicht zu haben. Als im Burenkriege von der russischen Regierung in Berlin eine große Festlands-Koalition gegen Großbritannien angeregt wurde, verlangte Fürst Bülow zuvor Anerkennung des Frankfurter Friedens oder des deutschen Gebietsbestandes durch Frankreich. Die Anerkennung wurde nicht geleistet und die Forderung als schlechter Scherz betrachtet. Fürst Bülow hat die französische Mentalität in diesem Punkt immer richtig gewürdigt und allen Versöhnungsphrasen und Versöhnungswünschen mit klarsehendem Mißtrauen gegenübergestanden.

Delcassé übernahm im Jahre 1898 das Ministerium des Auswärtigen mit dem festen Programm, ein Einverständnis mit Großbritannien zu erreichen. Er benutzte die Faschoda-Krisis und ihre Folgen, um reinen Tisch mit allen kolonialen Streitfragen zwischen den beiden Mächten zu machen. Das gelang in dem Marokko-Abkommen von 1904 und in dessen geheimen Zusätzen. Delcassé schuf damit wohl eine neue politische Tatsache, aber der Gedanke war für die politische Welt Frankreichs keineswegs neu. Man hatte früher schon, und zwar auf beiden Seiten des Ärmelkanals, wiederholt Annäherung und Einverständnis angestrebt, aber

nicht erreicht, hauptsächlich dank der Wachsamkeit Bismarcks und weil nicht genügend Reibungsflächen zwischen Deutschland und Großbritannien gewesen waren, sowie schließlich wegen der eigenen Nebenbuhlerschaft mit Großbritannien im Mittelländischen Meere. Diese war zugleich mit Faschoda ein für alle Male erledigt. Vor der englischen Drohung damals wich man zurück, und Frankreich gab vor der Welt zu, daß es nicht imstande sei, in einer Streitfrage mit Großbritannien durchzuhalten. Damit war auch endgültig die ägyptische Frage im britischen Sinne entschieden. Vorhergegangen war die Einigung der beiden Mächte mit und über Italien. Frankreich und Italien hatten im Jahre 1898 das erste und 1902 das zweite Abkommen geschlossen. Italien erhielt die französische Zustimmung zu einer Aneignung Tripolitaniens, freilich ohne Terminbestimmung, sozusagen grundsätzlich.

Gelegentlich des französischen Flottenbesuches von 1903 hielt König Viktor Emanuel eine Rede und pries die „glücklich vollendete Annäherung Italiens und Frankreichs". Die Kehrseite bildete eine entsprechende, wenn auch formal nicht faßbare Entfernung Italiens vom Boden des Dreibundes. Durch die italienisch-französische Annäherung, durch die Unterwerfung Frankreichs im Mittelländischen Meere und an dessen Küsten war für Großbritannien in der Tat jeder Grund gegen eine intime Annäherung mit Frankreich weggefallen, zugleich auch einer der Hauptgründe für Großbritannien, in einem freundlichen Verhältnisse zum Dreibunde als solchem ein Bedürfnis zu erblicken. Dieser Hauptgrund hatte in dem Bestreben bestanden, mit dem Dreibunde den Zustand im und am Mittelländischen Meere gegen etwaige französische Einflußgelüste zu gewährleisten. Deshalb hat es einmal eine Zeit gegeben, wo in London und Berlin ernsthaft über einen Anschluß Großbritanniens an den damals flottenlosen Dreibund gesprochen wurde.*) Ganz kurz ausgedrückt, Frankreich erhielt die Möglichkeit eines intimen Verhältnisses zu Großbritannien durch Verzicht im Mittelländischen Meere und in der Kolonialwelt und durch Unterwerfung unter Großbritannien in allen auswärtigen Fragen, die Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten sein konnten. Seine Rolle war also von vornherein eine dienende. Frankreich hatte seine Freiheit dem Rachegedanken und Elsaß-Lothringen zum Opfer gebracht. Um die Jahrhundertwende waren das noch Hoffnungen Delcassés und seiner Freunde. Die Verwirklichung kam erst, als in Großbritannien der neue politische Kurs einsetzte.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begann Großbritannien seine isolierte Stellung steigend als nachteilig zu empfinden. Dazu

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik, „Die Lücke im Dreibunde", S. 9 ff.

gaben wohl mit in erster Linie die Verhältnisse im fernen Osten Anlaß, wo unmittelbar nach dem japanisch-chinesischen Kriege Deutschland, Frankreich und Rußland in gegenseitigem Einverständnisse vorgegangen waren. Es kamen hinzu die angedeuteten Reibungen mit Frankreich, solche mit Rußland in Mittelasien und in Verbindung damit die russische Gefahr für Indien. An die erste vorteilhafte Freundschaft mit Deutschland während der Caprivi-Jahre hatte sich eine Periode der Entfernung, wenn nicht Entfremdung angeschlossen. In Südafrika spitzten sich die Dinge zu, ein deutsches Interesse an der Unabhängigkeit der Burenstaaten war ebensowenig zu leugnen, wie dessen Berechtigung.*) Politische und öffentliche Betätigung dieses Interesses aber bedeutete von einem gewissen Grade an ein von vorn herein zum Mißlingen bestimmtes Unternehmen. Die Krüger-Depesche kam und brachte die ganze jahrelang verhaltene Wut des britischen Volkes zum pöbelhaften Ausdruck. Diese Wut lag aber auf einem anderen Gebiete, nämlich auf dem der Handelseifersucht.**) Man fand den Deutschen überall in der Welt als Wettbewerber, und zwar meist als einen erfolgreichen und immer als einen sehr unbequemen. Das ungeheure Wachsen der deutschen Industrie und ihrer Leistung nach Qualität und Quantität, die ständig sich mehr ausbreitende Schiffahrt und das deutsche Auftreten auf allen Märkten der überseeischen Welt und das Eindringen in sie, das alles erfüllte den Briten mit der ihm überlieferten haßerfüllten Eifersucht, gipfelnd in dem Worte „Germaniam esse delendam". Das war in der Tat kurz nach Mitte der neunziger Jahre das britische Volksempfinden: die Handelseifersucht.

Im letzten Jahrfünft des alten Jahrhunderts war nun die Lage Großbritanniens nicht so, daß die damals leitenden Staatsmänner und die Mehrheit des Parlaments einen feindlichen oder zum Feindlichwerden bestimmten Gegensatz gegen das Deutsche Reich gewünscht hätten. Man sah, daß die Dinge in Südafrika zur Entscheidung trieben und getrieben werden mußten, wenn man, wie es Tatsache war, dort zum Ziele der britischen Oberherrschaft gelangen wollte. Die Beziehungen zu Frankreich und Rußland waren, wie geschildert, ungünstig, die Pläne Rußlands im fernen Osten waren bedrohlich. Es schloß sich aus, daß man Frankreich in diesem Sinne gegen den russischen Bundesgenossen gewinnen könne. Wie der spätere Verlauf des Burenkrieges gezeigt hat, hatte man in London die Schwierigkeiten des Unternehmens, seinen Umfang und die Größe der nötigen Opfer sehr unterschätzt. Auf alle Fälle war es aber

*) Vgl. a. a. O. S. 71.
**) Vgl. a. a. O. S. 87.

unbehaglich, ohne irgend eine nähere Vereinbarung mit einer der drei festländischen Großmächte in den Krieg hineinzugehen. So kam nur das Deutsche Reich in Betracht. Man sah das damalige, etwas kindliche Drängen Deutschlands nach sichtbarer Geltung in der Welt und Übersee. Man wußte auch, daß Deutschland in Ermangelung einer Seemacht über keine Mittel verfügte, diese Ziele zu erreichen. Schließlich kam, und das war wahrscheinlich entscheidend, der altbritische Gedanke, der übrigens ein bewährt kaufmännischer ist, dazu: sich mit dem Konkurrenten, ehe er zu stark wird, zu verbinden, ihn so selbst zu binden, unselbständig, verletzlich und so unschädlich zu machen. Sobald das Geschäft, sei es im kleinen, sei es im größten Maßstabe, wie hier für den Briten in Betracht kommt, überwindet er mit Selbstverständlichkeit etwaige frühere Erbitterung, überhaupt alles, was nach Gefühlen aussieht, und legt es in die Schublade, vielleicht für kurze Zeit, vielleicht für lange, aber immer fertig zum Gebrauch. So war es auch hier. Die britische Presse ließ wie bisher zum großen Teile jedenfalls ihrer Wut gegen das Deutsche Reich freien Lauf, aber die britischen Staatsmänner, an erster Stelle Chamberlain, begannen ein entschlossenes Annäherungsmanöver, mit dem Ziele, Deutschland zu einem Bündnisse zu bewegen. Das erste derartige Angebot erfolgte im März 1898. Dieses Datum und die folgenden Zeitangaben entnehme ich dem Buche von Geheimrat Hammann.*) Hammann bestätigt die in meinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik" dargelegte Auffassung, daß diese und die späteren englischen Bündnisangebote von Bülow zurückgewiesen wurden, weil der damalige Staatssekretär und spätere Reichskanzler die Hände freibehalten wollte. Bülow hielt es für nachteilig, sich von Großbritannien in Gegensatz zu Rußland bringen zu lassen und ebenfalls, sich in die britische Umarmung zu begeben. Hammann, der jene Periode aus nächster Nähe in der Wilhelmstraße miterlebt hat, teilt mit, daß Bülow zunächst anregte, sich über Einzelfragen zu verständigen. Das geschah in Gestalt der drei Abkommen: Herbst 1898 des sogenannten Angola-Vertrages, 1899 des Samoa-Vertrages, 1900 des Yangtse-Abkommens. Bülow hat diesen Standpunkt auch im Reichstage verschiedentlich betont. So sagte übrigens Bülow im Winter 1898 im Reichstage: „Was unser Verhältnis zu England angeht, so möchte ich heute darüber nur dies sagen — damit glaube ich aber eine ganze Menge zu sagen — daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammengehen können und gern mit England zusammengehen, ohne Schädigung unter voller Wahrung anderweitiger wertvoller Beziehungen."

*) Der neue Kurs. Berlin 1918, Reimar Hobbing.

Er wollte sich nicht durch ein Bündnis mit Großbritannien für die gesamte Politik, für die Wirtschaft und für die Rüstungen binden lassen, sondern die Bindungen auf Einzelfragen und Einzelfälle beschränken, ebenfalls mit Einigung von Fall zu Fall. Das war ein Standpunkt, den man auch heute noch als richtig anerkennen muß. Im einzelnen könnte es keinen besseren Beweis für die Richtigkeit des Bülowschen Standpunktes geben als die Geschichte des berühmten Angola-Vertrages. Fürst Bülow hat diesen wohl noch erheblich überschätzt. Der Vertrag bestimmte, daß Großbritannien und Deutschland die portugiesischen Kolonien in Afrika untereinander teilen würden, falls Portugal sie veräußern werde, sich auch über die Art der Teilung einig seien. Portugal befand sich in großer Geldverlegenheit, und so konnte das Abkommen nur bedeuten, daß die britische und die deutsche Regierung sich geeinigt hätten, die portugiesischen Kolonien bei nächster Gelegenheit zu kaufen und sich bei diesem Akte und nachher an Ort und Stelle einander diplomatisch zu unterstützen. Es lag in britischer Hand, das ganz abhängige Portugal zum Verkaufe zu veranlassen, seine Geldverlegenheiten sich mehren zu lassen oder sie zu beheben. Das letzte ist geschehen, die britische Regierung und Handelswelt wachten sorgfältig darüber, Portugal stets mit Anleihen derart zu unterstützen, daß der Vertrag nicht akut werden konnte. Als 1901 König Eduard unmittelbar nach seiner Thronbesteigung den portugiesischen Hof besuchte, erklärte er in seiner Rede: die beiden Länder möchten Seite an Seite weiterwandeln und durch Einmütigkeit der Handelspolitik gemeinsam beitragen „zur Ausdehnung des Handels in unseren beiden Ländern und in unseren Kolonien, deren unangetastete Aufrechterhaltung der Gegenstand meiner teuersten Wünsche und meiner Bestrebungen ist". Das war eine scharf gegen die deutsche Regierung gerichtete öffentliche Entwertung des Abkommens. Wie sich dieses Abkommen und seine tragikomische Geschichte dann im Laufe der Jahre weiterentwickelt hat, ist nicht zu bezweifeln, daß es von britischer Seite niemals ernst gemeint gewesen ist, sondern blenden sollte. Vom Samoa-Abkommen ist vollends zu schweigen, denn es bedeutete eine Übervorteilung Deutschlands, auf welche man selbst im Zeichen der damaligen Annäherung weder hätte eingehen sollen, noch es gebraucht hätte, so wenig Bedeutung man dem Gegenstande des Abkommens an sich auch beilegen mochte.

Im Jahre 1900 folgte das sogenannte Yangtse-Abkommen*). Darin vereinbarten die beiden Mächte, daß die chinesischen Häfen wirtschaftlich allen Nationen offen bleiben sollten. „Die beiden Regierungen

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik, S. 162.

wollen dies ihrerseits für alles chinesische Gebiet beobachten, wo sie einen Einfluß ausüben können." Die beiden Regierungen wollten keine territorialen Vorteile in China, sondern die Erhaltung des Gebietsstandes usw. Hiermit glaubte Großbritannien die deutsche Politik in Ostasien zu seinen Gunsten und gegen Rußland festgelegt zu haben. In England wurde das Abkommen mit Befriedigung begrüßt. Nachdem die Boxerunruhen in China zu Ende waren und die Mächte ihre Truppen von dort zurückzogen, zeigte sich, daß Rußland die Mandschurei nicht räumte. Es kam darüber mit China zu einem Notenwechsel. In Großbritannien verfolgte man die Angelegenheit mit Spannung und Sorge. Im Unterhaus gab ein Vertreter der großbritannischen Regierung auf eine Anfrage die Antwort: Man widme der Angelegenheit ernsteste Aufmerksamkeit, sie sei Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen den Mächten. Diese Verhandlungen betrafen in der Hauptsache die Frage eines Protestes gegen das russische Verbleiben in der Mandschurei. Die Deutsche Regierung erklärte, daß das Yangtse-Abkommen sich nicht auf die Mandschurei beziehe, und es könne uns ganz gleichgültig sein, was aus der Mandschurei würde. Fürst Bülow sagte, daß schon während der Verhandlungen, die zum Abschluß des Abkommens geführt hatten, die deutsche Vertretung sich in gleichem Sinne geäußert habe. Der großbritannische Premierminister bestritt das, und der Staatssekretär des Äußeren bestritt es ebenfalls. Aus dem ablehnenden, für die russischen Pläne in Ostasien günstigen deutschen Standpunkt erwuchs eine tiefe Verstimmung in Großbritannien. Man hatte den Hauptzweck des Abkommens mit Deutschland nicht erreicht. Die Politik der freien Hand des Fürsten Bülow hatte sich nicht fangen lassen. Anderseits hatten die britischen Staatsmänner sich getäuscht, ohne mit tatsächlicher Berechtigung dem Deutschen Reichskanzler etwas vorwerfen zu können. Die große politische Entscheidung, welche in dieser deutschen Stellungnahme zum Abkommen und zur Mandschureifrage enthalten war, bedeutete die Ablehnung des Deutschen Reiches, der ostasiatischen Politik Rußlands entgegenzutreten und die britische Gegnerschaft zu stützen oder Rußland sonst irgend hindern zu wollen. Gerade die russische Ostasienpolitik bildete die damals schwerste Sorge Großbritanniens; man sah die gesamte britische Stellung in Ostasien bedroht und hatte damit schließlich nicht Unrecht, vorausgesetzt, daß Rußland zu seinem Ziele gelangte. Das englisch-japanische Bündnis ging aus denselben Gedanken hervor. Auch hier sollte Deutschland zugezogen werden, aber die Bülowsche Politik konnte darauf aus den gleichen Gründen nicht eingehen.

Nach Hammann sind die Bündnisverhandlungen mit England, und zwar von englischer Seite ausgehend, nach jenem ersten Versuche im

Herbst 1898 mit dem Beginn des Jahres 1901 fortgesetzt worden. Besprechungen hätten stattgefunden gelegentlich des Begräbnisses der Kaiserin Viktoria in London zwischen den beiden Monarchen und den beiderseitigen Ministern und Reichskanzlern, nachher in Berlin und gelegentlich des Besuches des Königs von England in Wilhelmshöhe. Im Sommer 1901 sei von den englischen Staatsmännern ein gemeinsames Vorgehen in Marokko angeregt worden. Erst im Dezember 1901 seien die Verhandlungen überhaupt eingeschlafen, nachdem man in Berlin auch ein Zusammengehen mit England in Marokko abgelehnt hatte. Hammann drückt sich mit Vorsicht aus, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er jene Bülowsche Politik der Ablehnung eines gebundenen Zusammengehens mit Großbritannien mißbilligt.

In einem Teile der deutschen Presse ist es dem Fürsten Bülow besonders zum Vorwurfe gemacht worden, daß er ein Zusammengehen mit England in Marokko abgelehnt habe. Hierzu sagt Hammann mit Recht, Bülow habe in diesem Angebote nur einen Versuch gesehen, das Deutsche Reich gegen Frankreich vorzuschieben. Das ist in der Tat wohl Bülows Ansicht gewesen, und er hat damit auch die Absichten Großbritanniens erkannt. In Marokko hätte Deutschland nur unter dem Patronate Großbritanniens vorgehen können, nämlich auf dem Seewege. Darin lag die Abhängigkeit, Unfreiheit und Unberechenbarkeit eines solchen Unternehmens von vornherein enthalten. Daß Deutschland damals oder in weiterer Folge von Großbritannien freiwillig ein Stück Marokko, sei es als Kolonie, sei es als Einflußgebiet, erhalten haben würde, ist ausgeschlossen. Anderseits hätte die britische Politik ein Mittel gehabt, um jederzeit auf die deutsch-französischen Beziehungen ihrem Gutdünken gemäß einzuwirken, nach der einen wie nach der anderen Seite. Es wäre schlimmer als eine Abenteurer-Politik gewesen, sich auf den englischen Vorschlag einzulassen.

Als alle Versuche fehlgeschlagen waren, wandten sich die britischen Staatsmänner Frankreich zu.

Während des Großen Krieges und in der Nachfrage nach dessen Ursache hat man besonders auf der politischen Linken in Deutschland die Anklage erhoben, daß eigentlich jene Politik der Ablehnung eines Bündnisses mit England um die Jahrhundertwende, wie sie Fürst Bülow trieb und leitete, und wie sie der Deutsche Kaiser billigte, die Schuld am Kriege trage. Es ist anzunehmen, daß nach dem Kriege diese Anklagen noch wesentlich lauter erhoben werden. Der Verfasser dieser Schrift bleibt der entgegengesetzten Auffassung. Es kommt weniger darauf an, daß, wie Hammann sagt, und zwar richtig sagt, die Stimmung der beiden Völker der Bündnis-Idee entgegen war, und daß die Presse

beider Länder zum großen Teile einen erbitterten Kampf gegen die andere Macht führte. Das hätte überwunden werden können, jedenfalls in Deutschland.

In England war das im Sinne des Begriffes maßgebende Motiv die Handelseifersucht gegen das Deutsche Reich, die allgemeine Eifersucht und Besorgnis gegenüber der mit jedem Jahre und in jeder Beziehung wachsenden deutschen Kraft und Leistungsfähigkeit. Seit den Tagen der Königin Elisabeth ist es ein ausnahmslos betätigter britischer Grundsatz gewesen, immer die stärkste seefahrende Festlandmacht Europas als den Todfeind zu betrachten und zu behandeln. Das Deutsche Reich war die unbestritten stärkste Festlandmacht, es galt als durch den Dreibund noch stärker, und man betrachtete damals als außer Zweifel und mit Recht, daß der Dreibund einem Kampfe mit dem Zweibunde mit Zuversicht entgegensehen könne. Bei der Zunahme des deutschen Gedeihens und seiner in jeder Hinsicht sicheren Grundlage war es den Briten nicht zweifelhaft, daß die deutsche Wettbewerberschaft auf dem Gebiete der Produktion, des Handels, der Seefahrt und der Industrie immer schärfer werden würde. Es fehlte schon gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts auch im gemäßigten Lager in Großbritannien nicht an Stimmen, welche mehr oder minder offen aussprachen: es sei doch sehr ernsthaft zu überlegen, ob man verantworten könne, den deutschen Wettbewerber weiter erstarken zu lassen. Wie die Lage Großbritanniens damals war, ist dargelegt worden, auch das britische Verhältnis zu Frankreich und Rußland. Faßt man alles zusammen, ergibt sich, daß der britische Wunsch nach einem Bündnisse mit Deutschland zwei Haupturſachen hatte. 1. selbst aus der Vereinsamung herauszukommen und Deutschland als Bundesgenossen in Europa wie in Asien für die britischen Interessen zu brauchen, sich seiner als „Degen auf dem Festlande“ zu bedienen; 2. den gefährlichen, immer gefährlicher werdenden deutschen Bundesgenossen und Wettbewerber durch ein Bündnis oder jedenfalls ein intimes Verhältnis zu binden, unfrei zu machen und zur Verkümmerung zu bringen.

Um die Jahrhundertwende (14. Juni 1900) bewilligte der Reichstag in Deutschland jenes große Flottengesetz, das während der folgenden anderthalb Jahrzehnte die wesentliche Grundlage für die Entwicklung der deutschen Flotte geblieben ist. Hier sei dazu nur gesagt, daß Großbritannien damals die deutschen Flottenpläne ohne jede Beunruhigung betrachtete. Man spottete über ein so weit aussehendes papierenes Programm, man spottete über die deutschen Schiffstypen und noch über anderes mehr, glaubte auch nicht, daß Deutschland das Programm durchführen werde. Auf der deutschen Seite wußte man genau, daß das Programm durchgeführt werden würde. Man wußte, daß es ernst

gemeint war und die Grundlage eines großen politischen Gedankens bildete. Der Deutsche Kaiser, Fürst Bülow und Admiral Tirpitz sahen deshalb voraus, daß ein verbündetes Großbritannien in dem Augenblicke einer weiteren Entwicklung deutscher Seemacht Schwierigkeiten machen würde, wo das deutsche Flottenprogramm anfinge, ihm unbequem zu werden, sei es durch die Kosten der Vermehrung des eigenen Flottenbaues, sei es durch (subjektive) Notwendigkeit von Verschiebungen der verschiedenen maritimen Zentren, deren hauptsächliches damals im Mittelländischen Meere für Großbritannien lag.

Es war vorauszusehen und wurde vorausgesehen, daß bei einem Bündnisse zwischen Deutschland und Großbritannien der Verbündete des Deutschen Reiches einem weiteren stetigen Ausbau der Deutschen Wehrmacht zur See unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen, sie als unfreundschaftliche Handlung bezeichnen werde. Es stand auch fest, daß man für deutsche Flottenvermehrung dann niemals mehr eine Mehrheit im Deutschen Reichstage bekommen würde unter der Begründung der Ablehnung: man sei mit der größten Seemacht der Welt verbündet und habe zur See nichts zu fürchten, ebensowenig wie England einer großen Armee bedürfe. Großbritannien würde in allen überseeischen Fragen der Politik wie der Wirtschaft das Deutsche Reich in der Hand gehalten haben. Dieses wäre mit anderen Worten niemals dahin gelangt, eine selbständige Weltpolitik zu treiben, und hätte sich nicht einmal das Werkzeug ausbilden können, das allein eine solche Freiheit zu ermöglichen oder anzubahnen vermochte, nämlich eine Seemacht von entsprechender Stärke. Umgekehrt hätte darin auch im Bündnisverhältnisse selbst eine steigende Schwäche beruht: Deutschland wäre auf dem Festlande im Dienste Großbritanniens in immer schärfere Gegensätze zu den Mächten des Zweibundes hineingetrieben worden. Es hätte keine Wahl mehr gehabt und keine Möglichkeit, indirekt auf Großbritannien zu drücken. Der deutschen Politik hätten keine Trümpfe zur Verfügung gestanden, die bei britisch-deutschen Meinungsverschiedenheiten ausgespielt werden konnten.

Großbritannien befand sich in unvergleichlich günstigerer Lage. Die britischen Staatsmänner hatten die Hände voll von Trümpfen gegen einen etwa ungehorsamen Bundesgenossen, der über keine Flotte verfügte, wachsende überseeische Bedürfnisse hatte und auf dem Festlande von zwei mächtigen Feinden umgeben war. Wollte man sich den Fall denken, so hätte ein verbündetes Großbritannien eben diese beiden Festlandmächte immer gegen Deutschland ausspielen können, außerdem wäre im Falle der Auflösung des deutsch-britischen Bündnisses Deutschland erst recht der britischen Willkür preisgegeben gewesen, da es über keine Flotte

verfügte und vorher seine ganze überseeische Wirtschaft auf großbritannisches Wohlwollen hätte stellen müssen.

Wie man die Dinge mithin auch ansehen mag: ein deutsch-britisches Bündnis führte zu einer wachsenden Unsicherheit und Abhängigkeit des Deutschen Reiches. Ein gewissenhafter Staatsmann konnte nicht verantworten, diese Lage und noch dazu vertraglich herbeizuführen. Vielleicht läßt sich der Kern und das entscheidende Moment der Frage dahin zusammenfassen: Deutschland war ein mächtig aufstrebendes Land und Volk, Frankreich nicht. Deswegen konnte Frankreich einige Jahre nachher britischer Vasall werden und, ohne zu ersticken, bleiben. Das Deutsche Reich durfte es nicht, weil es darüber verkümmert oder letzten Endes in einen Konflikt, und zwar zur See, unvorbereitet und ebenso wirtschaftlich hineingetrieben worden wäre. Ein Land und Volk wie das Deutsche Reich konnte sich nicht durch ein Bündnis seine Zukunft verkrüppeln lassen, nur weil dem Anscheine nach zunächst die auswärtige Politik und ihre Handhabung dann bequemer gewesen sein würden. Auch Hammann, der schwerlich im Rufe eines Flottenfanatikers stehen dürfte, erklärt im Abschlusse seiner Besprechung über die gesteigerten Annäherungsversuche: „uns blieb neben diesem positiven Nachteil (der nachherigen französisch-britischen Annäherung) ein nicht zu unterschätzender negativer Vorteil zurück: der Bau der deutschen Kriegsflotte war der Gefahr entrückt, durch Rücksichten auf ein uns verbündetes England gehindert oder verlangsamt zu werden." Geheimrat Hammann hätte folgerichtig hinzufügen können, daß diese Gefahr nicht nur für den deutschen Flottenbau bestand, sondern in ebensolchem, vielleicht noch höherem Maße für die deutsche Weltwirtschaft mit jedem einzelnen ihrer Zweige und Gebiete. Hier lagen die eigentlich vitalen Punkte gerade für das britisch-deutsche Verhältnis. In dem britisch-französischen Verhältnisse waren sie nicht vorhanden. Da fanden sich wohl Reibungsflächen, hauptsächlich kolonialer Natur. Mit ihnen konnte reiner Tisch gemacht werden, und es geschah auch. Mit dem Deutschen Reiche war ein reiner Tisch dieser Art nicht möglich, denn da handelte es sich um das dynamische und wachsende Moment des Welthandels im weitesten Sinne und in weiterer Folge um dessen Schutz oder seine Schutzlosigkeit, um die Unabhängigkeit oder die Abhängigkeit.

Man konnte sich an den Fingern abzählen, daß einem mit dem Deutschen Reiche verbündeten Großbritannien der deutsche Wettbewerb auf den Weltmärkten ebensowenig bequem und erfreulich sein werde, wie wenn kein Bündnisverhältnis bestünde. Nicht minder klar war, daß der deutsche Wettbewerber einem verbündeten Großbritannien nicht günstiger gegenübergestanden hätte als einem nichtverbündeten, vom

wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus gesehen wie im Rahmen der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage mit ihren wirkenden Kräften.

Aus allen diesen Gründen erscheint es mithin oberflächlich und unrichtig, die deutsche Politik von damals anzuklagen, weil sie auf die britischen Bündnisversuche nicht eingegangen ist. Auch — vielleicht gerade — ein verbündetes Deutschland mußte für jeden Briten eine Macht sein, deren fortgesetztes Erstarken auf dem Festlande und Übersee unbedingt als unerträglich feindlich zu betrachten wäre. Diese Gesinnung, im Bündnisverhältnisse und durch dasselbe dem Deutschen Reiche gegenüber zur Geltung gebracht, ließ allen Vorteil auf der britischen, alle Nachteile Schwächen und Bindungen auf der deutschen Seite.

Es ist leicht ausgesprochen: Hätte man jene britischen Angebote angenommen, so würde der Krieg 1914 vermieden worden sein. Das bedeutet nichts als eine haltlose politische Betrachtung der Konjekturen und Kombinationen. Mit der gleichen, ja mit größerer Berechtigung könnte man folgern, daß ein deutsch-britisches Bündnis das Deutsche Reich früher oder später unter noch weit ungünstigeren Bedingungen in einen Daseinskrieg verwickelt oder aber es zur Führung eines solchen überhaupt von vornherein unfähig gemacht haben würde.

Der Weg des Deutschen Reiches war, nachdem es notgedrungen in die Weltwirtschaft eingetreten war, unter allen Umständen ein schwieriger und gefährlicher. Das begründete sich in dem schon erwähnten Elemente des Wachstums auf sämtlichen Gebieten. Geworden war das Deutsche Reich 1870/71 gegen den Willen und die Neigung der europäischen Mächte. Die Dauerhaftigkeit des Neubaues erschien den anderen Mächten an sich schon immer unbequemer, und als nun jenes ungeheuere, innere über den ganzen Erdball ausstrahlende Wachstum einsetzte, wurde das Reich, ohne es zu wollen, für alle der Gegner. Der Begriff „Gegnerschaft" ist nicht ohne weiteres im kriegerischen Sinne gemeint, wohl aber in dem eines Gegensatzes, einer Unbequemlichkeit, und zwar einer wachsenden. Fürst Bülow hat in seinem Buche: „Deutsche Politik" sich ausführlich über die Schwierigkeiten der deutschen Politik von damals verbreitet.*) Sie konnten nicht umgangen noch ausgeschaltet werden, sie mußten durchgemacht und überwunden werden. Die Lage des Deutschen Reiches war eben deshalb so schwierig und verwickelt, weil es als einzige der großen Festlandmächte das immer stärker werdende Lebensbedürfnis nach überseeischen Märkten und nach kolonialer Ausdehnung hatte. Jeder Schritt auf diesem Wege begegnete Großbritannien in ungleichem Kampfe, während auf dem Festlande das unheilbare Verhältnis mit Frankreich eine

*) Vgl. auch a. a. O. S. 270 f., 289.

Bindung der Politik und der Kraft und eine Gefahr, und Freundschaft mit Rußland oder Gegensatz zum Zarenreiche das gleiche auf der anderen Seite bedeutete. Dieser Kampf war ein so ungleicher, weil Großbritannien seit Jahrzehnten überall auf dem Erdballe in den Marktgebieten fest mit beiden Füßen stand, dort so gut wie überall auch einen unvergleichlichen, häufig unwiderstehlichen politischen Einfluß besaß und sich als Monopolbesitzer fühlte. Weichen mochte die großbritannische Politik und Wirtschaft nur den Vereinigten Staaten.

Man hat in Deutschland besonders während der letzten Kriegsjahre den Standpunkt hervorgehoben, daß Bismarck mit seiner Rußlandpolitik die russische Stärke weit überschätzt habe, auch Hammann bekennt sich zu diesem Standpunkte und meint, Bülow habe deshalb einen Anschluß an England nicht gewollt, weil er einen daraus erwachsenden Gegensatz zu Rußland gefürchtet hätte. Es ist in Wirklichkeit nicht anzunehmen, daß eine solche Überschätzung auf seiten Bülows vorhanden gewesen sei. Im Gegenteil hat die Annahme viel für sich, daß die russische Macht bei uns unterschätzt wurde. Die Erfahrungen des Krieges haben das vielfach erwiesen. Wäre eine solche Unterschätzung der russischen Kraft und vor allem der Wachstumsmöglichkeiten dieser Kraft nicht vorhanden gewesen, so würde man auch schwerlich die Lage Rußlands während des russisch-japanischen Krieges und nachher so unbenutzt gelassen haben, wie es geschehen ist. Umgekehrt war aber selbstverständlich, daß man größten Wert auf ein gutes Verhältnis mit dem russischen Nachbarn legen mußte, welchem eine lange Landgrenze mit dem Deutschen Reiche gemeinsam war.

Es ist nicht bekannt, ob der folgende Gesichtspunkt dem Fürsten Bülow und der damals im Auswärtigen Amt wesentlich maßgebenden Kraft, Herrn von Holstein, von wesentlicher Bedeutung gewesen ist. Tatsächlich hätte er ausschlaggebend sein müssen. Man setze den Fall: Großbritannien und das Deutsche Reich wären in enge Beziehungen miteinander gekommen, so würde für Deutschland gleichwohl nie ein Gefühl der Sicherheit und Freiheit, auch nicht auf dem Festlande, haben aufkommen können. Seine Festlandspolitik wäre durch Großbritannien festgelegt und gerichtet worden, ebensowohl gegen Rußland wie den Orient. Jeder deutsche Versuch, sich diesem Zwange zu entwinden, würde mit einem Gegenzuge des britischen Verbündeten beantwortet worden sein, und das Deutsche Reich wäre nach Maßgabe der dann vorhandenen Lage der Unterlegene gewesen. Die ungeheuere politische und diplomatische Überlegenheit Großbritanniens bestand dann immer darin, daß es Deutschland in jedem Augenblick verlassen und als Bundesgenosse aufgeben konnte, in der Gewißheit, sofort die Nebenbuhler des Deutschen

Reiches auf dem Festlande zu gewinnen. Man mußte aus der Geschichte Großbritanniens wissen, daß es stets der unzuverlässigste Bundesgenosse für die Festlandmächte, für welche auch immer, gewesen ist, und daß die britische Staatsmannschaft nie gezögert hat, einen ihrer Ansicht nach gegebenen Zeitpunkt zu benutzen, um eine bis dahin befreundete oder verbündete Macht als Gegner zu behandeln. Die Aufgabe der Leiter des Deutschen Reiches war um die Jahrhundertwende, eine neue Periode weltwirtschaftlicher Betätigung des Reiches zu ermöglichen und soweit als tunlich zu sichern. Diesem Gedanken diente der Entschluß, eine deutsche Schutzflotte zu schaffen.

Die Notwendigkeit dieses Entschlusses und deshalb auch seiner Durchführung lag zutage. Über die Folgen beider konnte man zu Berlin nicht in Zweifel sein, ist es auch nicht gewesen. Fürst Bülow sagt in seinem sonst vielfach anfechtbaren Buche „Deutsche Politik“: man habe die Flotte mit dem Auge auf England gebaut. Das ist richtig, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Die Wirkung des Flottenbaues auf die großbritannische Stimmung und Politik dem Deutschen Reiche gegenüber ist immer außerordentlich überschätzt worden, jedenfalls während der ersten zehn Jahre des neuen Jahrhunderts. Da erst übte die Flottenvermehrung eine gewisse Wirkung, aber hauptsächlich in dem Sinne, daß die britische Regierung sich durch die Erhöhung der Kosten für den britischen Flottenbau beschwert fühlte, für welche sie den deutschen Flottenzuwachs verantwortlich machte. Aber selbst der letzte deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, der ganz von englischem Gesichtspunkte dachte, es wenigstens versuchte, und mit englischen Augen zu sehen bemüht war, betont in seiner später zu erwähnenden Denkschrift ausdrücklich, daß der deutsche Flottenbau für die Stimmung zwischen den beiden Ländern, besonders auch den Regierungen, nicht von entscheidender Bedeutung gewesen sei.

Während des ersten Jahrzehntes des deutschen Flottenbaues war die Stärke der deutschen Seemacht eine unbeachtliche Größe. Weil die Deutschen aber Reklame und Lärm mit den Flottenplänen machten, so benutzte man in Großbritannien nicht nur, sondern in der ganzen angelsächsischen und angelsächsisch beeinflußten Welt den deutschen Flottenplan als einen willkommenen Propagandastoff gegen das Deutsche Reich und Volk. Man wäre töricht gewesen, es nicht zu tun. Anderseits war, von Übertreibungen abgesehen, eine nicht zu umgehende Notwendigkeit, in Deutschland für den Flottengedanken öffentlich Stimmung zu machen. Das war ein notwendiges und im Vergleiche zum Fortbestehen deutscher Flottenlosigkeit bei weitem das kleinere Übel. Die deutschen Flottenpläne bildeten für die britische Hetze nur den Vorwand.

Die Politik der freien Hand des Fürsten Bülow war mithin an sich richtig, von welcher Seite man sie auch betrachten mag. Großbritannien brauchte kein Deutsches Reich als Bundesgenossen von anerkannter und praktischer Gleichstellung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Großbritannien brauchte etwas ganz anderes, nämlich einen Vasallen auf dem Festlande, eine Macht, deren Politik und Kraft von London aus maßgebend und dauernd beeinflußt und benutzt wurde. So ist es mit Frankreich und in weiterer Folge mit Rußland geworden. Das Hauptziel der britischen Staatskunst und das im ganzen Britentume mit jedem Jahr brennender empfundene Bedürfnis war: das Deutsche Reich „unschädlich" zu machen, so oder so, mit Gewalt oder mit List, durch Zerschlagen oder durch Zersetzen. Selbstverständlich brachte König Eduard keinen in Einzelheiten bis zum Endziel ausgearbeiteten Plan mit, und ebensowenig sind der damalige Minister des Auswärtigen, Lansdowne, und nach ihm Grey doktrinär genug für ein solches Verfahren gewesen. Der Engländer arbeitet praktisch, von Fall zu Fall immer bereit, heute die eine und morgen die entgegengesetzte Methode anzuwenden. Nur der große Hauptgedanke und das Endziel bleiben ihm fest.

So war man in London, bereits bevor die Besprechungen mit dem Deutschen Reiche wegen eines Bündnisses sich zerschlagen hatten, entschlossen, bei Eintreten dieses Falles mit Frankreich zu einem Abkommen zu gelangen. Wollte Deutschland sich nicht durch die bundesbrüderliche Umarmung lähmen und schwächen lassen, so war es der Feind. Den Briten war nicht unbekannt, daß Frankreich alles unter dem Gesichtswinkel des Rachegedankens sah und daß dieser, wenn er einmal eine Zeitlang schlummerte, mit Leichtigkeit erweckt und in Frankreich herrschend gemacht werden konnte.

Bülows Marokkopolitik.

Das sogenannte Marokko-Abkommen zwischen Großbritannien und Frankreich gab Frankreich im Geheimvertrage Anwartschaft auf Eroberung Marokkos im geeigneten Augenblicke und freie Hand im Vorgehen. Der damalige französische Außenminister Delcassé faßte von Anfang an die Vereinigung mit Großbritannien unter dem Gesichtspunkte des Rachegedankens und seiner Verwirklichung auf. Man hat diesen Mann merkwürdigerweise deutscherseits als nicht ernst zu nehmen bezeichnet und über ihn gespottet. Delcassé war aber ein Staatsmann, der genau wußte, was er wollte, und in der Wahl seiner Mittel geschickt. Es kann als außer Zweifel stehend angesehen werden, daß Delcassé seine Politik und deren Endziel mit König Eduard und dessen Staatsmännern verein-

bart hat. Er wird sich ebensowenig Illusionen darüber gemacht haben, daß man nicht von heute auf morgen zum Ziele gelangen könnte. Als er aber in gewollter Rücksichtslosigkeit das Marokkoabkommen von 1904 der deutschen Regierung trotz der erheblichen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko nicht zur Kenntnis gab, wußte er wohl, was er tat, und diese Brüskierung Deutschlands war keine Ungeschicklichkeit Delcassés, sondern ein überlegter politischer Akt. Seine Tragweite war in London bekannt, außerdem gebilligt worden; das letztere ist angesichts der Stellung Frankreichs und seiner Staatsmänner zu Großbritannien selbstverständlich.*)

Im Sommer 1905 kam es zur deutsch-französischen Marokkokrisis. Sie führte zunächst den Sturz Delcassés herbei, weil der Ministerpräsident, Rouvier, und der Kriegsminister wie der Marineminister das Experiment eines Krieges nicht wagen wollten, obgleich Delcassé ihnen die berühmte Depesche Tittonis zeigen konnte: er wisse genau, daß Deutschland gegen Großbritanniens Willen den Franzosen keinen Krieg machen werde. Delcassé fiel, und das Experiment war somit zunächst mißlungen. Sofort aber stellte sich die britische Staatskunst hinter die französische Regierung und stärkte ihr den Rücken. Die Konferenz von Algeciras, welche Fürst Bülow — wie er auch nachher noch unbegreiflicherweise verteidigt hat — mit aller Anstrengung angestrebt hatte, wurde eine deutsche Niederlage und mußte es werden. Das ist keine Weisheit ex post, sondern es ist schon im Sommer 1905 vorausgesagt worden, daß diese Konferenz nur zur Majorisierung des Deutschen Reiches führen werde oder aber zum Kriege. Während der Konferenz fanden verschiedene Male Krisen statt. Sie ließen das Scheitern dieser internationalen Veranstaltung beträchtlich über dem Horizonte erscheinen und damit die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Das Deutsche Reich gab jedesmal nach. Auch der damals viel gepriesene österreichisch-ungarische Vermittlungsvorschlag auf der Konferenz war nichts weiter als eine Brücke für den Rückzug der deutschen Diplomatie. Diese Rückzüge mußten nach dem drohenden Verhalten der deutschen Regierung im Sommer 1905 um so ungünstiger wirken. Die Franzosen sagten sich, es sei damals gar nicht nötig gewesen, Delcassé stürzen zu lassen, denn zu Algeciras habe sich klar gezeigt, daß das Deutsche Reich 1905 im Sommer nur habe bluffen wollen. Prüfen wir rückschauend die damalige Lage, so ist klar, daß alle Bedingungen im Sommer 1905 für das Deutsche Reich günstiger waren als $^3/_4$ Jahre später. Zu Algeciras waren Frankreich und Großbritannien in viel intimerer Verbindung als vorher, man war entschlossen, unter allen Umständen standzuhalten. Zur Zeit von

*) Vgl. über die Entwicklung der Marokko-Angelegenheiten a. a. O. S. 255 ff.

Delcassés Sturz lagen die Dinge anders, Frankreich befand sich in Unbereitschaft und in völliger Überraschung. Die damalige Zielosigkeit der deutschen Politik zeigt sich besonders klar in diesem Vergleiche. Auf die Frage, was die deutsche Politik damals gewollt habe, ist eine schlüssige Antwort nicht zu geben. Was sie tat, läßt sich leichter sagen: sie zeigte sich in ihrer Schwäche. Das war die Lehre des Marokkojahres für unsere Feinde von später. Sie haben dieselbe in der Folge mit Geschicklichkeit und Folgerichtigkeit zu benutzen verstanden. Der Sturz Delcassés wurde seinerzeit als ein Beweis der Überlegenheit der deutschen Diplomatie bei uns gepriesen. Was damals hinter den Kulissen sich abgespielt hat, wissen wir nur noch unvollkommen. Es heißt aber, daß in der Zeit der Krisis eine Persönlichkeit der internationalen Finanzwelt in Paris wissen ließ, daß das Deutsche Reich nicht daran denke, den Krieg zu wollen. So hätte man im prägnantesten Augenblicke das eigene Druckmittel entwertet und der französischen Regierung für später den Rücken gestärkt. Aus der Marokkoperiode stammt die französische Redewendung: das Deutsche Reich, insbesondere dessen Leitung, gehöre zu den Hunden, die bellen aber nicht beißen. Diese Meinung vertiefte sich im Laufe der folgenden Jahre und wurde beinahe allgemein. Der Gedanke König Eduards, das Deutsche Reich durch Druck und Drohung womöglich ohne Krieg zum Willen der Koalition zu zwingen, so schließlich nach dem Worte „avilir puis démolir" den mitteleuropäischen Zweibund und das Reich zu zerrütten, wurde durch das deutsche Verhalten während der Marokkokrisen gestärkt. Das war verständlich, denn die deutsche Politik hatte gedroht ohne den ernsthaften Willen, die Drohung gegebenenfalls auszuführen, sie hatte Schwäche, Unentschlossenheit und die Neigung, auf Illusionen zu bauen, gezeigt.

Der eigentliche Zweck und Grundgedanke der Bülowschen „Marokkopolitik" ist gewesen, Großbritannien und Frankreich zu trennen. Als Delcassé gefallen war und in den nachfolgenden Monaten triumphierte die der Deutschen Regierung nahestehende Presse: nun sei der Augenblick gekommen, die unnatürliche Vereinigung zwischen Großbritannien und Frankreich zu trennen. Der Grundirrtum der Bülowschen Politik lag mithin in der Unterschätzung der Bedeutung und damit der Festigkeit der britisch-französischen Einigung. Zu Berlin hielt man sie offenbar in der Hauptsache für das, wofür sie ausgegeben wurde, nämlich für eine Schlichtung aller kolonialen Fragen zur Beseitigung der Reibungsflächen zwischen den beiden Mächten. Gewiß war die Sache auch so betrachtet von hoher politischer Bedeutung, aber es fehlte bei weitem das wichtigste Element: die grundsätzliche und grundlegende Neubestimmung der Politik Großbritanniens. Diese Neubestimmung ist ein Ereignis

von weltgeschichtlicher Bedeutung und von entscheidender Tragweite gewesen. Daraus ergab sich, daß Großbritannien seinen ganzen mächtigen Einfluß aufbieten würde, um das neugewonnene Frankreich an seiner Seite zu halten. Damals, nachdem in England die liberale Partei im Wahlkampfe gesiegt hatte, sagte Grey, der einige Monate später das Amt des Staatssekretärs antrat: „Die drei Hauptpunkte unserer auswärtigen Politik sind die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das Bündnis mit Japan und das Abkommen mit Frankreich. Es ist jedoch wünschenswert, daß Rußland seine Stellung im Rate Europas wieder erhalte. Ich kann Rußland nicht erwähnen, ohne auf Deutschland Bezug zu nehmen: es muß die Bedingung jeder Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und uns sein, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ebenfalls gerechte und gute sind." Greys Vorgänger, der damals noch im Amte befindliche Lord Lansdowne, bezeichnete in einer Rede Deutschland als den allgemeinen Störenfried, Deutschlands Politik als gegen Großbritannien gerichtet und nannte den Deutschen Kaiser einen „listigen Potentaten", der England überall auf der Erde Verlegenheiten zu schaffen und sie dann auszubeuten suche.

In Großbritannien pflegt man den Weg klar vor sich zu sehen und weiß, daß, wenn nicht zwingende Gründe unerwartet und plötzlich auftreten, Stetigkeit die Hauptbedingung einer guten Politik ist. Der deutsche Bluff in der Marokkofrage und dessen Bloßstellung konnte die britische Zuversicht, Frankreich an sich gefesselt zu halten, nur erhöhen und in Frankreich selbst die Hoffnung stärken, daß das Ziel der Rückgewinnung Elaß-Lothringens keine Utopie sei. In der Tat fällt es heute schwer, sich vorzustellen, auf Grund welcher Argumente man sich in Berlin dachte, daß die Franzosen sich durch die deutsche Aktion zu einer Trennung von Großbritannien veranlaßt fühlen würden. Frankreich wußte sich der britischen Hilfe sicher, und Delcassé war der Ansicht des italienischen Außenministers Tittoni gewesen: „Deutschland wird nie wagen, Sie anzugreifen, wenn Sie mit England verbündet sind." Nach seinem Sturze verkündete Delcassé der Öffentlichkeit, daß schon damals eine Konvention für den Krieg geschaffen worden war und daß Großbritannien für den Kriegsfall mit Deutschland die Landung von hunderttausend Mann auf Jütland bindend in Aussicht genommen hätte. Wir wissen nicht, inwieweit man in Deutschland vorher darüber unterrichtet gewesen ist, und ob sich vielleicht auf diese Kenntnis der diplomatische Rückzug Deutschlands, denn um einen solchen handelte es sich im Herbst 1905 und nachher, zurückgeführt hat. Hat die deutsche Diplomatie gedacht, Großbritannien werde Frankreich im Stich lassen oder Frankreich werde in sinnloser Angst in Berlin bitten, von einer Vernichtung Frankreichs

abzusehen, man wolle ja alles tun, was verlangt würde, man würde Freund, Bundesgenosse und Vasall werden und den Frankfurter Frieden anerkennen? Auf der anderen Seite benutzte die deutsche Regierung aber nicht die Gelegenheit, mit Frankreich einen Sondervertrag über Marokko zu schließen, sondern bestand auf der Berufung einer internationalen Konferenz. Die Sonderbesprechung hätten die Berliner Staatsmänner haben können, sogar sicher kurz nach Delcassés Rücktritt. Später hat man erklärt, Sonderverhandlungen seien nicht möglich gewesen, denn sie würden dem Vertrag von Madrid von 1881 zuwidergelaufen sein. Von einem realpolitischen Standpunkte läßt sich dieser Einwand nicht anerkennen, denn was auf dem Spiele — nicht Marokko — stand, war viel zu bedeutend. Daß man, damit nicht von den anderen Madrider Vertragsmächten Einspruch erhoben würde, die formale Korrektheit vorzog und noch nachher mit ihr das gesamte politische Verhalten rechtfertigen wollte, zeigt lediglich, daß in Berlin die gesamte Lage und die in ihr treibenden Kräfte verkannt wurden. Dazu kam die Unterschätzung der Franzosen und ihres Scharfblickes für die Natur der Verhältnisse in Deutschland.

Die Berichte der belgischen Gesandten während der Jahre 1905 bis zum Juli 1914 verdienen hier über die Abschließung des britisch-französischen Abkommens und die Marokkokrisis 1905/06 gehört zu werden.

Der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, schreibt Anfang Februar 1905, also am Vorabend von Tanger, das Folgende:

„Die Feindseligkeit der englischen Öffentlichkeit gegenüber dem deutschen Volke ist schon ziemlich alt. Sie gründet sich, wie es scheint, auf Eifersucht und Furcht. Auf Eifersucht angesichts der wirtschaftlichen und handelspolitischen Pläne Deutschlands, auf Furcht in dem Gedanken, daß die Vorherrschaft zur See, die einzige, die England für sich in Anspruch nehmen kann, ihm vielleicht eines Tages von der deutschen Flotte streitig gemacht werden könnte. Diese Vorstellungen werden noch von der englischen Presse, unbekümmert um nationale Verwickelungen, genährt, und ein Seitenhieb auf den ehrgeizigen Kaiser und die geheimen Treibereien seines Kanzlers findet unfehlbar immer den Beifall der Menge.

„Stoß erzeugt Gegenstoß, und so kann man eine entsprechende Verbitterung bei den deutschen Schriftstellern und Journalisten feststellen. Neulich stieß Dr. Paasche einen Warnungsruf aus auf die Kunde hin, daß die englische Admiralität das Geschwader, welches bisher im Mittelmeer stationiert war, in der Nordsee zusammenziehen wolle, und fand darin den Beweis, daß es für das Londoner Kabinett keinen anderen Feind in Europa gebe als Deutschland. Letzte Woche hat der Zivillord

der Admiralität, Herr A. Lee, bei einem Festessen die von der Regierung kürzlich eingeführten Reformen gelobt, die es erlaubten, den ersten Streich zu führen, ehe der Gegner fertig sei, ja sogar, ehe der Krieg erklärt sei. Er fügte hinzu, daß sich die Wachsamkeit der Admiralität hauptsächlich auf die Nordsee zu erstrecken habe.

„Diese Sprache hat in Deutschland großes Aufsehen erregt. Man versucht daher, den Riß wieder zu verkleistern, und behauptet hier, daß die Rede des Herrn Lee falsch ausgelegt worden sei, denn die beiden Regierungen stehen auf gutem Fuß und wollen dies auch bleiben; aber der chauvinistische Geist verbreitert sich im englischen Publikum, und die Zeitungen führen allmählich die öffentliche Meinung irre, die schon so weit gebracht worden ist, daß sie Deutschland nicht mehr das Recht zuerkennt, seine Seestreitkräfte zu vermehren, und in seinem Marinebudget eine Herausforderung Englands erblickt."

Dieser Gesandte sieht die Dinge zum Teil ja mit englischen Augen an, wenn er auch im ganzen den eigentlichen Grund des britischen Hasses, die Eifersucht, erkennt. Eine Furcht vor der deutschen Flotte in Zukunft war in England nur da vorhanden, wo eine verlogene Propaganda gewirkt hatte. Die Bemerkung des Gesandten, daß die englische Öffentlichkeit Deutschland nicht mehr das Recht zuerkenne, seine Seestreitkräfte zu vermehren, beruhte nicht auf Furcht, sondern auf der Auffassung, daß der Handelsnebenbuhler von vornherein der Feind Englands sei und deshalb natürlich auch seine Seestreitkräfte nicht vermehren dürfe.

Vierzehn Tage später spricht auch der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, über den gleichen Punkt:

„Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Dieser Haß wird fortbestehen, bis die Engländer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechts wegen zukommt. Einer der Hauptgründe für das letzthin zwischen Frankreich und England geschlossene Abkommen, das meiner Ansicht nach noch keine genügende Erklärung gefunden hat, ist sicherlich der Wunsch gewesen, gegen Deutschland freie Hand zu bekommen."

Im August 1905 schreibt der derzeitige belgische Geschäftsträger in Berlin, Graf Ursel, im Anschluß an Wünsche der Berliner und Wiener offiziösen Blätter, daß die deutsch-englische wirtschaftliche Konkurrenz nicht notwendig politische Differenzen zur Folge zu haben brauche:

„Es ist zu befürchten, daß dieser Wunsch platonisch bleiben wird. Die Rivalität zwischen England und Deutschland hat zu tiefliegende

Gründe, als daß sie durch Worte wohlgesinnter Leute gebessert werden könnte. Die Engländer dulden keine Gefährdung ihres Handels und ihrer Seemacht. Die riesenhaften Fortschritte Deutschlands bedeuten für England eine beständige Drohung, und England scheut vor keinem Mittel zurück, um diese Expansion zu hemmen. . . . . Wo immer England Deutschland Schwierigkeiten bereiten kann, da nimmt es die Gelegenheit sofort wahr . . . . . Seit zwei Tagen spricht man von einer Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem König von England auf deutschem Boden. Man wird gut tun, bezüglich ihrer Folgen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern skeptisch zu sein."

In einem folgenden Berichte spricht der Geschäftsträger über die „kaum höflich zu nennende Haltung König Eduards, der wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt zur Kur weilt, ohne auch nur den Wunsch zu äußern, mit seinem Neffen zusammenzutreffen — das alles sind hinreichende Anzeichen englischer Mißgunst gegen Deutschland."

Baron Greindl schreibt in der zweiten Septemberhälfte 1905, kurz vor der Konferenz von Algeciras:

„Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns 30 Friedensjahre in Europa beschert. Jetzt ist er durch den Zustand der Auflösung geschwächt, in dem sich Österreich-Ungarn befindet. Die neue französisch-englisch-russische Triple-Entente würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung . . . . . Die riesigen Anstrengungen der englischen Presse, einen friedlichen Ausgleich der Marokko-Angelegenheit zu verhindern, und die doch wohl unaufrichtige Leichtgläubigkeit, mit der sie alle Verleumdungen gegen die deutsche Politik aufnimmt, beweisen, wie sehr die öffentliche Meinung in Großbritannien bereit ist, jede deutschfeindliche Kombination zu begrüßen."

Im Oktober desselben Jahres schreibt der belgische Gesandte zu Paris, Herr A. Leghait:

„Die deutschen Beschwerden sind gegen die Regierung der Republik gerichtet, beziehen sich aber im Grunde auf Großbritannien. Frankreich muß sich darüber klar sein, daß, wenn die Politik Delcassés fortgesetzt wird, es einst die Kosten eines Krieges tragen wird, dessen Früchte England zufallen werden . . . . . Anscheinend hält Deutschland einen Konflikt mit England immer mehr in den Bereich der Möglichkeit gerückt und hegt in dieser Hinsicht recht ernste Besorgnisse. Daher die Winke der offiziösen Presse, die Frankreich wohl zu einer Erklärung bewegen möchte, auf wessen Seite es sich stellen würde. Diese Artikel wirken hier (in Paris) aufreizend. Weit entfernt, sich für eine derartige Eventualität festlegen zu wollen, begreift man anscheinend, daß es Frankreichs Interesse ist,

seine Neutralität soweit wie möglich zu wahren, denn offenbar könnte sich Frankreich nicht auf Deutschlands Seite stellen; anderseits liefe es im Falle eines Bündnisses mit England Gefahr, Kompensationsobjekt für alle Schäden zu werden, welche die britische Flotte Deutschland zufügen könnte . . . ."

Diese Möglichkeit einer französischen Neutralität in einem deutsch-englischen Kriege wurde damals in der Tat öffentlich stark erörtert. In der deutschen Presse wurde erklärt, und zwar in einem durch das Auswärtige Amt inspirierten Teile, daß man im Falle eines solchen Krieges Frankreich als Geisel benutzen werde. Es lag auf der Hand, daß der französische Stolz auf diese Weise verletzt und genährt wurde, und daß gleichzeitig die englische Beeinflussung ein um so günstigeres Feld in Frankreich vorfand. Die Entente drehte die Sache dahin um: Deutschland beabsichtige einen Angriffskrieg gegen Frankreich und erkläre, sich davon auch durch eine englische Kriegserklärung nicht abhalten zu lassen. In Wirklichkeit wäre jene Rolle für das deutsche Reich angesichts der überaus günstigen europäischen Lage durchführbar gewesen. Mit dem Gedanken aber öffentlich zu spielen, ohne im geringsten an seine Verwirklichung zu denken, war ein schwerer Fehler.

Ende Oktober 1905 schreibt Baron Greindl nach einem berühmten Trinkspruche des Kaisers gelegentlich der Enthüllung des Moltke-Denkmals in Berlin:

„Trotz aller offiziösen Ableugnungsversuche konnte nicht deutlicher ausgesprochen werden, daß der Kaiser nach wie vor glaubt, das Ziel der englischen Politik in Paris, Tokio, Petersburg und Washington sei nicht nur die Besserung der Beziehungen zu den europäischen und außereuropäischen Großmächten — was ja vollkommen berechtigt wäre — sondern in erster Linie die Isolierung Deutschlands.

. . . . . Ob wohl die Leute, die in England Furcht vor einem unausführbaren deutschen Angriffe zur Schau tragen, aufrichtig sind? Schützen sie derartige Besorgnisse nicht etwa nur vor, um einen Krieg anzufangen, in welchem die deutsche Flotte vernichtet, die deutsche Handelsmarine und der deutsche überseeische Handel zerstört werden würden? England befindet sich in sicherer Lage, Deutschland hingegen ist leicht zu treffen. Wenn England eines Tages Deutschland angreift, nur um einen Rivalen loszuwerden, so würde es damit lediglich seinen alten Grundsätzen folgen. Es hat der Reihe nach vernichtet: die holländische Flotte im Einvernehmen mit Ludwig XIV., darauf die französische Flotte, die dänische Flotte. Letztere mitten im Frieden und ohne Grund, nur weil sie eine ansehnliche Macht darstellte. Zwischen Deutschland und England gibt es keinen vernünftigen Kriegsgrund, denn englischer Haß gegen Deutschland ent-

springt einzig und allein dem Neide, den die Entwicklung der deutschen Marine, des deutschen Handels und der deutschen Industrie hervorrufen."

Baron Greindl irrte sich wieder darin, weil er verkannte, daß gerade die Rivalität auf diesen Gebieten für Großbritannien immer und allein „vernünftiger Kriegsgrund" gewesen ist.

Kurz vor der Algeciraskonferenz meint der Londoner Geschäftsträger Belgiens, England stehe ganz auf seiten Frankreichs, und „in letzter Zeit sagte der Minister des Äußeren wiederholt den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin. Die Presse und die öffentliche Meinung bekunden die gleichen Empfindungen."

Der Pariser Gesandte Belgiens äußert sich während der Konferenz zum Besuche König Eduards in Paris: man habe dort mit Besorgnis darin „ein Anzeichen für das Bestreben Englands gesehen, die Lage so zu vergiften, daß der Krieg unvermeidlich würde."

Baron Greindl wiederum erklärt nach der Konferenz: „Die englische Presse hat alles Erdenkliche getan, um zu verhindern, daß die Konferenz von Algeciras zum Ziel führe. Augenscheinlich hat der englische Botschafter in Algeciras nicht die geringsten Anstrengungen gemacht, um eine für Deutschland und Frankreich gleich annehmbare Lösung zu finden."

Im Frühsommer 1906 schreibt der Londoner Botschafter Belgiens, daß die deutschen Verständigungsaktionen durch Abordnungen usw. ohne Wirkung geblieben seien: „Die öffentliche Meinung steht nun einmal fest: die englische Presse hat mit den Angriffen gegen den Kaiser, seine Regierung und sein Volk derartig Mißbrauch getrieben, daß das Publikum mißtrauisch bleibt. Deutschland ist der große kommerzielle, militärische und in Zukunft vielleicht auch maritime Nebenbuhler; daraufhin glaubt jeder gute Bürger verpflichtet zu sein, dieses Land zu hassen, weil er sich sagt, daß es für den Augenblick das einzige Land ist, von dem er seit der Schwächung Rußlands und der Entente mit Frankreich etwas zu fürchten hat."

Man erkennt hieraus, daß die belgischen Gesandten sämtlich, nicht nur der in Berlin beglaubigte, die großbritannische Politik als planmäßig zum Kriege treibend ansahen und diese Auffassung durch ihre tatsächlichen Beobachtungen belegten.

Alles kommt immer wieder auf das einfache Motiv zurück: das neue Deutsche Reich war da, wollte leben und Luft haben. Die anderen europäischen Mächte waren darüber entrüstet, besorgt und taten alles, um es zu verhindern, und schlossen sich zusammen. Das Deutsche Reich,

das erscheint als eines der wichtigsten Elemente in der politischen Geschichte der letzten beiden Jahrzehnte, hatte nichts zu geben, sondern hatte nur eigene Bedürfnisse. Die alten europäischen Großmächte und Kolonialmächte konnten einander geben und untereinander austauschen. Die britische Politik war immer klug und zielbewußt, sie verfügte über das die Meere beherrschende Werkzeug der Seemacht und hatte deshalb weltumspannenden Einfluß. Großbritannien hatte aber auch etwas zu geben, und zwar jeder Macht, welche immer zu entsprechenden Gegenleistungen bereit war. Deshalb mußte Großbritannien als Bundesgenosse für jede Macht begehrenswert sein, die bereit war, sich zu unterwerfen.

Es war eine falsche und letzten Endes auf Selbstblendung ausgehende Auffassung in Deutschland, wenn man sagte, Frankreich werde durch die britische Politik nur ins Unglück und in Schwierigkeiten hineingerissen. In Marokko werde Frankreich sich physisch und geldlich verbluten usw.; Englands Freundschaft Frankreich gegenüber sei falsch und trügerisch, und von seiten Frankreichs sei es eine große Torheit, darauf eingegangen zu sein. In Wirklichkeit hatte die britische Politik, ja ganz Großbritannien nicht nur ein tatsächliches, sondern ein bewußtes lebhaftes Interesse, Frankreich nicht schwächer, sondern stärker werden zu lassen, ihm keine Schwierigkeiten zu bereiten oder bereiten zu lassen, die auf Schwächung wirken konnten. Die Franzosen waren wie die Engländer ein Volk, welches in der Praxis oft die Fähigkeit gezeigt hatte, sei es friedlich, sei es kriegerisch, sei es in der Mischung, koloniale Länder zu durchdringen, den Widerstand der Eingeborenen zu brechen und sie dann zu beherrschen. In Algerien und Tunis haben die Franzosen große Geschicklichkeit darin gezeigt. Sie kannten schon lange vor 1904 die Verhältnisse in Marokko genau und wußten die ihnen dort obliegende Aufgabe sehr wohl einzuschätzen. Die deutschen Urteile in dieser Beziehung standen, soweit sie politisch waren, den französischen dilettantisch gegenüber. So hatte man in Frankreich keinen Sinn für die schulmeisterhaften deutschen Warnungen, Frankreich möge sich nur in Acht nehmen, der britische Freund sei falsch, der deutsche werde echt sein, also . . . . .

Die britische Politik Frankreich gegenüber war aufrichtig. Nach Lage der Dinge und nach der Artung der beiderseitigen Zwecke erscheint das nur selbstverständlich. Einer der deutschen Fehler war es immer, den anderen Völkern bevormundend auseinanderzusetzen, daß sie auf dem falschen Wege seien und wie sie es machen müßten, während man selbst in Deutschland durchaus unklar war, wie man es machen müsse, und beharrlich ablehnte, die Fragen zu sehen, wie sie tatsächlich waren und wie sie deshalb auch gesehen werden mußten.

Deutschlands einzige Stärke war damals seine Militärmacht. Sie allein konnte vernünftigerweise das Mittel bilden, um etwas zu erreichen, was andere Mächte nicht ohne weiteres geben wollten. Marokko selbst lag außerhalb deutscher Reichweite. Großbritannien war in der Lage, über dieses überseeische Gebiet einfach zu verfügen, denn die Seeherrschaft lag unbestritten und unbestreitbar in britischer Hand. Frankreich hatte gegen Aufgeben seiner Ansprüche auf Ägypten von Großbritannien das wertvolle Zugeständnis für Marokko erhalten. Das Deutsche Reich konnte im Ernst nicht daran denken, sich rebus sic stantibus als gleichberechtigt in Marokko auf dem Wege von Verhandlungen und Verträgen einzuschieben, nachdem die beiden Westmächte sich einmal geeinigt hatten, und zwar auf der Grundlage einer allgemeinen Front gegen das Deutsche Reich und dessen Bestrebungen.

Fürst Bülow hat im Jahre 1904 verschiedentlich seiner Geringschätzung für Marokko im Rahmen der europäischen Politik Ausdruck gegeben; um Marokkos wegen zöge das Deutsche Reich nicht vom Leder. Das war an und für sich ein richtiger Standpunkt, ganz besonders, weil Marokko nur mit Bewilligung Englands oder durch einen siegreichen Krieg gegen England und Frankreich, und zwar unter Vernichtung der britischen Seeherrschaft, zu erreichen war. Ein Jahr später erklärte der Deutsche Reichskanzler im Hinblick auf das erwähnte Verhalten Delcassés: das Deutsche Reich lasse sich nicht übergehen und beiseite schieben. Auf dieser Grundlage wurden die Dinge dann über die Marokkokrisis vom Sommer 1905 zur Konferenz von Algeciras geführt. Wiederum war das Motto richtig. Das Deutsche Reich durfte sich in der Tat nicht beiseite schieben lassen, umsoweniger, als diese Übergehung der erste Akt eines weitausschauenden politischen Programms der Entente war und sein sollte.

Fürst Bülow hat später, auch in seinem mehrfach erwähnten Buche das Ergebnis von Algeciras gerühmt und gesagt, der Vertrag habe seinen Zweck erfüllt gehabt, nämlich einen Klingelzug zu bilden, dessen die deutsche Regierung sich immer bedienen könnte, wenn die Franzosen gegen den Vertrag von Algeciras fehlten. Das gewählte Bild ist hübsch und geistreich, aber politisch trifft es leider nicht zu, denn die Klingel schreckte nicht, wurde auch immer schüchterner in Bewegung gesetzt. Das Abkommen von Algeciras hat sich, kaum zustande gekommen, als ein gerade für Deutschland ganz unbrauchbares Werkzeug erwiesen. Räumlich war man zu weit vom Schuß im Hinblick auf Marokko, während Frankreich der Grenznachbar durch Algerien ist, auch über den Seeweg in jedem Sinne verfügen konnte. Im übrigen war der Vertrag von Algeciras für das Deutsche Reich nur um den Preis eines allgemeinen Krieges tatsächlich aufrecht

zu erhalten. Den allgemeinen Krieg wollte man aber nicht, also blieb es bei den Worten und „Vorstellungen". Das Ergebnis war, wie auch die Geschichte gezeigt hat, der materielle wirtschaftliche Verlust hinsichtlich der marokkanischen Interessen und, was noch viel wichtiger war, der große Verlust an Ansehen und an Achtung in Europa für das Wesen der deutschen Politik und ihrer Träger.

Nur die deutsche Wehrmacht konnte, wie gesagt, damals als Mittel zum Erfolge politisch benutzt werden. Wollte man das, dann mußte man aber auch den allgemeinen Krieg ins Auge fassen und nicht nur mit dem Gedanken spielen in der unrichtigen Auffassung, der Feind würde als Ernst nehmen, was man selbst nicht ernst meinte. Derartiges kann wohl für den ersten Augenblick zutreffen, aber dann tritt als Reaktion das Gegenteil ein. Die militärische Lage auf dem Festlande wäre damals für Deutschland ungemein günstig gewesen, denn Frankreich war nicht bereit, und Rußland wäre annähernd ausgefallen. Freilich hätte man zunächst jedenfalls mit dem Verluste der deutschen Kolonien, des deutschen Handels und der deutschen Flotte, außerdem mit einer engen Blockade der deutschen Küste zu rechnen gehabt. Marokko hätte man wahrscheinlich nachher nicht bekommen, wäre aber dafür nach sehr kurzer Zeit Herr des europäischen Festlandes gewesen. Die deutsche Reichsleitung hatte zu wählen, das eine oder das andere, den Krieg oder den Frieden, den Versuch der Erzwingung mit äußersten Mitteln oder den Verzicht, mochte man diesen als endgültig oder als vorläufig ansehen. Man tat keins von diesen beiden, sondern drohte mit dem Kriege, nutzte den anfänglichen diplomatischen Erfolg nicht aus, zerstörte auch den eigenen Kriegsbluff, schmiedete die beiden Gegner um so fester zusammen, erreichte in Marokko nichts und schuf sich mit der Angelegenheit für die Zukunft eine sechs Jahre dauernde Quelle von Schwierigkeiten und Krisen und, was immer das schlimmste war, von Verlusten an Ansehen.

Das Mißverhältnis zwischen den so erfolgreich und gewaltig empor- und hinausstrebenden wirtschaftlichen Kräften des deutschen Volkes, zwischen der zielbewußt und weitblickend geleiteten Flottenpolitik und der allgemeinen Reichspolitik wurde von Jahr zu Jahr stärker. Man sah einen starken Mann mit schwachem Mut und Willen, der zu seiner Selbsterhaltung von Jahr zu Jahr mehr bedurfte, aber nicht wagte, sich durchzusetzen, sondern zuweilen nur so tat, als ob er es wolle, und sich dann mit Verbeugungen und Entschuldigungen zurückzog. In den Zusammenhängen der europäischen Lage von damals war nur begreiflich, daß unter solchen Umständen der Gedanke der Einkreisung und Isolierung des Deutschen Reiches und die Zuversicht auf sein Gelingen,

sei es durch Druck, Schwächung und Zersetzung oder aber durch Krieg, immer mehr Boden gewann. Je schwächer die deutsche Politik in ihrem Charakter und sonstigen Wesen sich zeigte, desto mehr wurde die gegnerische Koalitionsbildung begünstigt.

Der Dreiverband und seine Vasallen drehten wie immer den Spieß um. In Reden der Parlamente und der Minister, in der Presse und in Schriften hörte man nicht auf, der Welt zu erzählen, daß das Deutsche Reich durch seine imperialistischen Pläne und Versuche den Weltfrieden gefährde und Frankreich bedrohe. Das war das gleiche Leitmotiv, unter dessen Klängen der Weltkrieg begann und von unseren Gegnern durchgeführt wurde. Es ist nicht bekannt, ob Fürst Bülow in den Jahren nach Algeciras noch an die Richtigkeit dieser seiner Politik geglaubt hat. Jedenfalls fand er nicht den Entschluß, mit ihr aufzuräumen, sei es auf dem Wege des Sichdurchsetzens, sei es dem eines völligen Gehenlassens. Noch zu der Amtszeit Bülows, während der bosnischen Krisis, wurde unter seiner widerwilligen Duldung vom nachmaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kiderlen-Waechter, der Anfang zur Liquidierung gemacht, nämlich im Frühjahr 1909. In einem neuen Abkommen mit Frankreich verzichtete das Deutsche Reich ausdrücklich auf politischen Einfluß in Marokko.*) Auch das konnte auf die Dauer den Franzosen nicht genügen. Zwei Jahre später benutzten sie die sogenannten Unruhen und führten den Zug nach Fes aus. Das rief dann die große und letzte Marokko-Krisis von 1911 hervor. Sie war im selben Augenblicke eine europäische Krisis und wird nachher noch zu behandeln sein.

Jede dieser Krisen oder auch nur die Vermutung des Herannahens einer solchen zeigte Großbritannien zu allem entschlossen an der Seite Frankreichs. Vergleichen wir diesen Zustand mit dem der bosnischen Krisis, so ergibt sich: diese betraf das Deutsche Reich in zweiter Linie und zunächst Österreich-Ungarn. Sie bedeutete deshalb und aus anderen, vorher angeführten Gründen keinen Konfliktsanlaß für das Deutsche Reich und Frankreich. Diese beiden Mächte wurden beide indirekt betroffen, und Frankreich hatte von vornherein den lebhaften Wunsch der Erhaltung des Friedens, ebenso wie das Deutsche Reich. England drängte aber auch hier zum Kriege, überzeugt, daß es auf seine Kosten kommen und daß die Wirkung der Seemacht stark genug sein werde, um Frankreich vor dem Untergange zu bewahren.

*) Vgl. a. a. O. S. 372 ff.

Der Dreiverband.

Im Jahre 1903 hatte Sir Edward Grey als Parlamentsmitglied der Opposition erklärt: Die Politik mit Deutschland gegen Rußland sei eine verfehlte gewesen, und einige Jahre nachher sagten er und der Lord Lansdowne, man müsse Rußland wieder den ihm gebührenden Platz in Europa einräumen. 1903 war das Bündnis zwischen England und Japan geschlossen und damit die Verdrängung Rußlands aus Ostasien mit Waffengewalt beschlossen worden. In London war man sicher, daß sie gelingen werde, und konnte sich deshalb ohne Schaden in solcher Weise äußern. In Frankreich erblickten die Briten mit Grund keinen Helfer gegen Rußland, wennschon die Entente die Gewähr gab, daß Frankreich dem russischen Bundesgenossen aktive Hilfe in seinem Kriege mit Japan nicht leisten werde; die französische Staatsmannschaft strebte von Anfang an die britisch-russische Entente an. Tatsächlich war nachher übrigens auch die Furcht Frankreichs für seine Besitzungen in Südostasien so groß, daß die französische Regierung den russischen Geschwadern sogar das Asylrecht entzog, als Japan sich beschwerte und Großbritannien auf die Seite des Bundesgenossen trat.

Als der Ostasiatische Krieg durch die Landschlacht bei Mukden und die Seeschlacht in der Meerenge von Tsuschima im ganzen entschieden worden war, ging die großbritannische Staatsmannschaft ungesäumt an die Anknüpfung von Beziehungen mit dem vorher so gefürchteten und befehdeten Gegner.

Aus dem September 1905 erzählte der belgische Gesandte in Berlin, daß die Auflegung einer russischen Anleihe in London bevorstehe. „Vor kurzem noch hätten die englischen Bankiers sich geweigert eine derartige Möglichkeit auch nur zu erörtern.“ Auf seine Frage an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, was er davon halte, bekommt der Gesandte die Antwort: „Es gäbe sicherlich, besonders in den hohen und höchsten Kreisen, in England eine Strömung zugunsten einer Annäherung an Rußland.“ Der Gesandte fügte hinzu, daß König Eduard einen derartigen Plan hege und mit dem Kaiser letzthin darüber gesprochen habe. Der Staatssekretär widersprach dem nicht. Nach einem anderen Bericht meinte der deutsche Staatssekretär, daß für eine Entente zwischen England und Rußland die Grundlagen fehlten. Freiherr v. Richthofen glaubte als Beweis für seine Ansicht anführen zu können, daß das englisch-japanische Bündnis, insbesondere dessen Erweiterung vom August 1905, ja gerade gegen Rußland gerichtet sei.

In einem späteren Bericht argumentiert der belgische Gesandte scharfsinnig, daß das englisch-japanische Bündnis nicht gegen Rußland,

sondern gegen Deutschland gerichtet sei: „Deutschland besetzte Kiautschou nicht um seiner selbst willen, es wollte vielmehr eine Operationsbasis gewinnen, um sich zu einer Zeit, wo die Aufteilung Chinas nahe bevorzustehen schien, seinen Anteil an der Beute zu sichern. Das englisch-japanische Bündnis bedeutet, daß Deutschland auf alle derartigen Velleitäten verzichten soll. Die Vorsichtsmaßregel ist um so verletzender, als sie sich erübrigt, denn seit den Siegen Japans muß alle Welt wissen, daß jeder Gedanke an eine Aufteilung Chinas nunmehr ausgeschlossen ist."

Der Gesandte hat allerdings darin kaum Recht, daß Deutschland Kiautschou besetzte, um eine Operationsbasis für den Fall der Aufteilung Chinas zu erhalten. Das unglückliche Wort Bülows vom „Teilen des Kuchens" hat da wohl Schule gemacht. Außerdem herrschte in der Tat in den Jahren seit den Boxerunruhen in China bei vielen „Chinakennern" in Deutschland die Auffassung, die allgemeine Teilung Chinas stehe bevor. Abgesehen davon, daß ein militärisch völlig in der Luft stehender Hafen, dessen Verbindungsmöglichkeit mit dem Deutschen Reiche vom Wohlwollen Englands abhing, eine sehr ungeeignete Operationsbasis für Deutschland gewesen wäre, ist jene Vermutung des Gesandten auch im geschichtlichen Zusammenhange unrichtig. Die Besetzung von Kiautschou*) erfolgte schon vor jener Ära der Vermutungen, China werde zerfallen, nämlich im Jahre 1897. Der Hauptzweck war, ein wirtschaftliches Einfallstor nach dem chinesischen Inneren zu erhalten und den Hafen für Handelszwecke gut auszubauen. Gerade dieser Umstand genügte für Großbritannien und Japan, um Interesse am Verschwinden der deutschen Pachtung zu hegen und zu betätigen, und zwar um so mehr, je kräftiger der deutsche Handelsplatz an der chinesischen Küste aufblühte und tatsächlich zum Einfallstor nach dem chinesischen Markte wurde. Der erweiterte englisch-japanische Bündnisvertrag richtete sich — der Krieg 1914 hat es gezeigt — nicht gegen angebliche deutsche Aufteilungsgelüste in China. Er bezweckte vielmehr, das Verschwinden des deutschen Handelsplatzes vorzubereiten und den Augenblick eines europäischen Koalitionskrieges gegen Deutschland dazu zu benutzen; außerdem war wohl ein Gedanke der britischen Diplomaten, die neuen Bundesgenossen eben durch die Bundesgenossenschaft kontrollieren zu können.

Der belgische Gesandte erkennt dagegen durchaus treffend den Kern des russisch-englischen Bündnisses: „Der Ton, auf den der Pressefeldzug in England im allgemeinen gestimmt ist, läßt erkennen, daß die Annäherung an Rußland nicht zum Zwecke einer Entspannung gewünscht wird, sondern aus deutschfeindlichen Beweggründen." Der Gesandte

*) Vgl. a. a. O. S. 109 ff.

wendet sich dann noch einmal dem Gegenstande zu und erinnert an die Äußerung Richthofens, einer englisch-russischen Entente fehle die Grundlage. Der Gesandte schreibt: „trotzdem ist eine solche Grundlage möglich. England desinteressiert sich augenblicklich vollkommen an dem Schicksal der Türkei, deren Erhaltung so lange der Grundsatz seiner Politik gewesen ist. Es könnte Rußland in Kleinasien freie Hand lassen. In seinen Augen würde eine derartige Kombination außerdem den Vorzug haben, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu trüben, und Deutschlands Isolierung ist augenblicklich das Hauptziel der englischen Politik."

Der Gesandte ahnte richtig, daß Großbritannien im Orient für deutsch-russische Reibungen sorgen wolle. Merkwürdigerweise dachte er nicht an die Balkanhalbinsel, wo im Jahre 1905 die britische Politik bereits emsig am Werke war, Österreich-Ungarn auszuschalten. Außerdem war seine Auffassung unrichtig, daß England sich an der Türkei desinteressiere. Das englische Interesse an der Zukunft der Türkei war, wie im zweiten Abschnitte gezeigt worden ist, im Gegenteil sehr stark, aber seine Richtung hatte gewechselt. Man wollte sie nicht mehr erhalten, sondern zerschlagen lassen.

Die britisch-russische Annäherung begann mithin bereits während des Russisch-Japanischen Krieges in einer auch den nicht beteiligten Diplomaten sichtbaren und feststellbaren Weise. Gleichlaufend hiermit war die englisch-amerikanische Politik, nach den Siegen Japans möglichst schnell den Frieden herbeizuführen, und zwar einen solchen Frieden, daß Japan nicht „zu sehr gesiegt" hätte, auch keine Kriegsentschädigung erhielte. Beides wurde erreicht, und für den Friedensschluß wußte der amerikanische Präsident Roosevelt geschickt den Deutschen Kaiser in veröffentlichten Depeschen vorzuschieben und so Haß und Mißtrauen der Japaner für die Zukunft auf Deutschland abzulenken.

Die deutschen Staatsmänner wollten und — subjektiv — konnten die englisch-russische Annäherung damals nicht sehen. Man hielt sie für unmöglich, es war ja „keine Grundlage" vorhanden, wie der Staatssekretär sagte. Geheimrat Hammann hat in seinem angeführten Buche*) das Thema ebenfalls behandelt und gesagt, es sei eine Doktrin des damals in der Wilhelmstraße regierenden Herrn v. Holstein gewesen, daß Rußland und England nicht zusammenkommen könnten. Er hatte das Problem in allen Richtungen politischer Logik durchforscht und war zu diesem Ergebnisse gelangt. Deshalb wurde es auch geglaubt, bis das englisch-russische Abkommen eine Tatsache war.

*) S. 121.

Einen schwereren Schlag hatte die deutsche Diplomatie und Politik bis dahin nicht erlitten, er war für sie an und für sich viel schwerer und empfindlicher als die Vereinigung Englands und Frankreichs. Von einem deutsch-englischen Bündnis hatte man in Berlin mit Recht nichts wissen wollen. Eine deutsch-französische Annäherung oder gar ein Abkommen stand außer Frage; daran war nicht zu denken. Zwischen Deutschland und Rußland lagen die Dinge ganz anders. Das Deutsche Reich hatte im Russisch-Japanischen Kriege eine Neutralität von größtem Wohlwollen und völliger Uneigennützigkeit beobachtet. Man hatte die russische Notlage nach keiner Richtung hin benutzt, geschweige denn ausgenutzt. Während des Krieges hatten der Deutsche Kaiser und der Russische Zar einen eingehenden Meinungsaustausch über eine deutsch-russische Vereinbarung, ja über ein Bündnis gepflogen und waren zu voller positiver Übereinstimmung gelangt. Der Deutsche Reichskanzler hatte den Vertrag entworfen, und der Zar hatte ihn erhalten. Die leitenden Kreise in Deutschland waren überzeugt, daß die Entsagung nun ihren Lohn in Gestalt eines deutsch-russischen Bündnisses finden werde, mit der Spitze gegen England. Ja, die Hoffnungen gingen noch weiter. Man dachte an einen Bund des festländischen Europa, denn Frankreich hätte sich, wie man ganz richtig argumentierte, wohl oder übel einem deutsch-russischen Bunde anschließen müssen. Ein solcher Festlandsdreibund wäre dann in der Tat stark genug gewesen, um Großbritannien mit Sicherheit die Wage zu halten und in weiterer Folge britischen Festlandseinfluß auszuschalten oder auf ein Mindestmaß zurückzuführen.

Man kann sich denken, wie es diese Hoffnungen, deren Verwirklichung man schon beinahe in der Hand zu haben glaubte, enttäuschen mußte, als Rußland sich gerade an Großbritannien anschloß. Die innere Geschichte dieser diplomatisch-politisch so wichtigen und interessanten Episode ist nicht bekannt, jedenfalls noch nicht annähernd vollständig. Was man darüber weiß, stammt aus Veröffentlichungen der russischen Sowjetregierung aus dem Jahre 1917 und betrifft lediglich einen Teil des Meinungsaustausches zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren. Dieser zeigt, daß der Deutsche Kaiser und sein Kanzler, Fürst Bülow, sich jedenfalls in weitgehendem Maße darüber klar waren, daß Großbritannien das Deutsche Reich als den Feind, im überlieferten britischen Sinne verstanden, ansehe und zu behandeln entschlossen sei. Dem wollte man einen europäischen Festlandbund entgegensetzen. Der Plan scheiterte und schlug in sein Gegenteil um: die beiden europäischen Großmächte des Festlandes, Frankreich und Rußland, waren vereinigt unter die britische Leitung getreten, um das Deutsche Reich als den mit allen Mitteln zu bekämpfenden Feind und Gegner zu behandeln.

Man hat dem Fürsten Bülow in Deutschland vielfach übelgenommen, daß er nachher in leichtem Tone über die russisch-englische Vereinigung sich äußerte. Am 30. April 1907 sprach er öffentlich im Reichstage über die russisch-englischen Verhandlungen und sagte, man sähe ihrem Abschlusse, „gestützt auf Zusicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, ohne Unruhe entgegen". Er, der Reichskanzler, nähme die Annäherung als das, was sie sei, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fernliegenden Gebiete alte Streitfragen zu begleichen. „Ich nehme hier aber auch als die Bekräftigung eine Ansicht, ... nämlich, daß wir den Gegensatz zwischen Walfisch und Elefanten nicht als unveränderlichen Faktor in unsere politische Rechnung einstellen können. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und als eine Ungelegenheit für andere ausnutzen könnte . . . . Von Feindschaften anderer untereinander können wir überhaupt nicht leben."

Daß der Kanzler ganz anderer Ansicht war, als seine Worte besagten, kann nicht zweifelhaft sein, daß er trotzdem den leichten Ton heiterer Gleichgültigkeit wählte, erscheint nach außen hin nicht als ein Fehler. Bülow konnte die Vorgeschichte schon wegen der Personen der beiden Kaiser nicht öffentlich behandeln, und Schweigen war mithin wohl das kleinere Übel, zum mindesten war es entschuldbar. Allerdings war es unrichtig und politisch unzweckmäßig, das deutsche Volk über die wachsende Bedrängtheit der Lage leicht hinwegzutäuschen. Die britische Öffentlichkeit war schon während des Russisch-Japanischen Krieges im Bilde. Gleich, als sich Rußlands Unterlegenheit zu Wasser und zu Lande gezeigt hatte und klar war, daß die von Großbritannien während der vorhergegangenen zehn Jahre so gefürchtete russische Gefahr in Ostasien verschwunden war, hörten Hetze und Unfreundlichkeiten gegen Rußland auf. Auch begrüßte man diskret die russische Revolution. Wann hätte Großbritannien Revolution in einem anderen Lande — abgesehen von der russischen Revolution 1917 — nicht begrüßt! Mit „Begeisterung" echt britischer Art feierte man die Schaffung einer russischen Volksvertretung, und als die erste Duma aufgelöst worden war, sprach der britische Premierminister, Sir Campbell-Bannerman, das berühmte Wort: „die Duma ist tot, es lebe die Duma". Ströme britischer Freimaurer ergossen sich nach Rußland, um dort im Namen der Freiheit Kultur und Menschheit Stimmung für England zu machen, auch Unruhen weiter zu schüren, um die russische Stimmung für Anschluß an England zu stärken. In erster Linie aber stand der Lockvogel: freie Hand für Rußland in der Balkanpolitik und nach Möglichkeit im Orient.

Im Jahre 1907 wurde das russisch-englische Abkommen veröffentlicht. Es erstreckte sich auf Mittelasien und Persien. In Mittelasien erlangte England eine Sicherheit für seine indischen Grenzen auch insofern, als die russischen Eisenbahnen, welche dort in den vorhergehenden Jahren große britische Besorgnis erregt hatten, nicht weiter in der Richtung auf Indien gebaut werden durften. Anderseits fanden Grenzregelungen zu Rußlands Gunsten statt. Über Persien verfügten die beiden Mächte in souveräner Mißachtung der persischen Rechte. Sie erklärten Persien für unabhängig, ein altes typisches Zeichen der englischen, der russischen, der französischen und der japanischen Politik, daß man dem betreffenden Lande die Unabhängigkeit nehmen will. Korea, Ägypten, Algier, Tunis, Marokko, sie alle und andere unterjochte Länder sind als Einleitung zur Abhängigkeit für unabhängig erklärt worden. Wen jene Großmächte verderben wollten, den erklärten sie für unabhängig.

So klar die englische Öffentlichkeit das Wünschenswerte und nachher den ungeheuren Vorteil eines Einverständnisses mit Rußland würdigte, so unzufrieden war sie noch Jahre nachher mit den Zugeständnissen, welche die britische Politik unter Sir Edward Grey in Mittelasien und Persien der russischen Regierung gemacht hatte. Grey gab im Unterhause durchaus zu, daß Rußland bei dieser Regelung besser gefahren sei als Großbritannien, aber, so sagte er: „wird das nicht mehr als aufgewogen durch die Freundschaft des großen russischen Volkes, die wir nun erworben zu haben so glücklich sind?“ Man müsse auf das Ganze sehen, nicht an Einzelheiten kleben. Grey hatte vollkommen recht, und je mehr die Zeit dahinging, desto vollständiger verstummten die abfälligen Kritiken.

Gleichwohl gab es noch in den Jahren 1911 und 1912 deutsche Staatsmänner, die überzeugt waren, daß die englisch-russische Freundschaft durch Meinungsverschiedenheiten in und über Persien in die Brüche gehen werde. Rußland war damals Grenznachbar von Persien und zur Expansion nach Nordpersien hinein entschlossen. Mittelpersien war in dem Abkommen als sogenannte neutrale Zone erklärt worden. Wahrscheinlich würde Rußland im Laufe der Jahre auch diese neutrale Zone mitverschluckt haben. Die britischen Staatsmänner, das kann man jedenfalls mit höchster Wahrscheinlichkeit mutmaßen, würden auch hier nachgegeben haben, um des großen Zieles willen. Dieses war in der Tat so groß und für England von einer so ungeheuren Bedeutung, daß es kaum einen Preis gab, der zu hoch gewesen wäre, um ihn nicht für die Erhaltung der Einigkeit mit Rußland und einer konzentrischen Politik der beiden Mächte zu zahlen.

Diese neue Vereinigung der drei Mächte bedeutete in der Tat einen Schritt sehr entscheidender Art zum Weltkriege.

Betrachten wir die Frage, ob die deutsche Politik, ob vor allem der Deutsche Kaiser den Krieg oder eine den Frieden gefährdende Lage gewollt habe, so ergibt sich die Antwort schon aus dem ganzen Inhalt dieses Abschnittes. Baron Greindl schreibt in seinem Bericht*) vom 31. Dezember 1905, er habe dem Staatssekretär v. Richthofen in einem Gespräche gesagt: „es schiene mir, daß die Politik des Kaisers sich mit folgenden Worten charakterisieren ließe: der höchste Ehrgeiz seiner Majestät sei die Erhaltung des Friedens während der Dauer seiner Regierung."

Das ist das einmütige Urteil auch unserer späteren Feinde, auch Frankreichs, abgesehen von Großbritannien, gewesen. Erst zu einem nicht lange vor dem Kriege liegenden Zeitpunkte fand man zweckmäßig, zu behaupten, der Deutsche Kaiser sei plötzlich ganz anders geworden und wolle den Krieg; darüber wird im weiteren Verlaufe dieser Darlegungen gesprochen werden.

Ein anderer früherer Gesandter in Berlin, Baron Beyens, der Nachfolger Greindls, schrieb 1914 ein Buch: „Deutschland vor dem Kriege." Die Berichte der belgischen Gesandten*) waren damals noch nicht veröffentlicht worden, und Baron Beyens muß, als die Veröffentlichung erfolgt war, wenig erfreulich berührt worden sein, denn seine eigenen nicht für die Veröffentlichung bestimmten Berichte dementieren das Buch und lassen es als tendenziöse Kriegsmache erscheinen. Er stellt darin die Behauptung auf, daß Europa vielleicht vor dem Weltkriege bewahrt geblieben wäre, wenn das Deutsche Reich seine Marokko-Politik von 1905 und später nicht getrieben hätte. Der Gesandte stellt freilich nicht in Abrede, daß die Balkanverhältnisse allein auch unter Umständen als Kriegskeim genügt hätten.

Wie schon einmal gesagt worden ist, erscheint der Wert von solchen Untersuchungen: was geschehen sein würde, wenn dieses oder das nicht geschehen wäre, sehr problematisch, und die Erörterung ist meist müßig. Versuchen wir uns aber vorzustellen, das Deutsche Reich habe Frankreich in Marokko gewähren lassen, so hätte sich damit die Aggressivität der englisch-französischen Politik nicht erschöpft, sondern wäre nur um so kühner, zielbewußter und drohender vorgegangen. Es kann nicht beabsichtigt sein, die Art, wie die deutsche Marokko-Politik geführt wurde, irgendwie zu rechtfertigen. Die Landung des Kaisers in Tanger, für die Fürst Bülow im Reichstage nachher ausdrücklich die Verantwortung übernommen hat, nicht nur formal, sondern weil er tatsächlich kategorisch zur Fahrt und zur Landung geraten hatte, war ein denkbar schwerer Fehler, wenn man nicht entschlossen war, alle Konsequenzen

*) Belgische Aktenstücke.

in den Kauf zu nehmen. Die Person des Kaisers war in einer Weise eingesetzt worden, die andere Auswege hätten verschließen müssen. Nachher wollte man die Konsequenzen aber nicht ziehen, schwankte hierhin und dahin, bluffte, wich zurück und versuchte dann wieder vorzustoßen, um wieder zurückzuweichen. Kurz, die Führung dieser Marokko-Politik war unzweckmäßig und fehlerhaft. Es mangelten ihr die Klarheit des Zieles, die Stärke und die Stetigkeit. Sie drohte und dann wurde ihr vor der eigenen Courage angst, und wenn sie in weiterer Folge Frankreich Anerbietungen machte, so sah wieder die Drohung um die Ecke.

Die Marokko-Politik wurde ein Moment der Unruhe und Beunruhigung, weil sie schwach war, weil niemand wußte, was sie wollte, und heute niemand darüber Auskunft geben konnte, wie sie morgen beschaffen sein würde. Nur in dem einen war sie ganz konsequent und ganz sicher, sie wollte nicht nur keinen Krieg, sondern wollte den Krieg unter allen Umständen und um jeden Preis vermeiden. England und Frankreich und ihre Freunde waren darüber genau unterrichtet. Das war keine Kunst, denn die Sache lag klar zutage. Aber noch mehr: die beiden Mächte bauten auf die unbedingte Friedensliebe des Deutschen Reiches ihre Politik und ihr Vorgehen, auch zu Algeciras. Zur Zeit der Fremdenlegionäre hatte man bereits genügende Erfahrung. Als das Deutsche Reich hier eine drohende Haltung einnahm, erfolgte sofort das gleiche in Paris und London, und die deutsche Politik wich wiederum zurück. Auch hier konnte man und kann man rückschauend nur sagen: wozu das anfängliche Aufbegehren, wenn nichts dahinter war? Das Prestige des Deutschen Reiches, ganz besonders aber dasjenige der Leitung der Deutschen Angelegenheiten nach außen, hat in jenen Jahren empfindlichsten Abbruch erlitten, durchaus infolge eigener Schuld.

Hätte Deutschland sich im Jahre 1905 gegenüber der Delcasséschen Politik nicht gerührt, so würde Marokko aus der Reihe der Krisenobjekte ausgeschieden sein, um den Preis für Deutschland, wie irgend ein Kleinstaat ohne Berücksichtigung übergangen zu werden. Andere steigende Demütigungen würden sich angeschlossen haben, denn Großbritannien wie Frankreich waren nicht in Verteidigungsstellung, sondern griffen an. Der Angriff war ihr Programm und die eigentliche Grundlage ihres Zusammenschlusses. Das deutsche Ansehen wäre durch stillschweigendes Hinnehmen der Nichtachtung und damit Nichtberücksichtigung schwer geschädigt worden. Solche Schädigungen sind keine Phrasenbegriffe, keine Ausgeburten eines verstiegenen Nationalgefühles, sondern es sind reale Größen von greifbarster Bedeutung. Ein Staat, und ganz besonders eine Großmacht, muß dieses sein Ansehen durchzusetzen verstehen; dazu darf ihm kein Gegenstand zu gering erscheinen. Wenn wir heute die

damalige Marokko-Politik bedauern und beklagen müssen, so liegt die Ursache dafür ausschließlich in der Mangelhaftigkeit der Führung jener Politik. Die Frage aber, ob das Deutsche Reich das französisch-englische Verhalten einfach hätte hinnehmen können, muß auch jetzt noch verneint werden. Es geht nicht an in der Politik, nachdem eine Angelegenheit schlecht ausgelaufen ist, weil sie nicht gut geführt wurde, daß man dann urteilt: sie hätte überhaupt nicht in Angriff genommen werden sollen. Dann dürfte ein Staat überhaupt keine selbständige Auslandspolitik treiben.

Auf der anderen Seite ist zu registrieren, daß die Marokkofrage bis zum Jahre 1912 ein Moment der Kriegsgefahr gebildet hatte, einer Kriegsgefahr allerdings, welche von vornherein durch die französisch-englische Marokko-Politik erzeugt worden war. Man hatte sie sogar bewußt heraufbeschworen, denn Delcassé hat sich in diesem Sinne offen ausgesprochen, daß er und das britische Kabinett durchaus auf die Möglichkeit eines Krieges gefaßt gewesen wären. Ebenso vorsätzlich war die Brüskierung Deutschlands.

Das Marokko-Jahr 1905/06 brachte dem Deutschen Reiche eine Reihe unerfreulicher Wahrheiten nahe. Italien hielt offen mit Frankreich und Großbritannien, und das italienische Kabinett diente, wie auch später, für die Pariser und Londoner Diplomaten als Auskunftsbureau, um von Tag zu Tag zu erfahren, wie der deutsche Bundesgenosse Italiens denke, was er beabsichtige und vorbereite. Auf der Konferenz von Algeciras stand Italien auf der Seite der Gegner des Deutschen Reiches und vertrat in den Fragen der Regelung der künftigen marokkanischen Verhältnisse den französischen Standpunkt ohne Einschränkung. Das war die Verpflichtung Italiens, nachdem es im Jahre 1903 die erneute französische Zusicherung für Tripolitanien erhalten hatte. Österreich-Ungarn befleißigte sich einer sehr vorsichtig vermittelnden Haltung auf der Konferenz und baute nachher die erwähnte Rückzugsbrücke. Deutscherseits ist der Haltung der Doppelmonarchie starke Anerkennung gezollt worden. Dabei hatte Österreich-Ungarn sich in Algeciras nicht als Bundesgenosse gefühlt, sondern die Marokkofrage als den eigenen Interessen ganz fernliegend behandelt. Graf Goluchowski erklärte nachher in den Delegationen den Tatsachen entsprechend, Österreich-Ungarn habe zu Algeciras eine neutrale Politik getrieben. Sonst war das Deutsche Reich auf der Konferenz völlig isoliert, Rußland stand zu seinem französischen Verbündeten, und die Vereinigten Staaten standen zur Entente. Kleinere neutrale Mächte waren vielleicht zum Teil anderer Ansicht, wagten aber nicht, sie zur Geltung zu bringen. Die Furcht vor Großbritannien und sein erdrückendes Prestige beherrschten die Lage.

Die Konferenz von Algeciras mit ihrem Verlaufe hätte, wenn richtig in Deutschland aufgefaßt, als Schlaglicht für die Lage überhaupt des Deutschen Reiches in Europa dienen müssen. Bis dahin war es öffentlich noch nie so klar geworden, daß in großen europäischen Fragen das Deutsche Reich in der Tat nur auf sich selbst angewiesen war. Die Frage, welche der Konferenz sozusagen das Etikett gab, Marokko, fiel außerhalb der Dreibundverträge, ebenfalls des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages. Hätte die Sache zum Kriege geführt, so würde man auf bewaffnete Hilfe der Verbündeten nicht haben rechnen können, wenn nicht Österreich-Ungarn vielleicht beschlossen hätte, aus der damaligen Notlage Rußlands Nutzen zu ziehen. Aber auch danach sahen die Verhältnisse in der Doppelmonarchie nicht aus, und der Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten, Graf Goluchowski, trieb eine Politik der Passivität in jedem Sinne, auch war ihm besonders daran gelegen, zu Frankreich und England freundliche Beziehungen zu unterhalten.

Die einmütige Stellungnahme der Mächte in Algeciras richtete sich im Grunde gegen das Deutsche Reich überhaupt, der Gegenstand Marokko war gewissermaßen zufällig, ein Nebenprodukt der aggressiven Gesamtpolitik der beiden Westmächte. Wie die Konferenz dann ausging, konnte niemand im Zweifel darüber sein, daß die Stellung Frankreichs in Marokko früher oder später eine dominierende werden würde, oder aber Deutschland mußte sich die Sache einen Krieg kosten lassen. Das wiederum konnte nicht angenommen werden, nachdem es dem Vertrage zugestimmt hatte und dieser Vertrag wie gemacht war, um umgangen zu werden, außerdem auch inhaltlich das Deutsche Reich in Marokko Frankreich gegenüber schwer benachteiligte.

„Weltpolitik", Einkreisung in Europa und Übersee.

Seit den 90er Jahren war „Weltpolitik" ein Schlagwort in Deutschland geworden und hinsichtlich Deutschlands leider nicht nur dort. Für das Deutsche Reich bedeutete Weltpolitik eine Politik, welche über die Grenzen des Deutschen Reiches hinausgriff, nach kolonialen Erwerbungen tatsächlich trachtete, in erster Linie dem deutschen Handel überall freien Eingang verschaffte und sich mit der Zeit durch eine starke deutsche Seemacht eine feste Grundlage gäbe. Bismarck hatte eine solche Politik getrieben, soweit die Verhältnisse es gestatteten. Von ihm stammt der Ausspruch, bis 1866 habe er preußische Politik gemacht, bis 1870 deutsche und nachher Weltpolitik. In der Nach-Bismarckschen Periode wurde plötzlich die Weltpolitik zum öffentlichen Schlagworte gemacht, und unter ihrer Flagge trieb man die von vornherein aussichtslose

südafrikanische Politik, nahm man die Führung im Boxerkriege und trat man fünf Jahre früher, mit Beendigung des Japanisch-Chinesischen Krieges, in Ostasien gegen Japan auf. Die Weltpolitik führte zur Erwerbung der Karolinen, Marianen und Palauinseln, ebenfalls zur Pachtung von Kiautschou; über diese wird nachher im Rahmen der deutschen Japan-Politik noch gesprochen werden. Die sogenannte Weltpolitik wies keine gerade Linie auf, und ihre Ziele wechselten nach Wahl, nur die Wahl deckte sich oft nicht mit Opportunität und wohlverstandenem Interesse. Sie sollte aber eine Gelegenheitspolitik sein, etwa mit dem Leitgedanken: Deutschland ist sehr spät auf den Plan getreten, deshalb muß die deutsche Politik die Augen aufhalten und sehen, wann und wo sich noch eine Gelegenheit bietet, auf dem Wege zur Weltmacht vorwärts zu gelangen. Die Leiter jener Politik verkannten meist, daß eine solche sich nur auf der Grundlage der erforderlichen Macht führen läßt, entweder der eigenen Macht allein oder durch Bündnisse. Weder das eine noch das andere stand dem Deutschen Reiche für überseeische Machtpolitik zur Verfügung, und daß Wirtschaftspolitik außerhalb der Reichsgrenzen, besonders aber über See, sich sofort in Machtfrage verwandelte, erfuhr man auf Schritt und Tritt. Die damalige Auffassung des Freiherrn v. Marschall, des Vorgängers Bülows im Auswärtigen Amte, daß man mit der Rechtsfrage und dem Vortragen einer klaren Rechtsauffassung erfolgreiche Weltpolitik machen könne, scheiterte ebenso in der Orientpolitik wie in der südafrikanischen.

Das Deutsche Reich war in der Tat und trotz alledem auf weltwirtschaftliche Initiative angewiesen, denn von einem gewissen Punkte des wirtschaftlichen Wettbewerbes in überseeischen Märkten an verwandelte sich die Privatwirtschaft unwiderstehlich in eine Frage der auswärtigen Politik des Reiches. Das war und bleibt ein natürlicher Vorgang. Das Reich sah sich zur Initiative gezwungen, im selben Maße wie seine wirtschaftliche Kraft und der Unternehmungsgeist ihrer Träger wuchsen, nach außen strebten und sich betätigten. Diese Weltpolitik an sich war eine natürliche Notwendigkeit, während die Erwerbung von Kiautschou zwar auch diesem Gedanken diente, aber in ein anderes Gebiet übergriff, nämlich in dasjenige der örtlichen Fußfassung, und damit ein Gebiet neuer Reibungen erschloß. Das gleiche galt von Inselerwerbungen usw. Hier lagen Notwendigkeiten nicht vor, und die Frage mußte sich jedesmal aufwerfen, welche politischen Konsequenzen erwachsen konnten, vor allem auch, welche Grundlagen das Deutsche Reich dafür brauchte, und welche es tatsächlich hatte.

Der Große Krieg hat mit nicht zu überbietendem Nachdrucke gezeigt, wie richtig die damalige Auffassung in Deutschland war: ohne Heimat-

politik keine Weltpolitik. — Die Selbsternährung und Selbstversorgung, soweit wie irgend möglich, mußte neben dem weltpolitischen der Hauptgedanke der deutschen Politik sein. Nur auf genügender Kraft des deutschen Bodens im weiteren Sinne des Begriffes konnte ein weltpolitisches Gebäude aufgerichtet werden. Bemerkenswert ist, daß gerade auch Caprivi nach den Mitteilungen Geheimrat Hammanns, sich darüber klar war, daß der kommende Krieg besonders wirtschaftlich ungeheure Anforderungen stellen werde. Geheimrat Hammann bringt in seiner Schrift folgende Stelle aus einer Rede Caprivis vom Winter 1891 in Erinnerung: „Ich bin der Überzeugung, daß wir eines Körnerbaues, der zur Not hinreicht, selbst die steigende Bevölkerung, wenn auch unter Beschränkungen, im Kriegsfall zu ernähren, gar nicht entbehren können. Das Dasein des Staates wird aufs Spiel gestellt, wenn er nicht imstande ist, von seinen eigenen Bezugsquellen zu leben." Auf verbündete Staaten sich stützen zu wollen, gehe nicht an. „Ich möchte das Wohl des Staates auf so unsichere Faktoren nicht stellen. Der Seehandel im Falle eines Krieges ist geregelt oder soll wenigstens geregelt sein durch die Pariser Konvention von 1856. Was aber dermaleinst, wenn ein Weltbrand kommt, die zur See mächtigen Staaten für Konterbande, für eine effektive Blockade erklären werden, das wollen wir einmal abwarten, und ich halte es für richtiger, daß Deutschland sich auf seine Landwirtschaft stützt, sie erhält, selbst wenn es nur mit Opfern geschehen kann, als daß es sich auf einen so unsicheren Kalkül über die Unterstützung durch Dritte im Kriegsfalle verläßt. Mir ist es eine ganz unerschütterliche Überzeugung, daß in einem künftigen Kriege die Ernährung der Armeen und des Landes eine geradezu entscheidende Rolle spielen kann."

Man muß es als tragisch bezeichnen, für den Mann und für das Volk, daß die Capriviische Wirtschaftspolitik de facto auf das Gegenteil hinauslief. Diese Tatsache läßt sich nur durch die Annahme erklären, daß Caprivi schlecht beraten wurde und selbst nicht imstande war, die Wirkungen seiner Politik auf die Landwirtschaft zu übersehen.

Jener schädliche und im Grunde unsinnige Gegensatz, der so lange Kampfruf in Deutschland war: „Hier Weltpolitik — hier Heimatpolitik", hat viel getan, um beide Begriffe zu verwirren und zu trüben. Sie sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Sie sind die zwei Gesichter des nationalen Januskopfes. Vom Gesichtspunkte der Vorgeschichte des Großen Krieges betrachtet, mußte die Weltpolitik um so schwieriger und um so gefährlicher werden, je schlechter es um die Heimatpolitik in Beziehung auf die Selbstversorgung stand. Schon um die Jahre 1904/05 beschäftigte sich die französische und englische Publizistik ernsthaft mit dem Problem der Abschneidung Deutschlands von den Weltmeeren

für den Fall eines großen Krieges. Man war überzeugt, daß eine solche nach ganz kurzer Zeit die deutsche Kampffähigkeit lähmen würde. Wie recht Caprivi aber mit seiner Auffassung von der Wertlosigkeit internationaler Seerechtsbestimmungen im Kriegsfalle hatte, ist im Großen Kriege nur zu deutlich zum Ausdrucke gekommen.

Das deutsche Bestreben, sich in der Welt geltend zu machen, befand sich in der ungünstigen Konstellation, initiativ vorgehen zu müssen und dabei des Rückhaltes der Macht zu entbehren, überseeische Bündnisse nicht erreichen zu können, ohne sich in Vasallenschaft zu begeben.

Gerade diese Seite der deutschen Lage läßt erkennen, einen wie schweren Schlag der Anschluß Rußlands an die Entente bedeuten mußte, letzten Endes einen Schlag gegen die deutsche Heimatstärke und damit indirekt gegen die Möglichkeit der Verwirklichung weltpolitischer Notwendigkeiten. Rußland, so könnte eingewandt werden, war doch bereits vorher der Verbündete Frankreichs, und diese Vereinigung hatte das Deutsche Reich dauernd in das Zeichen des Zweifrontenkrieges gestellt! Das ist richtig, aber Rußland hatte während der ersten anderthalb Jahrzehnte seiner Verbindung mit Frankreich nie daran gedacht, einen Krieg gegen Deutschland herbeizuführen oder an seiner Herbeiführung mitzuwirken, geschweige denn seine Politik in den Dienst des französischen Rachegedankens zu stellen. Davon war man weit entfernt gewesen. Seit Mitte der 90er Jahre hatte die russische Politik nach dem fernen Osten gestrebt, dort auf Kosten Chinas immer Boden gewonnen und war zur Gefahr für Großbritannien und Japan geworden. Rußland wurde geschlagen. Die Staatsmänner an der Themse aber begnügten sich nicht mit der Befreiung von der Gefahr im fernen Osten, sondern zeigten ihre Meisterschaft, indem sie, gestützt auf den Panslawismus, dem russischen Ausdehnungsdrange den Orient freigaben und seine Leidenschaften wieder gegen die Mittelmächte lenkten. Im russischen Volke und bei den Repräsentanten des Slawentums war die Ostasienpolitik niemals volkstümlich gewesen.

So war mit dem englisch-russischen Einverständnis durch die vollständige politische Umstellung aus dem russischen Freunde ein Feind geworden, kein Feind, der sich verteidigte, sondern der, wenn er überhaupt politisch etwas im nahen Osten wollte, politisch angreifen mußte.

Die Frage erhebt sich wiederum, ob es in der Macht der deutschen Politik gelegen hätte, diese Entwicklung zu vermeiden. Eine schlüssige Antwort darauf läßt sich noch nicht geben, da man zu wenig über die innere diplomatische Geschichte der Periode weiß. Bezeugt worden ist nur das Vorhandensein des gefährlichen Dogmas in der Wilhelmstraße, daß der Walfisch und der Elefant nicht zusammenkommen könnten.

Vermutlich wird sich sonst auch jener Nachteil der deutschen Seite gezeigt haben, daß wir den Russen nichts zu geben hatten, Großbritannien dagegen zu geben hatte und auch gab. Damals wäre vielleicht für Deutschland ein Augenblick gewesen, seine Orientpolitik von Grund aus zu revidieren, und zwar auf Kosten der Türkei, wenn man nicht den anderen Weg wählen wollte, die zeitliche Schwäche Rußlands zu einem Angriffskriege und zur Erzwingung anderer Grenzen und orientalischer Zugeständnisse zu benutzen. Für Orientziele und gar für solche auf der Balkanhalbinsel Krieg führen zu wollen, lag aber der deutschen Politik völlig fern. Ebensowenig hat man daran gedacht, die Türkei zugunsten Rußlands preiszugeben und damit eine Politik zu treiben, deren weitere Konsequenzen sich gegen Österreich-Ungarn hätten richten müssen, eine Politik, die aber auch dann, wenn man Österreich-Ungarn lediglich als Objekt der deutschen und der russischen Politik hätte ansehen wollen, in ihren weiteren Folgen möglicherweise lebensgefährlich für das Deutsche Reich geworden wäre. Die Leiter des Deutschen Reiches haben, wie die erwähnten Enthüllungen erkennen lassen, versucht, einen europäischen Großmächtebund gegen Großbritannien zustande zu bringen, einen Bund, der keine aggressive Tendenz haben, sondern Verteidigung und Schutz des europäischen Festlandes gegen das Inselreich dargestellt haben würde. Dieser Versuch scheiterte. Wahrscheinlich hat man in Rußland, noch während die Verhandlungen liefen, eine Doppelpolitik getrieben. England siegte, es hatte mehr zu bieten, und seine Staatsmänner haben, nach früheren Erfahrungen zu schließen, vielleicht auch besser gearbeitet.

Zu Beginn des Jahres 1906 hatte Großbritannien überraschend schnell im großen sein Ziel erreicht, das Deutsche Reich zu isolieren, ihm auf allen Seiten feindlich gesinnte Widerstände entgegenzusetzen und allen diesen Großmächten und Mächten die Niederwerfung Deutschlands ohne oder mit Krieg als möglich, als erstrebenswert und gewinnbringend erscheinen zu lassen. Erinnern wir hier wieder daran, daß während derselben Jahre Großbritannien sich als führende Macht in die Balkanpolitik einschob, das russisch-österreichisch-ungarische Einvernehmen zerstörte und eine zielbewußte Politik gegen die Mittelmächte und die Türkei auf der Balkanhalbinsel durchzuführen begann.

Großbritannien hatte in Europa die Großmächte Frankreich und Rußland auf seiner Seite, im fernen Osten Japan, und jenseits des Atlantischen Ozeans standen die Vereinigten Staaten, ohne ein Abkommen eingegangen zu sein, mit Selbstverständlichkeit für den britischen Vetter, jedenfalls hätten sie es in jeder britisch-deutschen Streitfrage ebenso getan, wie sie es später tatsächlich getan haben. Die britische Politik machte sich nun mit gleichem Erfolge daran, die kleineren, die sogenannten neutralen

Mächte auf ihre Seite zu bringen und dazu mit der Besorgnis zu erfüllen, daß das Deutsche Reich früher oder später versuchen werde, ihnen ihre Unabhängigkeit zu nehmen. Diesen Zweck verfolgte die englische Flottenfahrt nach der Ostsee im Jahre 1905. Die Fahrt sollte den skandinavischen Nationen und Dänemark zeigen, daß Großbritanniens Flotte zu ihrem Schutze da sei und in einem künftigen Kriege seebeherrschend sein werde. Es lag darin ebenso ein Versprechen wie eine Drohung. Die letztere besonders wurde von den Dänen gut verstanden. Als die englische Flotte im jütländischen Nordseehafen Esbjerg lag, führte der Vertreter der dänischen Regierung in klaren Andeutungen aus, Dänemark wünsche in einem künftigen Kriege zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche neutral zu bleiben. Das ist uns heute nicht nur geschichtlich interessant, sondern viel mehr, weil sich darin zeigt, wie man in Dänemark die britische Politik als eine auf Krieg gerichtete ansah. Die vorhergegangenen Delcasséschen Enthüllungen über die Landungspläne für großbritannische Truppen in Jütland hatten den Dänen ebenfalls keinen Zweifel gelassen, wie der Wind wehte. Die damalige dänische Kundgebung erscheint auch besonders darum als bemerkenswert, weil die Stimmung Dänemarks gegen Deutschland immer gleichermaßen ungünstig gewesen ist.

* * *

Einen Schritt von weitreichender Bedeutung hatte die von König Eduard geführte Politik des Inselreichs zurückgelegt, als es ihr gelungen war, Schweden und Norwegen voneinander zu trennen, sich Norwegen politisch anzugliedern und einen dänischen Prinzen auf den norwegischen Thron zu setzen, der mit einer englischen Prinzessin verheiratet war. Für Deutschland war ein ungeteiltes Skandinavien von großer Bedeutung. Schweden, die Dynastie und das Volk, waren nicht nur dem Deutschen Reiche freundlich gesinnt, sondern verstanden damals auch den politischen Wert intimer und fester Beziehungen zum Deutschen Reiche für ihr Land zu schätzen. Im norwegischen Volke war um jene Zeit kein feindlicher Gegensatz gegen Deutschland vorhanden, wohl dagegen das Bestreben, sich von Schweden zu trennen. Dieses wurde in wohlüberlegtem Plane durch Großbritannien mit Geschicklichkeit und Zielbewußtsein genährt, während Schweden im häuslichen Streite wohl nicht immer den richtigen Ton gefunden hat. Die Briten erkannten, wie hinderlich ein deutschfreundlich gerichtetes vereintes Skandinavien für einen Angriffskrieg gegen Deutschland sein würde, benutzten die auf Spaltung gerichteten norwegischen Tendenzen und gewannen schnell politisch Boden in Norwegen. Im Laufe der folgenden Jahre wurde diese Politik von Groß-

britannien in Norwegen mit steigendem Erfolge fortgesetzt. Ein Teil der norwegischen Presse geriet ganz unter englischen Einfluß, außerdem arbeitete die britische Propaganda durch Agenten mit gewohnter Geschicklichkeit. Zum deutschen Erstaunen wurden während der Jahre vor dem Kriege die Übungsfahrten der deutschen Flotte nach norwegischen Häfen mit allen Zeichen der Erregung und Unzufriedenheit in der norwegischen Presse begrüßt.

Durch die Abspaltung des Großbritannien ergebenen Norwegens von einem bis dahin sehr deutschfreundlichen Schweden war mithin ein sehr wesentlicher Vorteil zu erzielen. Ein weiterer bestand darin, daß durch die Spaltung Schweden bedeutend geschwächt wurde. Es hatte außerdem auf eine Landgrenze zu achten, es befand sich meist in Reibungen mit seinem Nachbar. Während vorher im Falle eines Krieges die Möglichkeit bestanden hatte, daß einem vereinten Schweden und Norwegen sich auch Dänemark anschließen würde, und auf diese Weise ein skandinavischer Block mit deutschfreundlicher Tendenz entstände, war es damit nun aus. Im Gegenteil hatte die Entente nunmehr die Möglichkeit, die skandinavischen Mächte gegeneinander auszuspielen, und Schwedens Einfluß war auf einen Bruchteil seines früheren Maßes zurückgeführt.

Hervorzuheben bleibt auch bei diesem Vorgange, daß die politische Offensive von Großbritannien ausging. Sie hatte zum Ziele, die Isolierung des Deutschen Reiches vom Norden und die Schaffung von Angriffspunkten für Großbritannien und seine Verbündeten in Skandinavien, womöglich in Dänemark. Daß später im Weltkriege diese britischen Ziele sich nur zum Teil verwirklicht haben, ändert an der Richtigkeit der Feststellung nichts, sondern begründet sich lediglich in dem Stande der deutschen Stärke zur See während des Krieges. Wäre dieser ein paar Jahre früher ausgebrochen, so würde sich die skandinavische Lage für unsere Feinde ungleich günstiger gestaltet haben und ebenso die strategische Lage in der Ostsee, im Kattegat und im Skagerrak.

Im Süden Europas setzte die britische Tätigkeit nach der Konferenz von Algeciras mit gleichem Geschick ein; freilich lagen dort die Verhältnisse politisch noch erheblich günstiger als im Norden. Spanien war als dritter Teilhaber an dem Marokkoabkommen von 1904 ohnehin an die Entente geknüpft. Man setzte in Spanien damals große Hoffnungen auf die neue Vereinbarung und ihre Ergebnisse, obgleich sich in Marokko selbst schon bald heftige Entrüstung der Spanier über das illoyale Verhalten der Franzosen bemerkbar machte. 1906 wurde ein Abkommen zwischen Frankreich und Spanien einerseits, Großbritannien und Spanien anderseits veröffentlicht, welches den Entschluß der drei Mächte verkündete, den status quo im Mittelländischen Meer und an dessen Küsten zu erhalten,

für ihn einzutreten usw. Diese Veröffentlichung knüpfte sich an einen Besuch König Eduards beim König von Spanien in Carthagena. Vorher hatte der König von Spanien sich mit einer englischen Prinzessin verheiratet. Unmittelbar nach Carthagena begegnete der König von England sich zu Gaeta mit dem König von Italien. Bei dieser Gelegenheit fanden geheime Abmachungen statt, die sich dem Vernehmen nach mit dem gleichen Gegenstande beschäftigten.

Im fernen Osten brachte England ein japanisch-französisches Abkommen zustande, welches sich dort für den status quo verbürgte. Während des russisch-japanischen Krieges und nachher hatten die Franzosen lebhafte Sorge vor einem japanischen Angriff auf ihre südostasiatischen Besitzungen gehegt. Die Veröffentlichung der geheimen Denkschrift eines hervorragenden japanischen Generals über den Gegenstand hatte jene Sorgen bestärkt. Dieses Mißtrauensmoment zwischen Japan und Frankreich mußte ausgeschaltet werden.

Besonders lag den Briten am Herzen, die amerikanisch-japanische Reibungsfläche zu verringern. Die Behandlung japanischer Einwanderer in den Weststaaten der Union und die Einwanderungsfrage selbst begann während des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts immer schärfere Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten hervorzurufen. Im Jahre 1908, als die Spannung besonders bedenklich erschien, wurde auf Veranlassung des Präsidenten Roosevelt die berühmte Flottenfahrt um den amerikanischen Kontinent herum, zunächst nach der amerikanischen Westküste, dann über den Stillen Ozean nach den japanischen und chinesischen Gewässern unternommen. An diese Demonstration schloß sich bald darauf ein japanisch-amerikanisches Abkommen, welches die Erhaltung des status quo auf dem Stillen Ozean und an seinen Küsten als das Ziel der beiden Mächte feststellte.

Diese Abkommen gehören indirekt ebenfalls zur Vorgeschichte des Großen Krieges. Sie sind alle unter den Auspizien der britischen Politik geschlossen worden, eben für den Zweck, jede Gefahr und Kraftvergeudung durch Reibungen zwischen den Verbündeten und Freunden für den gemeinsamen Zukunftskampf auszuschalten, gleichviel, ob man sich diesen Kampf in friedlicher oder kriegerischer Form dachte.

Hinsichtlich der Vereinigten Staaten und Japans bestand für Großbritannien eine Beziehung, deren Wichtigkeit schwer überschätzt werden konnte: Die britische Seemacht war für die Vereinigten Staaten der Bürge gegen japanische Übergriffe, über den Stillen Ozean hinüber und auf ihm, ebenfalls für die Verhältnisse im Atlantischen Ozean. Die Vereinigten Staaten haben aus diesem Grunde stets das höchste Interesse an der Stärke oder an der Stärkung der Seemacht Groß-

britanniens gezeigt. Eben darauf führte sich auch die amerikanische Wut gegen die deutsche Flottenpolitik zu einem wesentlichen Teile zurück, denn je stärker Deutschland zur See war, in desto höherem Grade sah Großbritannien seine eigene Flotte gebunden. Dieses Verhältnis hat sich auch bis zum Großen Kriege nicht geändert, obwohl die Flotte der Vereinigten Staaten zunahm. Die Kriegsflotte Japans wurde gleichfalls stärker, der Panamakanal war noch nicht gebaut und konnte, als er fertig war, schwerlich als genügendes Verbindungsmittel zwischen den beiden Ozeanen gelten. Der ungeheure Umweg um den südamerikanischen Kontinent aber machte das Verweilen der Flotte auf der einen Seite zu einem Risiko für die andere. Auf den Stillen und den Atlantischen Ozean verteilt erschien die amerikanische Kriegsflotte aber nicht als ausreichend. Außerdem wußte man ebenso gut in Washington wie in Tokio, daß der Gegensatz zwischen den beiden Mächten und ihren Bestrebungen auf der einen wie auf der anderen Seite des Stillen Ozeans wohl überbrückt werden konnte und aus opportunistischen Rücksichten zeitweilig überbrückt werden mußte, aber nicht ausgefüllt werden konnte, sondern bestehen blieb.

Die britischen Staatsmänner haben in jenen Jahren bis kurz vor dem Beginn des Weltkrieges hier zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ein Meisterstück vollbracht, indem sie einem Konflikt zwischen den beiden Mächten mit Erfolg vorbeugten, auch die Reibungen auf ein Mindestmaß zurückführten. Ein derartiger Konflikt oder auch nur die Wahrscheinlichkeit seines Bevorstehens würde Großbritanniens Politik in Europa gegen das Deutsche Reich der Freiheit beraubt und gehindert haben, denn er hätte Englands Flotte gebunden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in einem Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Japan Großbritannien seinen japanischen Bundesgenossen im Stich gelassen und sich auf die amerikanische Seite gestellt haben würde. Das war keine Sache der Sympathie allein, sondern eine Notwendigkeit, denn Großbritannien war und ist von den Vereinigten Staaten abhängig und durfte sich diese nicht zum Feinde machen. Ebenso groß war das Interesse Großbritanniens daran, daß Japan nicht Alleinherrscher in Ostasien und auf dem Stillen Ozean würde. Es hing mithin unendlich viel für das ganze britische Reich davon ab, daß es zwischen den beiden großen Mächten am Stillen Ozean ruhig bliebe und daß im entscheidenden Falle womöglich gemeinsames Ziel und Interesse für beide vorhanden oder zu schaffen wäre. Auch das gelang; Japan erhielt die Anwartschaft auf Kiautschou, und Amerikas Solidarität mit Großbritannien und seinen Verbündeten gegen das Deutsche Reich stand außer Frage.

Seit Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits, man denke nur

an die Manila-Differenzen, arbeitete die englische Propaganda, um Stimmung gegen das Deutsche Reich und alles Deutsche in den Vereinigten Staaten zu machen, die unsinnigsten Gerüchte von deutschen Eroberungsabsichten und Ausdehnungsplänen transatlantischer Art zu verbreiten. Bald hieß es, die Deutschen wollten sich ein großes Stück Brasilien nehmen, bald die Karibischen Inseln, bald ein Stück Venezuela usw. In den Vereinigten Staaten sind alle diese Dinge geglaubt worden. Man traute den Deutschen nicht nur jede Schlechtigkeit zu, sondern war auch überzeugt, daß sie wirklich an solche unsinnigen Pläne denken konnten. Leider kann hierbei nicht verschwiegen werden, daß im Deutschen Reiche selbst manches getan worden ist, um die englische Hetze und Verleumdung zu unterstützen. Man deutete vielfach in Presseorganen, die der Regierung nahestanden, an, daß zwar das Deutsche Reich als solches derartigen Gedanken und Plänen völlig fernstehe, hingegen seien bedauerlicherweise die Alldeutschen durchaus nicht frei davon. Die deutsche Regierung verurteile diese Pläne, welche die Beziehungen zwischen den beiden Völkern nur trüben könnten usw. Dabei waren sieben Achtel jener angeblich alldeutschen Pläne in London erfunden und dann als solche in die Welt gesetzt worden. Wenn aber wirklich einmal irgend ein Phantast in Deutschland erklärt hätte, man müsse Brasilien annektieren oder ähnliches, so konnte es nur den englischen Plänen Vorschub leisten, wenn das die deutsche Regierung und deren Vertreter, z. B. der derzeitige deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, den Alldeutschen — zu denen übrigens der Verfasser dieses Buches nicht zählt — zur Last legte.

Der feindliche Gegensatz der Vereinigten Staaten gegen das Deutsche Reich trat von Jahr zu Jahr mehr hervor, wurde in Deutschland aber meist verkannt. Man unterschätzte bei uns das angelsächsische Zusammengehörigkeitsgefühl und überschätzte sehr stark die quantitative und qualitative Bedeutung des deutsch-amerikanischen Elementes. Der Große Krieg hat hernach gezeigt, wie richtig diejenigen den Deutsch-Amerikaner vorher eingeschätzt hatten, die ihn als einen Faktor des Deutschtums in die politische und völkische Rechnung einzustellen ablehnten. Auf seiten des Deutschen Reiches war man eifrig bestrebt, eine Annäherung an die Vereinigten Staaten politisch und wirtschaftlich zu erreichen, auf alle Fälle in dieser Richtung zu wirken. Der Zweck war zu billigen, die angewandten Mittel waren aber durchweg nicht geeignet, ihn zu erreichen. Die Verstimmung nach der Manila-Angelegenheit und während des amerikanisch-spanischen Krieges überhaupt blieb auffallend lange bestehen, trotz einer Reihe von Veröffentlichungen, die, sachlich betrachtet, alle notwendige Aufklärung brachten. Zu Anfang des neuen Jahrhunderts

entsandte der Kaiser seinen Bruder, den Prinzen Heinrich von Preußen, nach den Vereinigten Staaten. Die Reise verlief, wie der übliche Ausdruck lautet, „in glänzender Weise", Reden wurden gehalten und Depeschen gewechselt, aber das politische Ergebnis war gleich Null. Die Venezuela-Angelegenheit in den Jahren 1902 und 1903 schuf wiederum eine scharfe Mißstimmung. In England wie in den Vereinigten Staaten ertönte das Feldgeschrei, das Deutsche Reich wolle die heilige Monroe-Lehre verletzen und in Venezuela festen Fuß fassen; wovon auch in Gedanken nicht die Rede war. Die britische öffentliche Meinung war außer sich vor Wut, daß englische Schiffe mit deutschen zusammen in den venezolanischen Gewässern lagen, und daß man zusammen gegen den Präsidenten Castro vorging. Die britische Regierung aber hatte mit dieser sonderbaren „Kooperation" erreicht, den eigenen Landsleuten im Mutterlande und in den Kolonien und den Bewohnern der Vereinigten Staaten gewissermaßen im Bilde zu zeigen, wo der gemeinsame Feind stehe.

Die deutschen Bemühungen, mit den Vereinigten Staaten in ein freundschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis zu gelangen, wurden eifrig fortgesetzt, aber wie vorher ohne politischen Erfolg und ohne Annäherung der Völker untereinander zu erreichen. Gesellschaftliche Erfolge waren freilich zu verzeichnen, und an Phrasen mangelte es nicht. Fruchtbar an sich erschien der Gedanke des Deutschen Kaisers der sogenannten Austauschprofessoren. Auf die Dauer hätte hierdurch vielleicht, wenn auch in ganz beschränktem Umfange, eine Annäherung erzielt werden können. Sonst aber zeigte sich den Vereinigten Staaten gegenüber wie auch im Verhältnis zu anderen Völkern und Ländern, daß deutscherseits die richtige Psychologie und das Verständnis für die amerikanische Mentalität fehlten. Der Amerikaner ließ sich gern den Hof machen, auch feiern, wenn er Deutschland besuchte, es kam ihm auch auf joviale Redewendungen nicht an, aber politisch und wirtschaftlich ließen sich die Vereinigten Staaten nicht im mindesten beeinflussen.

Der Grundgedanke der deutschen Amerikapolitik und sozusagen sein Endziel war: in den Vereinigten Staaten ein Gegengewicht gegen Großbritannien zu gewinnen. Um das Jahr 1907 herrschte sogar in ernsten politischen Kreisen Deutschlands die Zuversicht, im Falle eines deutsch-britischen Krieges würde die gesamte deutsche Handelsflotte zeitweise unter die Flagge der Vereinigten Staaten gestellt werden und so vorm Untergange bewahrt, ja selbst dem atlantischen Seeverkehr während des Krieges zwischen neutralen Häfen dienstbar bleiben. Diese Theorie, es ist nicht bekannt geworden, ob auch die Regierung ernstlich mit ihr gearbeitet hat, beruhte auf dem Gedanken, daß das geschäftliche Interesse der Vereinigten Staaten Schutz und Benutzung der

deutschen Handelsschiffe erfordere. Der Gedankengang war analog den Berechnungen und Hoffnungen eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung: Großbritannien werde nie einen Krieg gegen das Deutsche Reich führen, weil das deutsche Volk sein bester Kunde sei. Der Engländer sei so kaufmännisch veranlagt, daß ihm diese Erwägung nüchternen Geschäftssinnes gerade in politisch kritischen Augenblicken an erster Stelle stehen werde. Nicht anders schätzte man die Amerikaner ein: sie würden sich von Großbritannien während eines Krieges mit Deutschland den Ozean nicht sperren lassen, es müsse ihnen höchst erwünscht sein, dann die deutsche Handelsflotte für die Vermittlung des Verkehrs mit den nordwesteuropäischen Küsten zur Verfügung zu haben. Gerade in einer solchen Lage würde sich auch der tiefgehende Interessengegensatz zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zeigen. Die Londoner Deklaration von 1909 nun machte den Hoffnungen ein Ende und schaltete jeden Flaggenwechsel zu solchen Zwecken ausdrücklich aus.

Alle diese Berechnungen politischer und geschäftlicher Interessenten in Deutschland ließen einmal das tiefe Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den angelsächsischen Mächten außer Acht, ferner die amerikanische Abneigung gegen die Errichtung des Deutschen Reiches und gegen die deutschen Verhältnisse überhaupt, die man in den Vereinigten Staaten weder verstand noch verstehen wollte. Die deutschen Berechnungen wären auf dem richtigen Wege gewesen, wenn wirklich für die Vereinigten Staaten gerade dieser geschäftliche Gesichtspunkt in erster Linie gestanden hätte und gegebenenfalls auch politisch entscheidend hätte werden können. Der Denk- und Schätzungsfehler lag darin, daß das amerikanische Geschäftsinteresse damit zu oberflächlich begriffen und zu sehr in der Nähe gesucht wurde. Die Vereinigten Staaten sahen im Deutschen Reiche auf den verschiedensten Gebieten den Konkurrenten, in Großbritannien nicht. In erster Linie aber erblickten sie im Deutschen Reiche die Macht, deren politisches, militärisches und wirtschaftliches Wachstum ihnen eine steigende Gefahr für die Erreichung ihres Zieles bedeutete: der wirtschaftlichen Beherrschung Europas. Dazu kam der erwähnte sehr wichtige Gesichtspunkt des Einflusses der deutschen Macht, zumal der Stärke zur See, auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Japan. Die britische Hetzpropaganda tat ihr übriges für die Stimmung der Massen und lieferte den Regierenden Material für ihre politische Taktik. Entscheidend für die Stellungnahme der Vereinigten Staaten im Frieden und im Kriege ist das aber nicht gewesen.

Eine Erörterung der Enttäuschung, welche die amerikanische Haltung im Kriege in Deutschland erregte, ist in diesem Teile der Untersuchung nicht am Platze. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß die

deutsche Politik jener Jahre das politische und wirtschaftliche Wesen der Vereinigten Staaten, außerdem die Sinnes- und Denkart und Vorurteile ihrer angelsächsisch geleiteten und gestempelten Bevölkerung verkannt hat.

Großbritannien hat in allen Streitfragen mit den Vereinigten Staaten nachgegeben, zuletzt in der des Panamakanals und der kanadischen Grenze. Man wußte, wozu man das tat. Teils war das Gefühl der Abhängigkeit und Ohnmacht den Vereinigten Staaten gegenüber maßgebend, teils hielt man das, was man durch Druck vielleicht hätte gewinnen können, für nicht wertvoll genug, um die Intimität und Zukunft der Beziehungen stören zu lassen.

Dem Deutschen Reiche und Volke gegenüber war das amerikanische Verhalten stets kühl, von oben herab, notdürftig verdeckt durch die formlose Jovialität, an welcher der Amerikaner so großes Gefallen findet. Die deutschen Schmeicheleien empfand man immer nur als unzureichendes Mittel und als Beweis für das Gefühl deutscher Schwäche und Hilfsbedürftigkeit. Nie und nirgends sind gerade solche Dinge unzweckmäßiger angebracht worden, als den Vereinigten Staaten gegenüber. Es mag sein, und die Erfahrungen des Krieges haben diese Annahme noch wahrscheinlicher gemacht, daß auch die Gemeinsamkeit des Gefühls der beiden angelsächsischen Mächte unter allen Umständen zu tief und stark war, um durch deutsche Annäherungspolitik beeinflußt werden zu können. Die Anerkennung dieser Tatsache ändert aber nichts an der Größe der deutschen Methodenfehler jener Zeit, denn sie förderten in Deutschland die Bildung von Illusionen, während sie in Amerika das Gegenteil des gewollten Zweckes erreichten. Zurückhaltung wäre für das Deutsche Reich der gegebene Weg seiner Politik gewesen, und man beging einen schweren Irrtum in der Annahme, daß mehr oder weniger ungeschickte Nachahmungen amerikanischer Allüren und politischer Umgangsformen — man denkt hier auch an deutsche Botschafter — von Nutzen hätten sein können. Alles das diente nur zum Gegenteil.

In Großbritannien dagegen war vollständige und intime Kenntnis der amerikanischen Psyche vorhanden, politisch, wirtschaftlich und völkisch. Man benutzte jede deutsche Entgleisung, jede Ungeschicklichkeit und jeden Mangel an Würde, um den Amerikanern unter geschickten Verzerrungen zu sagen: so sehen also eure Freunde aus, seht ihr denn nicht, was ihr eigentlicher Zweck ist? Sie wollen lediglich euch und uns entzweien, um dann ihren Angriffskrieg erst gegen Großbritannien zu führen und darauf, wenn das mit amerikanischer Hilfe gelungen ist, sich auf die Vereinigten Staaten zu stürzen! — Man hat sich während des Krieges in Deutschland gewundert, als die amerikanische Presse und hervorragende Amerikaner

sagten, Deutschland dürfe unter keinen Umständen siegen, auch seine Kriegsflotte nicht behalten, denn sonst würden die Teutonen nach Vernichtung Großbritanniens sich gegen die Vereinigten Staaten wenden. Unausgesprochen war jedenfalls auch der Gedanke vorhanden, ein siegreich aus dem Kampfe hervorgehendes Deutsches Reich werde mit Japan in Beziehungen gelangen, und die Vereinigten Staaten sähen sich dann von zwei Seiten bedroht und ohne die britische Rückendeckung. Das deutsche Erstaunen über diesen beinahe krankhaft erscheinenden Argwohn war an sich nicht gerechtfertigt. In den vorausgegangenen anderthalb Jahrzehnten hatte die britische Propaganda den Grund in den Vereinigten Staaten gelegt, hatte ein haßerfülltes Mißtrauen gesät, das durch nichts zu beschwichtigen war.

Die Vereinigten Staaten nahmen, wie erwähnt wurde, auf das lebhafteste an der britischen Flottenpropaganda teil. Die sogenannte Panik der Jahre 1909 und 1910 setzte mit der britischen Kolonialwelt auch die Vereinigten Staaten in Bewegung und Entrüstung. Davon wird an anderer Stelle ausführlicher die Rede sein. Hierher gehört aber der Trinkspruch des amerikanischen Seeoffiziers Kommodore Sims im Jahre 1910 gelegentlich eines amerikanischen Flottenbesuches in englischen Häfen: die Vereinigten Staaten würden in einem britisch-deutschen Kriege bereit sein, den letzten Blutstropfen und den letzten Dollar für das alte Mutterland herzugeben. Der Lordmayor von London antwortete und sagte u. a.: „Sollte jener Augenblick kommen, daß uns eine feindliche Hand mit Schaden und Vernichtung bedroht, dann wird sich von der englisch sprechenden Welt jenseits des Ozeans her im Donnerton der Ruf hören lassen: Holzfäller laß ab von diesem Baum, in der Jugend schirmte er mich, jetzt werde ich ihn schützen." Die Reden und ein ebenfalls kriegerischer Trinkspruch des amerikanischen Botschafters in London erregten großes Aufsehen. Der Seeoffizier erhielt von seiner Regierung eine Rüge, um der internationalen Form Genüge zu tun, aber die Angelegenheit tat seiner Laufbahn keinen Eintrag und wurde in Großbritannien, in Frankreich und Amerika von der öffentlichen Meinung mit Begeisterung begrüßt. In Deutschland schenkte man dem Falle nur geringe Aufmerksamkeit und meinte meist, daß die Entgleisung eines Seeoffiziers nichts beweise. Es lag in der Richtung der damaligen Methoden der deutschen, von Bethmann Hollweg geleiteten Politik, Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegenüber die Augen zu schließen, alles Unangenehme, was von dort kam, zu ignorieren, sich besonders keinen Augenblick vom Zwangsgedanken abbringen zu lassen, daß man zu den beiden Mächten in tatsächlich vertrauensvollem und freundschaftlichem Verhältnisse stehe. Der Verfasser dieses Buches hat damals in der Presse versucht, die Be-

deutung des Londoner Falles hervorzuheben, jedoch ohne Erfolg und vielfach mit der Antwort, das sei unverantwortliche Hetzerei, um die ausgezeichneten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und den angelsächsischen Mächten zu stören.

Die Verlegenheiten Großbritanniens im Burenkriege benutzten die Vereinigten Staaten, um den ersten der entscheidenden Schritte zur Befreiung des zu bauenden Panama-Kanals von britischem Einflusse zu tun. Zehn Jahre später erblickte man den gemeinsamen Feind der Zukunft im Deutschen Reiche, und die Art, wie die Vereinigten Staaten sich im Kriegsfalle beteiligen würden, war lediglich eine Frage der Form. Es liegt eine bittere Symbolik in der Tatsache, daß die deutschen und die österreichisch-ungarischen Auswanderer nach den Vereinigten Staaten während des Großen Krieges in Rußland, an der französischen Westfront und in Italien gegen ihre eigenen Mutterländer an der Seite unserer Feinde gekämpft haben.

Belgien und die Ententepolitik.

Die Marokko-Krisis der Jahre 1905/06 hatte die sogenannten Delcasséschen Enthüllungen, deren wir schon Erwähnung taten, gezeitigt. Der britische Plan ist damals gewesen, ein Expeditionskorps von 100 000 Mann — das war das Höchste, was in jenen Jahren die großbritannische Heeresorganisation leisten konnte — an der jütländischen Küste zu landen. Der Zweck wäre ein mehrfacher gewesen: Die dänische Neutralität zu vergewaltigen und das dänische Gebiet zu einem Saloniki zu machen, zu einem Stützpunkte britischer Truppen und jedenfalls auch der Flotte, den Nord-Ostseekanal zu erreichen und unbrauchbar zu machen oder zu nehmen, die deutschen Landstreitkräfte zu teilen, der deutschen Flotte ihre heimatlichen Stützpunkte womöglich zu nehmen, vermutlich im Verein mit einer engen Blockade der deutschen Nordseeküste durch die britische Flotte. Der Plan ist dann bald aufgegeben worden, und es erscheint heute von geringem Werte, welches seine militärischen Aussichten wären.

Der Gedanke der Notwendigkeit einer Festlandhilfe für Frankreich im Falle eines Krieges aber blieb an den maßgebenden britischen Stellen und ebenso in Paris lebendig, und man verfiel auf die näherliegende Idee, ein britisches Expeditionsheer in Belgien zu landen jedenfalls nach Belgien zu befördern. In jenen Jahren wurde das Wort gesprochen, daß in einem Kriege mit dem Deutschen Reiche Großbritannien im Tale der Maas, nicht auf der See verteidigt werden müsse. Zwischen 1906 und 1912 wurde der Gegenstand in der Fachpresse Englands und Frank-

reichs beinahe unausgesetzt behandelt: es sei dringend nötig, daß mit größter Schnelligkeit die britische Hilfe für Frankreich nach dem Festlande gelange, um den linken Flügel des französischen Heeres zu verstärken oder sich an ihn anzuhängen. Daß Belgien zum Kampfplatz werden würde, stand für diese Publizistik ausnahmslos fest, und meist sprach sie gar nicht von edlen britischen Bemühungen, Belgiens Neutralität zu retten, sondern einfach vom rein militärischen Zwecke: in Belgien, auf belgischem Boden müsse für die Sache Großbritanniens und Frankreichs gestritten werden.

Direkte Landungsmöglichkeiten für Truppen in Belgien waren zwei vorhanden: in Antwerpen durch die Schelde und in Zeebrügge an der flandrischen Küste. Die Scheldefahrt stellte sich von vornherein deshalb als Problem dar, weil die Scheldemündung bekanntlich holländisches Gebiet ist; beide Ufer gehören den Niederlanden. Diese haben damals und einige Jahre nachher, als die Scheldefrage öffentlich erörtert wurde, grundsätzlich den Standpunkt vertreten: es sei ihnen gleichgültig, ob Antwerpen an der Schelde läge und ob z. B. Großbritannien das Recht habe Truppen zur Verteidigung einer bedrohten belgischen Neutralität zu landen. Den Niederländern gehöre die Mündung der Schelde und ihr Unterlauf, sie hätten das Recht, diese zu befestigen, und würden unter keinen Umständen die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe durch die Schelde zulassen.

Es scheint, als ob unmittelbar nach der Marokko-Krisis von 1905/06 oder noch während ihrer Dauer die großbritannische Regierung bei Holland vorstellig geworden sei. Von holländischer Seite sind damals Andeutungen solcher Art gemacht worden, und eine gewisse Mißstimmung zwischen den beiden Mächten war erkennbar. Überdies wurde eben damals das Gerücht*) verbreitet: während der Marokkospannung habe der Deutsche Kaiser an die Königin der Niederlande geschrieben, er werde sich zu seinem Bedauern genötigt sehen, der Regierung der Niederlande ein Ultimatum zu stellen, wenn die Niederlande nicht ungesäumt die Verteidigung ihrer Flußmündungen und Küste auf die Höhe brächten. Nach Jahren noch wurde die Geschichte wieder in Kurs gesetzt, um Verstimmung und Mißtrauen in den Niederlanden gegen das Deutsche Reich zu erregen. Wenn diese Legende, was nicht der Fall gewesen ist, wahr sein sollte, wäre man durchaus nicht berechtigt gewesen, dem Deutschen Kaiser daraus Vorwürfe zu machen. Seine Mahnung würde schließlich nur bedeutet haben, daß die Niederlande ihre Küsten und Flußmündungen gegen Landungen und gegen Einlaufen britischer und französischer Kriegsschiffe in die Schelde zu schützen hätten. Das lag

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik, S. 327.

durchaus im Interesse der Niederlande, und selbst die kühnste Auslegung hätte nicht vermocht, eine „deutsche Drohung" daraus zu machen.

Heute sehen wir in dieser Angelegenheit noch klarer. Wäre die Legende wahr, so würde sie einen Beweis dafür liefern, wie damals der Deutsche Kaiser die Dinge richtig gesehen hätte, nämlich im Hinblick auf Belgien, dessen große Hafenstadt Antwerpen nur durch holländisches Gebiet von den Feinden erreicht werden konnte. Der Deutsche Kaiser hätte dann auch erkannt gehabt, von wie großer Bedeutung gerade Antwerpen als Anlaufhafen einer britischen Kriegs- und Transportflotte sein mußte, nicht nur im Hinblick auf die Landungen selbst und was damit zusammenhängt, sondern für die Anlage und den Zweck der gesamten militärischen Operation und ihres wahren strategischen Zweckes.

Das Deutsche Reich hatte damals das Bedürfnis, vielleicht infolge jener und ähnlicher Legenden, eine öffentliche Kundgebung in verbindlicher Form hinsichtlich der angeblichen deutschen Absichten zu erlassen und zu verewigen. Die deutsche Regierung regte 1907 das sogenannte Nordseeabkommen an, dessen Unterzeichnung im Frühjahr 1908 erfolgte. Der Inhalt des Abkommens war, daß die unterzeichneten Mächte entschlossen seien, wechselseitig die souveränen Rechte intakt zu halten und zu achten, welche jede von ihnen an der Nordsee einschließlich Küsten und Inseln habe. Es folgte die übliche Klausel: Sollte der Status quo bedroht aussehen, so würden die Mächte in Verbindung treten und gemeinsam für die Erhaltung des Status quo arbeiten. In einem Anhange wurde gesagt, daß das Recht der Vertragsmächte, über ihre Besitzungen selbst frei zu verfügen nicht berührt würde. Die deutsche Regierung hatte, wie gesagt, das Abkommen angeregt. Unterzeichnermächte waren außer dem Deutschen Reiche Großbritannien, Frankreich, Holland, Dänemark und Schweden. Der Wunsch, das Abkommen zustande zu bringen muß stark gewesen sein, denn Großbritannien weigerte sich, beizutreten, falls Frankreich nicht mit hinzugezogen würde. Frankreich ist keine Nordseemacht, gehörte also eigentlich nicht in das Abkommen hinein. Das Deutsche Reich gab den englischen Wünschen nach, und Frankreich wurde zugezogen.

Das Abkommen hatte einen doppelten Zweck: Die kleinen Nordseestaaten, insbesondere Dänemark und Holland, von ihrem Mißtrauen gegen das Deutsche Reich abzubringen, anderseits Großbritannien, den eigentlichen Bedroher dieser beiden kleinen Küstenstaaten, zu einer Garantieverpflichtung zu bringen. Man schlug also deutscherseits, wie das Beispiel zeigt, die Wirkung eines papiernen Vertrages auf Großbritannien noch sehr hoch an. Diese Einschätzung war auch nach den damals schon vorliegenden Erfahrungen schwer begreiflich, denn Großbritannien hat

nie einen Vertrag, nie eine Neutralität geachtet, deren Nichtachtung den britischen Interessen zu dienen schien. Man muß einen grundsätzlichen Unterschied machen: Großbritannien hat selbst immer gern Abkommen geschlossen mit Mächten und unter Verhältnissen, deren Natur die Aufrechterhaltung des Vertrages ihm vorteilhaft machte, auch entsprechende Auslegung zuließ, außerdem gestattete, sie jederzeit zu erzwingen. In allen solchen Fällen sind die britischen Verträge ausnahmslos hehre Heiligtümer der Menschheit, der Kultur und der Treue gewesen. Umgekehrt lag es mit Verträgen, durch welche man Großbritannien in Betätigung seiner eigenen Willkür und gegen seinen Willen zu binden gedachte, wie hier der Nordseevertrag. Solche Abkommen sind für die Briten nie etwas anderes als Zwirnsfäden gewesen. So konnte man sich vom Nordseeabkommen nichts versprechen als vielleicht eine schädliche Illusion in Deutschland und in Holland.

Etwas besser stand es um das gleichzeitig abgeschlossene Ostseeabkommen. Auch dieses war von Deutschland angeregt worden. Unterzeichnermächte waren außer Deutschland die Ostseemächte Rußland, Dänemark und Schweden. Es handelte sich in analoger Weise um den Status quo auf der Ostsee und an ihr, unter ausdrücklicher Hervorhebung des Inselbesitzes. Bekanntlich besteht Dänemark zu einem großen Teile aus Inseln, für Schweden kam in erster Linie die Alandsgruppe in Betracht, jene Brücke über den Bottnischen Meerbusen. Schon damals stand Schweden im Zeichen der Besorgnis vor russischen Ausdehnungsgelüsten mittelst der Alandsinseln durch Nordskandinavien nach der freien Nordsee und im besonderen dem norwegischen Hafen Narwik. Das Ostseeabkommen mochte für Schweden beruhigend sein, denn Deutschland als Garantiemacht hatte zu Rußland eine andere und mächtigere Stellung als für Garantie des Nordseeabkommens etwa zu Großbritannien.

Im ganzen waren gleichwohl die beiden Abkommen ohne wesentliche Bedeutung und machten den Eindruck, als ob sie vorwiegend aus dem deutschen Wunsche hervorgegangen seien, nur auch ein paar Abkommen mit einigen anderen Mächten geschlossen zu haben, um nicht ganz isoliert auszusehen. Die tatsächliche Isolierung Deutschlands wurde durch das Nordsee- und Ostseeabkommen nicht im geringsten geändert.

In das Nordseeabkommen war Belgien nicht einbegriffen gewesen, obgleich der belgische Staat mit der flandrischen Küste ein Anliegerstaat der Nordsee ist. Das begründete sich in der bekannten Tatsache der Neutralisierung Belgiens. Artikel 7 des holländisch-belgischen Definitivvertrages von 1839, welcher von Österreich, Frankreich, Großbritannien,

Preußen und Rußland unterzeichnet wurde, sagt: „Belgien wird in den durch Artikel 1, 2 und 4 angezeigten Grenzen einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, diese selbe Neutralität gegen alle anderen Staaten zu beobachten.“ Infolgedessen hatte Belgien nicht das Recht, solche Verträge mit anderen Mächten zu schließen.

Bei der Bedeutung, welche die Fragen der belgischen Neutralität mit dem Kriegsausbruche und im weiteren Verlaufe genommen haben, wollen wir bei diesem Anlasse auch auf die Frage der Garantie und was damit zusammenhängt, eingehen. Der diesem Definitivvertrage vorausgegangene Vertragsentwurf vom 26. Juni 1831 enthielt für die belgische Neutralitätseigenschaft die folgenden Artikel:

„Belgien wird in den zu bezeichnenden Grenzen einen dauernd neutralen Staat bilden. Die fünf Mächte garantieren, ohne sich in die inneren Angelegenheiten Belgiens einmischen zu wollen, diese beständige Neutralität, ebenso wie die Integrität und Unverletzbarkeit seines Gebietes innerhalb der erwähnten Grenzen.

„In gerechter Gegenseitigkeit wird Belgien verpflichtet sein, die gleiche Neutralität anderen Mächten gegenüber zu beobachten und weder deren innere noch äußere Ruhe zu gefährden, dabei immer im Besitze des Rechtes, sich gegen jeden fremden Angriff zu verteidigen.“

Im Definitivvertrage fehlt, wie man bemerken wird, diese Garantieklausel. Die beiden Artikel sind im definitiven Vertrage in den einzigen zusammengezogen: „Belgien wird einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, diese selbe Neutralität allen anderen Staaten gegenüber zu beobachten.“ Diese kurze Fassung gewinnt eine ganz besondere Bedeutung dadurch, daß sie die gegenüber den beiden Artikeln des Präliminarvertrages revidierte und grundlegend geänderte Auffassung der Garantiemächte darstellt und auch darstellen soll. Der Artikel des Definitivvertrages enthält die Garantie der belgischen Neutralität und Unabhängigkeit, hat aber die der Integrität und Unverletzbarkeit des belgischen Gebietes fallen lassen.

Eine Garantie wird im Definitivvertrage nur indirekt ausgesprochen: „Die Höfe von Rußland, Österreich, Frankreich, Großbritannien und Preußen gewährleisten dem Könige der Belgier die Ausführung aller Artikel, welche vorhergehen.“ Im Artikel 7 steht aber nichts von Integrität des belgischen Gebietes und ebensowenig von seiner Unverletzlichkeit. Dieser Artikel stellt fest, Belgien werde einen unabhängigen, beständig neutralen Staat bilden und sei verpflichtet, seine Neutralität allen anderen Mächten gegenüber zu betätigen. Die Garantie der Mächte für die Durchführung der Artikel des Vertrages war mithin hier nicht unbedingt;

sondern knüpfte sich an die Voraussetzung, daß Belgien die Forderung des Artikel 7: seine Neutralität allen anderen Staaten gegenüber zu beobachten, restlos erfülle. Ein berühmter belgischer Rechtsgelehrter, der sich auch eingehend mit der Scheldefrage und anderen internationalen Problemen Belgiens beschäftigt hat, E. Nys, schreibt:*) „In Wirklichkeit erhielt Belgien die Garantie der Neutralität, aber die fünf Mächte gaben ihm keineswegs die Garantie der Integrität und der Unverletzlichkeit des Gebietes; sie hatten ihm diese zuerst gegeben (im Präliminarvertrage) und sie dann zurückgezogen." — Das ist richtig, aber nicht erschöpfend, denn, wie gesagt, hatten die fünf Mächte die Neutralität Belgiens nur in der Voraussetzung und unter der Bedingung garantiert, daß Belgien seiner Verpflichtung der Neutralität gegenüber allen Staaten nachkäme.

Ferner sei in diesem Zusammenhange der Besprechung des Kriegsausbruches vorweg genommen, daß also eine vertragsmäßige Verpflichtung für die Mächte, mithin für England und Frankreich, die belgische Unverletzlichkeit des Gebietes zu garantieren und zu hüten, nicht vorlag, ja nicht einmal eine Berechtigung dazu, ebensowenig wie das Recht für Belgien, einen Durchmarsch mit den Waffen in der Hand abzuwehren. Der Artikel 7 des Vertrages legt den Schwerpunkt nicht auf das Recht Belgiens, sondern auf seine Pflicht: wenn Belgien allen Staaten gegenüber Neutralität hält und behält, so wird es als neutral angesehen werden können, sonst nicht.

Man sieht, daß die von der Entente immer hervorgehobene heilige Garantiepflicht für Integrität und Unverletzlichkeit Belgiens einfach aus der Luft gegriffen ist, im Vertrauen auf die Oberflächlichkeit und Vergeßlichkeit der öffentlichen Meinung und die mala fides der anderen europäischen Mächte und Amerikas. Hiervon wird im zweiten Teile dieses Buches ausführlich die Rede sein. An dieser Stelle kommt es darauf an, von vornherein festzulegen, daß jede Art von Verpflichtung auf vertragsmäßiger Grundlage Belgien gegenüber von der Erfüllung der vertraglichen Bedingung abhing, daß Belgien seiner Neutralitätspflicht allen Staaten gegenüber Genüge leistete, und daß der Vertrag von Gebietsintegrität und Unverletzlichkeit überhaupt nichts enthielt.

Die großbritannische Regierung scheiterte in ihrem Bestreben, seit 1905 mit Holland zu einem Abkommen oder Einverständnis zu gelangen, welches der britischen Kriegs- und Transportflotte die Schelde aufschlösse und Holland zum Mithelfer an britischen Festlandoperationen gegen Deutsch-

*) A. Schulte in seiner ausgezeichneten Schrift: „Von der Neutralität Belgiens".

land machte. Die Bemühungen waren fehlgeschlagen, wohlverstanden im Sinne eines freundschaftlichen Übereinkommens. Großbritannien behielt sich aber Einwirkungen auf weniger freundschaftlichem Wege, durch Druck und Drohung vor, wie sich nachher gezeigt hat. Im Anschlusse an die Marokko-Krisis im Frühjahr 1906 hielt die großbritannische Regierung den Augenblick für geeignet, nach dem Versagen Hollands sich an Belgien zu wenden.

Als im Herbst 1914 die deutschen Truppen Brüssel genommen hatten, wurden in den dortigen Archiven, abgesehen von den auch in diesem Buche viel erwähnten Berichten belgischer Gesandter, Aktenstücke gefunden, die den Beweis liefern, daß im Frühjahr 1906 Großbritannien mit Erfolg versucht hat, Belgien zum Bruche seiner Neutralität zu veranlassen. Bei der großen Bedeutung dieser Veröffentlichungen sei ihr Wortlaut hier wiedergegeben:

Brief an den Herrn Minister über die vertraulichen Unterhaltungen.

Vertraulich!

An den Herrn Kriegsminister.

Brüssel, den 10. April 1906.

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen kurz über die Unterhaltungen Bericht zu erstatten, die ich mit dem Oberstleutnant Barnardiston gehabt habe und die Gegenstand meiner mündlichen Mitteilungen waren. Der erste Besuch datiert von Mitte Januar. Herr Barnardiston machte mir Mitteilung von den Besorgnissen des Generalstabes seines Landes hinsichtlich der allgemeinen politischen Lage und wegen der Möglichkeit eines alsbaldigen Kriegsausbruches. Eine Truppensendung von im ganzen ungefähr 100 000 Mann sei für den Fall vorgesehen, daß Belgien angegriffen würde.

Der Oberstleutnant fragte mich, wie eine solche Maßregel von uns ausgelegt werden würde. Ich antwortete ihm, daß es vom militärischen Gesichtspunkte nur günstig sein könnte, aber daß diese Interventionsfrage ebensosehr die politischen Behörden angehe, und daß es meine Pflicht sei, davon alsbald dem Kriegsminister Mitteilung zu machen.

Herr Barnardiston antwortete mir, daß sein Gesandter in Brüssel darüber mit unserem Minister des Auswärtigen sprechen würde.

Er fuhr etwa folgendermaßen fort: Die Landung der englischen Truppen würde an der französischen Küste stattfinden, in der Gegend von Dünkirchen und Calais, und zwar würde die Truppenbewegung möglichst beschleunigt werden. Eine Landung in Antwerpen würde viel mehr Zeit erfordern, weil man größere Transportschiffe brauche und anderseits die Sicherheit weniger groß sei.

Nachdem man über diesen Punkt einig sei, blieben noch verschiedene andere Fragen zu regeln, nämlich: die Eisenbahntransporte, die Frage der Requisitionen, die die englische Armee machen könnte, die Frage des Oberbefehls der verbündeten Streitkräfte.

Er erkundigte sich, ob unsere Vorkehrungen genügten, um die Verteidigung des Landes während der Überfahrt und der Transporte der englischen Truppen, eine Zeit, die er auf etwa zehn Tage schätzte, sicherzustellen.

Ich antwortete ihm, daß die Plätze Namur und Lüttich mit einem Handstreich nicht zu nehmen seien, und daß unsere 100 000 Mann starke Feldarmee in vier Tagen imstande sein würde, einzugreifen.

Nachdem Herr Barnardiston seine volle Genugtuung über meine Erklärungen ausgesprochen hatte, betonte er, 1. daß unser Abkommen absolut vertraulich sein sollte, 2. daß es seine Regierung nicht binden sollte, 3. daß sein Gesandter, der englische Generalstab, er und ich allein über die Angelegenheit unterrichtet seien, 4. er nicht wisse, ob man die Meinung seines Souveräns vorher eingeholt habe.

In einer folgenden Unterredung versicherte mir der Oberstleutnant Barnardiston, daß er niemals vertrauliche Mitteilungen der anderen Militärattachés über unsere Armee erhalten habe. Er gab darauf genau die numerischen Daten über die englischen Kräfte an; wir könnten darauf rechnen, daß in zwölf oder dreizehn Tagen 2 Armeekorps, 4 Kavalleriebrigaden und 2 Brigaden berittener Infanterie gelandet werden könnten.

Er bat mich darum, die Frage des Transports dieser Streitkräfte nach demjenigen Landesteil zu studieren, wo sie nützlich sein könnten, und versprach mir, zu diesem Zwecke die detaillierte Zusammensetzung der Landungsarmee zu geben.

Er kam auf die Frage der Effektivstärke unserer Feldarmee zurück und bestand darauf, daß man keine Detachements nach Namur und Lüttich abzweigen sollte, denn diese Plätze hätten genügende Garnisonen. Er bat mich, meine Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu richten, der englischen Armee zu gestatten, an den Vergünstigungen teilzuhaben, die das Reglement über die Kriegsleistungen vorsehe. Endlich bestand er auf der Frage des Oberbefehls.

Ich antwortete ihm, daß ich über diesen letzten Punkt nichts sagen könne, und versprach ihm, die anderen Fragen aufmerksam zu studieren.

Später bestätigte der englische Militärattaché seine frühere Schätzung: 12 Tage würden wenigstens notwendig sein, um die Landung an der französischen Küste zu bewerkstelligen. Es würde bedeutend längere Zeit notwendig sein (1 bis $2^1/_2$ Monate), um 100 000 Mann in Antwerpen zu landen.

Auf meinen Einwand, daß es unnötig sei, die Beendigung der Landung abzuwarten, um mit den Eisenbahntransporten zu beginnen, und daß man sie besser nach Maßgabe der jeweiligen Truppenankünfte an der Küste einrichten sollte, versprach mir Herr Barnardiston genaue Daten über den täglichen Landungsetat.

Was die Kriegsleistungen anlangt, so teilte ich Herrn Barnardiston mit, daß diese Frage leicht geregelt werden könne.

Je mehr die Pläne des englischen Generalstabes Fortschritte machten, desto klarer wurden die Einzelheiten des Problems. Der Oberst versicherte mir, daß die Hälfte der englischen Armee in acht Tagen gelandet werden könne, der Rest bis zum Ablauf des zwölften oder dreizehnten Tages, ausgenommen die berittene Infanterie, auf die man erst später zählen dürfe.

Trotzdem glaubte ich von neuem auf der Notwendigkeit bestehen zu müssen, die Ziffer der täglichen Ausladung genau zu kennen, um die Eisenbahntransporte für jeden Tag zu regeln.

Der englische Militärattaché unterhielt sich weiter mit mir über verschiedene andere Fragen, nämlich:

1. Notwendigkeit, die Operationen geheimzuhalten und von der Presse strikte Geheimhaltung zu verlangen,

2. Vorteile, die sich daraus ergeben würden, wenn jedem englischen Generalstab ein belgischer Offizier, jedem Truppenkommandanten ein Dolmetscher und jeder Truppeneinheit Gendarmen zugeteilt werden könnten, um den englischen Polizeitruppen zur Seite zu stehen.

Bei einer anderen Unterhaltung prüften der Oberstleutnant Barnardiston und ich die kombinierten Operationen für den Fall eines deutschen Angriffs auf Antwerpen und

unter der Annahme eines Durchmarsches durch unser Land, um die französischen Ardennen zu erreichen.

In der Frage erklärte mir der Oberst sein Einverständnis mit dem Plane, den ich ihm vorgelegt hatte, und versicherte mich der Zustimmung des Generals Grierson, Chefs des englischen Generalstabes.

Andere Fragen von untergeordneter Bedeutung wurden ebenfalls geregelt, besonders hinsichtlich der Spezialoffiziere, der Dolmetscher, der Gendarmen, Karten, Abbildungen der Uniformen, von ins Englische zu übersetzenden Sonderabzügen einiger belgischer Reglements, des Reglements für die Verzollungskosten, für die englischen Proviantsendungen, die Unterbringung der Verwundeten der verbündeten Heere usw. Es wurde nichts vereinbart über die Einwirkung der Regierung oder der Militärbehörden auf die Presse.

Bei den letzten Begegnungen, die ich mit dem englischen Attaché gehabt habe, teilte er mir mit, wie sich das tägliche Ergebnis der Ausschiffungen in Boulogne, Calais und Cherbourg gestalten dürfte. Die Entfernung dieses letzteren Punktes, der aus technischen Notwendigkeiten in Betracht kommt, bringt eine gewisse Verzögerung mit sich. Das I. Korps würde am zehnten Tage ausgeschifft werden, das II. Korps am fünfzehnten Tage. Unser Eisenbahnmaterial würde die Transporte so ausführen, daß die Ankunft, sei es in der Richtung Brüssel—Löwen, sei es nach Namur, Dinant, des I. Korps für den elften Tag, die des II. Korps für den sechzehnten Tag gesichert wäre.

Ich habe noch ein letztes Mal, so energisch wie ich konnte, auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Seetransporte noch zu beschleunigen, damit die englischen Truppen zwischen dem elften und zwölften Tage bei uns sein könnten. Die glücklichsten, günstigsten Resultate können durch eine gemeinsame und gleichzeitige Aktion der verbündeten Streitmächte erreicht werden. Es würde aber im Gegenteil einen ernsten Mißerfolg bedeuten, wenn das Zusammenwirken nicht stattfinden könnte. Der Oberst Barnardiston versicherte mir, daß alles zur Erreichung dieses Zweckes getan werden würde.

Im Laufe unserer Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, den englischen Militärattaché davon zu überzeugen, daß wir willens seien, soweit das möglich sei, die Bewegungen des Feindes zu hemmen und uns nicht gleich von Anfang an nach Antwerpen zu flüchten.

Seinerseits teilte mir der Oberstleutnant Barnardiston mit, daß er zur Zeit auf eine Unterstützung oder eine Intervention Hollands wenig Hoffnung setze. Er teilte mir zugleich mit, daß seine Regierung beabsichtige, die englische Verpflegungsbasis von der französischen Küste nach Antwerpen zu verlegen, sobald die Nordsee von allen deutschen Schiffen gesäubert sei.

Bei allen unseren Unterhaltungen setzte mich der Oberst regelmäßig von den vertraulichen Nachrichten in Kenntnis, die er über die militärischen Verhältnisse bei unseren östlichen Nachbarn erhalten hatte. Zur selben Zeit betonte er, daß für Belgien eine gebieterische Notwendigkeit vorliege, sich dauernd darüber unterrichtet zu halten, was in dem uns benachbarten Rheinland vor sich gehe. Ich mußte ihm gestehen, daß bei uns der ausländische Überwachungsdienst in Friedenszeiten nicht unmittelbar dem Generalstab unterstehe, wir hätten keine Militärattachés bei unseren Gesandtschaften. Ich hütete mich indessen sehr, ihm einzugestehen, daß ich nicht wüßte, ob der Spionagedienst, der durch unsere Reglements vorgeschrieben ist, in Ordnung sei oder nicht. Aber ich halte es für meine Pflicht, hier auf diese Lage aufmerksam zu machen, die uns in einen Zustand offenbarer Unterlegenheit gegenüber unseren Nachbarn und eventuellen Feinden versetzt.

Generalmajor, Chef des Generalstabs.

Unterschrift.

Notiz:

Als ich den General Grierson während der Manöver 1906 traf, versicherte er mir, daß die Reorganisation der englischen Armee den Erfolg herbeiführe, daß nicht nur die Landung von 150 000 Mann gesichert sei, sondern daß hierdurch auch die Aktion des Heeres in einer kürzeren Zeit gewährleistet werde, als im vorstehenden angenommen wurde.

Ende September 1906.

Unterschrift.

Hierzu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Auf dem Schriftstück findet sich noch der folgende Randvermerk: „L'entrée des Anglais en Belgique ne se ferait qu'après la violation de notre neutralité par l'Allemagne.“ Welche Bewandnis es hiermit hatte, erhellt aus einer im belgischen Ministerium des Äußeren aufgefundenen Aufzeichnung über eine Unterredung eines Nachfolgers des Oberstleutnants Barnardiston, des englischen Militärattachés in Brüssel, Oberstleutnants Bridges, mit dem belgischen Generalstabschef, General Jungbluth. Das Schriftstück, das vom 23. April datiert ist und vermutlich aus dem Jahre 1912 stammt, ist von der Hand des Grafen van der Straaten, Direktors im belgischen Ministerium des Äußeren, mit dem Vermerk „Confidentielle“ versehen und lautet in der Übersetzung folgendermaßen:

Vertraulich!

Der englische Militärattaché hat den Wunsch ausgesprochen, den General Jungbluth zu sehen. Die Herren haben sich am 23. April getroffen.

Der Oberstleutnant hat dem General gesagt, daß England imstande sei, eine Armee auf den Kontinent zu schicken, die aus 6 Divisionen Infanterie und aus 8 Brigaden Kavallerie — insgesamt aus 160 000 Mann — bestehe. England habe außerdem alles Notwendige, um sein Inselreich zu verteidigen. Alles sei bereit.

Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse unmittelbar eine Landung bei uns vorgenommen, selbst wenn wir keine Hilfe verlangt hätten.

Der General hat eingewandt, daß dazu unsere Zustimmung notwendig sei. Der Militärattaché hat geantwortet, daß er das wisse, aber da wir nicht imstande seien, die Deutschen abzuhalten, durch unser Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen auf jeden Fall in Belgien gelandet.

Was den Ort der Landung anlangt, so hat sich der Militärattaché darüber nicht deutlich ausgesprochen; er hat gesagt, daß die Küste ziemlich lang sei, aber der General weiß, daß Herr Bridges während der Osterfeiertage von Ostende aus täglich Besuche in Zeebrügge gemacht hat. Der General hat hinzugefügt, daß wir übrigens vollkommen in der Lage seien, die Deutschen zu hindern, durch Belgien zu marschieren.

„Hier ist, — so schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — es direkt ausgesprochen, daß die englische Regierung die Absicht hatte, im Falle eines deutsch-französischen Krieges sofort mit ihren Truppen in Belgien einzurücken, also die belgische Neutralität zu verletzen und gerade das zu tun, was sie, als ihr Deutschland in berechtigter Notwehr darin zuvorkam, als Vorwand benutzt hat, um Deutschland den Krieg zu erklären. Mit einem beispiellosen Zynismus hat ferner die englische Regierung die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland dazu verwertet, um in der ganzen Welt gegen uns Stimmung zu machen und sich als den Protektor der kleinen und schwachen Mächte aufzuspielen. Was aber die belgische Regierung betrifft, so wäre es ihre Pflicht gewesen,

nicht nur mit der größten Entschiedenheit die englischen Insinuationen zurückzuweisen, sondern sie mußte auch die übrigen Signatarmächte des Londoner Protokolls von 1839, insbesondere aber die Deutsche Regierung, auf die wiederholten englischen Versuche hinweisen, sie zu einer Verletzung der ihr als neutraler Macht obliegenden Pflichten zu verleiten. Die belgische Regierung hat das nicht getan. Sie hat sich zwar für berechtigt und verpflichtet gehalten, gegen die ihr angeblich bekannte Absicht eines deutschen Einmarsches in Belgien militärische Abwehrmaßregeln im Einvernehmen mit dem englischen Generalstab zu treffen. Sie hat aber niemals auch nur den geringsten Versuch gemacht, im Einverständnis mit der deutschen Regierung oder mit den zuständigen militärischen Stellen in Deutschland Vorkehrungen auch gegen die Eventualität eines französisch-englischen Einmarsches in Belgien zu treffen, trotzdem sie von den in dieser Hinsicht bestehenden Absichten der Ententemächte, wie das aufgefundene Material beweist, genau unterrichtet war. Die belgische Regierung war somit von vornherein entschlossen, sich den Feinden Deutschlands anzuschließen und mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

Da es zu dem Verleumdungssystem unserer Gegner gehört, unbequeme Tatsachen einfach abzuleugnen, so hat die Kaiserliche Regierung die vorstehend erwähnten Schriftstücke faksimiliert der Öffentlichkeit übergeben und zur Kenntnis der Regierungen der neutralen Staaten bringen lassen."

Fassen wir den Inhalt kurz zusammen: Der Chef des belgischen Generalstabes teilt dem Kriegsminister mit, der britische Militärattaché habe ihm seit Mitte Januar eine Reihe von Besuchen gemacht. Er, der Chef des Generalstabes, habe dem Minister bereits mündlich Meldung darüber erstattet. Er ist also offenbar vom Minister veranlaßt worden, seine mündlichen Meldungen schriftlich in Berichtform ausführlich niederzulegen.

Der britische Attaché, Oberstleutnant Barnardiston, ging aus von der allgemeinen politischen Lage — wie sie durch die Krisis während der Algeciraskonferenz sichtbar geworden war — und gab dem Generalstabschef gegenüber seiner Befürchtung Ausdruck, es könne in Kürze der Krieg ausbrechen. Man habe 100 000 Mann für diesen Fall als nach Belgien zu entsenden vorgesehen.

Auf die Frage, wie man einen solchen Eingriff in Belgien auslegen werde, bespricht der Generalstabschef die Sache militärisch, meint aber, daß die Intervention auch die politischen Behörden angehe. Der britische Attaché erwidert, daß der Gesandte mit dem belgischen Minister des Auswärtigen sprechen werde.

Daraus geht hervor, daß es sich hier nicht um eine gewissermaßen private Bemühung des Attachés handelte, sondern um einen offiziellen, gemeinsam vorbereiteten und getanen Schritt der großbritannischen

Regierung und des Kriegsamtes. Man hielt den Ausbruch des Krieges „für möglich“ und in diesem Falle die Intervention britischer Truppen auf dem Festlande für selbstverständlich notwendig. Diese Intervention sollte, so meinte Barnardiston, erfolgen, wenn Belgien angegriffen würde. Von einer Garantie der belgischen Neutralität oder gar Integrität und Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes war mit keiner Silbe die Rede. Angriff ist aber ein beliebig auszulegender Begriff. In diesem ganzen Berichte ist von Neutralitätsfragen und internationalen Verträgen überhaupt nicht die Rede, weder hat der Engländer noch der Belgier auch nur das Wort in den Mund genommen oder seinen Sinn berührt. Freilich sagte der Generalstabschef, er könne nur die militärische Seite der Sache besprechen, das andere müsse den Minister des Auswärtigen angehen, aber es liegt auf der Hand, daß auch für das militärische Verhalten Belgiens die politische Auffassung der Neutralität mit ihren Pflichten maßgebend sein mußte. Daraus ist zu schließen, daß schon vorher die militärischen und die politischen Behörden miteinander einig darüber geworden waren: der Begriff der Neutralität Belgiens könne zur auswärtigen politischen Taktik, möglicherweise auch militärisch benutzt werden, käme jedoch für die tatsächliche Handlungsweise der beiden Mächte nicht in Betracht.

Was die Einzelheiten des ersten Berichtes anlangt, so fällt auf, daß die Landung in der Gegend von Dünkirchen und Calais stattfinden sollte, also auf französischem Boden. Barnardiston erklärte: eine Landung in Antwerpen würde der größeren Transportschiffe wegen mehr Zeit brauchen, anderseits wäre die Sicherheit weniger groß. Der erste Grund scheint keineswegs zureichend, der zweite dürfte auf zwei Voraussetzungen beruhen, nämlich einerseits der Frage, ob die belgische Armee bis dahin imstande sei, Antwerpen zu halten, außerdem, ob Holland die Durchfahrt durch die Schelde gestatten werde. Möglicherweise sine holländische Weigerungen gerade damals für die Verlegung des Landungsplans nach der französischen Küste maßgebend gewesen. Über den Oberbefehl der „verbündeten Armeen“, wie der belgische Generalstabschef ohne Zögern schreibt, war zur Zeit des Berichtes noch nicht entschieden, es wurde aber von der englischen Seite angeregt. Großbritannien beanspruchte den Oberbefehl.

Der britische Militärattaché bemächtigte sich, wie der Bericht zeigt, gleich autoritativ der Situation: Oberbefehl, Eisenbahntransporte, die Befugnis der englischen Armee für Requisitionen beweisen genug. Er spricht dann seine Genugtuung über den Bescheid aus und besteht ebenso autoritativ darauf, daß die belgische Armeeleitung keine Detachements nach Namur und Lüttich abzweigen dürfe, die Garnisonen dort genügten.

Der Attaché macht dem Belgier strenge Geheimhaltung auch seitens der Presse zur Pflicht. Der Belgier legt seine Pläne für den Fall eines „deutschen Angriffes" vor und findet das englische Einverständnis, außerdem bestellt ihm der Attaché die Zustimmung des britischen Generalstabschefs. Wichtig für die Beurteilung im ganzen ist auch die Tatsache, daß der belgische Generalstabschef genau in alle Einzelheiten eingeht und seinerseits ebensolche Aufschlüsse vom Attaché verlangt. Es hat sich also keineswegs um eine Nötigung oder auch nur um eine vorwiegend englische einseitige Beeinflussung des belgischen Generalstabs gehandelt, sondern um eine auf beiden Seiten aktive und freiwillige Zusammenarbeit. Über die Unterhandlungen zwischen dem britischen Gesandten und dem belgischen Minister des Auswärtigen ist nichts bekannt geworden, aber es steht außer Zweifel, daß die gleiche Übereinstimmung auch da vorhanden war. Es handelte sich um eine Reihe Monate beanspruchender, später laufend zu ergänzender Unterhandlungen und Arbeiten, die vom Attaché und Generalstabschef und Minister in fortwährendem Einverständnis und Zusammenwirken gefördert wurden.

Im Schlußteile des Berichtes sagt Barnardiston, er setze zur Zeit wenig Hoffnung auf eine Unterstützung oder eine Intervention Hollands. Zugleich erklärt er, daß die britische Regierung die englische Verpflegungsbasis von der französischen Küste nach Antwerpen zu verlegen beabsichtige, sobald die Nordsee von deutschen Kriegsschiffen gesäubert sei. Mit anderen Worten heißt das, daß man die Schelde auch trotz holländischen Einspruches benutzen würde, sobald die englischen Truppen in Antwerpen wären. Man war also entschlossen, die holländische Neutralität bei gegebener Gelegenheit rücksichtslos zu verletzen.

In einer Nachbemerkung vom Herbst 1906 zu diesem Berichte schreibt der belgische Generalstabschef: gelegentlich der Armeemanöver in Belgien habe ihm der britische Generalstabschef zugesichert, daß die Stärke der Expeditionsarmee nunmehr auf 150 000 Mann erhöht worden sei und daß die Zeit bis zu ihrem Eingreifen auf dem Festlande habe verkürzt werden können. Der belgische Generalstabschef hatte, wie der Bericht zeigt, immer wieder darauf gedrungen, daß die englische Hilfe so schnell wie möglich einsetzen müsse. Auf englischer Seite erkannte man diese Forderung an und verlangte umgekehrt, daß eine belgische Spionage im deutschen Rheinlande organisiert werde, um die Vorbereitungen und Bewegungen des „Feindes" von langer Hand her feststellen zu können.

Die Tatsache allein jener Verhandlungen und der Maßnahmen oder Vorbereitungen, die sie zur Folge hatten, liefert schon den Beweis, daß Belgien in voller Überlegung seine Neutralität brach und die ihm

vertraglich obliegende, die Achtung vor seiner eigenen Neutralität und deren Gewährleistung begründende Pflicht verletzte. Nun steht zwar am Rande jenes geschriebenen Berichtes die Bemerkung: „das Eindringen der Engländer in Belgien würde sich erst nach Verletzung unserer Neutralität durch Deutschland machen." Wie das gemeint war, geht aus den gleich zu erörternden Bemerkungen des englischen Militärattachés im Jahre 1912 hervor. Vorher muß aber noch auf einen anderen Punkt hingewiesen werden, daß die Bemerkung sich auf den „Eintritt in Belgien" (L'entrée en Belgique), also die Überschreitung der belgischen Grenzen, bezog. Die Bemerkung schließt also keineswegs aus, daß die britische Expeditionsarmee sofort nach Frankreich übersetzte oder in die Schelde einlief, auch ohne daß die Deutschen die belgische Grenze überschritten hätten. Das wäre eine Maßnahme gewesen, welche mit eins die Lage für das Deutsche Reich unmöglich gemacht haben würde, außerdem nur als Vorwand gedient hätte, um die tatsächliche englische aggressive Invasion zu verschleiern.

Sechs Jahre später berichtete der Direktor im belgischen Auswärtigen Amte über die Unterhaltung zwischen dem Nachfolger des Generals Ducarme, General Jungbluth, und dem britischen Attaché, Oberst Grierson: der britische Attaché habe ihm gesagt, man könne jetzt 160 000 Mann hinüberschicken, überhaupt sei alles bereit. Der Attaché fügte hinzu: „Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse unmittelbar eine Landung bei uns vorgenommen, auch wenn wir keine Hilfe verlangt hätten. Der General (Jungbluth) hat eingewendet, daß dazu unsere Zustimmung notwendig sei. Der Militärattaché hat geantwortet, daß er das wisse, aber da wir nicht imstande seien, die Deutschen abzuhalten, durch unser Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet."

Unter den „letzten Ereignissen" war die Marokkokrisis vom Sommer und Herbst 1911 zu verstehen. Es ist auffallend, daß hier vom englischen Attaché der Ausdruck gebraucht wird: „Landung in Belgien" anstatt wie im Jahre 1906 „Eintritt in Belgien". Aufschluß für diese Änderung gibt die nachherige Bemerkung in dem Berichte, daß der britische Attaché sich über den Ort der Landungen diesmal nicht ausgesprochen, jedoch eine Zeitlang tägliche Besuche in Zeebrügge gemacht habe. Anscheinend ging man in Großbritannien damals mit dem Gedanken um, die Truppen in Zeebrügge zu landen. Damit wäre also die Ausschiffung zugleich Eintritt in Belgien gewesen.

Der Bericht sagt, General Jungbluth habe erklärt, daß die belgische Armee vollkommen in der Lage sei, einen deutschen Durchmarsch zu hindern. Damit fand er aber keinen Glauben beim englischen Protektor.

Es ist sicher nicht ohne besondere Veranlassung gewesen, daß im Dezember 1911 im belgischen Senate eine Interpellation über die Landesverteidigung eingebracht wurde. Man wies darin auf die vergangene Marokkokrisis hin und erklärte, daß die Stärke des Heeres und der Stand der Befestigungen an der Maas ungenügend gewesen sei. Der Einbringer der Interpellation, Senator Hanrez, erklärte dazu, daß Belgien im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes genötigt sei, sich für die eine oder die andere der beiden Mächte, entweder für Deutschland oder für Frankreich, zu erklären. Während der gleichen Verhandlungen gab der Ministerpräsident die Erklärung ab, daß die Instandsetzung der Befestigungen an der Maas nicht gegen Deutschland gerichtet gewesen sei. Das Gerücht, daß 150 000 Mann englischer Truppen in Belgien hätten gelandet werden sollen, sei nicht wahr. Man sieht aus diesen Symptomen, daß die Unterhandlungen zwischen dem britischen und dem belgischen Generalstab und deren Ergebnisse nicht einmal geheim geblieben waren. Sogar die Stärke des Expeditionskorps war annähernd richtig angegeben worden.

Tatsächlich hatte die belgische Regierung während der Marokkokrisis 1911 die Festungen Namur und Lüttich in gefechtsbereiten Zustand versetzt, und zwar beide gegen Osten. Die Reserven waren eingezogen und in den Häfen Vorbereitungen getroffen worden, die nur dem Empfange britischer Truppentransporte dienen konnten. Es war eine — unausgesprochene — Mobilisierung gegen Deutschland.

Der damalige belgische Gesandte, Baron Greindl, hat in einem Berichte an seine Regierung vom 23. Dezember 1911 sich zu den Vereinbarungen mit Großbritannien geäußert. Die deutsche Regierung hat aus diesem Berichte, dessen vollständige Veröffentlichung sie sich (Oktober 1914) vorbehielt, das Folgende bekanntgegeben: Baron Greindl führe aus, daß der ihm mitgeteilte Plan des belgischen Generalstabs für die Verteidigung des belgischen Neutralität in einem deutsch-französischen Kriege sich nur mit der Frage beschäftige, was für militärische Maßnahmen für den Fall zu ergreifen seien, daß Deutschland die belgische Neutralität verletze. Die Hypothese eines französischen Angriffs durch Belgien habe genau ebensoviel Wahrscheinlichkeit für sich:

„Von der französischen Seite her droht die Gefahr nicht nur im Süden von Luxemburg, sondern sie bedroht uns auf unserer ganzen gemeinsamen Grenze. Für diese Behauptung sind wir nicht nur auf Mutmaßungen angewiesen, sondern wir haben positive Anhaltspunkte.

„Der Gedanke einer Umfassungsbewegung von Norden her gehört zweifellos zu den Kombinationen der Entente Cordiale. Wenn das nicht

der Fall wäre, so hätte der Plan, Vlissingen zu befestigen, nicht ein solches Geschrei in Paris und London hervorgerufen. Man hat dort den Grund gar nicht verheimlicht, aus dem man wünschte, daß die Schelde ohne Verteidigung bliebe. Man verfolgte dabei den Zweck, unbehindert eine englische Garnison nach Antwerpen überführen zu können, also den Zweck, sich bei uns eine Operationsbasis für eine Offensive in der Richtung auf den Niederrhein und Westfalen zu schaffen und uns dann mit fortzureißen, was nicht schwer gewesen wäre. Denn nach Preisgabe unseres nationalen Zufluchtsortes hätten wir durch unsere eigene Schuld uns jeder Möglichkeit begeben, den Forderungen unserer zweifelhaften Beschützer Widerstand zu leisten, nachdem wir so unklug gewesen wären, sie dort zuzulassen. Die ebenso perfiden wie naiven Eröffnungen des Obersten Barnardiston zur Zeit des Abschlusses der Entente haben uns deutlich gezeigt, um was es sich handelt. Als es sich herausstellte, daß wir uns durch die angeblich drohende Gefahr einer Schließung der Schelde nicht einschüchtern ließen, wurde der Plan zwar aufgegeben, aber dahin abgeändert, daß die englische Hilfsarmee nicht an der belgischen Küste, sondern in den nächstliegenden französischen Häfen gelandet werden sollte. Hierfür zeugen auch die Enthüllungen des Kapitäns Faber, die ebensowenig dementiert worden sind wie die Nachrichten der Zeitungen, durch die sie bestätigt oder in einzelnen Punkten ergänzt worden sind. Diese in Calais und Dünkirchen gelandete englische Armee würde nicht an unserer Grenze entlang nach Longwy marschieren, um Deutschland zu erreichen. Sie würde bei uns von Nordwesten her eindringen. Das würde ihr den Vorteil verschaffen, sofort in Aktion treten zu können, die belgische Armee in einer Gegend zu treffen, in der wir uns auf keine Festung stützen können, falls wir eine Schlacht riskieren wollen. Es würde ihr ermöglicht, an Hilfsquellen aller Art reiche Provinzen zu besetzen, auf alle Fälle aber unsere Mobilmachung zu behindern oder sie nur zuzulassen, nachdem wir uns formell verpflichtet hätten, die Mobilmachung nur zum Vorteil Englands und seiner Bundesgenossen durchzuführen. Es ist dringend geboten, im voraus einen Kriegsplan für die belgische Armee auch für diese Eventualität aufzustellen. Das gebietet sowohl das Interesse an unserer militärischen Verteidigung als auch die Führung unserer auswärtigen Politik im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich."

Baron Greindl war hiernach nicht in die Einzelheiten der Verhandlungen eingeweiht, sonst hätte er nicht so gesprochen, als ob die belgische Regierung und der Generalstab noch über Freiheit des Handelns verfügten, als ob sie noch in der Lage wären, nach beiden Seiten politisch freie Hand zu haben. Im Jahre 1911 hatte sich Belgien längst festgelegt.

Offenbar hat man Baron Greindl, der, wie seine Berichte zeigen, sich einer unparteiischen, objektiven Beurteilung der politischen Vorgänge von Berlin aus befleißigte, seitens der Parteigänger Großbritanniens in Brüssel nur in großen Zügen Kenntnis von den Abmachungen gegeben. Noch einige Tage vorher schrieb Greindl in einem Berichte mit Beziehung auf die Enthüllungen des englischen Kapitäns Faber hinsichtlich der britischen Kriegsvorbereitungen während der Marokkokrisis: „Bis auf weiteres muß man demnach als feststehend ansehen, daß man sich in London mit dem Plane befaßt hat, Frankreich in einem Kriege mit Deutschland durch die Landung eines Korps von 150 000 Engländern zu Hilfe zu kommen. Hierin liegt nichts Überraschendes. Es ist nur die Fortsetzung der eigenartigen Vorschläge, die dem General Ducarme vom Obersten Barnardiston gemacht worden sind, ebenso wie die Fortsetzung der Vlissinger Intrigue."

Hier zeigt sich Greindl gar nicht darüber orientiert, daß man damals auf jene „eigenartigen Vorschläge" tatsächlich eingegangen war und sie in Brüssel keineswegs als eigenartig oder, wie er später sagt, als naiv und perfide ansah. Auf jenen ersten Bericht hat man Greindl augenscheinlich einige weitere, aber nur allgemein gehaltene und unvollständige Aufschlüsse gegeben.

Der Gesandte schreibt in seinem Berichte vom 23. Dez. 1911, daß die Aufstellung von Kriegs- und Mobilmachungsplänen nach beiden Seiten, also nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Frankreich, und daß auch die Führung einer entsprechenden belgischen auswärtigen Politik notwendig sei. Das liefert einen weiteren Beweis, daß Greindl nicht wußte, wie tief die belgische Politik an der britischen Einkreisung und an den Vorbereitungen für deren Endziel beteiligt war. Sonst würde der Gesandte gewußt haben, daß die Führung der belgischen Politik nicht nur während des Krieges, wie er meint, sondern auch vor dem Kriege schon sich in eine Lage begeben hatte, welche sie in schroffen Widerspruch zu den Verträgen brachte und darin hielt.

Im übrigen ist die Feststellung von Wert, daß trotz seiner unvollkommenen Kenntnis der Abmachungen und Vorbereitungen Greindl klar erkannte, der englisch-belgische Landungs- und Feldzugsplan solle nicht eine Verteidigung der belgischen Neutralität bedeuten, sondern einen Angriff auf Deutschland mit dem Plane des Vordringens nach Rheinland und Westfalen, um in diese Industriegegenden einzubrechen und das Deutsche Reich von vornherein durch Besetzung und Zerstörung des Eisen- und Kohlengebietes, der Fabriken usw. militärisch und wirtschaftlich lahm zu legen. Dabei rechnet Greindl in seinem Bericht noch mit der Möglichkeit, daß man belgischerseits einen, wenn schon ver-

geblichen Widerstand gegen eine eindringende englische Armee zu leisten versuchen werde. Der Gesandte wußte nicht, wie eng das Einvernehmen zwischen den beiden Generalstäben und den beiden Ministerien des Auswärtigen war. Das zeigen auch die folgenden, durch die Deutsche Regierung im Jahre 1917 mitgeteilten dokumentarischen Enthüllungen.

Ein Kommentar ist nicht notwendig. Die gefundene Aufstellung zeigt die Intimität der Zusammenarbeit zwischen dem belgischen und dem englischen Generalstabe. Über jeder Liste des belgischen Generalstabes steht die Bemerkung: „Herrn Barnardiston mitgeteilt", also ihm zur Prüfung und Billigung vorgelegt.

Es handelte sich um zwei Pläne für den Transport und die Ausladung der britischen Truppen in Belgien, nachdem die Landungen in Calais, Boulogne und Cherbourg erfolgt waren. Durch vier Eisenbahnen sollten die Truppen von diesen Häfen nach ihren Bestimmungsorten gebracht werden, entweder nach Brüssel, Tervueren, Löwen und Aerschott oder nach Dinant, Ciney, Namur und Flawinne.

Eine andere Enthüllung der Deutschen Regierung konnte schon im Dezember 1914 das Folgende feststellen: Deutsche Truppen fanden in Belgien geheime militärische Handbücher über Belgiens Wege und Flüsse, die der britische Generalstab herausgegeben hatte. (Belgium, Road and River Reports prepared by the general staff, war office.) Diese Bücher waren als geheim zu behandeln und wurden ausdrücklich bezeichnet als „Eigentum der Britischen Regierung und bestimmt für die persönliche Information von . . . . ., der für die sichere Aufbewahrung des Buches selbst verantwortlich ist." Die Handbücher, welche in den Jahren 1912 bis 1914 erschienen sind, enthalten genaue Beschreibungen des belgischen Geländes für militärische Zwecke. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" führte aus dem Inhalt folgendes Beispiel an: „Dixmude wird von Norden oder Süden schwer zu nehmen sein. Die beste Verteidigungsstellung gegen Süden wäre westlich der und bis zur Straße der Bahndamm, östlich der Straße eine Reihe kleiner Hügel, westlich der Straße ist das Schußfeld 15 000 Yards gut, östlich davon ist der Ausblick durch Bäume behindert. Zwei Bataillone würden für die Besetzung ausreichen. Die feindliche Artillerie würde wahrscheinlich nahe Hoogmolen und Beartkant stehen, sonst ist dort taktisch nichts von Bedeutung, auch nichts vorhanden, was das Marschtempo verzögern könnte. Beobachtungspunkt: die Mühle von Reenceeck mit freiem Rundblick und der Coelsberg, $7^1/_2$ Meilen von Ypern, mit Ausblick nach Ost und Süd."

Den Büchern beigeheftet ist eine Einquartierungsübersicht mit genauen Feststellungen der Belegefähigkeit der verschiedenen Dörfer

und Ortschaften. Kurz, man hat es mit einer gründlichen Generalstabsarbeit zu tun, welche, nach einer Angabe im Handbuche, in den Jahren 1909/1914 entstanden ist, und zwar in engster Zusammenarbeit der Generalstäbe beider Länder.

Seit dem Jahre 1909 machte sich die Belgische Regierung an eine umfangreiche Reform des gesamten Heerwesens. Die allgemeine Dienstpflicht, welche bis dahin in Belgien nicht bestanden hatte, wurde zunächst grundsätzlich eingeführt und in den folgenden Jahren allmählich ausgebaut. Gegen die Zeit vor 1909 bedeutete es mehr als die Verdoppelung der belgischen Wehrkraft; damals wäre an eine geordnete Mobilisierung überhaupt nicht zu denken gewesen. Ebenso wie die notwendige Organisation der Wehrkraft, so hatte es an der Ausbildung, an Kriegsmaterial usw. gefehlt. Die neue Wehrvorlage bedeutete also einen an sich gewaltigen und politisch aufsehenerregenden Schritt der Belgischen Regierung. Es kostete Mühe, die Bewilligung des Parlaments zu erlangen und die erforderliche Stimmung dafür im Lande zu erzeugen. Einen wesentlichen Anteil daran, daß es gelang, hatte die unausgesetzt antreibende Propaganda der britischen und französischen Presse und sonstigen Publizistik. Man setzte den Belgiern auseinander, wie sehr sie gefährdet seien, und daß die Garantie ihres Gebiets den Mächten nicht möglich sein werde, wenn Belgien sich nicht selbst stark mache. Die Diplomaten von London und Paris werden noch wirksamer gearbeitet haben, und es ist kein Zufall, daß die belgische Heeresreform gerade in die Zeit fällt, als die Generalstäbe der beiden Länder ihre Verhandlungen führten und ihre Vorbereitungen trafen. Die Spitze gegen das Deutsche Reich war so auffallend und ein derart öffentliches Geheimnis, daß der damalige Gesandte Serbiens in Paris (1912) an seinen Ministerpräsidenten Pasitsch schrieb: „Die Bedeutung des Entschlusses werde dadurch besonders erhöht, daß Belgien damit Maßnahmen treffe, die sowohl seiner bisherigen Politik, als auch besonders dem Geiste der belgischen Nation widersprechen, nicht so sehr aus eigenem Antriebe, wie auf den Rat, fast auf das Verlangen der Englischen Regierung." (Diese Äußerung teilt Professor Hashagen in Nr. 12, II. Jahrgang der Monatsschrift: „Der Belfried" mit.) Der serbische Gesandte traf damit den Nagel auf den Kopf. Die für das kleine Land gewaltige Wehrvorlage und die dauernde Last ihrer Verwirklichung widersprach in der Tat dem Geiste des belgischen Volkes durchaus; in keinem Lande war wohl der Geist demokratischer Ungebundenheit und die Abneigung gegen den sogenannten Militarismus stärker entwickelt als in Belgien. Aber die große Macht jenseits des Ärmelkanals wollte es, und dagegen gab es keinen Widerspruch, zumal, das muß immer wieder betont werden, das Kabinett und die politisch

wie militärisch maßgebenden Kreise französisch-englisch orientiert und von fanatischem Hasse gegen alles Deutsche erfüllt waren.

Es mögen im Laufe der Zeit noch mehr Zeugnisse hinzukommen. Was vorstehend gesagt worden ist, genügt zum Beweise, daß Belgien in der Zeit zwischen 1906 und 1914 vom Pfade der Neutralität weit abgewichen ist. Für die Beurteilung dieser so wichtigen Frage ist es in erster Linie erforderlich, sich vor Augen zu halten, daß Belgiens Neutralität mit der eines politisch tatsächlich unabhängigen Staates nicht zu vergleichen war.

Holland bildet ein Musterbeispiel eines aus freiem, eigenen Willen neutralen, unabhängigen Staates. Es stand und es stände den Niederlanden in jedem Augenblicke frei, Bündnisse, Militärkonventionen oder andere Abkommen mit irgendeiner Macht zu schließen und anläßlich eines Krieges die Neutralität aufzugeben oder beizubehalten. Wir haben im Kriege auch neutrale Mächte kennengelernt, welche ausgesprochene Hinneigung zu unseren Gegnern hegten und betätigten, ohne deswegen aufzuhören, formell in die Kategorie der neutralen Staaten zu rechnen. Die Abstufung absolut unparteiischer, wohlwollender und nichtwohlwollender Neutralität war schon vor dem Kriege in Theorie und Praxis gebräuchlich und ist es seit 1914 noch viel mehr geworden. Neutralität in Friedenszeiten ist bei diesen internationalrechtlich unabhängigen Mächten wie den Niederlanden, den skandinavischen Mächten, denen des Balkan und des südamerikanischen Kontinents ein unzulässiger Begriff, jedenfalls im Sinne des internationalen Rechtsbegriffes. Eine solche Macht, die sich im Frieden freundlich oder unfreundlich vom Gesichtspunkte des deutschen Interesses gebärdete, konnte im Kriege die entgegengesetzte Haltung einnehmen. Die Möglichkeit und das Recht hierzu lagen vor, und nicht nur theoretisch, sondern politisch und ebenso wirtschaftlich. Unter neutral und unter Neutralität im Kriege wird gewöhnlich in der öffentlichen Meinung und im Volksmunde die Haltung eines Staates verstanden, der nicht zu den Waffen greift, sondern im Friedensstande bleibt. Dieser ist „neutral", denn er hilft niemandem mit den Waffen, weder direkt noch indirekt.

In der Primitivität und der Verallgemeinerung dieser Auffassung dürfte im wesentlichen die Ursache dafür liegen, daß man in Deutschland jedenfalls gemeinhin den Neutralitätsbruch Belgiens in seiner ganzen Schwere lange nicht genügend gewürdigt hat, jedenfalls insofern er während der Jahre vor dem Kriege begangen worden ist. Niemals ist vor dem Kriege in der deutschen Presse eine Bemerkung vorgekommen, wie die des serbischen Gesandten im Bericht an seine Regierung. Dieser Diplomat, der mit seinem Lande ein überzeugter Feind der

Mittelmächte war, konnte nicht umhin, den Widerspruch zwischen der belgischen Wehrvorlage und der belgischen Neutralität als eine politisch sehr bedeutsame und interessante Wahrnehmung festzulegen.

In dem Vertrage, welcher die Grundlage der Existenz des Staates Belgien bildet, sagt der Artikel 7, wie noch einmal wiederholt werden mag: „Belgien wird einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten werden, dieselbe Neutralität gegen alle anderen Staaten zu beobachten."

Man kann auf den ersten Blick nicht sagen, daß dieser Artikel sich durch Genauigkeit und Klarheit auszeichne. Einen Anhalt geben, wie vorher ausgeführt wurde, nur die beiden Artikel in dem Präliminarvertrage und besonders die Tatsache, daß die Mächte die Klausel von der Verbürgung der Neutralität, Integrität und der Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes nicht in den Definitivvertrag aufnahmen, nicht einmal den Artikel 10: „Kraft einer gerechten Gegenseitigkeit wird Belgien gehalten sein, dieselbe Neutralität gegen die anderen Staaten zu beobachten und nichts gegen ihre innere Ruhe zu unternehmen, wobei es immer das Recht behält, sich gegen fremden Angriff zu verteidigen." Der Artikel 7 des Definitivvertrages verknüpft die Begriffe: „Belgien wird einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden." Diese beiden Begriffe heben sich zwar nicht auf, stehen einander aber von einem gewissen Punkte politischer Entwicklung an feindlich gegenüber. Der Begriff der Unabhängigkeit wird durch die Verpflichtung zu einer dauernden Neutralität in sehr hohem Maße eingeschränkt, so sehr, daß die Unabhängigkeit nur bis zu der Linie reicht, wo die Betätigung einer aktiven auswärtigen Politik anfängt, denn eine solche wird mit Naturnotwendigkeit einseitig das vermeintliche Landesinteresse verfolgen. Diese „Neutralität" des belgischen Vertrages — leider ist der richtige Ausdruck „Neutralisierung" vielleicht aus Gründen der Schonung von Empfindlichkeiten nie angewendet worden — ist nicht eine Eigenschaft, nicht eine Funktion der Unabhängigkeit, sondern ein von außen auf den Staat Belgien dauernd ausgeübter, vertraglich festgelegter und vom Staate Belgien als berechtigt anerkannter Zwang. Die Neutralität oder Neutralisierung war kein Gnadengeschenk der Großmächte an Belgien, sondern eine Bedingung, welche die Großmächte vor die Anerkennung des belgischen Staates als solchen setzten, also: ohne die Verpflichtung zu dauernder Neutralität und ohne deren Einhaltung keine Unabhängigkeit! Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Darlegung auf die Zusammenhänge und Verhältnisse einzugehen, welche in der Periode zwischen 1815 und 1840 in Europa, besonders in Westeuropa und Belgien, bestanden. In der Hauptsache läßt sich das Folgende sagen:

Die Zusammenziehung der beiden Artikel des Präliminarvertrages über die belgische Neutralität und ihre Ersetzung durch den einzigen Artikel 7 des definitiven Vertrages hat man in der feindlichen Literatur, teils auch in der deutschen, als mehr oder minder belanglos hingestellt, z. B. als aus dem Bestreben nach möglichster Kürze erwachsen; die Weglassung ausdrücklicher Garantie der Integrität und der Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes beruhe lediglich darauf, daß diese selbstverständlich und in der Garantie der Neutralität enthalten sei. In Wirklichkeit hatte die Änderung der beiden Artikel sehr triftige Gründe:

Als der erste Vertrag — der sogenannte Präliminarvertrag — fertig war und unterzeichnet werden sollte, fielen die Holländer in Belgien ein und trieben die belgischen Truppen vor sich her. Von der anderen Seite rückte Frankreich „zur Hilfe" Belgiens ein, und ein europäischer Krieg stand vor der Tür. Er wurde im letzten Augenblick durch die Drohung Preußens und Englands, einzurücken, vermieden.

Aus dieser Episode ergab sich einmal, daß die Belgier nicht in der Lage waren, ihr Gebiet gegen Holland zu verteidigen, ferner, daß für die Zukunft Belgien nicht allein einem französischen Angriffe wehrlos ausgesetzt sein würde, sondern auch durchaus geneigt war, mit den Franzosen gemeinsame Sache zu machen. Wie W. Kanter feststellt, waren außerdem gerade damals die höchsten belgischen Offiziersstellungen mit Franzosen, im gegenseitigen Einverständnisse der beiden Regierungen und Könige, besetzt worden.

Alles in allem war klar, daß Belgien nicht nur nicht in der Lage war, die ihm auferlegte Neutralität zu halten und zu verteidigen, sondern auch nicht geneigt. Aus diesem Grunde änderten die Mächte ohne und gegen Frankreich die beiden Artikel des Präliminarvertrages, machten aus ihnen den Artikel 7 des Definitivvertrages und strichen die Integrität und Unverletzlichkeit, weil sie sich das Recht des Durchzuges durch Belgien sichern, mithin von der Unantastbarkeit des belgischen Gebietes nichts mehr wissen wollten. Zugleich übertrugen sie in einem Geheimartikel die Verpflichtung, welche vor der Trennung Belgiens und Hollands dem König der Niederlande obgelegen hatte auf den König der Belgier, nämlich das — im zweiten Teile zu erörternde — Besatzungsrecht einer Anzahl belgischer Festungen. Dazu wurde zwei Jahre später in der Konvention von Zonhoven an Holland das Durchzugsrecht durch Belgien eingeräumt.

Diese beiden Tatsachen zeigen, daß die garantierenden Mächte, abgesehen von Frankreich, nicht nur die Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes als eine unmögliche, weil den Frieden Europas gefährdende und Frankreichs Eroberungsgelüste unwiderstehlich fördernde Bedingung ansahen, sondern im Gegenteil die Verletzlichkeit des belgischen

Gebietes als notwendig erklärt und auf unbegrenzte Dauer vertraglich festgelegt haben.

Hören wir die Stimme eines vorausseheuden Belgiers, des Majors Girard: „Während aber die belgische Neutralität durch die Konferenz verkündet und gewährleistet wurde, verpflichteten die vier Großmächte Belgien ohne Vorwissen Frankreichs zur Aufrechterhaltung des Militärvertrages von Aachen vom 15. November 1818. Dieser bestimmte, im Falle eines Krieges solle England einen Teil unserer Festungen, Preußen einen anderen besetzen, zu dem die Plätze Hoy, Dinant und Namur gehörten. Es gelang den belgischen Bevollmächtigten, in einem dem Festungsvertrage vom 14. Dezember 1831 angegliederten Geheimartikel die durch die vier Großmächte vorgeschlagene bestimmte Fassung durch einen unbestimmten Text zu ersetzen. In diesem war die ausdrückliche Erwähnung des Vertrages von 1818 weggelassen. Der Vorbehalt galt gleichwohl weiter. Seine Aufrechterhaltung und das Geheimnis, das man darüber wahrte, geben ganz klar den Sinn an, in welchem die vier Großmächte ihn auszulegen gedachten. Unser erster König, der zur Unterzeichnung gezwungen worden war, wußte später den Wirkungen des Vertrages zu entgehen, indem er die dort bezeichneten Festungen schleifen ließ. Eine von ihnen stellen wir heute in unserem politischen Unverstande wieder her.

„Das Recht zum friedlichen Durchmarsch kommt allen Nationen zu, mit denen man in Frieden lebt, und diese Verpflichtung erstreckt sich auf die Truppen sowohl wie auf die einzelnen Personen... Derjenige, der ein neutrales Land mit seinen Truppen passieren will, muß die Erlaubnis hierzu vom Staatsoberhaupt erbitten... Ein Volk ist frei, jeder fremden Armee den Eintritt in sein Gebiet zu verweigern... Ein Fall fällt von selbst und ohne Schwierigkeit aus: das ist der des Notstandes."

Derselbe Mann sagt: „Wenn man vom Wortlaute der Verträge in ihren Sinn eindringt, so erkennt man, daß unsere Neutralität der jüngste Ausdruck einer geschichtlich gewordenen Servitut ist. So wurde sie im Kreise der Großmächte aufgefaßt, die sie uns auferlegt hatten. So wurde sie verstanden und so wirkte sie praktisch bei den Gelegenheiten, wo sie sich betätigen konnte. Sie ist eine Neutralität, die ich als durchlässig bezeichnen möchte, denn sie ist von der Bedingung der Neutralisierung des Gebietes befreit. Sie ist sogar der Verpflichtung unterworfen, fremden Truppen den Einmarsch unter bestimmten Bedingungen und Umständen zu gestatten."

Die allgemein gehaltene, ja an und für sich wenig klare Fassung des Artikels 7 des Definitivvertrages ist mithin, gegen den Hintergrund jener geschichtlichen Ereignisse gesehen, vollkommen klar in seinem Inhalt

und seiner Absicht und besonders im Hinblick auf die Gründe der Änderung. Die inneren Zusammenhänge beweisen aber außerdem in größter Schärfe, mit welcher Gewissenhaftigkeit Belgien die ihm auferlegte Neutralität beobachten mußte, wenn es nach Möglichkeit den Eintritt einer Lage vermeiden wollte, die ihm die Garantie sogar des Artikels 7 für den Anspruch auf Unabhängigkeit nähme.

Hiermit ist vorgegriffen worden. An erster Stelle für die Beurteilung steht hier die Tatsache, daß das unabhängige Belgien von den Mächten nur zugestanden wurde, wenn — und damit: solange — es neutral bliebe; daß es also eigentlich nur einen kleinen Teil der Eigenschaft besaß, die man unter Unabhängigkeit versteht. Man fürchtete als Abweichung von der Neutralität eine gewaltsame oder freiwillige Verbindung mit Frankreich, und es bedeutet eine der Ironien der Geschichte, daß diese Besorgnis besonders an der Themse schwer und maßgebend für das politische Verhalten der britischen Staatsmänner war.

Das neutralisierte Belgien hatte mithin die Pflicht, um sich selbst Existenzberechtigung zugestehen zu können, sich auch in Friedenszeiten jeder Politik zu enthalten, welche eine Hinneigung zu einer anderen Macht bedeuten oder als solche ausgelegt werden konnte. In erster Linie mußte für den jeweiligen belgischen Herrscher und seine Regierung die Pflicht stehen, nichts zu tun oder zu dulden, was die Farblosigkeit der Stellung Belgiens in einem Kriege oder in bezug auf einen Krieg beeinflussen konnte. In jedem Kriege gibt es zwei Parteien. Jeder europäische Krieg mußte die Garantiemächte Belgiens in zwei Parteien teilen. Die europäische Lage war seit 1904 so klar, daß Belgien selbst ohne die bestimmte deutschfeindliche Orientierung, die es hatte, wußte, daß der nächste Krieg ein solcher der von England geführten Koalition gegen das Deutsche Reich sein werde. In der Tat ist man ja auch genau unterrichtet gewesen und hat von langer Hand her sofort Partei für England und Frankreich gegen das Deutsche Reich ergriffen.

In jenem Berichte über die Unterredung vom Jahre 1912 zwischen dem belgischen Generalstabschef und dem britischen Militärattaché sagte dieser: „Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse unmittelbar eine Landung bei uns vorgenommen, selbst wenn wir keine Hilfe verlangt hätten. Der General hat eingewandt, daß dazu unsere Zustimmung notwendig sei. Der Militärattaché hat geantwortet, daß er das wisse, aber da wir nicht imstande seien, die Deutschen abzuhalten, durch unser Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet."

Die Offenheit des britischen Militärattachés, der, wie der Inhalt seiner Worte zeigt, im Auftrage seiner Regierung und im Einverständnisse

mit der Gesandtschaft in Brüssel sprach, ist nur dadurch erklärlich, daß das Einverständnis zwischen der Belgischen und der Britischen Regierung bewußt und ausgemacht war. Die in dem Berichte dargestellte Unterhaltung ist nur als ein Schauspiel anzusehen, als ein allerdings recht unvollkommener und schwacher Versuch, für eine gewisse Deckung der Belgischen Regierung zu sorgen. Anders ist dieses Frage- und Antwortspiel nicht zu verstehen. Die Wendung „während der letzten Ereignisse" bezieht sich auf die vorhergegangene Marokkokrisis, nachdem das Kanonenboot „Panther" auf die Reede von Agadir entsandt worden war. Damals ebenso wenig, ja vielleicht noch weniger als während der ersten Marokkokrisis dachte die Deutsche Regierung auch nur entfernt daran, einen Krieg gegen Frankreich zu führen, wich vielmehr, um den Krieg zu vermeiden, vor der Entente zurück und verringerte ihre Kompensationsforderungen im Kongogebiet auf ein Mindestmaß.

Großbritannien war auch damals dem Kriege gar nicht abgeneigt, fand die Lage vorteilhaft und war bereit, sie auszunutzen. Die Äußerung des Attachés beweist das ebenfalls. Es ist eine nur zu dürftige Verschleierung des Wesens der damaligen englischen Pläne, wenn der Oberst Bridges eine Landung trotz der Belgischen Regierung und ohne ihre Zustimmung als durch die Verteidigung des belgischen Gebietes notwendig gemacht bezeichnet. Die Antwort des Obersten auf den Zustimmungseinwand ist noch aus einem anderen Grunde von Interesse: er sagt, England hätte seine Truppen auf jeden Fall gelandet, da Belgien nicht imstande sei, die Deutschen vom Durchmarsche durch Belgien abzuhalten. Er sagt aber nicht, daß man erst im Augenblicke gelandet sein würde, wo die Deutschen tatsächlich den Durchmarsch in Angriff genommen hätten. Die Äußerung bedeutete vielmehr damals, daß die Landung erfolgt wäre in dem Augenblick, wo Großbritannien den Kriegsausbruch für sicher hielt oder herbeiführen wollte. Der Generalstabschef konnte angesichts der Intimität, welche zwischen seiner und der entsprechenden britischen Behörde, außerdem den beiden Auswärtigen Ämtern seit sechs Jahren bestand, nicht zweifelhaft über den wahren Sinn dieser Äußerungen sein. Die Bemerkung, der General habe hinzugefügt, daß man „übrigens vollkommen in der Lage sei, einen deutschen Einmarsch zu verhindern", ändert hieran nicht nur nichts, sondern läßt den beiläufigen Charakter dieses Teiles der Unterredung nur noch deutlicher hervortreten. Die Unterhaltung zeigt zum Überflusse, daß schon damals die Belgische Regierung die Neutralität längst gebrochen hatte. 1912 bestanden alle jene militärischen Abmachungen, nachdem sie Jahr für Jahr beiderseits durchgearbeitet und den jeweils geltenden Verhältnissen angepaßt worden waren. Daß man 1914 nur diese beiden Aufzeich-

nungen in den Brüsseler Archiven vorgefunden hat, beweist nichts gegen die Kontinuität der Besprechungen, zeigt im Gegenteil nur, daß die Verbindung von 1906 bis 1912 sorgfältig gepflegt worden ist.

Was während der Kriegsgefahrperiode von 1911 belgischerseits in dieser Hinsicht geschehen ist, wissen wir noch nicht, wohl aber, daß Großbritannien alle Vorbereitungen getroffen hatte. Das Expeditionskorps war bereit zur Einschiffung, und die Transportflotte lag ebenfalls bereit. Diese Frage wurde zu Beginn des Jahres 1912 im britischen Oberhause erörtert. Die Vertreter der Regierung weigerten sich begreiflicherweise, ins Einzelne gehende Auskünfte zu geben, aber die Debatte zeigte klar, daß der alte Lord Roberts gut unterrichtet war, als er schrieb, es sei alles bis zum letzten bereit gewesen. Die Belgische Regierung, die Militär- wie Zivilbehörden, sind darüber, und zwar von Anfang an, wie sich von selbst versteht, genau in alle Einzelheiten hinein unterrichtet gewesen. Das ergibt sich aus der Kürze der Entfernungen und dann aus der Tatsache der seit 1906 bestehenden intimen Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe und der auswärtig-politischen Behörden. Die Landung der Truppen, ob sie nun, wie es 1911 die Absicht gewesen zu sein scheint, in Zeebrügge erfolgen sollte oder in Calais, Boulogne usw., verlangte nicht allein in den Hafenplätzen sorgfältige Vorbereitungen, sondern auch für den Eisenbahntransport, der sicher und schnell funktionieren mußte. Dazu brauchte man die belgischen Behörden, und dazu waren eben die umfangreichen Vorarbeiten beiderseitig gemacht worden. Dazu kamen die Inkraftsetzung des Requisitionswesens, die Vorbereitungen für Einquartierung der britischen Truppen in den belgischen Ortschaften, die Vereinigung mit den belgischen Truppen, die Herstellung des britischen Oberbefehls und noch vieles andere mehr. In diesem Lichte betrachtet, erscheint tatsächlich der Einwand des belgischen Generalstabschefs lediglich als eine für das Papier bestimmte formale Phrase, ebenso wie dieser Teil der Unterhaltung überhaupt. Belgien war damals schon kein passives Opfer großbritannischer Übergriffe und Übergriffsabsichten, dem man höchstens zu geringe Willensstärke hätte vorwerfen können. Belgien war vielmehr ein entschlossenes, tätiges Mitglied der britischen Koalition, zu allem bereit, besonders zu angriffsweisem Vorgehen im Vereine mit der Entente gegen die deutschen Westprovinzen in der Hoffnung, dort reiche Beute in Gestalt von Gebietszuwachs zu erringen.

Die Deutsche Regierung teilte aus einem Berichte des belgischen Militärattachés in London vom April 1914 folgendes mit: „Umstände, welche zu bezeichnen unmöglich ist, die man aber voraussehen muß, könnten die Britische Regierung veranlassen zum Entschlusse, mit größter Schnelligkeit auf dem Kontinent und besonders in unseren Provinzen

einzugreifen." Der Attaché hat damit den Leitern der auswärtigen Politik Belgiens nichts Neues verraten.

Seit vielen Jahrzehnten hat es einsichtige Belgier gegeben, welche nicht nur die Lage des Landes, sondern auch seine Pflichten und den Sinn der definitiven Abmachungen vom Jahre 1839 erkannten. Sie versuchten, demgemäß auch in der Öffentlichkeit zu wirken, aber mit geringem Erfolge. Insbesondere ist es unzählige Male von belgischen Rechtsgelehrten, Politikern und Generalen betont worden, daß die Verträge von 1839 in keiner Weise die Unverletzlichkeit des belgischen Gebietes erklärten. Im Jahre 1909 sagte der belgische Minister des Auswärtigen, Herr de Favereau, in einer Rede für die Militärvorlage: „Um Europas Lage zu sichern, wurde die Neutralität geschaffen, keineswegs in dem besonderen Interesse des neuen Königreichs, sondern in dem des allgemeinen Friedens. Verpflichtung der Großmächte, Belgien im Falle eines Angriffes zu schützen, besteht nicht. Eine Pflicht, von diesem Rechte Gebrauch zu machen (vom angeblichen Rechte, an der Verteidigung Belgiens teilzunehmen), spricht der Neutralitätsvertrag nicht aus." Der Minister sah nun die Sache so an, daß der Neutralitätsvertrag für Belgien wertlos und hinderlich geworden sei, Belgien sich infolgedessen sobald wie möglich überhaupt von dem Vertrage befreien müsse. Das war ein Gesichtspunkt, den man verstehen konnte. Ihn heute zu behandeln, ist gegenstandslos geworden. Der hier in Betracht kommende Gesichtspunkt ist die richtige Auffassung des Ministers, daß die Verträge keine Macht verpflichteten, einzugreifen, mithin keine Garantie des belgischen Gebietes und ebenso wenig eine Verpflichtung, das Gebiet als unverletzlich zu behandeln, bestand.

Die Lage, welche seinerzeit die Mächte zur Herstellung eines neutralisierten unabhängigen und dabei doch nicht unabhängigen Staates Belgien geführt hatte, bestand lange nicht mehr. Ihre letzten Reste waren mit dem Gegensatze zwischen Frankreich und Großbritannien verschwunden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Verhältnisse durch Aufhebung der Neutralisierung Belgiens wesentlich klarer und einfacher geworden wären. Das Deutsche Reich hätte schwerlich etwas dagegen gehabt, dagegen lag für Frankreich, ganz besonders aber für Großbritannien das stärkste Interesse vor, den bisherigen Zustand aufrecht zu erhalten. Eine bessere Kulisse konnte man sich politisch nicht wünschen, als ein neutralisiertes Belgien, welches tatsächlich unter dem britischen Einflusse stand, das auch aus eigener Initiative mit den beiden Ententemächten sympathisierte und sich zu ihnen gezogen fühlte. Die britische Politik betrachtete Belgien als das Glacis der britischen Inseln nach dem Festlande, und abgesehen von der sogenannten „Blauwasserschule",

waren Staatsmannschaft und Militär davon überzeugt, daß der Entscheidungskampf mit dem Deutschen Reiche nur unter intensivster britischer Festlandbeteiligung siegreich geschlagen werden könnte. Belgien sollte hierfür wie schon so oft in den großen europäischen Kriegen die Operationsbasis und den Kampfplatz für Großbritannien und seine Verbündeten abgeben.

Man wollte angreifen, nicht verteidigen, aber man brauchte die Maske der Verteidigung, und welche wäre wohl den britischen Bräuchen und Talenten angemessener gewesen als die Maske der Verteidigung eines kleinen, durch unklare Vertragsbestimmungen neutralisierten Landes. Keine andere Form hätte auch so gut den Bedürfnissen für die britisch-französischen Vorbereitungen entsprochen. Die flandrische Küste hat England stets als Gegenstand behandelt, über den es allein zu verfügen hätte, und zwar wie natürlich für Großbritannien in allen Fragen seines Interesses als ein legitimes Recht im Dienste und zum Segen der Menschheit. Die lange Landungsmole von Zeebrügge ist von Leopold II. gebaut worden, aber mit englischem Gelde und wahrscheinlich nach Anweisung englischer Fachleute des militärischen Gebietes. Wenn sie nachher für Landung englischer Truppen kaum benutzt wurde, so lag das an dem Gange der kriegerischen Ereignisse, welcher den Briten unerwartet kam. Wenn man Antwerpen nicht benutzte, so hatte das denselben Grund. Die Weigerung Hollands allein würde Großbritannien gleichgültig gewesen sein, wenn die sonstige Kriegslage eine solche Gleichgültigkeit gestattet hätte.

Holland und Belgien in der britischen Einkreisungspolitik.

Die englisch-französische Pressepropaganda durchdrang Belgien dauernd, und ebenso arbeiteten belgische Federn in der englischen und in der französischen Presse. Es gab keine einzige belgische Zeitung, welche nicht eine klare Parteinahme für die Entente und gegen das Deutsche Reich betätigt, und wenige, die diese Gesinnung nicht ostentativ zur Schau getragen hätten. Das war um so auffallender, als Belgien wirtschaftlich auf dem deutschen Hinterlande stand und ohne dieses nicht hätte existieren können. Der belgische Wohlstand und Reichtum erwuchs teils aus dieser Ergänzung vom deutschen Hinterlande und von belgischer Küste, richtiger dem Hafen von Antwerpen, außerdem aus den Leistungen deutscher Arbeit in Belgien. Man fragte sich mit Verwunderung nach dem Ursprunge jener überall hervortretenden Feindlichkeit gegen die Deutschen und alles Deutsche, zu welcher ein sachlicher Grund nicht vorhanden war, auch nicht geschichtlicher Natur oder in der Erinnerung. In diesem Hin-

blicke hätte im Gegenteil Belgien dem Deutschen Reiche oder Preußen nur Dank geschuldet, denn Bismarck hatte bekanntlich vor dem 70er Kriege durch seine Ablehnung eines französischen Paktangebotes verhindert, daß Napoleon versuchte, sich Belgien anzueignen, und während des 70er Krieges schonte Bismarck mit Sorgfalt das belgische Gebiet, ohne, wie später gezeigt werden wird, einer vertraglichen Verpflichtung hierzu zu unterliegen. Wenn gleichwohl der Deutsche durchweg als der Feind der Zukunft galt, so war daran in der Hauptsache die Propaganda der Entente in erster Linie beteiligt. Das französierte Wallonentum war vollkommen auf französischen Deutschenhaß, französische Racheziele und französische Kultur gestimmt. Dieses Wallonentum war herrschend in Belgien, das Vlamentum kam nicht in Betracht.

Die Richtung dieser Stimmung und ihre Stärke zeigten sich plötzlich in aller Öffentlichkeit im Anlasse der sogenannten Vlissinger Frage in den Jahren 1910/11.

Im Herbst 1910 veröffentlichte die niederländische Regierung den Entwurf eines Gesetzes zur Vervollständigung der Verteidigung der niederländischen Küste und Flußmündungen. Die Begründung des Entwurfes sagte, daß in einem europäischen Kriege die Niederlande auf Neutralität angewiesen seien und deshalb stark genug sein müßten, um ihre Neutralität auch behaupten zu können. Die Seegrenzen müßten ebenso wie die Landgrenzen vor völkerrechtswidrigen Eingriffen bewahrt bleiben. Ein anderes Mittel als tatsächlichen Schutz gebe es nicht, deshalb dürfe man auch die Kosten nicht scheuen, niederländisches Gebiet zu Wasser und zu Lande dürfe nicht zum Durchmarsche oder zu Operationen von Streitkräften kriegführender Parteien benutzt werden. In erster Linie stehe die Schelde, denn ihr Fahrwasser passiere Vlissingen und zwischen holländischem Gebiete. Vlissingen sei für eine in der Nähe der Küste operierende Flotte von großer Bedeutung, gleiches gelte von Rotterdam und Helder. Als Ausschiffungspunkt für Truppen auf niederländischem Boden sei besonders Hoek van Holland geeignet.

Die Vorlage verlangte einen für holländische Verhältnisse erheblichen Betrag an festen und schwimmenden Verteidigungsmitteln. Besonders bei Vlissingen an der Scheldemündung sollte ein starkes sturmfreies, mit langen schweren Geschützen bestücktes Panzerfort gebaut werden. Die Kosten der ganzen Vorlage schätzte man auf ungefähr 70 Millionen Mark, die Fertigstellung sollte sich auf einen Zeitraum von annähernd acht Jahren erstrecken.

Aus der Art der Forderungen ergab sich, daß sie in erster Linie der Besorgnis vor einer britischen Vergewaltigung von der Seeseite her entsprungen waren. Neu war die Frage der Befestigung der holländischen

Küsten und Flußmündungen nicht, aber zum ersten Male erschien es möglich, mit Aussicht auf Erfolg eine Vorlage von solchem Umfange einzubringen, daß man sie holländischerseits für militärisch genügend halten konnte. Wurde schon diese Tatsache mit lautem Mißvergnügen in England und Frankreich begrüßt und gleichzeitig vermerkt, daß die Niederlande für die Befestigung ihrer Grenze nach Deutschland hin keine Verstärkung beabsichtigten, so stieg das Entrüstungsgeschrei zur Höhe, als man gerade in jenem Augenblicke die Legende wieder aufwärmte und verbreitete, daß der Deutsche Kaiser während der Marokkokrisis in ultimatumhafter Form der Königin von Holland schleunigsten Schutz ihrer Küsten nahegelegt habe. Der holländische Premierminister und die deutsche Regierung, schließlich im Sommer 1910 auch die niederländische Regierung erklärten das Ganze für eine Fabel, aber ohne Erfolg und um so weniger, als eben die Befestigungsvorlage veröffentlicht wurde.

Nun begann in der britischen, belgischen und französischen Presse ein heftiger, klug geleiteter Pressefeldzug mit dem Doppelzwecke: Holland von seinem Vorhaben der Befestigung seiner Küste, besonders Vlissingens, abzubringen und das Deutsche Reich als den Veranlasser des holländischen Planes und als den entschlossenen Feind Belgiens hinzustellen.

Die Entente und Belgien stellten die Behauptung in den Vordergrund, daß die Niederlande vertraglich nicht das Recht hätten, die Mündung der Schelde zu befestigen. Nach dem Vertrage von 1839 sei die Schelde ein internationales Gewässer und der Schiffahrt sämtlicher Nationen geöffnet. Die Befestigung Vlissingens könne nur den Zweck verfolgen und die Wirkung haben, Kriegsschiffen einer dritten Macht das Einlaufen in die Schelde zu verwehren. Durch eine solche Sperrung der Scheldemündung würde unmöglich gemacht, die Neutralität Belgiens, wenn bedroht, zu schützen. Die Garantiemächte, im besonderen, so deutete man an, Großbritannien, würden auf diese Weise außerstande gesetzt werden, ihrer Vertragspflicht nachzukommen und Belgien, zumal Antwerpen, zu retten.

Dieser Standpunkt war, selbst wenn man ihn rein formal betrachtet, nicht haltbar. Auf der holländischen Seite wurde mit Recht erklärt und von völkerrechtlichen Autoritäten bewiesen, daß Holland ein natürliches Recht habe, die Schelde in dem Teile ihres Laufes, der durch holländisches Gebiet gehe, somit auch die Mündung bei Vlissingen, zu befestigen und nach Belieben zu sperren, wenn man dieses im Interesse der Sicherheit des Landes für notwendig halte. Dazu kam, daß die Bestimmungen des Vertrages von 1839 über die Schiffahrt auf der Schelde lediglich für Friedenszeiten galten. Sie waren nötig, weil sie die früher bestehenden

Schiffahrtszölle und Stromabgaben beseitigten; die Schelde fließt durch französisches, belgisches und niederländisches Gebiet. Im Vertrage von 1839 wird ferner bestimmt, daß Antwerpen nach wie vor ausschließlich Handelshafen sein solle. Mithin war es nicht nur Belgien nicht gestattet, einen Kriegshafen aus Antwerpen zu machen, sondern auch die Kriegsschiffe anderer Mächte durften nicht hineinfahren. Schließlich findet man in der 13. Konvention der Haager Konferenz von 1907 die Bestimmung: „Kriegführende sind gehalten, die souveränen Rechte neutraler Mächte zu achten und sich auf neutralem Boden oder in neutralen Gewässern aller Akte zu enthalten, welche, wenn sie von irgend einer Macht wissentlich erlaubt sind, eine Verletzung der Neutralität darstellen würden."

Aus diesen Bestimmungen geht hervor, daß nach dem belgischen Vertrag von 1839 das Erscheinen von Kriegsschiffen — dazu mußten auch Truppentransportschiffe rechnen — auf der Schelde und vor Antwerpen unzulässig war, ferner, daß die Niederlande kraft ihrer Territorialhoheit das gute Recht hatten, das Passieren der Schelde durch Kriegsschiffe zu verbieten und sich gegen ein gewaltsames Passieren durch Befestigungen und schwimmende Streitkräfte nach Kräften zu schützen. Die Rechtslage war klar.

Der Verlauf der Angelegenheit war deshalb um so bezeichnender für die europäische Lage. Die Presse der Entente machte einen Lärm, kaum minder laut als zur Zeit der bosnischen Annexion oder der Agadir-Krisis. Es hatte den Anschein, als ob die heiligsten Rechte der Ententemächte und Belgiens durch das holländische Verteidigungsgesetz vernichtet werden würden; dieses sei selbstverständlich nur eine Folge deutschen Druckes auf die Niederlande. Es blieb aber nicht bei Pressekundgebungen. Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, hielt in der Kammer eine Rede und erklärte, er erachte es als notwendig, mit den „interessierten" Mächten in einen Meinungsaustausch einzutreten, falls die holländischen Pläne Gestalt annehmen sollten. Der Minister beabsichtigte, die rein holländische Angelegenheit zu einer internationalen Frage zu machen. Mit anderen Worten, er hatte die Absicht, die Unterzeichnermächte der Verträge von 1839 gegen Holland mobil zu machen. Holland würde diese schwerlich anerkannt haben und, wie es der Lage der Dinge entsprach, einen Konferenzvorschlag von vornherein abgewiesen haben. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn hatten gleich durch ihre auswärtigen Minister erklärt, daß sie die Scheldebefestigung lediglich als innere Angelegenheit der Niederlande betrachteten. Damit war der Gedanke des französischen Ministers von vornherein diskreditiert und verschwand in der Versenkung.

Gleichwohl gaben die Westmächte ihre Absicht keineswegs auf und

übten starken Druck auf die niederländische Regierung aus. Das britische Endziel, Holland der großen Koalition anzugliedern, wurde hier noch einmal mit allen Mitteln angestrebt, wahrscheinlich auch, um die Blockadefrage für einen Krieg mit Deutschland gleich bequemer zu machen, wenn nämlich Holland dann nicht neutral, sondern kriegführende Macht wäre. Die Mittel und Wege dieses Druckes sind im einzelnen noch nicht veröffentlicht worden. Ein holländischer Autor, Valter, sagt in seinen „Beiträgen zur Entstehungsgeschichte des Weltkrieges", es habe Großbritannien hauptsächlich daran gelegen, die Erlaubnis von Holland dafür zu erhalten, durch die Schelde Streitkräfte nach Belgien zu führen und so „die niederländische Regierung zu einer Handlungsweise zu verleiten, die nicht neutral war, da sie einzig und allein einen durch Notstand gebotenen Durchmarsch der Deutschen, nicht aber auch ein aus dem gleichen Zustande oder aus anderen Erwägungen entstandenes französisches Vorgehen über belgisches Gebiet erschweren würde. Holland würde daher zu einer tatsächlichen Parteinahme zugunsten der Ententegenossen gebracht worden sein." Diese Darlegungen sind, wie wir vorher gesehen haben, durch die belgischen Enthüllungen bestätigt worden. Desgleichen bestätigt Valter die damals häufig auftretenden Pressegerüchte, daß die großbritannische Regierung der niederländischen bedeutet habe, man würde sich unter Umständen, wenn sie den Scheldewünschen nicht nachgäbe, an dem holländischen Kolonialbesitze rächen. Schließlich habe man es auch mit „moralischen Gründen" versucht. „Es wurde so hingestellt, als ob, falls der Weg durch Belgien für Deutschland blockiert würde, der drohende Krieg hätte verhütet werden können, und als dürfe Holland einem so schönen Zwecke, wie der Verteidigung der Neutralität des kleinen Nachbarstaates seine Mitwirkung nicht versagen."

Holland ist in dieser Hinsicht bekanntlich fest geblieben. Anders gestaltete es sich mit der Scheldebefestigung. Der derzeitige niederländische Minister des Auswärtigen erklärte in der Vlissinger Frage, daß, wenn alle Garantiemächte der belgischen Verträge den Wunsch äußerten, Holland bereit sei, in Beratungen über die Befestigungsfrage „im Interesse der Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität einzutreten". Valter sagt mit Recht, daß diese Stellungnahme sehr unvorsichtig gewesen sei, denn der Minister hätte wissen müssen, daß die britische Besorgnis hinsichtlich der belgischen Neutralität nicht ehrlich gewesen sei. Das ist durchaus richtig, erklärt sich aber einfach in der Hinneigung des niederländischen Ministers zur Entente. Hinzuzufügen ist, daß Holland hiermit eine Bahn betrat, die von einer wirklichen Neutralität fortführte. Dazu hätten die Niederlande das Recht gehabt, aber eine solche Parteinahme, wie die des Ministers, lief den holländischen Grundsätzen zuwider. Außerdem lag

das Verhalten nicht im niederländischen Interesse, denn es beeinträchtigte die politische Handlungsfreiheit jedenfalls bis zu einem gewissen Grade. Ein Jahr später erklärte der Minister, er habe mit den leitenden Staatsmännern der Entente mehrfach über die Vlissinger Befestigungsangelegenheit gesprochen, um ihnen diese mundgerecht zu machen; er fügte hinzu, daß die Befestigung von Vlissingen nicht in einer Weise geplant sei, daß das belgische Interesse darunter litte. Tatsächlich ist dann in der Folge nicht viel aus dem großen holländischen Küstenwehrplan geworden. Er schrumpfte auf einen kleinen Teil seiner anfänglich geplanten Größe zusammen. Man muß annehmen, daß diese Tatsache die unmittelbare Wirkung des englischen Druckes gewesen ist.

Jene Vorgänge und Bestrebungen gehören der Vergangenheit an und sind, gerade was die Niederlande betrifft, im Kriege durch die Ereignisse und durch die Haltung der damaligen niederländischen Regierung überholt worden. Sie hat sich bei Kriegsausbruch und auch später noch dem englischen Verlangen, die Scheldedurchfahrt nach Antwerpen zu öffnen, geweigert und ist durch keinen Druck zu einer Änderung dieses Entschlusses zu bewegen gewesen. Wenn in den Zusammenhängen der Vorgeschichte des Krieges gleichwohl auch die holländische Haltung in jener Periode hier kurz Berücksichtigung findet, so ist der Grund die Hervorhebung der damaligen britischen Politik, einer Politik, die sich möglichst günstige Verhältnisse für einen Angriffskrieg gegen das Deutsche Reich zu verschaffen suchte. Gerade das offensive Moment tritt in jener Vlissinger Angelegenheit klar hervor. Der genannte holländische Verfasser war, als er jene Betrachtungen niederschrieb, noch nicht darüber unterrichtet, daß Belgien seit dem Jahre 1906 jene, ein politisches Einverständnis und eine Militärkonvention bedeutenden Unterhandlungen mit der britischen Regierung gehabt hatte. Er billigte trotzdem den deutschen Standpunkt und mißbilligte den britischen, ebenso wie denjenigen des holländischen Ministers, der die ausgesprochen nationale und interne Angelegenheit eines unabhängigen Landes, seine Wehrkraft und deren Bemessung zum Gegenstande der Erörterung mit der offensiv gerichteten Mächtegruppe gemacht hatte.

Das unmittelbare und militärische deutsche Interesse an dem Maße fortifikatorischer Ausgestaltung der Werke an der Scheldemündung war nicht groß. Man wußte, daß diese doch niemals stark genug sein könnten, um einem ernsthaften britischen Durchbruchsversuch gewachsen zu sein. Außerdem sollte die Durchführung der holländischen Befestigungsvorlage auf acht Jahre verteilt werden, und die europäische Lage war derart, daß man mit Ruhe in Europa und einer Fortdauer des Friedenszustandes schwerlich für so lange Zeit rechnen konnte. Die Vlissinger Befestigungen

hatten in viel höherem Grade eine politische Bedeutung. Deshalb war die erhebliche Verringerung ihres Umfanges von wesentlicher Bedeutung, denn sie zeigte die große Stärke des Druckes der Entente und die damalige Nachgiebigkeit der holländischen Regierung. Das Verhalten der europäischen Mittelmächte war tatsächlich und taktisch richtig, als sie erklärten, sie erachteten die Frage für eine interne holländische Angelegenheit.

Die öffentliche Meinung in Belgien tat während der Vlissinger Krisis so, als ob Belgien in Gefahr gesetzt werden solle, und als ob die deutsche Regierung daran schuld sei: sie wolle verhindern, daß Großbritannien im Falle eines deutschen Angriffes auf die belgische Neutralität den Belgiern zu Hilfe komme. In der Presse aller dreier Mächte aber und in der politischen Literatur überhaupt wurde im Vertrauen auf die allgemeine Vergeßlichkeit frischweg behauptet, daß Belgien von den Mächten die Integrität und die Unverletzlichkeit seines Gebietes verbürgt erhalten habe, ferner, daß die Garantiemächte widrigenfalls nicht berechtigt, sondern verpflichtet seien, mit der Waffe einzuschreiten. Man hindere also durch die Scheldebefestigung Großbritannien an der Ausübung heiliger Vertragspflicht. Die öffentliche Meinung in Holland ist durch diese Agitation wesentlich beeinflußt worden, und zwar auch gegen das Deutsche Reich. Das Deutsche Reich galt als die kriegslustige und angriffslustige Macht mit der Spezialität, kleinere Mächte zu verschlucken.

Rückschauend kann man heute nur mit Erstaunen feststellen, wie geringes Interesse jenen Vorgängen damals in Deutschland beigemessen wurde und wie wenig die deutsche Regierung darauf bedacht war, die Bevölkerung aufzuklären und sich für alle Fälle vorbereitend eine öffentliche Meinung in der Kenntnis und in der Beurteilung dieser wichtigen auswärtigen Fragen zu schaffen.

Großbritannien wollte seine Einkreisung der Mittelmächte durch Eingliederung Belgiens und der Niederlande von Westeuropa aus schließen. Mit Belgien war es politisch vollkommen gelungen, die Verbindung Großbritanniens mit dem neutralisierten Staate war ebenso fest und ebenso ausgesprochen zielbewußt, wie die Verbindung mit Frankreich. Militärisch war nicht alles erreicht, weil man den Weg nach Antwerpen offen und gesichert wünschte. Da war Holland das Hindernis, und man gelangte nicht zum Ziel.

Die Begründung der holländischen Küstenverteidigungsvorlage sprach auch von einigen holländischen Hafenstädten, die als maritime Stützpunkte für eine Flotte geeignet seien. Der Gesichtspunkt ist damals wenig beachtet worden, obgleich er Beachtung verdiente. Die Holländer befürchteten, daß die britische Flotte an ihrer Küste sich Stützpunkte einrichten werde, um von dort aus unter sehr günstigen strategischen Verhältnissen gegen

die deutsche Nordseebucht vorzugehen. Der Gedanke liegt maritim nahe genug, und seine Verwirklichung war für Großbritannien von großem Interesse. Daß es dazu nicht gekommen ist, beruhte im holländischen Unabhängigkeitsgefühl, das sich besonders bei Beginn des Krieges auflehnte. Großbritannien sah sich zur langsameren Methode der wirtschaftlichen Abhängigmachung und Lähmung veranlaßt.

Für die britisch-französische Politik war die unklare, sozusagen unmögliche internationale Lage Belgiens unbezahlbar. Die beiden Mächte wußten ebenso gut wie Deutschland, daß die deutsch-französische Grenze seit 1870 für das Deutsche Reich ein lückenloses und unüberwindliches Hindernis bei angriffsweisem Vorgehen bot. Die Festungssysteme waren im Laufe der Jahrzehnte derart ausgestaltet worden, daß die frühere strategische Lage nicht mehr existierte. Das galt besonders für die französische Grenzbefestigung. Der Schutz der deutschen Grenze war nicht im gleichen Maße ausgebaut worden, außerdem war die Geländegestaltung auf der französischen Seite von vornherein günstiger; man braucht nur an Belfort zu erinnern. Angesichts der gepanzerten Grenze zwischen den beiden Nachbarmächten gewannen die belgische Frage und die Bedeutung des belgischen Gebietes eine höchst gesteigerte Wichtigkeit. Es bildete gewissermaßen einen leeren Raum, der in einem Kriege die Heeresmassen der beiden Gegner unwiderstehlich anziehen mußte. Die einzige Möglichkeit, eine solche Entwicklung abzuwenden, schien, theoretisch erwogen, in einer entsprechenden militärischen Stärke und Bereitschaft Belgiens zu liegen. Es schien, als ob in der Tat dann die Gefahr beseitigt werden könnte, die Gefahr einer Offensive, sei es gegen Deutschland oder gegen Frankreich und damit vielleicht überhaupt eines Krieges zwischen ihnen. In der Periode der Vlissinger Angelegenheit hatte die britische Regierung der niederländischen, wie erwähnt, vorgestellt, sie würde durch Öffnen der Schelde für großbritannische Kriegsschiffe wahrscheinlich einen deutsch-französischen, somit einen Weltkrieg ausschließen. Darin lag die Annahme ohne weiteres, daß Belgien sich nicht stark genug machen könne, um einen deutschen Durchmarsch zu verhindern; die britische Regierung gab vor, durch bewaffnete britische Hilfe die nötige Stärke und Widerstandskraft herzustellen.

Es ist eigentlich zu bedauern, daß die deutsche Regierung in den Jahren vor dem Kriege nicht durch ihren Militärattaché und Gesandten in Brüssel einen ähnlichen Versuch machen lassen konnte wie die großbritannische. Wenn man, wie es hätte sein müssen, in Berlin über das englische Vorgehen unterrichtet gewesen wäre, so würde dieses das beste Mittel gewesen sein, um einen Beweis für die Haltung der belgischen Regierung in der Hand zu haben. An sich ist es gegenstandslos und damit zwecklos, solche Ir-

realitäten zu erörtern, aber hier tritt der Kernpunkt des ganzen Problems wieder klar hervor, nämlich in der Frage, woher es kam, daß gerade das Deutsche Reich für die Öffentlichkeit späterhin als die provozierende Macht erscheinen sollte und erschien.

Für die neue europäische Lage kamen im Rahmen des belgischen Problems von den alten Garantiemächten noch das Deutsche Reich, Frankreich und Großbritannien in Betracht. Während dieses Krieges ist gesagt worden, die Verhältnisse hätten sich im Laufe der Jahrzehnte umgekehrt, denn früher sei die Gefahr für Belgien in Frankreich erblickt worden, jetzt im anderen festländischen Hauptgaranten, dem Deutschen Reiche. Diese Gegenüberstellung ist nur halb richtig und in einem ungemein wesentlichen Punkte unrichtig: Frankreich wollte Belgien erobern und durch Belgien hindurch angreifen. Das war sein altes überliefertes Ziel von den französischen Königen. Der Besitz Belgiens, des Landes und der Küste mit Antwerpen war das Ziel französischer Ausdehnung und das nächste, am meisten lockende Betätigungsfeld französischen Kraftüberschusses gewesen. Das Deutsche Reich hat nie Eroberungsabsichten Belgien gegenüber gehabt. Man kann sagen, daß niemals jemand im Deutschen Reiche an Eroberung Belgiens überhaupt gedacht hätte. Seit das Deutsche Reich existiert, haben seine Leiter und hat besonders sein großer Gründer, Bismarck, mit seiner Politik ohne Aufhören unter der Sorge vor dem Zustandekommen einer auf Vernichtung des Reiches gerichteten europäischen Koalition gestanden. Er hat sie zu verhindern vermocht, seinen Nachfolgern gelang es nicht, und ehe zehn Jahre seit dem Tode des großen Staatsmannes verflossen waren, stand die antideutsche europäische Koalition da. Durch sie und mit ihr begab sich Belgien seiner Neutralität de facto.

Belgien bildete für das Deutsche Reich keine Lockung zu einem Angriffe oder auch zu einer Vergewaltigung auf irgendeinem Gebiete. Der belgische Raum, um sich so auszudrücken, wurde aber immer mehr zur deutschen Lebensgefahr, als die englisch-französische Freundschaft geschlossen, militärisch verbürgt und ausgestaltet war und ihr gegen Deutschland gerichtetes Wesen festlag.

Die unvergleichliche Gunst seiner geographischen Lage, seines Inselcharakters und seiner Meeresbeherrschung haben, verbunden mit einer immer zielsicheren Politik, Großbritannien häufig, ja beinahe immer im Laufe der letzten 250 Jahre zum ausschlaggebenden Faktor auf dem europäischen Festlande gemacht. Das gleiche galt für das belgische Problem, und man war in London überzeugt, daß es immer der Fall sein werde. 1870 hatte sich England mit Bismarck über die Achtung der belgischen Integrität geeinigt; es bestand keinerlei Grund, anders

vorzugehen, dagegen der Entschluß, jede Verletzung durch Frankreich in gleicher Weise zu erwidern. Im übrigen war die militärische Lage damals nicht so, daß ein französischer Angriff durch Belgien zu befürchten stand.

Seit dem Jahre 1905 hatte sich alles dies geändert: die belgische Stimmung, die französische Gefahr und die englische Stellung. In der letzteren lag das entscheidende Moment für die neue Lage. Großbritannien stand nicht als sogenanntes Zünglein an der Wage und als Rechtshüterin über den belgischen Garantieverträgen, sondern war mit Frankreich, der anderen westlichen Garantiemacht, verbündet zum Endziele der Demütigung oder der kriegerischen Niederwerfung des Deutschen Reiches. Das war der Angelpunkt der neuen Lage und die Ursache, daß Belgien aus dem neutralisierten parteilosen Lande ein wennschon verkappter Bundesgenosse der beiden Westmächte wurde. Aus eben dieser Lage des Bündnisses der beiden westlichen Garantiemächte mit ihrem zu garantierenden Objekte Belgien erwuchs die ungeheure Gefahr für das Deutsche Reich. Diese Gefahr wurde zur Lebensgefahr erhöht, weil Belgien durch die Lage seine Gebietes, mit seiner Land- und Seegrenze strategisch-geographisch den gegebenen Vereinigungspunkt von unvergleichlicher Bedeutung bildete.

Einer der schwersten Vorwürfe gegen die deutsche Diplomatie wird bleiben, daß sie über diese Dinge nicht oder unvollkommen unterrichtet gewesen ist. Als der Deutsche Kaiser im Jahre 1912 zu den Armeemanövern der Schweiz eingeladen war und sie gesehen hatte, äußerte er neben seiner Anerkennung, er könne nur den Wunsch hegen, auf seiner rechten Flanke so gut gedeckt zu sein wie auf der linken. Diese Äußerung ging von der Auffassung aus, daß Belgien den gleichen politischen und nationalen Willen wie das Schweizer Volk habe, nämlich wahrhaft neutral und außerhalb des Streites der Großmächte zu bleiben, und zwar unabhängig. Die Worte des Deutschen Kaisers hätten den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn diese Gesinnung in Belgien vorhanden gewesen wäre. Die belgischen Militärvorlagen und ihre allmähliche Verwirklichung wurden von den halbamtlichen deutschen Organen mit besonderer Befriedigung begrüßt, und man hörte die Auffassung, je stärker die belgische Wehrkraft, desto gesicherter sei die belgische Neutralität. Auch das zeigt, daß entweder die deutsche Regierung den wahren Stand der Dinge nicht kannte oder aber sich scheute, ihre Kenntnis oder Vermutung der wirklichen Dinge öffentlich anzudeuten. Diese Scheu wäre ein Fehler gewesen, denn sie nutzte nichts, sie änderte nichts an der belgischen Politik und an deren Ziel, wohl aber blendete sie die deutsche Öffentlichkeit. Man mußte, nahm man diese deutsche Auffassung ernst, glauben, daß die deutsche Regierung besser

über Belgien unterrichtet sei und wisse, daß militärische Stärke Belgiens einen Schutz des belgischen Gebietes gegen französisch-englischen Einbruch gewähren und damit der Sicherheit des Deutschen Reiches dienen werde.

In der Tat würde ein doppelt oder dreifach stärkeres Belgien dem Deutschen Reiche keine Sicherheit geboten, sondern es nur noch mehr gefährdet haben. Unter solchen Verhältnissen wäre es den deutschen Armeen wahrscheinlich nicht oder erst nach einem verhängnisvollen großen Zeitverluste gelungen, einer gegnerischen Offensive durch Belgien wirksam entgegenzutreten oder gar ihr zuvorzukommen.

Der genannte, von der groß-angelsächsischen Idee erfüllte Amerikaner Homer Lea schreibt in seinem Buche „Des britischen Reiches Schicksalsstunde"*) (The Day of the Saxon): ein Krieg, der neutrale Staaten in seinen Bereich zieht, wird von drei Prinzipien beherrscht:

„Befindet sich ein kleiner Staat zwischen den Operationsbasen zweier kriegführenden Staaten und bildet er in der Folge einen Teil des Kampffeldes, so ist es von wesentlicher Bedeutung, von diesem Staate vor oder mit dem Beginn des Krieges militärischen Besitz zu ergreifen; sei es im Interesse des direkten eigenen Vorteiles oder um den kleineren Staat nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen.

„Stellt die Neutralität eines kleineren Staates für eine Großmacht ein Element der Schwäche dar, so müssen diejenigen seiner Grenzen, welche dieses Element der Schwäche bedingen, der Kontrolle der Großmacht unterworfen werden.

„Bedroht die kontinentale Neutralität oder Unabhängigkeit eines kleinen Staates die Existenz einer Großmacht, wie Korea Japan bedrohte, so muß er seiner Unabhängigkeit beraubt und von der Großmacht einverleibt werden."

Der gleiche Verfasser schreibt: „Dabei hat nie eine Nation häufiger neutrales Gebiet verletzt, nie eine Nation häufiger die Pflicht der Achtung der Neutralität in Abrede gestellt, als die britische."

Im wesentlichen entsprechen jene „drei Prinzipien" dem britischen Verfahren vor dem Kriege Belgien gegenüber und während des Krieges gegenüber anderen neutralen Staaten. Immer wieder muß dabei aber betont werden, daß Belgien nicht gezwungen, nicht vergewaltigt wurde, sondern daß es ein williger Bundesgenosse der beiden Westmächte war.

In dieser Darlegung ist mit Absicht nicht von dem Verhalten Belgiens eben vor dem Kriege die Rede gewesen. Das wird im zweiten Teile geschehen. Hier kam es auf die Betrachtung der Frage an, ob Belgien in den Jahren vor dem Kriege tatsächlich noch neutral war, ob es und ob die

*) Berlin 1917. E. S. Mittler & Sohn.

beiden Westmächte noch auf dem Boden der Verträge von 1839 gestanden haben oder nicht. Die Entscheidung dieser Frage ist von außerordentlicher Bedeutung, und zwar keineswegs nur theoretisch. Abgesehen von einer Reihe vorzüglicher völkerrechtlicher Schriften und Abhandlungen, ist in Deutschland gerade diese Kernfrage wenig und meist sehr oberflächlich behandelt worden. Millionen von Deutschen haben unbedenklich das schlecht berechnete Wort Bethmann Hollwegs nachgesprochen, das Deutsche Reich habe mit seinem Durchmarsche durch Belgien diesem ein Unrecht angetan. Ich hoffe, mit dem Vorstehenden gezeigt zu haben, daß der deutsche Einmarsch in Belgien selbst dann kein Unrecht gewesen wäre, wenn Belgien während der letzten Periode vor dem Kriegsausbruche keine neutralitätswidrigen Handlungen begangen oder geduldet haben würde.

Ein leider sehr großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland hat sich in der Beurteilung der erörterten Fragen völlig von der Darstellung unserer Feinde beeinflussen lassen. Die englisch-französische Presse hat nicht nur mit Erfolg gelogen, daß die geltenden Verträge die Garantiemächte zur Intervention verpflichteten, falls das belgische Gebiet verletzt würde, die Westmächte haben auch im Verein mit der belgischen Regierung beteuert, daß Belgien niemals unneutrale Handlungen begangen noch geduldet habe, daß im besonderen die Unterhaltungen zwischen den belgischen Generalstabschefs und den britischen Militärattachés rein theoretischer Natur gewesen seien. Das Gegenteil ist durch das enthüllte belgische Material einwandfrei genug erwiesen worden, und das wird wohl auch deutschen Advokaten unserer Feinde einleuchten. Dagegen hält man vielfach in Deutschland merkwürdigerweise die Behauptung, daß Belgien tatsächlich nicht mehr neutral gewesen sei, für ein Mittel politischer Dialektik. Das kann sich nur in der Oberflächlichkeit des Urteils begründen, daß man, wie vorher angedeutet wurde, die belgische Neutralität mit der irgend eines wirklich unabhängigen, nicht neutralisierten Landes gleichsetzt.

Die britische Einkreisungspolitik hatte also mit der Eingliederung Belgiens einen ungemein wichtigen Schritt vorwärts getan, ohne daheim die eigene Maske der Garantiemacht und die belgische des neutralisierten Landes zu lüften. Daß es Belgier gab, die anders dachten, zeigen die angeführten Berichte des Baron Greindl. Diese Persönlichkeiten waren ohne Einfluß und wurden nur insoweit unterrichtet, als es im Hinblick auf ihre Stellung sich als unbedingt nötig erwies.

Die britische Politik erreichte durch ihren belgischen Erfolg neben der Einschüchterung Hollands eine sehr wertvolle Ermutigung Frankreichs.

Für die Franzosen war es von kaum zu überschätzender militärischer Bedeutung, sich Belgiens sicher zu wissen, für den Einmarsch und dessen

Duldung nicht nur, sondern auch als eines aktiven, nach Erfolg und Beute strebenden Bundesgenossen. Wesentlich hierauf hat die in jenen Jahren viel bemerkte Zunahme des kriegerischen Geistes in Frankreich beruht und die Tatsache, daß seit dem Sommer 1905 niemals wieder eine drohende deutsche Haltung Eindruck auf die französische Regierung machte. Neben den Abmachungen redeten aber auch die belgischen Festungen eine deutliche Sprache: die der deutschen Grenze wurden laufend modernisiert und gesperrt, die an der französischen Grenze blieben vernachlässigt.

In Großbritannien drehte sich während der acht Jahre vor dem Kriege die politische und militärische öffentliche Erörterung lebhaft und gründlich um das Problem des Eingreifens in den Festlandkrieg. Man sprach darin nicht von belgischer Neutralität und deren Rettung, die Erörterungen standen vielmehr im Zeichen der Worte Homer Leas:

„Jeder Krieg der englischen Nation mit einer europäischen Macht schließt die Interessen des gesamten Weltreiches ein. Betrachtet das britische Volk aber die britischen Inseln als den gegebenen Kriegsschauplatz im Konflikte mit einer europäischen Macht und bereitet den Krieg demgemäß vor, — dann neigt sich der Tag der Angelsachsen schnell seinem Ende zu, und ihr Weltreich ist dahin."

Der Feldmarschall Lord Roberts, ferner Lord Esher, der Earl of Percy und viele andere hervorragende Leute schrieben und redeten unausgesetzt, um auf die Wichtigkeit britischer Festlandbetätigung im Kriege hinzuweisen. Dazu verlangte man die allgemeine Dienstpflicht. Was diese Forderung damals vor dem Kriege in den Augen des englischen Volkes bedeutete, ist bekannt, um so bemerkenswerter aber die Heftigkeit und Ausdauer, mit der diese Männer, deren Anhang immer größer wurde, ihre Forderungen stets wieder erneuerten. Sie haben freilich den taktischen Fehler gemacht, die Festlandrolle Großbritanniens, welche sie für unerläßlich hielten, ausschließlich in den Vordergrund zu stellen. Sie haben niemals von einer Vorbereitung zur Rettung Belgiens gesprochen. Das hinderte nicht, daß man in jenen Forderungen und Zukunftsbetrachtungen stets als selbstverständlich bezeichnete, daß Belgien der Kampfplatz sein werde, auf dem Großbritannien seine Festlandposition herstellen und verewigen werde.

Die Möglichkeit (nicht einen solchen selbst) eines deutschen Einmarsches in Belgien betrachtete man nicht als Platzgreifen eines „Unrechts", sondern als erwünschten Anlaß, um auf belgischem Boden einzugreifen, einerlei ob die belgische Regierung damit einverstanden wäre oder nicht. Das ist kennzeichnend und die Richtlinie für die Beurteilung der britischen Festlandpolitik und militärischen Festlandvorbereitung vor dem Kriege: die Benutzung der internationalen Stellung Belgiens, um hinter ihr den

Aufmarsch gegen Deutschland verschleiert vorzubereiten. Lediglich so beurteilt, kann die belgische Frage in den richtigen Gesichtspunkt treten. Wie Großbritannien in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts das „unabhängige" Belgien geschaffen hat als britisches Bollwerk gegen Frankreich, und wie Palmerston Sorge dafür getragen hat, daß die belgische Neutralität nach dem Worte des belgischen Majors Girard*) eine durchlässige wurde und der Einmarsch fremder Truppen nicht als Neutralitätsverletzung angesehen wurde, so bereitete das neue Großbritannien das umgekehrte Verfahren, gegen Deutschland gerichtet, vor. In aller Stille füllte die britische Politik den leeren Raum Belgien mit Kräften aus, die gegen Deutschland gerichtet wurden. Alles wurde so vorbereitet und war so gedacht, daß das Deutsche Reich aus dem belgischen Winkel durch die Vereinigung Großbritanniens, Belgiens und Frankreichs den tödlichen Stoß erhalten sollte. Maskiert waren die Vorbereitungen durch die „belgische Neutralität". Sie sollte und soll, nachdem die berechtigte deutsche Verteidigung diesem offensiven Plane gegenüber Platz gegriffen und funktioniert hatte, das Deutsche Reich als den ruchlosen Brecher heiliger Verträge und den Eindringling in ein schuldloses neutrales Land erscheinen lassen. Ein geniales Manöver!

Hier kam es nur darauf an, den Nachweis zu führen, daß und wie Belgien vor dem Kriege die Neutralität gebrochen hat und Partei geworden ist, und wie es mit der Frage einer Neutralität Belgiens und ihrer Sicherung überhaupt stand.

Das Ende der Ära Bülow.

Seit dem Jahre 1906 setzte eine Bewegung ein, die auf Beseitigung der „Mißverständnisse" zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche ausging und sich dieselbe als Ziel steckte. Es bildeten sich deutsch-englische Vereine und Gesellschaften, und man entfaltete eine Propaganda, die im Zeichen der „Verständigung" stand und stehen sollte. Deutsche Abordnungen aus den verschiedensten Kreisen: Kaufleute, Presse, Geistliche, Künstler, Gelehrte, Schauspieler gingen nach Großbritannien hinüber, ließen sich bewirten und umherführen. Man hielt Reden, in denen jedesmal bewiesen wurde, daß die beiden Völker ihrer Abstammung und ihrer Bedeutung nach zusammen nicht gegeneinander stehen müßten. Kein Grund sei zu Konflikten vorhanden, es fehle nur das gegenseitige Verständnis, und dieses müsse erreicht werden. Die einzigen, welche zum

*) Wie ein Belgier das Verhängnis seines Vaterlandes voraussah. Ein ungehörter Warnungsruf von Major Girard. Übersetzung seines in Brüssel erschienenen Werkes „Avant la guerre". Berlin 1916. E. S. Mittler & Sohn.

Kriege trieben, seien auf beiden Seiten ein paar unverantwortliche Schreier und Hetzer.

In Großbritannien wurden diese Bestrebungen im ganzen skeptisch aufgenommen, meistens abgelehnt und bekämpft. Deutscherseits ging man dabei von einer unrichtigen Grundlage aus. Niemand in Deutschland wünschte einen Krieg mit Großbritannien herbeizuführen, niemand trieb zu einer Politik, die darauf gerichtet gewesen wäre, einen Konflikt heraufzubeschwören. Das lag nicht allein in der Schwäche der deutschen Flotte und überhaupt in dem Wahnsinn des Gedankens an ein solches Unternehmen, sondern begründete sich auch in dem Volksempfinden und im Fehlen von Kriegs- und Eroberungslust im deutschen Volke. Allerdings bildete sich eine steigende, mit besorgtem Mißtrauen gepaarte Empfindlichkeit Großbritannien gegenüber in Deutschland heraus, geweckt durch die stets sich erneuernde Erfahrung, daß, wo und wann immer das Deutsche Reich versuchte, sich geltend zu machen und wirtschaftliche Lebensnotwendigkeiten im friedlichen Wettbewerbe durchzusetzen, jedesmal Großbritannien im Wege stand und bald offen bald verschleiert die Kriegsfrage sich aufwerfen ließ. Man hatte im Deutschen Reiche schon in jenen Jahren das Gefühl, daß das eigene Daseinsrecht und dessen friedliche Betätigung sich mit dem großbritannischen Willen kreuzte und in einen immer schärfer werdenden Gegensatz zur Politik Großbritanniens gebracht wurde.

Die damaligen deutschen Wortführer einer Verständigung gingen von einer unzutreffenden Voraussetzung aus, als sie den Leitsatz aufstellten, es gebe keinen tatsächlichen Grund zwischen den beiden Mächten, der zum Kriege führen könne. Auf deutscher Seite war weder objektiv noch subjektiv ein solcher Grund vorhanden. Die Deutschen wollten nichts haben, was den Briten gehörte. Jenseits der Nordsee aber sah es anders aus. Bismarck traf den Punkt, als er ein Jahr vor seinem Tode durch seinen Schwiegersohn dem Engländer Sidney Whitman auf seine Fragen sagen ließ: „Er bedaure, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige ihm bekannte, das darin bestehe, daß wir unserer deutschen Industrie einen Zaum anlegten, nicht gut anwendbar sei". Das Urteil deckt sich mit denen der belgischen Gesandten in ihren Berichten.

In einer öffentlichen Versammlung hatte Ende der 90er Jahre der frühere Premierminister Lord Rosebery gesagt: er führe die Störung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland nicht nur auf die Transvaalfrage, sondern vor allem darauf zurück, daß Deutschland Großbritannien auf wirtschaftlichem Gebiete zu überflügeln beginne. Er sei ganz überrascht von den technischen und kommerziellen Fortschritten

der Deutschen: der deutsche Wettbewerb auf diesen Gebieten sei eine Gefahr der Zukunft. Deutschland besitze das vollkommenste System technischer Ausbildung, sei daher der gefährlichste Nebenbuhler Großbritanniens und bedrohe den britischen Handel, sogar in Indien und Ägypten. Ein anderes Mal sagte Lord Rosebery: „Wir sind bedroht durch einen furchtbaren Gegner, welcher uns benagt wie das Meer die schwachen Partien einer Küste benagt — ich meine Deutschland. Der Handel des Vereinigten Königreiches hört nicht auf, sich zu verringern, und was er verliert, das gewinnt in der Hauptsache Deutschland."

Ein halbes Jahr vorher erschien der nachher berühmt gewordene Artikel in der „Saturday Review", in dem sich die folgenden Stellen fanden. Der ungenannte Verfasser knüpfte an die Zusammenhänge zwischen dem Kaiser und dem Zaren und die Besserung der deutsch-russischen Beziehungen an, vor allem aber an ein dem Fürsten Bismarck von den „Times" zugeschriebenes Wort: „Der Kernpunkt der Unterhaltung zwischen dem Kaiser und dem Zaren muß sich um England gedreht haben". Bismarck habe, so sagte die Zeitschrift, längst erkannt: „was schließlich nun auch das englische Volk einzusehen beginnt, daß es in Europa zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte gibt, zwei große Nationen, welche die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr Handelstribut einfordern möchten. England ... und Deutschland ... wetteifern miteinander in jedem Winkel des Erdballes. Im Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Indien, in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist, da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubauen oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltsamkeit zum Handelsschnaps hinübergeleitet werden sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorzukommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schafft den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von fünf Milliarden Mark Krieg führen . . .?"

„Was Bismarck sich vorstellte und was auch wir bald einsehen werden, ist die Tatsache, daß nicht nur der greifbare Interessenstreit zwischen England und Deutschland vorhanden ist, sondern, daß auch England die einzige Großmacht ist, die Deutschland ohne enormes Risiko und ohne Zweifel am Erfolge bekämpfen kann. Nach diesem Erfolge werde man an Frankreich und Rußland sagen: Sucht euch Kompensationen, nehmt

euch innerhalb Deutschlands, was ihr wollt, ihr könnt es haben." Der Schluß des Artikels wurde durch die seitdem so oft zitierten Worte gebildet: „Germaniam esse delendam". Ungefähr um dieselbe Zeit äußerte sich in Deutschland Professor Schäffle über englische und deutsche Seeinteressen in Ausführungen, die für die damaligen Stimmungen und Auffassungen, besonders aber als Gegenstück zu den englischen Artikeln, noch heute von Interesse sind. Schäffle schrieb u. a.: „Die Fortschritte unseres Seehandels seit fünfundzwanzig, namentlich aber seit zehn Jahren sind so gewaltig, unsere wirtschaftliche Bedeutung ist rasch so groß geworden, daß Deutschland von seiten der Rivalen her auf alles gefaßt sein muß. Man gebe sich darüber keiner Täuschung hin, daß die Engländer, wenn sie es nur irgend wagen können, bei erster Gelegenheit unserem Überseehandel und unserer Exportindustrie den Todesstoß zu geben suchen werden. Grund zur Eifersucht hat der riesige Aufschwung, welcher seit der Gründung des Reiches der Überseehandel, die Exportindustrie, die Reederei, der Schiffbau, die Gründung überseeischer Banken, die Beteiligung an auswärtigen Eisenbahnen und Plantagen genommen haben, in gerüttelt vollem Maße unsern Rivalen wirklich gegeben."

Unzählige Aufsätze von Zeitungen und Zeitschriften haben seit etwa 1895 bis zum Großen Kriege unausgesetzt den wirtschaftlichen Wettbewerb des Deutschen Reiches im ganzen und des deutschen Kaufmannes im einzelnen behandelt. Gewiß waren Unterschiede in der Tonart festzustellen, gewiß zog ein Organ weitergehende, das andere weniger weitgehende Schlüsse. Allen aber war der Unterton gemeinsam, daß der deutsche Wettbewerb in Industrie, Handel und Schiffahrt und die deutsche Machtzunahme auf dem Festlande, schließlich auch die auf See eine wachsende Gefahr und Sorge für Großbritannien bildeten.

Die Geschichte Großbritanniens seit der Regierung der Königin Elisabeth zeigt, daß für die Briten gerade der Handel und der Wettbewerb auf diesem Gebiete den entscheidenden Kriegsgrund gebildet haben. In Deutschland hat man das nie glauben wollen, sondern die Behauptung, dem sei tatsächlich so, für eine hetzerische Übertreibung und Entstellung chauvinistischer deutscher Elemente gehalten. In Wirklichkeit handelte es sich nur um eine alte bewährte, aus Wesen und Werden des Inselreiches geborene britische Überlieferung und einen Grundsatz, welchen ein britischer Seeoffizier in klassischer Form zum Ausdruck gebracht hat:*)

„Wir (Großbritannien) ziehen nicht in den Krieg aus sentimentalen Gründen. Ich zweifle, ob wir das jemals taten. Krieg ist das Ergebnis

*) The Journal of the Royal United Service Institution, Juni 1909; mit dem zweiten Preise gekrönter Aufsatz des Commander T. L. Shelford: „The command of the sea: what is it?"

von Handelsstreitigkeiten; seine Ziele sind, dem Gegner diejenigen Handelsbedingungen durch unser Schwert aufzuzwingen, welche wir als notwendig erachten zum Vorteile unseres Handels. Wir lassen alle Arten von Kriegsursachen gelten, aber zugrunde liegt ihnen allen der Handel. Ob die Ursache des Krieges die Verteidigung oder der Erwerb einer strategischen Position sein mag, ob der Bruch von Verträgen oder was sonst noch — alle Ursachen führen sich auf den Handel als gemeinsame Wurzel zurück, aus dem einfachen und schlagenden Grunde, weil der Handel unser Lebensblut ist!"

„We do not go to war for sentimental reasons. I doubt if we ever did. War is the outcome of commercial quarrels; it has for its aims the forcing of commercial conditions by the sword on our antagonists, conditions which we consider necessary to commercially benefit us. We give all sorts of reasons for war, but at the bottom of them all is commerce. Whether the reason given be the retention or obtaining of a strategical position, the breaking of treaties, or what not, they come down to the bed-rock of commerce, for the simple and effective reason that commerce is our lifeblood."

In Frankreich erkannte man dieses eigentliche Wesen des deutsch-englischen Gegensatzes klar. Davon zeugt die politische Literatur jenes Jahrzehntes. Man ließ sich angelegen sein, die Kluft so weit wie möglich zu vertiefen und auch praktisch-politisch keine Gelegenheit ungenutzt dafür vorbeigehen zu lassen. Bemerkenswert war auch das italienische Verständnis dafür und dessen Betonung in der italienischen Presse: die europäische Politik drehe sich mehr und mehr um den englisch-deutschen Gegensatz. In Italien fühlte man sich dadurch bewegungsfreier und wahlfreier als je zuvor und glaubte, seine politischen Geschäfte im Schatten des wachsenden Dualismus der beiden europäischen Großmächte besonders vorteilhaft machen zu können.

In Großbritannien hat man über die deutschen Verständigungsaktionen mit ihren Abordnungen und Kundgebungen zur Beseitigung von Mißverständnissen usw. im allgemeinen gelächelt. Man erblickte darin eine der deutschen Naivitäten, während andere meinten, das sei eine ganz besonders raffinierte Methode deutscher Übertölpelung, um Großbritannien in Ruhe und Sicherheit bis zu dem Augenblicke einzuwiegen, wo Deutschland imstande wäre, über die armen Briten herzufallen. Die politisch Gebildeten unter den Briten und die Kenner des wirtschaftlichen Lebens waren allerdings dieser Ansicht nicht. Sie sahen aber in den deutschen Verständigungsbemühungen ein wertvolles eigenes taktisches Mittel zur Irreführung der britischen, nicht zum wenigsten auch der kolonialen Öffentlichkeit. Daß es damals auch Briten gegeben hat,

darunter hervorragende Männer wie den Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, welche an und für sich einem erträglichen Verhältnisse zwischen den beiden Mächten aufrichtig das Wort redeten, soll nicht bestritten werden. Sie waren einerseits aber ohne Einfluß und wurden in ihrem eigenen Lande als Phantasten und Sentimentalisten angesehen. Der genannte Botschafter wurde abgelöst, weil er König Eduard zu deutschfreundlich war. . Baron Greindl schreibt hierzu im Sommer 1908:

„Ich muß noch, Herr Minister, den bevorstehenden Rücktritt des englischen Botschafters erwähnen, der Berlin bereits seit einiger Zeit verlassen hat und erst im Herbst zurückkehren wird, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Dieser Rücktritt ist nur der Form nach ein freiwilliger. Sir Frank Lascelles ist von der britischen Regierung dazu veranlaßt worden. Er hätte sehr gewünscht, in Berlin zu bleiben, und seine Belassung auf seinem Posten ist von der Kaiserlichen Regierung in London vergeblich erbeten worden.

Sir Frank Lascelles ist ein Diplomat von seltenem Scharfsinn, von sehr sicherem Urteil und unbedingter Zuverlässigkeit, der weder körperlich noch geistig die Spuren des Alters zeigt und der das wohlverdiente Vertrauen des Kaisers, der Kaiserlichen Regierung und aller seiner Kollegen genießt. Wenn die britische Regierung auf die Dienste eines so vorzüglichen Diplomaten verzichtet, der zudem die Altersgrenze noch nicht erreicht hat, so kann dies nur daran liegen, daß Sir Frank Lascelles 15 Jahre lang und ohne sich durch zahlreiche Mißerfolge abschrecken zu lassen daran gearbeitet hat, eine Annäherung zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Der Eifer, den er entwickelt hat, um Mißverständnisse zu beseitigen, die er für töricht und für beiden Ländern in hohem Maße nachteilig hält, entspricht nicht den politischen Ansichten seines Herrschers."

Auf der anderen Seite aber machten auch diese Persönlichkeiten den stillschweigenden oder gelegentlich ausgesprochenen Vorbehalt, daß das Deutsche Reich, wenn anders es ein freundschaftliches Verhältnis mit Großbritannien wolle, keine starke Kriegsflotte brauche und natürlich auch sonst britische Empfindlichkeiten und Interessen schonen müsse; dazu rechnete man besonders auch die deutsche Orientpolitik und die Bagdadbahn. Die deutschen Verständigungsversuche erhielten in ihrer Unschuld dadurch noch den Schimmer unfreiwilliger Komik, daß sie in eine Zeit fielen, welche die britische Politik mit so großem Geschick, mit so ausdauernder Tatkraft und so glänzendem Erfolg ausnutzte, um das große Werk der Einkreisung und Angriffsstellung zu fördern und zu vollenden. Wer eine Jahre politisch miterlebt und die damaligen so weit verbreiteten deutschen Illusionen registriert hat, wer erfahren hat, wie diejenigen als

Hetzer und Chauvinisten in Deutschland abgestempelt wurden, welche der Verständigungsaktion skeptisch gegenüberstanden und versuchten, die wahren Gründe des unerquicklichen und unsicheren Verhältnisses zwischen den beiden Mächten bloßzulegen, der kann auch heute rückschauend nur dem Gefühle der Verwunderung über soviel Illusionskraft Ausdruck geben. Während eben dieser Zeit vollführte Großbritannien auch die neue große Reorganisation seiner Flotte und ihre Verteilung mit der neuen Front gegen die deutschen Küsten von der Nordsee und vom Ärmelkanal aus. Während dieser Zeit kamen alle jene Abkommen und Verständigungen zustande, von denen gesprochen worden ist. Während dieser Zeit auch schürzte die britische Politik die Konfliktsknoten auf dem Balkan.

Man hat dem Verfasser vorgeworfen, daß er in fanatischer Abneigung gegen Großbritannien dessen Hand überall zu sehen vermeine. Der Leser kann prüfen, ob es nur ein vermeintliches Sehen ist oder ein wirkliches. Mag man noch so vorurteilslos oder im Wunsche, zu einem anderen Ergebnisse zu gelangen, die Geschichte der Periode nach der Marokkokrisis prüfen, man wird tatsächlich die britische Hand überall leitend und eingreifend feststellen müssen. Vom Jahre 1903 an hatte sich die Politik Großbritanniens dasselbe Motto gesetzt wie seinerzeit vor dem Kriege gegen Spanien, gegen Frankreich unter Ludwig XIV., unter der Republik und unter Napoleon, und ebenso wie gegen Holland, als es zum unangenehmen Wettbewerber geworden war. Europa, „die Welt" mußte gegen das Deutsche Reich unter britischer Führung zusammengebracht werden, um entweder durch Drohung und Druck oder mit den Waffen den Frevler unter den britischen Willen zu beugen. Diese Politik war für den Briten eine jahrhundertalte Überlieferung und ein aus seinem eigenen Wesen hervorgegangenes Gesetz seiner Politik. In Deutschland erkannte man das nicht und redete von Mißverständnissen, wie es ja sogar während des Großen Krieges noch geschehen ist.

Für den Verlauf der Bosnischen Krisis an Ort und Stelle sei auf die Darlegungen im zweiten Abschnitt verwiesen. Was die allgemeine europäische Seite jener Angelegenheit betrifft, so zeigte die Bosnische Krisis wieder den Gegensatz zwischen den Dreibundgenossen Österreich-Ungarn und Italien, und zwar viel drastischer und schärfer, als drei Jahre früher den deutsch-italienischen Gegensatz von Algeciras. Wir sahen Italien in leidenschaftlichem Gegensatz zur bosnischen Politik Österreich-Ungarns und in ebenso leidenschaftlicher Sympathie mit den Gegnern der Balkanpolitik der Doppelmonarchie. Das Schlagwort von einem offensiven Vorgehen des Dreibundes hatte insofern nur den Zweck, die italienische Stimmung noch mehr gegen den Dreibund zu erregen, ebenso sollte auf

die dreibundfeindlichen Stimmungen der österreichisch-ungarischen Nationalitäten, hauptsächlich der Tschechen, eingewirkt werden.

Die Politik des Fürsten Bülow in der Bosnischen Krisis ist viel angefochten worden, und man hat sie ebenfalls benutzt, um aus ihr ein Abweichen von dem eigentlichen Charakter des Bündnisses der beiden Mittelmächte zu konstruieren. Auch heute ist die damalige Politik des Fürsten Bülow als richtig zu bezeichnen. Es durfte für das Deutsche Reich keine andere geben. Das Wort Bülows in seiner Weisung an den deutschen Botschafter in Wien trifft den Kern der Frage: „Ich lege besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität." Neben der geschilderten Politik des Deutschen Reichs im Orient und abgesehen von den aus ihr sich ergebenden Zusammenhängen, war das deutsche Eintreten für Österreich-Ungarn eine politische Notwendigkeit für das Deutsche Reich. Es ergab sich aus der europäischen Lage. Es war unrichtig, wenn damals einige politische Richtungen in Deutschland den Standpunkt einnahmen, daß der Bündnisvertrag ein aktives deutsches Eintreten in der bosnischen Frage nicht verlange und die Politik deshalb zu verwerfen sei. Auch der Verfasser hat damals eine Zeitlang diese Bedenken für zutreffend angesehen. Sie halten einer genaueren Betrachtung der damaligen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel nicht stand, und ebensowenig, wenn man die europäische Lage, mit anderen Worten, das damalige Verhältnis des Deutschen Reiches zur britisch geleiteten Einkreisung in Betracht zieht. Es handelte sich nicht um eine vom Anstand gebotene, dabei politisch unzweckmäßige Loyalität, sondern um ein Gebot der politischen Praxis, welche, wie so oft, in der Linie der Loyalität lag. Hätte Fürst Bülow sich auf den Buchstaben des Bündnisvertrages mit Österreich-Ungarn gestellt, so würde er damit nur Negatives erreicht haben, nämlich: Entfremdung des Bundesgenossen und seine Schwächung und Gefährdung auf der Balkanhalbinsel, wachsenden, vielleicht maßgebend werdenden Einfluß der Ententemächte auf die Doppelmonarchie. Die Politik des Deutschen Reiches erhielt den Frieden, ihre Richtung lag in der Erhaltung des Friedens, sie war zugleich eine selbsterhaltende. In seinem Buche: „Keime des Weltkrieges" sagt ein Schweizer Autor, Dr. Kuno Hofer, daß damals der Dreibund den anderen Mächten seinen Willen aufgezwungen und durch diesen Zwang wiederum einen neuen Kriegskeim gelegt habe. In Wirklichkeit legte die Balkanpolitik der Entente unter britischer Führung den Keim zum Kriege und wollte ihn legen, indem sie jene Lage auf der Balkanhalbinsel planmäßig hervorrief. Sie stellte Österreich-Ungarn vor eine Lebensfrage und damit das Deutsche Reich an die Seite der Doppelmonarchie. Das hatte man

in London nach den Marokkoerfahrungen freilich nicht geglaubt. Den beiden Mittelmächten blieb nichts übrig, als sich durchzusetzen, wenn sie sich nicht, sei es einzeln, sei es zusammen, in eine nachteilige Lage mit gefährlichen Aussichten bringen wollten. Entscheidend fiel für die praktische Verwirklichung aller politischen Erwägungen ins Gewicht, daß Rußland militärisch nicht bereit war und Frankreich auch nicht; daß mithin ein Krieg höchst unwahrscheinlich war, das Deutsche Reich ihn aber, wäre er doch ausgebrochen, unter günstigen Umständen hätte führen können.

Wo Interessengegensätze und Parteinahmen zwischen Mächten vorhanden sind, gibt es keinen Standpunkt, der von Partei und Interesse, von Zuneigung oder Abneigung, von Rassenverwandtschaft oder Rassengegensatz ganz losgelöst wäre. Eine Übereinstimmung wird sich hier nie erzielen lassen und voraussichtlich im Laufe der kommenden zwei Menschenalter auch nicht in rein historischer Darstellung der Vorgeschichte des Großen Krieges. Immerhin wird sich nicht bestreiten lassen, daß der Werdegang der Ereignisse, die zur Lage von 1908/09 geführt haben, ausnahmslos die Ententemächte und ihre Balkananhängsel in der Offensive, die Mittelmächte in der politischen wie in der diplomatischen Defensive findet. Die Behauptung der Ententemächte: die „deutsche Drohung" sei immer stärker geworden, führt wieder auf den primitiven Schluß zurück, daß das Erstehen eines starken Preußens und später eines im Zeichen der Kraft und Geschlossenheit stehenden Deutschen Reiches an und für sich als eine Gefahr, dies folglich als ein auf dem Wege der Gewalt oder der Zermürbung aus der Welt zu schaffendes Gebilde anzusehen sei. Man ist in England, in Frankreich und Rußland, später auch in Amerika tatsächlich dieser Ansicht gewesen. Man gab sie vor dem Kriege nur selten zu, weil sich eine solche Anschauung mit den hochsittlichen Grundsätzen der gleichen Mächte nicht vertragen haben würde, aber die Tatsache war tiefgewurzelt vorhanden, und der Krieg hat diese Auffassung unserer Feinde nur unverhüllt ans Licht gebracht. Es ist vernünftigerweise unmöglich, für alle derart großen Gegensätze die Begriffe recht oder unrecht, schuld oder nicht schuld zu benutzen und als Maßstab anzuwenden. Werfen wir aber hier die Frage auf, wer den Krieg wollte und wer nicht, wer den anderen an einer friedlichen Bestrebung, seine Kräfte zu entfalten, hindern und wer sich und seine Freiheit nur erhalten wollte, so kann die Antwort nicht zweifelhaft sein.

Insofern lag etwas Zwangsläufiges in den Geschehnissen und etwas Unausweichliches in der Entwicklung. Das Deutsche Reich war da, lebte und wuchs und beanspruchte das Naturrecht auf Leben und Wachstum, wenn schon bald mit schüchterner Bescheidenheit, bald mit ungeschickten Reden und Versuchen. Die anderen Mächte, in erster Linie Großbritannien,

waren nicht gewillt, dem Deutschen Reiche dieses Recht mit der dazu erforderlichen Gleichstellung in der Welt einzuräumen. Sie machten jeden deutschen Versuch in dieser Richtung zu einer Entschluß- und Machtfrage und, wenn immer die Umstände es gestatteten, gleich zur Kriegsfrage.

Vom vielberufenen Standpunkte der „Menschheit" gesehen, hätte ihnen gerade die Verpflichtung der Duldung und Einräumung obgelegen.

Die deutsche Orientpolitik wollte nichts als wirtschaftliche Ausdehnung und Tätigkeit und deren Sicherung durch eine von Macht gestützte Politik. Ob diese Politik in der Ausführung gut oder schlecht war, kommt für den beherrschenden Hauptgesichtspunkt nicht in Betracht. Die deutsche Orientpolitik beeinträchtigte keine Rechte irgend einer anderen Macht, sie schloß keine Drohung für irgend eine andere Macht ein, bildete auch an sich keine Gefahr. Die österreichisch-ungarische Balkanpolitik mag, besonders Serbien gegenüber, nicht immer auf der Höhe staatsmännischer Weisheit gestanden haben. Aber die serbische Politik war eine solche der gewaltsamen Ausdehnung, es koste was es wolle. Was den Zugang zum Meere für Serbien anlangt, so konnte man diesen Wunsch an sich als berechtigt ansehen. Mit eben so vielem Rechte mußte aber gefragt werden, auf wessen Kosten Serbien seinen Korridor nach dem Adriatischen Meere hin hätte erhalten sollen. Wie im ersten Abschnitte bemerkt worden ist, gibt es eben Fälle, wo Gegensätze bestehen, die unüberbrückbar sind und, wenn nicht Änderung ihrer Auffassung in einem der konkurrierenden Völker Platz greift, zu Katastrophen führen. Dabei glaubt sich nicht nur jede Partei im Daseinsrecht, sondern befindet sich auch tatsächlich in ihm. Im übrigen ist das Recht im Leben der Nationen und Mächte ein fragwürdiger Begriff, weil die mit einer nicht versagenden Exekutive ausgerüstete über allen Parteien schwebende Göttin der Gerechtigkeit nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein wird, auch wenn der amerikanische Präsident der Welt noch so oft verkündet, er stelle ihre Verkörperung dar.

Fürst Bülows bosnische Politik war richtig. Man erlebte während der Bosnischen Krisis das ungewohnte Schauspiel, daß der der Französischen Regierung in der auswärtigen Politik sehr nahestehende „Temps" eindringlich zum Frieden mahnte und sich gegen die englische Kriegshetzerei wandte. Diese fand nicht nur öffentlich statt, sondern, wie die Deutsche Regierung während des Großen Krieges dokumentarisch bewiesen hat, auch in Petersburg durch den britischen Botschafter Nicolson in Auftrage von Grey.

Die Krisis nahm ihr Ende durch den Bülowschen Vorschlag an die Mächte, einzeln die Annexion anzuerkennen und das der serbischen Regierung bekanntzugeben. Vorher hatte der Reichskanzler in Peters-

burg keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Deutsche Reich nötigenfalls in alle Konsequenzen hinein zum Bundesgenossen stehen werde.

Dadurch wurde die Krisis entschieden und der Zustand auf der Balkanhalbinsel zu einem europäisch anerkannten gemacht, welchen die österreichisch-ungarische Annexionserklärung und die bulgarische Unabhängigkeitserklärung einseitig und aus eigener Initiative der beiden Regierungen hergestellt hatte.

In dasselbe Frühjahr 1909 fiel das Marokko-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich, welches ein neues, wesentliches Zugeständnis an Frankreich bedeutete, indem es die politische Desinteressierung des Deutschen Reiches in Marokko feststellte. Das war der erste formelle Schritt auf dem Wege der Liquidierung der sogenannten deutschen Marokko-Politik überhaupt, denn daß eine politische Desinteressierung die wirtschaftliche ipso facto einschließen mußte, war jedem Wissenden klar. Das Abkommen schloß in Vertretung des Reichskanzlers Herr v. Kiderlen-Waechter. Ob Fürst Bülow ganz auf dem Boden dieser Politik stand, ist eine Frage, die für das Studium seiner politischen Persönlichkeit beträchtlich wäre, sonst nicht. Jenes sogenannte Februar-Abkommen des Jahres 1909 und sein Abschluß gerade damals, dessen Initiative von Deutschland ausging, sollte die bosnische Politik Bülows unterstützen durch Entfernung, jedenfalls Verringerung der Reibungsfläche mit Frankreich. Ob es nötig war oder genützt hat, steht dahin, jedenfalls ist von geschichtlich politischem Interesse, daß man nicht zögerte in der Marokkopolitik Zugeständnisse zu machen, als die Bosnische Frage das Deutsche Reich an die Seite Österreich-Ungarns gerufen hatte. Die Marokkopolitik war ein Fehler gewesen, die bosnische war keiner, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Deshalb ist die Frage auch nur von, man möchte sagen diplomatisch-feuilletonistischem Interesse, ob und wie weit und wann Bülow oder der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vorher von den Annexionsabsichten Aehrenthals unterrichtet worden ist.

Über die eigentümliche Haltung Aehrenthals in der Folgezeit ist bereits gesprochen worden. Diesem von einem pedantischen Ehrgeiz und Selbstgefühl erfüllten Staatsmanne war im Augenblicke der Entscheidung die deutsche Hilfe notwendig erschienen, er fühlte sich sogar gedrungen, in seiner Note vom 25. März 1909 durch den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin dem Fürsten Bülow seine „dankbare Befriedigung über das Resultat des Eintretens von Graf Pourtales, von welchem ich mir eine günstige Rückwirkung auf die ganze Situation erwarte, zum Ausdrucke zu bringen." Bald darauf änderte sich Aehrenthals Haltung, und er brachte — oder ließ bringen — verschiedentlich zum Ausdruck,

wie peinlich es ihm gewesen sei, daß Österreich-Ungarn die Anerkennung der Annexion nur durch die Hilfe des Deutschen Reiches hätte erlangen können. Die Presse der Triple-Entente begriff diesen Gemütszustand bald und erklärte von allen Seiten, daß das Deutsche Reich sich ja nunmehr öffentlich als Vormund seines österreichisch-ungarischen Verbündeten betätigt habe. Wie wir gesehen haben, bedienten sich die Tschechen des gleichen taktischen Mittels, und Aehrenthal war sehr unzufrieden. In Deutschland war man aber vielfach der Ansicht, daß gerade Graf Aehrenthal die deutsche Politik in den östlichen und südöstlichen Fragen mehr beeinflußt habe, als richtig gewesen sei. Nach Beendigung der bosnischen Angelegenheit legte der Minister einen auch öffentlich betonten Wert auf die Herstellung direkter, freundschaftlicher Beziehungen zum Russischen Reiche und war durch den Umweg des Zaren auf seiner Reise zur Begegnung mit Viktor Emanuel nach Italien empfindlich berührt. In der Berliner Wilhelmstraße war man, und wohl mit Recht, der Auffassung, daß diese Politik Aehrenthals auf Kosten der deutsch-russischen Beziehungen gehen sollte. Kiderlen-Waechter erklärte gern, nachdem er mit dem Jahre 1909 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geworden war, nunmehr sei dafür gesorgt, daß der Weg von Wien nach Petersburg nur über Berlin führen könne. Es ist eine Spezialfrage für eine Geschichte der bundesgenössischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, inwieweit und wann diese Äußerung zutreffend zu werden begann, auf alle Fälle beleuchtet sie bis zu einem gewissen Grade die damaligen Beziehungen, nachdem das Deutsche Reich dem Bundesgenossen einen Dienst geleistet hatte, mit dem jener österreichisch-ungarische Kompromiß-Vorschlag von Algeciras nicht entfernt verglichen werden konnte.

Seit langer Zeit hatte das Deutsche Reich einen unbestrittenen politisch-diplomatischen Erfolg zu buchen. Daran änderte nichts, daß er dem Anlasse nach für die Sache des Bundesgenossen erreicht worden war. Was der frühere Kolonialminister Chamberlain nach dem Burenkriege gesagt hatte: Sein Verlauf sei die Lehre von Großbritanniens Stärke gewesen, traf für Deutschland in der Bosnischen Krisis zu.

Wer näher zusah, dem konnte freilich ein fundamentaler Unterschied nicht entgehen. Die von Chamberlain betonte Stärke Großbritanniens beruhte auf der Beherrschung der Meere durch die britische Flotte. Sie war nicht anfechtbar. Die Briten wußten, daß nie eine einzelne andere Flotte oder eine Koalition diese Ozeanbeherrschung brechen oder auch nur beeinträchtigen konnte. Eine feindliche Koalition war nicht da und nicht in Sicht. Großbritannien hatte die Seebeherrschung, und so hatte es für alle überseeischen Unternehmungen, Absichten und

Interessen alles. Mit dem Deutschen Reiche stand es ganz anders. In der bosnischen Angelegenheit hatte sich die deutsche Stärke durchgesetzt, weil die feindliche Koalition damals auf dem Lande nicht stark genug und deshalb, aber lediglich deshalb, in ihrem Willen zum Kriege nicht einig war. Das Charakteristische der Lage war, daß die Seemacht Großbritannien damals zum Kriege trieb, während die beiden kontinentalen Ententegenossen nicht wollten. Dieser Tatbestand und ursächliche Zusammenhang sprang in die Augen und blendete. Er hat auch einen so nüchternen Geist wie den damaligen Sieger im diplomatischen Kampfe, den Fürsten Bülow, geblendet. Er schrieb nachher in seiner „Deutschen Politik“: das luftige Gebilde der Einkreisung sei an den handfesten Tatsachen der Festlandpolitik zerbrochen. — Die Einkreisung war kein luftiges Gebilde, sondern politisch ein sehr handfestes. Militärisch war sie indes noch nicht fertig, weder in Rußland noch in Frankreich. Beide Länder aber, besonders Rußland, arbeiteten im großen Stil und mit aller Kraft, um militärisch auf die Höhe zu gelangen. Es ist nachher von Schiemann und anderen festgestellt worden, daß auf der Zusammenkunft in Reval 1908 die Regeneration und Neuorganisation der russischen Armee zwischen den Monarchen und ihren Ministern vereinbart und ihre Durchführung auf das Jahr 1916 veranschlagt wurde. Dann wollte man fertig sein, und dann sollten mit dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn Worte gesprochen werden, die entweder Unterwerfung der Mittelmächte oder den großen Koalitionskrieg zur Folge haben müßten.

So beruhte das Gelingen der Bülowschen Politik in der bosnischen Angelegenheit nicht auf einer als überwältigend angesehenen Stärke des Deutschen Reiches an sich, sondern auf der Unbereitschaft und Uneinigkeit der Koalition. Dafür wußte man aber, jedenfalls mußten die maßgebenden Persönlichkeiten im Deutschen Reiche es wissen, daß die militärische Stärke der Koalition mit allen Kräften gefördert wurde und tatsächlich von Jahr zu Jahr wuchs. Die Stärke Rußlands im besonderen hatte seit der Revolution, also im Laufe weniger Jahre, ganz ungemein zugenommen. Zur See begann Großbritannien gerade damals mit den größten Anstrengungen. Im Deutschen Reiche war man über den diplomatischen Erfolg aber stolz und froh, und es begann in den Folgejahren zu einem Dogma zu werden: die gegnerische Koalition habe sich 1908/09 überzeugt, daß der Dreibund auf dem Lande eine unangreifbare Position sei. Sie werde sich hüten, sich noch einmal die Finger zu verbrennen. Es muß auch heute noch als bedauerlich angesehen werden, daß die damalige Reichsregierung dieses Dogma nicht zerstörte, indem sie auf die zutage liegende Emporentwicklung der militärischen Macht des Dreiverbandes hinwies. Jenes Gefühl der übertriebenen

Sicherheit, zu welchem die Deutschen vor dem Kriege neigten, wurde damit schädlich bestärkt; das Gefühl einer Sicherheit: nie werde jemand wagen, uns anzugreifen, und wenn, so würde man mit Leichtigkeit siegen, man habe ja 1870 gesiegt.

Im Frühjahr 1909 machte König Eduard von England seinen Besuch, den ersten während seiner Regierung, in Berlin. Der Besuch verlief in der üblichen Weise, der König erklärte in seinen Tischreden, die Erhaltung des Friedens sei immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen. Er sagte das, nachdem seine Politik und die von ihm geleitete des britischen Kabinetts acht Jahre lang alles getan hatte, um den großen Koalitionskrieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten, und durch die Bosnische Krisis Europa an den Rand des Krieges gebracht hatte.*)

Auf der anderen Seite war trotz der wie immer in solchen Fällen festgestellten allgemeinen „Entspannung" die europäische Lage im Grunde verschärft worden, und zwar nicht nur auf der Balkanhalbinsel. In Rußland war starke Erbitterung zurückgeblieben, die deutschfeindliche Stimmung war gewachsen, und sie griff von Jahr zu Jahr mit dem Wachsen der russischen Rüstung auf die Französische Republik über. Besonders auffallend zeigte sich die Erbitterung in Großbritannien. Man merkte das an dem erhöhten Eifer in der Verhetzung Frankreichs und Rußlands gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. König Eduard hatte das letztere vom Deutschen Reiche trennen wollen und mußte nun feststellen, daß das Gegenteil eingetreten war. So zog man die Konsequenz aus dem neuen Zustande, den man freilich nicht für unabänderlich hielt, und vertiefte den Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und den Balkanmächten wie auch Italien, zwischen Deutschland und dem russischen Slawismus und der Hofpartei. In der österreichisch-ungarischen Presse aber konnte man während der folgenden Jahre manche wehmütigen Auslassungen über den Verlust der britischen Freundschaft lesen.

Das Deutsche Reich indes verschrie man im Lager des Dreiverbandes mit Eifer und Geschick als den brutalen Kriegsbedroher. Das Wort Bülows von der Nibelungentreue und die Wiener Rede des Deutschen Kaisers, man sei in schimmernder Wehr an die Seite des Bundesgenossen getreten, haben bis zum Großen Kriege der Entente gedient, um die Welt glauben zu machen, es sei der Entschluß des Kaisers, Europa unter das deutsche Schwert zu beugen. Österreich-Ungarn habe ebenso wie Bulgarien eine geheiligte internationale Urkunde zerrissen, den Berliner Vertrag gebrochen. Auf des Deutschen Reiches Veranlassung hätten die beiden Mittelmächte sich geweigert, diesen Frevel durch Zusammentritt einer

*) Vgl. Deutschlands auswärtige Politik, S. 375.

internationalen Konferenz durch europäische Übereinstimmung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. An die Stelle dieser einzig möglichen Art eines europäischen Ausgleiches sei nun die ungerechte gewaltpolitische Kriegsdrohung gegenüber dem vom Russisch-Japanischen Kriege und inneren Unruhen erschöpften Rußland getreten. Das sei die Art des Deutschen Reiches, Politik zu treiben: eine ungerechte Forderung in absichtlich gewähltem Augenblicke zu stellen, die Frage des Krieges oder des Friedens mit ihr zu verknüpfen.

Im Sommer des gleichen Jahres erfolgte der Rücktritt des Fürsten Bülow. Er erregte in Großbritannien große allgemeine Genugtuung. Seitdem Bülow die britischen Bündnisangebote abgelehnt hatte und besonders nach seiner Stellungnahme gegen die Äußerungen des damaligen britischen Kolonialministers Chamberlain über das deutsche Heer, war der deutsche Kanzler in England gehaßt. Man erklärte, er sei falsch, und man habe ihm nicht trauen können. In englischem Munde bedeutete ein solches Zeugnis, daß der deutsche Staatsmann sich englischer Vormundschaft nicht rückhaltlos anvertraute, nicht für seine Pflicht hielt, seine Karten aufzudecken, sondern eine eigene unabhängige Politik zu treiben versuchte. Man nahm dem Fürsten Bülow auch besonders übel, daß er sich zur deutschen Flottenbaupolitik bekannte.

Die Bülowsche Marokkopolitik ist genügend gekennzeichnet worden. Sie war in der Anlage verfehlt und dann in der Durchführung vielleicht schwer einzurenken. Jedenfalls hat sie nichts als Schwierigkeiten, Nachteile und auch Blamagen gebracht. In welchem Maße diese Dinge den Fürsten Bülow persönlich belasten, ist schwer festzustellen. Nach Hammann scheint dem Herrn v. Holstein ein wesentlicher Teil zugeschrieben werden zu müssen, immerhin war Bülow der verantwortliche Leiter. Das sind aber Fragen, welche für die Gesamtbetrachtung der damaligen Politik unerheblich sind. Die Periode von 1897 bis 1909 steht, was die auswärtige Politik des Deutschen Reiches anlangt, im Namen Bülows, als Staatssekretär unter dem alten und passiven Hohenlohe, dann als Reichskanzler.

Wenn in Deutschland über Bülow gesprochen und geurteilt wird, so pflegt seine diplomatische Gewandtheit hervorgehoben zu werden, und zwar allein. Man spricht ihm dagegen gern staatsmännische Leistung ab. Besonders wird ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er sich weder Rußland noch England angeschlossen habe. Darüber ist schon gesprochen worden. Aber auch in einem zusammenfassenden Urteile über Bülows Tätigkeit und Leitung muß hervorgehoben werden, daß die Hauptlinie seiner Politik von 1897 bis 1909 unter erheblichsten inneren und äußeren Schwierigkeiten mit Zähigkeit und klarer Konsequenz verfolgt worden

ist: die Politik des Deutschen Reiches nach keiner Seite hin abhängig zu machen, sie nicht zu binden. Der Weg der deutschen Reichspolitik war aus den erörterten Ursachen schmal, steil und gewunden. Dem Fürsten Bülow ist es zu danken, daß er der ersten Forderung, die Unabhängigkeit der deutschen Politik zu wahren, unbeirrt, mit wacher Aufmerksamkeit Rechnung getragen hat. Bülow ist außerdem, und das bleibt ihm ebenfalls hoch anzurechnen, stets darauf bedacht gewesen, die Würde des Reiches nach allen Seiten, auch Großbritannien gegenüber, zu wahren. Er hat bei den mannigfachsten Gelegenheiten öffentlich zum Ausdrucke gebracht, daß das Deutsche Reich Großbritannien gegenüber in allen Fragen volle Gleichheit und Wechselseitigkeit beanspruche und nur auf diesem Fuße mit der angelsächsischen Macht verkehre oder verhandle. Bülow hat auch im Reichstage betont, daß Großbritannien genau so viel Interesse wie umgekehrt das Deutsche Reich habe, mit diesem auf gutem Fuße zu leben.

Die deutsche Seerüstungspolitik hat der Staatssekretär und nachherige Kanzler positiv verteidigt und vertreten, hat allerdings auch dem Anscheine nach, selbst wenn man nach seinem Buche schließen will, den Stand und Fortschritt der deutschen Seemacht überschätzt. Das tat Bülow auch 1909 und als er diese Periode in seinem Buche schilderte. Die deutsche Flotte war damals noch lange nicht fertig und ist es — leider — auch 1914 noch lange nicht gewesen. Für das Wesen der Seemacht, für die Bedeutung ihrer Wirkung im Frieden hatte Fürst Bülow nicht das nötige Verständnis, besonders nicht für die so eminent wichtige politische Bedeutung. Das war vielleicht nicht zu verlangen, aber nachteilig und bedauerlich. Immerhin ist nicht wahrscheinlich, daß Fürst Bülow den Flottengedanken des Kaisers und des Admirals v. Tirpitz als eine kaiserliche Liebhaberei angesehen und ohne eigene Überzeugung vertreten habe. Umgekehrt fehlte ihm aber die Vertiefung in die Materie, deren er gerade als leitender Staatsmann bedurft hätte, um die große Aufgabe ganz zu erkennen.*)

Das diplomatische Korps war um so entschlossener und einmütiger gegen die Marinepolitik des Deutschen Kaisers und deren Vertreter, den Admiral v. Tirpitz. Bei den Diplomaten in der Wilhelmstraße, in den Botschaften und den Gesandtschaften erblickte man in der Seemachtspolitik hauptsächlich die Erschwerung des diplomatischen Geschäftes. Diese war vorhanden, bildete aber eine Etappe, die durchmessen werden mußte. Ein großer Teil dieser Diplomaten war für einen Anschluß Deutschlands an Großbritannien, ein anderer, darunter führend Herr

*) S. a. E. zu Reventlow, Der Einfluß der Seemacht im Großen Kriege (Berlin 1918, E. S. Mittler & Sohn).

v. Holstein, vertrat die Auffassung, daß deutsche Festlandspolitik genüge, um auch Großbritannien gegenüber das Erforderliche zu erreichen. Wie unrichtig die Einbeziehung aller politischen Fragen in diese Auffassung war, zeigte die Marokkopolitik, deren Führung von Holstein ausgegangen ist. In der Bosnischen Frage hatte, obgleich schon zurückgetreten, der gleiche Staatsmann die Richtung gegeben. Da bewährte sich das Nur-Festland-Prinzip aber lediglich aus den vorher entwickelten Gründen. Der Gedanke der Seemacht und ihrer Bedeutung lag den deutschen Diplomaten fern, und sie waren auch nicht gewillt, ihn vorurteilslos zu studieren. So bildete sich ein Verhältnis und ein Zustand, der für die Führung der Politik des Deutschen Reiches unter auch sonst sehr schwierigen Verhältnissen und bei gleichzeitiger Förderung der Flotte ungünstig wirken mußte und viele wertvolle Kräfte lähmte. Man glaubte nicht daran, daß die Flotte nötig sei. Dazu kam die Bewunderung und die schrankenlose Überschätzung Großbritanniens und alles Britischen. Man hielt für ausgeschlossen, daß jemals die deutsche Seemacht der britischen gegenüber eine beachtliche Größe werden könne.

Richtig orientiert wäre die deutsche Politik und wären die sämtlichen leitenden und an wichtiger Stelle stehenden Persönlichkeiten gewesen, wenn sie die Schaffung einer starken deutschen Seemacht geradezu als den Angelpunkt der deutschen Politik als solcher angesehen hätten. Eine Seemacht neu zu schaffen, ist, wie Prinz Adalbert von Preußen schrieb, das größte Unternehmen ungefähr, das ein Staat sich vorsetzen kann. Um es durchzuführen, ist die Einigung aller Kräfte notwendig, in der Regierung sowohl wie im Volke. Der Deutsche Reichstag wurde im Laufe der Jahre jedenfalls so weit überzeugt, daß er die Vorlagen mit steigender Mehrheit und die Neuforderung von 1908 debattelos bewilligte, innerhalb der leitenden Behörden aber herrschte in diesem Punkte alles eher denn Einigkeit. Die Tragik in der Durchführung dieses großen Gedankens Kaiser Wilhelms, das Reich zu einer starken Seemacht zu machen, hat im Unverständnisse des Volkes und seiner Führer mit sehr wenigen Ausnahmen gelegen. An diesem Urteile können auch die Bewilligungen des Reichstages nichts ändern. Es handelte sich nicht darum, ob ein Geschwader mehr oder weniger zu bauen sei, sondern darum, ob das Reich im Gegensatz zu dem bisherigen Zustande eine Seemacht werden sollte und wollte oder nicht, ob man die durch die Notwendigkeit des Eintrittes in die Weltwirtschaft gebotene Weltpolitik auf Macht gestützt treiben wollte oder nicht. Wenn nein, so blieb nur übrig, sich politisch von der Seemacht England abhängig zu machen oder aber auf Stützung und Förderung der deutschen Weltwirtschaft und überseeischen Interessen zu verzichten und der privaten Initiative zu überlassen, wieder wie früher

„mit dem Hute in der Hand", nach Bismarcks Redewendung, ihrem überseeischen Geschäfte nachzugehen. Deutschland als Seemacht — ganz abgesehen von den Flottenvorlagen und ihrer parlamentarischen Behandlung — war eine völlig neue Perspektive, die erst ganz begriffen werden mußte, bevor sie Verwirklichung finden konnte.

Das Reich, wie es aus dem Kriege 1870/71 hervorgegangen war, durfte nicht als der Abschluß, sondern nur als eine Stufe angesehen werden. Das zeigten die folgenden drei Jahrzehnte mit elementarer Notwendigkeit. Die deutsche Wirtschaft, durch weisen Schutz in der Heimat gegen das Ausland erstarkend, strebte über See und trug dort immer vielfältiger Frucht. Ihr Gedeihen war eine Notwendigkeit, wenn die wachsende deutsche Bevölkerung die Möglichkeit haben sollte, auf dem deutschen Boden zu bleiben und ihr Fortkommen zu finden. Aber auch abgesehen von dieser abstrakten Erwägung, lag die große, greifbare Tatsache vor aller Augen da, daß das überseeische Deutschland, welches sich Geltung und Gleichberechtigung auf den Märkten der Welt zu erobern trachtete, einen immer größeren Wert in sich und eine immer vitalere Bedeutung für das Deutsche Reich selbst gewann. Diesen Besitz und seine Funktionen, welche den Erdball umspannten, ohne Rückhalt und Schutz zu lassen, war richtig gesehen unmöglich. Auch bei Fortdauer friedlicher Verhältnisse bedurfte der deutsche Weltverkehr des Rückhaltes, denn die Machtfrage stand außerhalb des Reichsgebietes hinter jeder Wettbewerbsfrage, auch der privaten Geschäftstätigkeit. Die sehr weiten und einflußreichen Kreise, welche in blindem Schwärmen für alles Britische oder in international orientiertem Geschäftsgeist einen engen Anschluß an Großbritannien ersehnten, waren der Ansicht, daß die Machtfrage hier überhaupt nicht vorliege. Sie glaubten, und zwar bis zum Großen Kriege, daß Großbritannien lediglich freien Wettbewerb wünsche. Der derzeitige Vorsitzende der Berliner Handelskammer und spätere Präsident des deutschen Reichstages, Dr. Kaempf, erklärte nicht lange vor dem Kriege gelegentlich eines Besuches einer Abordnung der Berliner Handelskammer in London, daß nichts besser der Ausgestaltung freundlicher Beziehungen zwischen den beiden Mächten dienen könne als Niederlegung der trennenden wirtschaftlichen Schranken; dann würden Mißtrauen, Reibungen und Kriegsgefahr von selbst verschwinden. Damit war das deutsche Schutzzollsystem gemeint. Die freihändlerischen Kreise in Deutschland haben immer bestritten und verkannt, daß der deutsche Schutzzoll die Bedingung und Grundlage des deutschen Aufschwunges und Wohlstandes gewesen ist, daß ohne ihn die deutsche Landwirtschaft zu Grunde gehen mußte und der deutschen Industrie Verkümmerung bevorstand. Die gleichen Richtungen verkannten außerdem oder wollten nicht sehen,

daß Großbritannien trotz seiner freihändlerischen Devise selbst immer mehr zum Schutzzoll überging und von dem ihm angeblich so heiligen Prinzip des Freihandels sich entfernte. Der erste Schritt hierzu ist schon im vergangenen Jahrhundert getan worden durch die berühmt gewordene Stempelung aller aus Deutschland gekommenen Ware mit „Made in Germany".

Der ehemalige britische Generalgouverneur in Ägypten, Lord Cromer, einer der bedeutendsten britischen Staatsmänner und der Vertreter des Freihandels, wies um das Jahr 1910 in der Zeitschrift „The nineteenth century" nach, der Glaube sei ein Irrtum, daß Freihandel den Weltfrieden fördere: „Um das Gesagte zusammenzufassen, so nehme ich nicht für einen Augenblick an, daß allgemeiner Freihandel — selbst wenn die Annahme einer solchen Politik denkbar wäre — eine Ära allgemeinen und dauernden Friedens inaugurieren würde. Welche Zollpolitik die großen Handelsmächte der Welt auch annehmen mögen, es ist völlig illusorisch zu glauben, daß das Risiko des Krieges für die Zukunft dadurch irgendwie mehr vermieden werden könnte als bisher."

Man würde in Großbritannien natürlich mit großer Genugtuung begrüßt haben, wenn das Deutsche Reich zum Freihandel übergegangen wäre. Dann hätte man den britischen Industrieprodukten und überseeischem Getreide Eingang auf dem deutschen Markte verschafft. Der Vorteil hiervon für Großbritannien wäre nicht nur geschäftlicher Gewinn gewesen, sondern vor und über allem ein politischer und ein Machtgewinn von gar nicht abzuschätzender Bedeutung. Die deutsche Wirtschaft und, was das wichtigste war, die deutsche Nahrungsversorgung wären immer mehr und immer unwiderruflicher von der überseeischen Zufuhr abhängig geworden. Was das bedeutet, hat den meisten Deutschen der Krieg gezeigt. Großbritannien und seine späteren Bundesgenossen aber haben diesen Punkt in seiner großen Bedeutung schon immer erkannt. Eine tatsächliche Abhängigkeit der deutschen Ernährung von überseeischer Zufuhr hätte Großbritannien zum Gebieter der deutschen Politik und des Deutschen Reiches schlechthin gemacht, und zwar in jeder Beziehung. Die britische Regierung brauchte nur mit Absperrung der Nordsee zu drohen und konnte damit in jeder Streitfrage tatsächlich alles erreichen, da Deutschland nicht in der Lage gewesen wäre, auch nur einige Wochen ohne überseeische Zufuhr zu leben. Die britische Regierung hätte dann nur zu befehlen brauchen.

Die deutschen Freihändler sahen all dieses nicht, und als der Deutsche Kaiser im Jahre 1909 in einer öffentlichen Rede sagte, man müsse soweit kommen, daß das deutsche Volk sich aus seinem eigenen Boden ernähren könne, war das Urteil in jenen wirtschaftspolitischen Kreisen durchweg, der Kaiser habe einen veralteten, außerdem einen praktisch unmöglichen

Standpunkt aufgestellt. Selbstverständlich war an eine völlige allseitig genügende Ernährung aus dem eigenen Boden schon angesichts der starken Bevölkerungsvermehrung schwer zu denken, wohl aber an eine notdürftige, für Kriegszeiten ausreichende.

Das deutsche Freihändlertum und die politische Richtung, die es vertrat, glaubten, daß die „Niederlegung der trennenden wirtschaftlichen Schranken" die Wirtschaft der Völker so eng miteinander verflechten und ihre Beziehungen dadurch auch zivilisatorisch und kulturell so freundlich machen werde, daß Krieg außerhalb der praktischen Möglichkeiten treten werde, ganz besonders ein Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland. Von diesem Irrglauben leitet sich zu einem sehr erheblichen Teile jener ganze Illusionskreis einer Verständigung mit Großbritannien auf gleichem Fuße her. Die führenden britischen Geschäftsmänner, viele Politiker und die Presse ermunterten das deutsche Freihändlertum in seinem Bestreben und stärkten seine Illusion. Alles, was zur Schwächung des Deutschen Reiches führte und zur Erhöhung einer Abhängigkeit von Übersee, war politischer und wirtschaftlicher Gewinn für die Briten.

Die Vorgeschichte des Großen Krieges muß diesen Punkt erwähnen und kann dabei feststellen, daß Fürst Bülow in diesem Hinblicke eine richtige Politik getrieben hat. Seine Bestrebungen waren darauf gerichtet, die Ernährung der deutschen Bevölkerung möglichst unabhängig vom überseeischen Auslande zu machen. Die Gefahr, welche in einer Abhängigkeit läge, ist, wie an dem vorherigen Zitate gezeigt worden ist, auch Caprivi klar gewesen. Früher hat auch Bismarck sich im selben Sinne geäußert. Während Caprivi aber durch seine unrichtige Wirtschaftspolitik praktisch das Gegenteil seines Grundsatzes erreichte und die Landwirtschaft an den Rand des Ruins brachte, trieb Bülow eine Wirtschaftspolitik, die in der Linie jenes Grundsatzes sich bewegte. Damit stärkte er die Fähigkeit des Deutschen Reiches, sich Großbritannien gegenüber auch politisch unabhängig zu halten. In einem anderen, hiermit zusammenhängenden Punkte freilich scheint sich auch Fürst Bülow ebensowenig Gedanken gemacht zu haben wie sein Nachfolger. Es ist für den Rückschauenden bemerkenswert, mit wie völligem Unverständnisse der größte Teil des deutschen Volkes sich zu diesem Problem stellte, es für eine rein innere wirtschaftspolitische Frage hielt und im Betonen der Unabhängigkeit des Reiches für die Ernährung nur einen Deckmantel für agrarische Begehrlichkeit erblickte, während sie, wie gesagt, eine wenn schon nicht ganz ausreichende Sicherung für Frieden und Krieg bedeutete. Auf der anderen Seite glaubten die politischen und wirtschaftlichen Richtungen, welche hier unter der Bezeichnung des Frei-

händlertums zusammengefaßt werden, daß freie Handelsverbindung des Deutschen Reiches mit dem überseeischen Auslande vom Gesichtspunkte des deutschen Gedeihens anzustreben sei, und sahen sie gleichzeitig als Sicherung gegen Krieg durch Verschwinden der Kriegsmöglichkeit an. Die Vertreter dieser schädlichen Anschauung verlangten ebenfalls möglichst ausgiebige Festlegung deutschen Kapitals in überseeischen Ländern. Auch darin wollte man eine Verminderung der Kriegsmöglichkeit erblicken und meinte, daß eine Friedenspolitik, die Hand in Hand mit der Wirtschaftspolitik ginge, die Gefahr der Schutzlosigkeit so ungeheurer Werte beseitige. Ebenfalls hierauf hat der Krieg die erforderliche Antwort gegeben. Der Fehler der Rechnung lag in der Vernachlässigung der Schutzfrage. Man wollte sich das englische Beispiel zum Muster nehmen, überseeische Wirtschaft zu treiben und hemmungslos Werte über See anzulegen, man wollte auf Kosten der heimischen Produktion an Nahrungsmitteln und Industrieerzeugnissen freie Verbindung mit dem Auslande einführen und vergaß oder wollte nicht wahrhaben, daß das einzige Mittel, welches dieses Verfahren zur Not gerechtfertigt hätte: ein ausreichender Machtschutz, nicht vorhanden war. Großbritannien beherrschte die Meere, das Deutsche Reich befand sich durch die geographische Gestaltung seiner Küsten und der Nordsee und in Ermangelung einer auch nur nennenswerten Seemacht im Zustande der Wehrlosigkeit. An Schutz in einschlägigem Sinne war überhaupt nicht zu denken.

Man kam also wieder zur alten einfachen Frage zurück: Sollte und konnte das Reich auf Schutz zur See verzichten, konnte es sich diesen Schutz indirekt schaffen durch englische Freundschaft, ohne seine politische und wirtschaftspolitische Unabhängigkeit zu verlieren? Konnte ferner ein leitender Staatsmann verantworten, die Politik und Wirtschaft des Deutschen Reiches auf die Theorie hin einzurichten und zu führen, daß durch Fallenlassen aller Schranken der Weltfrieden verbürgt werde, und so in den Kauf zu nehmen — daß das Reich dadurch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verlor, ja für die Ernährung, also für das Leben, auf den guten Willen Großbritanniens angewiesen war? Während des Großen Krieges sind häufig Stimmen laut geworden, daß er hätte vermieden werden können, wenn das Deutsche Reich sich in seiner Politik und Wirtschaftspolitik nicht immer gegen die anderen Mächte, insbesondere gegen Großbritannien, gestellt hätte. Es sei so leicht gewesen, in die Völkergemeinschaft einzutreten, allerdings habe man dann Großbritannien nicht durch Schutzzoll und Hochseeflotte reizen dürfen. Man sieht, daß, aus der Nähe betrachtet, diese Fragen sich anders ausnehmen. Es wäre eine durch nichts zu begründende, geschweige denn zu rechtfertigende Leichtfertigkeit gewesen, die Möglichkeit des Schutzes und der Selbst-

versorgung außer Acht zu lassen in der Hoffnung, daß dann ein Zustand in der Welt Platz gegriffen hätte, welcher einen europäischen Krieg, hauptsächlich aber einen deutsch-britischen, ausschlösse.

In diesem grundlegenden Punkte ist Fürst Bülow also nicht Opportunist gewesen, wie man ihm nachzusagen pflegt, sondern hat eine feste Richtschnur gehabt und ist dieser auch unentwegt gefolgt. Seine große Täuschung und Enttäuschung hieß nicht England, sondern Rußland, und sein großer Fehler war nicht die Flottenpolitik, sondern seine Marokkopolitik.

Es wäre nicht richtig, wollte man den Fürsten Bülow als Staatsmann und Diplomaten wesentlich nach seinen Reichstagsreden beurteilen. Man könnte ihm hier vielleicht den Vorwurf machen, vorausgesetzt, daß es einer wäre, daß er den Stand der Dinge und seine eigene Politik in zu leichter Form schilderte oder vielmehr verschleierte. Er hat damit eine nicht genügende Kenntnis der deutschen Mentalität bekundet. In einem anderen Lande hätte er diese Methode vielleicht mit Erfolg rednerisch anwenden können. Die Deutschen — weder die eine noch die andere Parteirichtung, — konnten es nicht vertragen, und man schätzte den Fürsten als Staatsmann und Diplomaten damals, ehe die Folie seines Nachfolgers vorhanden war, geringer ein, als er es verdient hat.

Es ist anzunehmen, daß Bülow sich über den Ernst der Lage des Deutschen Reiches durchweg klar gewesen sei. Stellen in seinen Reden wie die vom Druck und Gegendruck und der Möglichkeit von Explosionen bestätigen das. Er hoffte und befolgte das Programm: die gefährliche Periode der Aufwärtsentwicklung des Deutschen Reiches ohne genügenden Machtschutz durch diplomatische Gewandtheit und Elastizität überwinden zu können, ohne von der Bahn der Unabhängigkeit der deutschen Politik abweichen zu brauchen. Es läßt sich nicht sagen, ob er dieses Programm durchgeführt haben würde, wenn er am Ruder geblieben wäre. Daß Bülow aber nicht mit der Hilflosigkeit seines Nachfolgers in den Großen Krieg hineingestolpert wäre, kann nicht bezweifelt werden.

Das Programm: Rüsten unter Vermeidung des Krieges, ohne sich etwas zu vergeben, ohne anderen Mächten zu nahe zu treten, war an sich richtig. Es war schwer durchzuführen, und die Marokkoangelegenheit machte den großen Riß in die Verwirklichung des Programms. Sie ging als unerfreuliche und erschwerende Erbschaft auf den Nachfolger Bülows über, ebenso wie der Erfolg in der Bosnischen Krisis als ein Prestigezuwachs von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dieser hatte die allgemeine Stellung des Reiches in Europa gehoben, zum Teil wiederhergestellt, und die Marokkoangelegenheit trat zeitweilig zurück, blieb aber. Der Schritt vom Wege in der Marokkofrage hat sich, wie es oft

in der Politik vorkommt, nicht wieder zurück machen lassen. Die Halbheit rächte sich.

Fürst Bülows Rücktritt hing nicht mit seiner Führung der auswärtigen Politik zusammen. Er hatte damals gerade den bosnischen Erfolg hinter sich. Der eigentliche Grund seines Rücktrittes lag auf dem Gebiete der inneren Politik und in den Ereignissen, die sich an die Enthüllungen des „Daily Telegraph" knüpften.

Überblickt man die auswärtige Politik des Fürsten Bülow, so ist die einheitliche Linie nicht zu verkennen. Wir haben sie in den vorhergegangenen Erörterungen häufig hervortreten sehen, ebenso wie die Mißerfolge, die Fehler und den erheblichen Erfolg auffällig kurz vor dem Ende der Laufbahn Bülows. Die Verehrer seines Nachfolgers pflegen zu betonen, daß die politische Erbschaft des Fürsten Bülow in einer ganz verfahrenen und gefährlichen äußeren Lage bestanden habe, und Herr v. Bethmann Hollweg in die schwierigsten und ungünstigsten Umstände hineingelangt sei. Es muß zugegeben werden, daß die Marokkofrage und alle aus ihr direkt und indirekt erwachsenen Folgen und Wirkungen eine wenig erfreuliche Erbschaft bildeten. Auch die beinahe vollzogene Einkreisung war kein angenehmes Erbstück. Es wäre aber doch nicht gerecht, sie ganz auf das Konto des Fürsten Bülow zu setzen. Daß anderseits der bosnische Erfolg und die durch ihn geschaffene Lage ihre zwei Seiten hatten, ist gesagt worden. Auf alle Fälle war es Bülow gelungen, unter schwierigsten Umständen und in einer Periode beispiellosen Gedeihens des Deutschen Reiches und Volkes, unter ständiger Steigerung der Wehrkraft den Frieden zu erhalten, ihm keinen Krieg aufzwingen zu lassen. Ob es 1905 richtiger gewesen wäre, deutscherseits einen Krieg aufzuzwingen, bleibt eine Frage für sich. Abgesehen von ihr, war aber jedes neue Friedensjahr ein unschätzbarer Gewinn und in gewissem Sinne auch ein Erfolg. Als Herr v. Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter ins Amt kamen, bestand keine Kriegsgefahr.

Dem Fürsten Bülow sind nicht nur seine Reden in der erwähnten Weise zum Vorwurfe gemacht worden, sondern man hat gesagt, daß auch seine auswärtige Politik selbst leichtfertig und in ihrer Betreibung oberflächlich gewesen sei. Ein anderes Zeugnis als die für die Öffentlichkeit bestimmten Aussprüche Bülows für diese „Leichtfertigkeit" ist nicht vorhanden. Es läßt sich auch nicht erbringen, abgesehen höchstens von seiner folgenschweren Marokkoaktion im Jahre 1905. Hier dürfte es aber weniger Leichtfertigkeit als eben ein Grundirrtum und eine Verkennung der die Lage beherrschenden Faktoren gewesen sein. Der geistige Vater der Marokkoaktion ist Herr v. Holstein gewesen. Ihm hat man vieles vorgeworfen und vorwerfen können, aber niemals Leichtfertigkeit in der

Behandlung internationaler Probleme. Dazu kam ein Moment, welches bis zum Jahre 1914 immer wieder in der auswärtigen Politik des Reiches hervorgetreten ist: das drohende Aufbegehren und Vorgehen und dann das Vermeidenwollen eines Krieges, wenn der Feind auf die Drohung anders reagierte, als man gewünscht hatte. Es ist eine offene Frage, wie die Bosnische Krisis verlaufen wäre, ob das Deutsche Reich die Politik unbedingter Festigkeit auch getrieben hätte, wenn Rußland zum Kriege bereit gewesen wäre.

Ungerecht ist der Vorwurf, daß Bülow eine Weltpolitik großen Stiles hätte treiben sollen und dieser Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei. Dazu war das Reich nicht in der Lage. Eher hätte dem Fürsten Bülow vorgeworfen werden können, daß er überseeischer Weltpolitik nicht ganz den Rücken wandte, bis die nötige Machtgrundlage vorhanden war. Anderseits wird dazu wieder gesagt werden müssen, daß es praktisch sehr schwierig, vielleicht unmöglich war, eine Seemachtpolitik auf lange Sicht zu treiben, ohne Ziele zu zeigen. Dazu reichte die politische Reife des deutschen Volkes nicht aus, und vielleicht auch nicht diejenige mancher Regierenden. Über die deutsche Japanpolitik wird nachher gesprochen werden.

Fürst Bülow schrieb in der ersten Ausgabe seiner „Deutschen Politik", die noch vor dem Kriege erschien: „Wir brauchen eine Flotte, die anzugreifen für jeden Gegner ein großes Wagnis bedeutet; darüber hinaus darf man sich jedoch nicht auf eine maß- und ziellose Flottenentwicklung und Rüstung einlassen. Der Schiffskessel darf nicht überheizt werden; kein Staat darf unser Ansehen und unsere Würde bedrohen können; doch muß auch England gegenüber alles vermieden werden, was nachher nicht mehr gut zu machen wäre. So war ich bestrebt, jeden unbefugten Angriff auf unser Nationalgefühl energisch zurückzuweisen, doch widersetzte ich mich jedem Versuche, in den Burenkrieg einzugreifen, weil die auf diese Art dem englischen Selbstbewußtsein zugefügte Kränkung nie mehr hätte geheilt werden können. Wir müssen England gegenüber mit ruhigen Nerven und kaltem Blut auftreten, uns jeden brüsken Vorgehens enthalten, doch dürfen wir ihm auch nicht nachlaufen."

Die hierin ausgesprochenen Grundsätze waren sicher richtig, die Behauptungen nicht alle.

Der letzte Kurs.

Als Nachfolger Bülows erschien Herr v. Bethmann Hollweg, ein Verwaltungsbeamter, der bisher nichts mit auswärtiger Politik zu tun gehabt hatte. Aus diesem Grunde war ihm als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ein älterer Staatsmann, Herr v. Kiderlen-Waechter, beigegeben

worden, der als Autorität für die Balkanpolitik galt, weil er lange in Bukarest Gesandter gewesen war und gelegentlich den deutschen Botschafter in Konstantinopel vertreten hatte.

Der Kanzler und der Staatssekretär waren Persönlichkeiten, wie sie verschiedener schwerlich gedacht werden konnten. Einig waren sie sich aber in einem Punkte, welchen sie zum Angelpunkte der auswärtigen deutschen Politik zu machen entschlossen waren: eine Verständigung mit England herbeizuführen, und zwar um den Preis einer bedeutenden deutschen Seemacht. Daß sie damit die Unabhängigkeit der deutschen Zukunft in Frage stellten und abschnitten, war ihnen nicht bewußt, und sie würden es jedenfalls bestritten haben, wenn man es ihnen gesagt hätte. Der Kurs Bülows wurde verlassen. Von nun ab galt Großbritannien als eine Macht, die man sich durch falsche Politik, hauptsächlich Rüstungspolitik zur See, entfremdet, die man mißtrauisch gemacht habe. Ihr Vertrauen und ihre Billigung müsse man wiedergewinnen. Als König Eduard von England im Jahre 1910 gestorben war, glaubten Bethmann und Kiderlen, nun sei der Augenblick gekommen. Man erblickte in dem Verschwinden des Königs auch eine Schwächung der Festigkeit der Entente und war überzeugt, daß Grey für ein sogenanntes vertrauensvolles Verhältnis mit dem Deutschen Reiche zu haben sei. Man begann gleich mit dem Irrtum, daß König Eduard seine deutschfeindliche Politik nur auf der Grundlage seines persönlichen Ansehens und Einflusses getrieben habe. Das war nicht der Fall gewesen, vielmehr hatte König Eduard in Übereinstimmung mit seinem Kabinett nicht allein, sondern mit der weitüberwiegenden Mehrheit des britischen Volkes seine gegen Deutschland gerichtete Koalitionspolitik getrieben. Sie wurde, das verdient besondere Aufmerksamkeit, vom konservativen Kabinett durch den Sekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne, eingeleitet und vom liberalen Kabinett mit Grey nicht nur übernommen, sondern, wie wir gesehen haben, mit ebensoviel Eifer wie Umsicht ausgebaut. Diese Politik entsprach dem Willen der großen Mehrheit des britischen Volkes ohne Unterschied der Parteirichtung und fand dessen beinahe ungeteilten Beifall; sie war im britischen Volke tief verwurzelt und galt als das gegebene Mittel um den deutschen Wettbewerber auf die eine oder auf die andere Weise ohnmächtig zu machen.

Harold Begbie erzählt in seinem bekannten, während des Krieges erschienenen Buche: „The vindication of Great Britain", dessen Inhalt von Lord Haldane inspiriert, durchgesehen und nach seiner eigenen Aussage für richtig befunden worden ist, auch verschiedenes über die Stellung König Eduards zum Deutschen Reiche. Er sagt u. a.: „Die Politik König Eduards war, sein Land zur Verteidigung vorzubereiten und jedes mög-

liche Hindernis für den Weltfrieden aus dem Wege zu räumen. Er sah, daß Deutschland die größte Drohung für den Weltfrieden war, nicht, weil es verruchter und hinterhältiger als andere Nationen wäre, sondern weil es hundert Jahre zu spät in die Welt gekommen war. Zugleich hoffte und glaubte er, daß es möglich sein werde, durch Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit, durch Sympathie und Zusammenarbeit und durch ein freimütiges und herzliches Bemühen für den Frieden." Streift man die Phrasen vom Sinne dieser Sätze ab, so ergibt sich wiederum die alte einfache Formel: das Deutsche Reich als handelstreibende Seemacht war ein Hindernis für Großbritannien. Es war zu spät gekommen, zu spät geworden. Höchst charakteristisch ist, wie der Verfasser, richtiger Lord Haldane, dann fortfährt: „Ich kann auch mit Gewißheit sagen, daß Rußland und Frankreich ebenso sehr den Frieden wünschten und gleichermaßen einverstanden mit Englands Politik waren. Weder Frankreich noch Rußland wünschte Krieg, weder Frankreich noch Rußland betrachteten sich als verbündet, um Deutschland zu vernichten, und weder Frankreich noch Rußland würde England bei einem unbegründeten Angriff auf Deutschland unterstützt haben.

„In der Welt gab es nur eine einzige Bedrohung des Friedens, und diese Bedrohung war die wachsende Bevölkerung, der wachsende Wohlstand und die wachsende Unruhe des Deutschen Reiches. Jene Leute in Deutschland, welche predigten, daß Frankreich, Rußland und Großbritannien einen stählernen Ring um das Deutsche Reich schmiedeten, machten diese Bedrohung des Friedens noch intensiver."

Es ist ganz richtig: die wachsende Bevölkerung und der wachsende Wohlstand der Deutschen bildeten „die Bedrohung des Friedens" in den Augen Großbritanniens, seiner Verbündeten und seiner Freunde. Von einer steigenden deutschen Unruhe war, wie jeder Deutsche weiß, nicht die Rede und keine Spur vorhanden. Im Gegenteil war sich das deutsche Volk seines wachsenden Wohlstandes bewußt und wünschte schon deshalb die Erhaltung des Friedens. Grund zur Beunruhigung für die Deutschen gab lediglich die fortschreitende Einkreisung des Deutschen Reiches durch die Mächte unter Englands Führung und im Inneren die wachsende Macht der monarchie- und rüstungsfeindlichen Sozialdemokratie. Von diesem Wachsen besorgte man innere Krisen und Schwächung des Ganzen, insbesondere auch Schwierigkeiten für die deutsche Rüstungspolitik.

Das Ausland, hauptsächlich Großbritannien, nahm äußerst regen Anteil an der Entwicklung der inneren Zustände des Deutschen Reiches. Als Ende des Jahres 1906 der deutsche Reichstag aufgelöst wurde, knüpfte die öffentliche Meinung in Großbritannien weitgehende Hoffnungen

an die Neuwahlen und erwartete von ihnen, daß sie einer positiven deutschen Rüstungspolitik ein Ende bereiten würden und ebenso der Monarchie. Man benutzte jene Zeit zu einem großen Pressefeldzuge, um den Deutschen zu sagen, wie vertrauensvoll ihr Verhältnis zu Großbritannien werden würde, wenn die deutsche Sozialdemokratie und Demokratie ans Ruder gelangten. Der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, schrieb unmittelbar nach Ausfall der Wahlen, man habe in England „am Vorabende der letzten deutschen Wahlen bestimmt mit dem Siege der regierungsfeindlichen Parteien und dem Triumph der sozialistischen Elemente gerechnet — man könnte sagen, daß die öffentliche Meinung ohne Unterschied der Partei ein solches Ergebnis erhoffte. Sogar die konservative, ausgesprochen antisozialistische Presse kündigte mit schlecht verhehlter Genugtuung an, die Sozialdemokraten würden der Kaiserlichen Politik, sowohl der inneren wie der Kolonialpolitik, eine Niederlage bereiten. Die liberalen und radikalen Blätter sahen voraus, daß das den europäischen Frieden gefährdende Streben nach persönlichem Regiment von der deutschen Nation bei den Wahlen gebrandmarkt werden würde, und daß die Ereignisse endlich dem Kaiser und seinem allzu willfährigen Kanzler zu denken geben würden. Was die englischen Sozialisten anlangt, so war ihr Vertrauen auf den Erfolg ihrer deutschen Genossen unbegrenzt . . . . . Wie dem auch sei, die öffentliche Meinung scheint von dem Wahlergebnis enttäuscht, und die durch Furcht und Eifersucht hervorgerufene antideutsche Stimmung hat noch um keinen Grad nachgelassen."

Baron Greindl aber schreibt zum selben Thema: „Man darf die Aufrichtigkeit der friedlichen Absicht Seiner Majestät nicht anzweifeln; er hat sie während einer achtzehnjährigen Regierungszeit zur Genüge bewiesen. Mir scheint, man sollte auch im Auslande wissen, woran man sich zu halten hat. Deshalb frage ich mich, ob die zur Schau getragene Aufregung ganz aufrichtig ist. Sollte es nicht vielmehr die Fortsetzung des Verleumdungsfeldzuges sein, den man seit Jahren in der Presse von Paris, London und Petersburg führt, und in dem sich der „Temps", das offiziöse Organ des französischen Ministeriums des Auswärtigen, während der letzten Wochen besonders hervorgetan hat?"

In den gesamten bisherigen Veröffentlichungen der belgischen Diplomaten findet sich nie ein Wort, welches auf kriegerische Wünsche und Absichten des Deutschen Reiches und in Deutschland hinwiese. Im Gegenteil wird stets die deutsche Friedensliebe im allgemeinen betont und im besonderen die des Deutschen Kaisers. Demgegenüber finden die Gesandten oft und im Laufe der Jahre steigend die Notwendigkeit, auf friedensgefährdende Strömungen in den Ländern des Dreiverbandes

hinzuweisen und ganz besonders die in diesem Sinne unheilvolle Politik König Eduards hervorzuheben. So schreibt der Londoner Botschafter Belgiens 1907: „Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine deutschlandfeindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse, von der hier die Rede ist, tut."

Baron Greindl schreibt: „England sieht mit scheelem Blick auf die wunderbaren Fortschritte Deutschlands auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und der Handelsmarine. Gewohnt, ohne Nebenbuhler dazustehen, erscheint ihm jede Konkurrenz als ein Eingriff in seine Rechte." 1908 schreibt derselbe, daß die Politik des Königs von England die Sicherheit Europas empfindlich gemindert habe, und wiederholt dieses nach der monarchischen Zusammenkunft in Reval, indem er meint: „Die vom König von England persönlich eingeleitete Gruppierung der Mächte besteht, und wenn sie auch nicht eine direkte und baldige Kriegsgefahr bedeutet, so liegt in ihr nichtsdestoweniger eine Verringerung der Sicherheit." Dieser Gedanke verfolgt den Gesandten steigend, und er drückt ihn im Frühjahr 1909 gegen Ende der Bosnischen Krisis noch einmal charakteristisch und richtig aus: „Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei; das hat er seit Beginn seines erfolgreichen diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er in der Absicht geführt hat, Deutschland zu isolieren, aber es kann niemandem entgehen, daß der Weltfrieden niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England ihn zu festigen trachtet."

Ende März 1909 setzt Greindl auseinander: die Verfassung der Gemüter in England erinnere an die in Frankreich während der Jahre 1866 bis 1870, damals habe man sich berechtigt geglaubt, die Herstellung der deutschen Einheit zu hindern. „Ebenso betrachtet man heute in London die Weigerung (Deutschlands), sich vertraglich zu verpflichten, von der Gnade Englands abhängig zu bleiben, als einen unfreundlichen Akt und eine Bedrohung des Friedens."

Dieser Satz bezog sich auf Erörterungen im englischen Parlament, welche dem Deutschen Reiche wieder nahelegten, seine Rüstungen zur See einzuschränken. Hätten damals Deutsche so geschrieben wie Baron Greindl, so würde man nicht nur in London, sondern auch in Berlin gesagt haben, das seien unverantwortliche und den Frieden störende Hetzer.

Die vorstehenden Zitate aus den Gesandtenberichten sind gerade an

dieser Stelle angeführt worden, um zu zeigen, wie zur Zeit, als Herr v. Bethmann Hollweg und Herr v. Kiderlen-Waechter ihre Ämter antraten, das Urteil eines unparteiischen Staatsmannes über die deutsch-englischen Beziehungen und über das Wesen der großbritannischen Politik war. Der neue Reichskanzler und der Staatssekretär dachten anders. Sie werden wohl die deutsch-feindliche Richtung der Politik König Eduards verstanden haben, aber sie verstanden nicht, daß dieser König nur der Exponent des Willens des britischen Volkes war und in hohem Maße über die Gabe verfügt hatte, diesen Willen zu sehen, zu stärken und politisch zu realisieren. In den kurzen Jahren seiner Regierung hat König Eduard eine völlige politische Umwälzung Europas zustande gebracht. In den Augen der Welt stieg er von einer Stufe zur anderen, und tatsächlich von einem Erfolge zum anderen. Daran wäre gerade angesichts der Verhältnisse in Großbritannien nicht zu denken gewesen, wenn es sich um eine lediglich „persönliche Politik" gehandelt hätte.

Die neuen Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches sahen das nicht, erkannten jedenfalls nicht die hohe Bedeutung dieser Tatsache, glaubten wohl auch, daß für die mangelhaften Beziehungen persönliche Mißstimmung zwischen den Monarchen in hohem Maße mitwirkend gewesen sei. Nur so ist zu verstehen, daß nach dem Tode König Eduards ein großes Aufatmen an der politischen Zentralstelle des Deutschen Reiches stattfand und man glaubte, nun beginne eine neue Ära des deutsch-englischen Verhältnisses.

Herr v. Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter kamen mit dem anerkennenswerten, nicht neuen Programm in ihre Ämter, einen Zustand politischer Ruhe und erhöhter Friedenssicherheit in Europa zu schaffen. Als Hauptziel betrachteten sie die Schaffung eines vertrauensvollen Verhältnisses zu Großbritannien. Auch die Beziehungen zu den beiden benachbarten Festlandmächten wollte man auf neue Grundlagen stellen. Kiderlen-Waechter erblickte für Rußland die Aussicht hierzu in Einverständnissen über Orientfragen. Was Frankreich anlangte, war er entschlossen, die erste Gelegenheit zu benutzen, um die Marokkofrage endlich und vollständig zu liquidieren. Auf die deutsch-italienische Bündnispolitik sollte mehr Wert gelegt werden, und das Türkische Reich beschloß man nach Kräften zu stärken und zu stützen, was gleich im Sommer 1910 durch den Verkauf zweier älterer Schlachtschiffe an die Konstantinopeler Regierung seinen Anfang nahm. Kurz, es mangelte nicht an Plänen und Programmen und ebenso wenig mangelte es dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an Tatkraft.

Dem deutschen Seemachtsprobleme standen die beiden Staatsmänner ablehnend und in voller Einigkeit gegenüber. Für sie war eine starke

deutsche Seemacht und besonders auch deren Förderung lediglich ein Moment der Friedensgefährdung. Herr v. Kiderlen-Waechter setzte das dem Verfasser dieser Schrift wiederholt auseinander: die deutsche Armee erhalte den Frieden, die deutsche Flotte gefährde ihn, und diese entgegengesetzten Wirkungen beider wüchsen im Maße der Vermehrung dieser beiden Kategorien der militärischen Gesamtmacht. Der Kanzler und der Staatssekretär traten damit unmittelbar in prinzipiellen und praktischen Gegensatz zur Seemachtspolitik des Deutschen Kaisers, wie sie der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Großadmiral v. Tirpitz, seit dem Jahre 1897 zu verwirklichen bemüht war. Das Wesen der Seemacht war den beiden Staatsmännern fern und fremd, und sie ließen sich auch nicht angelegen sein, einen Einblick zu gewinnen. Es war eine der charakteristischen Eigenschaften Herrn v. Kiderlen-Waechters, daß er nicht geneigt war, neu zu lernen und sich in einen ihm früher fremden Stoff hinein zu vertiefen. Er bestand, wie auch sonst mit einem eisernen Eigensinn auf seinen Ansichten und Auffassungen, auch auf denen, welche in keiner Weise durch Erfahrungen oder Kenntnisse bei ihm fundiert waren. Kanzler und Staatssekretär schlugen das Element der britischen Handelseifersucht gering an und schoben alles Unerfreuliche in den Beziehungen zu Großbritannien auf die deutsche Flottenpolitik. Sie hielten diese für um so unnützer, weil sie überzeugt waren, daß der Bau der deutschen Flotte das Machtverhältnis zur See nicht bessern könnte, sondern daß dieses immer das gleiche bliebe. Das Ziel könne deshalb nie erreicht werden, man gebe Geld aus und gefährde den Weltfrieden durch Schaffung einer immer schlechteren Stimmung in Großbritannien.

Fürst Bülow hatte sich, wie gezeigt worden ist, hinsichtlich der Seemachtspolitik in Übereinstimmung mit dem Kaiser und dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts befunden. Der Kanzler hatte begriffen, daß das Ziel wert war, erstrebt zu werden, und daß hier die einzige Möglichkeit für eine unabhängige, dabei den Krieg vermeidende Zukunft des Deutschen Reiches lag. Es mögen gelegentlich Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Leiter des Reichs-Marine-Amts vorhanden gewesen sein. Das ist um so wahrscheinlicher, als die fortschreitende Einkreisung des Deutschen Reiches, welche zu hindern Bülow sich außerstande zeigte, der deutschen Marine im Hinblick auf einen Krieg steigend ungünstigere Ausblicke eröffnete. Immer mehr seemächtige Staaten schlossen sich Großbritannien an, und dementsprechend sah sich die britische Admiralität in der Lage, in immer vollständigerem Umfange ihre gesamten Kampfflotten in den heimischen Gewässern mit der Front gegen Deutschland zusammen zu ziehen. Hierdurch wurde die für den ursprünglichen deutschen Flottenplan maßgebend gewesene allgemeine Machtlage im

Laufe der Jahre eine ganz andere und die Anforderungen an ihn entsprechend größer. Auch über Einzelfragen mag gelegentlich Meinungsverschiedenheit obgewaltet haben, aber in dem Hauptpunkte war man sich einig.

Vom Amtsantritt des neuen Kanzlers und des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes an änderte sich dieser Zustand, und es griff ein immer schroffer werdender Gegensatz Platz zwischen den beiden neuen Staatsmännern und dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts unter dem Gesichtspunkte der von beiden vertretenen Politik. Das war von vornherein ein beklagenswerter und notwendigerweise schädlicher Vorgang. Man hat es später bisweilen so hingestellt, als ob dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes vorzuwerfen sei, daß er eine dem Kanzler entgegengesetzte Politik getrieben oder diejenige des Kanzlers bekämpft und ihr Widerstand geleistet habe. In Wirklichkeit lagen die Dinge anders, beinahe umgekehrt. Zwölf Jahre lang war der Kurs gesteuert worden, welcher dienen sollte, um dem Deutschen Reiche eine seinen weltwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende, aus dem Gedanken des Schutzes und der Verteidigung erwachsende Seemacht zu schaffen. Ungeachtet der Fehler, die in der Ausführung gemacht wurden, war dieser Kurs eingehalten worden, man hatte alles auf ihn eingestellt. Nach schweren Kämpfen und ausdauernder Aufklärungsarbeit waren die früheren Widerstände des Reichstages und in der Bevölkerung überwunden worden.

Die politische Lage zeigte von Jahr zu Jahr mehr die Notwendigkeit, die Grundlage der Seerüstung weiter zu stärken und ihr Tempo zu beschleunigen, die aufgewandten Mittel nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig zu erhöhen; während der ersten zehn Jahre hatte an Mitteln mehr gespart werden müssen, als sachdienlich gewesen war. Der zunehmende Wohlstand in Deutschland legte eine solche Entwicklung um so näher. Das Gegenteil trat von dem Augenblicke an ein, als Bethmann Hollweg Reichskanzler geworden war. Alle Widerstände, welche bisher nicht in der Lage gewesen waren, sich geltend zu machen, sammelten sich nunmehr um den neuen Kanzler und den Staatssekretär, die man und mit Recht als Gegner des vom Kaiser seiner Zeit gewiesenen Seemachtskurses ansah. Im selben Augenblicke begann der Kampf gegen den Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts als Träger der kaiserlichen Politik. Man wählte dabei auch das Mittel, den Admiral v. Tirpitz als wirkende Hauptursache für die wenig guten und so gefährdeten Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien hinzustellen. Der Kanzler und der Staatssekretär und weite politische Kreise, welche einer wie der andere das Wesen der englischen Feindschaft und ihre wahren Ursachen verkannten, waren sich auch hierin einig. In Großbritannien

war man sich schnell des Umschwunges in Deutschland bewußt geworden und begann ungesäumt, die Gelegenheit auszunutzen. Im Parlament und in der Presse, auch ausdrücklich von seiten der britischen Regierung ging man vorwiegend in folgender Weise vor: die Stärke der deutschen Flotte in Gegenwart und absehbarer Zukunft wurde geflissentlich zu hoch angeschlagen, unter Benutzung wissentlich falscher Zahlen, die Stärke der englischen Flotte gab man zu niedrig an. Der öffentliche Schluß wurde gezogen, das Deutsche Reich sei im Begriffe, Großbritannien zu überflügeln, und damit seiner Angriffsabsicht überführt, denn Bedürfnis für eine so große Flotte sei in Deutschland nicht vorhanden. Großadmiral v. Tirpitz sei ein geschworener Feind Großbritanniens, er wolle den Krieg zu einer Deutschland passenden Stunde. Wenn Tirpitz verschwände, so würde der Frieden gesichert sein. Dazu wurde noch ein Mittel angewendet, von dem man sich besonders viel versprach: nämlich die Verdienste des Admirals v. Tirpitz um die deutsche Seemacht auf Kosten des Verdienstes des Kaisers und im Vergleiche zu ihm zu übertreiben. Man versprach sich davon Störung des Verhältnisses zwischen dem Großadmiral und dem Kaiser und als Wirkung Erschütterung der Stellung des ersten. Es ist anzunehmen, daß englischerseits auch alles geschehen sei, um dieses Ferment in Deutschland wirksam zu machen.

Für das Deutsche Reich handelte es sich nicht allein um den immer stärker werdenden Druck des Kanzlers und seiner Gehilfen auf den Marineetat, sondern um den Beginn des Abbaues eines Systems, dessen Früchte zu pflücken man nach langen schweren Jahren nunmehr bald in die Lage kommen würde, wenn gleichzeitig eine starke und unabhängige, dabei friedliche und klare Politik getrieben wurde. In Großbritannien hatte man an eine Änderung von dieser Größe und Tiefe vorher nicht gedacht, sondern sich seufzend daran gewöhnt, die deutsche Seemachtspolitik sich durchsetzen zu lassen. Der plötzliche Umschwung entfesselte alle britische Zuversicht, Tatkraft und List, und wes Geistes Kind der neue Kanzler war, insbesondere, daß er auswärtigen Fragen nach Erfahrung und Anlage ganz fernstand, konnte nicht verborgen bleiben. So las man schon bald in der britischen Presse, Bethmann Hollweg sei nicht wie Bülow, sondern vertrauenswürdig.

Der Gedanke einer starken deutschen Seemacht beruhte, und zwar notwendigerweise, auf ihrer Aufgabe, Sicherung und Schutz auch gegen Großbritannien im Frieden und Krieg zu bieten. Daß dieses schon im Jahre 1900 in der Begründung zum deutschen Flottengesetze ausgesprochen werden mußte, konnte man an sich vielleicht bedauern und als nachteilig empfinden, aber die Notwendigkeit lag vor, der große Gesichtspunkt, Zweck und Ziel mußten gezeigt werden. Ebenso wenig durfte man die

britische Eifersucht in ihren gehässigen Äußerungen verschweigen. Das war weder politisch möglich, noch auch angängig, wenn man in Deutschland die Notwendigkeit einer starken Flotte der deutschen Bevölkerung zu sachlicher Erkenntnis bringen wollte. Die englische Gefahr wäre nicht gebessert, geschweige denn beseitigt worden, wenn man still geblieben wäre und den Flottenplan nicht gefaßt oder aufgegeben hätte; im Gegenteil, sie wäre tödlich und in der einen oder der anderen Form unabwendbar geworden. Der neue Reichskanzler war anderer Ansicht und betrachtete es als Chauvinismus und friedensgefährdende Tätigkeit, wenn auf Äußerungen der britischen Stimmung in Deutschland aufmerksam gemacht wurde. Er war der Ansicht, daß allmählich von selbst die Spannung in der gegenseitigen Stimmung verschwinden, Vertrauen Platz greifen und im deutschen Volke die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte als nicht vorhanden anerkannt würde.

Im zweiten Abschnitte wurde im Rahmen der Balkanpolitik vom Potsdamer Abkommen des Jahres 1910 gesprochen. Hier kann das Folgende hinzugefügt werden. Die beiden deutschen Staatsmänner hielten die Bedeutung des Potsdamer Abkommens für ganz außerordentlich. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter stellte es in Privatgesprächen in Vergleich zu Bismarcks Rückversicherungsvertrag. In den Berliner politischen Kreisen herrschte eine gehobene Stimmung und dabei ein gewisses freudig erstauntes Gefühl: die Umgestaltung des politischen Gesichtes Europas habe man sich nicht so einfach gedacht. Wahrscheinlich ist diese Stimmung den Vertretern der anderen Mächte in Berlin nicht entgangen, und so machte sich gleich ihre Presse, hauptsächlich die französische, laut und heftig bemerkbar, teils mit starkem Pessimismus, als ob der französisch-russische Zweibund nichts mehr wert sei und der Dreiverband ebenso wenig. Teils aber erklärte man, so z. B. im „Temps", die Sache sei gar nicht so, wie der deutsche Kanzler sie hingestellt habe. Man habe in Berlin versucht, den neuen russischen Minister Ssasonow zu übertölpeln, mit ihm allgemeine Unterhaltungen gepflogen und dann öffentlich so getan, als ob es sich um ein Abkommen handele. In der Tat sei ein Abkommen nur über Persien und die Bagdadbahn geschlossen worden. Die Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage solle nur bluffen und womöglich die russische Politik festlegen. Das werde aber nicht gelingen. So wurde es auch, und man erfuhr in Berlin, die Vertreter der russischen Regierung hätten erklärt, als der deutsche Botschafter an sie herantrat, daß man nicht daran denke, jene Sätze des Kanzlers in das Abkommen aufzunehmen oder sonst schriftlich oder durch den Mund eines Ministers ausdrücklich festzulegen: „daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze

gegen den anderen Teil haben könnte." Das Wort des Ministers und des Zaren müsse genügen. Nach einigen Zeitungserörterungen herrschte allgemein die Erkenntnis, daß das Potsdamer Abkommen an den Mächtegruppen und ihrer Bedeutung nichts geändert habe.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes glaubte im Sommer 1911 die Gelegenheit gekommen, durch Beseitigung der marokkanischen Reibungsfläche mit Frankreich freie Bahn zu schaffen. Er war entschlossen, sogleich mit Eintritt einer solchen Gelegenheit die Liquidierung der Erbschaft von Algeciras in Angriff zu nehmen, wenn nötig, zu erzwingen. Wie wiederholt erwähnt wurde, war auch das Februarabkommen von 1909 das Werk des Staatssekretärs gewesen. Es hatte seinen Zweck nicht erreicht, denn die Franzosen begnügten sich nicht mit der politischen Entsagung Deutschlands in Marokko zu ihren Gunsten, sondern waren entschlossen, das Land ganz zu okkupieren, widersetzten sich auch schroff und zähe allen deutschen Versuchen für eine gemeinsame wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in Marokko. In Ermangelung eines brauchbaren Vorwandes für einen Eroberungszug beschränkte man sich zunächst auf das Verfahren, welches Kiderlen-Waechter die Taktik des Ölfleckes nannte, also eine möglichst unmerkliche und deshalb unaufhaltsame Ausbreitung der französischen Herrschaft in Marokko.

Im Frühjahr 1911 bot sich die Gelegenheit zum großen Schlage. Man hatte französischerseits Unruhen erregt und gab vor, daß die Lage der Europäer in der marokkanischen Hauptstadt Fes bedroht sei. Daraufhin ließ die französische Regierung eine Truppenmacht auf Fes zumarschieren und die Stadt nehmen. Das war eine Handlung und ein Vorgehen, welches sich weder durch die Akte von Algeciras decken ließ, noch nach dem Abkommen von 1909 zulässig war, noch auch als eine außerhalb dieser Akte und Abkommen stehende Handlung angesehen werden konnte. Als der Zug auf Fes begann, erwartete die französische Regierung deutsche Vorstellungen und eventuellen Einspruch. Ein solcher erfolgte nicht. Kiderlen-Waechter war der Auffassung und hat diese wiederholt geäußert, daß man die Franzosen gewähren lassen wolle, bis ihre Verletzung der Verträge ganz offenkundig und unmöglich mehr irgendwie zu beschönigen oder wegzureden sei. So wurde es auch, und im Blatte der deutschen Regierung erschien lediglich eine Bemerkung, daß Deutschland sich, wenn die Franzosen Fes genommen hätten, den bisherigen Marokkoverträgen gegenüber als frei betrachte. Als dann dieser Augenblick gekommen war, wurde das Kanonenboot „Panther", bald darauf ersetzt durch den Kreuzer „Berlin", nach Agadir gesandt. Das war der sogenannte Streich von Agadir. Was sollte er bezwecken und was erreichte er?

Sein Zweck war einzig und allein, die Liquidierung der Marokkofrage anzubahnen und die französische Regierung zu zwingen, zu „sprechen“. Der Staatssekretär war der Ansicht, daß diese flagrante Verletzung der Verträge eine und wohl die letzte Gelegenheit bedeutete, um die Marokkoangelegenheit vom Standpunkte des deutschen Interesses öffentlich zur Sprache zu bringen. Diese Anschauung war richtig. Als ebenso richtig muß man auch heute die Auffassung ansehen, daß es für das Deutsche Reich nicht möglich war, ohne Einspruch und Gegenwert zuzulassen, daß Frankreich ohne Rücksicht auf die Verträge Marokko okkupierte. Vom Standpunkte der deutschen Würde gesehen und ebenso von dem des deutschen Interesses, handelte es sich um einen viel schwereren Fall, als das französische Vorgehen in Marokko vor Algeciras, welches Bülow zum Anlaß der Kaiserfahrt nach Tanger genommen hatte. Kiderlen-Waechter dachte in allen Fragen ungemein nüchtern und war frei von jedem politischen Pathos. Aber hier war er von langer Hand her der Überzeugung, daß die Franzosen gezwungen werden müßten, sich in der Marokkofrage zu stellen, und daß das Deutsche Reich nicht mehr die Augen zudrücken könne.

Der leitende Gedanke war also an sich klar und einfach. Ein Hintergedanke war nicht vorhanden, besonders nicht eine Absicht irgendwelcher Art, in Marokko Fuß zu fassen. Der innere Streit in Deutschland jener Tage um die Marokkofrage ist längst verstummt, aber es besitzt gleichwohl eine entschiedene politische und geschichtliche Bedeutung, diese Feststellung für die Vorgeschichte des Krieges noch einmal zu bekräftigen. Dem Staatssekretär lagen derartige Pläne fern, und ebenso dem Reichskanzler. Beide waren damals schon freiwillig auf den Gedanken einer kolonialen deutschen Zukunft in Mittelafrika, womöglich mit Anwartschaft auf den belgischen Kongo, festgelegt. Beiden war klar, und hierin dürften sie auch mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes übereingestimmt haben, daß Großbritannien eine deutsche Festsetzung in Marokko niemals geduldet haben würde, auch imstande war, derartiges vermöge seiner Machtmittel von vornherein zu hindern. Der Staatssekretär hielt aber für zweckmäßig, besonders in nationalen und alldeutschen Kreisen, Unklarheit über seine Ziele walten zu lassen. Er gedachte dabei wohl sich eine drängende öffentliche Meinung zu schaffen, auf die er den Franzosen gegenüber in den Verhandlungen hinweisen könnte. Der Gedanke war richtig, die Ausführung verfehlt. Er erzählte selbst, daß er einem einflußreichen Alldeutschen in einer Unterredung gesagt habe, und zwar um ihn irre zu führen, aus Marokko würden wir nicht wieder herausgehen. „Der dumme Kerl hat es geglaubt,“ sagte Herr von Kiderlen, „wir waren ja aber gar nicht in Marokko drin, also konnten wir nicht herausgehen.“

Diese Einzelheit soll nur erwähnt sein, weil sie vom verstorbenen Staatssekretär dem Verfasser persönlich mitgeteilt wurde, und zwar in einer Weise, welche die Genugtuung Herrn v. Kiderlen-Waechters über diese Leistung seiner inneren Diplomatie zum Ausdruck brachte. Sie und entsprechende Äußerungen — der Kanzler sprach sich im Reichstage ganz ähnlich aus — haben in Deutschland außerordentlich zur Verwirrung der öffentlichen Meinung beigetragen und auch im Auslande die Auffassung bestärkt, daß die deutsche Regierung zunächst tatsächlich die Absicht gehabt habe, in Marokko Fuß zu fassen, und erst durch den entschlossenen englisch-französischen Widerstand davon abgebracht und zur Kompensationspolitik geführt worden sei. In den verschiedenen Vorgeschichten des Krieges, auch soweit sie von feindlichen und neutralen Seiten stammen, ist der „Streich von Agadir" als ein Akt deutscher Habgier und gewalttätiger Weltpolitik, gestützt auf deutsches Machtvertrauen, ausgelegt worden. Von alledem war nichts vorhanden.

Beide verkannten von vornherein den Charakter und Geisteszustand der französischen Nation. Sie hatten nicht begriffen, daß Frankreich es als selbstverständlich betrachtete, das Protektorat Marokkos ohne irgendwelche Gegenleistung zu erhalten. Das französische Selbstvertrauen und das Vertrauen auf die große antideutsche Koalition war in dem letzten halben Jahrzehnte gewaltig gewachsen, und das Ansehen Deutschlands bei den Franzosen hatte dementsprechend abgenommen.

Vor der Entsendung des Kanonenbootes äußerte sich der Staatssekretär auf eine Frage dahin, daß er überzeugt sei, Großbritannien werde auf Frankreichs Seite treten. Es mag dahingestellt sein, ob er trotzdem auf eine andere als die tatsächlich eintretende Haltung Großbritanniens gerechnet, oder ob er die Entschlossenheit des britischen Kabinetts, die Marokkoangelegenheit zur Kriegsfrage zu machen, unterschätzt hat, oder aber ob er glaubte, mit Frankreich so schnell zu einem Ergebnisse zu gelangen, daß Großbritannien nicht mehr Zeit zum Eingreifen haben werde. Oder schließlich, und das ist vielfach wohl mit Recht angenommen worden, der Staatssekretär hätte beabsichtigt, es auf die Kriegsfrage ankommen zu lassen, und wäre daran gehindert worden. Wie dem auch sei, so hat der Verlauf gezeigt, daß alle Berechnungen Bethmann Hollwegs und Kiderlen-Waechters in der Marokkoangelegenheit irrig waren und daß die auf sie gestützte Politik fehlschlug. Diese Politik wollte, alles in allem gesprochen, Raum für dauernde Entspannung und Ruhe in Europa schaffen, für Milderung des französisch-deutschen und des britisch-deutschen Gegensatzes. Sie schuf von allem das Gegenteil, erhöhte Spannung, Mißtrauen und Haß, in erster Linie aber nicht nur unmittelbare, sondern von da an chronisch werdende, steigende Kriegsgefahr in Europa.

Im feindlichen und neutralen Auslande, auch in Deutschland hat man immer wieder gefragt, was die deutsche Regierung dazu habe veranlassen können, das Kanonenboot in einen marokkanischen Hafen zu senden. Man habe doch wissen müssen, daß eine derartige Maßnahme das größte Aufsehen und Mißtrauen gegen die deutschen Absichten hervorrufen müsse. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat demgegenüber gesagt, man habe zu einem starken Mittel greifen müssen, um Frankreich zu Verhandlungen zu zwingen. Man wird diese Logik an und für sich anerkennen können, nicht aber die Wahl des Mittels. Gerade die Entsendung eines Kriegsschiffes mußte unmittelbar Großbritannien auf den Plan rufen und die öffentliche Meinung von vornherein auf die Seite der Regierung bringen. Die Entsendung des „Panther" war eine Sünde gegen die alte Wahrheit, daß man nichts drohen soll, was man nicht ausführen kann. Das geschah aber, indem man sich des maritimen Druckmittels bediente, ungeachtet der Ohnmacht dem seebeherrschenden Großbritannien gegenüber. In diesem Buche ist der Gesichtspunkt wiederholt hervorgehoben worden, daß im Stande der Einkreisung dem Deutschen Reiche jede auswärtige Regung der deutschen Politik und jede internationale Meinungsverschiedenheit gleich zur Kriegsfrage gemacht wurde. Das hat sich seit 1904 ausnahmslos gezeigt. Gezeigt hat sich ferner 1906, 1907 und 1908, daß die deutsche Politik in der Marokkofrage nachgeben mußte, weil sie es auf einen Krieg nicht ankommen lassen wollte, daß sie dagegen in der bosnischen Festlandfrage zusammen mit Österreich-Ungarn ihren Willen friedlich durchsetzen konnte, aber nur, weil damals Rußland nicht genügend gerüstet war.

Die damaligen Leiter der deutschen Politik haben 1911 im Grunde wohl geglaubt, es werde nicht zur Kriegsfrage kommen. Daß Kiderlen-Waechter persönlich zunächst entschlossen gewesen ist, die Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen, ist anzunehmen, jedenfalls hätte er sich dann im kritischen Augenblicke ohne Rückhalt gesehen und deshalb den Rückzug antreten müssen. Das ist aber eine andere Frage. Kanzler und Staatssekretär mußten nach allen vorhergegangenen Erfahrungen — darauf kommt es in diesem Zusammenhange an — damit rechnen, daß sie einem selbstbewußten, mit Großbritannien eng verbundenen Frankreich gegenüberstehen würden, daß nicht nur die jeweilige französische Regierung, sondern das ganze Volk der Auffassung war, man werde Marokko nicht wieder aus der Hand geben und nicht die deutschen Vertragsrechte früher oder später bei Seite schieben.

Im Reichstage wurde dem Staatssekretär nachher der Vorwurf gemacht, er habe mit der Entsendung des Kanonenbootes ein unverhältnismäßig starkes Mittel angewandt. Herr v. Kiderlen-Waechter hat das bestritten

und mit Recht. Nicht zu stark war das Mittel, aber es war nicht richtig an sich. Wenn von vornherein angenommen werden mußte, daß Frankreich und England zusammenstehen und Frankreich nicht gutwillig den Raub herausgeben oder für ihn zahlen werde, wenn man sich auf die Frage des Krieges oder Friedens einrichten mußte, so war es für die deutsche Politik gegeben, Frankreich ohne maritime Demonstration kategorisch vor die Marokkofrage zu stellen und zum Ausdruck zu bringen, daß man unter keinen Umständen von dem einmal eingenommenen, genau festzulegenden Standpunkte abgehen werde. Zur Bekräftigung dieses Entschlusses wären mannigfache Mittel zur Verfügung gewesen, wie Erklärung des Zustandes der Kriegsgefahr u. a. m. Der Unterschied von dem tatsächlich eingeschlagenen Verfahren lag in der Ausschaltung einer gerade maritimen Demonstration, welche neben den erwähnten Bedenken auch der großbritannischen Politik den Vorwand gab, es seien Landungen in Marokko beabsichtigt. Kurz, die gesamte Lage hätte nicht so verwirrt und gefälscht werden können, wie es besonders mit Beziehung auf die deutschen Absichten geschah.

Am 1. Juli hatte das deutsche Kanonenboot vor Agadir geankert. Drei Wochen später hielt der damalige großbritannische Schatzkanzler, Lloyd George, im Mansion House eine Rede und gab dabei die folgende, vorher in einem Ministerrate festgelegte Erklärung ab: „Englands mächtiger Einfluß hat sich manches Mal in der Vergangenheit als unschätzbar für die Sache menschlicher Freiheit erwiesen und kann es auch vielleicht in Zukunft sein. Es hat mehr als einmal in der Vergangenheit festländische Nationen, die manchmal nur zu geneigt sind, diesen Dienst zu vergessen, aus erdrückendem Unglück gerettet und sogar vor nationaler Vernichtung bewahrt. Ich glaube, daß nur Fragen von ernster nationaler Bedeutung eine Störung der internationalen Friedfertigkeit rechtfertigen könnten. Wenn uns aber eine Situation aufgezwungen würde, in welcher der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohltätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten von Heroismus und Erfolg erworben hat, und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen gar nicht mehr mitzählte, dann, ich betone es, würde ein Frieden um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land wie das unsrige nicht ertragen könnte."

Im Lichte der tatsächlichen Lage und der ebenfalls tatsächlichen deutschen Absichten war diese Rede sinnlos. Zu verstehen ist sie nur, wenn man berücksichtigt, daß Großbritannien die tatsächliche Lage und die tatsächlichen Absichten der deutschen Reichsleitung nicht zugrundelegen *wollte*. Sir E. Grey erklärte damals dem deutschen Botschafter in London,

er müsse annehmen, daß das Deutsche Reich an der Atlantischen Küste Marokkos Fuß fassen wolle. Damit seien britische Lebensinteressen verknüpft, und deshalb müsse Großbritannien jetzt eingreifen. Das sollte angeblich die Erklärung Lloyd Georges besagen.

In Wirklichkeit hat Grey an eine deutsche Absicht der Fußfassung an der marokkanischen Küste nicht geglaubt. Über die Verhältnisse in Agadir wird man in London ganz genau unterrichtet gewesen sein, daran ist kein Zweifel möglich. Außerdem wußten gerade die Engländer bei ihrem maritimen Verständnis ohne weiteres, daß, wenn man an einer Küste Fuß fassen oder landen will, und zwar inmitten einer nicht gerade freundschaftlichen politischen Atmosphäre, daß dann ein Kanonenboot oder ein kleiner Kreuzer denkbar ungeeignete Mittel bilden, schon weil sie kein Landungskorps stellen können.

Die Rede Lloyd Georges mit dem Leitmotiv, England könne sich nicht behandeln lassen, als ob es nicht mehr mitzähle, fordert zum Vergleiche mit dem Jahre 1905 heraus. Damals war Delcassé über die Vertragsrechte des Deutschen Reiches hinweggegangen, und zwar unter Führung Großbritanniens. Das Deutsche Reich hatte sich zunächst dagegen gewehrt, dann nachgegeben, war nach Algeciras gegangen und hatte einen Papiervertrag nach Hause getragen, von dem man schon damals wußte, daß er nichts wert war, sondern höchstens den Übergang Marokkos in französisches Protektorat um einige Jahre verzögern könne. Damals hatte man tatsächlich über das Deutsche Reich hinwegzugehen versucht, „als ob es in dem Rate der Völker nicht mehr mitzählte", und zwar in einer deutschen Interessenfrage, deren Legitimität völlig außer Zweifel stand. Großbritannien befand sich von Anfang bis zu Ende entschlossen auf der Seite des vertragsbrechenden und vertragsumgehenden Frankreich und fand richtig und wollte, daß das Deutsche Reich übergangen würde. 1911 lagen die Dinge umgekehrt. Das Deutsche Reich wandte sich direkt an Frankreich, weil der französische Vormarsch in das Herz Marokkos den Algecirasvertrag zerrissen hatte. Ein großbritannisches Interesse wurde dort nicht gefährdet, im Gegenteil plädierte Deutschland mit seinem Einspruche auch die britischen Marokkointeressen. Die britische Regierung konstruierte sich eine Gefährdung, erklärte sich übergangen und drohte mit Krieg. Sie simulierte Defensive, um den Anlaß zur Offensive zu ergreifen.

Nachdem der deutsche Botschafter in London an Sir E. Grey erklärt hatte, daß von einer Fußfassung und der Absicht einer solchen nicht die Rede sein könne, antwortete Grey, er könne danach nicht mehr annehmen, daß englische Interessen in den deutsch-französischen Verhandlungen berührt würden. Der erwünschte Eindruck des britischen Verhaltens war aber erzielt; lediglich Großbritanniens mächtiger Einspruch habe die

deutschen Ansprüche auf den Atlantischen Marokkohafen mit Hinterland zunichte gemacht. Der eigentliche Grund und Zweck aber war, auf die deutschen Kompensationsforderungen zu drücken.

In den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich um die Kompensation nahm Großbritannien bestimmenden Anteil, obwohl diese Verhandlungen nominell zwischen Berlin und Paris allein geführt wurden.

Kiderlen-Waechter stellte die doppelte Forderung: Sicherung des deutschen Handels und der wirtschaftlichen Stellung des Deutschen Reiches in Marokko durch einen spezialisierten Vertrag, außerdem eine koloniale Kompensation in Afrika als Preis für den Übergang des Protektorats über Marokko an Frankreich. Der Staatssekretär forderte das französische Kongogebiet von der Küste bis zum Sfangaflusse und betonte in seiner ersten diesbezüglichen Erklärung an den französischen Botschafter Cambon, hier gäbe es nichts abzuhandeln, sondern nur Annahme oder Ablehnung („à prendre ou à laisser").

Der französische Botschafter ließ sich nicht schrecken, und bald darauf las man in derbritischen Presse, daß die deutschen Kompensationsforderungen an Frankreich ganz unerfüllbar seien. Da erst kam die Rede von Lloyd George! Die Zeitfolge zeigt zum Überflusse, daß die britische Regierung in Wirklichkeit genau wußte, das Deutsche Reich denke nicht an marokkanische Fußfassung. Die Rede Lloyd Georges und die Haltung Greys bezweckten mithin ganz anderes, als sie vorgaben, nämlich, einen entscheidenden Druck auf die deutschen Kompensationsforderungen auszuüben. Das gelang. Kiderlen-Waechter ließ von seiner Forderung ab, und es kam schließlich zu der bekannten Kompensation, welche einen Zukunftswert darstellte, aber nur einen sehr kleinen Teil der deutschen Anfangsforderung bildete.

Diese Zusammenhänge beweisen, daß es der britischen Politik nicht auf den nominalen Gegenstand Marokko und auch nicht auf den kolonialen Ausgleichwert ankam, sondern darauf, daß Frankreich sich nicht veranlaßt sähe, mit dem Deutschen Reiche sachlich und allein zu verhandeln und gerechten deutschen Forderungen Folge zu geben. London wollte kein in Wahrheit deutsch-französisches Abkommen. Dieses Moment tritt um so schärfer hervor, als Frankreich nicht den kürzeren gezogen haben würde, selbst wenn es die erste deutsche Kongoforderung angenommen hätte. Die britische Regierung war aber umgekehrt entschlossen, durch ihren Druck und ihre Dazwischenkunft den ganzen deutsch-französischen Handel zu einem offensichtlichen, nicht nur materiellen, sondern auch diplomatischen und politischen Erfolge Frankreichs zu machen. Der Zweck wurde erreicht. Die britische Kriegsdrohung war auch dieses Mal das

probat sich erweisende Mittel. Sobald man in Berlin erkannte, daß die großbritannische Politik unter Umständen zum äußersten entschlossen war, verschwand die eigene Entschlossenheit, Kiderlen-Waechter durfte nicht mehr sagen: „Annehmen oder ablehnen!", sondern ließ mit sich handeln und handelte monatelang mit dem ihm an Geschicklichkeit überlegenen Cambon, der seine eigene und die britische Regierung entschlossen hinter sich wußte.

Wieder warf man in Deutschland das Schlagwort in die Öffentlichkeit, ob man denn Krieg „um Marokko" führen wolle, und wieder mußte diese Frage als selbstverständlich verneint werden. Dahinter gleich stand die andere Frage, wie es denn möglich gewesen sei, daß die deutsche Regierung trotz ihrer unbedingten Friedfertigkeit, trotz ihrer ausgesprochen auf Verständigung mit England zielenden Politik und trotz aller bisherigen Marokkoerfahrungen in der geschilderten Weise vorzugehen für zweckmäßig gehalten habe.

Erwägt man heute dasselbe, so ist eine schlüssige Antwort schwer zu geben. Eine Reihe von Rechenfehlern wurde bereits angedeutet, und es kommt wenig darauf an, ob sich noch einige mehr herausfinden ließen. Der Kernpunkt war der alte, daß man es unter keinen Umständen auf das Kriegsrisiko wirklich ankommen lassen *wollte*, dabei aber die Marokkofrage mit einem Aufwand und mit Mitteln in Scene setzte, daß das Kriegsrisiko sich unmittelbar aufwerfen *mußte*.

Militärisch betrachtet war es begreiflich, wenn die deutsche Regierung den Krieg vermeiden wollte. Die Lage war nicht so günstig wie im Jahre 1905, wenn sie schon zu Lande nicht ungünstig war. Die Flotte befand sich noch in sehr unfertigem Zustande, außerdem waren die Küstenbefestigungen der Nordsee, auch die der Insel Helgoland nicht fertig, das Verhältnis der deutschen zur britischen Seemacht war sehr ungünstig. Sind aber diese Verhältnisse damals entscheidend ins Gewicht gefallen, so erhebt sich wieder die Frage, warum man es dann so weit kommen ließ. Woran man sich immer wieder erinnern muß: der Zweck der ganzen deutschen Aktion war die Liquidierung der Marokkofrage ein für allemal und die Beseitigung der Reibungsflächen zwischen Deutschland und Frankreich und mittelbar auch zwischen Deutschland und England. Keines dieser Ziele wurde erreicht, im Gegenteil war seit langen Jahren noch nie der haßerfüllte selbstbewußte Nationalismus der Franzosen so flammend hervorgetreten wie während der Krisis von 1911 und nachher. Das gleiche war in England der Fall.

Großen Eindruck in der Öffentlichkeit machten kurz darauf Ende 1911 die Enthüllungen eines konservativen britischen Parlamentariers, des captain Faber. Dieser verbreitete sich in einer öffentlichen Rede

über die britischen Kriegsvorbereitungen während der Sommerkrisis und erklärte, man habe die deutsche Flotte überfallen wollen, und es sei nur deshalb nicht dazu gekommen, weil die Flotte momentan nicht bereit gewesen sei, auch habe sie wegen der großen Kohlenstreiks nicht die nötigen Vorräte gehabt. Die deutsche Flotte sei ihrem Aufenthaltsort nach während der Krisis unbekannt gewesen, die britische aber in drei Gruppen aufgelöst, und so sei man eine Zeitlang in Besorgnis gewesen, daß die deutsche Flotte Teile der britischen überfiele und einzeln vernichtete. Diese Darstellung wurde von anderen Seiten als unrichtig bezeichnet, und es entspann sich ein längere Zeit dauernder Meinungsstreit in der britischen Presse. Auf Einzelheiten kommt für den Zweck dieser Betrachtung nichts an, dagegen läßt sich an wesentlichen Punkten das Folgende feststellen:

Die militärischen Vorbereitungen Großbritanniens sind nicht nur vom captain Faber bezeichnet worden, sondern ergeben sich auch aus einer großen Anzahl damaliger Mitteilungen und nachheriger in der englischen Presse. Danach lassen sich drei Zeitpunkte während der Marokkokrisis erkennen, in denen politische Spannung und Höchstmaß der britischen Vorbereitung und Bereitschaft zusammenfielen.

Die Lage und ihre Beurteilung erhält ihr eigentliches Gepräge, wenn man im Auge behält, daß die deutsche Absicht nicht auf Spannung, sondern auf Verständigung und Beseitigung der Reibungsflächen hinauslief.

Die „Times" schrieb in einer rückschauenden Betrachtung auf die Marokkokrisis Ende November: „Unmittelbar auf das Bekanntwerden der deutschen Forderungen in Afrika, wie sie im Laufe der Verhandlungen in Berlin erhoben worden waren, folgte die Rede Lloyd Georges am 21. Juli, welche die Haltung der britischen Regierung kundgab. Dann wurde die Tatsache offenbar, daß eine europäische Krisis vorlag." Jene Krisis löste sich bis zu einem gewissen Grade, nachdem am 24. Juli der deutsche Botschafter Grey die Mitteilung ausrichtete, daß derartige Reden den Frieden nur bedrohen könnten, und zugleich wahrscheinlich die Ermäßigung der deutschen Kompensationsforderungen in Afrika übermittelte. In jenen Tagen fand sich die britische Flotte auf die Kanalhäfen und die Nordspitze Shetlands verteilt, also in Bereitschaftsstellungen vor der flandrischen Küste und am nördlichen Ausgange der Nordsee. Die deutsche Hochseeflotte ihrerseits dampfte friedlich in Erledigung ihrer programmäßigen Sommerreise nach Norwegen. Die englische Flotte hatte alle ihre Reserveformationen auf aktiven Stand ergänzt, die der deutschen Flotte lagen in den Häfen.

Kriegsmäßige Bewegungen oder Scheinmaßnahmen konnten die Ursache nicht bilden, daß die deutsche Flotte ihre Übungen

wie im tiefsten Frieden fortsetzte, außerdem, was man nachträglich beinahe als unvorsichtig bezeichnen muß, die eigenen Gewässer verließ und sich durch Aufenthalt an der norwegischen Küste unter Umständen einem Abgeschnittenwerden ausgesetzt hätte. Die britischen Maßnahmen lassen sich also nur durch Angriffsabsicht erklären.

Am 18. August 1911 trat eine Pause von 14 Tagen in den Berliner Marokkoverhandlungen ein, und vielfach wurde ein definitives Scheitern befürchtet. Sofort einigte sich die britische Regierung mit den seit Wochen streikenden Kohlenarbeitern, in der Besorgnis, daß sonst die Kohlenversorgung der Flotte gefährdet werden könne. Annähernd die gesamte Kampfflotte, ausschließlich einer Division der stärksten Schiffe und zweier Kreuzergeschwader, welche sich an der schottischen Küste in der Bucht von Cromarty befand, war im Kanal vereinigt worden. Die britische Presse erzählte nachher, diese starke Ansammlung habe dem Schutze der Truppentransporte nach dem Festlande dienen sollen. In der Fachpresse entspann sich dann noch ein Meinungsstreit darüber, ob es wahr sei, daß die Admiralität die Verantwortung für dieses Unternehmen, jedenfalls für seine sofortige Ausführung, in der Befürchtung von Störungen durch die deutsche Flotte abgelehnt habe. Die Zeitungen erzählten, daß eine der Torpedobootsflottillen, welche ebenfalls in der Cromartybucht lag, den Sonderauftrag gehabt habe, sich mit der aus Norwegen zurückkehrenden deutschen Flotte selbst ungesehen in Fühlung zu setzen und ihr zu folgen; — mitten im Frieden!

Während der zweiten Septemberhälfte entstand wiederum eine krisenhafte Spannung, weil die Berliner Verhandlungen der britischen Regierung nicht schnell genug gingen.

Damals war die deutsche Flotte auf die Elbmündung und auf die westliche Ostsee verteilt. Die Herbstmanöver waren zu Ende, die Reservisten entlassen, und die Reserveverbände waren aufgelöst, also ein Zustand, der den Tiefpunkt der Bereitschaft während des ganzen Übungsjahres bezeichnete. Die britische Flotte befand sich nach übereinstimmenden Zeitungsnachrichten in vollständig gefechtsbereitem Stande. Die Küsten wurden überwacht und fortgesetzt nach deutschen Torpedobooten abgesucht. Die Schiffe der Flotten hatten ihre Torpedoschutznetze ausgebracht, Beurlaubungen wurden aufgehoben, und dem Friedensbrauche entgegen wurden große Kohlenmengen über Land nach der Ostküste gebracht. An der Westseite Schottlands in der Clydebucht lag bis zur Krisis eine Anzahl von Schiffen und Verbänden, und für die nächsten Tage waren Bootswettfahrten vorgesehen. Diese Schiffe erhielten ganz plötzlich am 21. September den Befehl, nach dem Kanal zu dampfen und kamen dort in gefechtsbereitem Zustande an. Nun waren die gesamten Streit-

kräfte so verteilt, daß sie in jedem Augenblicke die Nordseeausgänge sperren konnten.

Noch charakteristischer für diese letzte Spannung waren die Befehle, welche die Streitkräfte auf außerheimischen Stationen erhielten. Auf der ostasiatischen Station sollten die Streitkräfte gerade, und zwar einzeln, sechswöchige Übungsreisen antreten. Drahtlose Befehle um den 22. September vereinigten alle Schiffe auf der Reede des englischen Stützpunktes von Wei-hai-wei, dort wurden sofort Kohlen und Vorräte eingenommen. Ein Panzerkreuzer, der von Hongkong nach Aden gehen sollte, wurde telegraphisch dort zurückgehalten.

Auf der australischen Station erhielten ebenfalls die Schiffe den Befehl, sich zu vereinigen und alle ihre Übungen abzubrechen.

Die britischen Blätter, welche diese interessanten Nachrichten brachten, sagten, daß die Lage äußerst ernst gewesen sein müsse, wenn sie derartige Maßnahmen der Admiralität zeitigte.

Die rückblickende Frage, ob irgendeine deutsche Maßnahme politischer oder militärischer Art jene britischen Schritte verursacht oder indirekt gerechtfertigt habe, kann nur unbedingt verneint werden. Es ist zum Kriege nicht gekommen. Verschiedene Gründe dafür sind britischerseits angegeben worden: die Mobilmachung habe nicht so funktioniert, wie nötig gewesen sei; die erwähnten Meinungsverschiedenheiten wegen der Expeditionsarmee wären ein Hindernis gewesen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß hierin die Ursachen zu suchen waren, sondern man kann mit einem sehr hohen Grade von Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Großbritannien zum Angriff bereit war für den Fall, daß man in Berlin nicht weit genug und nicht schnell genug die Forderungen an Frankreich ermäßigte. Der französischen Regierung wurde gerade in den kritischen Augenblicken durch die britischen Flottendispositionen der Rücken gestärkt.

Die britische Presse aber erklärte damals und noch lange nachher, man habe sich eines deutschen Angriffes versehen müssen und sei dieser Möglichkeit gegenüber Vorsichtsmaßregeln zu treffen verpflichtet gewesen. Die englischen Minister stellten nachher natürlich jede Angriffsabsicht in Abrede.

Der verstorbene Feldmarschall Lord Roberts schrieb über diese Periode zwei Jahre später: „Ich glaube nicht, daß die Nation schon weiß, wie nahe man dem Kriege im August 1911 war. Unsere Flotte ist nicht mit Leuten bemannt, die für Panik empfänglich sind, aber viele Herbstnächte hindurch lag unsere Heimatflotte in der Bucht von Cromarty mit ausgebrachten Torpedonetzen. Unsere Expeditionsarmee wurde in gleicher unmittelbarer Bereitschaft gehalten, um sich nach Flandern einzuschiffen und dort das Gleichgewicht der Macht in Europa an ihrem Teile aufrecht zu halten."

Der alte Feldmarschall war, als er das schrieb, zu ehrlich, um von einer Rettung bedrohter belgischer Neutralität zu sprechen. Er hielt für selbstverständlich, daß man die Expeditionsarmee nach Flandern schickte, um das „Gleichgewicht der Macht" in Europa zu wahren. Die Äußerung des britischen Marineattachés in Brüssel an den belgischen Generalstabschef vom Jahre 1912 entspricht der gleichen Auffassung: die Briten wären, auch ohne Belgien zu fragen, auf jeden Fall in Flandern gelandet.

Die britische Hauptflotte sollte mit voller strategischer Freiheit in der Nordsee operieren, womöglich die deutsche Flotte vernichten und zur Blockade der deutschen Küste vorgehen.

Alles in allem ist an der Tatsache der britischen Kriegsvorbereitung damals nicht zu zweifeln. Diese Vorbereitungen dienten nicht der Verteidigung, sondern dem Angriffe, sie bezogen sich in Wirklichkeit nicht auf britische Interessen an der atlantischen Marokkoküste und ebensowenig auf die angebliche Übergehung und Nichtbeachtung der britischen Regierung. Sie galten, wie Lord Roberts sagte, lediglich der Aufrechterhaltung des „Gleichgewichtes der Macht" auf dem europäischen Festlande, mit anderen Worten bedeuteten sie sofortigen Eintritt in den Krieg gegen das Deutsche Reich, sobald dieses sich beikommen ließe, seine Ansprüche an Frankreich ohne Wimpernzucken durchzusetzen. Man darf annehmen, daß die deutsche Regierung über die damaligen Vorbereitungen Großbritanniens genauer unterrichtet gewesen ist als die Öffentlichkeit. Mithin hätten die britischen Vorbereitungen im Marokkosommer für die Bethmannsche Politik außerordentlich lehrreich sein können und müssen.

Der belgische Gesandte in Paris bekannte sich im Juli 1911 zur Auffassung, daß weder Frankreich noch Deutschland den Krieg wolle, und sagt:

„Im allgemeinen habe ich ein geringeres Zutrauen zu den friedlichen Absichten Großbritanniens, das nicht ungern sieht, wenn die anderen sich gegenseitig verschlingen. Aber in diesem Falle würde es für England schwierig sein, ich möchte beinahe sagen, unmöglich, nicht mit den Waffen einzugreifen.... Wie ich es vom ersten Tage an annahm, liegt der Schwerpunkt der Situation in London. Nur dort kann sie ernst werden. Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu erhalten. Nicht so die Engländer, die sich über gewisse Grundsätze und Forderungen nicht vergleichen werden."

Das war richtig gesehen, wenn man auch den Eindruck hat, daß der Gesandte in der Suggestion der Pariser Atmosphäre stand, so z. B. wenn er meint, es sei für England beinahe unmöglich, nicht mit den Waffen einzugreifen. Von Anfang, also vom 1. Juli 1911 an, unterrichtete die französische Regierung die britische über jede Einzelheit der Verhandlungen mit Deutschland, erhielt von ihr Weisungen und bediente sich des Hilfs-

mittels, in der französischen und in der großbritannischen Presse Stimmung zu machen, wie es ihr für die Verhandlungen paßte, in ausgiebigstem Maße. Dabei war zwischen Kiderlen-Waechter und dem Botschafter Cambon ausgemacht worden, daß strenge Diskretion über ihre Besprechungen zu beobachten sei. Man kann sagen, daß die französische Regierung allein keinen Augenblick mit Berlin verhandelt hat, und daß England nicht nur hinter der Kulisse stand, vielmehr die französische Diplomatie keinen Schritt tat, ohne in London anzufragen. Die Stellung des britischen Botschafters in Paris, Sir Fr. Bertie, war eine autoritative, und der langjährige französische Botschafter in London, ein sehr fähiger Mann, war ein Bruder des Botschafters in Berlin; beide arbeiteten in engstem Einvernehmen.

Der deutsche Staatssekretär und sein Kanzler hatten sich, unbelehrt durch die früheren Erfahrungen, schwer geirrt, als sie annahmen, es sei überhaupt daran zu denken, mit der französischen Regierung allein verhandeln zu können. Die Solidarität der beiden Mächte war eine absolute in allen Fragen, die das Verhältnis zu Deutschland angingen. Frankreich war seit 1904 nicht mehr in der Lage, eine eigene und unabhängige auswärtige Politik zu treiben, und wenn es eine solche dem Deutschen Reiche gegenüber gewollt hätte, so würde Großbritannien es gehindert haben. Die Möglichkeit dazu lag in jedem Augenblicke vor. An der Themse betrachtete man es als Lebensfrage, die Festlandstellung Frankreichs nicht kleiner werden und seine Abhängigkeit von Großbritannien nicht beeinträchtigen zu lassen, auch diplomatisch nicht. Kiderlen-Waechter sagte eine Halbwahrheit, wenn er meinte, Großbritannien werde in der Agadirkrisis zu Frankreich halten, um nicht als treulos zu gelten. Das bildete nicht den Hauptgrund. Die Dinge waren im Laufe der Jahre viel weiter gediehen und entwickelt worden. 1911 handelte es sich für die britischen Staatsmänner in jeder französischen Festlandsfrage direkt um die eigene Sache, nämlich um die britische Beherrschung des europäischen Festlandes. Das ist im Herbst 1914 drastisch in der „Daily Mail" zum Ausdruck gekommen als sie schrieb: „Calais — das ist eine englische Sache!"

Der Verfasser dieses Buches hat im Jahre 1911 im Gegensatze zu vielen seiner politischen Gesinnungsgenossen den Standpunkt vertreten, daß, verfahren wie die Dinge einmal waren, die Angelegenheit möglichst schnell aus der Welt geschafft werden müßte. Die Unvollständigkeit der deutschen Seerüstungen spielte dabei eine erhebliche Rolle. Einen Krieg in der damaligen Lage zu führen, wäre überdies in Deutschland selbst schwerlich verstanden worden, eben auch, weil man eben Marokko und nicht Frankreich in den Vordergrund gestellt hatte. Die Frage: Um Marokko? lag in der Luft. Die Hoffnung, welche man an den Vorgang

zu knüpfen sich berechtigt glaubte, war die, daß Klarheit über Großbritannien nun endlich eingetreten sein würde.

Die Hauptfrage, wer während jener Krisis den Krieg wollte, unterliegt nach allem keinerlei Unklarheit. Das Deutsche Reich wollte ihn nicht und hatte nicht im entferntesten die Absicht, auch unter Umständen gegen Frankreich Krieg zu führen, falls es z. B. scheinen sollte, als ob Großbritannien beabsichtige, beiseite zu stehen. Die Entschlossenheit Großbritanniens zum Kriege anderseits beruhte nicht auf britischen Lebensnotwendigkeiten oder auf solchen des verbündeten Frankreichs, auch nicht auf der Frage nationaler Ehre einer der beiden Mächte, sondern einzig und allein auf der Politik, das Deutsche Reich durch Drohung und Druck zu dauernder Passivität in seiner auswärtigen Politik zu veranlassen oder den Weltkrieg gegen dasselbe zu entfesseln.

Selten ist ein politischer Plan so gänzlich und so ungeschickt gescheitert, wie die Ausführung des Leitgedankens Herrn v. Bethmann Hollwegs und seines Staatssekretärs im Jahre 1911. Dabei kann man ganz von dem konkreten Ergebnisse des Märokkohandels selbst absehen. Dieses hätte an sich noch viel schlechter sein können, wenn es schon tatsächlich nicht gut war und wenn ebenso sicher die wirtschaftliche Sicherung des deutschen Handels in Marokko nur auf dem Papier stand. Die Größe des Mißerfolges lag im Scheitern der Verwirklichung des politischen Leitgedankens: reinen Tisch zu machen, um daran anschließend Verständigung mit Frankreich und Großbritannien anzubahnen und dem labilen Gleichgewichte des Weltfriedens Stabilität zu geben. Wäre dieses Ergebnis erreicht worden, so hätte man trotz der Nachgiebigkeit Kiderlens in der Kompensationspolitik mit dem Ergebnisse des Ganzen zufrieden sein und die Aktion für gelungen erklären können. Tatsächlich wurde das Gegenteil erreicht.

Im Deutschen Reiche freilich hatten das Ergebnis und der ganze Verlauf der Krisis auch eine vorteilhafte Folge. Als im Reichstage im Spätherbst 1911 die Marokkokrisis besprochen wurde, sagte der konservative Abgeordnete v. Heydebrand: „Wir wissen jetzt, wo unser Feind steht. Wie ein Blitz in der Nacht haben diese Vorgänge dem deutschen Volke gezeigt, wo sein Feind sitzt. Das deutsche Volk weiß jetzt, wenn es seinen Platz an der Sonne sucht, wenn es den Platz sucht, der ihm von der Bestimmung zugewiesen ist, wo der Staat ist, der darüber zu entscheiden glaubt."

Das war in der Tat der springende Punkt in der ganzen Marokkokrisis und mußte es für die Zukunft in der deutschen Politik und in der Volksauffassung sein. Ein klar blickender, wirklich führender Staatsmann hätte es als seine Hauptaufgabe angesehen, in diesem Sinne die Bevölkerung

aufzuklären, ohne Umschweife zu sagen, wie die Lage war, und die Konsequenzen nach jeder Richtung hin zu ziehen. Welcher Art diese zu sein hätten, deutete zu einem Teile der Abgeordnete v. Heydebrand bereits in seiner Rede an: „Wenn die Stunde der Entscheidung gekommen ist, so sind wir, das erkläre ich namens meiner sämtlichen politischen Freunde, nicht nur bereit, Opfer an Blut, sondern auch Opfer an Gut zu bringen ... Ich erkläre im Namen meiner sämtlichen Freunde, daß wir bereit sind, wenn es die Stunde erfordert und wenn es die Ehre und das Ansehen unseres Landes verlangt, nicht nur Worte zu machen, sondern Opfer zu bringen an Gut und Blut."

Es war der richtige politische Instinkt für die Erfordernisse der Lage, der aus diesen Worten sprach: Jede britische Drohung, jeden Versuch einer Vergewaltigung mit einer entschlossenen Vermehrung der Rüstungen zu beantworten. Der Kanzler hätte durch eine solche Antwort, die im rechten Augenblicke kommen mußte, das ganze deutsche Volk in der Hand gehabt und dem Auslande ein Bild der Einigkeit und Entschlossenheit geboten; es wäre nicht ohne imponierenden Eindruck im Auslande geblieben. Von wie großer Bedeutung das gerade politisch war, liegt auf der Hand, wird außerdem durch die von den belgischen Gesandten berichteten britischen Stimmungen während der Reichstagswahlen 1906/07 bestätigt. Rüstungsforderungen als Antwort auf englischen Druck und englische Drohung mußten auch dienen, um dem deutschen Volke zu zeigen, woran es noch fehlte. Der Sinn wäre gewesen: Großbritannien konnte uns das bieten, weil wir nicht genügend gerüstet sind, und: Großbritannien ist unser Feind und will durch Krieg oder Druck unsere friedliche Entwicklung hindern, also müssen wir rüsten und den Briten zeigen, daß wir ihre Absichten erkennen und entschlossen sind, ihnen vom deutschen Standpunkt aus Rechnung zu tragen.

Die Jahre der Bülowschen Amtsführung liefern den Beweis dafür, daß eine solche Politik eine Kriegsgefahr niemals hervorgerufen hat, sondern daß man, wie noch 1908 vor der geschlossenen, ohne Debatte erfolgten Bewilligung der Marineforderungen durch den Reichstag nur von erhöhter Achtung gegen das Deutsche Reich erfüllt war.

Es muß leider gesagt werden, daß in jenen Jahren vor dem Kriege die Erkenntnis der Lage im deutschen Volke eine sehr geringe war. Man erinnert sich, wie ein hervorragender, durchaus national gerichteter deutscher Parlamentarier mit Bitterkeit äußerte: während andere Mächte große Gebiete annektierten, sei für das deutsche Volk das Ergebnis immer nur eine neue Rüstungsvorlage. Die Tatsache bestand freilich, aber die Logik war falsch, aus ihr einen Tadel abzuleiten, denn es gab tatsächlich für das Deutsche Reich keine andere Möglichkeit als konsequent fort-

gesetzte Rüstung, um durch allmähliche Erhöhung seines Gewichtes sich so bei den andern Mächten Gleichberechtigung zu erzwingen, besonders auch, was überseeische und koloniale Ausdehnung anlangte.

Die Agadirkrisis vollends mußte die letzten Zweifel an der Tatsache beseitigen, daß das Deutsche Reich in Großbritannien einen Gegner besaß, der die Tiefe des britisch-deutschen Gegensatzes und ihren eigentlichen Grund voll erfaßt hatte, welchem gelegentliche Verstimmungen und Streitfragen nur Vorwand und taktisches Mittel bedeuteten. Die gegebene Parole für das Deutsche Reich war besonders nach Agadir: eine Politik der Zurückhaltung und dabei: mit aller Kraft zu rüsten. Krieg lag, auch wenn man von allen sittlichen und allgemeinen Erwägungen absehen wollte, nicht im deutschen Interesse.

Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, schrieb im Dezember 1911: „zwischen den Völkern besteht ebensowenig Einvernehmen wie zwischen den Regierungen. Die Engländer fahren fort, die Ausdehnung Deutschlands mit scheelen Augen zu betrachten. Der Deutsche war noch vor sechs Monaten keineswegs englandfeindlich. Jetzt ist er es geworden. Die Beziehungen sind also noch nicht wieder auf dem Punkte kühler Korrektheit angelangt, auf dem sie vor der Krisis waren. Sie haben sich verschlimmert und, wie ich fürchte, auf lange Zeit."

Auch dieses unparteiische Urteil zeigt, wie die auf Aufklärung und Verständigung gerichtete Politik Bethmann Hollwegs und Kiderlen-Waechters gescheitert und wie das Gegenteil des angestrebten Ergebnisses eingetreten war. Nur eines war nicht in vollem Umfange richtig: „der Deutsche" war auch damals noch nicht „englandfeindlich" geworden. Es gab allerdings Englandfeinde im Sinne des Begriffes in Deutschland, aber sehr wenige. Viel größer war die Menge derer, welche Großbritanniens Politik mißtrauten, sie für eminent deutschfeindlich hielten und in erster Linie auf Beschleunigung der deutschen Seerüstung drängten, auch die Politik des Deutschen Reiches zu wirksamer Festigkeit aufforderten. Diese Richtung und ihre Presse wurden damals von den Vertretern der Bethmann Hollwegschen Politik und von ihm selbst als Hetzer und Englandfeinde ausgerufen. Dabei waren auch sie für eine Verständigung mit Großbritannien, mißtrauten aber der britischen Politik und hielten den Grundsatz aufrecht, daß unter einer Verständigung die deutsche Rüstungstätigkeit und politische Unabhängigkeit nicht leiden dürfe.

Die dritte, die umfangreichste Kategorie der Bevölkerung in Deutschland glaubte nicht, daß Großbritannien sich bereit finden lassen würde, gegen Deutschland Krieg zu führen. Sie glaubte auch nicht an den Ernst der letzten Krisis von 1911. Dazu kam, und das war auch noch später der Fall, jene gedankenlose Sicherheit in den weitesten Kreisen des deutschen

Volkes: man habe nach dem Siege von 1870/71 nichts zu befürchten, und die anderen Mächte würden sich hüten, das Deutsche Reich anzugreifen.

Im zweiten Abschnitt ist geschildert worden, wie im Herbst des Jahres 1911 Italien seinen Angriff auf Tripolitanien vorbereitete. Für die europäische Lage und Anschauung bedeutete dieses Unternehmen eine weitere Minderung der deutschen Stellung und ein sichtbares Zeichen, daß der Dreibund einen schweren Schlag erhalten habe. Um die Jahreswende 1912 bereiteten die Ententemächte den Balkanbund vor, der Dreiverband arbeitete im Sinne des großen Planes programmäßig weiter. Das großbritannische Kriegsamt aber hielt den Augenblick für gegeben, durch seinen Militärattaché der belgischen Regierung die obengeschilderten Eröffnungen zu machen.

Der Gegensatz zwischen den deutschen Verständigungsträumen und der britischen Offensivpolitik konnte nicht krasser zum Ausdruck kommen.

In Großbritannien waren 1911/12 die Richtungen, welche einen Krieg nicht wollten, mit der Diplomatie des Kabinettes unzufrieden. Sie mißbilligten besonders die „Geheimdiplomatie" Sir E. Greys und seines Vorgängers Lansdowne, wie sie durch die Marokkokrisis ans Licht gekommen war. Die geheimen Artikel des französisch-britisch-spanischen Abkommens über Marokko hätten, so sagten diese britischen Politiker, die großbritannischen Staatsmänner in ihrer Politik gebunden, und diese Bindung habe schließlich an den Rand eines großen Krieges geführt. Derartiges dürfe nicht wieder vorkommen, und es sei ein Frevel und ein Verbrechen gegen das englische Volk, daß einige wenige Diplomaten es derart an den Abgrund hätten bringen können. In der großbritannischen Presse und sonstigen politischen Literatur wurde dieses Grundthema ausgiebig und mit Ernst behandelt. Im November 1911 stellten der Pazifist E. D. Morel und F. W. Hirst den Parlamentsmitgliedern einen offenen Brief über die auswärtige Politik 1904 bis 1911 zu, in dem es heißt: „unsere Haltung wurde ausschließlich bestimmt durch angebliche Interessen Frankreichs, die in striktem Widerspruche standen zum Interesse des britischen Handels und britischer Unternehmungen. Daraus folgt, daß Bündnisse, ja sogar Abkommen politischer Natur mit Kontinentalmächten, die uns zu Schritten nötigen können, welche im gegebenen Augenblick gegen unsere nationalen Interessen sind, vermieden werden sollten." — Morel führte in seinem gleichzeitigen Buche „Marokko in der Diplomatie" diesen Nachweis in unanfechtbarer Weise und ebenso den Nachweis über die jeder Loyalität ins Gesicht schlagende perfide Marokkopolitik Großbritanniens seit 1904. Morel sagte darin u. a.: „Sir Edward

Grey zeigte sich unfähig, den circulus vitiosus zu durchbrechen, in welchen die britische und die französische Politik sich durch die geheimen Manöver ihrer Diplomaten verstrickt hatten.“ —

Morel und sein Gesinnungsgenosse verkannten den Hauptpunkt, ebenso wie man es in Deutschland tat und vielfach bis heute noch tut. Sie glaubten, daß Grey sich aus Ungeschick und Schwäche durch die französische Diplomatie gebunden und gewissermaßen wider Willen französische Interessen im Gegensatz zu denen Großbritanniens unterstützt habe. In Wirklichkeit lag die Sache anders. Marokko und alles, was damit zusammenhängt, war für die britischen Staatsmänner Vorwand und Beiwerk, die Hauptsache war und blieb der zielbewußt gegen das Deutsche Reich gerichtete Kurs, auch auf die Gefahr eines Krieges hin.

Immerhin war die Stimmung jener britischen Kreise eine erhebliche Macht. Sie verlangten nicht allein die Beseitigung der „Geheimdiplomatie“, sondern auch den Rücktritt Greys, gleichfalls in Verbindung mit dem vorher erwähnten Tadel, der gegen sein Abkommen mit Rußland vom Jahre 1907 gerichtet wurde. Greys Stellung war zu fest, er bildete schon viel zu sehr den Kraftmittelpunkt und die Autorität des Kabinetts, als daß seine Entfernung überhaupt hätte in Betracht kommen können, es sei denn zugleich mit dem gesamten Kabinett. Anders stand es in Frankreich. Dort war der bisherige Ministerpräsident Caillaux der allgemeinen wütenden Empörung gewichen, weil er den deutschen Forderungen im Sommer und Herbst 1911 zu sehr entgegen gekommen sei. Der spätere Präsident der Republik, Poincaré, ersetzte ihn.

Grey und die anderen Kabinettsmitglieder blieben, ließen sich aber bereit finden, im Februar 1912 den Kriegsminister Haldane zwecks Verhandlungen nach Berlin zu senden.

Der letzte Ursprung dieser vielbesprochenen Mission ist dokumentarisch noch nicht bekannt. Der damalige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hat im August 1915 über den Ursprung jener Mission das Folgende gesagt:

„Auch damals war das englische Volk über die Gefahren der Politik seiner Regierung nicht genau orientiert gewesen. Denn als es nach Überwindung der Krisis erkannte, wie haarscharf es an dem Abgrunde eines Weltkrieges vorbeigegangen war, machte sich in weiten Kreisen der englischen Nation die Stimmung geltend, ein Verhältnis mit uns herstellen zu wollen, das kritische Verwicklungen ausschlösse. Man schien an dem einmaligen Ritt über den Bodensee genug gehabt zu haben! So entstand die Mission Haldanes im Frühjahr 1912.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sprach sich bei anderer Ge-

legenheit in folgender Form aus: „die Angriffe in den angesehensten englischen Blättern nahmen einen so ernsten Charakter an, daß das englische Kabinett sich genötigt sah, Entgegenkommen gegen Deutschland an den Tag zu legen. So entstand die Mission Lord Haldanes."

Der von Lord Haldane inspirierte Harold Begbie sagt in seinem Buche „Die Rechtfertigung Großbritanniens" das Folgende: „Er (der Deutsche Kaiser) sandte eine private Botschaft an einen unserer Minister, nicht Lord Haldane, durch einen persönlichen Freund in England, des Inhalts, er (der Kaiser) sei durch die Wolke beunruhigt, die sich über unseren Beziehungen zusammengeballt habe. Der Freund suggerierte, daß die beiden Kabinette zusammen beraten möchten. Die Initiative kam von Deutschland. Herr Ballin, der ein Mann des Friedens war und allen Grund hatte, es zu sein, spielte eine Rolle in der Übermittlung der Ansichten des Kaisers an jenen Minister, und es war jedenfalls bis zu einem gewissen Grade ein Werk seines Einflusses und seines augenscheinlichen Bemühens, den Krieg zu vermeiden, welcher, wie auch immer die Ergebnisse zu Lande sein mochten, unweigerlich Herrn Ballins Gedeihen als Reeder zerstören mußte, daß Sir Edward Grey wieder Hoffnung hegte gute Beziehungen mit Deutschland herzustellen."

Inwieweit diese Darstellung zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle ist aber, wenn sie der Wahrheit nahe kommen sollte, anzunehmen, daß der Reichskanzler dem Deutschen Kaiser einen derartigen Weg geraten hat, um die eigentlich vorhandene Initiative des Kanzlers zu verschleiern und es so hinzustellen, als ob Großbritannien die Initiative übernommen hätte. Das ist um so wahrscheinlicher, als Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Verkennung der unveränderlichen Grundzüge der großbritannischen Politik glaubte, er könne eine vorübergehende Stimmung eines Teiles der britischen Presse gegen Grey benutzen, um den Kurs Großbritanniens in eine andere Richtung zu lenken. Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter waren, wie sie andauernd später erklärt und betont haben, der Überzeugung, daß Rußland und Frankreich gegen das Deutsche Reich nur Krieg führen würden, wenn sie der britischen Hilfe, und zwar einer kriegerischen Hilfe, sicher seien. Diese Berechnung war ohne Zweifel richtig. Das Faktum lag klar zu Tage, und Herr v. Bethmann Hollweg hat später rhetorisch gefragt, was man denn anders unter solchen Umständen habe machen können. Es brauchte nur darauf geantwortet werden, daß eine Politik der Annäherung an England an und für sich sicher nicht schädlich, sondern nur nützlich sein konnte, aber unter zwei Bedingungen: daß sie nicht herabdrückend auf die Rüstungspolitik einwirkte, und vor allem, daß sie nicht auf dem Boden von Illusionen stände. Bethmann Hollweg war einer der Hauptvertreter der Theorie von „Mißverständnissen" zwischen

Großbritannien und Deutschland, nach deren Beseitigung die Wolken von selbst schwinden würden.

Diese beiden Voraussetzungen zugegeben, lag auf der Hand, daß Besprechungen mit großbritannischen Staatsmännern nicht schädlich, sondern nützlich sein würden. In Berlin erhoffte man sich Großes, nämlich das Zustandekommen eines deutsch-britischen Neutralitätsvertrages; ein Beweis, daß der damalige Reichskanzler die ganze Aktion inszeniert hatte, um zu diesem Ergebnisse zu gelangen.

Haldane hatte eine Zeit lang in Deutschland studiert, sich mit deutscher Literatur beschäftigt, Schopenhauers Werke übersetzt und verschiedentlich die Beschäftigung seiner Mußestunden deutschem Leben und deutscher Literatur gewidmet. Er genoß deshalb in Deutschland den Ruf eines „Deutschenfreundes" und die Beliebtheit, welche einem solchen Manne deutsche Eitelkeit und Anerkennungsbedürfnis häufig zu verschaffen pflegen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß kein großbritannisches Kabinett jemals einen politisch deutschfreundlichen Minister und gar um dieser Eigenschaft willen zu wichtigen Missionen nach Deutschland geschickt haben würde. Man bediente sich Haldanes, weil er die Deutschen für einen Engländer gut kannte, deutsch verstand und sprach und weil die Deutschen ihm das so hoch anrechneten.

Nach der Marokkokrisis von 1905/06 erhielt Haldane zum ersten Male eine „Mission" nach Deutschland. Wie sie zustande kam, schildert Begbie sehr hübsch und zweifellos richtig, da seiner eigenen Aussage nach die Korrekturbogen dieser Teile seines Buches Haldane vorgelegen haben. Er sagt, Haldane habe damals als Kriegsminister sich Tag und Nacht damit beschäftigt, die britische Armee aus Chaos und Schwäche zu retten. Er habe sich in Deutschland Belehrung auf militärischem Gebiete gewünscht und deshalb nach der Marokkokrisis verschiedene öffentliche Reden über Deutschland und die Deutschen in London gehalten. Das habe die deutsche Aufmerksamkeit erregt, und so sei dann schließlich seine Reise nach Berlin zustande gekommen.

Haldane erhielt seinem Wunsche gemäß die erstaunliche Erlaubnis, sich im deutschen Generalstabe und im Kriegsministerium über die ihn beschäftigenden militärischen Fragen eingehend zu informieren. „Das Ergebnis des Besuches Lord Haldanes leistete Großbritannien einen wahrhaften Dienst. In erster Linie gab er uns Gelegenheit, die britische Armee aus ihrem Stande des Chaos und der Schwäche zu retten, und er lieferte dem britischen Abgesandten verschiedene höchst wertvolle Gedanken zur Hebung des britischen Kriegsamtes."

Dieser Behauptung des englischen Autors kann nicht widersprochen werden. In der Tat hat Lord Haldane damals in Berlin sehr wertvolle

Informationen erhalten und sie benutzt, um die Mängel abzustellen, welche sich in der Krisis von 1905/06 gezeigt hatten. Mit anderen Worten: damals hatte man den Plan studiert, vielleicht auch zum Teil durchprobiert, eine Expeditionsarmee gegen das Deutsche Reich auf das europäische Festland zu schaffen. Unerfahren und unfähig, wie man auf diesem Gebiete in England war, beschloß man, sich aus Deutschland Rat zu holen, ein echt englischer Gedanke, der, wie oft eine ganz große Anmaßung, mit Erfolg gekrönt wurde. Haldane, ein überaus befähigter Mann, als Organisator wie als Diplomat, machte sich an die Reorganisation der britischen Expeditionsarmee und nicht nur ihrer selbst, sondern an die genaue Vorbereitung für schnelle Einschiffung und Ausschiffung, für die Bereitstellung der nötigen Schiffe in kürzester Zeit und, was besonders wichtig war, in größter Heimlichkeit. Man weiß, wie vollkommen gerade dieses im Herbst 1914 gelungen ist. Zugleich nahmen damals die Militärverhandlungen zwischen Frankreich, Belgien und dem Londoner Kriegsamte ihren Anfang.

Daß die deutsche Regierung damals kein Bedenken trug, Lord Haldane in dieser Weise Gelegenheit zu so wertvoller militärischer Informierung zu verschaffen, kann sich politisch nur zurückführen auf den Wunsch, Großbritannien überhaupt entgegenzukommen und, wie man sagt, guten Willen zu zeigen, in der üblichen Verkennung der eigentlichen Richtung der britischen Politik. Von seiten der militärischen Behörden ist es nur dadurch zu verstehen, daß der deutsche Generalstab die Tätigkeit und Wirkung auch einer wohlorganisierten britischen Expeditionsarmee gering angeschlagen hat. Man muß doch annehmen, die deutschen Militärbehörden seien genau darüber unterrichtet gewesen, daß Lord Haldane nicht nur allgemein organisatorische Belehrung in Berlin suchte, sondern eben eine solche für Schaffung einer leistungsfähigen Expeditionsarmee. Allem Anschein nach war man aber in Berlin der Auffassung, es handle sich um eine so geringe Truppenmacht, daß diese in einem großen Kriege nicht oder wenig in Betracht stehen könne und man deshalb in der Lage sei, den Wünschen der politischen Leitung des Deutschen Reiches für die Besserung der gegenseitigen Beziehungen ohne Schaden nachkommen zu können. Die Ereignisse haben später dieser Auffassung nicht recht gegeben. Lord Haldane hat damals seinem Lande tatsächlich einen wesentlichen Dienst geleistet und dem Deutschen Reiche das Gegenteil eines Dienstes.

Im Jahre 1908 war Haldane ein zweites Mal in Berlin. Über den Inhalt und Verlauf dieses Besuches ist Genaues nicht bekannt geworden. Es scheint sich dabei um die Rüstungsfrage zur See gehandelt zu haben. Begbie führt hierzu aus, im Jahre 1907 habe der Deutsche Kaiser sich

bei seinem Besuche in England von der Friedfertigkeit und der Loyalität der britischen Politik überzeugen lassen und an sie geglaubt, sich auch geneigt gezeigt, in der Flottenfrage zu einer Übereinkunft mit Großbritannien zu gelangen. Daraufhin sei Haldane 1908 nach Berlin gekommen, habe dort aber eine veränderte Atmosphäre vorgefunden. Der Deutsche Kaiser und der Reichskanzler hätten zwar nicht an Großbritannien gezweifelt, nicht an seinen Absichten und an der Friedfertigkeit seiner Politik, wohl aber seien sie im Zweifel gewesen, ob Großbritannien in seiner Verbindung mit Frankreich und Rußland sich die Unabhängigkeit für den Kurs seiner Politik zu wahren imstande sein werde. Wenn man diese englischen Angaben in tatsächliche Wahrheit übersetzen könnte, so würde diese wahrscheinlich ungefähr folgendermaßen lauten: Im Jahre 1907 schenkte man Großbritannien Vertrauen auf Grund von Unterredungen des Kaisers mit einer Reihe der ersten militärischen und politischen Persönlichkeiten Großbritanniens. Im Jahre 1908 aber fuhr König Eduard nach Reval, und dort fand jene berühmte und für die Erhaltung des Friedens verhängnisvolle Unterredung mit dem Zaren und dessen Ministern statt. Es wäre kein Wunder gewesen, wenn der Kaiser und Kanzler daraufhin in ihrem Glauben an die britische Loyalität und Friedfertigkeit, wenn sie sie vorher wirklich gehegt haben, wankend geworden wären und vorgezogen hätten, die deutsche Rüstung zur See weiter auszugestalten. Es wird kein Zufall gewesen sein, daß Haldane gerade in dem Jahre nach Berlin kam und über Rüstungen sprechen wollte, als eine neue Flottenvorlage — sie betraf die Herabsetzung der Altersgrenze der Linienschiffe und den Bau von Unterseebooten — gefordert und bewilligt wurde. Im ganzen verlief mithin der Haldanesche Besuch von 1908 ergebnislos.

Im Februar 1912 standen eine Flottenvorlage und eine Heeresvorlage in Deutschland bevor.

Der Deutsche Reichskanzler hatte den psychologischen Augenblick zur Einbringung der so wie so brennend gewordenen Rüstungsforderungen im Herbst 1911 versäumt. Damals fanden die Reichstagswahlen um die Jahreswende, ganz kurz nach der Marokkokrisis statt, und mit dieser Parole würden sie in einem Sinne ausgefallen sein, der dem Auslande gegenüber denkbar vorteilhaft gewesen wäre. Der Kanzler ließ diese Gelegenheit vorübergehen. Gleichwohl war in politischen Kreisen des Inlandes und des Auslandes bekannt, daß eine Flottenvorlage bevorstand. Die britische Presse nutzte wie immer klug den Augenblick und setzte auseinander, wie bedenklich ein solcher Schritt für die guten Beziehungen der beiden Mächte sein würde, nachdem eben so sehr glücklicher Weise eine Entspannung eingetreten sei und seitdem

Vertrauen Platz zu greifen beginne. Besonders zum deutschen Kanzler habe man durchaus Vertrauen. Auf der anderen Seite ließ die britische Presse deutlich durchblicken, daß es in der Hauptsache sich um einen unheilvollen Mann nur handele, der das Verhältnis der beiden Mächte immer wieder zu vergiften verstehe, das sei der Großadmiral v. Tirpitz. Solange dieser an seinem Platze bleibe und seine aggressive Flottenpolitik immer wieder durchzusetzen versuche, würden voraussichtlich die Beziehungen der beiden Mächte und würde damit die Erhaltung des Friedens stets bedroht sein.

Die Flottenvorlage der deutschen Marineverwaltung hatte drei Hauptteile: die Erhöhung der Unterseebootsflotte auf einen Bestand von 72 Booten, dann die organisatorische Ausgestaltung der Hochseeflotte durch Vermehrung der ständig schlagbereiten Linienschiffsgeschwader und Kreuzerverbände. Der Schwerpunkt der Forderungen aber lag in der Absicht des Reichs-Marine-Amtes, das jährliche Bautempo an großen Panzerschiffen nicht sinken zu lassen. Nach dem bestehenden Plane wäre das bisherige Bautempo von drei und von vier großen Panzerschiffen im Jahre mit dem Jahre 1912 auf zwei Schiffe gefallen, und zwar bis zum Jahre 1917 einschließlich. Von 1918 an wäre nach den gesetzlichen Bestimmungen auf Grund der Ersatzpflicht der Schiffe automatisch und dauernd das Bautempo auf der Höhe von drei Neubauten im Jahre geblieben.

Diese Lücke für die sechs Jahre 1912 bis 1917 erschien als äußerst bedenklich angesichts der europäischen Lage und der britischen Flottenvermehrung, außerdem aus verschiedenen inneren Gründen. Der Reichskanzler widersetzte sich der Forderung von sechs Panzerschiffen, auf die sechs Jahre verteilt, mit aller Energie und unter Zuhilfenahme des Reichsschatzsekretärs, welcher seine politischen Überzeugungen hinsichtlich einer deutsch-englischen Verständigung teilte. Der Kampf, der sich damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzog, endete mit der Niederlage des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts. Als die Vorlage das Licht der Öffentlichkeit noch nicht einmal erblickt hatte, war die Forderung von sechs Panzerschiffen auf drei zusammengeschrumpft. Es verdient als tatsächlich festgelegt zu werden, daß es sich in Deutschland nicht um eine Konkurrenz zwischen den damaligen Forderungen der Armeeverwaltung und der Marineverwaltung gehandelt hat, bei der die Marine den kürzeren gezogen hätte. Im Gegenteil bestand zwischen diesen beiden Behörden von Anfang an volles Einverständnis darüber, daß man sich von einer solchen Konkurrenz unter allen Umständen fern halten wolle. So ist es auch gewesen. Daß die deutsche Flottenvorlage in diesem ihrem wichtigsten Teile auf die Hälfte reduziert wurde, begründete sich lediglich in dem Wunsche des Kanzlers, Großbritannien nicht unangenehm auf-

zufallen und seine Verständigungspolitik auf dem Wege der Nachgiebigkeit in Rüstungsfragen zu fördern.

In diese Situation kam Lord Haldane hinein. Er hatte, wie er später persönlich angegeben hat, als Hauptauftrag für seinen Besuch: ein Abkommen mit Deutschland über die Seerüstungen zustande zu bringen. Über den Verlauf seiner Unterhandlungen mit dem Kanzler hierüber veröffentlichte im Frühjahr 1918 der Londoner „Daily Chronicle" Teile aus einer Depesche, die Haldane Anfang Februar 1912 nach London sandte, um dort laufend Bericht zu erstatten:

Bethmann habe ihn gefragt, ob er einige Bemerkungen über die Flottenangelegenheit machen wolle. „Ich sagte, ich müßte". Man müsse ganz offen miteinander sprechen: „was nütze es, ein feierliches Abkommen für Freundschaft und gegen Angriffe einzugehen, wenn Deutschland im gleichen Augenblick sich vorbereite, seine Schlachtflotte als Vorsichtsmaßregel gegen uns zu vergrößern und wir dann folgerichtig wieder unsere Schlachtflotte gegen Deutschland vergrößern müßten. Das sei für uns eine Lebensfrage, da wir eine Inselmacht seien" usw. Der Kanzler sagte, es sei unbedingt nötig, ein drittes Geschwader kriegsbereit zu haben. Haldane antwortet, Deutschland habe gewiß das Recht dazu, aber der Erfolg werde sein, daß auch Großbritannien dann die Anzahl seiner Geschwader vermehre. Hierauf tut der Kanzler die Frage, ob das denn wirklich nötig sei, wenn man ein freundschaftliches Einvernehmen habe. Haldane repliziert: die Organisierung eines dritten Geschwaders sei auch keine Freundschaftsbezeugung deutscherseits, man habe dann keine Wahl. Viel ernster als die Frage des Geschwaders sei aber die deutsche Absicht, den Bauplan für die nächsten sechs Jahre um drei Panzerschiffe zu vermehren. „Das würde es uns sehr schwer machen, die öffentliche Meinung in England vom Werte einer Verständigung zu überzeugen. Wir müßten sicherlich ohne Verzug daran gehen, zwei Kiele für jeden neuen deutschen Kiel auf Stapel zu legen. Das werde Geld kosten und die Stimmung erregen". Man könne ja die Kosten tragen, aber es sei doch bedauerlich. — Der Kanzler tut hierauf die Frage, ob eine solche britische Baupolitik wirklich das Ergebnis sein werde. Auf diese eigentümliche Frage bekräftigt Haldane seine Behauptung. Vom Kanzler meint er, er hätte den Eindruck von ihm gehabt, daß er wünsche entgegenzukommen, und „ich schöpfte Hoffnung aus der Art und dem Nachdrucke, mit dem er versicherte, daß er die Sache mit den Schiffen überlegen wolle, aber ich muß hinzufügen, daß er weiter sagte, die Frage des neuen Geschwaders sei eine Lebensfrage und einige neue Schiffe würden nötig sein. Ob ich irgend einen Weg zeigen könne, denn sie müßten an dem Plane eines neuen Gesetzes festhalten. Ich bemerkte, es sei nicht meine Sache, Seiner Exzellenz einen Vorschlag zu machen,

aber eine Hinausschiebung der Zeit des neuen Programmes könne einen Unterschied machen. Er sagte: Vielleicht acht oder neun Jahre? Ich erwiderte: Oder zwölf, wenn es nicht länger sein könnte. Er wiederum sagte, daß er diesen Gegenstand in ernstliche Erwägung ziehen und seine Sachverständigen befragen werde. Meine Admirale, sagte er, sind schwer zu behandeln. — Das ist eine Erfahrung, erwiderte ich, die wir bisweilen auch in England machten." —

Am Tage darauf folgte eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser, dem Kanzler und dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts. Lord Haldane sagte: „Ich bestand darauf, daß grundlegende Änderungen des Programmes notwendig seien." Er habe verlangt, daß man, wenn nicht das neue Gesetz überhaupt, wenigstens einen Schiffsneubau fallen lassen solle. Admiral Tirpitz bekämpfte diesen Gedanken, worauf Haldane erklärt: „gut, können wir nicht das Tempo verlangsamen?" Nach dem Vorschlage des Engländers ging man dann vor; der erste Neubau wurde anstatt für 1912 für 1913 bestimmt, der zweite für 1916, der dritte für einen unbestimmten Termin, der nicht vor dem Jahre 1919 liegen durfte.

So war die anfangs beabsichtigte Flottenvorlage unter erst indirekter dann direkter britischer Einwirkung von sechs Schiffen innerhalb von sechs Jahren, auf zwei Schiffe innerhalb von vier Jahren — plus einem dritten Schiffe nicht früher als nach acht Jahren — zusammengeschrumpft. Der ursprüngliche Zweck der Neubauvorlage war somit illusorisch geworden.

Diese Darstellung Lord Haldanes ist deutscherseits nicht bestritten worden und hat sachlich alle Wahrscheinlichkeit für sich. Der deutsche Kanzler sprach sich in einer Reichstagsrede am 19. August 1915 über die Mission Haldanes eingehend aus und sagte allgemein dazu das Folgende: „bedrückt war er (Haldane) durch die damals bevorstehende Flottennovelle bei uns. Ich fragte den englischen Minister, ob ihm nicht eine offene Verständigung mit uns, eine Verständigung, die nicht nur einen deutsch-englischen Krieg, sondern überhaupt jeden Weltkrieg ausschließen würde, mehr wert sei als ein paar deutsche Dreadnoughts mehr oder weniger. Lord Haldane schien für seine Person dieser Ansicht zuzuneigen." — In Wirklichkeit war das Verhalten Lord Haldanes umgekehrt: er legte den höchsten Wert auf ein Paar deutsche Dreadnoughts mehr oder weniger und machte von einem entsprechenden „weniger" die Frage einer politischen Verständigung mit Deutschland überhaupt abhängig. Deshalb mußte es auch in der Rede des Kanzlers und in den Ausführungen des offiziösen deutschen Organes ein ganz unrichtiges Bild von den Verhandlungen mit Haldane geben, daß gerade die Flottenbesprechungen vom Kanzler überhaupt nicht erwähnt wurden. Es war Haldane in einer

zweitägigen Erörterung gelungen, das deutsche Neubauprogramm zu einer tatsächlich unbeachtlichen Größe herabzudrücken, und wie der Haldanesche Bericht zeigt, war der deutsche Reichskanzler durchaus dafür, wie es ja auch seiner Politik entsprach. Sein Ausspruch: „Meine Admirale sind schwer zu behandeln", ist charakteristisch.

Es ist heute wie damals meine Überzeugung, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts angesichts der so geschaffenen Sachlage die drei Großschiffneubauten überhaupt hätte fallen lassen. Sie waren auf eine Zeit von mindestens acht Jahren, wahrscheinlich eine längere, verteilt, und während der kritischen sechs Jahre wären nur zwei der Neubauten auf Stapel gelegt worden. Das Neubauprogramm gab der Flotte gerade für die nächsten zehn Jahre, in denen aller Voraussicht nach die Entscheidung über Krieg und Frieden fallen würde, so gut wie nichts. Hätte der Großadmiral nach Gewinnung der Erkenntnis, daß an der völligen Verstümmelung seines Programmes nichts mehr zu ändern war, damals auf jene drei Bauten verzichtet, so würde das aller Voraussicht nach in doppelter Hinsicht zweckmäßig gewesen sein.

Haldane hätte sich dann nicht mehr über Mangel an maritimem Entgegenkommen beklagen und diesen angeblichen Mangel als Hindernis für eine politische Verständigung zwischen den beiden Mächten anführen können. Wäre trotzdem nichts Positives bei der Angelegenheit herausgekommen, so hätte alle gute Aussicht auch hinsichtlich der Volksstimmung bestanden, dann eine wirklich entsprechende Flottenvorlage einzubringen. Reichskanzler und Staatssekretär hätten mit Vorteil die Bedingung stellen können, daß sie das Fallenlassen der Neubauvorlage von entsprechendem positivem Entgegenkommen Großbritanniens auf politischem Gebiete abhängig machten. Unter jedem Gesichtspunkte politischer Taktik wäre dieses Verfahren zweckmäßiger gewesen als die Halbheit, welche zu nichts, zu weniger als nichts führte, ohne dem Deutschen Reiche und der deutschen Reichsleitung eine diplomatische Position für später zu geben, die sich hätte erreichen lassen und die von außerordentlichem Vorteile gewesen wäre, nach innen wie nach außen.

Haldane berichtet aus der Unterhaltung des zweiten Tages vom tiefen Erstaunen des Deutschen Kaisers über das englische Mißtrauen: „Der Kaiser war so betroffen von dem Gedanken, daß die Welt nicht an die Ehrlichkeit der Abmachung glauben würde, wenn nicht das Schiffbauprogramm geändert würde, daß er mich fragte, was ich raten würde." Der Deutsche Kaiser hatte mit diesem impulsiven Erstaunen recht. Es war nur Heuchelei und Vorwand auf der Seite des englischen Ministers. Was er wollte und war, zeigte sich bald: die deutsche Seerüstung und ihre

Entwicklung zu drücken, dafür aber kein politisches Abkommen einzugehen, welches Großbritannien zu irgend etwas auch nur nach außen hin verpflichten könnte.

Lord Haldane hat während seines Besuches auch gesagt, daß es gut für die Beziehungen der beiden Länder sein würde, wenn der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts von seinem Posten verschwände.

Die Absicht und Hoffnung des Kanzlers war damals, ein unbedingtes Neutralitätsabkommen zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche zustande zu bringen. Am Nachmittage des zweiten Besprechungstages schlug der Reichskanzler einen Vertrag folgender Formulierung vor:

„Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mit mehreren Mächten verwickelt werden, so wird der andere Vertragschließende dem in den Krieg verwickelten Vertragschließenden gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung des Konfliktes bemüht sein."

Hier war die Frage des Angreifers außer Acht gelassen, die Neutralität und die Pflicht zu ihr war nach keiner Seite hin bedingt, sondern es wurde besonders unterstrichen, daß die Neutralität „mindestens wohlwollend" sein und die betreffende Macht nach allen Kräften für Lokalisierung des Konfliktes bemüht sein müsse. Nach der Angabe des Reichskanzlers lehnte Haldane diesen Vorschlag als zu weitgehend ab. Großbritannien hat darauf den Gegenvorschlag gemacht: „England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten. Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrage enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, welcher England angehört, noch wird es jemals einer Abmachung beitreten, welche das zum Gegenstand hätte."

Die deutsche Regierung nahm diesen Vorschlag nicht an, weil, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mit Recht sagte: „abgesehen von der Dehnbarkeit des Begriffes »unprovozierter Angriff« konnte lediglich das Versprechen, über den anderen Vertragschließenden nicht grundlos herfallen und keine aggressive Politik gegen ihn treiben zu wollen, unmöglich die Grundlage zu einem besonderen Freundschaftsvertrage bilden."

Die deutsche Regierung schlug dann als Hauptartikel eines Abkommens vor:

„Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, bei welcher man nicht sagen kann, daß er der Angreifer ist, so wird ihm gegenüber der andere zum mindesten eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konfliktes bemüht sein. Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, sich gegenseitig über ihre Haltung zu verständigen, falls

einer von ihnen durch offenkundige Provokation eines Dritten zu einer Kriegserklärung gezwungen sein sollte."

Gegen diesen Vorschlag wurde entrüsteter britischer Widerspruch erhoben, weil Großbritannien als Insel und ohne Bundesgenossen durch ihn unter allen Umständen zur Neutralität verpflichtet, während das Deutsche Reich mit seinem Bundesgenossen in weit freierer Lage sein würde. Das Deutsche Reich könne z. B. durch einen seiner Bundesgenossen einen Krieg provozieren lassen und dann seine Bundespflicht für die eigene Teilnahme am Kriege vorschützen. Im Herbst 1915 sagte hierzu die Norddeutsche Allgemeine Zeitung richtig, daß Großbritannien durch die Wendung vom „unprovozierten Angriff" eine gleiche Möglichkeit gehabt haben würde, wenn die britische Politik nämlich nicht selbst, sondern durch einen ihrer Freunde hätte provozieren lassen, um dann ihrerseits einzugreifen.

Grey machte darauf den folgenden Vorschlag:

„Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, so erklärt England, daß es keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich an einem solchen auch nicht beteiligen wird, auch wird es sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten."

Die deutsche Regierung trat in eine Erörterung dieses Vorschlages ein, machte aber weitere Verhandlungen von der Ergänzung durch folgenden Zusatz abhängig:

„England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden."

Sir Edward Grey lehnte das ab, weil die von ihm vorgeschlagene Fassung dem Kabinett vorgelegen habe und von diesem gutgeheißen worden sei. Darüber könne er nicht hinausgehen. Er begründete die Ablehnung außerdem mit der Besorgnis, daß England sonst seine mit anderen Mächten bestehenden Freundschaften gefährden könne. Deshalb wolle die britische Regierung Worte wie „neutral" und „Neutralität" nicht in das Abkommen aufnehmen. Grey sagte nach einem veröffentlichten Berichte des damaligen deutschen Botschafters in London auch: „England müsse mit der Tatsache der wachsenden Seemacht Deutschlands rechnen, welche eben wieder mit der geplanten Flottennovelle eine bedeutende Verstärkung erfahren werde. England könne daher nicht seine bisherigen Freundschaften aufs Spiel setzen." Diese Berufung auf die Flottennovelle war, wie aus dem Gesagten hervorgeht, lediglich Vorwand. Man hätte aber deutscherseits durch vorläufiges Fallenlassen der zwei Großschiffsbauten diesem Vorwande den Boden entziehen können. Das Gepräge des taktischen Vorwandes trugen auch die folgenden Begrün-

dungen des Ministers: er habe absolutes Vertrauen zum Kanzler und sei deshalb überzeugt, daß die Beziehungen sich bessern und daß Streitfragen sich leicht beilegen lassen würden. Er verbürge sich für die Fortführung der in seinem Vorschlage skizzierten Politik, auch wenn wegen der Flottennovelle jetzt kein Abkommen zustande kommen sollte. Falls aber ein Kanzlerwechsel einträte, so liege die Sache ganz anders, und deshalb müsse die englische Regierung darauf sehen, daß sie sich nicht erst Frankreichs Freundschaft entfremde und dann die deutsche Garantie verlöre.

Die deutsche Regierung ging, und das ist besonders bemerkenswert, daraufhin anderthalb Monate nach dem Haldaneschen Besuche wieder auf die Frage der Durchführung der Flottennovelle ein und sagte richtig, daß das Zustandekommen „einer auf gegenseitiges Schutzabkommen hinauslaufenden, die englische Neutralität in weitgehender Weise sicherstellenden Vereinbarung die absolute Voraussetzung dafür bilde, unter der allein der Reichskanzler bei Seiner Majestät dem Kaiser einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der Flottennovelle befürworten und der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber würde rechtfertigen können."

Der Botschafter verstand dies so, als ob ein Verzicht auf die Forderungen der Flottennovelle von der deutschen Regierung nur erwogen werden könne, wenn die britische Regierung jenen ersten Entwurf eines auf bedingungsloser Neutralität beruhenden Vertrages annähme. Der Reichskanzler berichtigte den Botschafter aber sofort dahin, daß er nicht jenen ersten Entwurf gemeint habe, sondern den von Lord Haldane skizzierten Entwurf, nur in einer etwas anderen Fassung. Auch billigte — wir folgen hier der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — der Kanzler den Wortlaut der beiden vom Botschafter vorgeschlagenen Zusatzformeln zum englischen Entwurf: „England wird daher mindestens wohlwollende Neutralität beobachten, falls Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden sollte", oder: „England wird daher selbstverständlich neutral bleiben, falls Deutschland ein Krieg aufgezwungen wird". In diesen beiden Formeln wurde also nicht unbedingte, sondern bedingte Neutralität verlangt. Im übrigen, so lautete die Instruktion an den Botschafter: „komme es der kaiserlichen Regierung nicht auf den Wortlaut an, sondern auf den Inhalt der englischen Zusicherungen an. Deutschland müsse die Gewißheit haben, von England weder direkt noch in einem ihm von dritter Seite aufgezwungenen Kriege angegriffen zu werden". Der Botschafter hoffte, auf dieser Grundlage zu einem Ergebnis zu gelangen, mußte aber kurz darauf ein negatives Ergebnis berichten. Außer mit Portugal vor langen Zeiten habe die britische Regierung noch niemals einen ähnlichen

Vertrag geschlossen. Der deutsche Entwurf komme einem Bündnisse nahe. Ein Abkommen mit absoluter Bindung könne von anderen Mächten mißdeutet werden und die Beziehungen Englands zu ihnen schädigen. Dagegen sei die englische Formel klar: „England wird keinen unprovozierten Angriff machen, noch sich an einem solchen beteiligen".

Der Botschafter antwortete, daß es nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt ankomme; wenn England Neutralität meine, so müsse das klar zum Ausdruck kommen. Deswegen schlug der Botschafter vor, „England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität beobachten, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden. Dieser Zusatz enthälte kein Bündnis, wohl aber, worauf es uns allein ankomme, den klaren Ausdruck des Willens zur Neutralität im Falle eines Angriffes von dritter Seite. Es bestehe ein bedeutender Unterschied zwischen dem Versprechen, sich nicht gegenseitig zu schädigen, und dem, einander gegenseitig zu helfen. Wenn er darauf hinweise, daß England weder mit Frankreich noch mit Rußland noch mit irgendeinem anderen Lande Neutralitätsabkommen abgeschlossen habe, so hielt ich dem gegenüber, daß die englische Politik den Franzosen seit einer Reihe von Jahren keinen Anlaß gegeben habe, an der englischen Neutralität zu zweifeln, dagegen aber den Glauben an eventuelle englische Unterstützung erweckt habe".

Hiermit endeten die Verhandlungen über Neutralitätsvertrag und Flottenabkommen. In der anscheinend letzten Unterhaltung des Botschafters mit Grey sagte der Botschafter: die englische Formel genüge nicht zur Vermeidung der Gefahr kriegerischer Verwicklungen, wie sie 1911 bestanden hätten. Sie genüge auch nicht, um eventuell eine Änderung in unserer Flottennovelle vorzunehmen.

„Der Minister bemerkte hierzu, irgendein Hinausgehen über das bestehende Flottengesetz gestatte der englischen Regierung nicht, in diesem Augenblick ein politisches Abkommen mit uns einzugehen. Ein völliges Aufgeben der Flottennovelle liege aber wohl nicht im Bereiche der Diskussion."

Man muß aus diesen offiziös von der deutschen Regierung veröffentlichten Angaben entnehmen, daß über die Flottennovelle und das bestehende grundlegende Flottengesetz noch andere Unterhaltungen oder Unterhandlungen stattgefunden haben, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht worden sind. Man vergegenwärtige sich den Gang der Dinge:

Die Flottennovelle mit sechs großen Neubauten war schon vor dem Eintreffen Haldanes vom Deutschen Reichskanzler im Gedanken an die gewünschte Verständigung, unter dem Drucke der britischen Presse, wahrscheinlich auch unter dem Einflusse privater Mitteilungen, — erinnert

sei an die Mission Herrn Ballins — auf die Hälfte reduziert worden. Dann war Lord Haldane gekommen, und seiner Überredungskunst war es gelungen, die drei Schiffe anstatt auf sechs Jahre auf ausdrücklich mindestens acht Jahre zeitlich auseinanderzuziehen und zu bewirken, daß das erste 1913, das zweite erst 1916 auf Stapel gelegt würde, also eine nennenswerte Verstärkung der deutschen Flotte in absehbarer Zeit nicht eintreten konnte. Auf die Zeit gerade kam es Großbritannien an, denn die britischen Werften bauten schneller und hatten damals eine sehr große Anzahl von Schiffen auf den Hellingen liegen. Um das Jahr 1916 aber sollten Rußlands Rüstungen planmäßig fertig sein, und dann wollte man, so war 1908 in Reval vereinbart worden, mit dem Deutschen Reiche Fraktur sprechen.

Das alles war erreicht worden ohne die mindeste Gegenverpflichtung Großbritanniens. Den ganzen Neubauteil der Flottennovelle, soweit er der Flotte in absehbarer Zeit zugute kommen konnte, hatte der Deutsche Reichskanzler kostenlos der britischen Regierung geopfert. Darüber lassen die deutschen offiziösen Mitteilungen ebensowenig Zweifel, wie das tatsächliche damalige Ergebnis. Aus dem Bericht des Grafen Metternich geht aber hervor, daß man nachher noch über ein Aufgeben oder eine Verminderung der Flottennovelle diskutiert hat. Wie diese Erörterungen im einzelnen gewesen sind, entzieht sich der Kenntnis. Um so wichtiger für die Beurteilung der gesamten Verhandlungen ist die Äußerung Greys: man könne kein politisches Abkommen mit der deutschen Regierung eingehen, solange über das bestehende Flottengesetz überhaupt hinausgegangen würde. Damit sprach der Minister also aus, daß nicht nur der Neubauteil der Novelle aufzugeben sei, sondern auch der organisatorische Teil und die Unterseebootsforderung. Haldane hatte das nicht gesagt, sondern nur allgemein angedeutet, daß man die Flottennovelle als den Angelpunkt ansähe. Die gerade gegen Ende der Verhandlungen veränderte Haltung Greys zeigt, daß die britische Regierung erreicht hatte, was sie wollte, indem sie das Neubauprogramm der deutschen Flottennovelle ohne irgendeine Gegengabe aus den Angeln gehoben hatte. Damit glaubte man vor der Hand genug erreicht zu haben und verzichtete um so lieber auf Erfüllung des deutschen Wunsches nach einem ausdrücklichen politischen Abkommen.

Hätte der Reichskanzler an Lord Haldane gleich damals in Berlin die Alternative gestellt, die volle, ungekürzte Flottenvorlage und deren sofortige Inangriffnahme abhängig zu machen von der Annahme oder Ablehnung eines unbedingten Neutralitätsabkommens, so wäre die Lage wenigstens bis zu einem gewissen Grade klar geworden und hätte, was die Flottenvermehrung anlangte, zutreffendenfalls ohne wesentlichen

Zeitverlust wiederhergestellt werden können. Eine ganz andere Frage war, ob man selbst durch ein unbedingtes Neutralitätsabkommen mit Großbritannien etwas politisch Tatsächliches gewonnen haben würde.

Heute, nachdem eine so lange Reihe von Beweisen für die Absichten und den fest und zielbewußt verankerten Zusammenhang des Dreiverbandes offenbar geworden sind, muß diese Frage ohne weiteres verneint werden. Es würde sich nur um einen Schein gehandelt haben. Der Verfasser dieser Schrift hat auch im Jahre 1913 dieser Ansicht Ausdruck gegeben und ausgeführt, daß die Frage: Angriff oder Verteidigung? von Großbritannien willkürlich ausgelegt werden würde, und zwar unter allen Umständen gegen das Deutsche Reich.

Der Reichskanzler hat seine Bemühungen um einen solchen Neutralitätsvertrag vollkommen ernst gemeint, weil er eben kein Verständnis für die maßgebenden Grundzüge der großbritannischen Politik und für die britische Wesensart besaß. Er hat in seiner Rede vom 19. August 1915 mit Beziehung auf seine vergeblichen Versuche, eine Verständigung mit Großbritannien herzustellen, sich dagegen verwahrt, daß die deutsche Politik vom wahren Stande der Dinge nicht unterrichtet gewesen sei oder ihm gegenüber die Augen verschlossen habe. Beides sei nicht der Fall gewesen. „Ich weiß wohl, daß es Kreise gibt, die mir politische Kurzsichtigkeit vorwerfen, weil ich immer wieder versucht habe, eine Verständigung mit England anzubahnen. Ich danke Gott, meine Herren, daß ich es getan habe. Mit so geringen Hoffnungen ich die Versuche immer wieder erneuerte: klar liegt es zu Tage, daß das Verhängnis dieses ungeheuerlichen menschenmordenden Weltbrandes hätte verhindert werden können, wenn eine aufrichtige und auf Frieden gerichtete Verständigung zwischen Deutschland und England zustande gekommen wäre". Der Kanzler habe ein solches Ziel nicht liegen lassen dürfen, bei Gott sei kein Ding unmöglich.

Nicht, daß Verständigungsversuche gegenüber Großbritannien gemacht wurden, kann der Politik des derzeitigen Reichskanzlers vorgeworfen und als Fehler angerechnet werden, vorausgesetzt, daß diese Bemühungen im Rahmen der Würde und der politischen Zweckmäßigkeit blieben. Hätte Bismarck, hätte auch Fürst Bülow in jener Lage Verständigungsversuche unternommen, so würde man Sicherheit dafür gehabt haben, daß sie in gründlicher und vor allem in nüchterner Kenntnis des Problems erfolgten. Dann wäre wohl ein Mangel an Erfolg möglich auch wahrscheinlich geblieben, aber kein Schaden. Beim Reichskanzler v. Bethmann Hollweg lag es anders. Nach seiner eigenen Aussage hoffte er, daß nach dem Tode König Eduards „die von mir bereits im August 1909 aufgenommenen Verständigungsverhandlungen besseren Fortgang nehmen

würden". Hier lag der erste Fehler, nämlich der Glaube, daß König Eduards Politik etwas anderes sei als die Willensmeinung des Kabinetts und der großen Mehrheit des britischen Volkes.

Wenn Herr v. Bethmann Hollweg, wie er nachher behauptete, sich über den Ernst der Weltlage, also auch über deren Zusammenhänge, über die Festigkeit der englisch-französischen Verbindung klar war, so konnte er wohl den Verständigungsversuch machen, aber er durfte nicht glauben, daß Großbritannien sich durch ein Abkommen binden lassen oder gebunden halten lassen würde. Die einzige Aussicht, daß ein solcher Vertrag, der natürlich hätte öffentlich sein müssen, einen tatsächlichen Wert erhielte, hätte ein unbedingter Neutralitätsvertrag geboten. Daß Großbritannien einen solchen nicht schließen würde, war klar, denn die britische Politik hätte sich so ihr eigenes Programm zerrissen und die Ergebnisse einer achtjährigen unvergleichlich erfolgreichen auswärtigen Politik in Frage gestellt, wahrscheinlich vernichtet. Es mußte aber, wie Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Rede vielleicht auch andeuten wollte, ein Versuch gemacht werden, sei es auch nur, um den Mangel an gutem Willen auf großbritannischer Seite dokumentarisch zu besitzen. Aus dem gleichen Grunde konnte ohne Schaden die, wie gesagt, schon vorher verstümmelte Flottenvorlage für einen Vertrag unbedingter Neutralität angeboten werden. Sobald der Deutsche Reichskanzler aber, und es scheint sehr schnell gewesen zu sein, sein erstes Angebot aufgab und man mit Lord Haldane zur Besprechung von Formeln bedingter Neutralität gelangte, befand man sich schon auf der schiefen Ebene.

In der Politik des Reichskanzlers kamen die beiden bekannten Grundfehler zusammen: die mit Abneigung gepaarte Geringschätzung der deutschen Seemacht und das Unverständnis für das Wesen der britischen Politik. Dieser Mangel an Verständnis war so groß, daß auch das Fehlschlagen des Haldaneschen Besuches und der sich an diesen anknüpfenden Verhandlungen zwischen Metternich und Grey das Vertrauen in die friedlichen Absichten der britischen Politik nicht erschüttert haben. Herr v. Bethmann Hollweg und wahrscheinlich auch Kiderlen-Waechter waren der Überzeugung, daß einzig und allein die Besorgnis vor Verschlechterung der Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich und Rußland Sir Edward Grey von dem Abschlusse eines Abkommens mit dem Deutschen Reiche abgehalten hätte.

* * *

Grey hatte nach dem Scheitern der Londoner Verhandlungen dem deutschen Botschafter erklärt, er hoffe, daß die Verständigungsverhandlungen, besonders in kolonialen Einzelfragen, ihren Fortgang nehmen

und die angebahnten vertrauensvollen Beziehungen weiter ausgebaut würden. „Nachdem über die vorliegenden Flottenfragen wieder Ruhe eingetreten sei, werde ein politisches Abkommen, welches den vorhandenen guten Willen bei beiden Regierungen beweise, im Verein mit einer Verständigung über koloniale Fragen seine günstige Wirkung auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern nicht verfehlen und, wie er hoffe, dann auch indirekt die Rüstungsfrage beeinflussen."

Von diesen Kolonialfragen stand eine Abmachung über die Zukunft der portugiesischen Besitzungen in Afrika im Vordergrunde, dazu kam ein Jahr später eine große Regelung der gesamten Eisenbahnverhältnisse und Eisenbahnpläne in der Türkei unter Beteiligung der deutschen, der britischen, der französischen und der türkischen Regierung.

Der Neigung zu einer kolonialen Verständigung mit dem Deutschen Reiche lag der folgende Gedanke zu Grunde; er ist damals in der britischen Presse häufig und ausführlich dargelegt worden: Deutschland strebe nach Ausdehnung seines Kolonialbesitzes, man könne das verstehen und auch praktisch ohne Schaden bis zu einem gewissen Grade würdigen. Man könne sogar auf diese Weise eine Ablenkung der deutschen Politik und Wirtschaftspolitik in unschädliche Bahnen erzielen. Wenn man den Deutschen Hoffnung auf Entgegenkommen in kolonialer Hinsicht mache, so werde dadurch schon ein Abnehmen der Stimmung für Weitervermehrung der deutschen Flotte erreicht, weil man sich die britische Stimmung nicht werde verderben wollen. Eine andere Kategorie argumentierte: wenn man die Deutschen nicht nur mit Versprechungen hinhielte, sondern ihnen Zuwachs ihres Kolonialbesitzes erwirkte, so würden sie sehr bedeutende Geldmittel in die Kolonien hineinstecken müssen. Das öffentliche Interesse für den neuen Kolonialbesitz würde groß sein. Die Deutschen müßten dann auch an die Verteidigung der Kolonien denken und würden aller Wahrscheinlichkeit nach eine solche mehr lokaler Natur bevorzugen und die heimische Seemacht vernachlässigen. Ein Blatt drückte sich aus: die deutsche Verteidigungslinie zur See werde viel länger werden, die Verteidigung selbst infolgedessen schwächer. Die damalige Stimmung in den maßgebenden deutschen Kreisen würde dieser Berechnung der Briten tatsächlich entsprochen, besonders auch in den kolonialen Kreisen ein solches Programm vielfach Begeisterung hervorgerufen haben. Man glaubte, daß das englische Wohlwollen eine starke Flotte ersetzen würde.

Der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter erblickten von vornherein in den kolonialen Verhandlungen mit London eine Fortsetzung ihrer afrikanischen Politik, wenn auch zunächst nach einer anderen Richtung, als sie in den Unterhandlungen mit Frankreich 1911 angestrebt

hatten. Beide glaubten allgemein, wie der Reichskanzler auch wiederholt geäußert hat, daß ein politisches Zusammenarbeiten mit Großbritannien, sei es auch nur in kolonialen Fragen, das gegenseitige Mißtrauen verschwinden lassen und schließlich auch die Flottenrüstungen als Folge dieser Stimmung gegenseitigen Vertrauens sich vermindern würden. Besonders hoffte es die deutsche Regierung mit Vertrauen auf das, was Grey Ende November 1911 im Unterhause gesagt hatte: „Deshalb sind wir, wenn Deutschland mit anderen Ländern freundschaftliche Vereinbarungen in Bezug auf Afrika treffen will, nicht bestrebt, ihm und den anderen Ländern in den Weg zu treten". Grey wußte gut genug, daß man von Frankreich und ebenso von Belgien in Mittelafrika keinerlei Entgegenkommen zu erwarten haben würde. Was aber die sonst noch verfügbaren Gebiete in Afrika anlangte, so konnten nur die portugiesischen in Betracht kommen. Hier bestand noch immer das Abkommen zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche von 1898, der sogenannte Delagoa-Vertrag, der solange als Lockvogel gedient und dessen Verwirklichung König Eduard und seine Staatsmänner durch finanzielle Unterstützung Portugals verhindert hatten. Diese Verhandlungen führten im Jahre 1913 zu dem nicht öffentlich gewordenen Ergebnisse, daß Großbritannien dem Deutschen Reiche freie Hand für ganz Angola gab und auf der ostafrikanischen Seite nördlich vom Sambesi-Flusse. Zwischen den beiden Regierungen war ausgemacht worden, daß man sich allmählich mit wirtschaftlicher Durchdringung und Kapitalsinvestierung betätigen müsse. Im Laufe dieser Betätigung werde es dann früher oder später zu Unruhen kommen, deren Portugal allein nicht Herr werden könne, und dann würde sich das Weitere schon von selbst ergeben.

An und für sich war ein solches Projekt deutscherseits nur zu begrüßen. Das Bedenken lag damals, soweit man die Dinge übersehen konnte, im Folgenden: Es war wahrscheinlich und ist, wie man heute sagen kann, auch wohl so gewesen, daß das Anerbieten, sei es direkt, sei es indirekt, von Großbritannien ausgegangen war. Die britische Politik ist nicht gewohnt, umsonst Zugeständnisse zu machen, auch dann nicht, wenn sie, wie in diesem Falle, entsprechend den Presseäußerungen gehofft hätte, daß deutscher Kolonialerwerb auf Kosten der deutschen Hochseeflottenpolitik gehen würde. An den maßgebenden Berliner Stellen wird man sich aber wohl darüber klar gewesen sein, wie auch aus einem im Jahre 1913 erschienenen Buche: „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg" hervorging; diese Schrift gab die Ansichten Herrn v. Bethmann Hollwegs, auch des Staatssekretärs des Reichs-Kolonialamtes wieder. Sie führt den Gedanken aus, daß Deutschland der Expansion und eines klaren Expansionszieles bedürfe und zu diesem Ziele nicht durch Krieg, sondern durch

Diplomatie gelangen müsse. Bisher habe man, abgesehen von der Orientpolitik, überhaupt kein klares Ziel gehabt, diese sei aber kostspielig und aussichtslos, bringe uns außerdem in wachsenden Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich. Es bliebe nur Mittelafrika, und hier würde Deutschland die Zustimmung Großbritanniens auf seiner Seite haben. Der Verfasser kam allgemein politisch zum Ergebnisse, daß eine neue, freundliche Ära der deutsch-britischen Beziehungen begonnen habe und Deutschland im besonderen seine Expansionspolitik vom Orient abzuwenden habe. „Konzentrieren wir dagegen unsere Kräfte auf eine überseeische Kolonialpolitik und Expansionspolitik, so haben wir eine Einmischung Englands in festländische Fragen nicht zu besorgen. Aber natürlich ist die Grundfrage, wo wir das Feld für eine Expansionspolitik suchen sollen und ob wir dort nicht mit britischen Lebensinteressen zusammenstoßen".

Unbedingt unrichtig in diesen Sätzen ist die Behauptung, daß durch eine solche überseeische Expansion Deutschlands eine Einmischung Englands auf dem Festlande außer Betracht gestellt sein würde. Im übrigen zeigen sie, daß dem Verfasser und der hinter ihm stehenden Regierung die überseeische Abhängigkeit entging, in welche das Deutsche Reich kommen mußte, wenn es einerseits sein Expansionsinteresse und alle Kräfte auf Mittelafrika konzentrierte und anderseits das Endziel der Verständigungspolitik mit Großbritannien in einer Verminderung der Seerüstung erblickte.

Die Bedingungen Englands scheinen mithin zweierlei gewesen zu sein: Verzicht auf eine ohne englisches Einverständnis getriebene Orientpolitik und allmählicher Abbau der deutschen Flottenpolitik.

Das Vertrauen, in welchem sich die deutsche Politik bewegte, haben wir schon in der Besprechung der Balkanpolitik, insbesondere der beiden Balkankriege, gekennzeichnet. Einen charakteristischen Beweis liefert die im belgischen Graubuche (Nr. II) berichtete Unterhaltung, welche der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Jagow, mit dem französischen Botschafter Cambon im April 1914 gehabt hat. Jagow machte dem Botschafter den Vorschlag eines Übereinkommens zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien, auf Kosten Belgiens den belgischen Kongo durch Eisenbahnen und andere Unternehmungen auszubeuten. Jagow entwickelte die Theorie, daß nur die europäischen Großmächte in der Lage seien, zu kolonisieren. Die kleinen europäischen Mächte könnten das nicht und seien bestimmt, zu verschwinden oder zur einen oder anderen Großmacht hin zu gravitieren. Der Botschafter antwortete, die Ansichten Frankreichs und Englands seien ganz anderer Art, und wenn man sich über die Ausnützung Afrikas einig werden wolle, so müsse man das auf ganz andere Weise machen. Jagow habe sich hierauf beeilt zu

bemerken, es handele sich nur um eine persönliche Ansicht. Der damalige belgische Gesandte in Berlin, Baron Beyens, welchem Cambon diese Unterhaltung sofort erzählte, bemerkte dazu:

„Herr Cambon mißt den Ansichten Herrn v. Jagows, welche dieser zu enthüllen sich nicht gescheut hat, eine sehr ernste Bedeutung bei. Er hat gedacht, es sei in unserem Interesse, die Pläne zu kennen, welche der Leiter der auswärtigen deutschen Politik hinsichtlich der kleinen Mächte und ihrer Kolonien hegt."

Für Cambon war es naturgemäß ein „gefundenes Fressen", die Jagowschen Äußerungen zu benutzen, um Haß und Furcht in Belgien Deutschland gegenüber zu schüren und die beiden Westmächte als die Schützer Belgiens hinzustellen.

Abgesehen hiervon zeigt diese Unterhaltung, deren Richtigkeit deutscherseits nie in Abrede gestellt worden ist, in welchen Illusionen sich die Politik Bethmann Hollwegs und Jagows gerade hinsichtlich der Westmächte bewegte. Erinnern wir uns daran, wie stark die Spannung gerade um jene Zeit zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich war. Es war die Periode nach Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, als ein Zwischenfall den anderen ablöste und dem Gesandten Belgiens in Paris ein hochgestellter Diplomat sagte: „wenn sich jetzt plötzlich ein ernster Zwischenfall zwischen Frankreich und Deutschland ereignet, so werden die Staatsmänner beider Länder sich bemühen müssen, ihm innerhalb der nächsten drei Tage eine friedliche Lösung zu geben, oder es gibt Krieg". Der Gesandte fährt dann fort, nachdem er auf die Siegeszuversicht des französischen Volkes Deutschland gegenüber hingewiesen hat: „eines der gefährlichsten Momente in der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Gesetze der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen".

In diese hochgespannte und gefährliche Periode glaubte Herr v. Jagow seine Anregung an Herrn Cambon legen zu sollen. Politisch ein auch heute noch unbegreifliches Unterfangen, besonders von seiten eines so nüchternen und skeptischen Staatsmannes wie Herr v. Jagow.

Nicht ohne Interesse ist die Bemerkung des Pariser Gesandten Belgiens im Mai 1914: „schließlich hört England nicht auf, mit Deutschland zu kokettieren (!)" Der Gesandte meinte damit die erwähnte deutsch-englische Kolonialangelegenheit, war also der Ansicht, daß sie von englischer Seite nicht ernst gemeint war. Blickt man zurück, so liegt große Wahrscheinlichkeit für die Annahme vor, Sir Edward Grey habe ebenso wie sein Vorgänger im Jahre 1898 das Abkommen über die portugiesischen

Kolonien nicht ernst gemeint und würde verstanden haben, einer Verwirklichung Hindernisse in den Weg zu legen.

In Deutschland hat man für die Beurteilung der Stellung Englands zum Weltkriege die Angola-Verhandlungen und das aus ihnen hervorgegangene Abkommen als einen besonders schlüssigen Beweis für die britische Friedensliebe und Aufrichtigkeit Deutschland gegenüber ins Feld geführt. Stichhaltig ist das nicht. Großbritannien konnte diese auf eine ihm genehme Ablenkung der deutschen Politik und auf Einschlafen der deutschen Seerüstung gerichtete Politik durchaus mit seinen Zielen der Einkreisung und womöglich Knebelung Deutschlands vereinbaren. Daß es in England Strömungen und hervorragende Persönlichkeiten gab, welche einem Kriege mit Deutschland recht abgeneigt waren, ist nicht zu bestreiten, aber auch diese und gerade diese erwarteten von der Erteilung britischer Erlaubnis zu deutscher Kolonialpolitik eine mehr oder minder allmähliche Auflösung der deutschen Flottenpolitik.

Unter einer wachsamen, starken und des Wesens der großbritannischen Politik kundigen Leitung des Deutschen Reiches wäre eine Erschließung Angolas durch deutsches Kapital und deutsche Wirtschaft und Unternehmung mit späterer Angliederung zu begrüßen gewesen, immer unter der Bedingung, daß die Flottenrüstungspolitik die gleiche geblieben wäre. Unrichtig und gleichsam in der Anlage verfehlt aber war der Grundgedanke des Kanzlers, daß durch diese kolonialen Verhandlungen das Wesen des Verhältnisses von Großbritannien zum Deutschen Reiche sich verändern könne.

Herr v. Bethmann Hollweg hatte auch darin eine zur Ausübung der praktischen Politik wenig geeignete Auffassung, denn er erblickte in dem immer anmaßender werdenden britischen Fordern nach deutscher Rüstungseinschränkung nichts, was der Würde und dem Interesse der deutschen Regierung und des Reiches entgegen sei. Anderseits war er auch in diesem Punkte von Anfang an voll Vertrauen für Großbritannien. Kurz nach seinem Amtsantritte, im Dezember 1910, sprach er über diese englischen Bemühungen und sagte, die britische Regierung habe wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß eine vertragsmäßige Festlegung der Flottenstärke der Mächte zu einer wesentlichen Beruhigung in den internationalen Beziehungen beitragen würde. Das sei jedoch geschehen „ohne Anträge zu stellen, die für uns den Anlaß zu einer positiven Annahme oder zu einer positiven Ablehnung hätten geben können. „Auch wir begegnen uns mit England im Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den ab und zu stattgehabten unverbindlichen, von gegenseitigem freundschaftlichem Geiste getragenen Rücksprachen stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene vertrauens-

volle Aussprache und darauf folgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei." Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches über alle mit diesen Dingen zusammenhängenden Fragen sei eine Garantie für die freundschaftliche Absicht auf beiden Seiten und dürfte allmählich aber sicher zur Beseitigung des Mißtrauens führen, „das nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung sich leider vielfach geltend macht".

Man sieht, daß damals das Moment des Vertrauens und das Vertrauen auf Vertrauen eine bedeutende Rolle in den politischen Berechnungen des Reichskanzlers spielte. Die britische Regierung war gerade im Hinblick auf die Rüstungsfragen keineswegs vertrauenswürdig. So hatte sie im Jahre 1909 über die Stärke der deutschen Flotte amtlich falsche Ziffern angegeben und agitatorisch verbreitet; trotzdem Fürst Bülow und Admiral v. Tirpitz sie unmittelbar nachher als falsch bezeichneten und richtig stellten, nahm die britische Regierung sie nicht zurück und hielt die Lüge zwei Jahre lang aufrecht, um das Ziel der Flottenpropaganda im eigenen Lande zu erreichen. Diese Herrn v. Bethmann Hollweg bekannte Tatsache bildete ihm aber kein Hindernis in seinem Vertrauen zur großbritannischen Regierung. Darüber hinaus hätte er auch wissen müssen, daß die britischen Staatsmänner ungemein weit davon entfernt waren, dem Deutschen Reiche Vertrauen zu schenken. Ihr Vertrauen zu Herrn v. Bethmann Hollweg persönlich bekundeten sie öffentlich nur, um sein Vertrauen zu stärken und weil sie ihn als Gegner der Flottenpolitik des Kaisers und des Admirals v. Tirpitz kannten.

Es war ungemein charakteristisch, als gerade während des Haldaneschen Besuches in Berlin der Erste Lord der britischen Admiralität, Churchill, in seiner Rede sagte, für Großbritannien sei eine übermächtige Flotte eine Lebensnotwendigkeit, für das Deutsche Reich bedeute eine starke Flotte einen Luxus.

Der deutsche Reichskanzler ließ sich weder hierdurch und ebensowenig durch das völlige Scheitern seines Planes eines Neutralitätsvertrages mit Großbritannien in seinem Vertrauen beirren. In dieser erstaunlichen Tatsache liegt die Entwicklung der deutschen Politik im Rahmen der europäischen Lage bis zum 4. August 1914 begründet. Der Verlauf der Episode Haldane und ihrer Fortsetzung in den Unterhaltungen zwischen Grey und Metternich hätte trotz ihrer Ergebnislosigkeit, ja eben durch diese eine heilsame Lehre für den vorher vertrauensvollen Kanzler bilden sollen und können. Jene Verhandlungen sind erst während des Krieges

veröffentlicht worden, und man weiß nicht, ob die Veröffentlichungen als einigermaßen vollständig angesehen werden können. Politischen Kreisen war damals nur bekannt, daß Haldane eine Verwässerung der Flottenvorlage erreicht habe und es zu einem Neutralitätsvertrage nicht gekommen sei. Wer wie der Reichskanzler und seine Gehilfen den gesamten Verlauf der Besprechungen kannte, mußte, so hätte man denken sollen, über die Richtung der britischen Politik und über die Unveränderlichkeit dieser Richtung im klaren sein. Der Reichskanzler hat die Lehre nicht begriffen, geschweige denn beherzigt und war deshalb ebenso wie seine Politik unvorbereitet, überrascht und völlig erschrocken, als am 4. August 1914 der britische Botschafter das Ultimatum überreichte. Hätte sich die deutsche Politik seit der Episode Haldane darauf eingerichtet, daß in einem deutschen Festlandkriege mit seinen beiden Nachbarn, einerlei wie dieser Krieg entstünde, England gegen das Deutsche Reich unter allen Umständen eingreifen würde, dann wäre die Politik Herrn v. Bethmann Hollwegs zweifellos eine andere gewesen, der Krieg wäre möglicherweise vermieden worden, auf alle Fälle hätte er unter politisch und diplomatisch günstigeren Umständen seinen Anfang genommen.

Während des Krieges äußerte Churchill in einer Rede: „Ich kam in die Admiralität im Jahre 1911, nachdem die Agadirkrisis uns beinahe in einen Krieg verwickelt hätte. Ich erhielt den Auftrag, es als meine ganz besondere Aufgabe zu betrachten, die Flotte in einen Stand sofortiger und ständiger Kriegsbereitschaft zu setzen für den Fall, daß wir von Deutschland angegriffen würden.... Diese Jahre haben die wichtigste Periode unserer maritimen Geschichte gebildet, eine Periode der Wachsamkeit und Mobilisierung und eine Periode tatsächlichen Krieges unter Bedingungen, von welchen niemand sich eine Vorstellung gemacht hätte." — Von Lord Haldane sagte er: „Bei jeder Gelegenheit während der letzten sieben Jahre, seitdem ich im Kabinett war, hat Lord Haldane aus seiner tiefen Kenntnis des deutschen Regierungssystems heraus uns gewarnt, auf unserer Hut zu sein gegen die Gefahren dieses Systems. Er ist es gewesen, welcher jene schwierigen Abmachungen mit Frankreich getroffen hat, die unsere Armee instand setzten, gerade im richtigen Augenblick und schnell auf dem Schauplatze zu erscheinen."

Churchill wie Haldane wußten gut genug, daß ein Angriff von Deutschland nicht zu erwarten und der Gedanke an einen solchen unsinnig war.

Im selben Jahre, 1912, richtete der Sekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, das folgende Schreiben an den französischen Botschafter in London, Paul Cambon: „Mein lieber Botschafter! Während der letzten Jahre haben französische und britische Marine- und Militär-Sachverständige miteinander beraten. Es hat sich immer verstanden,

daß eine solche Beratung die Freiheit keiner der beiden Regierungen beeinträchtigen dürfe, zu irgendeinem zukünftigen Zeitpunkte sich zu entscheiden, ob sie bewaffneten Beistand zu leihen habe oder nicht. Wir sind übereingekommen, daß die Beratung zwischen Sachverständigen nicht als eine Verpflichtung anzusehen sei und nicht angesehen werden solle, welche die eine und die andere der beiden Regierungen zur Aktion verpflichte in einer Lage, welche noch nicht eingetreten ist und niemals eintreten möge. Zum Beispiel ist die Verteilung der französischen und britischen Flotten im gegenwärtigen Augenblick nicht auf ein gegenseitiges Übereinkommen kriegerischen Zusammenwirkens gegründet.

„Sie haben gleichwohl festgestellt, daß, wenn eine der beiden Regierungen schwerwiegende Gründe hätte, einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht zu erwarten, es dann wesentlich sein würde, ob sie bei Eintritt dieses Ereignisses auf den bewaffneten Beistand der anderen Macht würde rechnen können.

„Ich bin damit einverstanden, daß, wenn eine der beiden Regierungen schwerwiegende Gründe hat, einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht oder irgend etwas zu erwarten, was den allgemeinen Frieden bedroht, sie dann sofort mit der anderen in Erörterung eintreten soll, ob beide Regierungen gemeinschaftlich handeln sollen, um dem Angriff vorzubeugen und den Frieden zu erhalten, und wenn so, welche Maßnahmen zu ergreifen sie bereit sein würden und zwar gemeinsam. Wenn diese Maßnahmen kriegerische Aktion einschlössen, so würden die Pläne der beiden Generalstäbe unmittelbar in Betracht gezogen werden, und die beiden Regierungen würden dann einen Entschluß fassen, was sie auf Grund dieser Pläne tun wollten."

Der Botschafter Cambon bestätigte Sir E. Grey am folgenden Tage seinen Brief:

„Durch Ihren Brief vom gestrigen Tage, dem 22. November, haben Sie mich daran erinnert, daß während dieser letzten Jahre die militärischen und maritimen Autoritäten Frankreichs und Großbritanniens sich von Zeit zu Zeit beraten hätten; daß es sich immer verstanden habe, daß diese Beratungen die Freiheit für jede Regierung nicht einschränken, sich in Zukunft darüber schlüssig zu werden, ob sie einer der anderen die Hilfe ihrer bewaffneten Macht leihen würde; daß von beiden Seiten diese Beratungen von Spezialisten nicht betrachtet würden und nicht betrachtet werden dürften als bindende Verpflichtungen unserer Regierungen, in gewissen Fällen zu handeln; daß ich Sie gleichwohl darauf aufmerksam gemacht hätte, daß, wenn die eine oder die andere Regierung schwerwiegende Gründe hätte, einen nicht provozierten Angriff von seiten einer dritten Macht zu besorgen, es wesentlich sein würde, zu wissen,

ob sie auf den bewaffneten Beistand der anderen rechnen könne. Ihr Brief antwortet auf diese Bemerkung, und ich bin autorisiert, Ihnen zu erklären, daß im Falle, wo eine unserer Regierungen schwerwiegenden Grund zur Befürchtung hat, sei es eines Angriffes einer dritten Macht oder eines den allgemeinen Frieden bedrohenden Angriffes, diese Regierung sofort mit der anderen prüfen würde, ob die beiden Regierungen vereint handeln müßten, um dem Angriff zuvorzukommen oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden die beiden Regierungen die Maßnahmen in Erwägung ziehen, welche sie gemeinsam zu ergreifen gewillt wären; wenn diese Maßnahmen eine kriegerische Aktion mit sich brächten, so würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Erwägung ziehen und sich schlüssig werden, welche Folge man diesen Plänen zu geben habe." —

Diese Dokumente sind nach Angabe der deutschen Regierung ihr im März 1913 von seiten eines diplomatischen Vertreters bekanntgegeben worden. Seit dem Herbst 1912 tobte der Balkankrieg, und besonders im November jenes Jahres konnte der Friede Europas als bedroht gelten. Es sei an die Darlegungen im zweiten Abschnitt erinnert, an die Reise des Erzherzog-Thronfolgers nach Berlin und an den in diesem Zusammenhange berichteten Ausspruch des Deutschen Kaisers an den Thronfolger: „Vor allem keine Dummheiten." Das war auch dieselbe Zeit, als der Deutsche Reichskanzler mit tiefer Genugtuung von der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der großbritannischen Regierung sprach. Am 2. Dezember 1912 sagte Herr v. Kiderlen-Waechter im Reichstage: „Diese Äußerungen sind mir ein willkommener Anlaß, auszusprechen, daß während der ganzen letzten Krise unsere Beziehungen zu England besonders vertrauensvoll waren. Die offene, von vollem Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krisis hat nicht nur eine erfreuliche Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet. Ich möchte die bestimmte Erwartung aussprechen, daß sie das auch weiter tun wird."

Die Ironie des gleichzeitigen Briefwechsels zwischen Cambon und Grey kann demgegenüber nur als vernichtend bezeichnet werden. Über den Anlaß des Briefwechsels ist begreiflicherweise nie etwas verkündet worden, außer einigen Worten, welche Grey in seiner großen Rede vom 3. August 1914 im Unterhause sagte, und zwar als Einleitung zur unvollständigen Verlesung seines Briefes an Cambon. Grey sagte, daß die Ursprünge dieses Briefes sich auf die Marokkokrisis von 1906 zurückführten.

Damals habe man ihn gefragt, ob England im Falle der Entwicklung der Krisis zu einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland einschreiten

würde. Er habe gesagt, er könne keiner anderen Macht Versprechungen geben, außer, wenn er der öffentlichen Meinung im Lande sicher sei. Er glaube aber, daß in jener Frage die öffentliche Meinung in England für eine tatsächliche Unterstützung Frankreichs sein werde. Darauf habe ihm die französische Regierung gesagt: „Wenn Du es für möglich hältst, daß die öffentliche Meinung in Großbritannien im Falle einer plötzlichen Krisis Dich zu einer bewaffneten Unterstützung Frankreichs, die Du im voraus nicht versprechen kannst, veranlassen könnte, so wirst Du doch, ohne daß die militärischen und maritimen Sachverständigen sich vorher verständigt haben, nicht imstande sein, eine solche Unterstützung zu gewähren." Grey fügte in seiner Rede hier hinzu, er habe zugestimmt und solche Besprechungen unter der Bedingung autorisiert, daß sie die Regierung nicht politisch binden sollten. In der Folge habe er sich mit dem damaligen Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman, mit Lord Haldane und mit Asquith beraten, auch deren Autorisation erhalten. In der Agadir-Krisis habe er den gleichen Standpunkt eingenommen. „Bald darauf, im Jahre 1912, nach einer Besprechung der politischen Lage im Kabinett entschieden wir uns dahin, daß wir eine definitive schriftliche Abmachung haben sollten, obgleich solche Abmachung nur in der Form eines unoffiziellen Briefes bestand." Das Ergebnis war der Briefwechsel mit Cambon.

Nach dieser eigenen Darstellung Greys wirft sich gleich die Frage auf, warum er und warum das britische Kabinett damals im Herbst 1912 gerade den Augenblick für eine „definitive schriftliche Abmachung" gekommen meinten. Mit der ein volles Jahr zurückliegenden Agadir-Krisis konnte in Wirklichkeit dieser plötzliche Entschluß des Kabinetts nichts zu tun haben, sondern sich höchstens in der durch den Balkankrieg hervorgerufenen europäischen Krisis und Kriegsgefahr begründen, unbeschadet der tiefgefühlten Überzeugung der deutschen Regierung, daß man gerade mit dem Londoner Kabinett in vollem Vertrauen und mit gemeinsamem Ziele arbeite. Es ergibt sich daraus, daß Großbritannien bereit und unter gewissen Umständen zum Kriege gewillt war. Welches waren diese gewissen Umstände, welche konnten es sein? Die Antwort hierauf liegt nahe genug. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß Österreich-Ungarn die serbische Frage mit Gewalt lösen wolle. Für diesen Fall und der damit verbundenen deutschen Bündnishilfe wollte man mit Frankreich vereint gegen Deutschland Krieg führen und mit blitzartiger Schnelligkeit eingreifen. Die deutsche Regierung hat Österreich-Ungarn damals von entscheidenden Schritten gegen Serbien zurückgehalten. Auf alle Fälle steht fest, daß auf Anregung Greys das britische Kabinett jenes definitive Abkommen für nötig hielt und ungesäumt in die Tat umsetzen ließ, als Großbritannien mit dem Deutschen Reiche in einem entspannten, nach deutscher Ansicht

vertrauensvollen Verhältnis mit gemeinsamen Zielen stand. Merkwürdigerweise nimmt in den veröffentlichten Berichten der deutsche diplomatische Vertreter auf diese zeitlichen Zusammenhänge keinerlei Bezug.

Im übrigen ist bemerkenswert, daß nach Greys eigenen Angaben über seine Abmachung mit Frankreich 1906 er die Verantwortung auf sich nahm, ohne das Kabinett zu fragen, weil gerade ein Wahlfeldzug stattfand. Man hat Grey später und besonders auf deutscher Seite als einen schwachen, entschlußlosen, von französischen Diplomaten geleiteten Mann hingestellt. Schon hiernach zeigt er sich als das Gegenteil, nämlich als ein Mann, der die schwerste Verantwortlichkeit nicht scheute, schnell und entschlossen handelte.

Was nun jene militärischen und maritimen Abmachungen anlangte, so ist es ebenso bekannt wie klar, daß derartige Konventionen nur zwischen Staatsmännern und Staaten eingegangen werden, die bereits entschlossen sind, eintretendenfalls zusammen zu kämpfen. Militär- und Marine-Konventionen zwischen zwei Mächten geben jeder von ihnen einen so tiefen Einblick in die wichtigsten und geheimsten Dinge, daß man sie nur bei vollstem gegenseitigen Vertrauen schließt. Nicht nur die Machtverhältnisse an sich, sondern auch der Mobilmachungsapparat, der Aufmarschplan usw. werden der anderen Macht auf diese Weise bekannt, ebenso wie die industriellen Möglichkeiten, die der Verpflegung, schließlich die Ziele usw. Die von Grey zur Zeit des Kriegsausbruches und nachher immer wiederholte Behauptung, Großbritannien habe gleichwohl völlige Entscheidungsfreiheit gehabt, ist lediglich für den großbritannischen Hausgebrauch bestimmt. Es bedeutet dieses ein formales Opfer, was dem großbritannischen Fetisch der Autorität des Parlamentes gebracht wird. Das Parlament darf nicht ohne sein Wissen gebunden sein, geheim eingegangene Verpflichtungen anderen Ländern gegenüber sind verfassungsmäßig und für das politische Empfinden des Briten ein Unding.

Grey und die anderen Vertreter der großbritannischen Regierung sind im Laufe der Jahre häufig im Parlamente gefragt worden, ob irgendwelche bindende Verpflichtung Frankreich und später Rußland gegenüber vorläge. Das ist jedesmal mit Bestimmtheit in Abrede gestellt worden. In seiner Rede vom 3. August 1914 las Grey seinen Brief an Cambon vom Herbst 1912 sogar als Beweis dafür vor, daß keine politische Bindung und keine Pflicht zur Hilfeleistung an Frankreich mit den Waffen vorläge. Es stand ja in dem Briefe ausdrücklich geschrieben, daß die militärische und maritime Konvention nicht zu entsprechendem politischen Handeln verpflichteten. Vor dem Jahre 1912 hatte Grey eine solche schriftliche Deckung nicht für notwendig gehalten. Die Agadir-Krisis hatte ihn anderer

Ansicht gemacht, wahrscheinlich weil sich nach ihr jene erwähnte heftige Kritik gegen ihn und seine bisherige Geheimdiplomatie mit Frankreich geregt hatte. Nun glaubte er für den nächsten Fall, der wahrscheinlich der Kriegsfall sein werde, eine formale Unterlage für Parlamentsgebrauch sich beschaffen zu müssen. Der französische Botschafter Paul Cambon war viel zu klug, um den Grund dieses plötzlichen Bedürfnisses nicht sofort zu verstehen. Er bescheinigte Grey gern, daß durch die Vereinbarungen der Generalstäbe die Regierungen politisch nicht gebunden seien. Beide Staatsmänner verstanden einander viel zu gut, um an der Wendung vom „nicht provozierten Angriff" einer dritten Macht oder einer anderen drohenden Friedensstörung irgendwie Anstoß zu nehmen. In Deutschland hat man während der ersten Zeit des Krieges an diesen Briefwechsel scharfsinnige Erörterungen über den Charakter Sir Edward Greys geknüpft, im besonderen aus ihm gefolgert, daß Grey sich von der französischen Diplomatie in raffinierter Weise habe einfangen lassen. Der diplomatische deutsche Vertreter, der im Frühjahr 1913 den Briefwechsel seiner Regierung übermittelte, war auch dieser Ansicht. Die formelle Ablehnung einer Verpflichtung Großbritanniens zu bewaffneter Hilfeleistung nennt er eine feine Berechnung der britischen Mentalität. „Daß sich aber durch diese Vereinbarungen in Verbindung mit den getroffenen militärischen Abmachungen England de facto den französischen Revanchegedanken bereits rettungslos verschrieben hat, bedarf kaum einer besonderen Ausführung. Die englische Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Sie hat durch ihre Politik in der bosnischen und in der marokkanischen Frage Krisen hervorgerufen, die Europa zweimal an den Rand eines Krieges brachten. Die Ermutigung, die sie direkt oder indirekt andauernd dem französischen Chauvinismus zuteil werden läßt, kann eines Tages zu einer Katastrophe führen, bei der englische wie französische Soldaten auf französischen Schlachtfeldern englische Einkreisungspolitik mit ihrem Blute bezahlen sollen. Die Saat, die König Eduard gesät hat, geht auf."

Der letzte Teil dieser Äußerungen ist unbedingt richtig. Er steht aber im Widerspruche mit der Betonung der passiven Rolle der englischen Staatskunst, welche in den erstangeführten Sätzen betont wird. Derselbe Diplomat sagt kurz vorher, daß die britische Politik sich 1914 als ein „ebenso kritikloses wie gefügiges Werkzeug der französischen Politik" erwiesen habe. Die Aktivität, das Zielbewußtsein und die Geschicklichkeit der französischen Politik sollen keineswegs in Abrede gestellt werden. Schließlich stand sie aber seit 1904 auf den Schultern der großbritannischen Politik. Diese hat immer gewußt, was sie wollte, und es läßt sich im besonderen aus der französisch-britischen Geschichte seit 1903 auch bei sorgfältiger Prüfung wahrlich nicht nachweisen, daß Lord Lansdowne und Grey

Männer gewesen wären, die sich hätten einwickeln und ins Schlepptau nehmen lassen. Die äußerliche Zurückhaltung, welche man in den diplomatischen Äußerungen Greys, den öffentlichen und den später veröffentlichten, bemerkt, ist kein Zeichen von Passivität und Unselbständigkeit, sondern Taktik, einmal unter dem Gesichtspunkt der eigenen Stellung dem Parlament gegenüber, dann wegen des taktischen Vorteils des Scheins und der Pose, als der Zustimmende und Gebende dazustehen, welcher eigentlich nicht nötig habe, derartige Vereinbarungen zu schließen. Greys Verhalten erscheint nicht als Verstricktheit in französischen Netzen, sondern als äußerst tatkräftig, geschickt und weitblickend. Seine Rechtfertigung vor dem Parlament am 3. August und die Art, wie er auf der Grundlage jener Vereinbarungen die diplomatischen Verhandlungen während der letzten Krisis mit Freund und Feind führte, zeugen von vollendeter Geschicklichkeit und zielsicherer Initiative, welche zu verhüllen ihm taktisch richtig schien.

Der Inhalt jener militärischen und maritimen Konventionen läßt sich in großen Zügen mit ziemlicher Sicherheit vermuten und ist zu einem Teile bereits behandelt worden. Das war die Hilfeleistung Großbritanniens auf dem Festlande. Wie sich diese Pläne und die Vorbereitungen für ihre Durchführung entwickelt haben, ist in der Schilderung der Ereignisse, besonders der Marokkopolitik, zum Ausdruck gekommen, beginnend mit den Enthüllungen Delcassés und dem Plane einer Landung der britischen Expeditionsarmee an der Küste Jütlands. 1906 kamen die britisch-belgischen Unterhandlungen, und es kann als außer Zweifel stehend angesehen werden, daß Verhandlungen dieser beiden Mächte gleichzeitig mit Frankreich stattfanden. Ohne ebenso intime französische Beteiligung sind die britisch-belgischen Unterhandlungen überhaupt nicht denkbar.

Im Frühsommer 1908, also kurz vor der Balkankrisis und nicht lange nach der Veröffentlichung des russisch-englischen Abkommens, am Vorabend der Reise König Eduards nach Reval und des französischen Präsidenten zum Zarenhofe, stattete der Präsident dem König von England einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit scheint, wie auch der belgische Gesandte, Baron Greindl, erklärt, ein Plan entstanden zu sein, die Verbindung der Mächte des Dreiverbandes enger zu gestalten. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung feststellte, gaben die Trinksprüche — der König sprach von einer dauernden Entente, der Präsident von einer neubefestigten — der englischen und französischen Presse Anlaß, die Frage zu behandeln, ob die Umwandlung der Entente in ein Bündnis ratsam sei. Der damals in auswärtigen Dingen offiziöse „Temps" führte aus, daß man sich zu einer festeren Gestaltung der Entente nur würde entschließen können, falls Großbritannien eine Heeresreform im Sinne

der allgemeinen Dienstpflicht eintreten ließe, um sich so in den Stand zu setzen, Frankreich auf dem Festlande genügende Hilfe leisten zu können. Beiläufig bemerkt, begann gerade in jener Zeit der Feldmarschall Lord Roberts seine sehr eindrucksvolle Propaganda für Einführung der allgemeinen Dienstpflicht. Im übrigen verhielt sich die britische Presse damals ablehnend. Baron Greindl meint, der Temps habe diese Forderung aufgestellt, um zum Ausdrucke zu bringen, daß Frankreich sich nicht von England in einen Krieg leiten lassen wolle, aus dem das Inselreich sich jeden Augenblick herausziehen könne, nachdem es die deutschen Kolonien erobert, die deutsche Kriegs- und Handelsflotte vernichtet habe. So ist es wohl gewesen; immerhin auch nicht gerade ein Beweis für die Auffassung, daß die britische Politik von der französischen geleitet worden sei. Abgesehen von dem genannten Grunde, ist für die französische Forderung jedenfalls auch maßgebend gewesen, daß Rußland damals von militärischer Bereitschaft noch sehr weit entfernt war.

Geschichtlich interessant an dieser Episode ist die Feststellung eines damaligen englischen Wunsches, jedenfalls auch des Königs Eduard selbst, der Triple-Entente eine festere Form zu geben und ausdrücklichere Bindungen eintreten zu lassen.

Im Jahre 1914, als König Georg in Paris weilte, stellte sich die Sache umgekehrt dar. Damals wurde in der französischen Presse lebhaft erörtert, ob es nicht gegeben und an der Zeit sei, die Entente in ein Bündnis auch formell umzugestalten, welches sie tatsächlich und inhaltlich bereits bedeutete. Diesesmal lehnte die britische Presse ab, und zwar mit der Begründung, einmal sei es nicht nötig, und dann schlösse Großbritannien überhaupt keine europäischen Bündnisse. Der Verfasser dieser Schrift hat damals in der Presse bedauert, daß es nicht zu einem formellen Bündnisse zwischen den Ententemächten kam. Wäre das geschehen, so würde die Klarheit über das Verhältnis Großbritanniens und seine Politik in Deutschland eine wesentlich größere gewesen sein. Herr v. Bethmann Hollweg und seine politische Gefolgschaft, welche „Verständigung" mit England auf ihre Fahne geschrieben hatten, würden dann doch wohl kaum in ihren Illusionen haben weiter leben können, jedenfalls nicht in dem Maße, wie es geschehen ist.

Der Augenblick und der Grund jenes Wechsels in den englischen Wünschen, erst ein Bündnis vorzuschlagen und einige Jahre später es abzulehnen, ist bisher authentisch noch nicht feststellbar. Auf alle Fälle entsprach die Ablehnung eines ausgesprochen formellen Bündnisses der britischen Überlieferung. Im übrigen hatte sich die europäische Machtlage insofern erheblich verändert, als die russische Armee im Frühjahr 1914 ein Faktor von ungleich größerem Gewichte war als 1908.

Die maritimen Abmachungen zwischen den beiden Mächten in den Jahren 1905 bis 1914 sind ebenfalls durch manche Phasen hindurchgegangen. Um das erstgenannte Jahr lag der Schwerpunkt der britischen Flotte noch im Mittelländischen Meere. Nachher griff die große Neuorganisation und Neudislokation Platz, und im Laufe der dann folgenden Jahre konzentrierte sich beinahe die ganze inzwischen mit aller Anstrengung gestärkte britische Flotte in den großbritannischen Häfen der Nordsee und des nördlichen Teiles des Ärmelkanals. In den Jahren 1912 und 1913 wurde in der britischen und französischen Presse der gemeinsame Plan der maritimen und militärischen Autoritäten lebhaft erörtert, daß die britische Flotte die atlantischen und Kanalküsten Frankreichs schützen, und die französische Flotte dafür „die Polizei" im Mittelländischen Meere ausüben solle. In Frankreich machten sich sehr gewichtige Stimmen dagegen geltend, aber unter Delcassés Auspizien, der damals Marineminister geworden war, wurde tatsächlich die gesamte Großschiffflotte Frankreichs ins Mittelländische Meer gelegt. Nur leichte Streitkräfte, vornehmlich Unterseeboote und Torpedoboote, blieben an den atlantischen Küsten und auf der französischen Kanalseite. Der genannte diplomatische Vertreter des Deutschen Reiches erhielt hierzu, ebenfalls im März 1913, die folgende, im wesentlichen richtige Information:

„Die englische Flotte übernimmt den Schutz der Nordsee, des Kanals und des Atlantischen Ozeans, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, seine Seestreitkräfte im westlichen Bassin des Mittelländischen Meeres zu konzentrieren, wobei ihm als Stützpunkt für die Flotte Malta zur Verfügung gestellt wird. Die Einzelheiten beziehen sich auf die Verwendung von französischen Torpedobootsflottillen und Unterseebooten im Kanal und des englischen Mittelmeergeschwaders, das bei Ausbruch des Krieges dem französischen Admiral unterstellt wird."

Was den letzten Satz anlangt, so ist es nicht ohne Interesse, an einen Zwischenfall zu erinnern, der im Jahre 1912 besonders in Holland Aufmerksamkeit und Besorgnis erregte. Der inaktive französische Admiral Germinet schrieb in einem Zeitungsartikel, daß in einem Kriege mit Deutschland Großbritannien und Frankreich gemeinsam den Ärmelkanal als ein ihrer Küstenhoheit unterstehendes Gewässer behandeln und ihn durch Minen und Unterseeboote sperren würden. Holländische Rechtsautoritäten erhoben lauten Einspruch, und der Admiral wurde von seiner Regierung desavouiert, aber die Sache wird wohl nicht ohne tatsächlichen Hintergrund gewesen sein. Hätte der Seekrieg 1914 sich anders entwickelt, als es wider Erwarten der Fall war, so würde die Entente sicher nicht gezögert haben, den Ärmelkanal zu schließen, wenn die Kriegführung es zweckmäßig hätte erscheinen lassen. Nachher ist es als Folge des Unter-

seebootskrieges und zur Ausübung des Hungerkrieges tatsächlich auch so gekommen.

Sir Edward Grey sagt in seiner Rede vom 3. August 1914: „Die französische Flotte ist jetzt im Mittelmeer, und die nördlichen und westlichen Küsten Frankreichs sind vollkommen unverteidigt. Nachdem die französische Flotte im Mittelländischen Meere konzentriert ist, ist die Lage von der sonst üblichen außerordentlich verschieden, und zwar, weil die zwischen uns und Frankreich geschlossene Freundschaft den Franzosen die Sicherheit gibt, daß sie von uns nichts zu fürchten haben. Die französischen Küsten sind absolut ungeschützt. Die französische Flotte ist im Mittelländischen Meer konzentriert infolge des Vertrauens und der Freundschaft, welche zwischen unseren beiden Ländern besteht."

Grey sagte nicht, was jeder Mensch in England wußte, daß diese Verteilung nicht eine Folge der Freundschaft an sich war, sondern der sorgfältig durchdachten Vereinbarungen und Vorarbeiten der maritimen Autoritäten, und daß die Entblößung der atlantischen Küste Frankreichs nicht ein zufälliges Ereignis, sondern ein militärisch planmäßiger Akt war. Grey stellt es im Verlaufe jener Rede so dar, als ob England aus Anstand und Edelmut es nicht mitansehen könnte, wenn deutsche Kriegsschiffe die ungeschützte französische Küste beschössen, und zwar als Angreifer gegen das unschuldige Frankreich.

Der eigentliche Grund zur Verlegung der französischen Hauptflotte in das Mittelländische Meer ist wohl das Entlastungsbedürfnis der britischen Flotte eben dort gewesen. Vollständig gelang sie nicht, denn Großbritannien hielt noch ein Geschwader im Mittelländischen Meere, aber in der Hauptsache wurde der Zweck erreicht. Die britische Admiralität wollte möglichst die ganze gesammelte maritime Kraft gegen die deutsche Flotte beisammen und bereit haben. Mit maßgebend ist jedenfalls auch der geringe Grad an Achtung gewesen, welchen man in der britischen Marinefachwelt der französischen Flotte entgegenbrachte. Die Belassung eines britischen Geschwaders im Mittelländischen Meere spricht ebenfalls dafür.

Die Lage im Mittelmeer schien sich um das Jahr 1912 und auch noch 1913 ändern zu wollen. Zu Anfang 1912, also während des Tripolitanischen Krieges, fanden starke und augenblicksweise erbitterte Reibungen zwischen Frankreich und Italien statt. Die Italiener wurden gleich verstimmt, als Frankreich sich zwei der besten tripolitanischen Oasen genommen hatte. Die Franzosen ihrerseits waren besorgt, daß ihr zum größten Teile von Italienern bevölkertes Tunis durch die imperialistische Stimmung beeinflußt würde, welche damals unter allen Italienern herrschte. Dazu kamen Beschlagnahmen französischer Dampfer durch italienische Kriegsschiffe, weil sie Bannware von Marseille nach Tunis gebracht hatten,

die von dort über Land zur Unterstützung der Türken und Senussi nach Tripolitanien gebracht werden sollte. Die Beschlagnahmen erregten großen Zorn in der französischen Presse, der neue Ministerpräsident, Poincaré, hielt drohende Reden, und gerade damals wurde die gesamte französische Flotte ins Mittelmeer gelegt unter ausdrücklicher Betonung, das geschehe um Italiens willen. In der französischen Kammer erklärte der Berichterstatter für den Marineetat, daß die französische Flotte stets an Ort und Stelle stark genug sein müsse, um die italienische innerhalb eines Zeitraumes von 40 Minuten zusammenschießen zu können. Die Mißstimmung dauerte nicht lange.

Die inneren Gründe dieser Episode sind noch nicht ganz klar, aber der Zweck scheint Einschüchterung Italiens gewesen zu sein. Sie wäre gelungen gewesen. In Italien hielt man das englisch-französische Übergewicht zur See für unwiderstehlich. Gerade in den Jahren 1912 und 1913 schien es damals aber, als ob zur See sich eine hoffnungsvolle Änderung der italienischen Politik anbahnen sollte. Der Minister des Auswärtigen, San Giuliano, erklärte zu Anfang des Jahres 1913 in der italienischeg Kammer: „Italien und Österreich-Ungarn sind in Übereinstimmunn darüber, daß der gegenwärtige Zustand in der Adria und im Mittelländischen Meere erhalten werde. Keine Macht darf jetzt oder in Zukunft das Meer „mare nostro" nennen. Es muß vielmehr das freie, allen Nationen gemeinsame Feld bleiben. Bei Veränderungen muß Italien gefragt werden."

Nach den Erfahrungen des Krieges kann man in Zweifel sein, welches der Hintergedanke dieser Äußerungen gewesen ist, und ob besonders ihr letzter Teil sich nicht auf Albanien bezogen und eine leise Drohung an den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen bedeutet habe. Damals legte man es als das Gegenteil aus und glaubte sich um so mehr dazu berechtigt, als San Giuliano wiederholt betont hatte, Österreich-Ungarns und Italiens Interessen im und am Adriatischen Meere seien die gleichen, eine adriatische Frage sei nicht vorhanden. In demselben Jahre ist allem Anscheine nach von der deutschen Seite aus versucht worden, eine maritime Annäherung womöglich in Gestalt einer Konvention zwischen Italien und Österreich-Ungarn anzubahnen. Österreich-Ungarn verhielt sich mißtrauisch und ablehnend und hat, wie die Folge gezeigt hat, Recht behalten. Auf der deutschen Seite glaubte man Grund zu größerem Vertrauen denn je zu Italien zu haben, und die Italiener haben auf alle Fälle ihre Rolle ausgezeichnet gespielt. Im Jahre 1913 nahm der italienische Admiral, der Herzog der Abruzzen, an den deutschen Flottenmanövern teil, und der italienische Generalstabschef, General Pollio, soll sich für den Fall eines Krieges zu aktiver Hilfeleistung gegen Frankreich bereit erklärt haben. Er starb nicht lange vor dem Kriege, und es ist müßig, zu

erörtern, ob sonst die Entscheidung Italiens anders ausgefallen wäre. Man darf das kaum annehmen.

Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter legten besonderen Wert auf die Pflege der Beziehungen zu Italien und wurden darin von dem späteren Staatssekretär, dem damaligen Botschafter v. Jagow, verständnisvoll unterstützt. Diese Politik war richtig und zeitigte, wie gesagt, auch Erfolge. Ob diese auch damals nur scheinbarer Art waren, läßt sich nicht feststellen, überhaupt ruht ein Schleier über den damaligen Beziehungen und der Arbeit an ihrer Ausgestaltung. Als im Frühjahr 1912 der Deutsche Kaiser in Venedig mit Viktor Emanuel zusammentraf, verlief dieser Besuch mit einer Intimität, wie noch nie zuvor, und anläßlich eines Besuches des deutschen Kronprinzen beim König von Italien soll der König diesem mit Nachdruck erklärt haben, daß man im Kriegsfalle die italienische Bündnispflicht sehr ernst nehmen werde. Der Eindruck besonders vertrauensvoller Intimität der beiden Mittelmächte mit Italien wurde dadurch erhöht, daß der Dreibundvertrag anstatt 1914, wie es terminmäßig gewesen wäre, im Dezember 1912 erneuert wurde. Der eigentliche Zweck der italienischen Regierung war wohl, eine gewisse Garantie für den Besitztitel Tripolitaniens zu erhalten. Man hatte erst einen kleinen Teil des Gebietes erobert, und der weitere Verlauf der tatsächlichen Besitznahme drohte sich unendlich hinzuziehen. Die italienische Regierung hatte aber die Angliederung schon längst ausgesprochen und wünschte um so mehr Rückhalt an ihren beiden Bundesgenossen. Deutscherseits ist damals mit Recht bestritten worden, daß eine formale Einbeziehung Tripolitaniens in den Dreibundvertrag erfolgt sei, aber man hat wahrscheinlich entsprechende Zusicherungen außerhalb des Bündnisvertrages gegeben. Italien legte besonderen Wert auf diesen Punkt, und die beiden Mittelmächte wünschten eine frühere und demonstrative Erneuerung des Dreibundvertrages, denn eine solche erschien ihnen angesichts der Weltlage zweckmäßig. Erwägt man im ganzen die damaligen Verhältnisse, so weit sie bekannt geworden sind, so fällt es trotz alledem schwer, zu glauben, daß man in Rom lediglich Spiegelfechterei getrieben habe. Die bündnisfreundlichen Kundgebungen zwischen dem Deutschen Reich und Italien waren in jener Zeit gehäufter denn je, während man in Italien und Österreich-Ungarn im Ausdrucke des alten gegenseitigen Hasses ebensowenig wie früher zurückhielt. In Berlin war man von der Aufrichtigkeit der italienischen Bundestreue überzeugt und baute, wie gesagt, besonders auf den damaligen Chef des Generalstabes, General Pollio. Wie weit das Zusammenarbeiten der beiden Generalstäbe gegangen ist, wissen wir nicht, jedenfalls handelte es sich um eine ganz auffallende, vorher nicht dagewesene Intimität. Es ist kaum anzunehmen, daß die Leiter Italiens hierbei nur an erhöhte

Möglichkeit eines erfolgreichen Verrates gedacht hätten, wenn freilich nicht in Abrede gestellt werden soll, daß man nachher, also seit dem August 1914, die damals erworbene militärische und politische Wissenschaft für den Verrat benutzt habe. Politische und diplomatische Dreibundgeheimnisse sind in Rom übrigens immer schlecht aufgehoben gewesen. Alles in allem muß die Aktion der Entente sich eben doch wirksamer als die deutsche erwiesen haben. Die doppelte Natur des italienischen Spiels im allgemeinen war traditionell und muß als solche eigentlich auch der berliner Regierung bekannt gewesen sein. Sie hoffte den Westmächten den Rang abzulaufen, glaubte die tripolitanische Affäre dazu benutzen zu können und irrte sich, ebenso wie der Verfasser dieses Buches damals die Wege der italienischen Politik anders eingeschätzt hat, als sie waren. Immerhin ist ein Vorfall, welcher der Öffentlichkeit erst während des Krieges mitgeteilt worden ist, der deutschen Regierung damals bekannt gewesen und hätte sie bedenklich, auch mißtrauisch und vorsichtig machen müssen.

Im Dezember 1914 las der italienische Ministerpräsident Giolitti in der Kammer einen Depeschenwechsel vor, der zwischen ihm und dem damaligen Außenminister San Giuliano im Sommer 1913 stattgefunden hatte. Der Ministerpräsident hatte seinem Minister u. a. die Depesche gesandt: „Geht Österreich gegen Serbien vor, so ist evident, daß der Bündnisfall nicht vorliegt. Dieses würde vielmehr eine Aktion auf eigene Rechnung sein, da es sich nicht um Verteidigung handelt und niemand daran denkt Österreich anzugreifen. Ich halte für notwendig, dieses in formellster Weise Österreich gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Hoffentlich gelingt es Deutschland, Österreich von diesem höchst gefährlichen Abenteuer abzubringen."

Diese Angaben haben den damaligen Tatsachen entsprochen. Es handelte sich darum, daß Österreich-Ungarn den serbischen Widerstand, das albanische Gebiet zu räumen, benutzen wollte, um ein für allemal die serbische Frage zu erledigen, auch allen serbischen Ansprüchen auf einen Hafen am Adriatischen Meer ein Ende zu machen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich damals offenbar an die Bundesgenossen mit dem Ansinnen gewandt, aus dem beabsichtigten Unternehmen gegen Serbien eine gemeinsame Sache des Dreibundes zu machen. Man hielt den Augenblick für günstig, hoffte wohl auch, und mit Recht, auf starke Sympathien bei Bulgarien, glaubte, daß die Entente ruhig bleiben und im besonderen Großbritannien durch das Deutsche Reich in der Neutralität gehalten werden würde. Im übrigen ist der Schleier, der über jenen Vorgängen liegt, noch nicht gelüftet worden, und man muß sich auf die von Giolitti angegebenen Tatsachen beschränken. Die deutsche Sammlung der belgischen

Gesandtenberichte gibt gerade über diese wichtige Episode keinen Aufschluß. Sicher ist, daß die deutsche Politik damals für das österreichisch-ungarische Abenteuer nicht zu haben war, das geht auch aus der Depesche Giolittis hervor. Die deutsche Politik hat bis 1913 einschließlich derartigen österreichisch-ungarischen Wünschen Widerstand geleistet. In Wien ging man von der Auffassung aus, daß es ein Akt vorbeugender Selbstverteidigung sei, das durch die Balkankriege an Macht und Angriffslust so gewachsene Serbien aus Albanien mit Gewalt zu vertreiben und es gleichzeitig niederzuschlagen. Dieser Gedanke war bis zu einem gewissen Grade begreiflich, aber unbegreiflich, wie man glauben konnte, Italien und gerade damals auch Deutschland für den Gedanken zu gewinnen. Die italienische Absage, wie sie aus der Depesche Giolittis hervorgeht, war vom italienischen Standpunkte aus korrekt und auch im Sinne des Bündnisvertrages, soweit er bekannt ist, sachlich zutreffend.

Vom Standpunkte der Vorgeschichte des Krieges gesehen, ist zweierlei in dem Vorgange von Bedeutung, als Tatsache und als Frage. Die Tatsache war das in der Geschichte des Dreibundes wohl ohne Vorgang dastehende Ereignis, daß ein Glied des Dreibundes zu gemeinsamer kriegerischer Aktion aufgefordert und ein anderes sich „in formellster Weise" dem Unternehmen versagt hatte. Und dieses Ereignis begab sich zu einer Zeit, gerade als der Dreibund gefestigter denn je zuvor erschien. Freilich muß hier bemerkt werden, daß die Entente in ihrer Presse sich über die auffallende Intimität des Dreibundes im Jahre 1913 nicht besorgt zeigte, sondern vielfach sich von der Intimität der deutsch-italienischen Beziehungen eine Einwirkung in friedenerhaltendem Sinne auf Österreich-Ungarn versprach. Bei den nicht eben Frieden erhaltenden Tendenzen der Entente ist vielleicht anzunehmen, daß diese Phrase nur ein Deckmantel für die Genugtuung war, daß das italienisch-deutsche Verhältnis den Westmächten die Gelegenheit gab, über die Politik der Mittelmächte stets genau unterrichtet zu werden. Das bedeutende Ereignis aber war die italienische Absage an den Dreibund. Zweifellos ist sie den Kabinetten in London und in Paris bekannt geworden und mußte ihnen für die Folge ungemein wertvoll sein. Man wußte nun, daß Italien unter keinen Umständen mit seinen Bundesgenossen gehen würde, wenn ein Konflikt auf der Balkanhalbinsel Anlaß zu einem großen Kriege gäbe, und, da es dann auf die Dauer nicht neutral bleiben könnte, an die Seite der Entente ganz von selbst gezwungen werden würde.

Im gleichen Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß auch im Sommer 1913 eine französische Militärmission mit dem Generalstabschef General Joffre an der Spitze nach Petersburg geschickt war, um dort den Stand der russischen Rüstungen und die Bereitschaft der russischen

Armee zu prüfen. Es handelte sich dabei nicht nur um die Armee selbst, sondern auch besonders um den Ausbau des strategischen Eisenbahnnetzes in Polen, welches für eine russische Offensive gegen Deutschland zu dienen bestimmt war. Eben damit wurde die Bedingung einer neuen russischen Anleihe in Paris verknüpft. Rußland fügte sich der französischen Bedingung, und noch im Spätherbst des gleichen Jahres wurde die Anleihe durch den russischen Ministerpräsidenten Kokowzow zum Abschluß gebracht.

Die Frage, welche sich aus jener Depesche des italienischen Ministerpräsidenten Giolitti ergibt, ist: Wie konnte man im Jahre 1914 auch nur einen Augenblick mit italienischer Bundeshilfe oder auch nur Neutralität in dem Großen Kriege rechnen? Die Absage Italiens im Hochsommer 1913 hätte eine Warnung ernstester Art für Österreich-Ungarn bilden müssen, seine serbische Politik entsprechend einzurichten, für das Deutsche Reich, seine Intimität mit Italien gewisse Einschränkungen erfahren zu lassen, außerdem auf die österreichisch-ungarische Balkanpolitik ein wachsames Auge zu behalten und sich selbst nicht in Zwangslagen bringen zu lassen. Die römischen Staatsmänner werden sich über die Bedeutung ihrer Absage an den Dreibund im Hochsommer 1913 vollkommen klar gewesen sein, über die praktische, wie die grundsätzliche. Sie wußten und sahen, mit welchem Hochdruck und Zielbewußtsein die Tripleentente den Krieg gegen die Mittelmächte vorbereitete, sie hatten, wie im vorigen Abschnitt erörtert worden ist, ihre Balkanpolitik auf der Seite und im Sinne der Westmächte und Rußlands geführt, sie hielten die Macht der Tripleentente für überlegen, wußten, daß sie die alten Ziele Italiens: das Trentino, Triest, Südalbanien begünstigen würde, und bereiteten durch jene Absage an den Dreibund wahrscheinlich zielbewußt den späteren Verrat vor. Diese Episode bildet mithin einen sehr wichtigen Punkt in der Vorgeschichte des Krieges.

Herr v. Bethmann Hollweg und die übrigen deutschen Staatsmänner bauten trotz der immer drohender und schwüler werdenden Lage in Europa immer noch fest auf die freundschaftliche Gesinnung und die Loyalität Sir Edward Greys. Einen gewissen Stoß erhielt dieser Glaube allerdings um die Jahreswende 1913/14. Damals schickte die deutsche Regierung im Dezember eine Militärmission unter Führung des Generals Liman von Sanders nach Konstantinopel. Der Ursprung dieser Mission war der Wunsch der Türkei, nach den Balkankriegen die Armee neu zu organisieren und auf die erforderliche Höhe zu bringen. Die Neuorganisation der türkischen Flotte lag in den Händen eines englischen Admirals, und das dahingehende Abkommen der Türkei mit Großbritannien wurde wesentlich durch Verträge mit einer großen englischen Schiffbaufirma erweitert, welche die sämtlichen türkischen Häfen und Werften für einen langen

Zeitraum pachtete, so die Türkei technisch an Großbritannien auslieferte und dem britischen Elemente überhaupt die tiefsten Einwirkungen gestattete. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn wendeten dagegen nichts ein, obgleich die Nachteile und Gefahren für die Unabhängigkeit der Türkei auf der Hand lagen. Dagegen erhob sich eine lärmende Entrüstung des Dreiverbandes über die deutsche Militärmission, insbesondere darüber, daß General Liman von Sanders Kommandeur des I. türkischen Armeekorps in Konstantinopel werden, somit Kommandogewalt erhalten sollte. Die russische Presse begann eine Hetze von kaum dagewesener Heftigkeit und erklärte, Rußland könne nicht dulden, daß Deutschland in Konstantinopel eine derartige Stellung einnähme und die türkischen Meerengen beherrsche. Gerade dieser Beweisgrund war sachlich um so unzutreffender, als die britische Marinemission das türkische Schiffsmaterial, die Häfen und die Meerengen gewissermaßen unmittelbar beherrschte. Es blieb aber nicht beim Zeitungskriege, sondern die russische Regierung erhob ernsten Einspruch in Konstantinopel, die französische schloß sich selbstverständlich an. Darüber wunderte man sich in Berlin nicht, wohl aber erregte es peinlichste Überraschung, als Sir E. Grey dem Schritte Rußlands und Frankreichs in Konstantinopel beitrat. In den deutschen Kreisen, welche an die vertrauensvolle Verständigung mit Großbritannien glaubten, war die Enttäuschung ziemlich allgemein, man ließ sich aber vom Glauben an die Erfüllung des alten Wunsches nicht abbringen und erblickte in dem Ereignis ein Zeichen der Abhängigkeit der englischen Politik von der russischen. Nun war Rußland zwar der Wortführer und sah sich als den Nächstbeteiligten an, weil der russische Anspruch auf Konstantinopel und die Meerengen geschichtlich und selbstverständlich sei. Außerdem wuchs das russische Machtbewußtsein von Jahr zu Jahr mit dem Fortschritt der Neuorganisation und der Verstärkung der russischen Armee. Die sogenannte Probemobilmachung während der Balkankriege hatte dieses Selbstbewußtsein befestigt, sie hat im Grunde tatsächlich eine überlegte Vorbereitung der Gesamtmobilmachung im Herbst 1914 gebildet und sollte die Probe für den Großen Krieg bilden, dessen Ausbruch man für 1916 annahm, jedenfalls wünschte.

Die deutsche Regierung verhielt sich während der Limankrisis in einer Weise, die man als typisch bezeichnen muß. Die deutschen Staatsmänner hatten dem russischen Ministerpräsidenten Kokowzow, als er auf seiner Anleihereise nach Paris Berlin berührte, die Abmachung mit der Türkei hinsichtlich der Militärmission mitgeteilt, d. h. angedeutet, ihn aber anscheinend nicht vollständig aufgeklärt. Auf die Andeutungen hin hatte der russische Minister, so wurde erzählt, keinen ernstlichen Einwand geäußert. Als nun die Tatsache, wie sie war, bekannt wurde, geriet nicht

nur der Minister, sondern die gesamte russische Öffentlichkeit in Aufregung. Es wird schon richtig sein, was Fürst Lichnowsky erzählt, daß Grey ihm über die russische Stimmung gesagt hat: „Ich habe sie (die Russen) niemals so aufgeregt gesehen". Weiter schreibt Fürst Lichnowsky freilich, Grey sei auf Wunsch Bethmann Hollwegs zur Vermittlung in Petersburg bereit gewesen und habe nicht wenig dazu beigetragen, „die Angelegenheit zu ebnen". Das ist nicht richtig, wenn man nicht das deutsche Nachgeben in der Liman-Angelegenheit als Folge einer „Vermittlung" Greys ansehen will. Außerdem stimmt dazu das Verhalten Greys in Konstantinopel wahrhaftig nicht.

Die deutsche Regierung gab um die Jahreswende 1914 nach: General von Liman erhielt keine Kommandogewalt, sondern wurde Generalinspekteur ohne solche Gewalt, mithin seine Stellung eine ganz andere. Sein Einzug erfolgte im Zeichen einer weit sichtbaren deutschen Schlappe. Die Schroffheit der Gegensätze zwischen dem Deutschen Reiche allein und dem gesamten Dreiverbande in Konstantinopel war in einer Unverhülltheit hervorgetreten, welche die Kriegsgefahr deutlich zum Ausdruck brachte.

Die russischen Staatsmänner, insbesondere Kokowzow, Ssasonow und der neue Botschafter in Berlin, waren besonders gereizt, weil sie glaubten, man habe sie in Berlin übertölpeln wollen. Vielleicht ist das auch die Absicht gewesen, vielleicht wollte man das Abkommen über die Mission mit der Türkei erst ganz perfekt haben und sich dann auf den Standpunkt stellen, nun könne Rußland machen, was es wolle, man würde fest bleiben. Das wäre ein vertretbarer Standpunkt gewesen. Anstatt dessen wurde nach altem Brauche erst aufgetrumpft und dann nachgegeben, wodurch die Mißstimmung in Rußland und bei Rußlands Freunden nicht geringer wurde, sondern man im Gegenteil sagte, Deutschland sei nicht vertrauenswürdig, weiche aber zurück, wenn man fest auftrete. Wahrscheinlich ist die Herrn v. Bethmann Hollweg unerwartete Haltung Englands entscheidend für sein Nachgeben gewesen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß man in Berlin zunächst, auch noch nach der Teilnahme Greys an dem Konstantinopler Schritte, entschlossen war festzubleiben. Über Weihnachten kam auf einmal der Gegenentschluß, nicht fest zu bleiben. Die Politik war mithin in jedem Sinne unrichtig: man hätte entweder gleich Herrn Kokowzow reinen Wein einschenken, auch England unterrichten und dann, wenn man es auf diese Gegnerschaft nicht ankommen lassen wollte, den Plan still begraben sollen. Oder aber man mußte einfach durchhalten. Der Mittelweg war zweckwidrig, schärfte die Gegensätze und ergab Mißerfolg in jeder Hinsicht. Damals trat zum erstenmal in solcher Schärfe der fanatische Haß des russischen

Panslawismus gegen Deutschland und die deutsche Orientpolitik im besonderen öffentlich hervor. In den maßgebenden deutschen Kreisen war man aber nicht geneigt, den Ernst dieses Hasses und den großen Einfluß derjenigen russischen Kreise, welche seine Träger waren, zu erkennen und richtig zu werten. Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, dachte gering von der russischen Macht und Bereitschaft und hat, wie vorgreifend bemerkt sei, auch in den entscheidenden Wochen des Jahres 1914 gering davon gedacht. Er war, wiederum ein typischer Zug der meisten Auslandvertreter deutscher Politik, nicht unterrichtet.

Zu allem kam das Vertrauen der deutschen Regierung, auch des Deutschen Kaisers, auf den Verlauf und die vermeintlichen Folgen der vorjährigen Zusammenkunft zu Baltischport im Sommer 1912. Bei dieser Zusammenkunft waren Herr v. Bethmann Hollweg und Herr Kokowzow im Gefolge ihrer Monarchen. Man maß den Unterredungen öffentlich eine ungemeine Bedeutung bei, und auf beiden Seiten wurde alles getan, um diesen Eindruck zu verstärken. Schon die bei solchen Gelegenheiten üblichen Communiqués der beiden Regierungen waren ungewöhnlich bemerkenswert. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sagte: „Die Zusammenkunft hat auf beiden Seiten den Willen befestigt, dauernde Fühlung zwischen Deutschland und Rußland in den großen Tagesfragen zur Wahrung des europäischen Friedens zu unterhalten. Das russische Organ sagte: „Der Gedankenaustausch ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehenden altehrwürdigen Überlieferungen hochzuhalten. Die Begegnung soll keine Änderung in der Gruppierung der europäischen Mächte herbeiführen, deren Wert für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Friedens sich erprobt hat. Sie bezeigt aber einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland; anderseits ist sie ein beredter Ausdruck der friedlichen Grundrichtung, welche die Politik beider Reiche gleichmäßig bestimmt".

Das waren starke Worte. Besonders mußte auffallen, daß die russische Mitteilung feststellte: der Wert auch der Tripleentente für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Friedens habe sich erprobt. Derartige Communiqués werden von beiden beteiligten Regierungen gebilligt, Herr v. Bethmann Hollweg beging also den Fehler, der Tripleentente eine Frieden erhaltende Wirkung öffentlich und amtlich zuerkennen zu lassen, während er und die Welt das Gegenteil wußten. Sein Fehler wurde in der Presse der Entente sofort eifrig ausgebeutet und die deutsche Regierung darauf festgelegt: nunmehr könne sie nicht mehr von Einkreisung und Ähnlichem sprechen. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter

war zu Hause geblieben, wie er sagte, auf den Wunsch des Kanzlers, welcher besonderen Wert darauf legte, bei derartigen Gelegenheiten allein die auswärtigen Angelegenheiten des Deutschen Reiches zu bestimmen und zu repräsentieren. Der Staatssekretär war außer sich über die Communiqués und verspottete sie bitter. Er hielt die Aufmachung jener Zusammenkunft durch die russischen Staatsmänner für einen Bluff und eine Irreführung und fürchtete Schaden in Gestalt von deutschen Illusionen. Es ist auch heute interessant, festzustellen, daß außer dem Staatssekretär in Deutschland gerade der Alldeutsche Verband eindringlich auf den Betrug von Baltischport an der Hand seiner in Rußland befindlichen Vertrauensmänner hinwies und öffentlich warnte, die wachsende russische Feindschaft gegen Deutschland zu verkennen. In der Tat hat es sich um eine Irreführung des Deutschen Kaisers und des wie immer blind vertrauenden Kanzlers gehandelt.

Es war natürlich, daß trotz mancher unliebsamer Erfahrungen man in Deutschland, auch in der Presse, soweit sie nicht aus innerpolitischen Gründen gegen den „Zarismus" russenfeindlich war, immer wieder nach Kräften versuchte, auf ein freundliches Verhältnis zwischen den beiden festländischen Nachbarmächten hinzuwirken. Auch der Verfasser hat dieser Richtung angehört, und es ist natürlich, daß Äußerungen, wie die von Baltischport, dienen mußten, um der deutschen Öffentlichkeit die Hoffnung wach zu halten, es werde sich doch vielleicht einmal ein realeres Verhältnis herstellen lassen. In Wirklichkeit ist es zu spät dafür gewesen, der allgemeine, nicht an bestimmten Termin gebundene Kriegsplan der britisch geleiteten Koalition war fertig und in Rußland volkstümlich, die russische Parole war: über Berlin nach Wien und nach Konstantinopel. Bedenkt man das, so tritt die Blindheit des deutschen Reichskanzlers im Balkankriege und in der Angelegenheit der Militärkommission in Konstantinopel wieder in helles Licht.

Der Zusammenkunft von Baltischport folgte ein Besuch des damaligen französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Petersburg. Er hatte weit realere Zwecke und Ergebnisse. Folgerichtig stellte die russische Presse diesen Besuch als bedeutungslos dar.

Wiederum kurz darauf schickte die japanische Regierung einen Staatsmann, Fürst Katsura, nach Petersburg, um über ostasiatisches Vorgehen mit der Spitze gegen China ein gemeinsames Einverständnis zu erzielen. Man hoffte in Deutschland vielfach, daß sich hieraus ein russisch-japanischer Gegensatz gegen Großbritannien ergeben werde und in weiterer Folge vielleicht eine deutsch-russisch-japanische Annäherung.

* * *

Die Unfruchtbarkeit der deutsch-japanischen Politik ist schon vor dem Kriege in Deutschland ein Gegenstand des Bedauerns und der Verwunderung gewesen. Dieses Kapitel ist, jedenfalls in seinen neueren Einzelheiten, noch recht unbekannt. Von seiten der deutschen Politik und Diplomatie lag auch wenig Anlaß vor, es aufzuhellen. Wir wollen gleichwohl versuchen, einen ungefähren Überblick zu gewinnen.

Im Jahre 1895 griff das Deutsche Reich vereint mit Frankreich und Rußland in Ostasien gegen Japan ein, nachdem es eben im Kampfe gegen China siegreich gewesen war. Der Druck dieser drei Mächte brachte Japan um den größten Teil der Früchte seiner Siege. Die Japaner haben dem Deutschen Reiche diesen Eingriff niemals vergessen. Er war ihnen um so empfindlicher und überraschender, als Japan bis dahin mit Deutschland nicht allein politisch in guten Beziehungen gelebt hatte, sondern weil sich auch eine ungewöhnlich enge Fühlung mit lebhaften und freundlichen Beziehungen durch die Tätigkeit der deutschen Militärinstruktoren in Japan, durch die in Deutschland weilenden zahlreichen japanischen Offiziere und Studenten entwickelt hatte.

Der alte Bismarck mißbilligte das deutsche Auftreten gegen Japan und glaubte, daß die deutsche Politik richtiger gehandelt haben würde, wenn sie sich zurückgehalten hätte. Deutsche Aktivität im Fernen Osten sei nicht notwendig gewesen. Der große Staatsmann wies außerdem darauf hin, daß die Mißstimmung Japans schwerer ins Gewicht fallen werde als die Vorteile, welche Deutschland durch jene Aktion erhielte. Diese Auffassung hat sich leider als richtig bewährt. Die Gründe, welche für den Schritt der deutschen Politik maßgebend waren, dürften verschiedener Art gewesen sein: in erster Linie stand die Besorgnis, daß Japan einen zu großen Einfluß politischer und wirtschaftlicher Natur auf China und die chinesischen Angelegenheiten gewinnen könne. Die leitenden Kreise in Deutschland legten den größten Wert auf Erhaltung der Freiheit des chinesischen Marktgebietes. Die wirtschaftspolitischen Pläne, welche in dieser Richtung lagen, sind vielleicht maßgebend gewesen. Zur Überschätzung Japans als wirtschaftlichen Konkurrenten in China kam die Unterschätzung seiner Entwicklungsfähigkeit als Macht. Ob damals schon der Gedanke an eine pachtweise Fußfassung an der chinesischen Küste vorschwebte, ist mir nicht bekannt geworden. Möglich bleibt es immerhin, und man glaubte auch hier im Verein mit Rußland am besten zum Ziele gelangen zu können.

Die Besetzung und Pachtung des Gebietes von Kiautschou war von Japan aus gesehen eine unfreundliche Handlung. Dieser Eindruck mußte schon durch die Art der Pachtung hervorgerufen werden: sie erfolgte auf der Grundlage des deutsch-russischen Zusammen-

gehens in Ostasien. Rußland aber erschien bereits damals den Japanern und war es auch, als der Todfeind, welcher durch seine Expansion in der Mandschurei, in Korea und auf der Halbinsel Kwantung zu Lande und an den Küsten herrschen, Japan auf die Rolle einer Nurinselmacht beschränken wollte. Zeitlich ging die Pachtung von Kiautschou der Besetzung von Port Arthur voraus, und so war auch nach außen hin der Eindruck bestimmend, daß die Initiative zu einer Beeinträchtigung Japans auf dem ostasiatischen Festlande gerade vom Deutschen Reiche ausgegangen sei. Unnötig ist zu sagen, daß man von Großbritannien aus das Erforderliche getan hat und ebenso von den Vereinigten Staaten aus, um Japan gegen Deutschland zu hetzen und die deutsche Politik in gehässigem Sinne zu schildern.

Kiautschou wurde nicht als starke Seefestung und Landfestung ausgebaut, sondern als Handelsplatz. Man mag die Frage zuerst, vielleicht auch später noch erörtert haben, ob es nicht doch richtig sei, Kiautschou zu einem „zweiten Port Arthur" zu machen. Der Gedanke lag nahe, und die Gefährdung des von Deutschland aus nicht im mindesten zu schützenden Platzes lag auf der Hand. Man hat vom Befestigungsplane Abstand genommen, sich auf ein ganz geringes Maß beschränkt und damit vielleicht das Richtige getan. Schon der Akt einer Befestigung im großen Stile würde die japanische Stimmung aufs äußerste erregt haben, und es ist wahrscheinlich, daß Japan und Großbritannien eine solche Befestigung und Ausgestaltung gar nicht geduldet haben würden. Sie hatten es in der Hand. Man könnte im Gegenteil daran zweifeln, ob es nicht besser gewesen wäre, Kiautschou überhaupt ohne Befestigungen zu lassen und es höchstens gegen Handstreiche bei etwaigen Unruhen in China zu sichern. Das sind politisch heute müßige Betrachtungen, aber vielleicht insofern lehrreich, als sie zeigen könnten, daß es in solchen Fällen mit der „richtigen Mittellinie" selten etwas wirklich Richtiges auf sich hat. Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen daß man in Deutschland nach Eintritt Japans in den Krieg der deutschen Regierung zum schweren Vorwurf gemacht haben würde, Kiautschou gar nicht befestigt zu haben. Vorwürfe sind tatsächlich erhoben worden, daß die Befestigung nicht stärker und umfangreicher gewesen sei. Wäre das der Fall gewesen, so würde die japanische Belagerung entsprechend länger gedauert haben, aber das wäre alles gewesen.

Kiautschou war außerhalb jeder Möglichkeit deutschen Schutzes bei internationalen Verwicklungen. So war, um eine Katastrophe zu verhüten, einmal der Weg gewiesen, den Platz möglichst wenig zum Stein des Anstoßes für andere Mächte zu machen. In einer Beziehung war und blieb das aber ausgeschlossen. Kiautschou sollte ein Einfallstor des

deutschen Handels nach dem chinesischen Markte werden, das war der Zweck der Pachtung, der einzige auch, der den Schritt rechtfertigen konnte. Der chinesische Markt aber bildete gleichzeitig das Ziel der Wirtschaftspolitik und des Handels von Japan, von Großbritannien, von den Vereinigten Staaten und von Frankreich, nicht zu reden von der Machtexpansionspolitik Rußlands, welche freilich auch, man braucht nur an den Hafen von Dalni zu erinnern, derartige Pläne verfolgte. Bewährte sich Kiautschou für den deutschen Handel, so mußte in ebenso entsprechendem Wachsen die Handelseifersucht der genannten Mächte einsetzen. Und das war auch der Fall. Kiautschou wurde als Handelshafen und als wirtschaftliche Einfallspforte nach China mustergültig ausgebaut, und der Handel bewegte sich in dauernd aufsteigender Linie. Insofern stimmten alle deutschen Berechnungen, wuchs aber auch die Gefahr für den Platz. Sie stieg noch mehr, nachdem Japan durch den Sieg über Rußland zur uneingeschränkten Beherrscherin der ostasiatischen Gewässer geworden war. Die japanische Stimmung wurde damals aus noch einem Grunde gegen Deutschland erbittert. Die Japaner hatten trotz ihres siegreichen Kampfes gegen die Russen im Friedensschluß von Portsmouth keine Kriegsentschädigung erhalten, obgleich das damals arme Land auf das dringendste einer solchen bedurfte. Die Vereinigten Staaten und England hatten es verhindert, aber der amerikanische Präsident hatte geschickt verstanden das Deutsche Reich, im besonderen den Deutschen Kaiser, vorzuschieben und es so hinzustellen, als ob es den Bemühungen des Deutschen Kaisers zuzuschreiben gewesen sei, daß Japan gezwungen worden wäre, seinen siegreichen Feldzug in der Mandschurei abzubrechen und Friedensverhandlungen einzuleiten. Daneben erinnerte man sich wieder an das deutsche Eingreifen im Jahre 1895. Die späteren Ententemächte und die Vereinigten Staaten ließen auch keine Gelegenheit unbenutzt, auf das vom Deutschen Kaiser um 1900 entworfene Bild mit der Unterschrift: „Völker Europas! wahret eure heiligsten Güter" hinzuweisen. Dieses Bild zeigte in allegorischer Darstellung, wie das Deutsche Reich die übrigen europäischen Mächte auf die „gelbe Gefahr" hinwies und zu ihrer Bekämpfung aufforderte.

Um Kiautschou zu halten, gab es für das Deutsche Reich nur ein einziges Mittel: das war eine Übereinkunft oder ein Abkommen mit Japan. Dann wäre Kiautschou gesichert gewesen. Natürlich wirft sich hier die Frage auf, ob ein solches Abkommen im Bereich der Möglichkeit stand. Das mag in den verschiedenen Perioden während der anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege verschieden gewesen sein. An eine Unmöglichkeit zu glauben, fällt aber schwer.

In Japan haßte man seit dem Abschluß des Krieges gegen Rußland die

Vereinigten Staaten. Sie, an der Spitze der Präsident Roosevelt, hatten bei den Verhandlungen die russische Politik entschieden und geschickt unterstützt, und die amerikanische Presse hatte kein Hehl aus dem Grundsatze gemacht, man müsse unter allen Umständen verhindern, daß Japan „zu sehr siege". Japan sei der zukünftige Feind der Vereinigten Staaten auf dem Stillen Ozean und dem ostasiatischen Markte, und die japanische Einwanderung auf dem amerikanischen Kontinent sei eine Zukunftsgefahr. Gerade diesem Feinde Japans aber versuchte Deutschland sich mit wachsender Beflissenheit anzunähern.

Es ist verständlich, daß man in Japan die deutsche Politik auch insofern mit Mißtrauen betrachtete, außerdem tatsächlich geglaubt hat, das Deutsche Reich versuche die angelsächsischen Mächte zu einem Zusammengehen gegen Japan zu veranlassen, jedenfalls eine derartige Politik nach Möglichkeit vorzubereiten. Darüber, daß Großbritannien von derartigen Plänen himmelweit entfernt war, gab man sich keinem Zweifel hin, registrierte aber die Tendenz der deutschen Politik. In den Jahren 1907 und 1908 wurde dieses Gefühl in Japan noch gestärkt durch die Veröffentlichung des Daily Telegraph über Äußerungen des Deutschen Kaisers, welche versuchten, die britischen Staatsmänner auf ein Zusammengehen der deutschen und der englischen Flotte im Fernen Osten, also gegen Japan, hinzuweisen. Ein veröffentlichter Brief des Kaisers an den damaligen Ersten Lord der Admiralität, Lord Tweedmouth, schlug dasselbe Thema an, wenn auch nur in allgemeinen Wendungen.

Die Berührungspunkte zwischen Deutschland und Japan, die vor 1895 so hoffnunggebend gewesen waren, wurden im Laufe der Jahre immer spärlicher Die Japaner sahen Deutschland immer auf der Seite ihrer Gegner: zunächst mit Rußland und Frankreich, Japan um den Siegespreis des Krieges gegen China bringend, dann im Boxerkriege in enger Anlehnung an Rußland und in häufig hervortretendem Gegensatz zu Japan. Die damalige internationale Aktion um die Jahrhundertwende auf dem chinesischen Festlande stand unter deutscher Führung, und so wurde diese für den Japaner zum Sinnbild der europäischen Einmischung in asiatische Dinge, welche Japan als seine eigene Domäne, jedenfalls als die seiner Zukunft, betrachtet wissen wollte. In der Tat war auch die Rechnung einfach: je stärker das europäische Gewicht in Ostasien, desto leichter wurde eben dort das japanische. Fürst Bülow hatte unter deutlicher Beziehung auf das chinesische Reich das Wort vom „Teilen des Kuchens" gesprochen, zahlreiche deutsche Stimmen hatten sich in ähnlichem Sinne ausgedrückt und der Auffassung Ausdruck gegeben, daß das Chinesische Reich auseinanderfallen und dann in eine Anzahl von Interessengebieten der Mächte zerlegt werden würde. Nach

dem Boxerkriege zeigte sich, daß die Hoffnung nicht in Erfüllung ging. Dagegen entstand das japanisch-englische Bündnis und unter Vortritt der britischen Politik eine Reihe internationaler Abkommen, welche die Integrität des chinesischen Gebietes als Verpflichtung erklärten. Das Deutsche Reich aber verkündete durch den Mund des Kanzlers, daß es die Mandschurei nicht mit zu „China" rechne und keinerlei Interesse daran habe, was Rußland mit der Mandschurei mache. Rußland war damals die drohende Gefahr und der Todfeind für Japan!

Nachdem der Krieg beendet war und sein Ausgang die ostasiatischen Verhältnisse völlig verändert hatte, änderte sich auch die deutsche Politik und trat mit steigendem Nachdruck für die Unverletzlichkeit Chinas ein, mit der leicht erkennbaren Spitze gegen Japan als den Bedroher der chinesischen Unabhängigkeit und Integrität. Hier war die Einwirkung der Vereinigten Staaten in Berlin gerade in diesem Sinne eine starke, gelegentlich eine bestimmende. Wie an anderer Stelle gezeigt worden ist, verschärfte und spannte sich das amerikanisch-japanische Verhältnis in den Jahren nach dem russisch-japanischen Kriege. Die japanische Einwanderungsfrage führte mehrere Male zu scharfen Krisen, und die große Flottenfahrt der amerikanischen Geschwader um Südamerika herum im Jahre 1908 warf trotz des nachher erfolgenden Status quo-Abkommens ein scharfes Licht auf das Verhältnis der beiden Mächte. Als einige Jahre später Japan und Rußland große Eisenbahnpläne in China durchführen und die Mandschurei in gewissem Sinne neutralisieren wollten, traten die Vereinigten Staaten ihnen entgegen, und das Deutsche Reich stand auf der amerikanischen Seite.

Unverändert stand deutscherseits die Hoffnung auf wachsendes Eindringen des deutschen Handels in den chinesischen Markt. Man sah sich in diesem Bestreben eins mit den Vereinigten Staaten und glaubte, auf eine „gemeinsame Konkurrenz" sei gemeinsames Vorgehen auch politisch und finanziell zu gründen. Man dachte, hierfür die Verewigung des Gegensatzes zu Japan mit in Kauf nehmen zu müssen und zu können. Die Vereinigten Staaten waren besonders zufrieden, einen derartigen Vorspann zu haben, und sie unterließen niemals, die Träger der deutschen Politik und Wirtschaft darauf aufmerksam zu machen, von wie ungeheurer Wichtigkeit die Integrität Chinas für das Deutsche Reich sei und wie groß die Gefahr, welche eben dieser Integrität von Japan drohe. In diesem Sinne hat besonders der bekannte Newyorker Bankmann Jakob Schiff gewirkt, welcher in Berlin, zumal auch beim Deutschen Kaiser, sich größten Vertrauens erfreute. Es ist ohne weiteres verständlich, wie viel den Vereinigten Staaten daran liegen mußte, Japan und das Deutsche Reich auseinander zu halten. Man erkannte in Washington, was in Berlin

leider nicht erkannt worden ist, wie sehr im Grunde gerade Japan und das Deutsche Reich aufeinander angewiesen waren.

Wie alle politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen sich letzten Endes geographisch begründen, so ist es auch hier der Fall. Die seefahrende Festlandmacht Deutschland und die überseeische Inselmacht Japan hätten einander beinahe in allen wichtigen Beziehungen ergänzt. Ihre Einigung im ostasiatischen Bereiche wäre ebenso natürlich gewesen wie die über die europäische Politik. Die beiden Mächte waren für eine gegenseitige Rückendeckung prädestiniert. Diese wäre mit dem Augenblicke automatisch eingetreten und dauernd vorhanden gewesen, wo Japan und das Deutsche Reich zu einem Abkommen gelangten. So gesehen, hatte Japan das größte Interesse an einer starken deutschen Flotte und einem Wachsen der deutschen Seemacht überhaupt. Im gleichen Maße würde die japanische Abhängigkeit von Großbritannien abgenommen haben und die japanische Stellung den Vereinigten Staaten gegenüber stärker geworden sein.

Derartige Überlegungen mußten sich besonders aufdrängen, nachdem Japan von den beiden angelsächsischen Mächten im Friedensschluß des japanisch-russischen Krieges nicht nur um die Kriegsentschädigung gebracht worden war, sondern als ein Verbündeter Großbritanniens angesehen wurde, dem gegenüber eine Politik angezeigt erschien, die darauf gerichtet war, ihn niederzuhalten und nicht aus der Geldsorge herauskommen zu lassen. Die vereinte angelsächsische Politik ging außerdem folgerichtig darauf aus, eine gemeinsame politische Front Japan gegenüber herzustellen. Der entscheidende Schritt hierzu wurde 1912 durch die Neugestaltung des britisch-japanischen Bündnisvertrages getan. Darin war festgelegt worden, daß der wichtigste Teil der Bündnispflicht, nämlich die Waffenhilfe, fortfiel, sofern der andere Bundesgenosse mit dem Feinde des einen im Verhältnis eines Schiedsvertrages stände. Großbritannien und die Vereinigten Staaten aber hatten eben vorher einen Schiedsvertrag miteinander geschlossen, folglich bedeutete die Revision des britisch-japanischen Bündnisvertrages, daß Japan in einem Kampfe mit den Vereinigten Staaten keine Bündnishilfe von seiten des britischen Bundesgenossen zu gewärtigen habe. Schon vor der Vertragsänderung stand freilich de facto außer Zweifel, daß im Falle eines japanisch-amerikanischen Konfliktes Großbritannien unter keinen Umständen auf Japans Seite stehen würde. Weit wahrscheinlicher wäre gewesen, daß die angelsächsischen Mächte sich dann gemeinsam auf den japanischen Nebenbuhler im Fernen Osten geworfen hätten, um ihm ein für allemal den Garaus zu machen. Die britische Politik sah klugerweise aber einen solchen Konflikt als etwas wenn irgend möglich zu Vermeidendes an,

schon der europäischen Verhältnisse wegen. Außerdem konnte Großbritannien Japan, so lange es ein gefügiger Bundesgenosse war, auch so gut brauchen und gegenüber den Vereinigten Staaten gelegentlich ausspielen. Die britische Politik handelte also richtig mit ihrem Programm: mit Japan verbündet, mit den Vereinigten Staaten intim befreundet und eng verbunden und immer solidarischer werdend, eine Rolle der Vermittlung und des Ausgleiches durchzuführen. Nichts kann anschaulicher machen, wie sehr Japan in jenen Jahren von Großbritannien abhängig war, als die Tatsache, daß es sich die Vertragsänderung ohne weiteres gefallen ließ, obgleich diese gerade für Japan den Wert des Bündnisvertrages mit einem Schlage geringwertig machte. Die Japaner sahen sich einer geschlossenen angelsächsischen Front gegenüber.

Alles in allem war danach die Lage so geworden, daß ein deutsch-japanisches Einverständnis sozusagen in der Luft lag. In beiden Ländern machten sich auch teils in der öffentlichen Meinung, teils in privaten Bemühungen, in Deutschland besonders durch Kenner und Freunde Japans, Regungen bemerkbar, die auf eine Annäherung der beiden Nationen ausgingen. Viele in Deutschland lebende Japaner waren von diesem Gedanken aufrichtig eingenommen. Das galt aber nicht nur von ihnen, sondern auch von der amtlichen Vertretung Japans in Berlin. Der derzeitige Botschafter, Herr Sugimura, ließ sich besonders angelegen sein, eine deutsch-japanische Annäherung zu fördern, amtlich und nichtamtlich. Seit dem Jahre 1913 befand ich mich, und zwar auf seine Initiative, in Beziehungen zu ihm und kann das Folgende für die geschichtliche und politische Beurteilung des deutschen Verhaltens vielleicht nicht Unwichtige berichten:

Herr Sugimura erklärte mir in jenem Jahre ohne Rückhalt, daß er eine gegenseitige Annäherung der beiden Mächte nicht nur für nützlich, sondern für ein Gebot ihrer beiderseitigen Lebensinteressen halte. Man müsse, wenn irgend möglich, zu einem Abkommen, jedenfalls zu einem Einverständnis gelangen. Er sei nicht sicher, wie man in der Wilhelmstraße dazu stehe. Der Botschafter bat mich, zu sondieren, und ich erhielt bei einer kompetenten Persönlichkeit den privaten Bescheid, sie, diese Persönlichkeit, sei sehr dafür, aber es beständen andere Hindernisse und Widerstände und Abneigungen, welche schwer zu überwinden sein würden. Immerhin möge Herr Sugimura seine Wünsche und Anregungen vorbringen. Ich teilte dieses dem Botschafter mit. Im Laufe der dann folgenden Monate besprachen er, ein durchreisender japanischer Botschaftsrat, einige japanische Journalisten und ich den Plan einer deutsch-japanischen Korrespondenz, welche die Kenntnis der beiderseitigen Presse über den Ozean vermitteln sollte. Der Eifer der Japaner, ihr Interesse

und ihre Freude im Hinblick auf die Möglichkeit, praktisch an einer Annäherung zwischen den beiden Mächten und Völkern arbeiten zu können, war außerordentlich und auffallend. Der Botschafter selbst unterließ bei keinem Zusammensein, sich in gleicher rückhaltloser Weise über die Schattenseiten des japanisch-britischen Bündnisses auszulassen und immer wieder zu betonen, wie wünschenswert ein Abkommen mit dem Deutschen Reiche wäre. Die bezeichnete Persönlichkeit im Berliner Auswärtigen Amt erklärte mir wiederholt, sie zweifle nicht daran, daß wir ein Abkommen mit Japan haben könnten, wenn wir es wollten.

Im Frühsommer 1914 verabschiedete ich mich vor einer Reise vom Botschafter Herrn Sugimura. Er war bedrückt und erklärte, er wäre im Begriff, Berlin zu verlassen, und zwar nicht wie die Zeitungen melden würden, um wiederzukommen, sondern für immer. Wer ihn ersetzen würde, wisse er noch nicht, aber seine Mission, ein deutsch-japanisches Einvernehmen zustande zu bringen, sei gescheitert, weil die deutsche Regierung nicht gewollt habe.

Der Botschafter, die anderen japanischen Diplomaten und Journalisten hatten keinerlei Grund, ihre Haltung zu heucheln. Mit einer Komödie solcher Art hätte kein denkbarer politischer Zweck verbunden sein können. Im Gegenteil, hält man die damalige politische Lage Japans einerseits, des Deutschen Reiches anderseits und im Rahmen der gesamten Weltlage nebeneinander, so besteht, auch abgesehen von der persönlichen Vertrauenswürdigkeit des Botschafters und der Zuverlässigkeit des Eindrucks, Sicherheit, daß die Bestrebungen des Botschafters aufrichtig und seine Worte wahr waren. Deutscherseits hat man Anlaß und Gelegenheit nicht benutzt, aber vielleicht sechs Wochen später, als das japanische Ultimatum kam, daran gedacht. Eine große Gelegenheit wurde verpaßt.

Kiautschou war nur durch die Rückendeckung Japans zu halten, und diese Rückendeckung konnte es aller Wahrscheinlichkeit nach bekommen. Vielleicht gegen einen gewissen Preis, wie stets bei politischen Abkommen, und besonders hier, da allem Anschein nach in einem Geheimartikel des revidierten japanisch-britischen Vertrages das Gebiet von Kiautschou für den Fall eines Konfliktes mit dem Deutschen Reiche Japan zugesagt worden war. Auf keinen Fall aber wäre dieser Preis annähernd so hoch gewesen, wie der nachher tatsächlich gezahlte, nämlich die gewaltsame Fortnahme von Kiautschou und deutschem Inselbesitz, außerdem Japans Feindschaft für die Kriegsdauer und seine sehr wertvolle Hilfeleistung an die Entente und Amerika.

Die Integrität Chinas scheint der deutschen Politik während des

letzten halben Jahrzehntes vor dem Kriege zur fixen Idee geworden zu sein, und zwar durch die amerikanische Brille gesehen. Der Standpunkt wird sachlich um so schwerer verständlich, als gerade das Deutsche Reich, wie die deutschen Staatsmänner sich sagen mußten, in Ostasien immer nur auf fremden Krücken gehen konnte und dabei nach alter Erfahrung ebenso ausnahmslos von den angelsächsischen Mächten gegen Japan nicht allein, sondern auch gegen China ausgespielt wurde. Für die Vereinigten Staaten bedeutete die Integrität Chinas das Schlagwort, welches ihren Kampf gegen Japan im Fernen Osten verschleiern sollte, gegen Japan, den Konkurrenten der Gegenwart und, wie man überzeugt war, den Todfeind der Zukunft. Für das Deutsche Reich lagen die Dinge im Grunde ganz anders. Wollte man sich den Fall vorstellen, daß Japan in der Tat in der einen oder anderen Form schon während der Friedenszeit die Integrität Chinas gefährdet oder aufgehoben hätte, so würde das zunächst einige wirtschaftliche Nachteile mit sich gebracht haben, aber es hätte nicht im Verhältnis zu den Vorteilen gestanden, die sich gerade in einer solchen Krisis aus einer wohlwollenden Haltung des Deutschen Reiches Japan gegenüber ergeben haben würden. Die Integrität Chinas konnte und durfte für das Deutsche Reich kein Heiligtum bedeuten. Es stand ja nicht allein Wirtschaftspolitik auf dem Spiele. Wäre das aber selbst der Fall gewesen, so bestand die Tatsache, daß Japan nicht annähernd imstande sein würde, den chinesischen Markt auszufüllen und Deutschland von ihm zu verdrängen. Umgekehrt: blieb die Integrität Chinas erhalten, so bürgte dem Deutschen Reiche nichts und niemand dafür, daß nicht Großbritannien, Japan und Amerika in Ostasien wirtschaftlich und geldlich gegen Deutschland zusammenstanden.

Das politische Element überwog richtig gesehen für das Deutsche Reich bei weitem das wirtschaftliche. Die Politik Herrn v. Bethmann Hollwegs, stets unter der Suggestion der Erringung angelsächsischer Freundschaft stehend, fürchtete und vermied, eine nähere Berührung mit Japan anzustreben und den japanischen Neigungen und Fühlern entgegenzukommen, aus Besorgnis, das Mißfallen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu erregen. Dieses Mißfallen und gewiß ein sehr starkes wäre zweifelsohne die Folge einer solchen deutschen Politik gewesen. Herr v. Bethmann Hollweg strebte, wie an anderer Stelle geschildert worden ist, nach einem Neutralitätsabkommen mit Großbritannien, und als es damit nichts geworden war, nach Einzelabkommen, deren Boden er allmählich zu verbreitern hoffte. Anderseits strebte die deutsche Regierung im Sinne eines Teiles der deutschen Finanzwelt nach Verbindung mit den Vereinigten Staaten und deren Nutzbarmachung gerade in Ostasien, mithin gegen Japan, an und für sich ein naheliegender Gedanke.

Er konnte aber nicht politisch betrachtet werden, sondern nur im Rahmen der großen politischen Zusammenhänge und in Beziehung zu ihnen. So aber wurde die Wirtschaftspolitik zur Fessel für die Gesamtpolitik und im besonderen für eine Politik der Bündnisse oder der Abkommen. Es war nicht das erste Mal und auch nicht das letzte, daß die Führer der deutschen Politik durch wirtschaftliche Ziele, deren Verwirklichung das Ganze verhältnismäßig wenig anging, die Gesamtpolitik zwangsläufig werden ließen.

England hatte in Ostasien den großen Vorteil, zuerst gekommen zu sein. Hongkong ist und war schon lange ein britischer Handelsplatz ersten Ranges und ein Repräsentant britischer Bedeutung an der ostasiatischen Küste nicht allein sondern in ganz Ostasien. Die große örtliche Entfernung der britischen Inseln vom Fernen Osten wurde überbrückt und eine unbedingt sichere Verbindung hergestellt durch die meerbeherrschende britische Flotte, in Verbindung mit dem erdumspannenden System von Stützpunkten, Häfen und Gebieten, welche den britischen Schiffen gestatteten, die Ozeane auf jedem Wege zu durchqueren, ohne einen fremden Hafen anzulaufen. Überall standen ihnen entweder eigene Häfen oder solche der britischen Kolonien zur Verfügung. Was Amerika anlangte, so hatten die Vereinigten Staaten auf dem Wege nach Ostasien nur den Stillen Ozean zu durchmessen, und auf seiner Fläche standen ihnen die Hawaigruppe und die Philippinen zur Verfügung. Das vorher geschilderte System britisch-amerikanischer Rückendeckung durch die britische Flotte ergänzte die Sicherung und gestattete den Vereinigten Staaten stets eine auf Macht gestützte Vertretung ihrer Ziele und Interessen im Fernen Osten.

Ganz anders stand es mit dem Deutschen Reiche. Es verfügte über keine Stütz- und Etappenpunkte auf und an den Ozeanen, seiner kleinen Flotte bedurfte es unbedingt in den heimischen Gewässern, es mußte seinen ostasiatischen Handel und seine dorthin gerichtete Wirtschaftspolitik ohne eine direkt zur Geltung zu bringende Machtgrundlage treiben. Seine Verbindung mit dem Fernen Osten war vom guten Willen Großbritanniens und seiner Freunde abhängig. Sie waren, und zwar alle, wirtschaftliche Nebenbuhler und politische Feinde. Diese Erkenntnis der hilflosen deutschen Abhängigkeit im Fernen Osten hatte die deutsche Politik Ende der 90er Jahre veranlaßt, mit Rußland dort konform zu gehen. Alle diese Pläne wurden durch den Ausgang des ostasiatischen Krieges über den Haufen geworfen. Rußland wurde geschlagen, aus dem Fernen Osten verdrängt, und im Laufe der folgenden Jahre trieb Japan die Politik des Siegers, der sich mit Erfolg und Geschicklichkeit angelegen sein läßt, sich mit dem Besiegten durch Ab-

kommen zu verbinden. Nebenher ging die russisch-englische Verständigung. Die Position Deutschlands, seinen ostasiatischen Zielen gegenüber, hatte damit wieder einen schweren Schlag erhalten. Man war völlig isoliert, und Kiautschou stand „in der Luft". Dabei gedieh der Handelsplatz immer besser, und die Aufmerksamkeit der Welt wandte sich ihm steigend zu. Es war keine liebevolle Aufmerksamkeit.

Es ist nicht bekannt geworden, wie man sich vor dem Kriege in Berlin die Zukunft Kiautschous in einem internationalen Konflikte gedacht hat. Der trübselige Verlauf der Dinge im Großen Kriege scheint zu beweisen, daß man sich sehr wenig gedacht hat, offenbar weil man im Sinne der sonstigen Politik Herrn v. Bethmann Hollwegs an die Möglichkeit eines großen Konfliktes nicht glaubte und von der verhängnisvollen Auffassung ausging, daß jede vorbeugende, einen solchen Konflikt ins Auge fassende Politik eine Friedensbedrohung bedeute.

Die gefährdete Lage Kiautschous verlangte sachlich betrachtet gebieterisch eine aktive Politik der Sicherung. Den Platz vorher freiwillig aufzugeben, wäre nicht zu verantworten gewesen, denn alle Aussichten in wirtschaftlicher Hinsicht waren günstig, und erhebliche Summen waren im Laufe der Jahre zum Ausbau hineingesteckt worden; dazu wäre der Prestigeverlust gekommen. Kiautschou war nicht Ostasien für Deutschland, wennschon ein wichtiger Teil davon. Eine richtige Kiautschoupolitik deckte sich hier mit einer richtigen Ostasienpolitik, denn auch diese hing in der Luft, sie konnte nicht durch eine entsprechende eigene Macht gestützt werden.

Die Stellung Japans in Ostasien, wie überhaupt in der Welt und im besonderen dem Angelsachsentum gegenüber, wäre durch eine Annäherung, durch ein Abkommen mit dem Deutschen Reiche wesentlich stärker, sicherer und bequemer geworden; Japan hätte größere Bewegungsfreiheit in Ostasien erhalten und nicht mehr nötig gehabt, seine gesamte Politik unter die Besorgnis vor der Möglichkeit eines Konfliktes mit den angelsächsischen Mächten zu stellen. Diese Besorgnis stand und mußte stehen im Zeichen der britischen Seemacht, direkt und durch die britische Rückendeckung für die Vereinigten Staaten. Sobald aber das Deutsche Reich als Rückendeckung Japans für diesen Fall vorhanden gewesen wäre, lagen mit einem Schlage die Dinge ganz anders. Dann band das Deutsche Reich mit seiner erstarkenden, ganz in der Nordsee zusammengezogenen Seemacht bei weitem den größten Teil der britischen, und es war mehr als zweifelhaft, ob die Vereinigten Staaten selbst bei ihnen peinlichen Streitfragen das Risiko gewagt haben würden. Es ist gezeigt worden, daß solche Gedanken nicht in das Reich der Utopie verwiesen werden können. Die Äußerungen und Bestrebungen Sugimuras liefern dafür ebenso den Beweis wie eine nüchterne Betrachtung der Lage und die in den

Jahren 1913/14 bei Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt, die es wissen mußten, vorhandenen Auffassungen. Daß Japan, wenn es in Deutschland kein Entgegenkommen fand und besonders bei dem letzten Botschafter in Tokio, Grafen Rex, auf völlige Verständnislosigkeit und Ablehnung bis unmittelbar vor dem Ultimatum an das Deutsche Reich stieß, nicht anders handeln konnte, sich fest an die Entente anschließen und dann natürlich alle Vorteile auf Kosten des Deutschen Reiches ziehen mußte — das alles ist selbstverständlich.

Für das Deutsche Reich wäre, auch abgesehen von Ostasien, Japan eine Sicherung ersten Ranges gewesen. Die Vereinigung würde, ebenfalls von Deutschland aus gesehen, einen Weltkonflikt ziemlich ausgeschlossen haben. Wie im Weltkriege nachher tatsächlich die Lage wurde, war Japan den beiden angelsächsischen ihm verbündeten Mächten gegenüber beengt und gefährdet. Die japanischen Staatsmänner mußten beständig von der Erwägung ausgehen, daß Japan im Falle des Sieges der Feinde Deutschlands mit diesem also tatsächlich der ganzen Welt isoliert und unterlegen gegenüber stehen würde. Anders wäre die Lage gewesen, wenn Japan an der Seite des Deutschen Reiches gegen die angelsächsischen Mächte in den Krieg eingegriffen hätte. Dann konnte es unter Benutzung auch Kiautschous auf das chinesische Festland übergreifen, den Engländern Hongkong nehmen, Indien bedrohen, ohne daß die britische Flotte in der Lage gewesen wäre, mit beachtenswerten Streitkräften im Fernen Osten aufzutreten. Aber freilich mußten solche Kombinationen von langer Hand vorbereitet werden, und unter Umständen hätte das Deutsche Reich sich auch die Sache etwas kosten lassen müssen. Selbst Kiautschou als Preis wäre nicht zu hoch gewesen, einerlei in welcher Form man ihn gezahlt hätte, sei es als Rückgabe an China oder als Übertragung an Japan. Nach dem Falle von Tsingtau soll der japanische General, der Oberbefehlshaber Kamino, dem deutschen Gouverneur gesagt haben, daß vielleicht in Zukunft sich doch noch ein Zusammengehen Japans mit dem Deutschen Reiche in China denken ließe, nämlich durch Teilung Chinas in zwei große Interessengebiete. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Darstellung authentisch ist, aber man erinnert sich dabei an das alte Dogma der deutschen Politik von der Heiligkeit der Integrität Chinas. Japans Politik mußte, ob offen, ob direkt oder indirekt, gegen die Integrität Chinas gerichtet sein. Wenn das Deutsche Reich den entgegengesetzten Standpunkt vertrat, so bewies das nur die Abhängigkeit der deutschen Politik von derjenigen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten und die Hypnose eines Zusammengehens mit ihnen.

Das Bündnis mit Großbritannien und die ihm daraus erwachsenden Pflichten würden Japan nicht haben hindern können, ein enges Verhältnis

und ein Abkommen mit dem Deutschen Reich einzugehen. Durch geheime Artikel hätte sich nach außen hin formale Anstößigkeit vermeiden lassen. Tatsächlich würden Großbritannien und die Vereinigten Staaten dessen ungeachtet von einer solchen Annäherung schwer getroffen gewesen sein. Das ist es wohl mit gewesen, was die Bethmannsche Politik nicht wollte, wie ihr überhaupt damals, besonders in der Zeit des Werbens um die Verständigung mit Großbritannien, alles darauf ankam, die dortige Staatsmannschaft und öffentliche Meinung nicht zu „reizen". Die Wirkung wäre aber gerade für das deutsch-britische Verhältnis eine vorzügliche gewesen. Deutschland hätte in der Weltpolitik nicht mehr isoliert, wie bisher den angelsächsischen Mächten gegenüber, gestanden, sondern mit Japan an den beiden Enden des weltpolitischen Doppelhebels gesessen. Sein Ansehen wäre beträchtlich gestiegen, und die viel berufene Verständigung des Deutschen Reiches mit Großbritannien wäre wahrscheinlich ohne weiteres erreicht worden. Dann hätte nämlich die britische Politik dieser Verständigung bedurft, während sie ihrer, wie in einem vorigen Kapitel gezeigt wurde, nicht bedurfte, solange das Deutsche Reich keiner überseeischen Macht zum mindesten nahestand.

Wie die Dinge dann tatsächlich im Sommer 1914 lagen, hatte Japan keinerlei Veranlassung an der Vermeidung des Konfliktes. Kiautschou war ihm von Großbritannien zugesichert worden, und die militärischen Autoritäten wußten genau, daß sich der Platz mit geringem Aufwande nehmen lassen würde. Dazu kamen alle anderen Vorteile, die sich ergeben mußten, solange Großbritannien mit seinen Verbündeten in Europa völlig in Anspruch genommen war.

Der Weltkrieg ist in nichts ein Rassenkampf seinem Ursprung nach gewesen, und in den ihm voraufgegangenen Jahrzehnten waren tatsächliche Rassengegensätze jedenfalls in irgendwie wesentlichem Grade nicht vorhanden. Es war ein echt deutscher Fehler, eine „japanische Gefahr", die, wenn überhaupt denkbar, in der Ferne liegen mußte, als maßgeblichen politischen Faktor anzusehen und zu behandeln. Ein Organ wie die Frankfurter Zeitung konnte schwerlich im Verdachte stehen, daß ihm tatsächlich die „gelbe Gefahr" irgendwie maßgeblich oder überhaupt verständlich gewesen wäre. Hier waren vielmehr rein politische und finanzpolitische Erwägungen maßgebend und entscheidend, die durch den Wunsch eines deutsch-amerikanischen Zusammengehens genügend gekennzeichnet werden. Eine große Menge Deutscher, aber auch solcher, die politisch tätig, teils vielleicht auch politisch beamtet waren, glaubte allen Ernstes an die gelbe Gefahr, und mit demselben Ernst, das Deutsche Reich habe die Aufgabe, Großbritannien zur Auffassung zu bekehren, daß es sich von Japan ab- und dem Deutschen Reiche zuwenden müsse, um so eine einheitliche Front gegen

Japan zu bilden. Es war kein Wunder, daß die Japaner bei ihrem nationalen Stolze ob dieser Auffassung und ihrer Betätigung voll Empfindlichkeit waren und die ihnen entgegenarbeitende Politik des Deutschen Reiches noch weit unfreundlicher beurteilten, als es sonst der Fall gewesen sein würde.

So bietet die deutsche Japanpolitik vor dem Kriege ein unerfreuliches Beispiel nicht allein verpaßter Gelegenheiten, sondern einer vollkommen irregehenden Grundrichtung und Anschauung. Der vorher angewandte Ausdruck, Kiautschou habe in der Luft gestanden, trifft auf die ganze deutsche Überseepolitik zu. Eine tatsächliche Überseepolitik konnte das Deutsche Reich nur nach und in Ostasien treiben und mußte es nach Maßnahme seiner weltwirtschaftlichen Bedürfnisse. Dazu brauchte man, und zwar ganz unbedingt, Zusammengehen mit einer anderen Macht und gegenseitige Anlehnung mit ihr. Die gegebene Macht hierfür war Japan, denn das japanische Bedürfnis war das gleiche. Wir haben gesehen, wie schwierig die Lage des Deutschen Reiches während des letzten Jahrzehntes vor dem Kriege war und vor allem, wie gebunden und beengt die Möglichkeiten seiner auswärtigen Politik. Jeder kleinste Schritt stieß auf Widerstand aller Mächte mit England an der Spitze, und sofort daneben lag die Kriegsfrage. Der Schritt zu Japan wäre ein Schritt ins Freie gewesen, der Schritt eines positiv schaffenden Staatsmannes. Leider ist ein solcher nicht vorhanden gewesen, und die Männer, die an seiner Stelle standen, fanden nicht die Kraft, diesen Schritt zu tun und mit Vorurteilen und Doktrinen aufzuräumen.

* * *

Im Frühsommer 1914, vor der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, fragte der Verfasser mit einiger Besorgnis einen hohen Beamten des auswärtigen Dienstes um seine Meinung über die Lage. Er antwortete, er habe gerade vor einigen Tagen dem Kronprinzen in der gleichen Angelegenheit Vortrag gehalten und ausgeführt, daß die Mächte der Entente alle einen ungeheuren Respekt vor der deutschen Macht hätten und nicht daran dächten, uns anzugreifen, daß alle nur den Frieden wollten und froh wären, nicht angegriffen zu werden. Das war um dieselbe Zeit, als der Gesandte Belgiens in Paris, Baron Guillaume, schrieb: „Unstreitig ist die französische Nation in diesen letzten Monaten chauvinistischer und selbstbewußter geworden. Dieselben berufenen und sachverständigen Persönlichkeiten, welche vor zwei Jahren sehr lebhafte Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung möglicher Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, stimmen jetzt einen anderen Ton an; sie behaupten, des Sieges gewiß zu sein, machen

viel Aufhebens von den übrigens tatsächlich vorhandenen Fortschritten, welche die französische Armee gemacht hat, und behaupten sicher genug zu sein, das deutsche Heer zum mindesten lange genug in Schach zu halten um Rußland Zeit zu lassen, mobilzumachen, Truppen zusammenzuziehen und sich auf seinen westlichen Nachbar zu stürzen."

Der Gesandte meint weiter, daß die Rückkehr Frankreichs zum Gesetz der dreijährigen Dienstzeit eines der gefährlichen Momente in der damaligen Lage bilde. „Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen."

Das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich wurde nach außen hin als Antwort auf die deutsche Heeresvorlage von 1913 bezeichnet. In Wirklichkeit war sie schon vorbereitet und beschlossen worden, bevor die deutsche Vorlage veröffentlicht war, ja bevor man sich zu ihr entschlossen hatte. Im wohlverstandenen Interesse des Deutschen Reiches und der Erhaltung des Friedens hätte sie, wie einsichtige Kreise in Deutschland, an erster Stelle der deutsche Wehrverein, verlangten, Jahre vorher eingebracht und bewilligt werden müssen. Gegen den Widerstand des deutschen Kanzlers, auch des damaligen Kriegsministers, wurde die Vorlage schließlich im Jahre 1913 eingebracht, mit der Begründung, daß die slawische Gefahr nach den Balkankriegen eine neue gefährliche Front für die Mittelmächte geschaffen habe. Österreich-Ungarns Kraft werde von jetzt an in viel höherem Maße als früher auf der Balkanhalbinsel in Anspruch genommen werden und infolgedessen das Deutsche Reich entsprechend mehr auf seine eigenen Kräfte in einem Kampfe gegen Rußland angewiesen sein. Dem lag Wahres zugrunde. Die alte Theorie, wie sie auch für die deutsche Rüstung bis dahin maßgebend gewesen war, die Theorie des Zweifrontenkrieges, war veraltet, und folgerichtig mußte auch der Rüstungsplan ein anderer werden. In den vorigen Abschnitten ist gezeigt worden, wie die englische und russische Politik, ihres Zieles klar bewußt, diese neue gegen die Mittelmächte gerichtete Balkanfront schufen und wie die italienische Balkanpolitik sich gewissermaßen angliederte.

Wie gesagt, war die deutsche Behauptung vom Entstehen einer neuen Front richtig, aber dieses Argument erschöpfte die Lage und die immer größer werdende, die Mittelmächte von allen Seiten umdrohende Gefahr nicht annähernd. Im Jahre 1913 wurde in Rußland die Durchführung einer neuen riesigen Heeresvorlage beschlossen. Sie allein hätte ausgereicht, um das Deutsche Reich zu den größten Anstrengungen zu veranlassen, aber in Deutschland, auch in den meisten deutschen Militärkreisen, wurde der russische Faktor unterschätzt. Dazu hätte aber in erster Linie noch der Gedanke an die Verstärkung der Westfront durch Groß-

britannien kommen müssen. Wir haben gesehen, wie seit dem Jahre 1906 der britische Plan festlag, unter allen Umständen und mit blitzartiger Schnelligkeit eine Armee auf das Festland zu schicken, sie womöglich in Belgien aufmarschieren zu lassen, im Zusammenwirken mit dem linken Flügel der französischen und mit der belgischen Armee. Bekanntlich glaubte Herr v. Bethmann Hollweg während jener Jahre, ja, bis zum 4. August 1914 fest, daß „der Traum seines Lebens", eine freundliche Verständigung mit Großbritannien, erreicht werden würde; trotz des Scheiterns seiner Bemühungen um ein Abkommen mit Großbritannien hoffte er, daß Großbritannien in einem Festlandkriege neutral bleiben werde.

Die französische Stimmung dem Deutschen Reiche gegenüber ist während der letzten 30 Jahre in Deutschland sehr ungleichmäßig beurteilt worden. Bald glaubte man, Frankreich habe den Rachegedanken vergessen, bald sogar, die Franzosen wünschten freundschaftliche Verständigung, bald sah man den Rachegedanken wieder weithin sichtbar auflodern. Fürst Lichnowsky macht sich in seiner Schrift die Anschauung seines österreichisch-ungarischen Kollegen zu eigen: Jedesmal, wenn die Franzosen den Rachegedanken vergessen wollten, habe man sie in Berlin mit kräftigen Tritten daran erinnert. Diese Ansicht ist unrichtig, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß die deutsche Politik auch Frankreich gegenüber entfernt war, auf der Höhe zu stehen. Für Frankreich galt bis zum letzten Moment die von Bismarck geäußerte Ansicht: Frankreich werde gegen Deutschland Krieg führen, sobald es der Überzeugung sei, siegen zu können. Durch das letzte Menschenalter hindurch läßt sich die Richtigkeit dieser Ansicht durchweg beweisen. Je stärker die von Großbritannien organisierte Koalition wurde, desto aggressiver zeigte sich der Geist in Frankreich. Die Engländer und Franzosen haben besonders nach 1911 die Welt glauben machen wollen, daß der sogenannte „neue Geist" in Frankreich Folge deutscher Brutalität und Vergewaltigungssucht gewesen sei. Der Leser, welcher bis hierher unsere Gedankengänge und Schilderungen verfolgt hat, weiß, daß dem nicht so ist, sondern daß jene letzte Marokkoepisode lediglich den ungeschickten deutschen Versuch bedeutete, ein zweifelloses deutsches Vertragsrecht nach ebenso zweifellosem französischem Vertragsbruche in bescheidenem Maße nutzbar zu machen und durch Beseitigung der Reibungsfläche in gute Beziehungen zu Frankreich zu gelangen. Nein, die französische Stimmung richtete sich ausschließlich nach der französischen Beurteilung der Machtfrage. Sie wurde in dem Augenblicke aggressiv, als man glaubte, zusammen mit den Verbündeten einen erfolgreichen Angriffskrieg gegen Deutschland führen zu können. Wie diese Stimmung wuchs, geht klar aus den

unparteiischen Berichten der belgischen Gesandten, besonders während der Jahre 1913 und 1914, hervor. Bemerkenswert ist die Mitteilung des Pariser Gesandten vom Februar 1913, daß der damalige französische Minister des Auswärtigen die deutsche Heeresvorlage jenes Jahres keineswegs als feindlichen Akt gegen Frankreich auffaßte, sondern als Vorsichtsmaßregel für die Zukunft. So schreibt am 19. Februar 1913 der Gesandte Belgiens in Paris über den französischen Entschluß zur dreijährigen Dienstzeit: „Die Zeitungen, vor allem der „Temps", sind übrigens im Unrecht, wenn sie bei Besprechung der Pläne der französischen Regierung dieselben als Antwort auf die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen darstellen; viele sind nur das Ergebnis seit langer Zeit getriebener Studien." Derselbe schreibt zwei Tage später über die Berufung Delcassés auf den Petersburger Botschafterposten, sie habe wie eine Bombe eingeschlagen. Der Gesandte glaubt die Ernennung als eine deutschfeindliche Kundgebung nicht unbedingt ansehen zu müssen, betont aber die in chauvinistischem Sinne wirkende Tätigkeit des Präsidenten der Republik, Herrn Poincarés: „Sind doch unter seinem Ministerium die militaristischen und etwas chauvinistischen Instinkte des französischen Volkes erwacht. In diesem Umschwung war seine Hand erkennbar." Derselbe schreibt Mitte Januar 1914: „Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedersehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa und für Belgien. Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht, nicht als ob ich zu der Annahme berechtigt wäre, daß die französische Regierung vorsätzlich den Frieden stören will — ich glaube eher das Gegenteil —, sondern weil die Haltung des Kabinetts Barthou meiner Ansicht nach das Anschwellen militaristischer Neigungen in Deutschland hervorgerufen hat."

Wieder einige Monate später, im Mai 1914, schrieb der Gesandte jene Worte über den wachsenden Chauvinismus in Frankreich und stellte dabei das unbedingte Vertrauen der Franzosen auf ihre Armee fest. Und im Juni 1914 äußerte er die Ansicht, Frankreich werde von Rußland zur dreijährigen Dienstzeit gedrängt; es sei denkbar, die russische Regierung wisse, daß die dreijährige Dienstzeit den Franzosen auf die Dauer unerträglich sein werde. Sollte sich daher vielleicht die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Überzeugung gründen, daß die Ereignisse nahe genug bevorstehen, um sich des Werkzeugs bedienen zu können, das es seinen Verbündeten in die Hand geben will?"

Zugleich schreibt der belgische Gesandte in London: Man sei dort

der Ansicht, daß nur die Anwendung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit die Republik in die Lage versetzen kann, den Verpflichtungen, die sie an ihren Verbündeten Rußland oder an ihren Freund England binden, zu genügen. Der durchaus nicht deutschfreundliche — wie auch sein späteres Buch gezeigt hat — Gesandte Belgiens in Berlin, Baron Beyens, vertritt zu gleicher Zeit in einem Berichte die Ansicht, daß die deutsche Regierung die Heeresvorlage von 1913 nur aus Verteidigungsrücksichten eingebracht habe, und zwar infolge der Balkanereignisse. Im selben Berichte erklärt Baron Beyens unter Bezugnahme auf die russischen Heeresvermehrungen, daß Rußland, „ohne von Deutschland bedroht zu werden, seine Rüstungen in beängstigendem Maße vermehrt".

Nebenher ging in den letzten Jahren vor allem die Tätigkeit Poincarés als Ministerpräsident und später als Präsident der Republik. Der Präsident wurde in seiner auf Kriegs- und Rachestimmung arbeitenden Propaganda durch den Ministerpräsidenten Barthou, durch Millerand und andere auf das lebhafteste unterstützt, nicht zu reden von Delcassé, dessen Lebensziel nach wie vor der Koalitionskrieg gegen das Deutsche Reich war. Unter solchen Umständen lag auf der Hand, daß die deutsche Heeresvorlage benutzt wurde, um dem französischen Volke deutsche Angriffspläne vorzulügen. Das Deutsche Reich stand diesem Treiben machtlos gegenüber.

Wenn in jenen Jahren ein Fehler auf der deutschen Seite und insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit gemacht worden ist, so war es eine ziemlich weit greifende Agitation gegen die französische Fremdenlegion; man forderte die Abschaffung dieser Einrichtung und erregte damit große Erbitterung in Frankreich. Die Einrichtung der Fremdenlegion war sicherlich an und für sich barbarisch, und der Fang von Fremden, besonders auch von deutschen Rekruten, bedeutete eine Reihe von Übergriffen, auch dann, wenn jene Deutschen, wie es oft geschah, freiwillig in die Legion eintraten. Die deutsche Agitation ging aber über die zulässigen Grenzen hinaus, war außerdem aussichtslos und vermehrte den Zündstoff zwischen den beiden Völkern.

Wie haßerfüllt in Frankreich die Atmosphäre war, zeigte sich verschiedentlich in Zwischenfällen, besonders auch, als ein deutsches Luftschiff und ein deutsches Flugzeug infolge von Schiffahrtsfehlern die französische Grenze überflogen hatten und auf französischem Boden landen mußten. Die Fälle waren durchaus klar; der eine wie der andere mußte der deutschen Regierung ebenso wie der Armee äußerst peinlich sein. Wenn man in Frankreich dem gegenüber von deutschen Übergriffen sprach, so konnte nur die Absicht des Hetzens die Erklärung geben. Ebenso

aggressiv war die in alle Einzelheiten gehende Untersuchung der Technik des deutschen Luftschiffes durch französische Offiziere und Ingenieure. Volksaufläufe, Schmähungen und Neigung zu Mißhandlungen der Deutschen traten nicht nur in diesen Fällen, sondern bei jeder Gelegenheit hervor, so in Nancy, wo es sich um harmlose deutsche Kaufleute handelte. In den französischen Städten wurden chauvinistische Stücke gespielt, welche den Rachekrieg verherrlichten, den Deutschen, vor allem den deutschen Offizier, herabsetzten und beschimpften. Alles in allem, der alte Haß und der niemals ruhende Rachegedanke traten von Monat zu Monat drohender in die öffentliche Erscheinung. Die französischen Sozialisten unter der Führung Jaurès' versuchten ein Gegengewicht zu bilden, vermochten es aber nicht, ebensowenig wie ein großer Teil der französischen Finanz, als deren hauptsächlicher politischer Vertreter Caillaux zu gelten hatte. Dieser Staatsmann hatte bereits während der letzten Marokkoangelegenheit eine Verständigung mit Deutschland vertreten und war an der Gewalt des nationalistischen deutschfeindlichen Geistes gescheitert. Zwischen den Jahren 1912 und 1914 hoffte und arbeitete er vergebens, um wieder zur Macht zu gelangen. Es wäre Sache einer Sonderuntersuchung, die verschiedenen Strömungen und Stimmungen in Frankreich zu analysieren. Das Ergebnis würde das gleiche sein, nämlich die Feststellung, daß das alte französische Leitmotiv das alte geblieben war und sich entsprechend dem wachsenden Machtbedürfnis äußerte und verwirklichen wollte. Dieses Leitmotiv war nicht nur der Gedanke an Elsaß-Lothringen, sondern an die Vernichtung des Deutschen Reiches. Darüber hinaus gab es vor dem Kriege viele Franzosen, welche das wachsende Gewicht des Deutschen Reiches in wirtschaftlicher Hinsicht, den wachsenden Reichtum und die wachsende Bevölkerungszahl als schwere Bedrohung ansahen. Dieses französische Gefühl konnte begriffen werden, zumal angesichts der sinkenden Bevölkerungszahl in Frankreich, des sinkenden wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes, kurz des Gefühls, daß die französische Nation sich auf dem absteigenden Aste befinde. Diese Auffassung wurde damals in Europa ziemlich allgemein geteilt, auch in England und Rußland. In diesen beiden Ländern fürchtete man, daß die deutsche Industrie den französischen Markt allmählich durchdringen und ausfüllen werde, ungeachtet dessen, daß die französische Regierung sich aus ähnlichen Gründen konsequent weigerte, deutsche Werte auf dem französischen Geldmarkte zuzulassen. So unterblieb z. B. auch ein an und für sich für Frankreich vorteilhaft gewesenes Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs im Orient, insbesondere für das Unternehmen der Bagdadbahn.

Das deutsche Wachsen auf allen Gebieten war kein gewaltsamer

und subjektiv drohender, sondern ein natürlicher und friedlicher Vorgang, umgekehrt galt das Gleiche von dem Rückgange Frankreichs. Wiederum muß hier festgestellt werden, wie töricht es gewesen wäre, wenn das Deutsche Reich angesichts dieses Vorganges und dieser Entwicklung für richtig gehalten hätte, alles durch Herbeiführung eines europäischen Krieges aufs Spiel zu setzen. Diesen Standpunkt hat der Verfasser auch vor dem Kriege nicht nur geteilt, sondern auch vertreten, öffentlich in der Zeit der Marokkokrisis von 1911 und nachher, im Gegensatz zum alldeutschen Verbande und zu denjenigen, welche damals für einen Krieg waren.

In Deutschland sah man die sich immer mehr steigernde und erhitzende Stimmung der Franzosen mit einer gewissen Unruhe und mit Besorgnis, eben weil man den Krieg nicht wollte, weil man wahrnahm, wie die russische Stimmung immer mehr zum Kriege neigte, wie der Balkanbrand den Mittelmächten eine neue gefährliche Front gebracht hatte und wie für alle, die sehen wollten, die Stellung Großbritanniens auf seiten der franko-russischen Gruppe mit jedem Jahre klarer und fester wurde.

Auch die Richtungen in Deutschland, die während des Krieges von ihren politischen Gegnern meist zu Unrecht als alldeutsche bezeichnet worden sind, wünschten, nachdem die Marokkokrisis vorbei war, an und für sich keinen Krieg mit Frankreich. Sie standen im Gegenteil unter dem Drucke der Sorge, daß ein gegen Deutschland gerichteter Festlandsangriff uns nicht genügend gerüstet finden werde. Auch diese Kreise konnten also selbst einen Krieg nicht wünschen, um so weniger im Hinblick auf die ungeheuren russischen Rüstungen. Anderseits war es nur selbstverständlich, daß die gesamte nationale Presse in Deutschland gegen französische Beleidigungen und Ausfälle Stellung nahm, und in diesen gegenseitigen Auseinandersetzungen scharfe Worte fielen. Die Zeit aber, wo man an einen Vorbeugungskrieg hätte denken können, soweit man einen solchen nicht grundsätzlich verurteilte, war vorbei. Eroberungsabsichten auf französisches Gebiet waren nicht vorhanden. Durchstehend war in Deutschland trotz allem immer ein Zug der Sympathie für Frankreich und die Franzosen und bei sehr vielen der nicht auszurottende Glaube, daß der westliche Nachbar doch schließlich einmal seinen Haß und den Rachegedanken vergessen werde. Diesen Gedanken hat der Verfasser seit der Marokkokrisis von 1904/05 für unrichtig gehalten, wohl aber gehofft, daß bei längerer Erhaltung des Friedens das deutsche Gewicht auf natürlichem Wege stark genug werden würde, um den französischen Rachegedanken als aussichtslos auch in Frankreich erscheinen zu lassen. Das Umgekehrte war die Besorgnis der Franzosen, das steigerte ihren Haß und vervielfachte ihre

national gerichtete Tatkraft in bewundernswerter Weise. Ein großer Teil der deutschen öffentlichen Meinung ging aber in seinen Betrachtungen und Kombinationen gerade Frankreich gegenüber viel weiter. Man rechnete den Franzosen öffentlich vor, daß ihr Anschluß an Großbritannien eigentlich ein Fehler sei, und sie viel besser täten, sich mit dem Deutschen Reiche zu verbinden. Man zeigte den Franzosen ein gönnerhaft gefärbtes hypothetisches Wohlwollen und erhöhte damit nur den Haß und die Ablehnung. Wie unter solchen Umständen die auswärtige Politik des Deutschen Reiches in Frankreich beurteilt werden mußte, liegt auf der Hand. Die Franzosen erblickten nur Schwäche und bauten darauf mit ihre Hoffnung für die Zukunft. Zieht man den unaufhörlichen Wechsel der Kabinette in Frankreich in Betracht, so verdient die Stetigkeit und Zielsicherheit der auswärtigen Politik Frankreichs eine mit Neid gemischte deutsche Bewunderung.

Überblickt man auch nur die letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege, so liegt klar vor Augen, daß verkehrte Methoden und Ungeschicklichkeiten genug Frankreich gegenüber zu verzeichnen sind und daß die deutsche Politik sich immer im Nachteil befand, weil die französischen Leiter wußten, was sie wollten, und taten, was sie wollten, während das auf der deutschen Seite nicht der Fall war. Dazu kamen ungeschickte Werbungen, auch die verfehlten Versuche des Deutschen Kaisers, durch persönliche Liebenswürdigkeit politisch auf die Franzosen einzuwirken, kurz, es ist eine lange Reihe von politischen Fehlern zu verzeichnen, aber niemals eine Politik getrieben worden oder beabsichtigt gewesen, die eine Frankreich feindliche Tendenz gehabt hätte. Wäre das der Fall gewesen, so würde das deutsche Verhalten während der Marokkokrisen ein erheblich anderes, ja in vielen Punkten entgegengesetztes gewesen sein.

Eine charakteristische Erscheinung war die wachsende Zuversicht der Franzosen im Zusammenhange mit ihren Bündnissen und Freundschaften. Sie waren sicher, daß der Geist des Angriffes gegen das Deutsche Reich sowohl die russische wie die britische Politik erfüllte, sie sahen und kannten die Unzuverlässigkeit Italiens, die Schwäche und die inneren Gegensätze Österreich-Ungarns. Sie täuschten sich keinen Augenblick über den mit durch sie herbeigeführten Umschwung der Dinge auf der Balkanhalbinsel. Die Hauptsache ihres Vertrauens auf die Lage und auf einen baldigen Ausbruch des Krieges aber schöpften sie aus der großbritannischen Politik, besonders seit der Marokkokrisis von 1912. Wir kommen darauf noch zu sprechen. Hier braucht nur daran erinnert zu werden, wie beflissen man in England war, sofort versichernd und ermutigend einzutreten, wenn Franzosen, besonders Finanzkreise, Zweifel an einer tatsächlichen und tatkräftigen Solidarität Großbritanniens aus-

sprachen. Bei einer solchen Gelegenheit konnte Anfang Februar 1914 der Londoner Vertreter einer französischen Zeitung der Öffentlichkeit Frankreichs die folgenden Erklärungen des britischen Admirals Fremantle übermitteln:

„Es ist unbedingt nötig, daß man in Frankreich wisse — welches die persönlichen Meinungen, welche Mitglieder unserer Regierung aussprechen, auch immer sein mögen — daß Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland auf die Ehrlichkeit Englands zählen kann, die Verpflichtungen zu erfüllen, die Großbritannien hinsichtlich Frankreichs und Belgiens eingegangen ist. Um ihre Landsleute völlig zu beruhigen und ein Wiederauftauchen ähnlicher Befürchtungen zu vermeiden, welche die Pariser Presse nach den Erklärungen unseres Finanzministers zum Ausdruck brachte, können Sie ihnen die Worte wiederholen, die mir einer der einflußreichsten Männer Großbritanniens sagte, welcher ganz genau weiß, was im Ministerrat und in den Verhandlungen des Landesverteidigungsausschusses vorgeht: »Man hat unrecht, sich in Frankreich zu beunruhigen, denn die von England eingegangenen Verpflichtungen sind viel wichtiger, als man gewöhnlich annimmt.«"

Anderthalb Monate später äußerte sich die französische Zuversicht auf einen baldigen Krieg im französischen Parlament durch eine Rede des Abgeordneten Cochin. Dieser sprach über die neue russische „Probemobilmachung" und meinte, es sei ja möglich, daß sie stattfinde, um Rußland für die kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland den nötigen Nachdruck zu verleihen, aber es könne auch andere Zwecke haben.

Im Juni des gleichen Jahres war der Chef des russischen Admiralstabes in Paris. Das französische Regierungsblatt, der „Temps", schrieb dazu, es handele sich nicht um neue Verhandlungen, denn das Zusammenwirken der beiden Flotten sei durch Abkommen von 1912 (gelegentlich der Reise Poincarés nach Petersburg) festgesetzt worden. Jetzt handele es sich um die Fragen des Zusammenwirkens, und da sei von besonderer Bedeutung die russische Ostseeflotte, „denn sie würde im Kriegsfalle die kräftigen Anstrengungen der Armee zu unterstützen haben".

Als Mitte Juli der Präsident der Republik, Poincaré, mit dem Ministerpräsidenten Viviani nach Petersburg reiste, schrieb der „Matin", wohlgemerkt als Geleitwort für diesen Besuch: „Auf die Vermehrung der deutschen Armee hat Frankreich mit dem Dreijahregesetz und Rußland mit einer Vermehrung seiner Bestände geantwortet, die ihm Anfang 1916 eine niederschmetternde Überlegenheit über alle europäischen Heere verleihen wird. . . . Seit einigen Monaten bereits spricht die russische Diplomatie in einem neuen Ton mit der deutschen Diplomatie. Früher war

dieser Ton zögernd, jetzt ist er fest." Das amtliche Organ des russischen Kriegsministeriums aber schrieb, Rußland wisse: „daß in der Stunde des furchtbaren Kampfes zwei Mächte durch einmütige Anstrengungen von Osten und Westen den feindlichen Willen brechen werden, dem Kampfe neue Lorbeeren für Frankreich und Rußland entreißen, ihren Ländern das Recht auf Ehre, Leben und Glück erlangen und jenen Heldengeist nicht entehren werden, der aus Frankreich herbeigeeilt ist, um die künftigen Kampfgenossen zu besuchen. Für uns und euch gibt es nur eine gemeinsame heilige Hoffnung".

Wenden wir uns zur Stimmung in Rußland, so haben die vorhergegangenen Abschnitte das meiste bereits vorweg genommen. Seitdem die weitblickende britische Staatsmannskunst sich Rußland verbunden und die russische Front vom Fernen nach dem Nahen Osten umgedreht hatte, war der russischen Politik nicht allein, sondern auch dem russischen Ausdehnungsdrange der Weg gewiesen. Auf der Revaler Zusammenkunft im Sommer 1908 wurde die Durchführung des großen russischen Rüstungsprogramms um das Jahr 1916 vereinbart. Je mehr Rußland sich diesem Termin näherte, desto zuversichtlicher und drohender wurde die russische Sprache, ganz besonders auch nachdem der zweite Balkankrieg ein gewaltig vergrößertes Serbien, ein niedergeschmettertes Bulgarien und ein sich immer mehr Rußland und Frankreich annäherndes Rumänien gebracht hatte. Große Zuversicht setzte man auch auf den Ausbau der russischen Flotte in der Ostsee, eine Erscheinung, welche besonders in Schweden steigend beunruhigte. Man glaubte dort, Rußland beabsichtige, sich den Weg über die skandinavische Halbinsel nach dem Atlantischen Ozean, insbesondere nach dem norwegischen Hafen Narvik, zu bahnen. Bahnbauten in Finnland konnten geeignet sein, solche Befürchtungen zu stärken, und es mag sein, daß man in Petersburg für eine spätere Zukunft mit solchen Plänen gespielt hat. In der Hauptsache aber dachte man wohl, sich in Finnland und an dessen Küsten strategisch wohnlich einzurichten und zugleich mit Beherrschung des Bottnischen Meerbusens, kurz der nördlichen Ostsee Schweden im Verein mit der im Bau befindlichen neuen Flotte überwältigend im Schach zu halten.

Das waren aber alles Nebengesichtspunkte. Gewiß bedeutete der russische Flottenbau in der Ostsee ein Werkzeug für den Krieg gegen Deutschland, aber die Früchte, die man sich in Petersburg von diesem Kriege erhoffte, lagen weniger im Norden als im Süden. Sie vereinigten sich alle in dem Worte: Konstantinopel.

Im Juni 1914 veröffentlichte der russische Professor Mitrofanoff in den Preußischen Jahrbüchern einen Artikel, der viel Aufsehen erregte.

Mitrofanoff erklärte, daß die deutsche Politik Rußland zum Kriege bringen werde, und sagte u. a. das Folgende: „Im Jahre 1913 erschien die slawische russische Idee ihrer Verwirklichung ganz nahe: die Türken wurden aufs Haupt geschlagen, die siegreichen Südslawen drangen bis nach Saloniki und Konstantinopel, noch einen kleinen Ruck, und die Sache war fertig. Aber wieder ist Österreich dazwischen getreten, es stand drohend im Rücken der Slawen, entriß Skutari den Montenegrinern und stellte endlich ein Ultimatum über die Existenz eines selbständigen albanischen Staates. Bei dieser Gelegenheit blieb Reichsdeutschland wieder der treue Bundesgenosse Österreichs und unterstützte es bei der Bildung des imaginären albanischen Staates, dessen Regent natürlicherweise ein deutscher Prinz wurde. Es ist den Russen jetzt klar geworden: Wenn alles so verbleibt, wie es jetzt ist, geht der Weg nach Konstantinopel durch Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage. Die Deutschen wollen nicht einsehen, daß das jetzige Rußland vom Jahre 1914 nicht mehr das Rußland vom Jahre 1904 sei. Die Wunden des japanischen Krieges und der Revolution sind geheilt; das heutige Rußland fordert Achtung für seine Ehre und Berücksichtigung seiner Interessen. Wir sind vom Kommenden überzeugt, daß Deutschland fern davon ist, direkte aggressive Tendenzen zu haben, aber wir fühlen uns von allen Seiten, von den Flanken in der Türkei, in Schweden, in Österreich durch den deutschen Drang eingeengt und eingesperrt, wir finden keine Anerkennung unserer jetzigen Lage, kein Rechnen mit unserer jetzigen Stärke und wir sind entschlossen, die uns gebührende Stelle uns zu verschaffen. Gott gebe, daß es friedlich auslaufe; es ist der aufrichtigste Wunsch eines jeden ehrlichen russischen Patrioten. Der Krieg mit Deutschland wäre ein Unglück, aber man entzieht sich sogar einer bitteren Notwendigkeit nicht, wenn es wirklich notwendig wird. Es ist die Sache der Deutschen, den einen oder den anderen Weg einzuschlagen; von ihrem künftigen Benehmen Rußland gegenüber hängt der Krieg oder der Frieden ab."

Der Aufsatz ist wohl auch unter dem Eindruck des Streites um die deutsche Militärmission zu Konstantinopel verfaßt worden. Der Verfasser war aufrichtig. Was er vom Deutschen Reiche verlangte, war freie Hand für Rußland auf der Balkanhalbinsel und der Türkei gegenüber.

Im großen und ganzen waren im damaligen Rußland zwei Kriegsparteien zu unterscheiden. Die eine, die im Zeichen des Slawentums stand und in seinem Namen arbeitete; über sie ist im ersten und zweiten Abschnitt gesprochen worden. Die zweite Kriegspartei setzte sich aus kriegslustigen ehrgeizigen Generalen und Politikern zusammen, außerdem — vielfach auch mit ihnen — aus solchen, welche die nach ihrer Meinung

steigende Gefahr einer gewaltsamen inneren Umwälzung durch einen siegreichen Eroberungskrieg beseitigen wollten. Daß diese beiden Kriegsparteien mit ihren verschiedenen Kategorien vielfach ineinander übergriffen, ist selbstverständlich. Eine besondere Kategorie bildete vielleicht eine Gruppe russischer Staatsmänner und Diplomaten, welche durch persönlichen Ehrgeiz getrieben wurden. Hier steht in erster Linie Herr v. Iswolski, dessen Name als auswärtiger Minister zuerst in der Bosnischen Krisis hervortrat. Es wurde Iswolski sogar nachgesagt, daß er seine entschlossen österreich- und deutschfeindliche Politik in erster Linie aus persönlicher Rache gegen die Staatsmänner der Mittelmächte getrieben habe, weil die Bosnische Krisis mit der Niederlage für ihn abschloß. Das ist wohl übertrieben, denn Iswolski war von vornherein ententefreundlich orientiert. Mitgespielt hat aber auch das persönliche Moment. Das geht im übrigen aus einer Bemerkung des belgischen Gesandten zu Berlin, Baron Beyens, hervor (März 1913):

„In einem mitteilsamen Moment hat mir der französische Botschafter in Berlin nicht verhehlt, wie schwer es sei, auf die hochbegabten aber wankelmütigen Politiker, die das mit Frankreich verbündete Kaiserreich leiten, zu zählen, denn sie spielen auch mit ihm ein doppeltes Spiel. Herr Cambon hat sich insbesondere über den Einfluß beklagt, den Herr Iswolski behalten hat, der sich persönlich an Österreich-Ungarn rächen will und sich Mühe gibt, das Spiel zu verderben, wenn es den Anschein hat, daß jenes die Partie gewinnt."

Einige Monate früher spricht derselbe Diplomat von den russischen Auslandsvertretern und sagt, daß in ihrer Undisziplinierheit und persönlichen Politik die größte Gefahr für die Erhaltung des Friedens liege. „Sie sind fast alle glühende Panslawisten, und ihnen muß man zum großen Teil die Verantwortung für die augenblicklichen Ereignisse aufbürden".

Der Nachfolger Iswolskis, Ssasonow, derselbe, der das Potsdamer Abkommen mit Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter abschloß, war persönlich kein Panslawist, auch nicht kriegslustig. In Berlin hielt man zunächst große Stücke auf ihn und bedauerte schmerzlich, als er lange Zeit sehr schwer krank war. Nachher mußte man von Jahr zu Jahr mehr die Erfahrung machen, daß Ssasonow nach anfänglichem Widerstand sich von den genannten Kriegsparteien leiten ließ. Jedenfalls war er nicht der Mann, um gegen diese sehr tätigen und einflußreichen Kräfte eine Politik des Friedens durchzusetzen. Iswolski, damals Botschafter in Paris, arbeitete mit Gewandtheit und Eifer auf den Krieg hin und demzufolge auf immer engeren Zusammenschluß der Mächte des Dreiverbandes. Immerhin war Ssasonow, auch nach seinen öffentlichen Äußerungen, etwa seit dem Jahre 1913 kein Gegner des Krieges mehr, und der Rest

von Vertrauen zwischen Berlin und Petersburg war schon damals dahin.

Nach einem Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom Frühjahr 1914, welcher auf die russischen Rüstungen und deren angriffslichen Charakter hinwies, erklärte Sjasonow mehrfach direkt und durch offiziöse Organe: Rußland wolle zwar keinen Krieg, aber es sei stark und vergrößere sein Heer, um „auf diese Weise den Frieden zu erzwingen". Beinahe in jeder derartigen Äußerung kehrte der Hinweis auf die im Jahre 1917 zu erneuernden Handelsverträge mit Deutschland wieder und die versteckte Drohung, das dann starke Rußland werde sich nicht wieder einen unvorteilhaften Handelsvertrag aufzwingen lassen, sondern aus den wirtschaftlich-diplomatischen Verhandlungen eine Macht- und damit die Kriegsfrage machen.

Um die gleiche Zeit ließ der russische Kriegsminister, der wegen seines Prozesses später vielgenannte General Suchomlinow, in der „Petersburger Börsenzeitung" einen Artikel deutlicherer Tonart folgen: Rußland brauche keine Drohungen mehr zu fürchten, habe das volle Bewußtsein seiner Macht, seine Rüstungen seien bald beendet. Dann kommt die bezeichnende Bemerkung: „Bisher hatten die russischen Operationspläne defensiven Charakter, heute wissen wir, daß die Armee eine gegenteilige, eine aktive (also offensive. O. V.) Rolle spielen wird".

Einige Wochen vorher, im Februar 1914, äußerte sich Baron Rosen, ein früherer russischer Botschafter, über die Lage folgendermaßen: Die beiden Mächtegruppen rüsteten für einen Zusammenstoß, welcher früher oder später kommen werde. Baron Rosen fürchtete diesen Zusammenstoß und wollte ihn vermieden wissen, war aber von seinem Eintreffen überzeugt und wünschte nur, daß in jenem entscheidenden Augenblicke das russische Volk sich in der richtigen Stimmung befinden möchte. „Es fragt sich nun, wann man den Beginn der endgültigen Krisis und mit ihr die blutige Auflösung des europäischen Dramas erwarten kann. Niemandem ist es gegeben, in die Zukunft zu sehen, doch die Erhebung einer Milliardensteuer vom Volke für die Rüstung eines Volkes weist darauf hin, daß dieser Augenblick nicht mehr fern ist".

Derartige Stimmen ließen sich in das Ungemessene vermehren. Die allgemeine Stimmung der russischen Bevölkerung, soweit sie überhaupt Interesse in diesen Richtungen hatte, entsprach der zum Kriege drängenden, jedenfalls dem Kriege nicht abgeneigten Politik der bezeichneten Kreise. Der Haß gegen den Deutschen war in Rußland volkstümlich. Man sah in ihm überlegene Kultur und Zivilisation und überlegene Wirtschaftskraft. Dem Volke war eingebildet worden, daß Rußland 1904 von den Deutschen im Handelsvertrage in schädlichster Weise übervorteilt worden sei, und infolgedessen wurde jede Teuerung und wurden

die wirtschaftlichen Beschwerden der verschiedenen Volksklassen zur Hetze gegen die Deutschen benutzt. Man brauchte die Deutschen für das aufstrebende wirtschaftliche und geschäftliche Leben in Rußland, anderseits überall, sei es als Techniker oder als Verwalter oder als kaufmännische Berater. Durch das Gefühl dieses Bedürfnisses erhöhte sich der Haß und der Glaube an die Legende, Rußland werde durch die Deutschen ausgesogen. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Deutsche in Rußland vielfach mit dem Juden identifiziert wurde, eine Tatsache übrigens, der man auch im Orient begegnete, weil die meisten Juden unmittelbar oder mittelbar aus Deutschland gekommen, der deutschen Sprache mächtig waren und Namen trugen, die der deutschen Sprache entnommen waren. Der russische Haß gegen die Deutschen führte sich wesentlich mit auf diese Identifizierung zurück.

Das Rußland während der letzten Kriegsjahre stand ganz im Zeichen eines gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunges, nicht zum wenigsten Dank einer klugen Finanzwirtschaft. Dazu kam eine ungeheure jährliche Volksvermehrung von über zwei Millionen Köpfen im Jahre. Ein ungemein fähiger Landwirtschaftsminister, Kriwoschein, nahm die Lösung der alten Agrarfrage im größten Stile in die Hand und verband damit ebenso große Siedlungspläne in den baltischen Provinzen. Dort sollten russische Bauern in Massen angesiedelt werden, das Land ausfüllen und so völlig russisch machen, die baltischen Elemente mithin verdrängen und eine wachsende Gefahr für den deutschen Nachbar bilden. Die Größe dieser Gefahr war in der Tat nicht zu verkennen und mußte angesichts der Volksvermehrung mit jedem Jahre stärkere Sorgen hervorrufen.

Das russische Volk hatte zehn Jahre früher dem Kriege gegen Japan ohne Verständnis und zum großen Teil ablehnend gegenüber gestanden. Mit einem Kriege gegen die Mittelmächte war es anders. Sie bildeten, wie Professor Mitrofanoff schrieb, das Hindernis auf dem Wege nach Konstantinopel, sie waren auch die Feinde der Balkanmächte in ihrer Expansionspolitik, der slawischen Brüder, welche Anspruch auf russischen Schutz haben. In den breiten Massen des russischen Volkes kamen auch religiöse Vorstellungen hinzu, die von den herrschenden Schichten mit Sorgfalt genährt wurden: der alte Gedanke des Kampfes gegen die Türken, also die „Ungläubigen“ und ihrer Verdrängung vom Goldenen Horn, außerdem der dem Volke eingeimpfte Glaube, den wir erst während des Großen Krieges in seiner Stärke kennen gelernt haben: die Deutschen wollten den Russen ihre rechtgläubige Religion nehmen und sie mit Gewalt protestantisch machen.

Auf der anderen Seite waren zweifellos noch Strömungen im Russischen Reiche vorhanden, welche nicht geneigt waren, Rußland ganz

von England und Frankreich politisch abhängig zu sehen, und die gewünscht hätten, auf irgendeinem Gebiete der Politik eine Gemeinsamkeit und ein Einverständnis mit dem Deutschen Reiche herzustellen. Für dieses lag die große Schwierigkeit immer in den beiden Punkten: Österreich-Ungarn und Türkei. Wollte man, konnte man hier den Russen keine Zugeständnisse machen, so war alles vergeblich, und Rußland ging die Wege, die ihm von London aus seit dem Jahre 1905 vorgezeichnet waren. Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, war seinem Posten in keiner Weise gewachsen, der russischen Sprache nicht mächtig, außerdem so taub, daß die russischen Diplomaten über ihn scherzten: Sobald man sich mit dem deutschen Botschafter verständigen wolle, sei gleich ein Mißverständnis die Folge.

* * *

Im Sommer 1914 besuchte König Georg von England Paris. Er war begleitet von dem Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey. Es war auffallend, wie dieser Besuch sofort die Aufmerksamkeit der gesamten politischen Welt im höchsten Grade erregte. Ein Jahr vorher, als der König von England und der russische Zar und viele andere Fürsten in Berlin zur Hochzeitsfeier der Deutschen Kaisertochter zusammenkamen, ging man ziemlich gleichgültig daran vorbei und betrachtete es als ein Familienfest ohne politische Bedeutung. Das war es auch tatsächlich, aber der Deutsche Kaiser hatte dieser Zusammenkunft auch eine hohe politische Bedeutung beigelegt, und zwar im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens. Jedenfalls war jener Besuch geeignet, die allgemeine Stimmung in Deutschland wieder in ihrer üblichen Sorglosigkeit zu bestärken.

Ganz anders war es im April 1914 zu Paris. Die Tischreden waren harmlos, aber kurz nach dem Besuche drangen wichtige Aufschlüsse in die Öffentlichkeit. Ein ungenannter deutscher Diplomat berichtete im Mai und Juni 1914 ausführlich darüber nach Berlin; Teile dieser seiner Berichte sind während des Krieges von der deutschen Regierung veröffentlicht worden. Es handelte sich im wesentlichen um das Folgende:

Der russische Botschafter Herr v. Iswolski hatte den Plan gefaßt, die „Feststimmung" während des Pariser Königsbesuches zum Zustandebringen eines neuen Dreibundes anstatt des bisherigen sogenannten Dreiverbandes zu benutzen. Wie der alte Dreibund, so sollten nach Iswolskis und der Franzosen Wünschen Rußland, Frankreich und Großbritannien durch feste Bündnisverträge ebenso eng wie offensichtlich zusammengeschlossen werden. Grey habe sich diesem Gedanken gegenüber vorläufig ablehnend verhalten, mit der bekannten Begründung, daß das englische

Volk den Abschluß förmlicher Bündnisverhältnisse mit anderen Mächten nicht wünsche. Dazu kam bei Grey und seinen Kollegen die praktisch-taktische Erwägung, daß es zweckmäßiger sei, das förmliche Bündnis zu vermeiden und es beim faktischen Bündnisse, wie es ja bestand, zu lassen.

Als damals diese Bündnisfrage in der deutschen Presse erörtert wurde, habe ich den Standpunkt vertreten, daß man als Deutscher den Abschluß und die Verwandlung des Dreiverbandes in einen Dreibund nur wünschen könne, denn dann würde Klarheit über die britische Politik geschaffen werden, und solche Klarheit sei für das Deutsche Reich unter allen Umständen auf das höchste zu wünschen. Ich war damals überzeugt, daß in einem großen Festlandskriege Großbritannien entweder sofort oder in einem gelegenen Augenblick gegen Deutschland eingreifen würde. Der Deutsche Reichskanzler hoffte auf die britische Neutralität und glaubte deshalb an sie. Die beinahe allgemeine Stimmung in Deutschland war, daß man einer Periode der Freundschaft und ständig wachsenden Vertrauens mit Großbritannien entgegengehe. Diese Illusionen würden mit einem Schlage zerstört worden sein, wenn damals ein neuer Dreibund zustande gekommen wäre. Hauptsächlich mit aus diesem Grunde ist das britische Kabinett damals nicht darauf eingegangen, denn es mußte für Grey von großem Wert sein, das Vertrauen des Deutschen Reichskanzlers auf jetzige Freundschaft und spätere Neutralität ungeschwächt und blind zu erhalten. Grey sah, daß es in Deutschland Strömungen gab, welche seiner Politik und seinen Zielen mißtrauten. Er führte die erwähnten Verhandlungen mit der Deutschen Regierung über die portugiesischen Kolonien und die Bagdadbahn und hatte alles Interesse daran, daß man diese Verhandlungen und ihre Ergebnisse in Deutschland ganz ernst nahm. Das war nicht möglich, wenn die deutsche Regierung nicht in ihrem Glauben erhalten wurde, Großbritannien werde voraussichtlich in einem großen Festlandskriege neutral, und zwar aufrichtig, wirklich neutral bleiben.

Das britische Kabinett hatte also Grund genug, die französisch-russischen Bestrebungen, den Dreiverband zum Dreibunde zu machen, abzulehnen. Die französischen und russischen Staatsmänner begriffen diesen Gesichtspunkt, auch im Hinblick auf die Gegnerschaft, welche Grey seit der Marokkoangelegenheit im eigenen Lande unter den Pazifisten hatte. Wie jener ungenannte deutsche Diplomat in seinen Berichten ausführt, waren Iswolski und die französischen Diplomaten aber der Ansicht, daß Grey sich auf die Dauer seiner Zustimmung zur Schaffung und Erklärung eines britisch-französisch-russischen Bündnisses doch nicht werde entziehen können, man müsse ihm nur Zeit lassen. Man beschloß, die Taktik langsamen schrittweisen Vorgehens. Der erste große Schritt

war die amtlich von der französischen Regierung ausgehende Anregung an Grey: „Die bestehenden besonderen militärpolitischen Abmachungen zwischen Frankreich und England durch analoge Abmachungen zwischen England und Rußland zu ergänzen. Sir Edward Grey hat den Gedanken sympathisch aufgenommen, sich aber außerstande erklärt, ohne Befragen des englischen Kabinetts irgendeine Bindung zu übernehmen".

Es ist wieder die alte und bewährte Taktik Greys: formelle Bindungen abzulehnen, um die tatsächlichen Bindungen, ohne die Befürchtung, desavouiert zu werden, öffentlich ableugnen zu können.

Wie immer ging Grey in vollem Bewußtsein der Tragweite und mit folgerichtigem Willen auf die Anregung ein, ebenso wie im Jahre 1906 mit Frankreich. Es blieb auch nicht bei Worten, vielmehr begannen die Verhandlungen zwischen dem russischen Marine-Attaché und der britischen Admiralität in London sofort. Im Juni 1914 meldete der ungenannte deutsche Diplomat, die Besprechungen hätten bereits begonnen.

Die Franzosen konnten aber, wie so oft, nicht reinen Mund halten, und bald wußte die Öffentlichkeit um die Hauptsache. Die Folge war, daß die Regierung im britischen Unterhause gefragt wurde, wie es mit einem britisch-russischen Marineabkommen oder diesbezüglichen Verhandlungen stehe. Grey antwortete, wie früher schon auf ähnliche Fragen, es seien keine Vereinbarungen unveröffentlichter Art vorhanden noch im Gange, welche im Kriegsfalle die freie Entschließung der Regierung oder des Parlaments darüber, ob Großbritannien an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht, einengen oder hemmen würden. Diese Erklärungen waren wie stets sophistisch irreführend und scheinbar korrekt. Ihr Gedankengang prägte den Sachverhalt um: Grey stellte in Abrede, daß man Vereinbarungen getroffen habe oder treffen werde, welche Großbritannien im Kriegsfalle der Entscheidungsfreiheit berauben würden. In Wirklichkeit waren diese Vereinbarungen getroffen worden, weil das britische Kabinett fest entschlossen war, bei Ausbruch eines Krieges auf seiten Rußlands und Frankreichs zu kämpfen. Nur durfte dem Lande und „der Welt" gegenüber nicht als Grund für dieses Eingreifen angeführt werden: man habe ja bindende Vereinbarungen mit Frankreich und Rußland getroffen.

Weder in England noch anderswo schenkte man Greys Erklärungen rechten Glauben. Ein großer Teil der britischen Presse schwieg, ein kleiner äußerte sich mit Bedauern, ein dritter mit gemachter Befriedigung. Grey selbst ließ vertraulich mehrfach noch auf das ausdrücklichste versichern, „daß keinerlei Abmachungen militärischer oder maritimer Natur zwischen England und Frankreich bestünden, obwohl der Wunsch nach solchen auf französischer Seite wiederholt kundgegeben worden sei. Was das

englische Kabinett Frankreich abgeschlagen habe, werde es Rußland nicht gewähren. Es sei keine Flottenkonvention mit Rußland geschlossen worden und es werde auch keine geschlossen werden". Auch die dem Minister ergebene „Westminster Gazette" brachte noch ein nachdrückliches Dementi: „Es besteht kein Flottenabkommen, und es schweben keine Verhandlungen über ein Flottenabkommen zwischen Großbritannien und Rußland. Niemand der den Charakter und die Methoden Sir Edwards Greys kenne, werde auch nur einen Augenblick annehmen, daß die von ihm abgegebene Erklärung bezwecken können, die Wahrheit zu verschleiern".

In jener Periode sprach ich mit einem englischen Zeitungskorrespondenten in Berlin und brachte ihm meine Zweifel an der Richtigkeit der Greyschen Erklärungen zum Ausdruck. Er machte den Entrüsteten und sagte, Grey sei ein Gentleman, und wenn er etwas sage, dann verhalte es sich auch so. In Wirklichkeit waren die Ableugnungen Greys und seiner Presse reine zweckbewußte Lügen. Es rief in Paris und Petersburg große Erleichterung hervor, daß die öffentliche Meinung in Großbritannien die Erklärungen Greys „so bereitwillig akzeptiert habe". Die Drahtzieher der Aktion hatten schon befürchtet, daß der schöne Traum des neuen Dreibundes ausgeträumt sei. In dem parlamentarischen England schweigt jedermann, wenn ein Minister in so offenkundiger Weise die eigene Partei, die Volksvertretung und die öffentliche Meinung des ganzen Landes irre zu führen versucht. Was brachte nicht alles England seiner Germanophobie zum Opfer!

Ein anderer deutscher Diplomat, ebenfalls ungenannt, berichtet im selben Juni 1914 anscheinend aus Petersburg, er habe von einer deutschfreundlichen russischen Seite Aufzeichnungen über die erste Konferenz der russischen und englischen Marinefachleute über die Marinekonvention erhalten. Der Gewährsmann äußerte „sehr ernste Besorgnisse über die Förderung, welche der russische Nationalismus erfahren werde, wenn das Abkommen wirklich zustande komme. Sei man des Mitgehens Englands erst gewiß, so würden die bekannten panslawistischen Hetzer nicht zögern, die erste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um es zum Kriege zu bringen".

Hier hat man wieder ein sehr wertvolles und einwandfreies Zeugnis: Den britischen Staatsmännern, insbesondere auch Sir Edward Grey, waren die russischen Stimmungen, ihre Ursachen, ihre Ziele und ihre Bedingungen nicht nur bekannt, sondern sie waren seit langen Jahren von ihnen geleitet und beeinflußt worden. Grey und seine Kollegen wußten genau, welchen Eindruck und Einfluß der Abschluß eines englisch-russischen Flottenabkommens, ja schon die Inangriffnahme entsprechender Verhandlungen auf die russische Stimmung ausüben werde. Vor allem

mit aus diesem politischen Grunde und aus dem weiteren, die russische Politik zu binden und jede Annäherung an Deutschland von vornherein unmöglich zu machen, hat Grey sich auf jenes Abkommen eingelassen. Vielleicht hat er es sogar indirekt mit herbeigeführt und sich nach britischer Art nachher als den Geführten ausgeben lassen. Auf alle Fälle war gerade für England der politische Wert des Abkommens viel größer als der militärische. Über den militärischen Inhalt erfuhr der deutsche Diplomat im großen das Folgende: Das Abkommen sollte die Beziehungen zwischen den russischen und englischen Seestreitkräften bis in alle Einzelheiten hinein regeln, die Signalsysteme sollten gegenseitig mitgeteilt, also eine Gemeinsamkeit herbeigeführt werden, wie sie nur bei intimsten politischen Beziehungen möglich ist. Regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen den Behörden wurde vereinbart, und es verstand sich, daß Großbritannien die Führung und herrschende Beeinflussung gegenüber der russischen Marine in der Hand haben würde. Die Besprechungen und Abmachungen für die Kriegführung selbst sollten sich auf zwei getrennte Schauplätze erstrecken: das Mittelmeer und die Ostsee. Interessant ist, daß damals, also im Frühsommer 1914, die russisch-englische Konvention bereits Operationen in dem Gebiet der türkischen Meerengen ins Auge faßte, mithin auch eine sofortige Vergewaltigung der Türkei. Hinsichtlich der Ostsee lautete die Information des deutschen Diplomaten folgendermaßen:

„Die russischen Interessen in der Ostsee verlangen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch wird die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die russische aufgehoben und vielleicht eine russische Landung in Pommern möglich werden. Hierbei könnte die englische Regierung einen wesentlichen Dienst leisten, wenn sie vor Beginn der Kriegsoperationen eine so große Zahl von Handelsschiffen in die baltischen Häfen schickte, daß der Mangel an russischen Transportschiffen ausgeglichen wird."

Es kommt wenig darauf an, daß oder ob die Marinekonvention zwischen den beiden Mächten nicht bis zum formalen Abschluß gelangt ist. Sie würde zweifellos in jedem Sinne fertig geworden sein, wenn nicht der Krieg mit seinem äußeren Anlasse dazwischen gekommen wäre. Die militärische Bedeutung einer solchen Konvention hätte sich erst nach einiger Zeit zeigen können, wenn nämlich die beiden Mächte in der Lage waren, die gegenseitigen Verpflichtungen der Konvention auch tatsächlich auszuführen und zwar in Gestalt von Vorbereitungen. Den offensiven Charakter der Konvention zeigt besonders ihr Programmpunkt: die englische Regierung habe vor Beginn der Kriegsoperationen eine genügend große Anzahl von Handelsschiffen in die Ostsee zu schicken, um russische

Truppenlandungen an der pommerschen Küste zu ermöglichen. Den russischen wie den englischen Marineautoritäten war natürlich bekannt, daß es unmittelbar vor Kriegsausbruch unmöglich gewesen wäre, Mengen von Handelsschiffen gerade in die Ostsee zu schicken, wo sie die dänischen und die deutschen Gewässer passieren mußten, und zwar unter den deutschen Augen. Möglich war eine solche Maßnahme nur von langer Hand her und allmählich. Dies berücksichtigt, ergibt also, daß gerade englischerseits die Konvention das Vorhandensein der britischen Absicht zeigt, das Deutsche Reich, äußerlich unter Vorschickung Rußlands und Frankreichs, bei erster Gelegenheit anzugreifen.

Über die Friedensliebe Greys und seiner Ministerkollegen ist viel Schönes und Rührendes geschrieben worden, besonders vom Fürsten Lichnowsky. Als Beweis führt man nicht allein im Auslande, sondern sogar in Deutschland immer seine Verhandlungen in der Angelegenheit der Bagdadbahn und der portugiesischen Kolonien an. Der belgische Gesandte in Berlin nannte diese Verhandlungen, welche in Deutschland so tief ernst genommen wurden: „Ein Kokettieren Großbritanniens mit dem Deutschen Reiche". In Wirklichkeit ist es auch nichts anderes gewesen, wenn man unter Kokettieren in diesem Falle auch den Begriff der Irreführung und der Bindung mit einschließt. In der Tat gewann Deutschland nicht an Macht, auch wenn jene beiden Abkommen mit England in Mesopotamien und in Mittelafrika zur Verwirklichung gelangt wären. Wohl aber erwuchsen dem Deutschen Reiche Bindungen politischer und wirtschaftlicher Art Großbritannien gegenüber und, wie vorher klargelegt wurde, auch Zersplitterung der Kräfte. Das war die Absicht der politischen Leiter Großbritanniens.

In den Jahren 1913 und 1914 betonten englische Minister einmal über das andere, wie unvergleichlich die Beziehungen zum Deutschen Reiche sich gebessert hätten. Diese Reden flossen teilweise über von Liebenswürdigkeit und Freundschaft, und in Deutschland glaubte man daran. Wie man die Dinge damals sah und sehen mußte, war es auch kaum möglich anzunehmen, daß Großbritannien bereit und gewillt war, den ersten Anlaß zum Kriege zu benutzen. Die deutsche Regierung freilich, welche den Briefwechsel von 1912 zwischen Grey und Cambon kannte, hätte vernünftigerweise anders urteilen müssen, ganz abgesehen auch von dem britischen Verhalten während der Marokkokrisis des Jahres 1911. Selbst die britisch-russischen Verhandlungen über die Flottenkonvention und ihre Vorgänge haben aber dem Deutschen Kanzler das Vertrauen zu Großbritannien nicht rauben können. Gleichwohl bestand zwischen dieser offensiven Koalitionspolitik Sir Edward Greys gegen Deutschland

und seiner Wirtschafts- und Kolonialpolitik mit Deutschland ein unüberbrückbarer innerer Widerspruch, wenn man nicht jene sogenannte Verständigungspolitik Deutschland gegenüber lediglich als ein Verschleierungsmittel der Ententepolitik einschätzen wollte. Das ist sie in der Tat auch gewesen, zumal ja Grey wußte und deshalb beabsichtigte, daß seine Konventionspolitik mit Rußland die Kriegslust in Wirklichkeit maßgebender panslawistischer Kreise noch mehr erregen würde.

Die großbritannische Politik ist gewohnt, mit mehreren Eisen im Feuer zu arbeiten. Sie hat ferner immer praktisch und überlegt den Grundsatz verfolgt, auf dem billigsten und einfachsten Wege ihre Ziele, wenn möglich zu erreichen, nämlich auf dem friedlichen Wege und, soweit andere Mächte in Betracht kamen, durch Lockung und Bindung, durch Versprechen und durch Drohung. Ihre europäische Koalitionspolitik seit dem Jahre 1903 hatte König Eduard und den britischen Staatsmännern eine ungeheure Macht in die Hand gegeben. Sie waren entschlossen, diese Macht gegen Deutschland friedlich zur Geltung zu bringen, so lange es ihnen ausreichend erschien, sonst kriegerisch. Nach außen durfte der kriegerische Teil des Programms nicht hervortreten oder gezeigt werden. Großbritannien war ja die erhabene Hüterin des Weltfriedens, der Gerechtigkeit und der Billigkeit. Deshalb wurde zur Rechtfertigung der britischen Rüstungen und der Ententepolitik die Fabel in die Welt gesetzt von der deutschen Absicht: Wenn man fertig sei, Großbritannien oder Frankreich oder alle beide anzugreifen, oder Holland oder Belgien zu verschlucken oder China zu erobern oder Brasilien sich anzueignen. Diese weit ausblickende britische Propaganda, besonders während des Jahrzehntes vor dem Kriege, war eigentlich schon britische Kriegführung gegen Deutschland; sie erweckte das Mißtrauen der ganzen Welt, die Besorgnis und Abneigung der kleinen Staaten gegen Deutschland, nicht zum wenigsten auch im deutschen Volke selbst Mißtrauen und Mißbilligung. Die Deutschen sind, es ist leider beinahe überflüssig, das zu sagen, immer bereitwillig gewesen, diese antideutsche Propaganda für echt zu halten, ihr zu glauben und den britischen Standpunkt gegenüber der deutschen Regierung zu vertreten.

Von Großbritannien und von der britischen Propaganda gingen in den Jahren vor dem Kriege immer lauter die Seufzer über Kriegsgefahr, Unsicherheit und Rüstungsbelastungen aus. In Deutschland wurde vorwurfsvoll mitgeseufzt und gemurrt, und der Vorwurf galt der deutschen Regierung, dem „System“ und dem sogenannten Militarismus.

Vor einigen Jahren ist mir von Professor Oncken der Vorwurf gemacht worden, ich hätte die englische Gegnerschaft gegen Deutschland auf eine

zu einfache Formel gebracht, es habe in Großbritannien keine einheitliche Stimmung dem Deutschen Reiche gegenüber bestanden. Das ist richtig, aber ebenso, wie die Resultante bildlich die einheitliche Wirkung verschieden gerichteter Kräfte darstellt, so gibt die einfache Endformel, deren ich mich in meiner Geschichte der Auswärtigen Politik des Deutschen Reiches bedient habe, die Richtung und damit die Kennzeichnung der Auswärtigen Politik des Inselreiches. Wir brauchen hier diese nicht durch Jahrzehnte hindurch zu verfolgen, sondern nur während der letzten zehn Jahre vor dem Kriege. Damals wandte sie sich gegen das Deutsche Reich und ging zielbewußt auf die Organisierung der Weltkoalition aus, obgleich eine Gefahr vom Deutschen Reiche keiner Macht drohte, am allerwenigsten Großbritannien. Seit jenen ersten Jahren des neuen Jahrhunderts ist die Koalitions- und Einkreisungspolitik Großbritanniens sich bis zum Kriege gleich geblieben. Der Übergang der Regierungsgewalt von der unionistischen Partei an die liberale änderte nichts. Sir Edward Grey setzte die Politik seines Vorgängers, des im Kriege viel genannten Lord Lansdowne, geradlinig fort. Der einzige Unterschied war nur, daß der neue Premierminister Campbell-Bannerman mit einem starken Aufgebot an Phrasen versuchte, Deutschland zu einer Abrüstung zur See zu bringen. Im übrigen ließ er sich besonders angelegen sein, die Bande mit Rußland zu stärken und in Rußland Gegnerschaft gegen das Deutsche Reich zu erregen.

König Eduard von England wurde in Deutschland als die Seele und treibende Kraft der Einkreisung angesehen. Der neue Deutsche Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, erwartete nach seinem Tode eine neue Ära der deutsch-britischen Beziehungen und glaubte, nun sei der Augenblick gekommen, die vielberufene Verständigung herzustellen. In Wirklichkeit blieb der Tod Eduards VII. ohne Einfluß auf die Richtung der großbritannischen Politik. Sie war eben in ihrer offensiven Gegnerschaft gegen das Deutsche Reich der britischen Bevölkerung im ganzen aus der Seele gesprochen.

Schon seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war man im Volke Großbritanniens durchweg überzeugt, daß der nächste große Krieg der Vernichtung des Deutschen Reiches zu gelten haben werde. Deutsche Kaufleute, Ärzte usw., welche in Großbritannien oder über See in britischen Kolonien oder Einflußgebieten lebten, wußten übereinstimmend von der tiefen, haßerfüllten Feindschaft der Engländer gegen das Deutsche Reich zu erzählen; wohlgemerkt, gegen das Deutsche Reich, durchaus nicht immer gegen den einzelnen Deutschen. Im Gegenteile haben zwischen Deutschen und Engländern in vielen, wenn auch nicht allen Schichten und Berufskreisen bis zum Kriege rege geistige Beziehungen,

auch intime Freundschaften bestanden, zwischen Politikern, Künstlern, Kaufleuten, Gelehrten, Offizieren. In Deutschland beging man den psychologischen Fehler, diese persönlichen Einzelbeziehungen politisch zu verallgemeinern. Man glaubte, daß sie auf die Richtung des Ganzen maßgebenden Einfluß ausüben würden, daß die Einzelsympathien zwischen Engländern und Deutschen den Kurs der Politik Großbritanniens und damit die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als solchen wesentlich bestimmen könnten. Der Denkfehler war in der Beurteilung des britischen Charakters enthalten. Der Brite läßt sich niemals durch persönliche Beziehungen mit Ausländern in seiner politischen Ansicht und Richtung beeinflussen. Der Ausländer, also der Nichtangelsachse, ist ihm von vornherein, ob einzeln oder als Volk und als Staat, ein untergeordnetes Wesen und deshalb zur Unterordnung unter das Angelsachsentum von der Vorsehung bestimmt. Der britische Geschäftsmann und Gelehrte mag noch so freundlich und intim mit deutschen Berufsgenossen verkehrt haben, sie waren ihm doch immer nur fremdartige Exemplare einer untergeordneten Gattung, über die man im Augenblicke, wo und falls die britische Politik es für angezeigt halten sollte, vollkommen kühl hinwegschreitet. Diese britische Politik war aber auch vor dem Kriege die der Weltbeherrschung, und zwar einer tatsächlichen Beherrschung. Auf die Form legt der Brite in solchen Dingen keinen Wert.

* * *

Es gehörte nur zu den alten englischen Methoden, wie sie den Kriegen Großbritanniens immer vorausgegangen waren, vom künftigen Gegner zu behaupten, er strebe nach Weltherrschaft. Der deutsche Imperialismus, die Weltherrschaftspläne des Deutschen Kaisers wurden durch den britischen Propaganda-Apparat zu Schlagworten in der ganzen Welt und in Deutschland selbst geglaubt, hauptsächlich von den Parteien und Schichten der Sozialdemokraten und des links gerichteten Liberalismus.

*

Wir haben in diesem Buche die letzten zehn bis zwölf Jahre der deutschen Politik vor dem Kriege verfolgt. Sie zeigen viel Ungeschicklichkeit und Schwäche, wenig Zielbewußtsein und Folgerichtigkeit. Aber auch nur wirkliche Ansätze zu einer imperialistischen und auf Weltherrschaft gerichteten Politik nachzuweisen, ist eine Unmöglichkeit. Kaiser Wilhelm II. hat in der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches während seiner Regierungszeit eine starke und meist maßgebende Rolle gespielt. Der Kaiser besaß, besonders während der ersten Hälfte seiner Regierung, ein unbegrenztes Vertrauen zu seinen Kräften und Fähigkeiten, glaubte auch, durch die direkte Ein-

wirkung seiner Persönlichkeit alles erreichen zu können, was sonst nur als Ergebnis gründlicher und geduldiger Arbeit und nüchterner Einschätzung der Dinge dem Staatsmann zuteil wird. Über die Entlassung Bismarcks ist sehr viel geschrieben worden und wird es noch. Ihre Geschichte kann uns hier nicht beschäftigen. Die Tatsache der Entlassung bleibt in allem Für und Wider der große, grundlegende, folgenschwere Fehler der Regierung des Kaisers. Seine Folgen ziehen sich vom Jahre 1890 bis zum Kriege hindurch, immer von neuem unheilvolle Entwickelungen gebärend. Das Schwerstwiegende in jener unseligen Angelegenheit war die Tatsache, daß der damals junge Kaiser glaubte, er werde Bismarck ersetzen können, den größten Staatsmann des Jahrhunderts. Auf der Überschätzung seiner eigenen Fähigkeiten beruht letzten Endes die gesamte abwärts führende Entwicklung bis zum schmählichen Ende im Jahre 1918.

Auf der gleichen Charaktereigenschaft verkehrter Selbsteinschätzung beruhte es, daß der Kaiser bis zum Jahre 1908 jenes viel angefochtene „persönliche Regiment" ausübte oder auszuüben versuchte. Kaiser Wilhelm konnte keine festen und geschlossenen Charaktere in seiner Nähe und in den meisten hohen Amtsstellen sehen, und wo er sie vorfand oder wo sie sich gegen sein Erwarten zeigten, da entfernte er sie. Es lag in der Natur der Dinge, daß sich diese Auslese nach Charakterschwäche und Servilität von den obersten Stellen und Persönlichkeiten auch auf die Personenwahl für zahlreiche nachgeordnete Stellen übertrug und so mit jedem Jahre mehr sich ein Prozeß der Entmannung in der regierenden Schicht vollzog, der sich schnell und immer stärker in der auswärtigen Politik des Reiches geltend machte. Ihm fehlte auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die Menschenkenntnis zur Beurteilung der Gaben und Talente der Persönlichkeiten, die er auswählte oder zu denen er, sofern sie dem Auslande angehörten, Stellung nehmen zu müssen glaubte.

Es war dem Kaiser Wilhelm II. nicht möglich, still und stetig zu arbeiten und ebenso still nach dem idealen Vorbilde seines Großvaters durch eine in verfassungsmäßigen Grenzen bleibende Arbeit zu wirken. Sein Talent und seine Neigung zur öffentlichen Rede und zum Dekorativen mußte in Verbindung mit den genannten Eigenschaften schädlich wirken. Er liebte in seinen Reden starke Ausdrücke und getragene Wendungen. Solche können unschädlich, ja nützlich sein, wenn sie vorher genau auf ihre Wirkung innerhalb und außerhalb der Grenzen durchdacht worden sind. Diese unerläßliche Vorarbeit fehlte aber meistens, während der ersten zwanzig Jahre der Regierung des Kaisers fehlte sie immer. Reden wie diejenige, als die deutschen Truppen zur Unterwerfung des Boxeraufstandes nach China gingen, und wie die, welche

der Kaiser nach der Bosnischen Krisis in Wien hielt, in der er von der „schimmernden Wehr" sprach, haben Jahre lang dem feindlichen Auslande als Agitationsmittel gedient, zum Beweise, daß der Deutsche Kaiser immer geneigt sei, den Frieden der Welt zu stören und „Gewalt vor Recht" gehen zu lassen. In Wirklichkeit lagen dem Kaiser solche Dinge fern, sein Charakter war nicht der eines Gewaltherrschers und eines Eroberers. Der Fehler lag darin, daß Reden gehalten und Telegramme veröffentlicht wurden, welche das Ausland eifrig für die antideutsche Propaganda ausbeutete. Es lag in dem abhängigen und zur Servilität neigenden Wesen — sei es einem Herrscher, sei es dem Demos gegenüber — des deutschen Volkes begründet, daß das kaiserliche Pathos mit seinen Gedankengängen in Wort und Schrift nachgeahmt und noch übertrieben wurde. Man schwamm in einem Strom hochtrabender Phrasen, schätzte sie als Wirklichkeit, ja als Taten ein und verkannte darüber die Wirklichkeit, die eigenen Kräfte und Betätigungsmöglichkeiten und die vom Auslande drohenden Gefahren.

Der Kaiser war durchweg während seiner Regierung von Schmeichlern umgeben. Diese Erscheinung begründete sich in persönlichen Bedürfnisse, seine Gedanken, Ansichten und Pläne unbedingt anerkannt und gepriesen zu sehen.

Die Verwertung der Gaben, welche Kaiser Wilhelm zweifellos hat, wenn auch nicht in dem Maße, wie sie ihm vielfach beigelegt worden sind, wurde durch diese Belastungen des Charakters und der politischen Einsicht schwer beeinträchtigt, und zwar mit Notwendigkeit. Damit hing auch die Eigenschaft des Kaisers zusammen, die Wirkung seiner Persönlichkeit auf das Ausland zu überschätzen, auch grundsätzlich ganz falsch einzuschätzen. Im feindlichen Auslande, besonders in Frankreich, hatte man von den Gaben und der Bedeutung Kaiser Wilhelms während der ersten Zeit seiner Regierung eine hohe Ansicht. Verhältnismäßig früh und mit aller Klarheit seit der Marokkokrisis von 1905/06 wußte man aber, und zwar nicht nur in Frankreich, daß der Kaiser an Entschlußkraft und politisch nicht das war, was er schien. Man nannte ihn in Frankreich „le pacifiste", auch „le timide" und traf damit den Kern des Wesens des Kaisers. Kaiser Wilhelm war in der Tat pazifistisch gesinnt, und zwar nicht nur aus Überlegung, sondern seiner ganzen Natur- und Charakteranlage nach. Seine nach Krieg schmeckenden Reden und Depeschen stehen nur in einem äußerlichen und, was das Wesen des Kaisers anlangt, nur in einem scheinbaren Widerspruche zu diesem. Es kommt oft vor, daß schwache, friedliche und jeder schweren Entscheidung abgeneigte oder unfähige Charaktere das für sie zwingende Bedürfnis haben, anders, zuzeiten entgegengesetzt nach außen zu erscheinen,

als sie sind. Hier ist nicht der geringste Widerspruch vorhanden, aber diese Eigenschaft mußte bei dem beständig in alle Angelegenheiten der Regierung, insbesondere in der auswärtigen Politik eingreifenden Deutschen Kaiser hinderlich, verwirrend und unter Umständen gefährlich werden. Das feindliche Ausland hatte den eigentlichen Charakter des Kaisers früh erkannt, aber es benutzte aus den früher dargelegten Gründen jede Gelegenheit, um Kaiser Wilhelm als gefährlichen, zum Kriege treibenden und jeder Unbesonnenheit fähigen Monarchen öffentlich hinzustellen.

Der Kaiser widmete sich mit Eifer der Rüstung des Deutschen Reiches. Auch hier hat ihm jeder Gedanke an Vorbereitung zu einem gewollten Kriege ferngelegen. Man kann sogar bezweifeln, ob er besonders während der letzten Jahre seiner Regierung vor dem Kriege persönlich den Rüstungsfragen noch das frühere tatkräftige Interesse zugewandt hat. Das galt nicht allein der Armee, sondern auch der Flotte.

Kaiser Wilhelm betrachtete die Marine nicht als künftiges Werkzeug zu einem Angriffskriege, vielmehr war ihm aufrichtig an der Durchführung der Grundsätze gelegen, wie sie das Flottengesetz von 1900 in seiner Begründung entwickelte. Seine überschwenglichen Äußerungen: der Dreizack gehöre in unsere Faust, es könne kein Kanonenschuß ohne Zustimmung des Deutschen Kaisers in der Welt abgegeben werden, seine Depesche an den Zaren, in der er sich als den Admiral des Atlantischen Ozeans bezeichnet, das und vieles andere waren Dinge, welche die Sache der Flotte schädigten und die deutsche Flottenbau- und Weltpolitik gefährden mußten. Gleichwohl muß auch hierzu betont werden, daß es sich nur um Worte handelte, hinter denen nichts von napoleonischer Gesinnung und napoleonischen Gaben zu finden war.

Die persönliche Abneigung Kaiser Wilhelms gegen Japan und die Japaner ist ungemein schädlich gewesen. Der Kaiser konnte nicht unterlassen, immer wieder seine Auffassung in die Öffentlichkeit zu bringen, daß die deutsche Flotte einst zusammen mit der englischen und französischen gegen die „gelbe Gefahr" aufzutreten, vielleicht zu kämpfen bereit sein müsse. Diese unpolitische Abneigung, die so gar nicht im deutschen Interesse lag, wurde nicht nur von den Vereinigten Staaten eifrig benutzt, sondern auch von Großbritannien. Den britischen Staatsmännern waren solche Hinweise des Kaisers zunächst nur ärgerlich dem Bundesgenossen gegenüber. Um so energischer rückten sie vom Deutschen Reiche ab, und um so stärker wurde die antideutsche britische Propaganda in Japan und im fernen Osten überhaupt. Die Japaner ihrerseits konnten nicht umhin, das Deutsche Reich, insbesondere den Kaiser, als geschworenen erbitterten Feind Japans anzusehen. In dieser Verbindung sei auf den Abschnitt über Japan hingewiesen, auch

wieder daran erinnert, daß die Frage im ganzen eine solche maritimer Natur war und damit eine solche der Weltpolitik ersten Ranges. Der Deutsche Kaiser behandelte sie nicht von diesem Gesichtspunkte, sondern von dem eines Gefühles der Abneigung und eines kulturellen Vorurteils. Es gehörte zu den Widersprüchen im Wesen des Kaisers, daß er Japan gegenüber und gegen Japan eine scharfe und schroffe, realpolitisch gänzlich unangebrachte und schädliche Rassenpolitik proklamierte und sogar Japans Bundesgenossen dafür gewinnen zu können glaubte, während er sonst dem Wesen der Rassenfrage ohne Verständnis, ja mit aller Abneigung gegenüberstand. Der Gedanke eines überseeischen Kreuzzuges der europäischen Mächte gegen Japan ist für die deutschen Interessen von schwerem Schaden gewesen, war außerdem für jeden politisch und militärisch einigermaßen nüchternen Blick eine romantische Utopie.

Diese auf Abneigung und Beeinflußbarkeit beruhende Haltung des Kaisers gegen Japan gehört zu den wenigen Zügen unbeirrbarer Zähigkeit, welche die Politik des damaligen Deutschen Kaisers aufzuweisen hat. Übertroffen wird sie freilich durch die Flottenpolitik Kaiser Wilhelms. In ihr und mit ihr hat er in der Tat eine Ausdauer von ganz bemerkenswerter Art gezeigt, nicht allein während der erfolgreichen Tätigkeit des Admirals v. Tirpitz, sondern auch während des ihr vorhergegangenen Jahrzehnts, welches marinepolitisch ein einziger großer Mißerfolg war. Man hat früher wohl gesagt, der Kaiser habe nun einmal die Vorliebe für die Marine gehabt. Gewiß hatte er diese Vorliebe, aber sie war doch auf viel Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit in Marinedingen teils gegründet, teils aus ihr hervorgegangen. Anderseits kann nicht verschwiegen werden, daß besonders während dem letzten Jahrfünft vor dem Kriege das Interesse des Kaisers an der Marine erlahmte und sich wie auch auf anderen Gebieten der Politik eine gewisse Gleichgültigkeit und Sehnsucht nach Ruhe steigend einstellte.

Kaiser Wilhelm hatte sonst vielfach nicht die Fähigkeit, einen Plan geduldig durchzuführen, ihn langsam reifen zu lassen und unbeirrt an ihm festzuhalten. Sein Wesen verlangte schnell eintretende, möglichst sichtbare Effekte, und wenn sie nicht kamen, so ließ er bisweilen ärgerlich die Sache fallen, nicht selten, um dann plötzlich in ein entgegengesetztes Extrem umzuschlagen. Zu diesem allen kam eine Schwäche, wie sie sich in der auswärtigen Politik des Reiches widerspiegelt und beinahe in jeder einzelnen Aktion verfolgen läßt: Beginn mit starkem, weit hörbarem Aufbegehren, wiederholter Hinweis, daß man zu allem entschlossen sei. Nachdem das dann einige Zeit gedauert und der politische Gegner den Handschuh aufgenommen hat, erfolgt Zurückweichen, und das Ende ist füglich eine diplomatische und dann auch politische Nieder-

lage. Dieses unerfreuliche Spiel begründete sich in den Charaktereigenschaften des Kaisers, und zwar nicht nur in seinen politischen Mängeln, sondern in seinem Wesen schlechthin. So paradox es klingt, kann die Friedensliebe Kaiser Wilhelms kaum schlagender erwiesen werden, als eben durch jene geräuschvollen Auftakte und Anläufe, denen nichts folgte als Zurückweichen und ein Nachgeben, das, wenn auch die Form mehr oder minder gewahrt wurde, doch schließlich nichts anderes war als eine Demütigung und ein Bekenntnis, man habe einmal wieder etwas unternommen, das die Willenskräfte überstiege. Es ist möglich, daß der Kaiser die Größe jener Mißerfolge nicht so einschätzte, wie sie es verdient hätten.

In dem französischen Gelbbuche von 1914 findet sich die Ansicht ausgesprochen, daß der Kaiser in der letzten Zeit vor dem Kriege, etwa seit den Balkankriegen, nicht mehr von seiner früheren Friedensliebe erfüllt gewesen sei, sondern die Auffassung gehegt habe, der Krieg sei unvermeidlich, man müsse einen passenden Augenblick wahrnehmen. Es liegt auf der Hand, daß es den Feinden des Deutschen Reiches, insbesondere der französischen Regierung, von Wert sein mußte, ein derartiges Zeugnis aufzuweisen. Die Tatsächlichkeit dieser Behauptung ist aber sehr unwahrscheinlich. Das französische Gelbbuch berichtet auch von einem Gespräche, welches der Deutsche Kaiser in Gegenwart des Generals v. Moltke mit dem König der Belgier gehabt hätte, und zwar im November 1913. König Albert, so berichtet der Botschafter, hätte den Deutschen Kaiser hinsichtlich seiner Anschauungen über Krieg und Frieden völlig verändert gefunden: „Der Deutsche Kaiser ist in seinen Augen nicht mehr der Vorkämpfer des Friedens gegen die kriegerischen Absichten gewisser deutscher Parteien. Wilhelm II. ist zur Auffassung gekommen, daß der Krieg mit Frankreich unvermeidlich ist und daß es früher oder später dazu kommen muß." General v. Moltke habe den Kaiser bestärkt. Der französische Botschafter fügt als seine Auffassung hinzu, daß der Kaiser mit Zunahme des Alters immer mehr durch die Ungeduld der Militärs, durch Familientraditionen und durch rückschrittlichen Geist beherrscht werde. In Deutschland hat man damals von einer solchen Wandlung nichts bemerkt. Im Gegenteil wurde Kaiser Wilhelm mit den Jahren, wie schon angedeutet wurde, bequemer und auch in seinen Worten immer friedfertiger. Sein Ausspruch entsprach sicherlich der subjektiven Wahrheit: Er habe nur den Ehrgeiz, als Friedenskaiser auf die Geschichte überzugehen. Wenige Monate vorher, anläßlich des großen Familienfestes der Kaiserlichen Familie im Sommer 1913 und vorher des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers erklärte die französische Presse, daß der Deutsche Kaiser durch die Friedlichkeit seiner Regierung dem deutschen Volke

ein denkbar großes Geschenk gemacht habe. Niemand in Deutschland war fester und tiefer von der Auffassung durchdrungen, daß jedes weitere Jahr des Friedens für Deutschlands Gedeihen ein Gewinn sei, als Kaiser Wilhelm II. Daß er sich anderseits der Erkenntnis nicht verschließen konnte, daß die Spannung der europäischen Atmosphäre von Jahr zu Jahr stärker wurde, ist selbstverständlich. Besonders die wachsende französische Kriegslust und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit mit ihren politischen Begleiterscheinungen mußte auch dem Deutschen Kaiser Erwägungen über die nahe Möglichkeit eines Krieges aufdrängen. Solche Möglichkeiten und ihre mutmaßlichen Konsequenzen, die politischen wie die militärischen, eingehend zu besprechen, lag in der Natur der Dinge. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß der Kaiser derartigen Erwägungen nach seiner Art auch häufig unvorsichtigen Ausdruck gegeben hat, vielleicht auch in Gegenwart des Königs der Belgier. Diesem gegenüber waren die Unvorsichtigkeit und der Schaden verdoppelt. Der Kaiser hätte wissen müssen, daß ebenso wie die belgische Regierung und die Bevölkerung auch der König sich als stillen Teilhaber in der Entente betrachtete und es in Wirklichkeit auch war, daß also jede kaiserliche Äußerung tendenziös gedreht nach Paris und nach London gelangen würde.

Ein drastisches Beispiel für die Art des Kaisers lieferte die deutsch-russische Krisis gelegentlich der Frage, ob der Leiter der deutschen Militärmission in Konstantinopel Kommandogewalt innehaben solle oder nicht. Als hier die ersten unfreundlichen russischen Stimmen laut wurden, hat Kaiser Wilhelm im engeren Kreise erklärt, man werde sich darauf beschränken, den Russen und ihren Verbündeten zu sagen, daß hinter der deutschen Militärmission in der Heimat viele Millionen deutscher Bajonette ständen. Als die Krisis sich weiter entwickelte, war der Kaiser dann ohne weiteres bereit, den russischen Wünschen nachzugeben. So ist es unzählige Male gegangen, und niemals hat der Kaiser wirklich auch nur entfernt daran gedacht, Krieg zu wollen oder eine Streitfrage für wichtig genug zu halten, um es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Erst die Unfähigkeit seiner Berater im Juli 1914 hat Kaiser Wilhelm II. in den Großen Krieg hineintreiben lassen.

Es ist nicht Aufgabe dieser Betrachtungen, kann es auch nicht sein, ein Charakterbild des Deutschen Kaisers zu entwerfen. Hier sollte nur auf diejenigen seiner Eigenschaften hingewiesen werden, welche für die Entwicklung der politischen Lage bis zum Kriege vorwiegend in Betracht kamen. Kaiser Wilhelm II. hat sich, so sehr er auch für sich in Anspruch nahm „selbst zu regieren", mit der auswärtigen Politik nur dilettantisch befaßt. Das lag einmal in seiner Natur begründet, denn er war alles in

allem der Typus eines nach manchen Seiten hin sehr begabten und nach allen Seiten hin interessierten dilettantischen Charakters und Geistes. Darin lag die Unstetigkeit ohne weiteres mit enthalten. Derartiges kann die auswärtige Politik am allerwenigsten vertragen, und so war es auch in Deutschland. Der Kaiser griff, wenn er sich Wochen oder Monate lang mit anderen Dingen beschäftigt hatte, plötzlich in den Gang der auswärtigen Politik und der Diplomatie ein, ohne sich daran zu kehren, was bisher geschehen war, und unbekümmert, ob er seine diplomatischen Vertreter im In- und Auslande damit desavouierte und kompromittierte. Dadurch litt das Ansehen dieser Vertreter vor dem Auslande und das Vertrauen auf das, was sie sagten, außerdem die Stetigkeit der Politik und die Möglichkeit ihrer Vertreter im In- und Auslande, nach einem Plane überlegt und folgerichtig vorzugehen.

Vorläufig muß dahingestellt bleiben, ob der Kaiser nicht im Grunde selbst ein Gefühl von allen diesen aus ihm selbst hervorgehenden Mängeln und Gefahren besessen habe, aber das steht für die hier vorzunehmende Untersuchung nicht in Betracht. Tatsache bleibt, daß mit den Jahren zwar seine direkte Beteiligung an den Dingen der auswärtigen Politik abnahm, aber das System der Systemlosigkeit, der Inkonsequenz und einer Politik der wechselnden Stimmung blieb, denn die Unfähigkeit des Kaisers, sich geeignete und charakterfeste Berater auszuwählen und zu halten, blieb sich gleich, ebenso wie seine Neigung, sich durch einen Kreis von Männern umgeben und durch sie von der Wirklichkeit fern halten zu lassen, soweit sie ihm zu schmerzend, unangenehm und sorgenerregend sein könnte.

Es ist kein erfreuliches Bild, welches hier entworfen werden mußte, und es sieht noch dunkler aus, weil die tatsächlichen Leistungen des Kaisers ausschließlich nach anderen Seiten hin gesucht werden müssen. Seine Verdienste um den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands sind zum Beispiel außerordentlich. Von der Flottenpolitik ist bereits gesprochen worden. Eine spätere Charakterzeichnung des Kaisers wird noch manche Züge hinzufügen, andere schärfer herausarbeiten, als es im Sinne und zur Zeit der vorstehenden Betrachtung geschehen sollte und konnte.

Für die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist die aus seinen Eigenschaften hervorgehende Tätigkeit des Kaisers unheilvoll gewesen. Durch ihre Schwäche und durch ihr Schwanken ist sie schließlich mit zur Ursache geworden, daß das Deutsche Reich in ungünstigster Position in den Großen Krieg hineintrieb. Den Krieg zu wollen und in solchem Sinne vorzubereiten, davon ist Kaiser Wilhelm II. aber immer weit entfernt gewesen.

Ebensowenig konnte den britischen Staatsmännern entgehen, daß für einen Eroberungskrieg nirgends im deutschen Volke Stimmung war. Während jeder einzelnen der Marokkokrisen hieß es in Deutschland, um Marokkos willen dürfe man keinen Krieg führen. Jahr für Jahr beinahe wurde aber in der britischen Presse scheinbar sorgenvoll das Thema der Möglichkeit einer deutschen Landung und Invasion auf großbritannischem Boden behandelt. Große Beachtung und eine gewisse Berühmtheit erlangten die Betrachtungen des während des Krieges auch den Deutschen sehr bekannt gewordenen Obersten Repington. Er bewies immer wieder, daß eine solche deutsche Invasion durchaus im Bereiche der Möglichkeit liege und mehr als alles andere zu fürchten sei. Es fällt schwer, an die Aufrichtigkeit seiner und anderer Beweisführungen zu glauben, denn die militärische Unmöglichkeit lag für jeden halbwegs Kundigen auf der Hand, mochte man sie militärisch oder maritim betrachten. Die Invasionserörterungen während des letzten Jahrzehntes vor dem Kriege bildeten aber eine umfangreiche Literatur und erregten die breiten Massen in Großbritannien zu immer neuem Mißtrauen und Haß gegen Deutschland und die Deutschen. Das Ganze stellt sich heute als eine raffinierte Propaganda dar, welche einmal für den britischen „Mann auf der Straße" bestimmt war, außerdem für die anderen Länder, um so in dem Sinne zu wirken, daß das Deutsche Reich durch seine Rüstungen und seine Politik den Frieden der Welt gefährde und es im Interesse eben dieser „Welt" liege, eine große Koalition zur Verteidigung zu bilden. Wie in einem vorigen Abschnitte ausgeführt worden ist, konzentrierte sich in den Jahren vor dem Kriege die britische Rüstungspolitik zu Lande und ihr politischer Teil immer ausgesprochener um die Schaffung einer Expeditionstruppe zur Verwendung auf dem Festlande. Zur Verschleierung dieser Zwecke diente auch jene Propaganda, die aus der Vorbereitung eines Angriffes die Besorgnis vor einem Angriff machte. Manchmal kamen indes Entgleisungen vor, wie z. B. als der alte Lord Roberts um das Jahr 1907 in einer Rede erklärte, es sei eine feindselige Handlung Deutschlands, daß es seine Küstenverteidigung — gemeint war damit hauptsächlich die Insel Borkum und andere ostfriesische Inseln — immer mehr verstärke. Ihr Doppelzweck war, Großbritannien und die Kolonien zu verstärkten Seerüstungen anzuspornen, außerdem wiederum der Welt zu zeigen, daß das Deutsche Reich in frevelhafter Angriffsvorbereitung und in aller Stille eine drohende, furchtbare Gefahr für Großbritannien geworden sei. Jene „Panik" beruhte auf tatsächlichen zahlenmäßig nachweisbaren Unwahrheiten, die, wie vorher erwähnt, auch dann nicht zurückgenommen wurden, als bündige, ebenfalls zahlenmäßige Erklärungen vom Staatssekretär des deutschen Marineamtes und dem Reichskanzler gegeben

worden waren. Man hat später in Deutschland gesagt, daß die Briten in allen die Flotte betreffenden Fragen eben sehr nervös, ja ängstlich seien und deswegen leicht in krankhafte Erregungszustände gerieten. Die Panik sei ganz echt gewesen. Diese Auffassung gehört in die lange Reihe psychologischer deutscher Irrtümer hinsichtlich Englands und der Engländer. Alle Politiker und maritimen Fachleute wußten genau, daß von einer Bedrohung Großbritanniens durch den deutschen Flottenausbau nicht die Rede sein konnte. Diese Tatsache war vielmehr derart einfach und offenkundig, daß eine fachmännische Diskussion darüber eine Absurdität gewesen sein würde. Was blieb, war eine feindselige offensive Propaganda gegen Deutschland, hauptsächlich in der Absicht, vor der Welt Deutschland als Angreifer und Friedensstörer erscheinen zu lassen, auch für den eigenen Angriffskrieg eine Flotte von erdrückender Stärke bereit zu stellen.

Die Frage wirft sich hier wieder auf, ob dieses Verfahren, welches von der Regierung, auch vom Premierminister Asquith, vertreten wurde, mit einer aufrichtigen Politik der Verständigung zu vereinbaren war und jetzt im geschichtlichen Rückblicke zu vereinbaren ist. Die Briten hatten aber wieder richtig gerechnet, auch in Beziehung auf Deutschland, denn jene „Panik" verstärkte in Deutschland die Widerstände gegen eine aktive deutsche Flottenpolitik und gab Herrn v. Bethmann Hollweg nebst Anhängern Stoff für sein Argument an die Hand, der deutsche Flottenbau gefährde den Frieden, ohne etwas Nützliches zu erreichen.

Das ganze britische Volk verfolgte mit ebenso viel Besorgnis und Wut den wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reiches wie mit Hohn und Freude seine zunehmende Isolierung. Es war in der Tat für den Deutschen ein trübes und unheilverkündendes Bild: Deutschland mit zwei schwachen, einem unzuverlässigen und einem gefährlichen, Bundesgenossen, mit dem Bewußtsein, hauptsächlich auf die eigenen Kräfte für den Kriegsfall angewiesen zu sein. Als Bismarck entlassen wurde, beherrschte das Deutsche Reich politisch die europäische Lage. Die deutsch-russische Rückversicherung bestand und verhinderte antideutsche Koalitionen in Europa. Großbritannien war isoliert. Vor dem Großen Kriege standen die Dinge umgekehrt, in erster Linie dank einer schwach geleiteten, ziellosen, wechselnden Politik. Diese immer sichtbarer hervortretende Schwäche war das Element, welches die Feindschaft der anderen europäischen Mächte von Jahr zu Jahr tätiger und kühner machte.

In Deutschland sah man das Unwetter nicht oder gab sich dem Optimismus hin, es würde vorüberziehen. Die Kulturwelt sei derart solidarisch geworden, daß ein Weltkrieg, und gar ein Krieg um mate-

rieller Interessen willen ausgeschlossen sei. Es ist auseinandergesetzt worden, daß England seine Kriege immer um materieller Interessen willen, im besonderen immer um den Handel geführt hat. Ein deutsches Lieblingsargument war: Es würde doch töricht sein, wenn die Briten das Deutsche Reich, ihren besten Kunden, bekriegten, sich also in das eigene Fleisch schnitten. Die Engländer dachten anders, sie sahen die Frage unter größerem Gesichtswinkel, nämlich demjenigen der Vernichtung und Lähmung der produktiven Kräfte in Deutschland, unter dem Gesichtspunkte ferner der Unterwerfung des Deutschen Reiches unter den angelsächsisch geleiteten Kapitalismus der Welt. In diesem Bestreben waren schon lange vor dem Kriege Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika miteinander einig.

Im Jahre 1907 fand der erste große Finanzvertrag zwischen den führenden englischen und amerikanischen Finanzgruppen statt. Beide hatten das gemeinsame Interesse der Vernichtung des monarchischen Systems in Deutschland. Dieses System, über dem Getriebe politischer Parteien, über dem Interessenstandpunkte des Kapitals und seiner Exponenten stehend, war führend in Europa, ja in der ganzen Welt dadurch geworden, daß es selbst nicht käuflich war und eine Reihe großer, ebenfalls unkäuflicher Einrichtungen geschaffen hatte. Nennen wir nur das Heer, die Beamtenschaft, auch bis zu einem gewissen Grade die Arbeiter, alles Werte, welche in den übrigen Ländern je nach dem Interesse und der Macht des Kapitalistentums ihren Preis hatten, mithin letzten Endes als käuflich anzusehen waren. Es war schon früher bekannt und ist oft genug ausgesprochen worden, wie in den Vereinigten Staaten nichtkäufliche Einrichtungen und Werte nicht vorhanden sind. In diesem Sinne herrscht das Kapital durch einmaligen oder fortgesetzten Kauf. Der Begriff der Staatseinrichtung und des Staatseigentums, der Beamtenschaft, wie wir ihn in Deutschland kannten, existiert dort nicht, und infolgedessen sind in jenen vom Kapital beherrschten und regierten Ländern nicht jene vielen Millionen von Menschen und viele Milliarden an Werten zu finden, welche dem Umsatz des Geldgeschäftes entzogen bleiben. Eben deshalb entfällt auch die regelnde Macht des Staates im Sinne der Preisbildung, weil der Staat, in anderen Worten das monarchische System, mit den Bewohnern und Werten des Landes nicht ein Geschäft machen will, sondern ihr Wohl und ihre Verwaltung von einem höheren Gesichtspunkte auffaßt. Die Folge hiervon war u. a., daß Deutschland ein immer stärkerer Konkurrent wurde. Der Durchschnittsausländer begriff nicht, weswegen die Deutschen so billig arbeiteten und lebten, während sie, die Amerikaner und Engländer, für ihr Leben ein Vielfaches bezahlen mußten, da sie in der Fron ihrer Kapitalistengruppen standen. Die zu-

nehmende Vereinheitlichung des Kapitals, der fortschreitende Zusammenschluß der großen Finanzgruppen betonte diese grundsätzliche Frage praktisch immer schärfer und mußte mit natürlicher Notwendigkeit zu wachsender Expansion dieses Kapitalismus führen, um sich immer mehr Völker und Kräfte dienstbar und tributpflichtig zu machen und damit auch die unbequeme Konkurrenz eines außerhalb stehenden Gebildes, wie Deutschland, durch Eingliederung in den großen kapitalistischen Zusammenhang verschwinden zu lassen. Es ist ein in diesem Sinne grundlegender Gedanke Morgans gewesen: es sei ein unerträgliches Mißverhältnis, daß man für den gleichen Geldbetrag in Deutschland das Doppelte an Arbeit, an käuflichen Werten und Gegenständen und an Vergnügen erhalten könne wie in den Vereinigten Staaten. Die Bedeutung dieser Tatsache leuchtet ein, wenn in Betracht gezogen wird, daß in Deutschland ein schnell wachsendes, sehr intelligentes und sehr arbeitsames Volk von 65 Millionen Einwohnern lebte, produzierte und seine Waren in der ganzen Welt mit rasch zunehmendem Erfolge verkaufte. So empfand die anglo-amerikanische Kapitalsherrschaft immer mehr das Deutsche Reich und Volk als einen hinderlichen Fremdkörper und als einen Konkurrenten, an dessen unkäuflichen Einrichtungen und Grundlagen alle Bemühungen, ihn durch Kauf sich dienstbar zu machen, scheiterten. Logisch ergab sich, daß das monarchische System des Deutschen Reiches dem angloamerikanischen Kapitalismus ein Dorn im Auge war und als solcher desto schmerzhafter wurde, je blühender das Volk gedieh, je stärker das Reich wurde. Aus diesen Gründen und aus diesen kraß materiellen Motiven ist der Haß gegen das monarchische System in Deutschland, und was mit ihm verknüpft war, entstanden. Nach außen hin und für die Propaganda mußten „Freiheit, Kultur und Zivilisation" wie immer in solchen Fällen herhalten. Man erfand das Schlagwort von den freien Völkern und von den unfreien, und man nahm das Parteischlagwort vom Militarismus von den linksstehenden Parteien in Deutschland. Man wußte es in der Welt zu verbreiten und Millionen von Deutschen plausibel zu machen, daß nur deshalb die dauernde Harmonie zwischen den Völkern der Erde und der ewige Friede noch nicht hergestellt seien, weil das deutsche Volk in Unfreiheit unter dem furchtbaren Drucke der Monarchie und des Militarismus leben müsse. Die guten Deutschen glaubten ganz ernsthaft, sie seien im Auslande unbeliebt, weil kein Parlamentarismus in Deutschland herrsche und Deutschland sich so außerhalb der „Völkergemeinschaft" stelle. Diese Propaganda ist während des Krieges dann mit aller Stärke und Energie getrieben worden und hat im Spätherbst 1918 das für unsere Feinde erwünschte Ergebnis gezeitigt.

In der tiefen Feindschaft des angelsächsisch geführten Weltkapitalismus, vielfach auch repräsentiert durch die angelsächsische Hochgradfreimaurerei, muß man eine der Hauptwurzeln des Großen Krieges und der vor allen Dingen nachher mit einem Male vollendeten Weltkoalition gegen das Deutsche Reich erblicken. In Großbritannien wie in den Vereinigten Staaten wird die Politik nach dem Willen der großen Finanzgruppen geführt, jedenfalls nie gegen sie. In ihrem Sinne sollte Deutschland gebrochen werden, wenn möglich ohne Krieg, sonst durch Krieg.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhange an frühere Ausführungen über das Interesse des Auslandes gegen das deutsche Schutzzollsystem. Auch da arbeitete die angelsächsische Propaganda mit den „trennenden Schranken, welche die deutschen Machthaber zwischen dem deutschen Volke und der zivilisierten Welt errichtet hätten". In weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung fand man deshalb, daß der Zollschutz eine reaktionäre, rückständige und dem Weltfrieden gefährliche Einrichtung sei. Die Absicht dieser Propaganda ist heute klarer denn je, nämlich die Unabhängigkeit der deutschen Landesverteidigung und der Volksernährung vom Auslande völlig unmöglich zu machen. Denkt man sich dieses Vorhaben in Friedenszeiten für Deutschland damals verwirklicht, so mußte früher oder später die Unmöglichkeit zum Kriegführen kommen und, wie aus den obigen Gedankengängen hervorgeht, der Übergang zur Demokratie und Abhängigkeit von anderen Mächten, sei es auf friedlichem Wege, sei es auf kriegerischem.

Die damalige Solidarität der beiden angelsächsischen Mächte war also kein Zufall, beruhte auch nicht auf idealer Gemeinsamkeit, sondern auf ursprünglichen Gründen, nämlich dem Geldgeschäft, verschleiert und umkleidet durch die in Deutschland so beliebt gemachten Phrasen von der Weltkultur, von der Solidarität der zivilisierten Völker und von den Schranken, die so bald wie möglich fallen müßten.

Auch das Testament von Cecil Rhodes kann nicht unerwähnt bleiben und ebensowenig die Stiftungstätigkeit von Carnegie. Rhodes veranlaßte durch große Geldstiftungen Gründung von Geheimgesellschaften, denen verschwiegene Propaganda zur Anbahnung englisch-amerikanischer Solidarität und Weltherrschaft oblag und obliegt. Dazu kamen kleinere Stiftungen zur Veranlassung deutscher Studierender und Gelehrter, englisches Wesen in sich aufzunehmen. Die angelsächsische Weltherrschaft und die Eingliederung aller anderen Nationen, auch Deutschlands, in diese war der große Gedanke Rhodes'. Er kannte die deutsche Schwäche gerade gegenüber dem angelsächsischen Einflusse. Carnegie machte seine Stiftungen für den Weltfrieden und internationale Schiedsgerichte usw. ebenfalls im Zeichen angelsächsischer Weltherrschaft. Sein Hauptzweck

war, nationalen Sinn und Verständnis im deutschen Volke zu verdunkeln und zu ersticken, auf Verminderung und Schwächung der deutschen Verteidigungsrüstung zu wirken. Die Angelsachsen haben sich da wieder als gute Psychologen erwiesen, denn die von den beiden Männern auf die Deutschen ausgehende Wirkung war stark und verwirrend, sie diente, und das war die Hauptsache, zur Täuschung darüber, daß das Angelsachsentum schon damals der vereinte Feind des Deutschtums war. Das Deutsche Reich sollte als „Gefahr" beseitigt werden, einerlei wie.

Für die Beurteilung der Vorgeschichte des Krieges ist von Bedeutung, daß man sich im Deutschen Reiche über die Vereinigten Staaten vorher so vollkommen getäuscht hat. Noch nach Beginn des Krieges war der Deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und war der Deutsche Kaiser fest überzeugt davon, daß die Vereinigten Staaten vom Geiste wahrhafter Neutralität erfüllt seien.

* * *

So bot die letzte Zeit vor dem Kriege ein Bild allgemeiner drohender Spannung. Nicht die deutschen Rüstungen hatten die Spannung hervorgerufen, sondern umgekehrt. Der Dreiverband und seine Vasallen zeigten wachsendes, übermütiges Selbstvertrauen, und seine Glieder wußten sich nicht nur vertraglich fest verbunden, sondern, was die Hauptsache war, im Ziele einig. Sie hatten unter britischer Leitung eine konzentrische Politik der Offensive gegen das Deutsche Reich organisiert und mit Geschick betrieben, eine Offensive ohne Pause, aber unter den verschiedensten Formen: Durch die Tatsache und die Ausnutzung immer neuer Verträge und Abmachungen zwischen einer immer größer werdenden Anzahl von Staaten, durch gemeinsam verabredete und bemessene Rüstungen zu Lande und zu Wasser, durch Gewinnung des italienischen Bundesgenossen des Deutschen Reiches, durch Zersetzung und Zermürbung des Österreich-Ungarischen Bundesgenossen, durch Schwächung der Türkei und Schaffung einer neuen Front gegen die Mittelmächte. Daneben ging die Propaganda, um das Deutsche Reich verhaßt in der Welt und das deutsche Volk an sich selbst irre zu machen und an dem einzigen, was Deutschland erhalten konnte, der militärischen Kraft und dem System, welches sie trug und darstellte. Die Politik selbst des Verbandes war ebenfalls konzentrisch, sie arbeitete mit der Lockung sowohl wie mit der Drohung, aber immer darauf hin, das Deutsche Reich in die Enge zu treiben. Die Sprache der Regierungen und der Presse der verschiedenen Mächte war verschieden, man ließ in London jeder von ihnen ihren besonderen Angriffsplan. War man sich doch über die Generalidee einig, und existierten doch jene

geheimen Abmachungen und Einverständnisse, die den Leitern vollkommene Sicherheit gaben. In Frankreich, wie wir gesehen haben, sprach man ganz offen. Was in Elsaß-Lothringen geschah, beanspruchte man als eine französische, ja als eine europäische Angelegenheit behandelt zu sehen. In der bekannten Zabern-Angelegenheit tobte die französische Presse und begegnete zu einem großen Teil in Elsaß-Lothringen der gleichen Stimmung: der Kampfstimmung. Die französischen Theater in Paris und in den Provinzstädten entsprachen nur der Stimmung der Bevölkerung, wenn sie seit dem Jahre 1913 Stücke spielen ließen, welche sich in allen Formen gegen Deutschland und gegen die Deutschen richteten und sie als hassenswert und verächtlich erscheinen ließen. Dazu kam die feste Überzeugung der Franzosen, daß man einen Koalitionskrieg gegen das Deutsche Reich mit Sicherheit gewinnen werde. Von der ausgezeichneten Verfassung ihrer Armee waren die Franzosen und, wie sich nachher gezeigt hat, mit Recht überzeugt.

In Rußland waren, wie dargelegt wurde, die Stimmungen und Strömungen in der Kriegsfrage geteilt, aber die Überzeugung der eigenen Kraft und Überlegenheit allgemein. Man fühlte sich Frankreichs schon längst sicher, und seit dem Beginn der Verhandlungen über die Flottenkonvention mit England war man auch gewiß, daß der englische Bundesgenosse in jedem Sinne „zuverlässig" sei. Dazu kam die Wechselbeziehung zwischen Rußland und Frankreich: Rußland brauchte Geld und nahm Anleihen in Paris auf, Frankreich verlangte dafür jedesmal Erhöhung und Stärkung der russischen Bereitschaft und Wehrkraft. Französische Generale und Minister, russische Großfürsten, Diplomaten und Offiziere reisten zwischen den beiden Ländern hin und her, besichtigten die Heereseinrichtungen und die Festungen des Verbündeten, und jedesmal erklärte die Presse der beiden Länder öffentlich: Wir sind bereit, wir scheuen den Krieg nicht!

Die englische Rechnung war eine doppelte. Man sah die Rüstungen, zu denen das Deutsche Reich in den Jahren 1912 und 1913 gezwungen war, ohne Erregung, im Gegenteil mit einer gewissen Genugtuung. Es ist damals häufig in der britischen Literatur und Presse ausgesprochen und bewiesen worden: Auf die Dauer werde das Deutsche Reich nicht mit den Rüstungen seiner festländischen Nachbarn, insbesondere Frankreichs und Rußlands, Schritt halten können. Die deutsche Geburtenziffer nähme jährlich ab, und dieser Tatsache stände die ungeheure russische Volksvermehrung gegenüber. Rußland werde niemals einen Augenblick zögern, seine Armee weiter zu vermehren; das sei mühelos möglich. Die Franzosen würden das, was ihnen an Masse abginge, durch Opferwilligkeit, Schwung und Organisation ersetzen. Auf der deutschen Seite würde man

bald an der Möglichkeitsgrenze der Heeresvermehrung angelangt sein, dazu kämen die neue Balkanfront und die zunehmende Zersetzung Österreich-Ungarns. Der Wert dieses Bundesgenossen nähme immer mehr ab, derjenige Italiens wäre sowieso gering. Dieser Teil des englischen Gedankenganges sah eine zunehmende, bald entscheidend werdende Unterlegenheit des Deutschen Reiches auf dem Festlande als unvermeidlich an. Noch im Juni 1914 schrieb der Engländer Robert Crozier Long in einem Berliner Briefe in der Zeitschrift „Fourtnightly Review" unter dem Titel: „Das Ende der Weltpolitik", daß Deutschland wegen der wachsenden Festlanddrohung alle Kräfte zusammenfasse und das auch müsse, um der Zukunft ohne die schlimmsten Befürchtungen entgegensehen zu können. Deshalb habe es auf seine weltpolitischen Pläne der letzten beiden Jahrzehnte notgedrungen Verzicht geleistet. Eben aus diesem Verzicht ergebe sich — auf diesen Gesichtspunkt sei besonders aufmerksam gemacht — die Besserung des britisch-deutschen Verhältnisses. Der Verfasser erwähnt im gleichen Gedankengange wohlwollend die passive Politik des Staatssekretärs v. Jagow und führt dann aus, daß die notgedrungene Konzentrierung der deutschen Kräfte auf das europäische Festland in jeder Hinsicht erfreulich sei. „Die neue Politik beseitigt direkte Nebenbuhlerschaft mit uns, aber diese Beseitigung kommt lediglich aus einer einzigen Ursache: der größeren Nebenbuhlerschaft Deutschlands mit seinen Nachbarn auf dem Festlande, und unsere immer größer werdende Solidarität mit diesen Nachbarn könnte scharfe englisch-deutsche Gegensätze in Fragen hervorrufen, in denen wir nicht direkt beteiligt sind". Diese Äußerung eines scharfsinnigen und sehr unterrichteten britischen Politikers verdient festgenagelt zu werden und wirft ein bezeichnendes Licht auf den „Verständigungswillen" des damaligen Großbritannien. Der Standpunkt war sehr einfach: verzichtete Deutschland auf Weltpolitik, d. h. fügte es sich in allen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen der britischen Autorität, unterwarf es sich auf dem Festlande dem Dreiverbande, dann würden vielleicht gute Beziehungen Platz greifen. Der gleiche Verfasser entwickelt den Gedanken, es sei vorteilhaft, wenn Deutschland weiter zu Lande rüste, weil es dann kein Geld für eine Erweiterung seines Flottenprogramms haben werde: „Wenn, wie es wahrscheinlich ist, Deutschlands Beziehungen zum Zweibunde schlechter werden, so kann es seinen Ärger über unsere Vereinigung mit seinen Nebenbuhlern nicht in Gestalt von Extraschiffen zum Ausdruck bringen. In dieser begrenzten Ausdehnung, so schließt Long seine ausführliche Abhandlung, muß sich der Verzicht auf Weltpolitik als ein bedeutender Gewinn für unsere Weltpolitik (Imperial Policy) erweisen.

Das ist die Stimme eines keineswegs deutschfeindlichen Engländers zwei Monate vor dem Ausbruch des Großen Krieges, in der Blütezeit der deutsch-britischen vertrauensvollen „Verständigung", zu einer Zeit, als britische und deutsche Minister erklärten, niemals seien die Beziehungen besser, noch sei das Vertrauen annähernd so groß gewesen wie gerade damals. Das deutsche Vertrauen war den britischen Staatsmännern von hohem Werte. Sie selbst aber vertrauten nicht, sondern rechneten immer von dem Gesichtspunkte ausgehend und dem Ziele zustrebend: das Deutsche Reich durch Übermacht, sei es auf friedlichem, sei es auf kriegerischem Wege, als Nebenbuhler aus der Welt zu schaffen.

* * *

Eine wirkliche Weltpolitik hat das Deutsche Reich nie getrieben, das geht aus unserer ganzen Schilderung hervor. Der verstorbene Dr. Karl Peters schrieb einmal mit Recht, daß allein die Deutschen das Schlagwort „Weltpolitik" hätten und sich daran berauschten, ohne den Geist für Weltpolitik zu besitzen. Die Briten trieben seit mehreren hundert Jahren Weltpolitik, besäßen aber kein Wort dafür, sondern hätten das deutsche Wort „Weltpolitik" entlehnen müssen. Das ist richtig und gibt das Verhältnis auch treffend an. Man konnte mithin sachlich nicht von einem „Ende der Weltpolitik" seit dem Jahre 1912 sprechen, der Kern war ein anderer. Herr v. Bethmann Hollweg machte seine Wünsche für die deutsch-englischen Beziehungen zum Angelpunkt seiner Politik und verzichtete deshalb auf jeden Schritt, der in London unangenehm empfunden werden konnte. Aus diesem Grunde lediglich wünschte der Kanzler nicht nur keine Vermehrung, sondern womöglich den Abbau der deutschen Flotte. Daß dabei die Kostenfrage vorgeschoben wurde, ist wahrscheinlich, ja sicher. Tatsächlich maßgebend war sie nicht, denn der Wohlstand und das wachsende Gedeihen des Deutschen Reiches hätten ein gleichzeitiges Ausgestalten der Wehrkraft zu Lande und derjenigen zur See mit Leichtigkeit gestattet.

Selbstverständlich war, daß die Aufmerksamkeit im Deutschen Reiche sich steigend auf die immer drohender werdende europäische Lage richtete. Wenn die Regierung und vielleicht der größte Teil des deutschen Volkes eine drohende Gefahr nur auf dem Festlande erblickte und nicht auch von jenseits der Nordsee her, so beruhte das auf den bekannten schädlichen Illusionen und hat sich 1914 schwer gerächt. Gleichwohl hat es wahrlich nicht an Warnungen gefehlt, weder in Deutschland noch auch in den Zeitereignissen. Wer aber blind sein will, den machen alle Bemühungen anderer, alle Warnungen und alle Zeichen nicht sehend. In der „Westminster Gazette" schrieb im August 1913, also kurz nach dem Ende des zweiten

Balkankrieges, Harold Spender, der intimste politische Freund Sir Edward Greys: „Es gibt nur zwei brennende fundamentale Fragen in Europa. Die eine ist die Frage des nahen Ostens, welche sich nun im Zustande der Regelung befindet; die andere ist die Frage Frankreichs und Deutschlands, nämlich die Frage von Alsace-Lorraine". Noch einmal sei es gesagt: damals war die Blütezeit der Verständigung und des Vertrauens zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche, und damals war die politische Ansicht des autoritativen Leiters der Politik Großbritanniens und des ganzen Dreiverbandes: die eine brennende fundamentale Frage in Europa sei die von Elsaß-Lothringen. Deutlicher konnte die britische Stellungnahme nicht bezeichnet werden, ganz abgesehen davon, daß, wie übrigens stets in Großbritannien die französische Namensbezeichnung der Reichslande gewählt wurde und die Parteinahme ohne weiteres offenbar machte.

Wer sehen wollte, mußte wissen, daß Großbritannien sich in jedem Konflikte ohne weiteres gegen das Deutsche Reich stellen würde, ungeachtet irgendwelcher Abkommen in Afrika oder im Orient. Es war der tragische und charakteristische Gegensatz der deutschen Politik zu derjenigen des britisch geleiteten Dreiverbandes: auf der einen Seite zielbewußte, umsichtige und zähe politische Offensivität, auf der deutschen Seite, wie der Engländer sagte, „wohltuende Passivität". Es war eine Politik, die glaubte durch Nachgiebigkeit etwas erreichen zu können. Gewiß kann Nachgiebigkeit unter Umständen nötig und nützlich sein, auch Bismarck hat sie mit Erfolg angewandt, aber sie darf nicht zum Motto der Politiker eines großen Reiches schlechthin werden. Nachgiebigkeit in der auswärtigen Politik ist nicht werbend, sie zieht keine Freunde heran und macht keine Bundesgenossen. Sie läßt nur unzuverlässig und schwach erscheinen, sie gibt dem betreffenden Reiche die Physiognomie eines sinkenden Schiffes. Die Politik Bethmann Hollwegs stand nie im Zeichen des Selbstvertrauens und des Mutes, sondern sie erhob die Angst und Besorgnis zur politischen Weltanschauung. Sie klammerte sich, unbekümmert um alle Tatsachen, an die Hoffnung auf englische Freundschaft und auf britische Neutralität und zeigte den Briten, daß sie es in der Hand hätten, maßgebend auf den deutschen Kurs und die deutschen Seerüstungen einzuwirken. Der Deutsche Reichskanzler erzählte im preußischen Parlament klagend von den schlaflosen Nächten, welche ihm die Lage auf dem Festlande mache. Man konnte vielleicht die Tatsachen verstehen, nicht aber die öffentliche Erklärung des verantwortlichen Reichsbeamten. Der Kanzler lenkte eben damit auch die Aufmerksamkeit des Dreiverbandes auf diese Schwäche, auf den kranken Punkt der deutschen Politik und ihrer Träger und entnervte das deutsche Volk. Es war in der Tat so:

die Schwäche und Ungeschicklichkeit des Kanzlers hatten zuwege gebracht, daß im Jahre 1914 man beinahe von einer Isolierung des Deutschen Reiches sprechen konnte, trotz des Dreibundes. Rumänien, durch ein Bündnis mit den Mittelmächten verbunden, schwenkte mit dem Jahresbeginn 1914 in das russische Lager über, eine Tatsache, deren schlimme Bedeutung sich während des Krieges gezeigt hat. Japan wurde zurückgestoßen, ein Abkommen mit Schweden kam nicht zustande, obgleich man es aller Wahrscheinlichkeit nach hätte haben können. Die italienische Lehre vom Hochsommer 1913 ließ man in den Wind gehen und baute auf die italienische Bundestreue, und für die Beziehung mit Österreich-Ungarn war seit den Balkankriegen allem Anscheine nach die Wandlung eingetreten, daß man die Wiener Politik anerkannte — sie hatte ja in der bulgarischen Frage tatsächlich Recht behalten — und sich in das Schlepptau eben dieser Politik begab. Der vom Fürsten Lichnowsky berichtete Ausspruch des alten Königs Carol von Rumänien ist wahrscheinlich richtig: Rumänien habe das Bündnis mit den Mittelmächten in der Voraussicht geschlossen, daß das Deutsche Reich führend bleibe. Die Stellung Rumäniens zu den Mittelmächten müsse mit dem Augenblick eine andere werden, sobald die Führung in der Balkanpolitik an Österreich-Ungarn überginge.

Jeder derartige Verlust wie derjenige Rumäniens aber war nicht einfach, sondern doppelt zu nehmen, weil er auch den gleichzeitigen positiven Machtzuwachs für den Dreiverband bedeutete.

Gerade die bedrohte Lage des Deutschen Reiches machte eine feste, mutige und selbstvertrauende Politik zur Notwendigkeit. Es ist kein Zufall, sondern eine uralte Erfahrung, die sich in der Geschichte immer wieder bestätigt, daß eine schwache, unsichere Politik, deren Träger immer nur die Betonung ihres Willens zum Frieden zu wiederholen wissen, die bei jedem politischen oder rüstungspolitischen Schritt Angst haben, ob sie nicht bei einer Macht Anstoß erregen könnten, Staatsmänner, die in jeder politischen Streitfrage glauben, durch Zurückweichen nicht nur ihre Friedensliebe zeigen, sondern auch die Vertrauenswürdigkeit ihrer Politik erweisen zu können, — daß diese wider Willen notwendig in den Krieg hineingeraten, obgleich sie ihn mehr scheuen als alles andere.

Dazu kam ebenfalls als eine natürliche Begleiterscheinung, daß diese Politik des Reichskanzlers gleichbedeutend mit politischer, mit diplomatischer, ja auch mit wirtschaftlicher Unbereitschaft zum Kriege war. Um den letzten Punkt vorweg zu nehmen, so ist bereits Jahre vor dem Kriege von militärischen, maritimen, industriellen und landwirtschaftlichen Autoritäten auf die Lage aufmerksam gemacht worden, in der sich das Deutsche Reich angesichts eines Krieges befinden würde, an dem auch Großbritannien, sei es auch nur in Gestalt übelwollender Neutralität, teilnehme.

Diese Kreise, außerdem nationale Politiker und Publizisten, haben Jahre hindurch versucht, vertraulich darauf hinzuweisen, wie dringend notwendig es sei, in Friedenszeiten große Vorräte an Getreide, an Futterstoffen, an Baumwolle, an Kupfer und anderen Metallen, an Kautschuk und anderen Rohstoffen, die nicht oder ungenügend im eigenen Lande erzeugt oder gewonnen werden konnten, systematisch aufzuhäufen. Diese Anregungen sind bis beinahe unmittelbar vor dem Kriege immer dringender an die Regierung herangetreten. Deren Ohren blieben taub, während anderseits im Laufe der beiden letzten Jahre vor dem Kriege unter der Führung des Reichskanzlers in Verbindung mit hohen Beamten im Reichsamte des Innern als offizieller Standpunkt festgelegt wurde: die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seien derart, daß ein kriegerischer Konflikt mit Großbritannien nicht ertragen werden könne. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Deutschen Reiches von Übersee sei zu groß. Anstatt hieraus ungesäumt die Konsequenz der Vorratsansammlung in Friedenszeiten abzuleiten, zog der Reichskanzler für seine Politik den Schluß, ein Zwist mit Großbritannien müsse unbedingt vermieden werden, und machte dabei eine Politik, welche ihn blind und hilflos gerade in den deutsch-britischen Konflikt hineintrieb. Er wandelte im Nebel seiner Befürchtungen und Hoffnungen.

Dieser Nebel beschränkte sich nun wie immer in ähnlichen Fällen nicht auf den Gesichtskreis des Reichskanzlers, sondern beherrschte auch das Auswärtige Amt und die meisten auswärtigen Vertretungen. In London, dem Kraftmittelpunkte der Weltpolitik und der antideutschen Koalition, war der unfähige Botschafter Graf Metternich durch den Fürsten Lichnowsky ersetzt worden, nachdem Freiherr v. Marschall, der zuerst für den Posten ausersehen wurde, nach kaum begonnener Amtsführung gestorben war. Lichnowsky ging in der schwärmerischen Bewunderung für das englische Wesen und die englische Macht auf. Auf der Kaisergeburtstagfeier 1914 hielt er eine Rede mit dem Leitgedanken, daß das Nationale eine zu überwindende Vorstufe des Menschheitsstandpunktes bedeute und daß die zu wünschende deutsche Entwicklung in dieser Richtung liege. In das Politische übersetzt und durch Äußerungen des Fürsten auch später erwiesen, bedeutete dieses, daß die Deutschen das Nationalgefühl durch das Gefühl der Zugehörigkeit zum angelsächsischen Weltsystem zu ersetzen hätten, denn eine andere „Menschheit" gab es für Lichnowsky nicht als die angelsächsisch gestempelte. Wie ein solcher Botschafter politisch wirken mußte, bedarf keiner Darlegung. In einem Punkte allerdings sah der Botschafter klar, und in diesem einen Punkte gerade fand er in Berlin taube Ohren. Lichnowsky war überzeugt, daß Großbritannien in einen deutsch-französischen Krieg

unbedingt eingreifen und unter keinen Umständen neutral bleiben werde. Umgekehrt war er sonst über die Richtung der britischen Politik durch seine Englandschwärmerei blind und nahm jedes Wort Greys oder anderer englischer Staatsmänner als unbedingt bare Münze. Die Verhandlungen über die mittelafrikanischen Kolonien und die Bagdadbahn schienen ihm eine Gewähr für den Frieden, für die Stellung des Deutschen Reiches und für die Ehrlichkeit der britischen Politik. In seiner Verteidigungsschrift erwähnt er bezeichnenderweise gar nicht die englisch-russischen Verhandlungen vom Frühsommer 1914 und auch nicht das Eingreifen Greys in Konstantinopel 1913. Daß Lichnowsky gegen die deutsche Flottenpolitik war, verstand sich von selbst. Hierin stand er auf dem Boden Bethmann Hollwegs, er hat aber in seiner Verteidigungsschrift die Auffassung niedergelegt, daß die Flottenfrage nicht die Grundlage der deutsch-britischen Beziehungen bilde. Gerade aus diesem Munde ist das Zeugnis wichtig, denn alle deutschen Englandfreunde haben behauptet und behaupten noch, die deutsche Flottenbaupolitik habe den Krieg heraufgeführt.

Fürst Lichnowsky hat mit dieser Beurteilung der Flottenfrage recht. Die deutsche Flottenpolitik ist nicht der Grund zum Großen Kriege gewesen. Sie war den Engländern unbequem, besonders auch, weil die durch sie bedingten britischen Flottenausgaben die Steuerzahler des Inselreiches steigend belasteten. Abgesehen davon wußte man in London sehr genau, daß die britische Überlegenheit eine gewaltige war und durch keine deutsche Anstrengung ausgeglichen werden konnte. Ein Fehler in der deutschen Flottenpolitik war dagegen, daß sie durch den Einfluß von Bethmann Hollweg schwankend und zaghaft wurde und deshalb, wie wir gesehen haben, von der britischen Regierung als ein Ort geringeren Widerstandes betrachtet worden ist. Das war nur natürlich. Jede fähige Politik hätte es gemacht wie die britische, nämlich nunmehr fortwährend durch Propaganda und alle möglichen anderen Mittel gegen die deutsche Flottenpolitik und deren Hauptvertreter garbeitet.

Im Abschnitte über den Balkankrieg ist erzählt worden, wie ahnungslos die Vertreter des Deutschen Reiches auf der Balkanhalbinsel und im Orient waren und wie vollständig sie von den Ereignissen überrascht wurden. Kaum anders kann es mit den deutschen Botschaftern in Petersburg und Paris gewesen sein. Der deutsche Botschafter in Paris glaubte, wie erzählt wurde, noch 1914, daß Rußland militärisch außerstande sei, Krieg zu führen, und der Staatssekretär v. Jagow hat noch in der Serbischen Krisis Lichnowsky gegenüber die gleiche Ansicht in der Form ausgesprochen: Man müsse nur fest bleiben und das Gepolter in Petersburg nicht zu ernst nehmen. Er war also in der Vorstellung befangen,

daß der Gang der Bosnischen Krisis sich trotz ganz veränderter Verhältnisse wiederholen müsse. Der Staatssekretär hat mit dieser irrigen Ansicht jedenfalls wesentlich auf den Berichten des deutschen Botschafters zu Petersburg gefußt.

Nach dem Ausbruche des Großen Krieges hat man besonders auf pazifistischer Seite gesagt, dieser Krieg bilde einen klassischen Beweis gegen den alten lateinischen Spruch: „Wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg vor.“ Das ist eine Scheinwahrheit, und den besten Beweis dafür, daß das alte Wort heute wie ehedem seine Geltung bewahrt, bildet gerade das Deutsche Reich. Das Deutsche Reich war nicht auf Krieg vorbereitet.

Die gegnerische Koalition war politisch und diplomatisch, auch wirtschaftlich vollkommen auf Krieg eingerichtet und für den bestimmten Krieg organisiert. Diese Koalition hatte ihr klares Ziel und eine klare Politik. Die Koalition stand auf sich selbst und wollte nichts anderes, wie auch die Verhandlungen zwischen Bethmann Hollweg und Haldane beweisen. Die Politik des Deutschen Kanzlers stand nicht auf sich selbst, sondern suchte Anlehnung an die führende Macht der gegnerischen Koalition. Diese ganze Bethmannsche Politik war das Gegenteil von Vorbereitung auf den Krieg. Der Ausdruck muß erklärt werden: Was hier unter Vorbereitung auf den Krieg verstanden werden soll, ist nicht eine Vorbereitung, um den Krieg herbeizuführen, sondern um ihn, wenn er sich als unvermeidlich erwiesen hat, unter denkbar günstigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und unter Zusammenfassung und bei sorgfältig vorbereiteter Organisation aller Kräfte, der eigenen wie derjenigen von Bundesgenossen und Freunden, führen zu können. Bei unseren Feinden war dieses der Fall. Sie sahen seit acht Jahren der Kriegsmöglichkeit fest und mit steigend zuversichtlicher Hoffnung ins Auge und hatten alle Vorbereitungen und Dispositionen getroffen, sie von Jahr zu Jahr immer wieder überprüfend und jeder neuen Lage anpassend. Die Politik des Deutschen Reiches dachte an nichts dergleichen, sie lebte immer nur in der Angst, daß die gegnerische Koalition etwas übelnehmen könnte, und glaubte, daß das gegnerische Ausland wirklich von deutscher Angriffslust überzeugt sei, während es sich nur um Propaganda handelte.

Das Fehlen der diplomatischen Bereitschaft zeigte sich schon in der Auswahl der Personen, die das Deutsche Reich im Ausland vertraten. Der Reichskanzler hat nach der Angabe des Fürsten Lichnowsky diesem politische Tatsachen von größter Bedeutung einfach vorenthalten, weil er sich mit dem Botschafter nicht stand und ihm mißtraute. Ein Leiter der Politik eines großen Reiches mußte angesichts einer so drohenden

Weltlage, wenngleich und gerade weil er seine Hoffnung und sein Vertrauen auf Großbritannien setzte, den deutschen Botschafter in London entweder zum Rücktritt zwingen oder selbst gehen. Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Schoen, hatte sich schon vorher in Petersburg und dann als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als den Anforderungen seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Er erhielt den Pariser Posten und blieb auf ihm, gerade in jener Periode, als mit der französischen Kriegslust auch die Bedeutung dieses Postens immer größer wurde. Über die Unfähigkeit des deutschen Botschafters in Petersburg, Graf Pourtalès, ist schon gesprochen worden, gar nicht zu reden von dem deutschen Botschafter in Tokio, dem Grafen Rex, dessen völlige Unzulänglichkeit seit Jahren öffentliches Geheimnis war.

Es ist ein Schlagwort der Feinde geworden, daß das Deutsche Reich militärisch vollkommen bereit gewesen sei, die Gegner aber nicht. Das ist irreführend. Selbstverständlich waren wie immer und ebenso wie bei Frankreich und anderen Mächten alle Mobilmachungsarbeiten fertig, aber nicht nur 1914, sondern auch vorher in jedem Jahre und an jedem Tage. Sonst aber befand sich die deutsche Streitmacht keineswegs im Zustande des Fertigseins. Die Heeresvorlage von 1913 war noch nicht durchgeführt und konnte ihre volle Wirkung erst nach Jahren äußern. Was die Marine anlangt, so war sie noch weit entfernt von der Stärke, welche sie dem Flottengesetze zufolge nach einer Reihe von Jahren erhalten hätte. Auch militärisch bestand mithin kein vernünftiger Grund, einen Krieg zu wünschen.

Einen gleichen Anblick hätte auch die deutsche Politik und Diplomatie zum mindesten bieten müssen, sie hätte, wennschon mit infolge schlimmer Erbschaften ungünstig in Europa gestellt, doch vorbereitet für einen Krieg sein müssen. Sie war es nicht, weil sie mit Wünschen und Besorgnissen arbeitete und sich den Tatsachen verschloß. Einen angenehmeren Gegner auf diesem Felde konnte sich der Dreiverband nicht wünschen. Die politische und diplomatische Schwäche, Unsicherheit und Zerfahrenheit, die gepaart waren mit einem nach außen jedenfalls außerordentlichen Mangel an Selbstbewußtsein, erhöhten beim Dreiverbande das schon erfahrungsmäßig begründete Gefühl der Überlegenheit. Auch das bedeutete ein Moment der Kriegsgefahr.

In den Jahren vor dem Kriege ist die auswärtige Politik des Deutschen Reiches, besonders auch ihr System, vielfach angegriffen worden. Außer den mehrfach erwähnten Fehlern warf man ihr vor, daß in ihr das kaufmännische und wirtschaftliche Element zu wenig zur Geltung käme und auf diesen Mangel sich viele Mißerfolge zurückführten. Dieses Urteil war manchmal richtig, jedenfalls aber einseitig. Man könnte im Gegenteil

sagen, daß die auswärtige Politik des Deutschen Reiches vor dem Kriege sich bisweilen zum Schaden des Ganzen geradezu im Schlepptau wirtschaftlicher, im besonderen auch finanzieller Einflüsse Privater befand. Nur das Bagdadbahnunternehmen braucht in diesem Zusammenhange erwähnt zu werden. Gewiß entstand und hielt sich diese bedauernswerte und folgenreiche Abhängigkeit, zum Teil jedenfalls, eben wegen der Unzulänglichkeit der deutschen Staatsmänner und Diplomaten auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Sie hätten hier gut beraten, dabei urteilsfähig über den Dingen stehen müssen, sich aber nicht durch jene Kräfte so stark sie auch waren, binden und mitziehen lassen dürfen. Das ändert aber nichts daran, daß gerade auf dem rein politischen und auch auf dem rein diplomatischen Gebiete der deutsche Staatsmann und Diplomat so schwer versagt hat. Auszunehmen von dieser Unterlegenheit waren Fürst Bülow, ebenso der Botschafter v. Radowitz, der aber auf unbedeutende Posten gestellt wurde, weil er nicht genehm war, ferner Herr v. Marschall, der in Konstantinopel sehr Gutes leistete, und schließlich Herr v. Tschirschky, zuletzt Botschafter in Wien. Sonst zeigten sie sich alle den ausländischen Diplomaten nicht gewachsen. Auch Kiderlens Unterlegenheit dem französischen Botschafter Cambon gegenüber war unbestritten. Eine Vorgeschichte des Großen Krieges darf dieses wichtige Moment nicht außer acht lassen, mit dem Hinzufügen freilich, daß es keinen einzigen unter den Diplomaten der damaligen Jahre gab, welcher einen Krieg gewünscht oder an seiner Herbeiführung gearbeitet hätte. Sie waren alle dagegen und zu einem erheblichen Teil bedenkenlose Optimisten.

Eine bedeutende Rolle hat die deutsche Finanzwelt, haben im besonderen die Großbanken in der Berliner Wilhelmstraße gespielt, außerdem die Handelskreise. Diese waren zum größten Teile Anhänger der Bethmannschen Politik in bezug auf Großbritannien und die vielberufene Verständigung. In den Finanzkreisen in Berlin, in Frankfurt a. M., teilweise auch in Hamburg, wog das jüdische Element stark vor und damit der internationale Zusammenhang dieser Kreise mit England und den Vereinigten Staaten, zum Teil auch mit Paris. Sie arbeiteten mit aller Kraft gegen die deutsche Flottenpolitik, gegen die Schutzzollpolitik, überhaupt gegen die Heimatpolitik und vertraten die Anschauung, daß Deutschland, wenn es ganz in der Eigenschaft als Handelsstaat aufginge, jede Kriegsgefahr beseitigen, und die internationale Solidarität die Völker beherrschen und unzerstörbar platzgreifen würde. Deutsche Rüstungen hielten sie für kriegsgefährdend, wie sie durchweg überhaupt Gegner einer durch Rüstung erhaltenen Sicherheit des Landes waren. Man vertraute und berechnete, Großbritannien habe alles Interesse an der Vermeidung eines Konfliktes, denn es könne nichts dabei gewinnen, höchstens verlieren. Merk-

würdigerweise haben diese Kreise von der engen Zusammengehörigkeit Großbritanniens und der Vereinigten Staaten scheinbar keine Kenntnis gehabt. Unter deutschen Kaufleuten, besonders hanseatischen, die England und die Engländer kannten, aber bestand schon eine lange Reihe von Jahren vor dem Kriege volle Kenntnis und sehr ernste Einschätzung des englischen Hasses gegen Deutschland und alles Deutsche. Ebenso wußten diese erfahrenen und beobachtenden Männer, daß der englische Haß, und zwar durchweg in der Bevölkerung, bereit war, sich in einen Vernichtungskrieg gegen den wirtschaftlichen Wettbewerber umzusetzen. Unzählige Warnungen dieser Art sind während der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege ergangen. Sie haben beim Fürsten Bülow noch ein offenes Ohr gefunden, bei seinem Nachfolger nicht. Während der Amtszeit dieses Staatsmannes galt es als Hetzerei gegen England, wenn auf die Gefahren und auf die Stimmung in England wahrheitsgemäß hingewiesen wurde. Durch diese amtliche Auffassung ist eine höchst nachteilige Verblendung des gesamten Volkes erwachsen. Eine kleine Gruppe von Hetzern und Chauvinisten hüben und drüben, so hieß es, kann es nicht lassen, zum Teil aus materiellem Interesse — „Panzerplattenpatrioten" — Mißtrauen und Unfrieden zwischen den beiden Völkern zu stiften, welche sonst, auch weil sie so nahe miteinander verwandt seien, freundlich zusammen leben könnten und würden. — Auf deutscher Seite hat es solche Hetzer nicht gegeben. Anders stand es in Großbritannien. Dort und von dort arbeitete jene weit verzweigte, genial organisierte Propaganda, die sich das Ziel gesetzt hatte, Deutschland als den gefährlichen und deshalb zu vernichtenden Feind Großbritanniens und der Menschheit vor allen Völkern der Erde hinzustellen. Von dieser Propaganda ist schon gesprochen worden, ihre Darstellung würde eine besondere Schrift erfordern. Sie gruppiert sich um den Namen Northcliffe, einen Mann, dessen Genialität auf diesem Gebiete nicht minder groß ist wie sein Haß gegen das Deutsche Reich. Northcliffe war aber nicht der einzige, sondern auch die deutschfreundlichsten britischen Blätter und Zeitschriften trieben letzten Endes die gleiche Propaganda, wenn schon in milderem Tone. Sie arbeitete in allen Ländern der Welt, sie kaufte Zeitungen ohne Zahl ebenso wie Telegraphenagenturen und Diplomaten; sie hatte überall ihre Agenten. Diese Allgegenwart ermöglichte bei jeder Gelegenheit, die in London als solche erschien, einen konzentrischen Pressefeldzug gegen Deutschland von annähernd allen Ländern aus und in jedem der besonderen Tonart angepaßt. Die gleiche Propaganda ließ sich angelegen sein, in der englischen und französischen Presse den Tschechen und den Polen, den Südslawen, den Dänen usw. Gelegenheit zu geben, vor einem weiten deutschfeindlichen Hörerkreise ihren Haß und ihre Ziele zu verlautbaren. Das Ziel der Propaganda

war ebenso wie das der britischen Politik die Niederzwingung Deutschlands, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege. Zu diesem Zwecke wurde verleumdet, wurden Haß und Verachtung, vor allem Mißtrauen gegen angebliche deutsche Angriffslust verbreitet, wurden das deutsche Heer und die deutschen Einrichtungen in den Schmutz gezogen und wurden schließlich Verwirrung und Mißtrauen gegen die eigene Regierung in das deutsche Volk hineingetragen, Haß auch, wo es ging, gegen die deutsche Kolonialpolitik und den „Militarismus".

In Deutschland und von Deutschland aus hatte man dieser gewaltigen Macht so gut wie nichts entgegenzusetzen. Die feindliche Pressearbeit war so umfassend organisiert und raffiniert, daß ihre Wirkung von Jahr zu Jahr bemerkbarer wurde. Sie trat besonders in Zeiten politischer Krisen hervor; bei solchen Gelegenheiten zerriß der Schleier der konventionellen Redewendungen von Völkerfreundschaft und Wohlwollen Deutschland gegenüber, und der nackte eifersüchtige, offensive Haß wurde sichtbar. Eine deutsche Auslandspropaganda wäre ebensowohl nötig gewesen unter dem Gesichtspunkte einer weiteren friedlichen Entwicklung, wie unter demjenigen eines kommenden Krieges. Blieb Frieden, so war es ihre Aufgabe, der abträglichen gegnerischen Arbeit entgegenzutreten und in anderen Ländern eine positiv werbende Arbeit zu leisten. Hier ist vieles versäumt worden, besonders auch in Italien, in den Vereinigten Staaten, in den Niederlanden, in den nordischen Ländern, in Ostasien, auf dem Balkan. Die große Bedeutung der Propagandaarbeit in anderen Ländern, ja ihrer Möglichkeit schlechthin, hat sich unmittelbar mit Ausbruch des Großen Krieges in negativem Sinne gezeigt. Da sah sich Deutschland plötzlich abgeschlossen wie auf einer Insel. Der Grund war nicht allein die britische Beherrschung des Kabels, sondern vor allem, jedenfalls in Europa, das Fehlen einer Organisation der Propaganda und Aufklärung in anderen Ländern. Es ist klar, daß die grobe und kleinliche Vernachlässigung dieser so ungemein wirksamen Waffe für Frieden und Krieg von vornherein eine gewaltige Überlegenheit auf die Seite unserer Gegner gelegt hat. Man war über alles, was in Deutschland vorging, auf das genaueste unterrichtet, unterhielt in gleichem System eine Friedensspionage, die nachher ohne weiteres als Kriegsspionage dienen konnte. Von deutscher Seite gesehen, stand es umgekehrt, und herrschte über die Vorgänge und Verhältnisse in anderen Ländern Unkenntnis. Alles in allem sah man auch auf diesem Gebiete die gegnerische Koalition vollkommen vorbereitet, das Deutsche Reich nicht.

Während der letzten drei bis vier Jahre vor dem Kriege häuften sich die Fälle von Spionage, hauptsächlich britischer, in Deutschland. Englische Offiziere und Agenten wurden häufig ertappt und ebenso gekaufte

Verräter in Deutschland. Die Verhandlungen jener Untersuchungen zeigten stets das gleiche Bild, nämlich dasjenige eines britischen Angriffsplanes. Die britischen Spione und von den Briten gekauften Verräter interessierten sich nicht allein für die Konstruktionspläne deutscher Schiffsneubauten, sondern hauptsächlich für die Verteidigungseinrichtungen an Häfen und Küsten, für die Befestigungen der Inseln Helgoland, Borkum usw. Englische Offiziere beschäftigten sich mit Auslotung der deutschen Küstengewässer und Einfahrten, kurz, die Anstrengungen vereinigten sich im Sinne der Vorbereitung für ein angriffsweises Vorgehen der englischen Flotte gegen die deutschen Küsten. Das war um die gleiche Zeit, als die britische Propaganda mit großer Entrüstung und Besorgnis behauptete, daß Deutschland einen Angriff gegen die großbritannischen Inseln vorbereite.

Es war bekannt, daß eine britisch-französische, mit sehr großen Summen arbeitende Spionagezentrale sich in Berlin befand und ihre Zweigstellen in Kiel und in Wilhelmshaven, auch in anderen Hafenorten hatte. Auch kamen Fälle von Bestechungen Beamter vor, die der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben wurden. In der deutschen Presse wies man wohl hier und da auf alle jene drohenden Symptome hin, aber die Öffentlichkeit und die politische Regierung dachten nicht daran, ihnen die dringend notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und daraus zu ersehen, was die vertrauensvolle Verständigung mit Großbritannien im Grunde zu bedeuten hatte.

* * *

Monate vor dem Kriege berichtete ein deutscher Attaché aus Tokio, ein japanischer Staatsmann habe ihm dort gesagt, daß das Deutsche Reich zum Tode verurteilt sei; daran sei nun einmal nichts zu ändern, und man habe alle Vorbereitungen getroffen. So scheint die Stimmung innerhalb der gegnerischen Koalition allgemein gewesen zu sein. Man war zwar noch nicht ganz fertig, besonders Rußland hatte diesen Zeitpunkt für das Jahr 1916 angesetzt, aber man fühlte sich zur See wie zu Lande dem Deutschen Reiche sicher überlegen. Dabei wurde, wie die damalige und spätere Literatur, auch das französische Gelbbuch beweist, noch mit dem Eintritte verschiedener Faktoren gerechnet, welche den Sieg über das Deutsche Reich und dessen Zusammenbruch beschleunigen sollten. In erster Linie stand die Hoffnung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Teilnahme an einem Kriege sogleich oder bald verweigern werde. Ferner rechnete man auf den deutschen Partikularismus, mit anderen Worten auf Absplitterung des deutschen Südens vom Norden. Grundlegend für die Zuversicht war die Berechnung, das das Deutsche Reich, von den Ozeanen abgeschnitten, schon nach sehr kurzer Zeit die Waffen

würde strecken müssen. Man war überzeugt, daß unter solchen Verhältnissen Ausbruch der sozialen Revolution in Deutschland nur eine Frage der Zeit sein werde. Diese Berechnung fand sich nicht nur in der englischen, sondern auch in der französischen und in der italienischen Presse. Man war überall durchaus bereit, die nächste internationale Frage, die nächste politische Krisis rücksichtslos zur Machtprobe gegenüber dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn zu machen.

In Österreich-Ungarn, in Wien und in Budapest war, was die leitenden Kreise, insbesondere diejenigen der Armee, anlangte, die Stimmung seit dem zweiten Balkankriege und dessen formalem Abschlusse, dem Frieden von Bukarest, kriegerisch; kriegerisch nicht im Sinne des Wunsches nach einem Weltkriege, wohl aber nach einer gründlichen und endgültigen Abrechnung mit Serbien. Es scheint, als ob man sich innerhalb der Kriegspartei gleichfalls der Ansicht hingegeben hat, die Dinge würden wieder wie während der Bosnischen Krisis verlaufen, nämlich sich durch entschlossenes Zusammenstehen der beiden Mittelmächte nach deren Absichten erledigen. Die Unterschätzung Serbiens scheint selbst durch den Verlauf der Balkankriege nicht erschüttert worden zu sein. Ebensowenig hatte die Abkehr der italienischen Politik im Hochsommer 1913 von der Teilnahme an einem Unternehmen gegen Serbien in Wien einen Eindruck hinterlassen. Dabei trat die Politik des Habsburger Reiches selbstbewußter denn je auf und betonte dieses Selbstbewußtsein mit Vorliebe gegenüber der Leitung des Deutschen Reiches. Ein russisches Blatt sagte damals in einer Besprechung des Dreibundes: die Zuverlässigkeit Österreich-Ungarns als Bundesgenosse sei mit der Zuverlässigkeit eines Steines zu vergleichen, der einem Manne um den Hals gebunden sei, um ihn zu ertränken; dieser Mann wäre das Deutsche Reich.

Die österreichisch-ungarische Diplomatie war der deutschen an Gewandtheit und Form erheblich voraus und machte diese Überlegenheit rücksichtslos geltend, auch durch die Botschafter Österreich-Ungarns bei anderen Mächten. Man betrachtete das Deutsche Reich als verpflichtet zu jeder Dienstleistung im Sinne österreichisch-ungarischer Politik und betrachtete als eine Grundwahrheit: die deutsche Polttik müsse dem Bundesgenossen stets zu Willen sein, damit er nicht abschwenke und Deutschland dann ganz allein dastehe. Es war die Schuld der Politik des Deutschen Reiches, daß man diesen Dünkel nicht mit Energie und Ausdauer zum Verschwinden gebracht hat.

Bei der Schwäche der Leitung und im Gefühl der Isoliertheit war es die notwendige Folge, daß die deutsche Politik sich immer häufiger von der selbstbewußten und gewandten Diplomatie des Bundesgenossen führen ließ, stets zitternd im Gedanken, daß der Bundesgenosse un-

treu werden könne. Ich habe vor dem Kriege publizistisch die Auffassung vertreten, daß die deutsche Bündnispolitik nie auf eine Solidarität a priori hinauslaufen dürfe, sondern unbeschadet des Bündnisvertrages eine Interessenpolitik von Macht zu Macht zu treiben sei. Auch in diesem Lichte gesehen, war der Übergang Rußlands zu Großbritannien von schwerem Nachteile, denn so wurde es der ohnehin so unvollkommen arbeitenden deutschen Politik unmöglich, in Petersburg ein Gegengewicht gegen Wien zu erhalten und je nach der Lage zu regulieren.

Wie in Deutschland niemand zum Kriege trieb, so bestand auch, wenn man heute rückschauend urteilen will, kein materieller Grund auf irgendeinem Gebiete für das Deutsche Reich, einen Krieg für nützlich zu halten. Diejenigen national gerichteten Kreise, welche glaubten, der Krieg stehe nahe bevor, wünschten ihn nicht, denn gerade sie waren sich klar über die ungeheuren Rüstungen des französisch-russischen Zweibundes und die Stimmung in den beiden Ländern; gerade sie auch waren von stärkstem Mißtrauen gegen Großbritannien erfüllt. Anderseits wußte man, daß das Deutsche Reich und Volk auch noch schwerere Rüstungen leicht ertragen werde, während nach allgemeinem Urteil Frankreich die dreijährige Dienstzeit nicht auf die Dauer tragen konnte, sondern sie nach wenigen Jahren abschaffen oder den Krieg entfachen mußte. Mit seinen Rüstungen befand sich das Deutsche Reich stets in der Defensive, und auch aus diesen beiden Gründen war nichts vorhanden, was für die deutschen Verhältnisse und damit für die deutsche Politik einen Zwang oder eine Neigung zum Kriege hätte hervorrufen können. Im Gegenteil konnten Reich und Volk durch Fortdauer der Friedenszeit nur gewinnen. Eine Gefahr lag freilich in dem Zunehmen des Hanges vieler Deutschen zum Internationalismus, sei es auf dem Wege zur Umwälzung im sozialdemokratischen Sinne und letzten Endes im Sinne des kapitalistischen Internationalismus. Diese beiden Möglichkeiten und Gefahren sind und waren voneinander nicht zu trennen, wie der Gang der meisten früheren Umwälzungen gezeigt hat. Anderseits waren die nationalen und erhaltenden Kräfte noch stark, und eine kräftige Leitung des Reiches, die damals allerdings nicht vorhanden war, konnte noch alles zum Guten wenden. Die wirtschaftliche und völkische Entwicklung wuchs aber von Jahr zu Jahr und verstärkte ohne Krieg selbsttätig das Gewicht des Reiches. Als in den ersten Monaten des Jahres 1914 die erste Ausgabe meines Buches „Deutschlands auswärtige Politik 1888 bis 1914“ erschien, also in einem Augenblick als der Anlaß zum Großen Kriege weder da noch in Sicht war, schrieb ich am Schlusse das Folgende:

„Nicht selten ist die Frage aufgeworfen worden, ob es richtig gewesen sei, während der vergangenen schwierigen sechsundzwanzig Jahre dem

Deutschen Reiche den Frieden zu erhalten. Auch dem Leser dieser Schrift mag bei gewissen Punkten der Entwicklungsgeschichte während des letzten Menschenalters eine ähnliche fragende Überlegung sich aufgedrängt haben. Verschiedene Ansichten darüber sind möglich, und über ihre Berechtigung könnten dicke Bücher geschrieben werden. Die schlüssige Antwort kann aber einzig und allein der nächste Krieg, möglicherweise auch eine gewaltsame innere Umwälzung geben. Lassen wir diese unbeantwortete Frage also beiseite, so ist doch nötig, die Gültigkeit der gern bei uns gebrauchten Wendung einzuschränken: Deutschland brauche nur zu warten, denn die Zeit selbst arbeite für uns. — Die Zeit arbeitet nur für uns, wenn wir in ihr arbeiten. Wiederum: nur der nächste Krieg kann und wird den Beweis führen, ob die Zeit vom deutschen Volke zu einer Arbeit benutzt wurde, die es nach außen stark und nach innen gesund erhielt."

Nach einigen Sätzen über die Erstarkung der deutschen Kriegsflotte schloß der folgende Passus das Buch ab: „Es ist eine in der Wurzel falsche Anschauung und eine irregehende Hoffnung: Nach voller Erstarkung des Deutschen Reiches zur See würden gewissermaßen das Ziel und eine Art Abschluß erreicht sein, eine Ära des „Ausruhens auf der Höhe" eintreten. Davon kann — glücklicherweise — nie die Rede sein. Nach wie vor wird das Deutsche Reich und Volk sich „Freiheit und das Leben" täglich erobern müssen. Die Kraft dazu wird den Deutschen nicht fehlen, solange ihnen der nationale, im besonderen der monarchische Gedanke Leitsterne bleiben, solange sie den Handelsgewinn nicht als Zweck, sondern nur als Mittel im Dienste des nationalen Organismus mit monarchischer Spitze betrachten und erstreben."

Ich rechnete damals also mit einer Fortdauer der Friedenszeit und hielt sie für wünschenswert in jedem Sinne. Die Besorgnis, es könnte trotzdem zum Kriege kommen, teilte ich so gut wie mit allen nationalen Politikern, welche über das Wesen der gegnerischen Koalition im klaren waren und über die Stimmung der Völker. Diese Besorgnis öffentlich zum Ausdruck zu bringen, wäre politisch damals nicht richtig gewesen.

Abgesehen von allem Grundsätzlichen kam für mich noch das folgende Bedenken in Betracht. Kaiser Wilhelm II. war nicht nur ein friedliebender Monarch, sondern man mußte schwere Zweifel hegen, ob sein Charakter und seine Fähigkeiten den Anforderungen eines Krieges genügen würden. Mit aus diesem Grunde habe ich während der Marokkokrisis 1911 die Auffassung vertreten, daß kein Krieg entstehen dürfe.

Daß es trotz aller deutschen Friedensliebe und aller Momente, die für Erhaltung des Friedens sprachen, Fälle geben mußte, welche den Eintritt des Reiches in einen Krieg unabwendbar machten, das war wohl den meisten Deutschen klar. Ausgenommen waren die Sozialdemo-

kraten und ein Teil des Liberalismus, welche von der Entwicklung nach der internationalen Seite hin alles erwarteten, auch die nationale Ehrenfrage nicht anerkannten. Der Kapitalismus in Deutschland erhoffte besonders von der Internationalität eine den Frieden erhaltende Wirkung. Seinen Irrtum hat er nach Ausbruch des Großen Krieges durch Verlust ungeheurer Summen, die in jeder Gestalt im Auslande placiert waren, kennen lernen müssen. Die deutsche Sozialdemokratie ihrerseits beurteilte die Kriegs- und Friedensfrage lediglich von ihrem Parteistandpunkte. Ihr Verständnis für die auswärtige Politik und ihre Beschäftigung in dieser hielt sich in sehr engen Grenzen. Sie vertrat ihren alten, seiner Zeit von Bebel formulierten Standpunkt: Man werde einen „gerechten" Krieg mitmachen, einen anderen nicht, und während des gerechten Krieges alles daran setzen, um den Krieg zu beenden. Sie behielt sich Urteil und Entscheidung darüber vor, ob der Krieg ein gerechter sei oder nicht, und hatte die Tendenz, die Frage zu verneinen, schon wegen des Gegensatzes gegen die damalige monarchische Regierung des Deutschen Reiches.

Mit am ungünstigsten aber wirkte die allgemeine Teilnahmlosigkeit der gebildeten Schichten in Deutschland den großen weltpolitischen Problemen gegenüber. Sie sahen und spürten das deutsche Gedeihen auf allen Gebieten und hielten für selbstverständlich, daß es damit so weiter ginge. Die Spannung und die Gefahren der Weltlage sahen sie nicht und wollten sie auch nicht sehen. Die deutsche Regierung und der größte Teil der Presse taten das ihrige, um diese optimistische Gleichgültigkeit zu erhöhen. Wer sie durch Hinweis auf die von England geleitete Koalitionspolitik zu stören versuchte, war ein Chauvinist und ein unverantwortlicher Hetzer oder ein törichter Schwarzseher. Zudem bestand in diesen Kreisen und Schichten ein blinder militärischer Optimismus: 1870 habe man gesiegt, man werde auch wieder siegen, da sei gar kein Grund zu irgendwelcher Besorgnis.

Im ganzen betrachtet, fehlte der deutschen Stimmung die Einheit und Klarheit, es fehlte ihr jener stramm nationale Grundzug, der in Großbritannien, in Frankreich und in Rußland eine Selbstverständlichkeit war. Es fehlten das politische Interesse und der Sinn für die Beobachtung und Beurteilung der Weltvorgänge und der Lage des Deutschen Reiches inmitten einer haßerfüllten und mißgünstigen Welt, welche ihrerseits genau wußte, was sie wollte.

Die Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, im besonderen seine von Illusionen und Unverständnis getragene Politik einer Verständigung mit Großbritannien, ist geschildert worden. Hier zum Schluß muß auch gesagt werden, wie verhängnisvoll diese Politik und ihre ge-

samte Atmosphäre für den politischen Geisteszustand im Deutschen Reiche war. Die alte Bewunderung und Vorliebe für England und die Engländer vereinte sich mit dem blinden, hoffenden Glauben, daß die Bethmannsche Politik der Verständigung eine wirkliche Kriegsgefahr nicht aufkommen lasse. Die deutsche Regierung und alle ihre Verzweigungen arbeiteten auf Stärkung und Erhaltung eines gedankenlosen Optimismus, und nicht nur hinsichtlich Großbritanniens, sondern der ganzen Weltlage, anstatt den Hinweis auf die Bedrohlichkeit und die Gefahren der deutschen Lage als eine ihrer Hauptaufgaben zu betrachten.

Die Wolken wurden immer dichter und schwärzer, die Spannung wurde immer größer. Im Frühjahr 1914 konnte kein Zweifel mehr obwalten, daß unter unseren Feinden die Überzeugung allgemein war, der Krieg werde im gleichen Jahre geführt werden. Der damalige deutsche Botschafter in Paris, Freiherr v. Schoen, äußerte sich — leider erst Ende 1918 —: Im Januar 1914 habe der Militärgouverneur von Paris mit allem Nachdrucke die Erhöhung der Mehlvorräte für Paris verlangt und gesagt: „Die Zeit drängt, dieses Jahr ist ein außergewöhnliches Jahr, wir wissen nicht, was es uns bringen wird. Wir wissen nicht, ob wir im März oder im April die Mobilmachung haben werden." Freiherr v. Schoen betont, wie ausgezeichnet vorbereitet Frankreich gewesen sei, und sagt: „Frankreich rechnete mit absoluter Sicherheit auf Englands Unterstützung in einem Kriege gegen Deutschland." Zu gleicher Zeit verhandelte die französische Regierung mit der Schweiz über deren Getreideversorgung im Kriege. Dabei erklärte der französische Militärattaché: „Unsere lothringischen Brüder rufen uns"; der Krieg werde lange dauern, die großbritannische Flotte werde Deutschland völlig blockieren.

Erinnern wir uns jetzt zum Schlusse auch an jene Voraussage baldigen Krieges durch die tschechischen Politiker, die französischen und italienischen Freimaurer, an die Auslassungen russischer Generale und Minister, an das japanische Wort, das Deutsche Reich sei zum Tode verurteilt worden. Dazu kamen die geschilderten englischen Vorbereitungen und Abmachungen und die immer unverhüllter betonte russische Drohung mit „Probemobilmachungen" und ähnlichem. Mir sind im Frühjahr 1914 von Deutschen aus England und aus Rußland und von Deutsch-Österreichern Warnungen zugegangen und Äußerungen bestimmter Besorgnis, daß das Jahr 1914 den Krieg bringen werde. Es ist keine leere Redensart, daß in jenen Monaten eine gewisse dumpfe und gespannte Schwüle über Europa lag und eine Erwartung, daß sich etwas Ungeheures und Furchtbares ereignen müsse. Nur die deutsche Regierung blieb in heiterer Zuversicht. Die unparteiischen belgischen Ge-

sandten berichteten als ihr Urteil und als das ausländischer Staatsmänner, daß jede nicht sofort erledigte Streitfrage den europäischen Krieg mit Notwendigkeit zur Folge haben müsse. Späterhin hat der Deutsche Reichskanzler gesagt und verbreiten lassen, ihm und der Regierung seien die Schwere und Gefahr der Lage gegenwärtig gewesen. Um so unbegreiflicher erscheint es auch dem Rückschauenden, daß Herr v. Bethmann Hollweg trotzdem auf das, wie er selbst nach seiner großen Enttäuschung sagte, Kartenhaus seiner deutsch-britischen Verständigungspolitik baute, und zwar bis zum letzten Augenblick; dazu kam der ungeheure Irrtum, daß Rußland nicht bereit sei, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Bethmann Hollweg war weit entfernt, Krieg zu wollen, und das Gleiche galt vom Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Jagow. Die Behauptungen des französischen Botschafters in Berlin, Cambon: der Kaiser sei mit einem Male kriegerisch geworden, sind ebenfalls ohne Zweifel unrichtig, und gleichermaßen die Annahme, daß der damalige deutsche Generalstabschef v. Moltke den Krieg gewollt habe.

Die Lage des Deutschen Reiches in der Zeit vor dem Kriege war, das haben besonders die während des Krieges erfolgten Veröffentlichungen und Enthüllungen dargetan, derart, daß nur eine starke Politik, welche genau wußte, was sie wollte und Wirklichkeiten, nicht Wünsche zur Grundlage hatte, den Frieden mit Ehren erhalten konnte. Die hauptsächliche unmittelbare Kriegsgefahr, die sich bei jeder Streitfrage ohne weiteres erhob, konnte nicht durch eine Politik der Schwäche beseitigt, sondern mußte durch sie erhöht werden, einerlei, ob die Schwäche sich im letzten Augenblick gegen die Koalition oder gegen den eigenen Bundesgenossen oder gegen beide zeigte, oder ob sie sich dem Feinde hinter einem Bluff zu verbergen versuchte.

Das Deutsche Reich war da und allen ein Gegenstand des Hasses wilder Eifersucht. Es lebte, wurde stark und gedieh. Es befand sich in der Lage eines Mannes, der auf einem schmalen Brett einen Wassersturz überschreitet, es konnte nicht zurück, es konnte nicht stehen bleiben, es mußte vorwärts. Nur sicheres Auge, feste Entschlossenheit und Selbstvertrauen konnten vor dem Verderben bewahren; dazu ein geschlossener nationaler Geist und Wille, der, wie der Verlauf des Großen Krieges furchtbar gezeigt hat, lange nicht ausreichend vorhanden war.

Die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand erfolgte in einem Augenblicke, wo der Krieg bereits in der Luft lag. Was diesem Ereignis bis zum tatsächlichen Kriegsausbruche gefolgt ist, bildet in der Hauptsache die diplomatische Auswirkung und Ausnutzung der politischen Lage mit allen ihren Faktoren, also die diplomatische Vorgeschichte des Krieges. Sie wird in einer bald erscheinenden Schrift besonders behandelt werden.

Personen- und Sachverzeichnis.

Abd ul Hamid, Sultan 42. 53. 60. 64. 72. 73. 74. 84.
Abruzzen, Herzog der 275.
Adalbert, Prinz von Preußen 209.
Aehrenthal 4. 8ff. 20. 25. 40. 43. 45. 67. 68. 70. 71. 203f.
Agadir-Krisis 177. 183. 226 bis 233. 238. 241. 268ff.
Aktenstücke, belgische 159 bis 162.
Albanien 69ff. 72. 73ff. 91.
Albert, König der Belgier 324f.
Alexander I., Kaiser von Rußland 10.
Alfons XIII., König von Spanien 146.
Algeciras-Konferenz 118. 125. 127. 138f. 145.
Aljinovisz 15.
Allslawische Bewegung 24f.
Amerika und Deutschland 167—174.
Andrassy 6. 39.
Angola-Vertrag 107. 108. 262f.
Annexionskrisis s. bosnische Krisis.
Asinari 71.
Asquith 268. 328.
Austauschprofessoren 168f.

Bagdadbahn 48. 49f. 52. 56f. 198. 302.
Balkanbund 64. 81. 83. 90. 91.
Balkankomitee 59.
Balkankrieg 66. 81. 83. 84. 86f.
Balkanpolitik, deutsche 57 bis 59.
Balkanpolitik, österreichische 38—44.
Ballin 244. 256.
Baltischport, Zusammenkunft 282f.
Barnardiston 159—162. 163 bis 166. 168. 169. 170. 176. 177. 242.
Barthou 300f.
Begbie, Harold 217. 244. 246f.
Berchtold 13. 74. 76.
Berliner Vertrag 6. 40. 44. 46. 61. 62.
Bertie 238.
v. Bethmann Hollweg 56. 57. 59. 76. 87f. 96ff. 99. 152. 191. 214. 215. 216ff. 221—225. 228f. 238ff. 243f. 247—252. 257ff. 262—265. 272. 276. 279. 282f. 292. 294. 298f. 308. 312. 316. 318. 332. 335ff. 339f. 343. 349ff.
Beyens 4. 83. 87. 92. 98. 136. 262. 300f. 308.
Bismarck, Fürst Otto v. 39. 44. 47. 53. 100ff. 103. 105. 115. 139. 181. 188. 194. 195. 210. 212. 257. 284. 299. 320. 328. 336.
Bosnische Krisis 4. 6—11. 20. 39f. 42. 44f. 57. 58. 59. 62. 68. 81. 183. 199f. 202. 206. 216. 220.
Boxer-Unruhen in China 109. 140.
Brantschaninow 26.
Bratianu 32.
Bridges 162. 177.
Bukarest, Friede von 94ff. 97.
Bülow, Fürst 49ff. 85. 101. 104. 107f. 109f. 114—119. 127. 129. 131. 133f. 200. 202f. 205ff. 212. 214ff. 222. 224. 257. 264. 287f. 327. 342f.
Buxton, Gebrüder 59.

Cadorna 27.
Caillaux 243. 302.
Cambon 232. 233. 238. 261f. 265—270. 308. 316. 342. 351.
Campbell-Bannerman 134. 268. 318.
v. Caprivi 103. 106. 141. 142. 212.
Carnegie 331f.
Carol, König von Rumänien 32. 46. 94. 95. 337.
Castro 149.
Chamberlain 107. 204. 207.
Chauvinismus in Frankreich 300ff.
Churchill 264f.
Ciganowitsch 29.
Clemenceau 271.
Cochin 305.
Cromer, Lord 211.

Danew, Dr. 82. 85. 90. 94.
Dardanellenfrage 44. 45. 47. 50.
Delagoa-Vertrag 260.
Delcassé 25. 104. 105. 117ff. 121. 123. 127. 137. 138. 144. 153. 231. 271. 273. 300f.
Dimo Körtschew 85.
Donau—Adria-Bahn 40.
Ducarme 166. 169.
Dürig 20.

Eduard VII., König von England 7. 32. 43. 44. 98. 103. 108. 110. 117ff. 123. 125. 144. 146. 198. 206. 217. 220. 221. 247. 257f. 260. 270. 271ff. 317. 318.
Einkreisungspolitik, britische 143ff. 186. 191. 218. 318.
Elisabeth, Königin von England 111. 196.
Englisch-japanisches Bündnis 130f.
Englisch-russische Annäherung 132ff.
Entente Cordiale, Entstehen 103ff.
Esher, Lord 192.
Essad Pascha 93.

Faber, Kapitän 168. 169. 233f.
Faschoda-Krisis 104f.
de Favereau 179.
Favre, Jules 114.

Ferdinand, König von Bulgarien 60. 62. 91. 93.
Ferrari 31. 36.
Flottendemonstration in der Ostsee, englische 144.
Flottengesetz, deutsches von 1900 111ff.
Flottenpolitik, deutsche 222ff.
Frankfurter Friede 104.
Franz Ferdinand, Erzherzog 1—4. 15. 19. 27ff. 33ff. 37f. 71. 87. 99. 267. 351.
Franz Joseph, Kaiser von Österreich 2. 7. 11. 33. 43f. 60. 71. 87. 90. 92.
Freihandelspolitik 210ff.
Freimaurertum 29—37. 59. 60. 71. 134. 331. 350.
Fremantle 305.
Friedrich Wilhelm, Deutscher Kronprinz 276. 297.

Georg V., König von England 272. 311.
Germinet 273.
Geschow 82.
Giolitti 277ff.
Girard 175. 193.
Goluchowski 40. 138f.
Gortschakow 102.
Grabez 34.
Greindl 122. 123ff. 130ff. 136. 167ff. 191. 198. 219. 220. 241. 271f.
Grey 26. 57. 117. 120. 130. 135. 202. 217. 230. 231. 232. 234. 242. 243. 244. 253. 258ff. 262—271. 274. 280f. 311f. 313f. 316ff. 336. 339.
Grierson 161. 162. 165. 166.
Großserbische Bewegung 1. 5—19. 33f. 65.
Gruber 31. 35.
Guillaume 297f.

Haldane 217f. 243—252. 258. 264f. 268. 340.
Hammann 107. 109ff. 113. 115. 132. 141. 207.
Handbücher, britische geheime 170f.
Handelseifersucht Englands 106. 111. 121. 122ff. 220.
Hanrez, Senator 167.
v. Hartwig 17. 28. 82. 84.
Hashagen, Prof. 171.
Heimatpolitik 140ff.
Heinrich, Prinz von Preußen 149.
Hercongia 15.
v. Heydebrand 239f.
Hirst, F. W. 242.
Hochgradfreimaurerei 30ff. 331.
Hofer, Dr. 200.
Hohenlohe, Prinz 92. 207.
v. Holstein 115. 132. 207. 209. 215.
Homer Lea 190. 192.

Integrität Chinas 291ff.
Iswolski 8f. 45. 59. 62. 63. 85. 308. 311.
v. Jagow 97. 261f. 276. 339. 351.
Japan und das Deutsche Reich 283—297. 322f.
Jaurès 302.
Joffre 278f.
Jungbluth 159—161. 162. 163—166. 176. 177. 178. 237.
Jungtürken 32. 60. 61. 66f. 72ff. 75f.

Kaempf, Dr. 210.
Kamino 295.
Kanter, W. 174.
Karageorgewitsch, Peter 6.
Karl, Kaiser von Österreich 20.
Karol, König von Rumänien s. Carol.
Kasimirowitsch 29.
Katsura 283.
Kiamil Pascha 82. 84. 91.
Kiautschou 131. 284f. 291. 294. 295. 296.
v. Kiderlen-Waechter 56. 66. 85. 87f. 97. 129. 203. 204. 215. 216f. 221—229. 232f. 238. 239. 241. 244. 258ff. 267. 276. 282f. 308. 342.
Klofatsch 20. 22. 27.
Kohler 29.
Kokowzow 279ff. 282.
Komitatschi 14. 41. 67.
Konstantin, Großfürst 19.
Konstantin, König von Griechenland 95f.
„Korridorfrage", serbische 65.
Kramarsch 18—23. 25ff.
Kreta 55. 96.
Kriwoschein 310.
Krüger-Depesche 104. 106.

Lalaing 121f. 125. 219. 220. 300f.
Landweg nach Indien 48f. 51f.
Lansdowne 117. 120. 130. 217. 242. 270f. 318.
Lascelles, Sir Frank 198.
Lee 121f.
Leghait 123f. 125. 237. 262. 300.
Leopold II., König von Belgien 181.
Lichnowsky 116. 281. 299. 316. 337. 338ff.
Liman v. Sanders 279ff.
Lloyd George 230ff. 234.
Londoner Friede 93.
Long, Robert Crozier 334f.
Loubet 117.

Mahan 173.
Majorescu 94.
Marine-Konvention, russisch-englische 313—316.
Marokko-Abkommen 103. 104. 117f. 127. 203.
Marokkofrage 75. 77f. 110. 117—129. 136ff. 153. 207. 221. 226—233.
Marokko-Krisis 77. 118. 137. 154. 159. 167. 233ff. 303f.
v. Marschall 49. 64. 66. 140. 338. 342.
Masaryk 20. 25. 27.
Metternich 254ff. 258. 264. 338.
Milan Obrenowitsch, König von Serbien 6.
Militärmission in Konstantinopel 279ff. 307.
Milowanowitsch 82.
Millerand 300f.
Mißwirtschaft, türkische 41.
Mitrofanoff 306f. 310.
v. Moltke, Feldmarschall 102.
v. Moltke, General 324. 351.
Morel, E. D. 242f.
Morgan 330.

Napoleon I. 10. 199.
Napoleon III. 181.
Narodna Odbrana 11—16. 23. 28. 29.

Neuslawismus 21. 24.
Neutralisierung Belgiens 156ff. 173—176.
Neutralitätsbruch Belgiens 159—172. 177.
Nicolson 202.
Nikita, König von Montenegro 92.
Nikolaus II., Kaiser von Rußland 7. 44. 53. 69. 85. 88. 91. 92. 93. 94. 104. 133. 195. 204. 247. 311.
Nordseeabkommen 155f.
Northcliffe 343f.
Nowibasar, Sandschak 40. 61. 68. 89.
Nowibasar-Bahn 40.
Nys, E. 158.

Obrenowitsch 6.
Oncken, Prof. 317f.
Orientpolitik, deutsche 47ff. 51f. 58. 198. 202.
Ostseeabkommen 156.
Ouchy, Friede von 83.

Paasche, Dr. 121.
Palacki 19.
Palmerston 193.
Panslawismus 18. 25ff. 28. 83. 142. 282.
Pasitsch 32. 82. 171.
Percy, Earl of 192.
Peter Karageorgewitsch, König von Serbien 6. 68f. 93.
Peters, Dr. Karl 335.
Pichon 25. 183.
Poincaré 25. 26. 86. 243. 275. 283. 300f. 305.
Pollio 275f.
Potsdamer Abkommen 24. 50. 53. 55f. 57. 85. 226f. 308.
Pourtalès 203. 282. 311. 340f.
Pressepropaganda, britische 148. 150ff. 180f. 327f. 332. 343f.
Princip 29. 33. 35.
Prohaska 89.
Purischkewitsch 18.

Racconigi, Begegnung zu 69. 71. 78. 204.
v. Radowitz 342.
Rantzau, Graf 217.
Reformversprechungen, türkische 46f. 84.
Repington 327.
Revaler Beschlüsse 7. 44. 49. 61. 205. 220. 247. 256. 306.
Rex 295. 341.
Rhodes 331.
v. Richthofen 130. 132. 136.
Roberts, Lord 178. 192. 236f. 272. 327.
Roosevelt 132. 146. 286f.
Rosebery 194f.
Rosen 309.
Rouvier 103. 118.
Rückversicherungsvertrag, deutsch-russischer 47. 103. 225. 328.
Russisch-englisches Einvernehmen 147—152. 161f. 163.

Salisbury 54. 110.
Samoa-Vertrag 107. 108.
San Giuliano 275. 277.
Schäffle, Prof. 196.
Schiemann 205.
Schiff, Jakob 288.
v. Schoen 8. 339. 350.
Schuwalow 102.
Shelford, T. L. 196f.
Sims 152.
Sokolbund 13. 22f. 28.
Sokolkongreß 19.
Sosnosky 21.
Sozialdemokratie 218f. 345f. 349.
Speck v. Sternburg 168.
Spender, Harold 336.
Spionagesystem, französisch-britisches 344f.
Sfasonow 20. 24. 25. 26. 28. 83. 85. 225. 281. 308f.
van der Straaten 162.
Suchomlinow 309.
Sugimura 290f. 294.

Take Jonescu 32.
Tankositsch 29.
Tardieu, André 104.
Tchilinghinoff 5. 73f.
v. Tirpitz 112. 208. 222ff. 248. 250ff. 264. 323. 327.
Tittoni 118.
Torgut Pascha 74.
Tripolis-Krieg 76—80. 83.
Tscharykow 21. 79.
Tschechentum in Österreich 19—28.
Tschiganowitsch 34.
v. Tschirschky 342.
Tweedmouth 220. 287.

Unabhängigkeitserklärung, bulgarische 60f.
„Unruhen" in der Türkei 67. 71. 73. 82.
Ursel 122f.

Valter 184.
Venizelos 32. 96.
Verständigungsaktionen, deutsch-britische 76. 193f.
Viktor Emanuel III. König von Italien 37. 69. 105. 146. 204. 276.
Viktoria, Königin von England 110.
Viviani 305.
Vlissinger Frage 181—187.

Wehrvorlage, deutsche von 1913 96.
Weltkapitalismus 329—332.
Weltpolitik, deutsche 139ff. 216. 335f.
Weltwirtschaft, deutsche 114. 139ff.
Whitman, Sidney 194.
Wichtl 19.
Wilhelm Fürst von Albanien 91. 307.
Wilhelm II., Kaiser 4. 51. 53. 54. 60. 64. 80. 87. 95. 110. 112. 120. 123. 124. 133. 136f. 149. 154f. 182. 189. 195. 206. 208f. 211. 222. 244. 246ff. 267. 276. 282f. 287. 311. 319—326. 332. 348.
Wilhelmina, Königin der Niederlande 154. 182.
Wilson, Präsident 36. 202.

Yangtse-Abkommen 107. 108f.

Zabrinowitsch 29. 33. 34.
Zerajitsch 11. 12.

Gedruckt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW68, Kochstraße 68—71.

176831 HMod.
R4516p

Author Reventlow, Ernst, Graf zu

Title Politische Vorgeschichte des groszen Krieges.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU